

17./1. 1916.

L 40000

59

1916

17. I. - 2. II.

Aussere Politisch

17

Friedensbemühungen des Sozialdemokratischen Parteivorstandes.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Verbands der Wahlvereine Berlins und Umgegend hat kürzlich an den Parteivorstand die Anfrage gerichtet, ob er bereit sei, wenn von einem internationalen Aktionskomitee die Einladung zu einem internationalen sozialistischen Kongress ergeht, seine Zustimmung zu geben und zu gegebener Zeit die Vorarbeiten auszuführen.

Die „Schwäbische Tagwacht“ veröffentlicht die Antwort, die der Reichstagsabgeordnete Fr. Ebert darauf namens des Parteivorstandes erteilt hat. Er schreibt u. a.:

„Bereits im September 1914 haben wir versucht, mit den französischen Genossen in Verbindung zu kommen, um durch eine Aussprache eine Verständigung zu ermöglichen und ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Leider ohne Erfolg. Dem Vorschlage der holländischen Genossen, das Internationale Büro nach dem Haag zu verlegen, um es arbeitsfähig zu machen, haben wir sofort zugestimmt. Im Oktober 1914 hat der Genosse Troelstra mit großem Eifer sich bemüht, eine Plenarsitzung des Internationalen Büros und eine gemeinsame Rundgebung der Internationale für den Frieden herbeizuführen. Diese Bestrebungen sind von uns sofort unterstützt worden. Später beschloß das Exekutivkomitee des Internationalen Büros, die Genossen aus den kriegführenden Ländern nach dem Haag einzuladen. . . Wir stimmten dem Vorschlag bedingungslos zu und waren am 23. März 1915 im Haag. Die französische Partei hat es glatt abgelehnt, mit dem Internationalen Büro oder mit uns zu verhandeln und beharrt auch heute noch auf diesem ablehnenden Standpunkt. Die Engländer haben ursprünglich dem Vorschlage des Exekutivkomitees zugestimmt, waren aber bis jetzt noch nicht im Haag. Im Februar 1915 hat in London eine Separatkonferenz der Engländer, Franzosen und Russen getagt. In der dort angenommenen Resolution ist weder von Frieden noch von einer Stellungnahme an den Vorschlägen des Exekutivkomitees die Rede. Bei unserer Verhandlung mit den Vertretern des Internationalen Büros im März 1915 ist der weitere Vorschlag gemacht worden, die deutschen und österreichischen Genossen sollten gemeinsam ihren Friedenswillen bekunden. . . Wir sind dem nachgekommen. Am 11. April 1915 tagte in Wien eine Konferenz der Deutschen, Oesterreicher, Ungarn und Tschechen. Wir beschloßen ein Manifest, das sich rückhaltlos auf den Boden der Kopenhagener Beschlüsse von 1910 stellt. . . Das erwartete Echo aus Frankreich und England blieb aus, die ernstgemeinten Vorschläge der Genossen in den neutralen Ländern wurden abgewiesen, unsere Bemühungen waren ohne Erfolg. Trotzdem sind wir aus eigener Initiative am 23. Juni 1915 mit einem Manifest erneut für den Frieden eingetreten und sprachen dabei die Erwartung aus, daß unsere Parteigenossen in den anderen kriegführenden Ländern im gleichen Sinne auf ihre Regierungen einwirkten. Leider wurden wir auch darin enttäuscht. Neben diesen unseren Bemühungen ist die Reichstagsfraktion bei jeder Tagung des Reichstags entschieden für einen baldigen Frieden ohne Eroberungen eingetreten. . . Zurzeit schweben auch neue Verhandlungen des Internationalen Büros mit den Parteien der kriegführenden Länder, um ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden zu ermöglichen. Ueber den Ausgang dieser Verhandlungen kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden. Der Parteivorstand hat jedoch durch seine Vertreter im Haag erklären lassen, daß die deutsche Partei diese erneuten Bemühungen begrüße und unterstützen werde.“

17./7. 1916

Aus der Sozialdemokratie.

Spaltung oder Ausschaltung? Unter dieser Ueberschrift schreibt der sozialdemokratische Schriftsteller Heinrich Schulz im „Volksfreund“ in Karlsruhe u. a.: „Auch der stärksten Partei und dem widerstandsfähigsten Organisationsgerüst sind Grenzen gezogen: das sind die ehernen Tatsachen und Gesetze der geschichtlichen Entwicklung. Eine Partei, die sie mißachten zu können glaubt, wird die bitteren Folgen am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Im schlimmsten Falle wird nicht der Geschichtsehernes Miß zu zerbrechen, sondern an ihm die widerspenstige Partei. Parteien sind nicht um ihrer selbst willen da, sie sind nur Mittel und Werkzeuge der geschichtlichen Entwicklung. Diese schafft sich die Parteien, die sie jeweilig braucht und sie läßt gleichmütig zerfallen, was seinen Zweck erfüllt hat oder ihr nicht zu dienen weiß. Das gilt auch für die Sozialdemokratie. Die Partei ist das Sekundäre, von Menschenhänden geschaffen, um dem Primären, dem in der gesellschaftlichen Entwicklung immanent wirkenden und nach Erfüllung drängenden Sozialismus von außen her entgegenzukommen und zu helfen. „Als die Zeit erfüllt war“, das heißt, als der Kapitalismus zur Macht herangereift war, entstand die Sozialdemokratie als politische Partei . . . Wenn es so weiter geht wie bisher, so ist zu befürchten, daß . . . die starke deutsche Sozialdemokratie bei den kommenden großen Auseinandersetzungen durch innere Zwistigkeiten selber ausschaltet, daß sie damit eine Gunst der Stunde ausschlägt, die keine Ewigkeit zurückbringt.“

17./1. 1916

Berichte der feindlichen Generalkübe.

Wien, 16. Jänner. Aus dem Kriegs-
pressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

15. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Die Nacht war ruhig. In der Champagne zersprengte unsre Artillerie feindliche Arbeitergruppen und nahm einen Transport, der sich auf der Straße Auberive-St. Couplet bewegte, unter Feuer. In den Argonnen Granatenkampf bei Bauquois. Von der übrigen Front nichts zu melden.

11 Uhr nachts. Einige ziemlich lebhaftere Artilleriekämpfe ereigneten sich in der Champagne, in den Argonnen und im Woëvre. Sonst von der Gesamtheit der Front kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht. An der ganzen Front der belgischen Armee setzte der Artilleriekampf in der letzten Nacht mit Lebhaftigkeit wieder ein. Das Feuer der belgischen Geschütze zerstreute an verschiedenen Orten feindliche Arbeiter und war besonders wirksam gegenüber einem Transport, der südöstlich Merktem auf der Straße Opvern-Dignude abging.

Orientgruppe. Im Laufe des 14. Jänner warfen feindliche Flieger Geschosse über James, nordwestlich Rufus, und über Dogendzi ab. Einige griechische Soldaten wurden verletzt, einer wurde getötet.

17.1.1916

**Einführung des gregorianischen Kalenders in
Bulgarien.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Sofia, 17. Januar.

Der Ministerrat hat beschlossen, den gregorianischen Kalender anzunehmen.

Das ist ein Schritt von großer Bedeutung für die Selbständigkeit Bulgariens und für die Erleichterung des Verkehrs mit Mittel- und West-Europa. Der Einführungstag ist noch unbestimmt.

17. I. 1916

Kriegserklärung eines persischen Generalgouverneurs an England und Rußland.

konstantinopel, 16. Januar.

Zuverlässigen Nachrichten aus Persien zufolge hat der Generalgouverneur von Luristan, Rija mes Saltaneh, der durch seine patriotische Anhänglichkeit bekannt ist, den Befehl über die gegen die Russen und Engländer kämpfenden persischen nationalen Streitkräfte übernommen, England und Rußland den Krieg erklärt und die Feindseligkeiten eröffnet.

17.1.1916

Anszeichnung Enver und Liman Paschas.

Konstantinopel, 16. Januar.

Kriegsminister und Vizegeneralissimus Enver Pascha sowie Marschall Liman Pascha erhielten den Osmanië-Orden in Brillanten.

17.1.1916

**Austausch von Sympathiekundgebungen
zwischen Wien und Budapest sowie Kon-
stantinopel.**

Konstantinopel, 16. Januar.

Anlässlich des Dardanellen Sieges haben die Bürger-
meister von Wien und Budapest mit dem Präfekten von
Konstantinopel und der Präsident des Oesterreichischen
Hilfskomitees für den ottomanischen Roten Halbmond
Prinz Eduard Liechtenstein mit dem Präsidenten
des ottomanischen Roten Halbmondes Professor Bessim
Diner Pascha äußerst herzliche Telegramme gewechselt.

17.1.1916

Verhaftung unseres Konsuls in Korfu durch die Franzosen.

Wien, 17. Januar.

Aus Athen wird gemeldet:

Die Franzosen haben in Korfu den dortigen österreichisch-ungarischen Konsul, Herrn Theodor Edl, gefangengenommen.

Weiter wurde von den Franzosen der Agent des österreichischen Lloyd in Korfu verhaftet.

Als Lloydagent fungiert seit drei Jahren in Athen Herr Karl Antoniani.

Konsul Edl.

Konsul Theodor Edl ist als Sohn eines Bankiers in Preßburg geboren und steht im 36. Lebensjahre. Nach Ablegung der Konsularprüfung wurde er als Attaché dem damaligen Konsul Rémi v. Kwiathowski, der jetzt in Saloniki verhaftet wurde, nach Stutari zugeteilt. Nach kurzer Zeit wurde Edl nach Wien in das Ministerium des Aeußern berufen, wo er hervorragend tätig war. Sein Name wurde zuletzt in der Prochaska-Angelegenheit genannt. Er wurde damals als Kommissär zur Untersuchung der Angelegenheit des Konsuls Prochaska nach Brizzen delegiert und hat einen aufsehenerregenden Bericht darüber veröffentlicht. Für die Durchführung dieser Angelegenheit wurde er mit dem Orden der Eisernen Krone dritter Klasse ausgezeichnet. Er wirkte dann weiter im Ministerium und wurde am 27. April v. J. als provisorischer Gerent nach Korfu entsendet, wo jetzt seine Verhaftung erfolgte.

17. I. 1916

Um Salonik.

Der Konstantinopeler Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“, der sich schon oft als informierter Beurteiler der Balkansituation erwiesen hat, gibt seinem Blatte einen Bericht über die Lage um Salonik, der interessant ist, den wir aber mit allem Vorbehalt wiedergeben:

In Sofia, wo er sich augenblicklich aufhält, ist man allgemein der Ueberzeugung, daß die schließliche Entscheidung des dritten Balkankriegs um Salonik fallen muß. Als die bulgarischen Truppen die französisch-englischen Streitkräfte am 12. Dezember über die griechische Grenze zurückwarfen, hätten sie die Verfolgung sehr wohl bis Salonik fortsetzen und das Expeditionskorps durch einen Angriff von drei Seiten zum großen Teil vernichten oder gefangen nehmen können. Der Rückzug der französischen und englischen Heeresabteilung war Hals über Kopf vor sich gegangen, und wie man jetzt hört, war noch am 20. Dezember die große Mehrheit der Entente-Offiziere in Salonik der Ansicht, daß eine schleunige Einschiffung des Expeditionskorps das Klügste wäre, um ein Unheil zu vermeiden. Man hielt es im französischen Hauptquartier damals noch für ziemlich sicher, daß die Bulgaren mit deutscher Hilfe in kurzer Zeit in der Stadt erscheinen würden und sah in dem Stehenbleiben der Bulgaren an der griechischen Grenze nur eine zwischen Bulgaren und Griechen abgekartete Kriegslist. Die Mehrheit, vor allem die englischen Offiziere, fürchtete, das Expeditionskorps werde sich in einem bestimmten Augenblick zwischen zwei Feuern befinden, der bei Salonik zusammengezogenen griechischen Heeresmacht und den von Norden, Westen und Osten anrückenden Bulgaren. Auf einen Bericht der Generale Sarrail und Monroë hin reiste General Castelnau nach Salonik und Athen. Ueber all das und über die damals stattgefundenen Verhandlungen gibt die Korrespondenz genaue Aufschluß, die das österreichische Unterseeboot den englischen Kurieren abgenommen hat. Die wichtigsten und interessantesten Stücke jener Korrespondenz sind aus politischen und militärischen Gründen vorläufig noch unveröffentlicht. „Daß uns dieses Material in die Hände gefallen ist,“ erklärte dem Korrespondenten ein hervorragender Diplomat, „ist gleichbedeutend mit dem Gewinn einer großen Feldschlacht.“ Eine der ersten Forderungen der Untersuchung des Generals Castelnau war die Forderung an die Regierung von Athen, die griechischen Truppen aus der Stadt und Umgebung von Salonik zurückzuziehen. Der König und die griechische Regierung gaben dieser Forderung nach. Man hatte allgemein nicht erwartet, daß König Konstantin das Zurückziehen der griechischen Besatzung aus Salonik so leicht zugeben würde. Man glaubte, daraus nun den Schluß ziehen zu dürfen, daß er wenigstens in der nächsten Zeit noch nicht auf die Hilfe der Zentralmächte rechne, ja daß man einwirken von dieser Seite überhaupt keine Aktion gegen Salonik zu erwarten habe.

Von der Räumung Saloniks war jetzt keine Rede mehr. Um den Anschein zu erwecken, als bleibe man in Salonik wegen der Rettung Serbiens, wurde beschlossen, Salonik zum Sitz der serbischen Regierung zu machen. Aus diesem Grund holte man die serbischen Minister und die Zivil- und Militärbehörden aus Skutari oder Italien herüber, und auch der alte König Peter, der mit Mühe und Not nach Brindisi gekommen war, mußte sich auf einem italienischen Kriegsschiff wieder nach Salonik begeben. Ja, man hat sogar vor, dort auch wieder eine Skupschtina einzurichten. Der Kommandant der in Salonik gebliebenen kleinen griechischen Garnison, Oberst Pallis, erklärte demgegenüber, daß die serbischen Flüchtlinge auf die Gastfreihait Griechenlands rechnen dürften, solange sie sich jeder Tätigkeit enthielten, daß sie aber sonst unerbittlich festgenommen und ausgewiesen würden. Dann kam am 28. Dezember der Angriff der deutschen Flugzeuge, die das französische Lager mit Bomben bewarfen und die Bureaus des Hauptquartiers zerstörten. Daraufhin wurden die Konsuln und eine große Anzahl Untertanen der Zentralmächte gefangen genommen. Damit hatten die Franzosen und Engländer die Maske abgeworfen. Sie legen sich jetzt nicht mehr die mindeste Zurückhaltung auf. General Sarrail kehrte dem Obersten Pallis einfach den Rücken und würdigte ihn überhaupt keiner Antwort, als dieser gegen das widerrechtliche Auftreten der fremden Militärmacht protestierte. Die griechische Regierung wurde allem Anschein nach diesmal ernstlich böse und begann die Zähne zu zeigen. Der Protest der Zentralmächte und die Repräsentationen der Türkei sind bekannt. Man ist in Sofia allgemein überzeugt, daß es jetzt hart gegen hart gehen wird. Die bulgarische Regierung ist ebensowenig wie die Pforte geneigt, jetzt noch länger zu warten, bis die Truppen der Entente aus eigenem Antrieb Salonik räumen, oder bis sie durch die Griechen hinausgeworfen würden. Man ist in Sofia fest

entschlossen, an der Expedition teilzunehmen, die wahrscheinlich schon in sehr kurzer Zeit unternommen werden wird, um den Griechen zu helfen, vielleicht richtiger gesagt, sie zu nötigen, die Franzosen und Engländer zu vertreiben. Alle Vorbereitungen werden dafür getroffen, und da jetzt die Züge wieder regelmäßig zwischen den Ländern der Zentralmächte und dem Balkan verkehren, kann alles Notwendige rasch und sicher an die Fronten befördert werden. Dann wird Griechenland Farbe bekennen müssen. In Sofia herrscht allgemein die Meinung, die Franzosen und Engländer hätten durch die Gefangenahme der bulgarischen und türkischen Konsuln vor allem Bulgarien zu einem aktiven militärischen Auftreten gegen Griechenland reizen wollen. Wäre es dazu gekommen und dadurch ein Krieg zwischen den beiden Nachbarstaaten ausgebrochen, dann wäre eben Griechenland ganz von selbst an der Seite der Entente in den Krieg hineingezogen worden. Das hat die gemäßigste Haltung der Regierungen in Sofia und Istanbul vermieden. In Zukunft aber will man sich derartigen Ueberraschungen nicht wieder aussetzen und ist fest entschlossen, dem Verbleib der Entente in Salonik schleunigst ein Ende zu machen, koste es, was es wolle, ohne weiter darauf Rücksicht zu nehmen, ob das Erscheinen auch von bulgarischen und türkischen Truppen der griechischen Regierung angenehm ist oder nicht.

Der österreichisch-ungarische Protest gegen die Besetzung Korfu.

Wien, 16. Jänner.

Das k. und k. Ministerium des Aeußern hat an die hiesige amerikanische Botschaft eine Verbalnote gerichtet, die in deutscher Uebersetzung folgendermaßen lautet:

„Wien, 14. Jänner 1916.

Wie sich aus Mitteilungen ergibt, die der k. und k. Regierung zugekommen sind, ist die Insel Korfu am 11. d. M. von einem zur anglo-französischen Armee im Orient gehörigen Truppendetachment besetzt worden.

Dieses Vorgehen bildet nicht bloß einen neuen schweren Anschlag auf die Souveränität und die Neutralität Griechenlands, sondern auch eine flagranteste Verletzung der am 14. November 1863 und am 29. März 1864 in London abgeschlossenen Verträge, nach welchen die Insel Korfu die Vorteile einer immerwährenden Neutralität genießt.

Die k. und k. Regierung erhebt entschiedensten Protest gegen eine Handlungsweise, durch welche Frankreich und Großbritannien einmal mehr die Mißachtung an den Tag legen, die sie für die aus den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechtes sich ergebenden Pflichten, gleichwie für die in internationalen Verträgen feierlich festgelegten Verbindlichkeiten hegen.

Das k. und k. Ministerium des Aeußern beehrt sich, die amerikanische Botschaft zu bitten, das Vorstehende zu

Kenntnis der Regierungen Frankreichs und Großbritanniens bringen lassen zu wollen.“

Gleichzeitig hat das k. und k. Ministerium des Aeußern die Besetzung von Korfu zum Gegenstande des Protestes bei den verbündeten und den neutralen Staaten gemacht.

17.1.1916

Befürchtung einer Besetzung von Athen.

(Telegramm der „Neuen Freien P.“)

Sofia, 16. Januar.

Aus Athen kommt die Nachricht, daß eine englisch-französische Flotte im Piräus liege, dessen Okkupierung bevorstehe.

Rußland vor der wirthschaftlichen Katastrophe.

In den letzten Wochen haben die ohnehin äußerst ungünstigen wirthschaftlichen Verhältnisse Rußlands eine derartige Verschlimmerung erfahren, daß die maßgebenden Kreise ihre Besorgnisse nicht länger verhehlen und mit dem Eintritte einer Katastrophe rechnen. Der russische Finanzminister schließt seine eben veröffentlichte Denkschrift zum Staatshaushaltentwurf pro 1916, wie „Torgowo Promyschlennaja Gazeta“ berichtet, mit dem Hinweis, daß das allgemeine Wirthschaftsleben Rußlands durch die feindliche Besetzung eines Theiles des Reichsgebietes, durch die Flüchtlingsfluth, die Störungen des Verkehrswesens, den Mangel an Brennstoffen und an Betriebsmitteln empfindlich beeinflusst werde. Die russische Volkswirtschaft, die eine nunmehr nüchternere Bevölkerung als Arbeitskraft zur Verfügung habe, befinde sich vor ungeheurer schwierigen Problemen, deren Lösung vom Verlaufe der Kriegereignisse abhängen. Im „Ulro Rossij“ schreibt der Dumadeputirte Nowikow, an eine ausreichende Ernte sei nach den jetzigen Anzeichen nicht mehr zu denken. Was dann werden solle, da bereits nach zwei guten Ernten an allen Ecken und Enden furchtbare Noth herrsche, lasse sich überhaupt nicht prophezeien. „Nowoje Wremja“ greift die Regierung heftig an, die das Verderben hereinbrechen lasse, obwohl sie es nahen gesehen habe. Wenn nicht unverzüglich, um dem Arbeitermangel abzuwehren, in weitestem Umfange von der Verwendung der Kriegsgefangenen Gebrauch gemacht werde, sei das nächste Landwirthschaftsjahr überhaupt verloren.

Die Lebensmittelnoth nimmt immer größere Dimensionen an. „Rjetsch“ reproduziert einen Brief des Ministers des Innern an den Handelsminister, worin Chwoftow den Fürsten Schachowskoi auffordert, sofort der Mühlenindustrie an die Hand zu gehen, da die Bevölkerung sonst ohne Mehl bleiben werde. Die Lage in Petersburg schildert das Blatt als höchst kritisch. Beim Lebensmittelcomité erschien eine Deputation, die im Namen von 8000 Arbeitern der Wiborger Unternehmungen Maßnahmen gegen die Hungersnoth unter diesen Arbeitern und deren Familien forderte. Die Fleischläden in Petersburg sind gesperrt, nur die städtischen Verkaufsstellen geben in äußerst reduzierten Mengen Fleisch ab. Die Käufer stehen stundenlang im Froste und müssen nachher erst recht unberichteter Dinge abziehen. Die Bäckereien haben die Erzeugung von Gebäck eingestellt. Man bekommt nur noch Zwieback. Die Bahnen weigern sich, die für Petersburg bestellten Lebensmittel anzunehmen. Der Viehtrieb nach Petersburg beträgt 400 Stück, während die Stadt täglich mindestens 1000 Stück benötigt. Ferner fehlen Reis und Zucker. „Dien“ führt aus, daß die Lebensmittelnoth die Beamtschaft, die sich bisher der Regierung auf Gnade und Ungnade ergeben habe, veranlaßte, sich zu organisiren. So stehe Rußland einem neuen symptomatischen Faktum gegenüber: einer mächtigen Welle der Kooperativbewegung unter den Beamten. Menschkow äußert im „Nowoje Wremja“: Die Theuerung und die Noth fressen sich immer tiefer in das Herz unseres unglücklichen Rußland hinein. Eine wirthschaftliche Pest ist ausgebrochen, die viel entsetzlicher ist als eine wirkliche Seuche.

Nicht minder kritisch gestaltet sich die Brennstoffnoth. Ein ärztliches Gutachten für den Schulbezirk Moskau bezeichnet laut „Ruskoje Slowo“ 12 Gr. K. als mit Rücksicht auf die Zeitverhältnisse

für Klassenzimmer genügend. Wie „Rjetsch“ meldet, wurde in den Petersburger Mittelschulen an Tagen, die eine Temperatur von -16 Gr. aufweisen, der Unterricht in Folge Mangels an Heizmaterial eingestellt. Kohlenzufuhr aus den Kohlenrevieren ist, wie „Ruskoje Slowo“ mittheilt, ganz unmöglich, da nach einem Referate der südrussischen Bergindustriellen keine Transportmittel vorhanden sind. Die Seeeresverwaltung betreibt nach Informationen des „Nowoje Wremja“ eine Verfügung, wonach alle Steinkohle, Weichkohle und Anthrazit für Armeezwecke zu requiriren seien. Eine eigene Kommission soll eingesetzt werden und die Vertheilung des Brennstoffes auf das ganze Reich übernehmen.

17. I. 1916

**Wegschaffung der Athener Staatsarchive
nach Larissa.**

Ein großer Teil der griechischen Staatsarchive sei nach Larissa geschafft worden, wohin im Falle der Gefahr die Hauptstadt von Griechenland verlegt werden soll.

18./1. 1916.

Das Durcheinander in der Sozialdemokratie.

In der Reichstags- und in der Landtagsfraktion der Sozialdemokratie sind die Rollen zwischen Mehrheit und Minderheit vertauscht. Die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hält an der seit Kriegsausbruch eingeschlagenen Politik des Durchhaltens fest. Die Minderheit der Reichstagsfraktion aber fügt sich der Mehrheit nicht, sondern hat den Parteistreit auf die Reichstagstribüne getragen und sich eines schweren Disziplinbruchs schuldig gemacht. In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion steht die heutige Mehrheit in der Kriegsfrage auf dem Standpunkt der radikalen Minderheit der Reichstagsfraktion, und die Minderheit der Landtagsfraktion, die zur Mehrheit der Reichstagsfraktion hält, ordnet sich der Fraktionsdisziplin unter.

Die sozialdemokratische Fraktion im Abgeordnetenhaus zählt zehn Mitglieder. Fünf davon bildeten bisher eine Liebknecht-Gruppe, die anderen fünf hielten zur Mehrheit der Reichstagsfraktion. Waren alle zehn versammelt, so war es manchmal schwer, überhaupt einen Fraktionsbeschluss zu fassen, weil fünf gegen fünf standen. Fehlte hieben oder drüben ein Mitglied, so hing es von einer Stimme ab, ob zufällig die Fraktionsmehrheit radikal oder gemäßigt war. Zur Liebknecht-Gruppe wurden bisher gerechnet: Hofer, Adolph Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht, Ströbel. Auf dem anderen Flügel standen: Braun, Haenisch, Hirsch, Hué, Leinert. Wie wir schon neulich andeuteten und heute auch aus dem „Vorwärts“ erkennbar ist, hat aber in letzter Zeit eine Neugruppierung unter den Zehn stattgefunden: Der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Hirsch, ist von dem rechten Flügel auf die Liebknecht-Seite getreten.

Aus dem „Vorwärts“ ergibt sich auch, daß die gestern vom Abg. Hirsch im Abgeordnetenhaus abgegebene Fraktionserklärung zum Kriege die Zustimmung der Landeskommission der Sozialdemokratie Preußens, d. h. des Parteivorstandes für Preußen, nicht gefunden hat, vielmehr von der preußischen Landeskommission gemißbilligt wird. Die Landeskommission hat nämlich am 14. Januar zu der von der Landtagsfraktion zur Etatsberatung formulierten Erklärung mit 25 gegen 6 Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Landeskommission, nach dem Statut zur Führung der Parteigeschäfte der Sozialdemokratie Preußens berufen, kann der von der Mehrheit der Landtagsfraktion beschlossenen Erklärung zum Kriege nicht zustimmen. Sie billigt die Haltung und Politik der Reichstagsfraktion, die in der Erklärung vom 4. August festgelegt ist und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen.“

Nach Annahme dieses Beschlusses trat die Landtagsfraktion zu erneuter Beratung ihrer Erklärung zusammen. Die Fraktion nahm, wie der „Vorwärts“ sagt, „zwar einige Änderungen an ihrer Erklärung vor, berücksichtigte aber wesentliche Wünsche der Landeskommission nicht.“ Darauf faßte die Landeskommission mit 21 gegen 5 Stimmen folgenden Beschluß:

Die Landeskommission bedauert, daß die Fraktion des Abgeordnetenhauses den gestrigen mit 25 gegen 6 Stimmen gefaßten Beschluß, wonach die Landeskommission erwartet, daß durch die Landtagsfraktion nichts geschieht, was geeignet ist, die Politik der Reichstagsfraktion zu durchkreuzen, nicht berücksichtigt hat.“

Die sechs Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Hirsch, Hofer, Adolph Hoffmann, Paul Hoffmann, Liebknecht und Ströbel antworteten darauf heute in einer gemeinschaftlichen Erklärung im „Vorwärts“, daß sie „als Richtschnur für ihre Tätigkeit nur das Parteiprogramm und die Beschlüsse der nationalen und internationalen Parteitage anerkennen können; sie bestreiten der Landeskommission das Recht, ihr die Politik vorzuschreiben.“

Die Minderheit der Landtagsfraktion, die vier Abgg. Braun, Haenisch, Hué, Leinert sind gestern dem Beispiel der Minderheit der Reichstagsfraktion vom 21. Dezember nicht gefolgt. Sie haben gegen die vom Abg. Hirsch verlesene Erklärung der Fraktionsmehrheit keine Sondererklärung abgegeben. Aber Abg. Haenisch veröffentlicht heute im „Vorwärts“ eine Gegenerklärung. Er sagt u. a.:

„Trotz der Vorgänge, die sich am 21. Dezember im Reichstage abgepielt haben, ist die auf dem Boden der Politik des 4. August stehende Minderheit der preußischen Landtagsfraktion entschlossen, ihrerseits nach wie vor streng die Partei- und Fraktionsdisziplin aufrecht zu erhalten. Ebenso wie die drei anderen der Fraktionsminderheit angehörenden Genossen habe ich deshalb darauf verzichtet, im Abgeordnetenhaus selbst gegen die Erklärung zu protestieren, die Genosse Hirsch im Namen der Fraktionsmehrheit zur Friedensfrage abgegeben hat. Aber ich kann es für meine Person nicht unterlassen, wenigstens in der Presse von dieser Erklärung soweit wie nur möglich abzurücken...“

Außerdem steht die Erklärung der preußischen Fraktionsmehrheit im schroffsten Widerspruch zur Politik der Reichstagsfraktion und zu den Beschlüssen des Parteiausschusses, denen sich auch die preußische Landeskommission erst vor wenigen Tagen ausdrücklich angeschlossen hat. Das Vorgehen der preußischen Fraktionsmehrheit bedeutet daher einen schweren Bruch der heute mehr als je gebotenen Einheitlichkeit unserer politischen Aktion. Auch aus diesem Grunde lehne ich jede Mitverantwortung für die Politik der preußischen Landtagsfraktion und für die Folgen dieser Politik ab.“

Erbauliches aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Der Reichstagsabgeordnete Heine schreibt in der „Internat. Korresp.“ u. a.: „Die schmachvollsten Flugblätter, voll von Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Fraktionsmehrheit, sind verbreitet worden; haben doch wir Reichstagsabgeordnete in unserem Fraktionszimmer sie auf unseren Plätzen verteilt vorgefunden, wohin sie, da niemand sonst Zutritt hat, nur durch einen „Kollegen“ gelegt worden sein können. Gedruckt werden diese Machwerke teils in bürgerlichen Ditzingen, teils in Druckereien, die der Partei gehören, man weiß nicht, was schlimmer ist. Liebknecht hat bereits unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges begonnen, die Fraktionsmehrheit vor ausländischen Parteigenossen und in ausländischen Blättern des Berats an der Internationale zu bezichtigen, uns als schwache Seelen zu verhöhnen, die sich vom Imperialismus hätten fortreißen und vor seinen Wagen spannen lassen usw. Die Gewährsmänner der „Berliner Tagwacht“ verleumdete uns wahrheitswidrig als brutale, gierige Annexionspolitiker, die Blut und Gut des Volkes preisgeben wollten.“

18./1. 1916.

Annäherung an Oesterreich-Ungarn.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Dresden, 17. Januar.

Mitglieder des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins aus Deutschland, Oesterreich und Ungarn versammelten sich heute vormittag in Dresden zur Fortsetzung der im Juli und November in Berlin und Wien abgehaltenen Konferenzen. Den Vorsitz führt Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein. Die Beratungen sind, wie uns aus Dresden gedrahtet wird, vertraulich. Aus Deutschland nehmen u. a. teil: Geheimrat Julius Wolff, Geheimrat Nießer, Geheimrat Habenicht-Leipzig, Geheimrat Borster-Köln; aus Oesterreich der frühere Minister v. Plener; aus Ungarn der frühere Ministerpräsident Dr. v. Bekerele und die früheren Minister Szterenyi und Graf Serenyi.

Die Konferenz hat vor allem die Aufgabe, die in Wien gefaßten allgemeinen Beschlüsse in den Einzelheiten zu beraten und zu vertiefen, auf Grund dieser Beratungen bestimmte Vorschläge zu formulieren und diese Vorschläge den Regierungen der Zentralmächte als Material für die von ihnen demnächst aufzunehmenden Verhandlungen über den geplanten Wirtschaftsband zu überweisen.

Seute befaßte sich die Konferenz zunächst mit der Frage der Vorzugsbehandlung und der gemeinsamen Führung von Handelsvertragsverhandlungen gegenüber dritten Staaten. Hierbei wurde das Einverständnis über die Beschlüsse der Wiener Konferenz bestätigt. Weiter wurde die Stellungnahme zu den Balkanländern, besonders zur Türkei, erörtert. Die Frage der Stellungnahme zur Türkei muß zuerst zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geklärt werden, ehe in Verhandlungen mit türkischen Delegierten eingetreten werden kann. Eine eingehende Besprechung erfuhr die Möglichkeit der gegenseitigen Durchdringung des Wirtschaftslebens der Zentralmächte, vor allem auf dem Gebiete der Ausgleichung und Vereinheitlichung der Zolltariffchemata, der Eisenbahntarife, des Wasserstraßenverkehrs und der Rechtsausgleichung. Zu den verschiedenen Punkten sprachen von deutschen Teilnehmern Geheimrat Wolf, Geheimrat Nießer, Dr. v. Wehnert u. a. Der Syndikus Dr. Freymark legte der Versammlung eine Reihe von Leitsätzen zur Frage der Vereinheitlichung der Bestimmungen über den Eisenbahnverkehr vor. Er begründete seine Vorschläge ausführlich, insbesondere nach der Richtung, daß das Streben nach einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn auch ein weitgehendes Zusammenarbeiten auf diesem Gebiete notwendig erscheinen lasse. Für die am Verkehr interessierten Kreise stünden im Vordergrund die Vereinheitlichung des formellen Tarifwesens, z. B. möglichst allgemeine Herstellung direkter Tarife und möglichst weitgehende Durchführung des Grundsatzes der gleichmäßigen Behandlung der Transporte des einen mit denen der anderen Staaten, insbesondere durch weitere Ausgestaltung der Parität, die durch die verkehrspolitische Meistbegünstigung zu ergänzen sei. Feste Beschlüsse wurden heute noch nicht gefaßt.

18.7. 1916

Die Verhaftungen auf Korfu.

Ankunft serbischer Truppen und des serbischen Kronprinzen.

A. Athen, 17. Jänner. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Offiziös wird berichtet, daß der österreichisch-ungarische Konsul und der Vertreter des Oesterreichischen Lloyd in Korfu verhaftet wurden.

Der Präfekt von Korfu meldet seiner Regierung, daß ohne Erlaubnis der französischen Militärbehörden keine Schiffe in die Straße von Korfu einfahren oder sie verlassen dürfen.

Der Präfekt berichtet weiter, daß heute serbische Truppen aus Albanien angekommen seien. Die Behörden von Korfu beschloßen in Uebereinstimmung mit den Kommandanten der Verbündeten, diese Truppen nach der Korfu gegenüberliegenden Insel Pythia zu bringen. Auch der Kronprinz von Serbien mit den Offizieren des Generalstabes ist aus Skutari in Korfu angekommen.

König Peter ist gestern abends an Bord eines französischen Zerstörers in Odysseus angekommen.

18.7. 1916

**Die Verhaftung des Konsuls Edl.
Protest Oesterreich-Ungarns in Griechenland.**

Wie wir erfahren, hat die österreichisch-ungarische Regierung bei der griechischen Regierung gegen die Verhaftung des österreichisch-ungarischen Konsuls in Sorfu Protest eingelegt.

Die Waffenstreckung Montenegros.

Die Verhandlungen mit den Parlamentären und die Modalitäten der Uebergabe.

Ueber die Verhandlungen, die der Kapitulation Montenegros vorangingen, erfahren wir:

Am 13. Jänner erschienen zwei montenegrinische Minister und ein montenegrinischer Artillerie-Major als Parlamentäre bei unserer Vorpostenlinie und gaben auch mündlich die Bereitswilligkeit des Königs Nikita und der montenegrinischen Regierung bekannt, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten. In der Antwort wurde die Erfüllung dieser Bitte an die vorherige bedingungslose

Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres geknüpft. Die montenegrinischen Unterhändler waren bis zum Einlangen dieser Antwort bei unseren Truppen in Cetinje geblieben und beförderten sogleich die Antwort zu ihren Auftraggebern. Bereits am 16. Jänner teilten sie mit, daß Montenegro die von uns gestellte Forderung nach bedingungsloser Waffenstreckung annahme.

Unter dieser bedingungslosen Waffenstreckung ist eine Niederlegung, beziehungsweise Auslieferung aller feiner Waffen zu verstehen, die in der modernen Kriegführung Verwendung finden, vor allem Handfeuerwaffen, Maschinengewehre und Geschütze, selbstverständlich auch Festungen mit ihrem Material, die Eisenbahn zc. zc. Inwieweit Handscharen, alte Flinten und andere in persönlichem Eigentum der Bewohner vorhandenen Waffen mit inbegriffen sind, wird die jeweilige örtliche Sachlage ergeben. Die Niederlegung der Waffen an bestimmten, bezeichneten Punkten, voraussichtlich bedeutenden Kommunikationsknoten, wird selbstverständlich unter Kontrolle unserer Militärorgane vor sich gehen. Diese Kontrolle erheischt auch eine Art strategischer Landdurchstreifung, die das Verbleiben von Banden in entlegenen Schlupfwinkeln unmöglich macht. Die waffenfähige männliche Bevölkerung, zu der in Montenegro eigentlich alles gerechnet wird, was halbwegs marschieren kann, wird sodann konfiniert, den Frauen das Verweilen in ihren Wohnstätten gestattet. Zahlreiche Frauen hatten sich ja den Kämpfern als Munitions- und Proviantträger angeschlossen, in der letzten Zeit aber nach der Einstellung der Löhnungsauszahlung an die Soldaten in ihren Wohnorten Aufenthalt genommen und von dort die kämpfenden Männer versorgt.

Es ist klar, daß jeder Versuch, die Durchführung dieser Maßnahmen zu verhindern oder zu umgehen, die schwerste Ahndung finden müßte. Es wird also sozusagen das ganze Land übergeben. Seine Verwaltung, der Betrieb der Eisenbahn gehen naturgemäß in unsere Hände über. Ist dies alles vollzogen, dann ist unsere Forderung nach bedingungsloser Waffenstreckung, die wir als Voraussetzung für Friedensverhandlungen aufgestellt haben, als erfüllt anzusehen.

Depeschenwechsel zwischen Erzherzog Friedrich und König Ferdinand.

Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Aus Anlaß des griechisch-orientalischen Neujahrsfestes richtete Armeeoberkommandant Feldmarschall Erzherzog Friedrich folgendes Telegramm an den König von Bulgarien:

„Eure Majestät!

Das bulgarische Volk begeht morgen in großer Zeit das Fest der Jahreswende. Vor drei Monaten hat das tapfere bulgarische Heer den österreichisch-ungarischen, deutschen und türkischen Streitkräften in ihrem Ringen gegen eine Welt von Feinden die Hand gereicht. Seither ist das heimtückische, treubruchige Königreich Serbien niedergeworfen worden und die bulgarischen Truppen haben jenes Gebiet zurückerobert, das — von Bulgaren bewohnt — vor zwei Jahren Eurer Majestät durch Serbien vorenthalten worden ist. Der Versuch französischer und englischer Divisionen, zugunsten ihres vernichteten Verbündeten noch in letzter Stunde einzugreifen, brach kläglich zusammen. Rückblickend auf diese Erfolge bitte ich Eure Majestät im Namen der im Felde stehenden österreichisch-ungarischen Armeen die innigsten Wünsche für das Jahr 1916 entgegennehmen zu wollen. Gottes Segen ruhe auch fernährhin auf Eurer Majestät, auf der königlichen Familie und auf dem bulgarischen Volk, und lasse uns in treuer Waffenbrüderschaft der großen gemeinsamen Sache dienend, zusammen mit unseren heldenmütigen deutschen und türkischen Bundesgenossen den Weg des Erfolges bis ans glorreiche Ende gehen!

Erzherzog Friedrich, Feldmarschall.“

Auf diese Depesche langte folgende Antwort ein:

„Die brüderlichen Grüße und Glückwünsche, die Eure kaiserliche und königliche Hoheit sowohl in Ihrem wie auch in des glorreichen österreichisch-ungarischen Heeres Namen zur Jahreswende mir übersandten, haben mich tief gerührt, und danke ich Eurer kaiserlichen Hoheit und der heldenhaften kaiserlichen und königlichen österreichisch-ungarischen Armee auf das Wärmste dafür. Eine ganz besondere Freude hat mir der Umstand bereitet, daß am Tage, wo Eure kaiserliche Hoheit die Taten meines Heeres in so herzlichen Worten gewürdigt haben, die Truppen der k. u. k. dritten Armee in ihrem siegreichen Vormarsch der Hauptstadt des hartnäckigen Gegners in den montenegrinischen Bergen sich bemächtigt haben. Im Vertrauen auf Gott und die braven Truppen unter Eurer kaiserlicher Hoheit Führung will ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß es dem Herrn Feldmarschall gelingen möge, die Zahl unserer Gegner bald um einen weiteren zu verringern. Indem ich namens der bulgarischen Armeen den im Felde stehenden österreichisch-ungarischen Armeen bundesfreundlichen Gruß und Dank sende, erlebe ich des Allmächtigen besonderen Segen über alle ihre Taten.“

Ferdinand, R.“

18.7.1916

Die Rede Barzilais.

Der „traurige Epilog“.

Berlin, 17. Januar. (Priv.-Tel.)

Die Agenzia Stefani meldet:

In einer Rede vor der Vereinigung „Pro Patria“ in Bologna hob Minister Barzilai die Notwendigkeit eines großen Erfolges der nationalen Anleihe hervor. Er sprach sodann von den Ereignissen am Balkan und sagte:

Der Zusammenbruch Serbiens und jener Montenegros, der unglücklicherweise beinahe unvermeidlich ist, vermehren nach jenem Belgiens seltam die harten Aufgaben des Vierverbandes, wenn der Sieg unfehlbar die Erfüllung aller Aufgaben, sowohl der geistigen wie der sittlichen, bedeuten soll, die zusammen mit der Verteidigung der politischen und wirtschaftlichen Interessen in erster Linie den Krieg rechtfertigen. (1)

Der traurige Epilog heute ist schon lange unabwendbar beschlossen worden, als angesichts der klar ausgesprochenen deutsch-österreichischen Umtriebe (?) im Orient den Alliierten ein gemeinsamer und voraussehender Balkanplan fehlte, wie dies der Minister eines alliierten Staates offen zugegeben hat. Ein anderer Minister hat schon voller Loyalität anerkannt, daß keineswegs Italien am meisten für den Mangel an Voraussicht der sich vorbereitenden Ereignisse verantwortlich ist. Es war also eine große Illusion, zu glauben, daß man nach der Niederlage Serbiens durch späte und nicht im Verhältnis stehende Hilfeleistungen das Schicksal Montenegros würde abwenden können, und eine sehr große Illusion, daß man den Lobcen entgegen könnte, ohne das gesamte benachbarte Königreich zu retten. Die Hilfe in letzter Stunde fehlte ihm nicht, aber man konnte ihr nicht vor seinem Gewissen eine entscheidende Wirksamkeit zusprechen. Wenn die vorübergehende Vergewaltigung dieses heroischen Landes ohne Zweifel auch einen schmerzlichen Schicksalsschlag in der gemeinsamen Bilanz darstellt, so kann doch die Ueberschätzung der Bedeutung des Lobcenberges, die fremden Strömungen oder unseren irrthümlichen Eindrücken zuzuschreiben ist, nicht vor der Prüfung durch die Wirklichkeit bestehen. Vor zehn Jahren versicherte ich in einer Stunde, in der man die Ereignisse nicht voraussagen konnte, daß die Notwendigkeit für uns, zu vergessen, daß die Herrschaft der Adria vom Besitz von Triest, Istrien, der dalmatinischen Küste und der Inseln abhängt, uns dahin gebracht habe, diese Herrschaft mit den Forts von Balona und Lobcen für identisch anzusehen. Die Eindrücke von heute sind also die Folge der früheren Uebertreibungen. Cattaro war und bleibt ein natürlicher Hafen ersten Ranges, der geeignet ist, die österreichische Flotte kräftig zu stärken trotz der vom Lobcenberge aus möglichen Bedrohungen. Vom Gipfel des Lobcen sieht man die Kasernen von Cattaro. Aber in den 16 Kriegsmonaten ist es der auf dem Berg aufgestellten Artillerie mittleren Kalibers (denn das große Kaliber konnte niemals hinaufgeschafft werden, da Straßen vollkommen fehlen) niemals gelungen, sie irgendwie zu beschädigen.

Wenn die Mittel zur völligen Rettung von Montenegro, zu der 200.000 oder 300.000 Mann notwendig gewesen wären, mit einer sechsmal so starken Macht, um diese Kräfte in Verbindung mit dem Vaterland zu halten, vorhanden gewesen wären, so wäre der Lobcen, ob bewaffnet oder unbewaffnet, doch mit dem übrigen Gelände in die Hände des Feindes gefallen. Der unausbleibliche Sieg (!) der Waffen der Alliierten wird die Ergebnisse dieses kühnen Handstreiches ebenso zunichte machen, wie die anderen bemerkenswerteren, die der Feind, aus der Notwendigkeit heraus, den Frieden zu beschleunigen, ausgeführt hat. Damit aber die unbestreitbare Ueberlegenheit der Mächte des Vierverbandes an Menschen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfsmitteln und Schiffen nicht wirkungslos und vergeblich wird, ist ein enges, dauerndes, unzerstörbares einheitliches Vorgehen erforderlich. Die jetzigen Ereignisse sind die unvermeidliche Folge von Fehlern einer Zeit, die der Vergangenheit angehört. Aber glücklicherweise weisen viele Anzeichen darauf hin, daß die Auffassung von einer einzigen Front, von einem einzigen Krieg und einem gemeinsamen Schicksal unter der Wirkung der schmerzlichen Erfahrung große Fortschritte gemacht hat. Der gemeinsame Feind wird nicht mehr das ungenügende Zusammenwirken von materiellen und geistigen Energien in Anschlag bringen können, die den feindlichen so überlegen sind, und wenn ihn seine Hilfsquellen im Stiche lassen, so ist sein Untergang unvermeidlich.

Eine neue Rede.

+ Lugano, 17. Januar. (Priv.-Tel.)

Barzilai rechtfertigte neuerdings in einer Rede in Padua die in Italien bereits bekannte alte Phrase, Deutschlands Verbündete seien Sklaven, die Vierverbandsmächte dagegen freie Staaten. Daher sei eine Einigung unter ihnen langsamer zu erzielen.

**Die Kriegführung Oesterreich-Ungarns
im Film.****Vorführungen in Konstantinopel.**

Konstantinopel, 16. Jänner. Von einem aus zahlreichen aus Oesterreichern, Ungarn und Deutschen zusammengesetzten Publikum, worin namentlich Offiziere stark vertreten waren, hielt der österreichisch-ungarische Oberleutnant Graf K o l o r a t gestern abend im Teutoniasaal einen interessanten durch Filmborführung besonders lebendig gestalteten Vortrag über die Kriegführung Oesterreich-Ungarns. Besonders Interesse erweckten die Bilder, mit denen die Uebungen österreichisch-ungarischer Hydroplane und Unterseeboote, Szenen aus den Konzollämpfen und aus den Kämpfen in Galizien und Ostpreußen sowie die jüngsten Errungenschaften Oesterreich-Ungarns auf dem Gebiet der Chirurgie, insbesondere bei Verwendung der Prothesen, vorgeführt wurden.

18.7. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 17. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

16. Jänner. Im Abschnitt zwischen Sarca und Etsch versuchte am 14. d. nach lebhafter Geschütztätigkeit eine feindliche Abteilung sich unsern Stellungen bei der Mündung des Bal die Cresta zu nähern, wurde aber sofort zurückgeschlagen. Eine eigene Abteilung besetzte die kleine Insel des Loppiosees. Das zielsichere Feuer unserer Geschütze rief am gleichen Tage die Explosion eines Munitionsdepots des Gegners im Raume von Umbretta (oberes Kleinthal) hervor und zerstreute eine feindliche Kolonne im Anstieg auf der Straße von Raibl (Seebachtal). Auf den Höhen nordwestlich von Görz folgte der intensiven Kanonade des 14. in der Nacht ein feindlicher Angriff mit ungeheuren Kräften gegen unsere Stellungen im Abschnitt zwischen dem Runicabach und Oslavija. Das erstmal zurückgeschlagen, erneuerte der Gegner mit noch größeren Kräften den Angriff, durch den es ihm gelang, in einige unserer Gräben im Frontstück zwischen Kote 188 und Oslavija einzudringen. Am Morgen jedoch vertrieben unsere Truppen durch einen heftigen Gegenangriff den Feind jenseits von Oslavija und setzten sich wieder in den festen Besitz der Gräben östlich des Ortes. Waffen und Munition wurden erbeutet und einige Gefangene gemacht. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Feltre und Cervignano. Kein Menschenopfer zu beklagen. Nur leichte Sachschäden.

Der englische Kriegsbericht.

London, 16. Jänner. Amtlicher Bericht aus dem britischen Hauptquartier:

Der Tag verlief im allgemeinen ruhig. Nur bei Givenchy und Ypern feuerte der Feind einige Granaten ab. Das Artilleriefeuer gegen die starke deutsche Stellung nördlich von Ypern hatte ein befriedigendes Ergebnis.

Amtlicher Bericht aus Mesopotamien:

General Aylmer lieferte den Türken, die sich auf die Stellungen bei Dran zu beiden Seiten des Tigris, 25 Meilen östlich Kut-el-Amara, zurückgezogen hatten, eine Schlacht. Der heftige Kampf dauerte am 13. d. bis zum Einbruch der Nacht. Sodann begannen die Türken sich zurückzuziehen und setzten den Rückzug auch in der Nacht zum 14. d. fort. Die britische Kolonne übt auf den Feind von Osten und Norden einen energischen Druck aus.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 17. Jänner.

Das Abgeordnetenhaus wählte das bisherige Präsidium wieder.

Das Haus begann sodann die erste Lesung des Etats und des neuen Steuergesetzes.

Abg. v. Seydebrand (konservativ) sprach zunächst den tapferen Kämpfern draußen den unauslöschlichen Dank des Hauses aus. (Lebhafte Beifall.)

In Besprechung des Etats betonte Redner die Notwendigkeit der größten Sparjamkeit und erklärte namens seiner Partei das Einverständnis mit dem Grundsatz des neuen Steuergesetzes.

Redner drückte sodann seinen Stolz über die anerkennenden Worte der Thronrede für das preussische Volk aus. Er wies auf den Geist der Kameradschaftlichkeit unter dem preussischen Stamme und den anderen Stämmen als eine der herrlichsten Erscheinungen des Krieges hin.

Bezüglich der Stelle der Thronrede, die auf die geplante Aenderung des Wahlrechtes hinzudeuten scheint, erklärte Redner, wiederholt von den Sozialdemokraten durch Zwischenrufe unterbrochen, seine Partei gebe bei voller Anerkennung der Vortrefflichkeit der Grundlagen des Wahlrechtes zu, daß gewisse Schwächen vorhanden seien. Aber die Frage jetzt erledigen zu wollen, würde den Interessen des Landes direkt widersprechen, wenn man nicht etwa zur Meinung kommen wollte, daß die Erledigung der Wahlfragen wichtiger sei als die Erledigung der Fragen, die mit dem Kriege selbst in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Jammern und Friedenswünsche aussprechen, führe zu nichts; es müße nur feste Entschlossenheit. (Lebhafte Beifall.)

Redner fuhr fort: Wir tragen nicht die Verantwortung für den Krieg. Die Verantwortung tragen jene, die ihn heraufbeschworen haben, und derjenige ist fast unser schlimmster Feind, der, wie Mexiko, den Krieg um Jahresfrist ver-

längerte. Daß die Leute, die seit Jahresfrist nichts als Niederlagen erlitten, die Sieger mit Vernichtung bedrohen, hat nicht mehr einen lächerlichen, sondern geradezu einen pathologischen Charakter. Die Gegner rechnen darauf, daß das deutsche Volk nicht einig bleiben könnte und nicht die materielle Kraft hätte, durchzuhalten. Das Ausland täuscht sich. Wir können, werden und müssen auch von trockenem Brot leben und auch hungern, wenn es nicht anders sein kann. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen durchhalten, weil es die Feinde wollen. Wir können durchhalten, wenn jeder seine Pflicht erfüllt. Allen, die draußen kämpfen, wollen wir, wenn sie wiederkommen, mit offener Stirne entgegenreten, um zu sagen: Ihr habt das Vaterland gerettet, aber auch wir taten dabeln für das Vaterland, was wir konnten. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen rechts.)

Abg. Bachmaier (Volkspartei) betonte bezüglich der Wahlreform, ein Volk, das geleistet habe, was der deutsche Krieger leistete, verdiene Vertrauen. Das Volk habe sich politisch reif gezeigt und müsse auch staatsrechtlich so behandelt werden. Es wäre eine Erschütterung der Autorität der Regierung, wenn man das, was in der Stunde der Not versprochen worden sei, in der Stunde des Glücks vergessen wollte. Bei aller Würdigung der Leistungen Preussens für das Reich warne Redner vor partikularistischen Strömungen. Der Reichsbau solle ein immer festeres Gefüge erhalten. Er solle so fest werden, daß er allen Stürmen trotzen könne, die vielleicht noch kommen werden. (Beifall.)

Abg. Herold (Zentrum) hob die Notwendigkeit hervor, die breiten Schichten des Volkes zu ihrem Rechte kommen zu lassen.

Abg. Girsch (Sozialdemokrat) betonte, auch die Sozialdemokraten wollen nicht, daß die politische oder wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes angetastet werde, verlangen aber das Gleiche auch für andere Völker. Sie fordern insbesondere, daß die völlige Unabhängigkeit und Selbständigkeit Belgiens wiederhergestellt werde. Redner brachte eine Reihe von Beschlüssen auf wirtschaftlichem Gebiete vor und forderte die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes als besten Dank für jene, die draußen kämpfen.

Minister des Innern Dr. v. Loebell

begann seine Ausführungen mit einem Dank an die herrliche Armee, die im Vereine mit den österreichisch-ungarischen und den bulgarischen Truppen Heldentaten vollbrachte.

Unsere tapferen Verbündeten, fuhr der Minister fort, eroberten die Hauptstadt Montenegro und verfolgten den geschlagenen Feind. Einzig stehen die Laten in der Weltgeschichte da. Das Errungene ist eine Gewähr des endlichen, siegreichen Triumphes über die Feinde. Deutschland mußte den Weltkrieg auf sich nehmen. Das deutsche Volk trägt ihn unter großen Opfern mit felsenfestem Willen zum Siege; Deutschlands Aufgabe ist und muß sein, in siegreichem, ruhmvollem Frieden Sicherheiten zu erringen, die Deutschland nach Menschenmessen einen langen Frieden gewährleisten, die realen Sicherheiten, die es den Feinden unmöglich machen, uns noch einmal überraschend in konzentrischem Angriff zu überfallen, die Sicherheiten, die Deutschlands künftige Entwicklung bereiten. In den Erfolgen des Krieges reift die Saat der preussischen Geschichte zur vollen Ernte. Der Geist des Militarismus, den das Ausland neidvoll schmählt, ist in der Schule des preussischen Staates groß geworden, den Feinden zum Schrecken, dem deutschen Vaterlande zum Segen und zur Rettung in Zeiten höchster Gefahr. Der Minister dankte den Organen der Staats- und Selbstverwaltung für die Bewältigung ihrer schweren Aufgaben und wies auf den Wiederaufbau Ostpreussens hin, der unverändert im Mittelpunkt der Kriegsaufgaben stehe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Sieg der Deutschen und ein siegreicher Frieden die Sicherheiten schaffen werden, daß Ostpreußen zum letzten Male von Feinden heimgesucht worden sei. Die Aufgaben, die die Regierung schon jetzt im Kriege als im Frieden bevorstehend erkennt, seien solche, die die Kriegszeit bereits als notwendig erkennen lasse.

Der Minister erwähnte ausdrücklich in diesem Zusammenhange die dem Kriege folgenden abschließenden Arbeiten an den für die Abgeordnetenwahlen gültigen Bestimmungen und wies die Auffassung zurück, als ob die Lösung der Frage etwas wie ein politisches Entgelt für patriotische Pflichterfüllung sei. Er betonte, die Regierung sehe in der inneren, großer Stunde gewonnenen Einmütigkeit der Parteien einen zu kostbaren Gewinn der Kriegszeit, um nicht alles zu seiner Erhaltung zu tun. Die Regierung sei deshalb auch entschlossen, wenn die Waffen ruhen, das politische Leben Preussens und Deutschlands von dieser Frage dauernd zu entlasten.

Gegenstand der Prüfung im Kriege und der Lösung nach dem Frieden seien auch die Gesetzgebung und die Verwaltungspraxis, die die preussischen Staatsangehörigen polnischer Abkunft betreffen. Endgültiges, sagte Redner, kann auch hier mitten im Kriege nicht geschehen, umso weniger angesichts der Tatsache, daß möglicherweise die Verhältnisse jenseits der preussischen Ostgrenze nach dem Kriege in der einen oder anderen Weise eine geänderte Gestaltung gewinnen. Die Preußen polnischer Abkunft mögen die Sicherheit haben, daß die Regierung in die Prüfung der die polnischen Interessen angehenden inneren Politik mit aller Objektivität und Wohlwollen eintreten wird, welche die Haltung der ostpreussischen Polen in diesem deutschen Lebenskampfe gebietet. Bis dahin muß es genug sein mit einer milden, den berechtigten Interessen der preussischen Staatsbürger polnischer Herkunft entgegenkommenden Handhabung der geltenden Gesetzesbestimmungen.

Präsident Oberpräsident

Die Regierung hofft auch, daß die große Mehrheit der sozialdemokratischen Partei bis zum Frieden auf dem Wege bleibt, den sie bei Kriegsausbruch zum Segen Deutschlands beschritten hat. Die Regierung wird das ihrige tun, der Sozialdemokratie diesen Weg nicht schwer zu machen.

Der Minister schloß: Der Weltkrieg wird mit Gottes Hilfe enden, wie mit der Erhöhung und dauernden Stärkung der uns treu verbündeten Staaten, so mit der Besiegelung der Weltstellung des Deutschen Reiches. Die Feinde glauben an den Wert der großen Zahl, wir an den Wert des deutschen Menschen und darum an unseren Sieg. (Lebhafter Beifall.)

Friedberg (Nationalliberal) bemerkt gegenüber den Sozialdemokraten, Belgien herauszugeben wäre das Törichteste was Deutschland tun könnte, da es ein wertvolles Unterpfand für den Frieden sei.

Unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses verliest der Präsident sodann den Bericht aus dem ungarischen Abgeordnetenhaus über das Friedensangebot Montenegro. Das Haus nimmt die Mitteilung mit lebhaftem Beifall auf. Der Präsident fügt hinzu: Wenn es nach mir ginge, würde ich rufen: Vivat sequens! Hoffentlich folgt bald der nächste und den letzten beißen die Hunde. (Geisterzeit).

Nachdem noch der Finanzminister über das Steuergesetz gesprochen und Freiherr v. Zedlitz (freikonservativ) die Wahlreform im gegenwärtigen Zeitpunkt zu erörtern für unangebracht erklärt hatte, wird unter stürmischen Widerspruch der Sozialdemokraten die Debatte geschlossen. Die Vorlagen werden hierauf an die Budgetkommission verwiesen.

Ein Armeebefehl des Zaren.

Budapest, 17. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
 „Az Est“ meldet aus Bukarest: Petersburger Meldungen zufolge hat der Zar am griechischen Neujahrstage folgenden Tagesbefehl an seine Armeen erlassen: Das Jahr 1915 ist vergangen, das reich war an uneigennütigen Taten meines ruhmreichen Heeres. Ihr seid in hartem Kampfe gestanden mit einem zahlreichen Gegner, der reich mit allem ausgestattet war. Ihr habt den Einmarsch des Feindes zum Stehen gebracht, indem ihr eure Brust als uneinnehmbaren Schild dem Feinde entgegenstelltet. An der Schwelle des Jahres 1916 sende ich meinen Gruß meinen tapferen Soldaten. Ich bin im Geiste bei euch, die ihr in den Schützengräben kämpft und bitte den Allmächtigen um seine Hilfe für eure Taten, eure Tapferkeit und euren Heldennut.

Unser ruhmreiches Rußland kann solange nicht die Früchte seiner Tätigkeit sichern und seinen Reichtum solange nicht verwerten, solange der Feind nicht von uns siegreich zu Boden geschmettert ist. Es wird keinen Frieden ohne den Sieg geben. Wie groß auch die Schwierigkeiten und Opfer seien, so sind wir doch verpflichtet, die Sache des Vaterlandes zum Siege zu führen.

Ich hatte schon Gelegenheit, auf den Feldern von Molo decno und Bilejka meine dort im Kampf stehenden Regimenter zu begrüßen. Ich habe damals euere vom Herzen kommende Begeisterung und den festen Willen bei euch gefühlt, daß ihr bereit seid, eure Pflichten gegenüber dem Vaterlande voll zu erfüllen. Ich trete in das neue Jahr mit dem innigen Vertrauen auf die Gnade Gottes und mit Zuversicht auf die seelische Kraft der russischen Nation. Ich vertraue auch fest auf die Wehrfähigkeit des russischen Volkes, auf mein Heer und meine Marine.

Die schwedische Thronrede.

Stockholm, 17. Jänner. Die vom König bei der Eröffnung des Reichstages im Reichssaal des königlichen Schlosses verlesene Thronrede weist zunächst auf den immer umfangreicher werdenden Kampf hin, dessen Ergebnis über die Zukunft der Völker entscheiden werde. Die Regierung hoffe lebhaft, die Neutralität, die sie zu Beginn des Krieges erklärte, auch in Zukunft beobachten zu können.

Die Thronrede fährt dann fort: Die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung der Neutralität und des Selbstbestimmungsrechtes Schwedens vermehrte Streitkräfte zu Lande und zu Wasser müssen sich stets bereithalten. Das schwedische Volk hat im verfloßenen Jahr in mannigfacher Weise unter den Wirkungen des Krieges gelitten. Die Kriegführenden haben immer mehr die Grundsätze des Völkerrrechtes und ihren Zweck, die Neutrale gegen die gewaltsamen Handlungen des Krieges gegenüber dem friedlichen Verkehr zu schützen, vernachlässigt.

Schweden, dessen glorreicher Anteil an der Schöpfung dieser Grundsätze bekannt ist, hat, teilweise zusammen mit den Regierungen der beiden andern skandinavischen Länder, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung dieser anerkannten internationalen Grundsätze ergriffen. Die Haltung der Kriegführenden Mächte hat dem schwedischen Volk erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten verursacht. Die Regierung mußte mehrere Male gegen Verletzungen des schwedischen Handels unter fremder Aufsicht zu helfen, einschreiten.

Die Arbeit für die Stärkung der Landesverteidigung, heißt es in der Thronrede weiter, müsse ohne Verzug fortgesetzt werden. Trotz großer Sparsamkeit im Budget würden Entwürfe zu einer neuen Steuer vorgelegt werden.

Die Thronrede bemerkt schließlich, die Regierung habe die Absicht, dem Reichstage vorzuschlagen, besondere Abgeordnete auszuwählen, die mit der Regierung geheime Fragen beraten sollen, wie dies zum Beispiel im Herbst 1914 bereits der Fall gewesen sei.

18.7.1916

Der Eindruck in Italien

Sp. Mailand, 18. d. In Besprechung der Kapitulation Montenegros schreibt der „Corriere della Sera“: Der Epilog, der auf dem Balkan begangenen Fehler schließt jetzt in einer weniger tragischen Form als angenommen wurde. Dafür aber vielleicht mit einer um so ernsteren und bedeutungsvolleren Warnung. Es nützt nichts, sich zu verhehlen, daß die kleinste dem feindlichen Blod geschlagene Lücke, auch wenn sie nicht so groß ist, um den Eingang zum Siege zu öffnen, dennoch genügt, um bei den gegen uns im Kriege stehenden Völkern noch einmal die Illusionen über das Endergebnis wachzurufen. Dieser schöne Erfolg, so bescheiden er auch sein mag, gibt den Regierungen einen Vorwand, um vermehrten Kräfteaufwand und noch größere Opfer, als sie bis jetzt von ihren Völkern forderten, zu verlangen. Dies ist ohne Zweifel ein nicht zu unterschätzender moralischer Vorteil, der seinen Ausdruck in einer zu seinem Verhältnis zur Tatsache stehenden, in Wien und Berlin sich kundgebenden Begeisterung finden wird.

Der „Secolo“ schreibt: Um eine Erklärung für die Entscheidung König Nikitas zu finden, braucht man nur daran zu denken, daß der Geist des greisen Souveräns durch finstere Pläne durchkreuzt wurde. Wir wissen nicht, welchen Wert wir den Gerüchten beimessen müssen, die seit einigen Tagen in gewissen Kreisen unserer Hauptstadt umgingen, nach denen der Lowzen, der von den Montenegrinern bezahlte Preis wäre, um dagegen von Oesterreich die wenig bedeutenden Gebietsteile um Mitrovica und die volle Handlungsfreiheit bezüglich der Okkupation von Skutari zu verlangen. Sicher aber ist, daß die vom König von Montenegro unter den von uns gemeldeten Bedingungen angebotene Uebergabe nicht das beste Dementi ist, um einer Vermutung in Italien, die als Verleumdung schlimmster Art ausgestreut wurde, entgegengeleitet zu werden. Wir wünschen, daß die Ereignisse etwas Licht in die Haltung Montenegros bringen mögen, aber wir zweifeln sehr daran, daß sie jenen recht geben werden, die in den ersten Stunden des Bekanntwerdens der Kapitulation der Meinung waren, daß die Uebergabe Montenegros von seinen eigenen Verbündeten angezweifelt worden sein könnte. Wir glauben nicht, daß es den Anhängern dieser Hypothese leicht fallen wird, nachhaltige Gründe für dieselbe anzuführen.

18.7.1916

Kardinal Mercier im Vatikan

Rom, 17. d. (Stefani) Die Audienz, die der Papst Kardinal Mercier gewährte, dauerte nahezu anderthalb Stunden. „Corriere d'Italia“ schreibt, in den vatikanischen Kreisen werde bestätigt, daß der Papst den Besuch des Kardinals mit sichtlicher Sympathie entgegengenommen habe, wie auch den Besuch des Bischofs von Namur vor einigen Tagen. Der Papst setzte ihnen auseinander, warum er sich eine gewisse Reserve auferlegen müsse, daß dies jedoch nicht als Gleichgültigkeit betrachtet werden dürfe. Er könne dem aus Belgien und Armenien aufsteigenden Schmerzensschrei gegenüber nicht süßlos bleiben. Er höre ihn und sei davon erschüttert. Die von den beiden Bischöfen vorgelegten Dokumente und Argumente machten auf den Papst einen tiefen Eindruck. Mehrere Einzelheiten waren ihm bis jetzt nicht bekannt. In den gleichen Kreisen bestätigt man, daß das gemeinsame Schreiben der vier belgischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe seine Bestimmung nicht erreicht habe. Der Brief wurde an Kardinal Hartmann gesandt, der ihn auch erhielt. Die Regierung soll ihn jedoch angewiesen haben, ihn den andern Bischöfen nicht mitzuteilen. Auch diese Frage wurde in den Audienzen der belgischen Bischöfe beim Papst behandelt. Der Heilige Stuhl hat noch keine Entscheidung getroffen. Nach der Audienz beim Papst wurde Kardinal Mercier auch von Kardinal Gasparri empfangen.

Polen und die Zentralmächte.

„Kurjer Pognanski“ berichtet, daß in Lodz seit dem 1. Januar eine neue polnische Zeitung „Gozdina Polska“ erscheint. Ihrem Einführungsartikel, der im „Kurjer“ in extenso enthalten ist, entnehmen wir folgende Sätze:

„Aus den Reihen der selbständigen Staaten ausgestrichen, konnten wir auch nicht den geringsten Einfluß auf die Entscheidung des Weltkrieges ausüben. Dagegen nehmen wir im Kriege selbst regen Anteil, nicht als eine einheitliche Kraft aus eigenem Antriebe, aber aus Pflichtgefühl, das uns das staatsrechtliche Verhältnis zu den Staaten, denen wir zugeteilt wurden, auferlegt. Wir kämpfen auf beiden Fronten . . . gegen uns selbst. Es hat sich indes gezeigt, daß wir, indem wir für fremde Staaten kämpfen, auch für unsere eigene Sache, für die Sache Polens das Schwert führen. Der Verlauf des Krieges hat es mit sich gebracht, daß diese Frage aus den engen, ihr bisher zugewiesenen Rahmen herausgetreten ist, und bewirkt, daß wir selbst über unsere eigenen Angelegenheiten laut sprechen und ihre Erledigung erbittert können. Wenn wir im ersten Stadium des Krieges trotz der Erfahrungen der Vergangenheit und aus Furcht vor der Zukunft keine bestimmte Stellung eingenommen hatten, so ist es jetzt, nachdem eine gewisse Grundlage geschaffen ist, die der weitere Verlauf des Krieges nicht mehr zu verändern vermag, an der Zeit und zum Wohle des Volkes bringend nötig, unsere Gedanken und Ziele nach einer Richtung hin zu konzentrieren.“

Es dürfte als sicher anzunehmen sein, daß die elementare Kraft Rußlands, die sich in ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit offenbart, auf Schritt und Tritt vor der Intelligenz und vor der Macht der Organisation, wie sie bei den Mittelmächten besteht, weichen muß. Es ist klar, daß Rußland den Krieg verloren hat. Gäbe es keine Teilung Polens und wäre nicht der größte Teil Polens Rußland angegliedert, so wäre in keinem von uns der Gedanken entstanden, unsere Zukunft mit dem Staate zu vereinigen, der uns kraft seiner Kultur fremd ist und durch Jahrhunderte mit dem freien Polen Kämpfe um die Vorherrschaft in der slavischen Welt geführt hat. Umsoweniger kann dies einer von uns heute anstreben, nach einem Jahrhundert zwangsweisen Zusammenlebens mit Rußland, nach einem Jahrhundert voll Tränen und Qual, wobei die grundsätzliche Gegensätzlichkeit zwischen uns und Rußland sich täglich schmerzhafter und drastischer offenbart. Umsoweniger können wir das heute wünschen, da Rußlands Gewaltherrschaft über Polen aufgehört hat.“

Die Freiheit, die das historische Polen im besten Sinne des Wortes genossen hat, schöpfte ihren Ursprung im Westen und die geschichtliche Aufgabe Polens war, ist und wird sein, der westlichen Kultur Pionierdienste im Osten zu leisten und den Austausch der moralischen und materiellen Werte zwischen Ost und West zu vermitteln. Diese Mission Polens, durch die Teilung unterbrochen, erstreckt von Neuem zu dieser Stunde. Der Westen bringt uns wieder die Freiheit. Gibt es denn unter uns jemanden, der sie ablehnen möchte? Aus prinzipiellen und opportunistischen Gründen müssen wir diese Gelegenheit zum Wohle des Landes ergreifen und uns auf diejenigen stützen, die uns diese Freiheit geben können und wollen. Der Krieg hat zur Folge, daß uns die Freiheit von Deutschland und Oesterreich gebracht wird. Daher werden bei uns mißtrauische Stimmen laut: „So lange die Welt bestehen bleibt, werden Deutsche und Polen nicht Brüder.“ (Ein geflügeltes Wort. Ann. d. Ueberf.) Der Augenblick ist zu wichtig, um diesen Punkt nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit zu erörtern und zu zeigen, welche politische Unreife dahinter steckt.“

Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen war seit Jahrhunderten das gerade Gegenteil dessen, was man Freundschaft nennt. Diese Vergangenheit läßt sich weder von heute auf morgen auslöschen noch kann man sie als ungeschehen betrachten. Zwischen diese Vergangenheit und die Gegenwart trat indes der Krieg mit seinen grundsätzlichen Veränderungen politischer Natur. Die Beziehungen Deutschlands zu Rußland, deren hauptsächlichstes Bindeglied die politische Frage war, sind gerissen. Die politischen Bündnisse erfolgen nicht nach Maßgabe der Sympathie und der „Brüderschaft“ sondern auf Grund gut verstandener vitaler Interessen. Das Interesse Deutschlands und Oesterreichs erfordert ein starkes Polen, das mit den Zentralmächten durch ein dauerndes und sicheres Bündnis vereinigt wird. Solche Kraft kann aber ein Volk nur aus voller Freiheit schöpfen. Die Stunde Polens schlägt und darf nicht wirkungslos verfliegen, sonst dünne sie unwiederbringlich verloren gehen. In dieser Stunde gibt es keinen Raum für Passivität und Abwarten. Unser Weg ist uns klar vorgezeichnet: In der Anlehnung an die Zentralmächte liegt die Zukunft Polens.“

Der erste Sonderfrieden.

Nikita, der Beherrscher der Schwarzen Berge, den einst der Zar den einzigen Freund Rußlands genannt hatte, hat um Frieden gebeten. Sein tapferes Völkchen muß die Waffen strecken und sich den siegreichen Oesterreichern auf Gnade und Ungnade ergeben. Damit ist der kleinste, aber keineswegs der unbedeutendste unter unseren Feinden zu Falle gebracht, ein Mann, dessen langes Leben der großslawischen Idee gewidmet war und der nicht zuletzt durch seine Familienpolitik diesen Weltbrand vorbereitet und geschürt hat. Dichter, Geschäftsmann, Krieger und Politiker in einer Person, hat Nikita unablässig und mit unleugbarem Geschick nach Vergrößerung seiner Macht gestrebt, die er denn auch im letzten Balkankriege so sehr ausdehnen konnte, daß die frühere spottende Bezeichnung eines „Jaunkönigs“ nicht mehr auf ihn zuträfe. Als treuer Gefolgsmann und Geschäftsträger Rußlands auf dem Balkan förderte er die slawischen Interessen auf dem Balkan, nahm aber zugleich Geld vom Kaiser Franz Josef, der ihn in Ruhe halten wollte und ihm stets Wohlwollen bezeugte. Was er durch die mehr als ärmlichen Mittel seines kleinen Landes nicht leisten konnte, suchte er durch eine kluge und glückliche Hauspolitik zu erreichen. Von seinen schönen Töchtern verheiratete er zwei, die Prinzessinnen Milika und Stana, an russische Großfürsten, die Brüder Peter Nikolajewitsch und Nikolai Nikolajewitsch, den früheren russischen Oberbefehlshaber. Beide Schwiegeröhne wurden Apostel der großslawischen Idee und erbitterte Deutschenseinde. Der dritte Schwiegersohn war König Peter von Serbien, mit dem Nikita aber wohl verwandtschaftliche, doch keine freundschaftliche Beziehungen verbinden, da man sich gegenseitig mißtraute und gegenseitig böse Intrigen zuschrieb. Immerhin gehörten die beiden Söhne Peters und der Nikitatochter Jorka, die Prinzen Georg und Alexander, zu den unmittelbaren Anstiftern des Weltkrieges, da sie sowohl an dem Verbrechen von Serajewo, wie an der Ablehnung der österreichisch-ungarischen Note entscheidend beteiligt waren. Die vierte Tochter endlich, die schöne Helena, hat ihren Mann, den schwachen Viktor Emanuel von Italien, erweislich mit ebensoviel Eifer in den Krieg getrieben, wie seine Mutter, die Königin Margherita, die durch belgische Geiseln sich zur Feindschaft gegen Deutschland bestimmen ließ. In der großen Verschwörung gegen die Mittelmächte war das kleine Cetinje ein wichtiger Knotenpunkt, von dem viele Fäden ausgingen nach Petersburg, Paris, Belgrad und Prag, wo der Verräter Kramarsch die großslawischen Geschäfte mit der zynischen Frechheit besorgte, die nur in dem Oesterreich vor dem August 1914 möglich war.

König Nikita, der sich als sagengeweihten Helden der Slawen träumte, muß am Ende seiner langen Regierungszeit den Zusammenbruch aller seiner ehrgeizigen Pläne erleben, und die Tragik seines Schicksals wird noch erhöht durch die Tatsache, daß er von seinen Freunden, denen er rastlos gedient, mit Achselzucken geopfert wird. Weder Rußland, noch England, noch Frankreich, noch selbst Italien hat das geringste getan, um das schwere Geschick Montenegros abzuwenden. Für eine Hilfeleistung an Montenegro war Zeit gewesen. Nach dem deutsch-österreichischen Einmarsch in Serbien mußte sich auch das Geschick Montenegros

vollenden, wenn ihm nicht Hilfe, insbesondere Artillerie und Lebensmittel, gebracht wurde; aber die Entente rührte keinen Finger. Nikita hatte seine Schuldigkeit getan; die Folgen konnte er mit sich selbst abmachen. Die Entente hatte Wichtigeres zu tun, z. B. die ruhmreiche Eroberung Korfuss, des Besitzes eines Staates, mit dem die Entente nicht nur in Freundschaft, sondern sogar fast in Bundesgenossenschaft lebte, und dessen Neutralität überdies durch besondere, von den Ententemächten unterzeichnete Verträge eigens geschützt war. Was der Vierverband auf dem Balkan heute treibt, erinnert an das Treiben eines Schwächlings, der, aus seinem Hause hinausgeworfen, seine Wut an irgendeinem Unschuldigen austobt, der nichts verbrochen hat, als daß er noch schwächer ist als der eben Geprügelte. Die Vergewaltigung Griechenlands ist ein Schandstück, wie es in so unerhörter Brutalität kaum zum zweiten Male in der Geschichte anzutreffen ist. Wie wir schon vor einiger Zeit ausführten, wird die Entente das arme Land, das sich gegen die Uebermacht nicht wehren kann, aber doch keine Soldaten für französisch-englische Interessen stellen will, nicht zur Ruhe kommen lassen, bis das Land in seiner Verzweiflung sich dem englisch-französischen Machtgebote beugt oder ihm die neuen Ereignisse auf dem Balkan gestatten, sich seiner Dränger zu erwehren. Das nächste Ziel scheint die Erregung einer Revolution und die Absetzung des Königs Konstantin zu sein, der sich aber auf sein Heer verlassen kann. Zudem dürften weder der Zusammenbruch Serbiens, noch der Montenegros, noch die Niederlage Englands auf Gallipoli, noch der mißglückte Durchbruch der Russen an der galizischen und bessarabischen Front die Griechen ermutigen, ihr Schicksal an das der Entente zu ketten. Wer sich in den Klauen Englands befindet, kann sich nur schwer befreien; aber ein noch freies Volk dürfte nach den Erfahrungen der letzten Monate kein Verlangen haben, sich in diese todbringende Gemeinschaft zu begeben.

H. R.

19./1. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die Zerspaltung in der sozialdemokratischen Minderheit. Julian Borchardt untersucht in seinen „Lichtstrahlen“ die Frage: „Warum ich nicht mit der Opposition gehe?“ Er unterscheidet innerhalb der sozialdemokratischen Partei in der Opposition gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion „zum allermindesten drei sehr verschiedene Strömungen“. Da ist zuerst zuerst die Richtung Haase, der schon am 4. August 1914 die Bewilligung der Kriegskredite mißbilligte, aber trotzdem, also gegen seine Ueberzeugung, für ihre Bewilligung gesprochen und gestimmt hat“. Dann kommt die Gruppe Geyer, die zwanzig, die am 21. Dezember den 10-Milliarden-Kriegskredit abgelehnt haben. Sie versichern, daß ihr Vorgehen „nicht spaltet, sondern die Einheit der Partei fördert“. — Was heißt das anders — sagt Borchardt — „als daß die Massen verhindert werden sollen, der jetzigen Parteiführung den Rücken zu kehren.“ Die dritte Gruppe wird gebildet durch die Herausgeber der verbotenen Halbmonatschrift „Internationale“, also Rosa Luxemburg und Franz Mehring. „Von ihr trennt mich sachlich gar nichts,“ schreibt Borchardt, aber leider ziehe „diese Gruppe ihrerseits keinen Trennungsstrich gegen die Opposition Geyer.“ — Da doch nun die Freunde Borchardts auch eine eigene Gruppe bilden, so sind mindestens vier Strömungen in der sozialdemokratischen Minderheit erkennbar. — Uebrigens behauptet Borchardt, daß die Reichstagsabgeordneten Bock und Kunert „die einzigen sind, die nie einen Pfennig Kriegsgelder bewilligt haben“: denn „sie haben schon am 4. August 1914 vor der Abstimmung den Saal verlassen.“

19.11. 1916

Eine Denkschrift der Deutschen Arbeiterpartei.

Samstag sprach eine Abordnung der Deutschen Arbeiterpartei beim Minister des Innern Pring zu Hohenlohe vor, um ihm eine Denkschrift der Deutschen Arbeiterpartei über die Gestaltung der Verhältnisse in Oesterreich nach dem Kriege zu überreichen und ihm die Forderungen der Partei nach Regelung des Invaliden-Versorgungsgesetzes und bezüglich des Kriegerheimstättengesetzes neuerlich bekanntzugeben.

Minister des Innern Pring zu Hohenlohe empfing die Abordnung auf das liebenswertigste und gab die Versicherung, daß er der Arbeiterschaft und ihren Wünschen das wärmste Wohlwollen entgegenbringe. In einer eineinviertel Stunden dauernden Unterredung besprach Pring zu Hohenlohe mit den Mitgliedern der Abordnung in eingehender Weise die einzelnen Punkte der Denkschrift und zeigte insbesondere großes Interesse für die Vorschläge der Deutschen Arbeiterpartei in bezug auf den inneren Ausbau des Staates im Hinblick auf wirtschaftliche und soziale Fragen. Der Frage der Schaffung eines entsprechenden Kriegerheimstättengesetzes brachte Pring zu Hohenlohe großes Wohlwollen entgegen und die Abordnung empfing den Eindruck, daß der Minister ein warmes Herz und großes soziales Empfinden für die Sorgen der breiten Massen der Bevölkerung besitze.

Hierauf begab sich die Abordnung in das Arbeitsministerium, von welchem bekanntlich der Entwurf des Kriegerheimstättengesetzes verfaßt werden soll, und sprach beim Minister a. a. O. Dr. Meinzinger vor, der mit den Mitgliedern der Abordnung die einzelnen Punkte des vom Abgeordneten Jung entworfenen Gesetzesvorschlages zum Kriegerheimstättengesetz eingehend besprach. Die Abordnung wies insbesondere auf den Standpunkt der Deutschen Arbeiterpartei hin, nach welchem nicht nur die Kriegsinvaliden, sondern alle heimkehrenden Krieger mit Kriegerheimstätten beteuert werden sollen, die im Sinne des Erbpachtrechtes unverkäuflich und unbelehnbar sein sollen.

Die Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus.

(Belegroman der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 18. Januar.

Zum erstenmal seit Kriegsbeginn ist grundsätzlich mit dem bisherigen Uebereinkommen gebrochen worden, große innerpolitische Fragen aus den Beratungen der deutschen Parlamente auszuschalten. Das preussische Abgeordnetenhaus hat eine große Statedebatte veranstaltet, um die durch die Thronrede wieder aktuell gewordene Frage des Wahlrechts zu erörtern. Dies geschah bezeichnenderweise auf den Wunsch der beiden extremsten Parteien des Hauses, nämlich der Konservativen und der Sozialdemokraten. Die Motive dieser beiden Fraktionen waren natürlich verschieden. Auf der rechten Seite wünschte man augenscheinlich die Gelegenheit wahrzunehmen, um zu dem Passus der Thronrede über das Wahlrecht die eigene Stellung zu präzisieren, die mit der Auffassung der Regierung keineswegs identisch ist. Dagegen bewies die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses durch die Ausführungen ihres Redners, daß sie die Haltung ihrer Parteifreunde im Reichstag zu korrigieren gedachte, von denen sie sich wesentlich unterscheidet.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist seit jeher radikaler als die Reichstagsfraktion. Seit die letztere durch die im Kriege aufgetauchten Prinzipienfragen in zwei Teile gespalten ist, von denen der reformistische der bei weitem größere ist, hat sich bisher die Hälfte der zehn Sozialdemokraten des Abgeordnetenhauses ebenfalls zur gemäßigten Richtung bekannt und eine extreme Stellungnahme der Fraktion verhindert. Die heutige Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hirsch ließ nun eine Verschiebung in der bisherigen Gruppierung deutlich erkennen. Sowohl diese Rede wie auch die Zwischenrufstaktik der Sozialdemokraten während der Sitzung bewiesen, daß der radikale Flügel der Fraktion gegenwärtig das Uebergewicht besitzt.

Die Wahlrechtsdebatte selbst zeigte das Vorhandensein der alten Gegensätze in dieser seit so vielen Jahren ungelösten Frage. Der Führer der Konservativen, Herr v. Seydebrand hat sich zweifellos mit fast allen Parteien nicht in Uebereinstimmung befunden, als er die paradoxe Behauptung aufstellte, das geltende Dreiklassenwahlrecht entspreche in idealer Weise den tatsächlichen Bedürfnissen. Das ist eine Behauptung, die sich auch

gegen die Auffassung der Regierung richtet, wie sie nachher vom Minister des Innern gekennzeichnet wurde. Herr v. Seydebrand hat weiter erklärt, daß es verfehlt wäre, mitten im Kriege an die Wahlrechtsfrage heranzutreten; der unbedingt notwendige Burgfriede würde dadurch zum Nutzen der Feinde gestört werden. Das ist richtig und wurde auch von den meisten Rednern bestätigt. Dort, wo Seydebrand von dem unbedingten Willen zum Durchhalten und zum Siegen sprach, wo er aufforderte, dem langen Kriege, der noch bevorsteht, kühl und entschlossen entgegenzusehen, dort atmeten seine Worte den Geist jenes zähen, aufopferungsvollen Preußentums, das seit jeher siegreich aus aller Not hervorgegangen ist. Auffällig war das scharfe Urteil Seydebrands über Amerika, den Friedensengel mit dem Gebetbuch, ohne dessen Munitionslieferungen der Krieg längst beendet wäre. Der national-liberale Abgeordnete Friedberg glaubte später, diese Bemerkung über einen immerhin neutralen Staat rügen zu müssen.

Die Ausführungen des Sozialdemokraten Hirsch gingen in bezug auf die Wahlrechtsfrage nicht über das hinaus, was man erwarten konnte. Die sozialdemokratische Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für Preußen, die ja auch von anderen Parteien geteilt wird, ist bekannt und muet unter den heutigen Verhältnissen den unbefangenen Beurteiler als selbstverständlich an. Von den übrigen Parteien unterscheiden sich die Sozialdemokraten hauptsächlich dadurch, daß sie die Einführung der Reform noch während des Krieges wünschen. Auch hier machte Hirsch eine Einschränkung und forderte wenigstens den Teil der Reform für den gegenwärtigen Zeitpunkt, der auf eine sichere Mehrheit rechnen könne, also das geheime und direkte Wahlrecht.

Die völlige Umgestaltung des Wahlrechts wurde auch noch vom Redner der fortschrittlichen Volkspartei Doktor Pachnicke vertreten. Zentrum und Nationalliberale traten, wie schon in früheren ähnlichen Debatten, für eine etwas weniger radikale Reform ein. Alle Redner befürworteten die Verschiebung dieser Frage bis nach dem Kriege, wobei wiederum von fortschrittlicher Seite die Einschränkung gemacht wurde, daß die nächsten Wahlen im Jahre 1918 bereits unter dem neuen Recht vollzogen werden sollten.

Die Ausführungen des Ministers des Innern Boebell machten den Eindruck, daß der Standpunkt der Regierung in der Wahlrechtsfrage, wenn er zurzeit auch nicht offen ausgesprochen werden kann, doch dem der Mittelparteien am nächsten kommen dürfte. Der Minister erklärte ausdrücklich, die Regierung wolle zwischen den äußersten Gegensätzen vermitteln und könne sich deshalb keiner extremen Richtung anschließen. Das bedeutet auch eine Absage an die Konservativen, wenn diese sich nicht selbst eines Besseren besinnen. Die Rede Boebells war ein Kommentar zur Thronrede. Während diese die eigentliche Sache in einer allgemeinen Wendung umschrieb, erklärte der Minister mit deutlichen Worten, daß eine Aenderung des Wahlrechtes zum preussischen Abgeordnetenhaus geplant sei. Sie wird einen Teil der innerpolitischen Reformen bilden, die die Regierung als Resultat des Krieges ins Auge gefaßt hat. Diese Reformen werden sich, nach den weiteren Ausführungen des Ministers, auch auf die Polenpolitik und auf die Behandlung der Sozialdemokratie beziehen. Der Minister erkannte die vaterländische Gesinnung aller dieser Volksteile während des Krieges durchaus an; er hob die Einigkeit des Volkes nach außen hervor und sprach von dem Bemühen, diese Einigkeit über den Frieden hinaus aufrechtzuerhalten. Für die Zeit bis zu den Reformen werden diese so weit wie möglich ersetzt werden, durch eine möglichst entgegenkommende Handhabung der Verwaltungspraxis; die Reformen selbst aber sollen in ruhigen Zeiten vorgenommen werden. Der Minister erwartet für sie die Mitarbeit aller der Millionen, die jetzt im Felde stehen. Nun sind ja allerdings die im Felde stehenden Abgeordneten für die Zeit der Sitzungen beurlaubt. Wenn also die Bemerkung des Ministers einen tieferen Sinn haben soll, dann kann sie nur bedeuten, daß die Regierung die Mitarbeit der gesamten öffentlichen Meinung bei dem Reformwerk erwartet und wünscht, daß das Werk die Kritik der Öffentlichkeit nicht zu scheuen haben wird.

19. I. 1916

Der deutsche Reichstag.

B. Berlin, 18. Jänner. Der Reichstag verhandelte in seiner heutigen Sitzung Zensurfragen, wobei seitens sämtlicher Redner Beschwerden über die Handhabung der Zensur vorgebracht wurden und die Freiheit der Presse zur Erörterung der Kriegsziele gefordert wurde.

Abg. Stresemann (nationalliberal) erklärte, seine Partei trete für ein größeres Deutschland ein.

Abg. Dertel (konservativ) betonte: Das Wort des Reichskanzlers von den realen Garantien bedeutet, daß wir ein lebensfähiges und zukunftsfähiges Deutschland mit allen Mitteln durchsetzen müssen. Ist es denn staatsgefährlich, offen zu erklären, daß die Grenzen im Westen und Osten weiter gesteckt werden müßten? Sollen wir verschweigen, daß eine Wiederherausgabe Skurlands für das deutsche Empfinden vollkommen unverständlich wäre? Je rücksichtsloser wir den Krieg durchführen bis zur völligen Niederringung des Gegners, um so mehr wird auf der anderen Seite Neigung und Lust zur Verständigung wachsen.

Abg. Mertin (Reichspartei) erklärte, es sei die Meinung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, daß die schweren Opfer an Gut und Blut nicht vergebens sein dürfen.

Abg. Heine (Sozialdemokrat) betonte, dem Kriege dürfe nicht der Charakter eines Verteidigungskrieges genommen werden. Der Friede solle Deutschland Festigkeit und wirtschaftliche Gesundheit, Kraft und politische Stärke sowie Sicherung vor einem neuen Ueberfall bringen.

Ministerialdirektor Dr. Sewald erklärte, die Reichsleitung betrachte die Zensur lediglich als ein notwendiges Uebel, das der Krieg mit sich bringe, als eine jener Beschränkungen, denen wir auch auf anderem Gebiete ausgesetzt sind. Die Zensur sei gewissermaßen die Bivakarte der öffentlichen Meinung. (Heiterkeit.)

Auf eine Frage, wie es mit der Zusage der Regierung betreffs Abänderung des Vereinsrechtes stehe, gab Ministerialdirektor Dr. Sewald namens der verbündeten Regierungen die Erklärung ab, es sei anerkannt worden, daß die Ausdehnung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes auf politische Vereine den Gewerkschaften nicht immer das Maß der Freiheit gelassen habe, das sie zur Betätigung der wirtschaftlichen Interessen bedürfen. Es müsse gesetzlich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine behandelt werden dürfen. Eine entsprechende Vorlage solle dem Reichstage recht bald zugehen. (Beifall.)

Das Haus nahm sodann die seitherzeit gemeldete Resolution des Ausschusses an und lehnte die sozialdemokratische Resolution betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse ab.

Hiermit ist der Beratungstoff erledigt.

Die Schlußansprache des Präsidenten.

Präsident Dr. Rämpf weist in seiner Schlußansprache auf die Entschlossenheit des deutschen Volkes hin, alle Opfer auf sich zu nehmen für die Zukunft und die Größe des Vaterlandes. Siegreich stehen, sagt der Präsident, unsere und unserer Verbündeten ruhmreiche Truppen an allen Fronten von der Ostsee und der Nordsee bis zur Adria, bis zum Schwarzen Meere, bis Mesopotamien und bis zum Suezkanal. Angehts all dessen geht Deutschland stolz erhobenen Hauptes seinen Zielen entgegen, mehr als je von dem Vertrauen befeelt, daß in diesem Kriege, durch den die Feinde uns zu vernichten drohten, deutsches Geistes- und deutsches Kulturleben sich einen Platz erringen werden, der ihnen in der Welt gebührt, damit wir, unsere Grenzen gesichert, endlich einmal dazu kommen, dem Werke des Friedens zu leben, um die Wunden zu heilen, die dieser uns freventlich aufgedrungene Krieg uns und der ganzen Welt geschlagen hat. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest sodann eine Verordnung, womit das Haus bis zum 15. März vertagt wird.

Der Präsident schließt die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser und das deutsche Vaterland, in welches das Haus dreimal einstimmt.

Eine neue Fraktion.

B. Berlin, 18. Jänner. Im Reichstag hat sich eine neue Fraktion gebildet, die den Namen Deutsche Fraktion führt und 28 Mitglieder umfaßt, die bisher der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschen Reformpartei und den Deutsch-Hannoveranern angehörten.

19. I. 1916

Keine Besetzung der Athener Häfen

Normale Lage in Athen.

S. P. Athen, 17. Jänner. Alle im Auslande verbreiteten Meldungen über erfolgte Landungen englisch-französischer Truppen im Phaleron und im Piräus sind unrichtig.

Bis heute sind in den beiden Hafenvorstädten Athens keine fremden Truppen ausgeschifft worden.

Ebenso sind Meldungen über englisch-französische Truppenlandungen auf Zante unzutreffend.

Die Lage in Athen ist normal.

19. I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 18. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

R u s s l a n d.

17. Jänner. Deutsche Flieger überflogen Schloß, Kurtenhof (an der Düna, 13 Kilometer nordwestlich Borkowitz) und Dünaburg. Bei Blatanen (19 Kilometer südlich Riga), Rosenhufen (21 Kilometer östlich Friedrichstadt) und Illutz fanden Artilleriekämpfe statt. Aus dem Dorfe Lawrenskaja (an der Düna, 21 Kilometer südlich Bienenhof) und in der Gegend Dubelischki (22 Kilometer nordwestlich Dünaburg) wird gute Artilleriewirkung gemeldet.

F r a n k r e i c h.

17. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Vom Laufe der Nacht ist nichts zu melden, außer ziemlich lebhafteste Artillerietätigkeit zwischen Somme und More.

11 Uhr nachts. In Belgien beschloß unsere weittragende Artillerie zwischen Westende und Middellkerke eine feindliche Truppenansammlung, die beträchtliche Verluste erlitt. Zwei feindliche Flieger, die in Richtung auf Dinkirchen flogen, wurden von unsern Spezialgeschützen unter Feuer genommen und zur Umkehr gezwungen. Die Flieger warfen vier Bomben auf die Dünen, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Zwischen Somme und Lisne beschossen wir deutsche Schützengräben bei Herbecourt, westlich Peronne, und die Mühle Soustoutvent. Nördlich der Lisne verursachten unsere Batterien erheblichen Schaden in den feindlichen Anlagen auf der Hochfläche

von Bauclore und in der Gegend der Cholerafarm, nordwestlich Berry-au-Bac. Westlich der Maashöhen beschossen unsere weittragenden Geschütze feindliche Speicher bei Conflans-en-Jarnisy, südlich Briey. Man sah Flammen und eine dicke Rauchsäule aus den beschossenen Gebäuden aufsteigen.

B e l g i s c h e r B e r i c h t.

Die Artillerietätigkeit gewann heute wieder mehr Bedeutung. Wir zerstörten feindliche Arbeiten bei Boumen und Boesele.

19./1. 1916

Preussischer Landtag.

Berlin, 18. Jänner. (Herrenhaus.)
 Präsident Graf Arnim eröffnete die Sitzung mit einer Ansprache, in der er unter Hinweis auf die Kapitulation Montenegro's der Freude Ausdruck gab, daß einer der Feinde, wenn auch der kleinste, zuerst die Konsequenzen aus der militärischen Ueberlegenheit seiner Gegner gezogen hat, und die Hoffnung ausspricht, daß die Erfolge unserer verbündeten Truppen auch weitere Feinde über kurz oder lang zu derselben Erkenntnis zwingen werden, so daß das bis jetzt nach außen noch so stolz erscheinende Gebäude des Vierverbandes, das innerlich schon stark vermorstet ist, in kurzer Zeit zusammenbrechen wird. Ehre und Ruhm aber, fuhr der Präsident fort, den tapferen österreichisch-ungarischen Truppen, die eine Stellung, die schier unmeinembar erschien, gestürmt und damit diesen herrlichen Erfolg erreicht haben. Unsere Glückwünsche gehen hinüber zu unsern Bundesgenossen, und wenn wir heute als Plus auf unsre Seite buchen, daß einer unserer Feinde sich auf Gnade und Ungnade ergeben hat, so betrachten wir das auch als günstige Vorbedeutung für das endgültige Ergebnis des Krieges. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus beriet sodann das Fischereigesetz, wobei Freiherr v. Richthofen namens der Konservativen eine Erklärung abgab, in der er betonte, daß die Regierung durch die Ankündigung der Wahlreform ohne Zweck und Notwendigkeit zum Bedauern der Konservativen die Verhandlung über grundlegende Fragen der inneren Politik in den Kreis der Erörterungen gestellt habe, obwohl die Regierung wiederholt darauf hingewiesen hatte, daß die Eintracht der Parteien während der Kriegszeit gewahrt werden müsse. Die konservative Partei halte es daher für ihre Pflicht, der einhelligen Ansicht Ausdruck zu geben, daß der gegenwärtige Augenblick nicht wohl gewählt sei für eine Rundgebung der Regierung, die das Wahlrecht betrifft.

Fürst Saksfeld bedauerte namens der neuen Fraktion, daß das Fischereigesetz zu einem Angriff gegen die Wahlreform zum Anlaß genommen worden sei, und erklärte, seine Fraktion werde die Mitarbeit an einer zeitgemäßen Umgestaltung des preussischen Wahlrechtes nicht versagen. Hiemit war die Ansprache erledigt.

19./1. 1916

Verichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 18. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

16. Jänner. Gestern war die Artillerietätigkeit an der Trentiner Front und in Karnien, vereinzelt am Isonzo ziemlich lebhaft; auf den Höhen nordwestlich von Görz nahm sie teilweise einen heftigen Charakter an. Hier dauerte das Feuer der feindlichen Batterien, welches von den Unsrigen wirksam bekämpft wurde, bis spät in den Abend, besonders gegen die Stellungen von Oslavija. Auf dem Karstplateau richtete unsre Artillerie ihr Feuer auf die feindlichen Gräben im Abschnitt des Monte San Michele und zerstörte sie in einer Ausdehnung von ungefähr 400 Meter. Ein eigenes Flugzeuggeschwader führte einen langen Flug in der Gegend östlich vom Isonzo aus, bombardierte das feindliche Flugfeld von Lisobizza, das Barackenlager in Chiapovano und Dornberg und die Bahnhöfe von Longatico, Prvacina und Laibach. Trotz des heftigen Feuers zahlreicher Abwehrbatterien kehrte das Geschwader unverfehrt zurück.

17. Jänner. An der Trientiner Front minder lebhaftere Geschütztätigkeit. Unser treffsicheres Feuer gegen das Fort Raibl (im Seebachtal) verursachte den Einsturz eines Teiles der Kehle des Forts und trieb feindliche Abteilungen in die Flucht. Auf den Höhen gegenüber Oslavija nahm unsre kräftige Gegenoffensive zur Rückeroberung der letzten kleinen, noch vom Gegner gehaltenen Grabenstücke nördlich des Ortes ihren Fortgang. Von uns gemachte Gefangene bestätigten die ungeheuren Kräfte, welche der Feind ins Treffen geführt hat, und die schweren Verluste, die er erlitt. Auf dem Karstplateau ist die Lage unverändert. Feindliche Flieger warfen gestern auf einige Ortschaften in der unteren Isonzoebene Bomben ab, welche nur geringe Schäden verursachten.

Frankreich.

13. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Im Laufe der Nacht aussehende Kanonade an verschiedenen Stellen der Front. Es ist kein bedeutendes Ereignis zu melden.

11 Uhr nachts. Zwischen Dife und Aisne zerstörten unsre Batterien feindliche Schützengräben in der Gegend Roulin-jous-Touvent. In der Champagne und im Woëvre richtete sich unsre Artillerietätigkeit gegen verschiedene leicht verwundbare Stellen der feindlichen Front. In den Bogen bei Mezerat wurde eine feindliche Batterie durch das Feuer unserer Geschütze stark beschädigt. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht.

Die Tätigkeit der Artillerie war heute nur gering. Wir beschossen den Ort Dismuiden.

Das Ende des montenegrinischen Feldzuges

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

Die Umklammerung

E. L. Oesterreichisch-ungarisches Kriegspressquartier, 18. d. Die Waffenstreckung Montenegros war nach der Eroberung des Lowzen eine unabwendbare Notwendigkeit, wenn das Heer König Nikita nicht das traurige Schicksal des serbischen Bundesgenossen teilen wollte. Schon vor dem Fall dieses Bollwerkes war die Lage der Montenegriner außerordentlich schlecht, der Vormarsch auf Cetinje machte sie vollends verzweifelt. Von dem Augenblick an, da die österreichisch-ungarischen Truppen des Generals K ö v e s nach der Durchquerung des Sandschal auf der Linie Metalkasattel - Plevlje - Jabuka - Sahodol - Ipel die Dezember-Offensive gegen Montenegro aufnahmen und damit bekundeten, daß sie auch mitten im Winter nicht davor zurückschrecken, den Krieg in das so unendlich schwierige Gebirgsland zu tragen, mußte die Partie als verloren gelten. Der weite Bogen, den die österreichisch-ungarische Angriffsmee von der Adria im Westen bis zur albanischen Grenze im Osten um Montenegro zog, machte eine ebenso ausgedehnte Verteidigungsfront nötig: ein Faktor, der natürlich eine bedeutende Schwächung der montenegrinischen Kampfkraft bedeutete. Zwar erhielten die Montenegriner Zuwachs durch serbische Abteilungen die aus der Umklammerung der verbündeten Heere entkommen waren, aber diese Verstärkung erwies sich weit eher als Gefahr, denn als Hilfe. Das geht schon daraus hervor, daß von Seiten Montenegros alles getan worden war, um den zurückflutenden Strom der geschlagenen Serben von den Schwarzen Bergen fernzuhalten und nach Albanien abzulenken. Wo dies nicht möglich war, sah die montenegrinische Heeresleitung nur höchst ungern den Anschluß der Geflüchteten an die eigenen Kampfeinheiten; denn was da über Novovaros - Sjenica - Novipazar in die montenegrinischen Grenzberge drängte, waren keine geordneten Verbände, sondern Scharen abgehetzter, zu Tode erschöpfter, aus ihrer Heimat getriebener Leute, deren Kampfmuth gebrochen war und die nur ein Bedürfnis kannten: ruhen

nach den entsetzlichen Tagen des Rückzuges durch ganz Serbien — und essen!

Die Verpflegungsfrage

War schon der Anblick dieser Truppen nicht geeignet, die Kampfmoral der montenegrinischen Soldaten zu heben, so mußte das Verpflegungsproblem auch die materielle Sicherstellung der eigenen Armee aufs schwerste gefährden. Ganz abgesehen von den schlechten Nachschublinien zur Front, war überhaupt die Versorgung Montenegros mit Lebensmitteln nach der Eroberung Serbiens fast zur Unmöglichkeit geworden. Nur zur See war Zufuhr möglich, aber die österreichisch-ungarische Flotte entfaltete namentlich mit ihren Unterseebooten an der montenegrinisch-albanischen Küste eine so intensive Tätigkeit, daß, nach der Versenkung einer Reihe aus Italien kommender Transportdampfer, der Seeweg als nahezu abgeschnitten gelten konnte. Die italienische Flotte war nicht in der Lage, die Nahrungsmittelzufuhr nach Montenegro möglich zu machen. In einem Ministerrat, der im Dezember in Cetinje über die Frage beriet, wurden bittere Klagen über dieses völlige Versagen des Bundesgenossen laut und in einer daraufhin ausgegebenen offiziellen Rundgebung an die Bevölkerung Montenegros wurde unter Hinweis auf das Wirken der österreichisch-ungarischen Marine bekanntgegeben, daß das Land angesichts der fast gänzlichen Seesperre vom Hunger aufs schwerste bedroht sei.

Frieden schließen oder weiterkämpfen?

Schon damals machten sich lebhaftere Friedensstimmen geltend, die natürlich in dem Maße lauter wurden, als die noch zur Verfügung stehenden Verpflegungsmittel der Armee nun auch den Serben zugute kommen sollten. Allerdings bröckelten die kaum angegliederten Serben gleich bei den ersten Kämpfen auf montenegrinischem Boden massenhaft ab; während nur in ganz vereinzelt Fällen Montenegriner gefangen genommen wurden, fielen südlich Plevlje im Abschnitt einer einzigen Division in wenigen Tagen 15,000 Serben in österreichisch-ungarische Hände. Als dann nach vollzogener Umklammerung Montenegros auf der Linie: östlich Gusinje - Plaw - westlich Berane - Tara - Schlucht - montenegrinische Westgrenze sich die ausgezeichnet verschleierte Neugruppierung zur Aktion gegen den Karum Grahovo - Drahodac - Lowzen - Budua - Spizza vollzog und ein vorübergehender Operationsstillstand eintrat, sagte man in Montenegro vielleicht wieder einige Zuversicht; man glaubte, die gewaltigen Terrainschwierigkeiten an der Tara hätten den Vormarsch zum Stoden gebracht und die neu-aufflackernde Hoffnung gear phantastische Siegesmeldungen. Aber gar bald sank die Stimmung wieder beträchtlich. Wenn auch die eiserne Kette an der Grenze sich vorübergehend nicht enger schloß, so wurde deshalb die Ernährungsfrage doch nicht aus der Welt geschafft und eine laute Mahnung erging an die Entente.

Das Ende der montenegrinischen Forderung

Immerhin dachte man sicherlich noch nicht an die Möglichkeit eines Sturmes auf den Lowzen; erachtete man es schon als nahezu ausgeschlossen, diesen Stoc in einer günstigen Jahreszeit von Cattaro aus zu nehmen, so mußte ein Angriff im Winter als gänzlich un durchführbar erscheinen. Daß dann die Truppen des Generals Ködeck das Wagnis doch fest unternahmen und aller Voraussicht der Entente entgegen, mit einem Schlage durchführten, das muß auf die leitenden Kreise Montenegros, ganz abgesehen von den strategischen Folgen, rein moralisch schon derart gewirkt haben, daß die Kapitulation als einzige Möglichkeit erschien. Sie warteten denn auch den weiteren Verlauf des Vormarsches gar nicht ab, sondern schickten sofort ihre Unterhändler ab.

Nach dem Fall des Lowzen

Wie verzweifelt die Situation der Montenegriner vom strategischen Standpunkt aus betrachtet im Moment der Einstellung der Feindseligkeiten war, mag aus folgendem erhellen: Der Offensive gegen den Lowzen waren im Zusammenhang mit dem Vormarsch über Cetinje starke Angriffe der nördlich und südlich anschließenden Truppen gefolgt. Die gegen Rijeka vorgehenden Verbände waren als Zentrum einer breiten, gegen den Raum Niksic-Skutari vorgehenden Front zu betrachten, deren linker Flügel sich aus dem Raum von Grahovo heraus entwickelte, während der rechte unter Anlehnung ans Meer operierte. Der rechte Flügel arbeitete sich einerseits an der Küste gegen Antivari vor, andererseits

strebte er durch einen geschickten Flankenangriff über das Gebirge der auf Rijeka marschierenden Gruppe entgegen, gleichzeitig die Hand auf die für Montenegro so wichtige Bahn Antivari - Wirpazar legend. Im Augenblick, da mit Erreichung von Wirpazar und Rijeka der Weg nach Dulcigno verammelt und die Straße nach Podgoriza von den österreichischen Truppen betreten war, gab es für alle nördlich Rijeka noch im Kampfe stehenden montenegrinischen Verbände kaum mehr eine Rückzugsmöglichkeit. Die große Kette, die die österreichisch-ungarische Armee um Montenegro zog, war nur auf der Linie Podgoriza - Andrijevica, beziehungsweise Plav, noch nicht zurückgezogen. Für die von Rijeka nach Norden und von Berane nach Süden auf guter Straße vordringenden Kräfte hätte es keiner großen Anstrengungen mehr bedurft, um eine Vereinigung herbeizuführen, die Kette zum Ring werden zu lassen, der die durch außerordentlich geschickte Taktik bei Grahovo - Beileca - Antovac - Neretare gebundenen montenegrinischen Truppen rettungslos eingeschlossen hätte.

Die Kunde von der Waffenstreckung Montenegros wurde an der montenegrinischen Front von den österreichisch-ungarischen Truppen mit gewaltiger Begeisterung aufgenommen. In Rijeka und Wirpazar, wo bereits montenegrinische Verbände die Waffen niedergelegten, wehten neben den weißen Flaggen, die die Ergebung kündeten, auch die österreichisch-ungarischen Fahnen. In Wirpazar stiegen die Banner auf dem ragenden Schlosse hoch, das weit auf die See hinausblüht. Auch die Bahnstation, wo viel italienisches Betriebsmaterial erbeutet wurde, war festlich geschmückt. Die Durchführung der Entwaffnung und die gänzliche Okkupation des Landes wird angesichts der schwierigen Verhältnisse wohl etwa vierzehn Tage in Anspruch nehmen. Vom Artilleriepark ist bereits ein Großteil in den Händen der österreichisch-ungarischen Truppen. An Gewehren besitzen die Montenegriner hauptsächlich solche russischer Provenienz, dann auch österreichische Werablgewehre und im Türkenkrieg erbeutete Waffen.

Athen, 19. d. (Saras) Der König von Montenegro und die montenegrinischen Minister bezogen sich nach Skutari.

Englische Kabinettskrisis und Oberhaus-Kuriositäten

(Von unserem Korrespondenten)

C. C. S. London, 13. Januar.

Man darf wohl den Umstand, daß der ehemalige Arbeiterführer Arthur Henderson, der gewissermaßen als Vertreter der Arbeiterpartei als Erziehungsminister im Kabinet Asquith saß (oder wieder sitzt?) als letzter Redner für die Regierungsvorlage an den Erörterungen zur zweiten Lesung der Wehrpflichtbill teilgenommen hat, als Beweis dafür ansehen, daß die vielgenannte Kabinettskrisis ihr Ende erreicht hat und im Sand verlaufen ist. Als Arthur Henderson seine Rede beendet hatte, klopfte ihm der Premier beifällig auf die Schultern. Auch das hatte seine Bedeutung. Denn der Premier selbst hatte Besprechungen mit den Wortführern der organisierten Arbeiterschaft gehabt und mit ihnen seinen Frieden gemacht. Arthur Henderson bleibt also wohl an der Spitze des Schulweizens und die beiden andern Arbeiter, von denen Brace als Untersekretär im Justizministerium, ein anderer Roberts im Schatzamt untergebracht war, werden ihre Rücktrittsgesuche ebenfalls zurückziehen (was inzwischen geschehen ist. Red.). Die ganze Kabinettskrisis läuft daher hinaus auf einige Verschiebungen, die durch den Rücktritt des Sir John Simon nötig geworden sind. Dessen Nachfolger ist Herbert Samuel geworden, der bekanntlich im letzten Mai, als das Koalitionsministerium gebildet wurde, das Ministerium des Innern (Local Government Board) an den Lord Walter Long abtrat und das sehr beschwerliche Postamt wieder übernahm, das keinen Kabinettsrang hat. Nun ist dieser äußerst fähige junge Hebräer wieder im Kabinet, allerdings nicht im Kriegskabinet, das wie zuvor nur aus einer Junta von fünf Ministern besteht, dem Premier, dem Kriegs- und dem Marineminister, dem Vorkämpfer des Schatzamtes und dem Kartätschminister. Auch der zweite Hebräer Edwin Montagu, Herbert Samuels Nefte und der jüngere Bruder des zweiten Lord Swarthling, schlüpft bei dieser Gelegenheit wieder ins Kabinet zurück, als Kanzler des Herzogtums von Lancaster — bekanntlich einer der zahlreichen Titel des Königs. Der kaum dreißigjährige Minister behält aber seine Stelle als Finanzsekretär des Schatzamtes trotzdem bei. Das ist bedeutsam, da es die Verbrüderung der hohen jüdischen Finanz mit dem Ministerium Asquith bedeutet. Der erste Lord Swarthling war nämlich ein fabelhaft reicher Bankherr, dessen Nachwort auch nach seinem Tode von seinen Söhnen geachtet und befolgt werden mußte. Edwin Montagus Frau, die Tochter des Lord Sheffield, mußte zum hebräischen Glauben übertreten, bevor sie Mrs. Montagu werden konnte. Aber das Bankhaus Samuel Montagu & Co. ist ein bekanntes Wort des Französischen Königs Heinrich V. zu gebrauchen, eine Waise wohl wert. Hat doch auch der frühere Schatzkanzler Lloyd George Frieden machen lassen mit Lord Rothschild und ist als einer der ersten Leidträger der Bahre gefolgt, die dessen Leiche trug. Die silberne Kanonenkugel, die Lloyd George als Schatzkanzler den Sieg voraussagte, haben die Rothschilds und Montagus seither vergoldet. Wenigstens zwei Drittel des alljährlich produzierten und auf 98 Millionen Pfund Ster-

ling geschätzten Goldes stammt aus britischen Besitzungen, sagt der Jahresbericht der Firma Samuel Montagu. Das durch H. Samuels Beförderung erledigte Postamt fällt wieder dem Rechtehrentwerten Charles Hobhouse zu, der im Mai vorigen Jahres an die Luft gesetzt wurde in Gesellschaft von zwei Quäkern, Pease und Lord Emmott und von Lord Haldane, um den acht Tories Platz zu machen. Wie man sieht, bevorzugt Herr Asquith im Nachschub seine Parteigenossen, auch wenn die gut besoldeten Posten der Rechtsbeistände der Krone den Konservativen überlassen werden mußten. Hobhouse hat im indischen und im Schatzamt gedient und ist ein fähiger, eher als ein glänzender Beamter. Wie der irische Sekretär Birrell stammt sein Mandat von Bristol.

Als ob der Premier Asquith nicht schon Berg genug an der Kunkel hätte, ist noch vom irischen Abgeordneten Swift MacNeill an ihn die Zumutung gerichtet worden, zwei Mitglieder des Oberhauses zu ächten. Dieser Home Ruler ist nämlich ein Nachkomme des

irischen Satirikers Swift, was gar manches in seinem Vorgehen erklärt. Er ist Professor des öffentlichen Rechts an der nationalen Hochschule Irlands und ist als ein „heißblütiger Mensch“ beschrieben worden, „der sich mit einer heißen Kartoffel abplagt.“ Im Verfassungsrecht ist er beschlagen wie wenige. Er hat die Entdeckung gemacht, daß zwei Mitglieder des britischen Oberhauses zu den Feinden Großbritanniens gehören. Das ist der Herzog of Albany und der Herzog von Cumberland. Der erstere hat bekanntlich das nach dem Tod des Herzogs von Edinburgh erledigte Herzogtum von Koburg-Gotha angetreten, das der Sohn des Herzogs von Connaught als nächster Erbe abgelehnt hatte, da er in der englischen Armee Karriere zu machen vorzog. Da beide Herzöge zurzeit gegen Großbritannien kämpfen, ist ihnen — wie bekanntlich schon dem deutschen Kaiser — der Hofenbandorden entzogen worden und man hat ihre Fahnen längst aus der St. Georgskirche in Windsor entfernt. Die beiden feindlichen Herzöge teilen unter sich außerdem sieben englische Adelstitel. Der irische Abgeordnete verlangt nun, der Premier solle ein Gesetz vorlegen, um diese beiden „Verräter“, wie er die feindlichen Herzöge nennt, ihrer Rechte zu entkleiden. Und wenn der Premier keine Zeit für dergleichen habe, solle er ihnen auf administrativem Wege ihre Titel wegnehmen. Aber Herr Asquith gab eine ausweichende Antwort. Weiterens meldet die heutige „Daily News“, der ich die obigen Mitteilungen entnehme, daß noch ein anderer irischer Pair, Viscount Taaffe, im feindlichen Heer gegen England kämpft. Die Familie Taaffe wurde aus Irland vertrieben zur Zeit der jacobitischen Aufstände und ließ sich in Oesterreich nieder, wo sie seit zwei Jahrhunderten lebt. Der Vater des jetzigen Viscount Vicomte hat es sogar zur Ministerpräsidentenschaft der österreichischen Monarchie gebracht. Sein Sohn hat vor einigen Jahren das Recht beansprucht, bei der Wahl irischer Vertretungslords mitzustimmen. Er wurde aber abgewiesen. Natürlich — denn das britische Oberhaus ist keine Kumpfkammer. Wenigstens ist das die Ansicht der Lords.

19. 11. 1916

Persien.

Der Generalgouverneur von Turistan, Nizam-es-Saltaneh, hat den Oberbefehl über die persischen Streitkräfte übernommen und an England und Rußland den Krieg erklärt. Damit hat auch Persien, wie der Korrespondenz „Heer und Politik“ geschrieben wird, gegen die Gewaltmaßnahmen Englands und Rußlands durch die Tat Protest eingelegt. Persien gehörte bisher zu den Ländern, über die England und Rußland selbständig zu verfügen glaubten, obwohl es sich um einen freien und unabhängigen Staat handelt. Wir wissen, daß Rußland in Persien als Feind einmarschiert und vorgeedrungen ist. Es ist auch bereits mehrfach zu heftigen Kämpfen zwischen persischen Truppen und Russen gekommen. Wenn die Russen die Unabhängigkeit Persiens nicht noch mehr bedroht haben, so liegt das einzig und allein daran, daß es ihnen bisher nicht gelungen ist, einen schnellen und entscheidenden Sieg zu erringen. Wir haben erst jüngst gehört, daß die Türken in Kermanschah einmarschiert sind. Auch hier konnten die Russen ihr Ziel, den Engländern durch Persien hindurch die Hand zu reichen, nicht verwirklichen. Nachdem nun Nizam-es-Saltaneh zur Abwehr der die Unabhängigkeit Persiens bedrohenden Feinde den Krieg eröffnet hat, wird die Entscheidung über die Angelegenheiten in Persien auch zur Reife gebracht.

Die militärischen Kräfte Persiens waren bisher nicht sehr bedeutend. Die Zahlen darüber schwanken. Ein modernes Heer in unserem Sinne besteht in Persien nicht. Die ganze Armee ist im Jahre 1905 in 12 Divisionen geteilt worden, von denen jede 5000 bis 11000 Mann hat. Jede Division untersteht dem Befehl eines Sarbar. Die Mannschaften werden meist nur ein halbes Jahr unter Waffen gehalten, wobei natürlich ihre Ausbildung nicht hervorragend gestaltet wird. In Teheran selbst stehen ungefähr acht Bataillone Infanterie, während das ganze persische Heer über 79 Infanteriebataillone verfügt. Die Ausrüstung der Infanterie erfolgt durch Wendelgewehre. Eine ganz besondere Truppe ist die bekannte Kosakenbrigade, die nach dem Muster der russischen Kosaken ausgebildet ist. In letzter Zeit bestand sie aus 17500 Mann und 200 Offizieren. Dieser Truppenkörper zerfällt in vier Reiterregimenter. Ferner gehören dazu zwei Batterien zu vier Geschützen, acht Feldartilleriegeschütze und vier Maschinengewehre. Die Kosakentruppe, die hauptsächlich von russischen Offizieren ausgebildet wurde, besteht seit 30 Jahren. Alle anderen Truppen kommen, auch wenn sie ein halbes Jahr oder länger ausgebildet worden sind, tatsächlich als reguläre Truppenmacht nicht in Betracht. Die Ausstattung und Ausrüstung der Soldaten ist äußerst mangelhaft. Ihre Löhnung beträgt pro Monat 3.30 Mark für jeden Mann, so daß man oft Soldaten zetteln gehen sehen kann. Auch dienen die Soldaten nicht selten Privatleuten als Arbeiter. Vorschriften für Aushebung und Entlassung sind nicht vorhanden, so daß dies dem jeweiligen Machthaber der einzelnen Provinzen völlig überlassen bleibt. Es hat sich nur der Brauch herausgebildet, daß die fünf nördlichen Provinzen die Mannschaften für die Infanterie und Artillerie stellen, während die übrigen sechs Provinzen, die meist von Nomaden bewohnt werden, die irreguläre Kavallerie bilden. Eines muß man den persischen Mannschaften lassen, sie sind ein durchaus brauchbares Soldatenvolk und fürchten den Tod nicht. Bei aller Trägheit, die sie auszeichnet, wissen sie doch zu kämpfen und zu sterben. Das haben sie in den letzten Wochen mehrfach in den Scharmützeln mit den Russen bewiesen.

20. I. 1916

Kriegskalender.

9. Jänner: An unserer Nordostfront zieht der Feind Verstärkungen heran. — Die Montenegriner werden aus ihren Höhenstellungen nordöstlich von Verane geworfen; an der herzegowinischen Grenze und im Gebiete der Bozhe di Cattaro greifen unsere Truppen an. — Südlich des Hartmannsweilerkopfes erobern die Deutschen den letzten der am 21. Dezember von den Franzosen besetzten Gräben zurück. — Die Engländer räumen unter schweren Verlusten Sebdl. Bahr. — Gallipoli ist ganz vom Feinde gesäubert. — An der Front wird eine englische Division bei Scheit Saib unter Verlust von 3000 Mann von den Türken geschlagen. — Das Schlachtschiff „Eduard VII.“ stößt auf eine Mine und sinkt. — Kabinettswechsel in Montenegro.

10. Jänner: Bei Toporoug wird ein russischer Angriff abgewiesen. — Unsere Truppen dringen weiter gegen Verane vor und erreichen Bivca; die Kämpfe an der Südwestgrenze Montenegros dauern an. — Nordwestlich von Massiges erobern die Deutschen mehrere französische Beobachtungsstellen und Gräben. — Die in Kut-el-Amara eingeschlossenen Engländer unternehmen mehrere vergebliche Ausfallsversuche. — Unsere Flotte beschießt den Lovcen. — Die Salonischer Konsuln des Vierbundes in London. — Amerika verlangt in einer Note an England die Abschwächung der Blockade.

11. Jänner: Die Russen unternehmen wieder vergebliche Angriffe gegen den Raum von Toporoug-Marancze. — Unsere Truppen erobern den Lovcen; vor Verane sind die Montenegriner erneut geworfen, der Ort und die beherrschenden Höhen südwestlich davon von unseren Truppen besetzt. — Im Kaukasus scheitert bei Narman ein russischer Nachtangriff. — Generalpostmeister Samuel englischer Staatssekretär des Innern. Große Ausschreitungen streikender Arbeiter in Youngstown. König Georg lehnt die Demission der drei Arbeitsminister ab. — Der Dampfer „Clan Macfarlan“ versenkt.

Das Scheitern der englischen Anshungerungs- politik.

Beginnende Einsicht in London.

Wien, 19. Januar.

Die „Times“ geben alle Hoffnung auf die Anshungerung der Zentralmächte auf und plaidieren für die äußerste Sparsamkeit und Einschränkung im eigenen Lande. Das Blatt führt aus, daß es notwendig sei, in den öffentlichen Ausgaben sowohl wie im privaten Haushalte die größte Sparsamkeit zu üben. Die Minister hätten wohl zuweilen über dieses Thema gesprochen, sie hätten auch verschiedene Komitees eingesetzt; sie hätten aber nichts Ernstes getan, um verschwenderische Ausgaben hintanzuhalten oder die Sparsamkeit bei den Massen zu ermutigen. Die dringende Notwendigkeit solcher Sparsamkeit werde allgemein anerkannt — in Worten. Man müsse jedoch bloß die Augen aufmachen, um zu sehen, daß Regierungsbehörden, Gemeinden, öffentliche Gesellschaften und Private aller Klassen Geld für alle möglichen Dinge verwenden, die in Wahrheit in Kriegszeiten nicht als notwendig bezeichnet werden können. Die öffentlichen Ausgaben übersteigen alles, was jemals in der Finanzgeschichte irgend eines Landes für möglich erachtet worden. Die Ziffern sprechen für sich selbst. Im laufenden Finanzjahre haben wir für die Armee 715 Millionen Pfund Sterling, für die Flotte 190 Millionen und an Anlehen für die Kolonien und für unsere Verbündeten 423 Millionen Pfund, insgesamt also 1328 Millionen Pfund Sterling ausgegeben. Nächstes Jahr, in der Periode 1916/17, werden wir für diese Zwecke noch mehr auszugeben haben. Inbegriffen 200 Millionen für die Zivilverwaltung dürften unsere Gesamtausgaben 1800 Millionen Pfund erreichen.

Wir zweifeln nicht, daß die Ressourcen der Nation selbst für so hohe Ziffern anstreichen, allein selbst diese Ressourcen würden erschöpft werden, wenn wir unsere Extravaganzen nicht einschränken und nicht ernstlich sparen. Zu alledem komme noch das verwandte Problem der Zahlung für auswärtige Importe. Es ist nicht zu erwarten, daß wir durch das Wachstum unseres Exports einen großen Teil davon zu decken imstande sein werden. . . Müßig und unheilvoll wäre es, wenn wir uns zu trösten versuchen würden mit der Erwägung, daß unsere Feinde in noch schlechterer Lage sind als wir. Und noch müßiger und unheilvoller wäre es, zu denken, daß der Friede viel rascher kommen werde, als viele von uns erwarten. Die Deutschen und die Oesterreicher haben viel mehr auszuhalten, als wir erdulden. Aber glaubt irgend jemand, ihre Lage sei so schlimm, sie zu zwingen, um Frieden zu bitten mit den einzigen Bedingungen, die wir ihnen gewähren würden? Besteht die geringste Aussicht, daß sie innerhalb einer berechenbaren Zeit zum Neuesten gebracht werden können? So weit wir beurteilen können, besteht eine solche Aussicht nicht.

Herr Delbrück und andere Redner im Reichstage haben zweifellos ein zu rosiges Bild über Deutschlands wirtschaftliche Lage entworfen, aber die Erklärung des Ministers des Innern, daß Deutschland Nahrungsmittel genug besitze, um bis zur Ernte auszuhalten, ist fast mit Sicherheit als wahr hinzunehmen.

Deutschland leidet unter Mangel und Entbehrungen; wir sehen jedoch keinerlei Wahrscheinlichkeit, daß das Deutsche Reich innerhalb einer abmeßbaren Zeit unter solchem Hunger leiden wird, der seine Widerstandskraft brechen würde. Wir dürfen nicht erwarten, daß der Friede bald kommen, oder daß er durch wirtschaftlichen Druck herbeigeführt werden wird, selbst wenn es uns gelingt, diesen Druck noch zu verstärken. Der Friede wird kommen, wenn wir Deutschland im Felde schlagen, und unsere Finanzpolitik wie unsere gesamte Kriegspolitik müssen wir auf dieser Voraussetzung aufbauen. Wir dürfen sie nicht auf Hoffnungen eines wirtschaftlichen Zusammenbruches unserer Feinde basieren. Mit Hoffnungen solcher Art sind wir ein Jahr hindurch gesättigt worden. Wir bedauern, daß sie auch in der Rede unseres Handelsministers Mr. Runciman eine Rolle gespielt haben. Solche Hoffnungen zu hegen, ist eine Schädigung der Kraft unserer Verteidigung; sie zu äußern, kann nicht verfehlen, den Feind zu ermutigen. Wir müssen so denken und so handeln, daß wir bereit sein können, noch fünf, zehn, oder, wenn nötig, zwanzig Jahre durchzuhalten. Unser Finanzsystem muß so geartet sein, um allen Eventualitäten zu begegnen und den Bedürfnissen jeder Gelegenheit sich anzupassen. Vor allem aber ist drastische Dekonomie in den öffentlichen Ausgaben und patriotische Sparsamkeit in jedem Haushalt vonnöten. Es ist nicht genug, in den Importen zu sparen, wiewohl Dekonomie hierin von besonderer Wichtigkeit ist; wir müssen sparen in allen Dingen, in der Arbeit, in Gütern und Diensten, die nicht unerlässlich sind. Die Regierung sollte diese Bestrebungen fördern durch Beispiel und Lehre, durch Einschränkungen, die sie sich selber

auferlegt und durch die sofortige Eröffnung einer großen Kampagne zugunsten der allgemeinen Sparsamkeit, der öffentlichen sowohl wie der privaten, die ohne Rücksicht auf irgendwelche Interessen außer den allgemeinen Staatsinteressen allein durchzuführen ist.

König Konstantin über die Politik Griechenlands.

Äußerungen des Königs über die Stellung Griechenlands zu den Kriegsführenden.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 19. Januar.

König Konstantin gewährte dem Athener Korrespondenten des „Lohalanzeigers“ eine Unterredung am 4. Januar, die verspätet veröffentlicht wird. Der König sagte über die Verhaftung der Konsuln in Saloniki und die übrigen Verletzungen der Neutralität Griechenlands:

Es tut mir sehr leid, daß derartige Uebergriffe vorkommen konnten, die meines Erachtens außerdem von militärischen Gesichtspunkten aus vollständig falsch waren. Die Maßnahmen, die gegen Griechenland getroffen wurden, werden immer unerträglicher. Ich bin vollständig frei; mich bindet kein persönliches Interesse, und deshalb kann ich mit reinem Gewissen sagen: Ich habe nur das Wohl meines Volkes vor Augen. Von Anfang an bin ich wie auch ein großer, einflußreicher Teil des griechischen Volkes der Ansicht gewesen, daß Griechenland neutral bleiben müsse. Dieser Standpunkt ist von gewisser Seite als ein schwächerer ausgelegt worden. Dem ist nicht so. Wenn unser Herd und unsere Freiheit bedroht werden, würden wir unseren Mann stellen.

Es ist gesagt worden, wir fürchteten die Bulgaren. Das ist nicht wahr. Bedrohten diese unsere Interessen, würde ich nicht zögern, mich zu wehren. Doch es scheint mir, daß dies zurzeit nicht der Fall ist. Ob die Balkanfragen durch diesen europäischen Krieg gerecht geregelt werden, weiß ich nicht. Niemand kann voraussehen, ob hier unten nicht neue blutige Kriege entstehen werden, bevor eine Lösung der schweren, komplizierten Nationalitätenfragen gefunden ist. Niemand hofft mehr als ich, daß solches vermieden werden könnte, doch wie ich schon früher betont habe, wäre unsere Teilnahme am jetzigen Kriege keine Balkanangelegenheit, sondern eine Einmischung in den Weltkonflikt. Wir aber haben nur auf dem Balkan Interessen.

In einem so schweren Augenblick darf die Politik sich nicht auf Träume basieren. Als kleine freie Nation haben wir vor allem die heilige Pflicht, das wenige, was wir als Gebiet besitzen, und unsere Freiheit zu schützen. Diese reale Politik haben ich und die verantwortlichen Männer des Staates nach bestem Wissen und Gewissen befolgt. Meiner Ansicht nach bietet sie dem Lande sichere Bürgschaften. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß das ganze Volk zu dieser Einsicht gelangen wird; daß der größte Teil es jetzt schon ist, beweisen die letzten Wahlen. Selbstverständlich ist die militärische Lage auf dem Balkan für meine Politik mitbestimmend. Ich lasse mich durch keine Sympathien und Antipathien und andere Gefühle leiten, ich habe nur die Pflicht, die Interessen meines Volkes mit meiner ganzen Kraft zu verfolgen.

Ueber seine politischen Beziehungen zu den kämpfenden Mächtegruppen sagte der König: „Deutschland und Oesterreich-Ungarn haben bisher Griechenland gegenüber ein korrektes Verhalten und Freundschaft gezeigt. Es liegen also durchaus keine Gefühlsgründe vor, die uns vorschreiben könnten, gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu gehen; doch spielen Gefühlsgründe in der Politik eine untergeordnete Rolle.“

Ich will den Krieg nicht, ich will meine Armeen verstärken. Ich hoffe, daß sie am Ende des Krieges stark und vollständig frisch dastehen wird. Das ist für mein Land von der allergrößten Wichtigkeit. Es wird dann bei Friedensschluß ein bedeutend wichtigerer Faktor sein, als wenn es sich in dem lange dauernden europäischen Krieg, dessen erste Opfer naturgemäß die Kleinen, an Hilfsmitteln armen Staaten sind, erschöpft hätte. Unsere Neutralität ist nicht die Folge eines Schwächegefühls, sondern die Frucht des zielbewußten Willens, unsere Kraft für spätere ernste Zeiten zu bewahren. Deshalb werde ich an meiner Politik festhalten, die Freiheit und die Interessen meines Volkes wahren, ohne sein Blut zu vergießen. Ich habe hierin die volle Unterstützung des Volkes, und weder Liebeswerben noch Gewalttätigkeiten von außen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, sollen mich darin beirren.

Der Korrespondent spricht die Vermutung aus, daß man in Ententekreisen meint, man könnte durch weitere Steigerung der Gewaltmaßnahmen gegen Griechenland doch noch die Aufgabe der griechischen Neutralität zugunsten der Entente erzwingen. Der König antwortete:

Das weiß ich nicht, was man glaubt, doch sollte man irgendwo derartige Hoffnungen hegen, so wird man sich an derselben Stelle schon davon überzeugen lernen, daß diese Hoffnungen eitel waren.

Gründung einer Deutsch-orientalischen Handelsgesellschaft.

Berlin, 19. Jänner. Das Wolffsche Bureau meldet: Im Laufe des Krieges hatten die amtlichen maßgebenden Stellen die Erkenntnis gewonnen, daß nur durch die Schaffung von privatrechtlichen Organisationen, welche mit den Reichsämtern in enger Fühlung zu stehen haben würden, die wirtschaftlichen Aufgaben gelöst werden könnten. Als die verbündeten Heere den Weg nach der Türkei über Serbien freigemacht hatten, erschien die Gründung einer gemeinnützigen Gesellschaft erwünscht, welche die Einfuhr von Faserstoffen aus dem Orient regeln und vor allem die eingeführte Ware den entsprechenden Stellen zugänglich machen würde. Die daraufhin unter Führung der leitenden Banken gegründete, mit einem Kapital von zwei Millionen Mark ausgestattete Deutsch-orientalische Handelsgesellschaft m. b. H. in Bremen arbeitet in enger Fühlung mit den maßgebenden Stellen in Berlin an der Durchführung der umfangreichen Aufgabe. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der bisherige Präsident der Bremer Handelskammer Lohman, Geschäftsführer sind in Bremen Schrader und Schütte, in der Türkei, beziehungsweise in Bulgarien Moritz Brouwer und Albert Kopp, welchen eine Reihe sachverständiger Kaufleute zur Seite stehen.

20.7.1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 19. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

18. Jänner. Keine Veränderung.

Frankreich.

19. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Dem vorangegangenen Bericht ist nichts hinzuzufügen.

11 Uhr nachts. Südlich der Somme im Abschnittte Vihons wurde ein feindliches Blockhaus durch unser Feuer zerstört. Zwischen Soissons und Reims verursachten unsere Schützengrabengeschütze ernststen Schaden an den feindlichen Werken in den Gegenden Alles und westlich von Craenne. In den Argonnen beschossen wir auf dem Marsch befindliche Truppen in der Gegend nördlich der Courte Chauffe. In Truppen nördlich der Courte Chauffe. In Lothringen erzielte unser Feuer auf eine Gruppe von Deutschen bewohnter Häuser bei Mincourt westlich Chateau-Salins das beste Ergebnis. Da in der Nacht vom 18. zum 19. d. zwei deutsche Flugzeuge vier Bomben auf Nancy abgeworfen haben, stieg eines unserer Luftschiffgeschwader auf und bombardierte die Bahnhöfe Metz und Arnaville. 22 Bomben wurden auf Gebäude geworfen, die Schaden erlitten.

Belgischer Bericht.

Das außerordentlich günstige Wetter verursachte auf beiden Seiten, auf der ganzen Front sehr lebhaftes Artillerie- und Bombenerfertiigkeit. Wir bekämpften mit Erfolg feindliche Batterien und zerstreuten einen Transport südlich von Dirmuden.

Französische Trugbilder.

Von Fredrik Bööt.

Fredrik Bööt ist einer der Schweden, die an der Studienreise nach Frankreich teilgenommen haben. Er hat seine Beobachtungen in einer Artifeherie in „Svenska Dagbladet“ niedergelegt. Wir geben hier aus dem letzten Aufsatz einen Auszug. D. Red.

Von all den Franzosen, die ich ihren entschlossenen Willen, den Krieg bis zu Ende durchzuführen, koste es was es wolle, aussprechen hörte, machte mir keiner einen festeren und bedeutenderen Eindruck als Briand. Er hielt nicht wie Poincaré eine kleine Rede, er legte die Dinge nicht zu recht und versuchte nicht, eine lächelnde Ueberlegenheit gegenüber der Situation zu bewahren. Es war etwas Stiefes, Strenges, unerhört Geprehtes in seinem ruhigen prunklosen Auftreten. Es war, als kümmerte er sich nicht im geringsten darum, zu verbergen, wie fürchterlich schwer die Bürde war — er brauchte das auch nicht, denn man sah, daß er sie trug. In seinen einfachen, beinahe schroffen Worten war keine Spur von Deklamation und kaum ein Ausfall gegen den Feind, es war, als ob das Gefühlsleben zurückgedrängt sei; das, was übrig blieb, war nur ein nackter, harter Wille, der ohne unnötige Phrasen seine eigene Intensität einregistrierte. Sein Rücken war gebeugter als früher, die Bewegungen waren langsam, der Blick starr, fast stierend, wenn er prüfend von Angesicht zu Angesicht glitt. Ich habe selten einen so illusionsfreien Gesichtsausdruck gesehen; es war eine rücksichtslose Kälte in seinem Blick, ein nackter Zynismus, wenn man will.

Ueber die Siegesaussichten sagte Briand nichts. Wenn man mit Franzosen sprach, bekam man den Eindruck, daß der offizielle Optimismus nicht hohl war, sondern seinen Widerhall in einer hoffnungsvollen Stimmung beim Volke fand. Aber die bergfeste Sicherheit, die einem in Deutschland begegnete, fand ich in Frankreich nicht, was ja auch ganz natürlich ist; der gegenwärtige Augenblick war ja schwerer zu tragen, und es konnte geschehen, daß an den Fremden Fragen gestellt wurden, in denen sich die Unruhe und das Verlangen, ein unparteiliches Urteil über die Lage zu hören, verriet.

An dem französischen Optimismus kann man mehrere bestimmte Faktoren unterscheiden. Der eine ist die Schlacht an der Marne, die sich zu einem Siege ohnegleichen in der Kriegsgeschichte ausgewachsen zu haben scheint; daß sie nicht das entscheidende Kennzeichen des großen Sieges aufwies, nämlich hohe Ziffern von unverwundeten Gefangenen, übersehen man vollkommen. Ein anderer wichtiger Faktor ist die Ueberzeugung, daß der Krieg als eine Ueberraschung von den Deutschen vorbereitet war; nachdem der erste Ansturm mißglückt und man Zeit gewonnen hat, sich zu organisieren und hinreichende Munition zu beschaffen, sind, so folgern sie, Deutschlands Aussichten unwiederbringlich verloren. Diese Auffassung, daß außer Deutschland keine Macht in Europa mit einem Krieg gerechnet habe, ist in der Tat zu einem steinharten nationalen Dogma geworden. Die dreijährige Wehrpflicht mit ihrem einzigen Zweck, die augenblickliche Kriegsbereitschaft zu erhöhen, ist vollkommen vergessen; erinnert man an die leidenschaftliche Kampagne, die die Welt damals mit ihrem Lärm erfüllte, so begegnet man erstaunt in die Höhe gezogenen Augenbrauen und verständnislosem Lächeln. Daß die Zentralmächte eine Munitionskrise von der gleichen Art durchgemacht haben, davon weiß man absolut nichts, und wer versucht, diese Neuigkeit zu berichten, hat dabei außerordentlich wenig Glück. Als ich einem Landsmann von mir, der eine ziemlich hohe Stellung innerhalb der schwedischen Kolonie in Paris einnimmt, erzählte, daß ich während meines Aufenthaltes in Frankreich während des Jahres 1911 bis 1912 den sehr starken Eindruck erhielt, daß der Krieg im Herannahen sei, wurde ich mit der Versicherung abgepeist, daß mein Eindruck vollkommen irrtümlich war.

Zum französischen Optimismus gehört endlich ein Gedankengang, den ich, da ich leider keine passendere Bezeichnung finden kann, den machtphilosophischen nennen möchte. Es ist eine Art Schwelgen in den unerhörten materiellen Quellen, die der Entente zur Verfügung stehen und sich im Vergleich zu denen der Zentralmächte vollkommen erdrückend ausnehmen. Bücher, Broschüren, Zeitungen, Parlamentsdebatten, Eröffnungsreden sind voll von dieser Art Statistik, die auch in Privatgesprächen eine außerordentliche Rolle spielt. Man könnte sagen, daß Paris, seitdem der Absynth verboten worden ist, sich an Zahlen berauscht. Man

stellt fest, daß nahezu eine Milliarde Menschen gegen 150 Millionen steht, man rechnet aus, einen wie großen Teil der Erdoberfläche die Entente kontrolliert und wie oft das von den Zentralmächten beherrschte Gebiet darin aufgeht. Man überblickt die Zufuhr an Lebensmitteln, rechnet die Pferde, Kühe und Automobile, stellt Betrachtungen darüber an, wie weit die Herstellung von Munition in Japan und Amerika vermehrt werden kann, und man erschrickt sich an banalpolitischen Zahlen von der berückendsten Vorteilhaftigkeit. Kurz gesagt: die Methoden sind zahllos wie der Sand am Meer, unreich und abwechselnd; sie führen immer zu demselben sicheren Schluß und können mit Vorteil auch neutralen Besuchern demonstriert werden, und zwar in gewissen Fällen mit unbedingtem Erfolg, wie ich selbst beobachten konnte.

Herr Barrès, der fast täglich seinen Artikel für das „Echo de Paris“ schreibt und den ich von einem englischen Diplomaten mit dem Titel „Die Stimme“ habe ehren hören, war natürlich des endlichen Sieges ganz gewiß. Er gab zu, daß der mißglückte Durchbruchversuch in der Champagne eine böse Fehlberechnung gewesen sei, aber seine Zuversicht war unerschütterlich. Er rechnete mit dem vollkommen umgebrochenen Willen der Bundesbrüder, den Krieg fortzusetzen. Er machte gar kein Geheimnis daraus, daß der gegen Deutschland gerichtete Auslieferungsvorschlag mißglückt sei und spiegelte damit sicher die in wohlunterrichteten Kreisen herrschende Auffassung wider. Die französische Presse jedoch brachte ungefähr täglich in blühenden Farben gehaltene Bilder der Heimsuchungen durch die Hungersnot in Deutschland, und noch heute wird diese Seite fleißig angeschlagen. Die gleiche eigentümliche Doppelzüngigkeit trat in Bezug auf die Neuigkeiten vom Kriegsschauplatz hervor. Die Zeitungen schilberten täglich, wie die vollkommen intakte serbische Armee während ihres glücklichen Rückzuges den Gegnern die blutigsten Verluste beibrachte, und teilte mit, daß die Vereinigung mit den französisch-englischen Saloniktruppen unmittelbar bevorstehe! Aus den um zehn Tage verspäteten schwedischen Zeitungen hatte ich inzwischen erfahren, daß die Deutschen täglich von Tausenden von Gefangenen berichteten, manchmal bis zu 8000, und als ich einen schwachen Tadel über die Wahrheitsliebe der französischen Presse aussprach, antwortete mir Barrès offenherzig und geistreich: „Ah, alle Menschen, wenigstens alle Militärs, wissen natürlich, daß die serbische Armee jetzt in Terrainsschwierigkeiten gerät.“

Diese Methode bildet einen schlagenden Gegensatz zu der von den deutschen Zeitungen angewandten, in denen der Bericht Joffres über die Offensive in der Champagne auf der ersten Seite und ohne Kommentar abgedruckt wurde. Aber die Sache ist natürlich nicht so einfach, wie sie im ersten Augenblick aussieht. Kann man sich darüber wundern, daß man es in Frankreich für das Richtige ansieht, in gewissen Fällen die Wahrheit in vorsichtigen Dosen auszuweisen, wenn man bedenkt, daß eine unberückte Wahrhaftigkeit im August 1914 wahrscheinlich die latente Panik in hellen Flammen hätte ausschlagen lassen mit dem Resultat, daß die Schlacht an der Marne wohl kaum jemals hätte zu Stande gebracht werden können?

Die Gefahr liegt natürlich darin, daß ein systematisches Verschleiern der Wahrheit ein gewisses Gefühl der Unsicherheit großzieht, und daß die, welche die Neuigkeiten veröffentlichen, in beängstigender Weise riskieren müssen, daß sie schließlich selbst daran glauben. In Frankreich hat man sich zweifellos in Bezug auf das, was die allgemeine Wertung der deutschen Verhältnisse angeht, selbst sein Grab gegraben. Bergsons kleine märchenähnliche Betrachtungen über „Der Krieg zwischen Leben und Materie“ zeigt, wie ein berühmter Philosoph mit Tatsachen und Ansichten operieren kann, die „falsch wie Münzen“ sind, wie es auf französisch

heißt — sie sind in bester Absicht von patriotischen Falzmünzern in Kurs gebracht worden, und jetzt gehen sie um. Ich war selbst Zeuge, wie eines dieser glänzenden Schaugelder den Versuch machte, zu zirkulieren. Ein angesehenes Deputierter, ein Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, also ein besonders Sachkundiger, der die Kriegsaussichten mit mir und einem jungen, sehr intelligenten und gebildeten Generalstabsoffizier, einem Mann der neuen Generation, besprach, fragte auf einmal, ob man nicht für das kommende Jahr mit einem Aufbruch in Deutschland rechnen könne, ob das Volk nicht doch versuchen würde, die feudalen Tyrannen von sich abzuschütteln? Er sah uns mit einer Sorgenvollen, etwas ängstlich fragenden Miene an. Ich hatte das Gefühl, als sitze er da mit der großen schönen Goldmünze in der Hand, die man ihm aufgeschwindelt hatte und die er uns jetzt hinreichte. Ich wurde ganz einfach verlegen und unglücklich und sah zum Fenster des Automobils hinaus, als hätte ich etwas Ungewöhnliches entdeckt. Ich hatte nicht das Herz, ihn über den Betrug aufzuklären. Es war eine Zeitlang still, bis der Offizier, der ein mutigerer Mann als ich war, in trockenem sachlichem Ton erklärte, daß solche Hoffnungen wohl überstürzt seien. Ich nickte und es war, als ob die Goldmünze blitzschnell verschwunden sei. Aber ich fürchte, daß sie immer wieder auftauchen wird, um mit ihrem betrügerischen Schimmer traurige Stunden zu vergolden.

Zur Kriegslage

Vor Saloniki. Noch einmal Torres-Bebras. An den alten Fronten. Montenegro und Mesopotamien. Nachschrift.

Nach der Kapitulation Montenegros ist auf allen Kriegstheatern scheinbar eine gewisse Stille eingetreten, die sich aber mehr in dem Mangel an Nachrichten, als in einer eigentlichen Operationspause aussprechen dürfte. Von einem Stillstand im kriegerischen Akt kann wohl bedingtemaßen nur in Mazedonien die Rede sein, wo aber ebenfalls auf beiden Seiten Vorbereitungen zur Fortsetzung der Aktion im Gange sind, die sich jetzt auf Seiten der Zentralmächte in einem Besuche Kaiser Wilhelms im Hauptquartiere Mackensens in Nisch und seitens der Entente in fortgesetztem Ausbau Salonikis aussprechen. Es ist klar, daß die Stellung von Saloniki in den letzten Wochen eine erhebliche Stärkung gefunden hat, gewonnen in erster Linie durch die Verbreiterung der Basis und Einbezug der Bucht von Orfano und weiter durch Vermehrung der vorgeschobenen Linien, die auch dichter besetzt sein dürften. In welchem Maße damit eine operative Verstärkung der Position erfolgt ist, läßt sich nicht beurteilen. Die Befehlsgewalt des Generals Sarraïl ist indes durch seine Anerkennung als Oberkommandierender von Seiten Englands so gestärkt worden, daß schon daraus eine gewisse Erhöhung operativer Leistungsfähigkeit fließen dürfte. Die Demarkationslinie, die durch die Grenze dargestellt wird, ist von den deutsch-bulgarischen Truppen noch nicht überschritten worden. Auch sie haben die letzten Wochen zur Reetablierung und zur Auffüllung ihrer Artillerie benützen können. Wichtig ist seit der Sprengung der Verbindungsbrücken die militärische Lage der östlich Saloniki im Gebiet Serres - Kavalla stationierten griechischen Truppen, die in bezug auf Verpflegung vollständig vom guten Willen Sarraïls und der verbündeten Flotte abhängig sind, aber je nach dem Gange der Dinge operativ immer noch in Betracht fallen. Nun wird sich bald zeigen müssen, ob Saloniki methodisch angegriffen wird und ob es, wie der „Temps“ sich einst ausdrückte, zu dem Torres-Bebras wird, in welchem Wellington seine Kraft immer wieder erneuerte, während die französischen Marschälle vor ihm verbluteten. Die Verhältnisse sind allerdings nur rein äußerlich betrachtet mit den napoleonischen zu vergleichen. Kämpften die Franzosen damals in Spanien und Portugal exzentrisch in einem verwüsteten von einer Guerilla größten Stils durchtobten Lande und dazu ohne energischen einheitlichen Oberbefehl und jeder Marschall sich selbst genügend, so sind die Zentralmächte und ihre Verbündeten auf dem Balkan in gesicherter strategischer Position, Meister ihrer Verbindungen, nicht in feindlichem, sondern in befreundetem Lande und von einem energischen Willen gelenkt. Auf der anderen Seite bildet Saloniki mit dem Mittelmeer eine viel größere, reichere Basis als Torres-Bebras, und nichts zeigt den Umfang dieses Krieges deutlicher, als die Zahlenverhältnisse, die jetzt dort an einem einzigen nebenaus gefekten Punkte des riesenhaften Kriegstheaters zur Geltung kommen. An den alten Fronten herrscht fortgesetzt jene lebhaft-

Tätigkeit einzelner Abschnitte, die als Minen- und Grabenkämpfe bezeichnet werden und sich jetzt im Westen im Abschnitt Chaulnes besonders auszusprechen scheinen. Ob sich hier bei den alten Kampfzonen Lihons, Fricourt und Rone Kämpfe entsponnen haben, die auf größere Offensivabsichten hindeuten — französische Quellen erwägen solche von Seiten der Deutschen —, ist zum mindesten zweifelhaft. Die lokale Tätigkeit kann auch andere Gründe haben. Im Osten ist die Schlacht im Raume Czernowiz, wie zu erwarten war, neuerdings aufgeflammt, ohne daß sich die strategische Lage verändert hätte.

Die österreichischen Quellen bezeichnen die russischen Angriffe vom 19. Januar ausdrücklich als neue Schlacht, es wird wohl eine mit neuen Kräften und vielleicht auch etwas abgeänderten taktischen Richtungspunkten unternommene Erneuerung der alten Offensive sein, die sich besonders in dem Raume Loporuk ausspricht. Ob an der Strypa eine Zurücknahme der deutschen und österreichischen Positionen erfolgt ist, wie aus einer russischen Meldung der letzten Tage geschlossen werden könnte, läßt sich nicht feststellen. An der nördlichen Fronthälfte des russischen Kriegsschauplatzes haben sich die Aktionen nahezu vollständig in Kleinkrieg umgewandelt, der auf beiden Seiten gepflegt

wird. An der italienischen Front wechselnde Artilleriekämpfe, nach dem letzten Bulletin Cadornas nachweisbar im Chiese- und Suganatal, also an der Trientinerfront, wo immer noch um die Ost- und Südzugänge Trients gerungen wird, und Einzelaktionen am Tolmeiner und Görzer Brückenkopf.

Die Kapitulation von Montenegro ist also das hervorstechendste Merkmal der Lage geblieben. Mit dem Vollzug derselben dürften die Oesterreicher noch nicht zu Ende gekommen sein, und es wird sich zu erweisen haben, bis wohin sich die Wirkungen der Kapitulation erstrecken, wenn Oesterreich seine Operationen weiter nach Albanien ausgreifen läßt. Bei Rut-e-I-Amara, immer noch einem der interessantesten Punkte, harret die englische Division Townshend unerschütterlich aus, die Verbindung mit der Entsaßtruppe konnte seit den Gefechten vom 7. bis 9. Januar nicht hergestellt werden, und es gewinnt den Anschein, als läge der Suffurs selbst fest und wartete nun seinerseits wieder auf Verstärkung aus der Richtung Korna. Vielleicht kommt es bei Rut auf den letzten Zwieback an. H. St.

21./I. 1916.

Inkollegiales zwischen Fraktionskollegen.

Der sozialdemokratische Reichstagsabg. Keil schreibt in der von ihm geleiteten „Schwäb. Tagwacht“: „Im Bericht des „Vorwärts“ über die Reichstagsführung vom 17. Januar findet sich in den Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Abg. Ledebour, die sich auf den Schluß der Debatte bezogen, folgende Stelle:

Abg. Stadthagen ruft auf eine Bemerkung des Abg. Keil gegen Abg. Liebknecht: Es ist unerhört, daß ein Sozialdemokrat für Unterdrückung der Meinungsfreiheit eintritt. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung fällt das Wort: Das ist eine Unverschämtheit. Der Präsident erteilt dem Abg. Stadthagen einen Ordnungsruf wegen des Ausdrucks „Unverschämtheit“. Stadthagen: Das Wort galt nicht Ihnen. Präsident: Das ist gleich.

Im „Hamburger Echo“, das gleich dem „Vorwärts“ den großen Reichstagsbericht der Baateschen Parlamentstimeskorrespondenz verwendet, findet sich diese Stelle nicht. Sie ist von der „Vorwärts“-redaktion hineingeschrieben worden. Das hat Stadthagen auf meine Frage mündlich schon eingestanden. Auf meine weitere Frage, warum er meine im Tone des Selbstgesprächs gemachte Bemerkung nicht wahrheitsgemäß wiedergegeben habe, antwortete Stadthagen, er wisse nicht, was ich gesagt habe. Obgleich also Stadthagen nicht weiß, was ich gesagt habe, entfesselt er im Reichstag eine Standalkzene, schleudert mir das Wort Unverschämtheit an den Kopf und hat auch noch den seltsamen Ehrgeiz, diese Szene durch den „Vorwärts“-Bericht in unvollständiger und wahrheitswidriger Weise an die breite Öffentlichkeit zu zerren. Nachdem dies aber geschehen, halte ich eine Klarstellung für geboten. Als am Schluß der Militärdebatte, nachdem dem Abg. Liebknecht durch einen Schlußantrag das Wort abgeschnitten worden war, die übliche Geschäftsordnungsdebatte begonnen wurde, machte ich, neben Stadthagen stehend, für mich die Bemerkung: „Es ist eine billige Sache, hier täglich eine solche Szene aufzuführen.“ Diese Bemerkung entfesselte den Tobsuchtsanfall Stadthagens, in dem er mich mit unbegründeten Unterstellungen und Beschimpfungen bedachte. Die von mir gemachte Bemerkung brauche ich vor verständigen Menschen mit keinem Wort zu rechtfertigen oder zu erläutern. Ränke August Bebel noch der Führer der Reichstagsfraktion sein, so wären weder die Liebknechtlieden noch die nicht so ganz seltenen Stadthagenschen Rärmiszenen möglich.“

Abg. Scheidemann von seinen Wählern boykottiert. Aus dem Wahlkreis Solingen wird der „Leipz. Volksztg.“ mitgeteilt: Der Genosse Scheidemann hat dem Vorstand der Wahlkreisorganisation ein Schreiben zugesandt des Inhalts, daß er sich vom 22. Januar bis 28. Januar dem Wahlkreis für öffentliche Versammlungen zur Verfügung stellen möchte. Das Thema seiner Reden sollte lauten: „Das deutsche Volk im Kriege.“ Nun ist aber in der vergangenen Woche von sämtlichen Distrikten mit weit überwiegender Mehrheit der Beschluß angenommen worden, den Genossen Scheidemann nicht eher referieren zu lassen, bis der Belagerungszustand aufgehoben bzw. die Distuffion freigegeben sei.

Ein Bremer Parteistreit. Die „Bremer Bürgerztg.“, die zur Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zählt, berichtet, daß am Mittwoch 376 Genossinnen und Genossen in Bremen eine Resolution angenommen haben, worin dem Parteisekretär Wellmann vorgeworfen wird, er habe einen anderen Parteigenossen denunziert. Die Versammlung „erachtet daraufhin den Genossen Wellmann für unwürdig, noch länger das ehrenvolle Amt als Parteisekretär zu bekleiden und ersucht den Vorstand, unverzüglich die nötigen Schritte zu unternehmen, um den Ehrenschild der Partei rein zu halten und die Genossinnen und Genossen vor ihrem Sekretär zu schützen“.

„Die Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.“ In Blättern, die auf dem Standpunkt der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehen, wird hervorgehoben, daß die Sozialdemokratie der feindlichen Länder gegenüber der deutschen Sozialdemokratie den Grundsatz aufstellt: „Ich mache Resolutionen — Du machst Revolution. Ich verspriche meine Tinte — Du versprichst Dein Blut.“ Als Beweis wird ein Artikel des „Popolo d'Italia“ vom 10. Januar angeführt, worin gesagt wird: „Eine einzige Pflicht haben die deutschen Sozialisten, wenn sie sich, wenigstens zum Teil, wieder rehabilitieren wollen. Sie haben sich von den Granaten auf der Straße niederknallen zu lassen (daß die Artillerie in der Friedrichstraße gegen die Manifestanten aufgeföhren ist, erzählt das Blatt seinen Lesern schon öfters), um ihre Regierung zu zwingen, die besetzten Gebiete zu räumen und um den preussischen Militarismus zu erschüttern.“

21. I. 1916

Berichte der feindlichen Generalfübe.**R u s s l a n d.**

19. Jänner. An der Rigaer Front lebhaftere Fliegertätigkeit der Deutschen. Die feindlichen Flugzeuge erschienen in der Gegend der unteren Düna, in Kurland in der Nähe von Stotel (12 Kilometer westlich von Friedrichstadt) und über Dünaburg, wo sie Bomben abwarfen. Ein Versuch der Deutschen, bei Lennswaden (flußabwärts Friedrichstadt) die Düna zu erreichen, wurde leicht durch unser Feuer vereitelt. In der Nähe von Samman (11 Kilometer südöstlich Friedrichstadt) verwendeten die Deutschen giftige Gase. Auf der Dünaburger Front wurde das Artilleriefeld in der Gegend von Dannensfeld (15 Kilometer nordwestlich Jakobstadt) verstärkt. Später versuchten die Deutschen hier zwei Angriffe, die jedesmal durch unser Feuer zurückgewiesen wurden.

I t a l i e n.

18. Jänner. Längs der Front vom Stilfser Joch bis zum Meer lebhaftere Artillerietätigkeit des Feindes, um unsere Befestigungsarbeiten zu stören. Unsere Artillerie antwortete wirksam.

Auf den Höhen nordwestlich von Görz endigte die von uns am 15. d. morgens begonnene Gegenoffensive mit dem vollen Erfolg unserer Waffen. Trotz des feindlichen Widerstandes, der durch heftiges Artilleriefeldfeuer unterstützt wurde, eroberten unsere tapferen Truppen sämtliche Schützengräber zurück, welche in der Nacht auf den 15. d. aufgegeben werden mußten. Unsere ursprüngliche Linie ist somit wieder völlig hergestellt.

Feindliche Flieger erschienen gestern über dem Unterlauf des Sionzo, wurden aber durch unsere Abwehrgeschütze vertrieben. Ein eigener Flieger warf Bomben auf Bolano im Val Lagarina, Standort eines österreichischer Kommandos.

19. Jänner. Im Ghesetal verursachte die feindliche Artillerie am 17. nachmittags in Cimego einen Brand, welcher jedoch sofort eingedämmt wurde. Als Reprise bombardierte eine eigene Batterie die noch vom Gegner besetzte Straße. Auch im Balsugano beantworteten wir die feindliche Beschießung von Borgo mit dem Bombardement des Bahnhofes von Caldonazzo, wo Zugsbewegung gemeldet war. Im Tolmeiner Abschnitt versuchte eine feindliche Abteilung in der Nacht auf den 18. eine unserer Verschanzungen auf der Höhe von San Maria anzugreifen, wurde aber zurückgeschlagen und ließ 30 Leichen auf dem Platze. In derselben Nacht versuchten feindliche Abteilungen im Abschnitte zwischen Note 188 und Oslavija sich unsern Stellungen zu nähern. Der Versuch scheiterte an der festen Haltung unserer Truppen, die sich durch täuschende Zurufe des Gegners nicht irreführen ließen. Auf dem Karstplateau kein Ereignis von Bedeutung.

21. I. 1916

Kriegskalender.

12. Jänner: An der bessarabischen Grenze erbitterte Kämpfe; sechs von tiefgegliederten russischen Angriffskolonnen geführte Angriffe werden abgeschlagen, wobei sich das I. u. I. Infanterie-Regiment Nr. 93 und die Honved-Regimenter Nr. 30 und Nr. 307 besonders auszeichnen. — In Montenegro dringen unsere Truppen an allen Frontteilen vor. Der König und die Regierung von Montenegro bitten um die Einleitung von Friedensverhandlungen. — Am Tolmeiner Brückenkopf scheitert ein italienischer Angriffsversuch; I. u. I. Seeflugzeuge belegen die militärischen Objekte in Rimini mit Bomben. — In der Champagne wird nördöstlich von Le Mesnil ein französischer Angriff zurückgeschlagen. — Landung französischer Truppen auf Korfu. — Zar Nikolaus begibt sich zum Heere.

21. I. 1916

Die Blockade Deutschlands.

Einbeziehung neutraler Häfen.

A. Berlin, 20. Jänner. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet durch Funkenspruch: Die Presse berichtet aus Washington: Man erfährt, daß der Entschluß der Alliierten, eine förmliche Blockade über die deutschen Häfen zu erklären, Gegenstand eines Gedanken-austausches zwischen den diplomatischen Vertretern der Alliierten und einer unformellen Besprechung zwischen den Diplomaten und den Beamten des Staatsdepartements war. Wie verlautet, sieht das Programm eine tatsächliche Ausdehnung der Blockade auf die europäischen Neutralen durch scharfe Anwendung der Doktrin vom letzten Bestimmungsort vor.

Der Aufschub der Verwirklichung des Planes wird gänzlich auf den Widerstand seitens Frankreichs und möglicherweise Italiens zurückgeführt, die britische Auslegung der Rechte eines Kriegführenden anzunehmen. Diese Auffassung des Gegenstandes würde hier mit großer Vorsicht aufgenommen, wie es heißt, unter voller Würdigung des wahrscheinlichen Ausbruches einer englandfeindlichen Stimmung im Kongress.

Die Diplomaten richten ihre Anstrengungen darauf, die Stärke der amerikanischen Stimmung über diesen Gegenstand festzustellen, namentlich über die Anwendung der Blockade auf die Neutralen, für die, wie die Engländer behaupten, die Vereinigten Staaten einen Präzedenzfall im Bürgerkrieg geschaffen hätten. Es wird als Ergebnis erwartet, daß der Widerstand der Vereinigten Staaten durch sehr heftige Proteste seitens Hollands, Dänemarks, Schwedens, möglicherweise Norwegens unterstützt wird. Von Frankreich heißt es, daß es gegen den britischen Gesichtspunkt vom Rechte der Blockade eines neutralen Hafens geltend mache, daß dadurch Frankreich künftig von den Vereinigten Staaten durch die angrenzenden Länder Belgien, Spanien oder Italien abgeschnitten werden könnte. Die britische Behauptung gehe jedoch dahin, daß solche neutrale Häfen wie Rotterdam in Holland und Malmö in Schweden während des Krieges in jeder Beziehung als deutsche Häfen anzusehen seien und daß die Alliierten nur dadurch, daß sie diese Häfen dem deutschen Handel verschlossen, hoffen könnten, Deutschland und Oesterreich-Ungarn tatsächlich auszuhungern. Diese Ansichten sollen schließlich unter den Alliierten die Oberhand gewonnen haben.

21. I. 1916

Verordnung des belgischen Generalgouverneurs.

Brüssel, 18. Jänner. Der Generalgouverneur hat folgende Verordnung erlassen: Wer sich im Gebiete des Generalgouvernements der vorsätzlichen Brandstiftung, der vorsätzlichen Verursachung einer Ueberschwemmung oder des Angriffes oder des Widerstandes gegen die bewaffnete Macht oder gegen Abgeordnete der deutschen Zivil- und Militärbehörden in offener Gewalt, mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen versehen, schuldig macht, wird mit dem Tode bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann statt der Todesstrafe auf zehn- bis zwanzigjährige Zuchthausstrafe erkannt werden. Wer im Gebiete des Generalgouvernements in Beziehung auf Zahl und Marschrichtung oder über angebliche Siege der Feinde offensichtlich falsche Gerüchte ausstreut oder verbreitet, die geeignet sind, die Zivil- oder Militärbehörden hinsichtlich ihrer Massregeln irrezuführen, oder zu Verbrechen des Auftrahs, der tätlichen Widersehlichkeit, der Befreiung von Gefangenen oder zu anderen Verbrechen, wenn auch ohne Erfolg, auffordert oder anreizt oder Personen des Soldatenstandes zu Verbrechen gegen die Subordination oder zu Vergehen gegen die militärische Zucht und Ordnung zu verleiten sucht, soll, wenn die bestehenden Gesetze und Verordnungen keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden.

21./I. 1916

Die Unterwerfung Montenegros.

Kundgebung in der bayrischen Kammer.

München, 20. Jänner. Die heutige Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde bei gut besetztem Hause mit einer begeisterten Kundgebung für das verbündete Oesterreich-Ungarn eingeleitet.

Präsident Dr. H. v. Orterer wandte sich an das Haus mit einer Ansprache, in der er daran erinnerte, daß die Erfolge der ruhmreichen Armeen sich mehr und mehr erweitern und daß sich der Waffenerfolg von Woche zu Woche erhöhe. Als erste Frucht dieses siegreichen Ringens, fuhr Redner fort, ist vor wenigen Tagen das Frieden-

angebot Montenegros eingegangen. Es ist der erste bedeutende Schritt in der großen Entwicklung der Dinge, die wir, so Gott will, in diesem Jahre zu einem glücklichen Abschlusse gelangen sehen werden. Im ganzen Deutschen Reiche und in den verbündeten Staaten wird über dieses Ereignis lebhafteste Freude herrschen, das der tapferen österreichisch-ungarischen Armee und Flotte zu danken ist. (Lebhafte Bravourufe.) Wir verbinden damit die Hoffnung, daß diesem ersten Schritt in absehbarer Zeit weitere folgen werden. (Lebhafte Beifall.)

Im Dezember versenkte Schiffe.

Von zuständiger Stelle erhalten wir folgende Zusammenstellung der im Laufe des Monats Dezember v. J. versenkten feindlichen Fahrzeuge. Sie gibt ein anschauliches Bild von der erfolgreichen Tätigkeit der verbündeten Marinen und zeigt, welche empfindliche Einbuße an Handelswerten der Feind auch im verfloffenen Monat zu verzeichnen hat.

Es wurden versenkt:

A) Im Kriegsgebiet um England 5 Dampfer von insgesamt 17.000 tons, darunter ein englischer Hilfskreuzer von etwa 4000 tons, ferner „St. Oswald“ engl. 3810 tons und „Minister Bernaert“ belg. 4315 tons.

B) Im Mittelmeer von den Unterseebooten der Mittelmächte:

1. Franz.	„Ville de la Citot“	6378	Br.-Reg.-L.	Engl. Truppen, Stüdt.; annamitische Eisenarbeiter für Frankreich.
2. Engl. D.	„Glan Macleod“	4796	„ „	Bieh u. Stüdt. nach London.
3. „	„Dmetra“	5422	„ „	Trupp. Transportschiff nach Marseille.
4. „	„Commodore“	5838	„ „	Trupp. Transportschiff nach Marseille.
5. „	„Selmannir“	4000	„ „	Zucker f. England
6. „	„Beria“	3229	„ „	leer.
7. „	„Bafiria“	2705	„ „	Baumwolle für Gull.
8. „	„Ericic“	6553	„ „	Salpeter nach Alexandrien.
9. „	„Nebbo“	4552	„ „	Stüdtgut.
10. „	„Glan Macfarlane“	4825	„ „	Baumw., Seinsaat. England.
11. „	„Glengale“	9400	„ „	ditto.
12. „	Motorfch. „Abelia“	3650	„ „	Stüdt. u. Goldladung f. 2 Millionen Mark.
13. Japan.	„Yafata Maru“	12.500	„ „	Stüdt. u. Goldladung f. 2 Millionen Mark.
14. „	„Kantoku Maru“	3217	„ „	Zucker, Kopra f. London.
15. Griechisch	„Dimitrios Goulandris“	3744	„ „	Lebensm. f. Engl. darunter 2 Mil. Eier.

80.809 Br.-Reg.-L.

C) Im Mittelmeer an italienischen Fahrzeugen von österreichisch-ungarischen Unterseebooten:

1. Italien.	Dampfer „Dante“	889	Br.-Reg.-L.	Eisen.
2. „	Segler „Pietro Lofaro“	516	„ „	Stüdtgut.
3. „	Dampfer „Porto Said“	5309	„ „	„
4. „	Wachtschiff	250	„ „	„
		6965		Br.-Reg.-L.

Die Gesamteinbuße des Feindes beträgt nach dieser Zusammenstellung, die nur auf Grund einwandfreier Feststellung erfolgten Verluste anführt, 24 Schiffe von insgesamt 104.466 Tonnen. In Wirklichkeit ist die Schädigung des feindlichen Handels beträchtlich höher, weil vorläufig verlässliche Angaben über die durch Kollision, Minen, Strandungen und anderenweitige Begebenheiten gesunkenen Fahrzeuge noch nicht vorliegen. Soweit sich jedoch aus Presseveröffentlichungen ersehen läßt, erhöht sich der feindliche Verlust mit Sicherheit auf mindestens 130.000 Tonnen.

21./1. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 20. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

20. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Zwischen Dize und Wisne fanden während der Nacht einige Patrouillengefechte in der Gegend von Buisalaine statt. In der Champagne zerstreute unsere Artillerie eine Proviantkolonne auf der Straße von Villedur-Tourbe nach Bouziers. Ein feindliches Flugzeug warf drei Bomben auf die Vorstädte von Luneville ab, ohne Schaden anzurichten. Ein andres mußte bei Flin landen; die beiden darin befindlichen Offiziere wurden bei Ogevilles, südöstlich von Luneville, gefangengenommen.

11 Uhr nachts. Zwischen Somme und Abre beschloß unsere Artillerie beim Bahnhof Charlmès vom Feinde besetzte Anlagen. Das Feuer rief einen Brand und darauffolgende Explosionen hervor. Nördlich der Wisne wurde eine feindliche Kolonne auf der Straße nach Corbeny unter Feuer genommen und zerstreut. In der Umgegend der Choleraferme richtete ein heftiges Feuer unserer Batterien erhebliche Schäden an den Schützengräben des Gegners an. Auf der übrigen Front Geschützkampf mit Unterbrechungen.

Die italienischen Ministerreden.

Die Ansprache Salandras.

Rugano, 20. Januar.

Für den Ministerpräsidenten Salandra und Kolonienminister Martini waren in Florenz Straßenumgebungen von lärmender Freundlichkeit inszeniert worden. Salandra hielt alsbald, gelegentlich der Besichtigung einer Kriegshilfsarbeit, eine kurze Ansprache, in welcher er sagte:

Ich bin gekommen, um zu ermahnen, das begonnene Werk fortzusetzen. Wir Minister haben nie den Krieg als kurzes und leichtes Unternehmen bezeichnet oder unsere furchtbare Verantwortung unterschätzt. Wehe, wenn die Männer der Regierung in dieser Stunde schwerer Verantwortung sich zurückzögen, bloß weil eine solche Verantwortung besteht. Wir wissen wohl, daß es sich um ein großes, hartes und langes Unternehmen handelt, wobei Heer und Flotte das ihrige leisten und das ganze Volk sie durch gute Stimmung, Opferbereitschaft und Widerstandskraft stützen muß. Niemand kann sagen, wie lange dies andauert. Aber es muß andauern bis zum Siege.

Unsere Sorge, unser Bittern ist groß, aber auch der Trost ist groß, den die edle Haltung des Landes uns gewährt. Wir werden unsere Anstrengungen wieder aufnehmen, gehoben in unseren Gefühlen und in unserem Glauben.

Die Rede Barzilais.

Auch Minister Barzilai hielt eine neue Rede im Gemeinverrat zu Ancona, das noch unter dem Eindruck des letzten Luftbombardements stand und darum zuvörderst von Barzilai mit Tröstungen ob der Leiden und Störungen des bürgerlichen Lebens und des Handels durch den „brutalen barbarischen Feind“ bedacht wurde. Barzilai führte aus:

Oesterreich-Ungarn erklärte sich niemals bereit, uns im Adriameer Zugeständnisse zu machen, und bekennt jetzt, daß eines seiner Hauptkriegsziele die eigene Verstärkung in der Adria sei. Die Adria muß aus den Verhältnissen wahrer Hörigkeit, welche der Krieg aufs beredteste herausgestellt hat, erlöst werden. Nur die Friedensliebe (?) hat uns solange ein Dasein ertragen lassen, bei welchem uns das freie Atmen benommen ist.

Wenn heute die Ereignisse unsere Aufmerksamkeit auf Cattaro, Antivari und Albanien lenken, so müssen wir im Hinblick auf das Gedeihen und die Sicherheit im unteren Adriameer neuen Kriterien folgen. Serbien, dessen Erscheinen am Adriameer wir niemals widersprochen haben (?), wird seine Opfer unausbleiblich durch seine Wiederauferstehung belohnt sehen.

Aber Montenegro verdient unser Mißtrauen, seitdem es in offenem Widerspruch gegen uns und zur Genugtuung Oesterreich-Ungarns Skutari besetzte, und wenn sich im letzten Augenblick die Hinaufschaffung der unserer eigenen Verteidigung entzogenen schweren Artillerie auf den Lovcen nicht noch verzögert hätte, dann hätte Oesterreich-Ungarn seine Beute noch schön vermehrt gesehen. Jedenfalls bleiben die wechselseitigen Stellungen der beiden kämpfenden Mächtegruppen durch Montenegros Kapitulation im wesentlichen unverändert.

In betreff des albanesischen Problems kann ich zur Stunde nur sagen, Italien hat eine Expedition nach Valona organisiert, als es klar erkannte, daß aus Saloniki keine rechtzeitige und wirksame Hilfe für Serbien zu leisten war. Italien ist nach Albanien gegangen, um den Serben zu helfen (!) und nicht aus vorherrschendem Eigeninteresse (?). Nachdem diese Aufgabe teilweise erfüllt ist, wird sich Italiens Verhalten nach dem gemeinsamen Interesse der Verbündeten im gemeinsamen Kampfe, insoweit dieses mit Nutzen angestrebt und erreicht werden kann, regeln. Die Gemeinsamkeit des Kampfes wird uns aufgezwungen durch die Macht der Dinge, außerdem durch die feierlichen Verträge, und kann durch keinen falschverstandenen Egoismus geändert werden.

Unser Kampf hat das Ziel, die Heere der Angreifer zu schlagen und zu erschöpfen. Die Verbündeten denken nicht daran, unsere Ziele und Leistungen geringzuschätzen, und werden sie auch nicht schwächen wollen, indem sie unsere schwierigen inneren, namentlich wirtschaftlichen Probleme verkennen, deren Bewältigung uns zum Nachteil der Kriegsennergie im Dienste der gemeinsamen Sache Anstrengungen kostet.

Wenn die Verbündeten das wechselseitige Mißtrauen gebannt und ihre Kräfte ohne Verstreuungen, welche dem Feinde zustatten kommen, geordnet haben werden, wie dies bereits zu geschehen beginnt, dann werden wir im Interesse der nationalen Einheit und der europäischen Freiheiten sicher durch einen glänzenden Sieg unsere Anstrengungen gekrönt sehen.

Der Kolonienminister Martini hielt in Florenz gleichfalls eine Rede, welche schwunghaft war, aber nichts praktisch Bedeutsames außer der Versicherung des Aushaltens bis zum Siege trotz der Härte des Krieges, die Zuversicht zum Siege im Hinblick auf das heldenhafte Heer und die großartige Marine sowie die Empfehlung, Kriegsanleihe zu zeichnen, enthielt.

Eindrücke eines amerikanischen Arztes in Serbien

Von Dr. Clarence M. Cheadle
aus Rockford (Illinois U. S. A.)

Der Aufforderung, einige meiner Beobachtungen und Erfahrungen mitzuteilen, welche ich während eines ungefähr viermonatlichen Aufenthaltes in Serbien machte, speziell hinsichtlich der von Seiten der Serben den österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen gegenüber, sowie nach der Invasion der Oesterreicher, Ungarn und Deutschen gegenüber den Serben erfolgten Behandlung, komme ich nunmehr nach. Da Berichte von vorurteilsvoller Quelle verbreitet und durch die Vertretung des Standpunktes des Berichterstatters oft irreführend sind, hielt ich es für angemessen, diesen Bericht zu machen. Ich fühle mich dazu um so mehr verpflichtet, als ich von Seiten der österreichisch-ungarischen und deutschen Offiziere und Soldaten sowohl in Serbien, als auch während meiner Durchreise durch ihr Gebiet Gegenstand von vielfachen Kundgebungen des Wohlwollens gewesen bin.

Ich kam am 10. August 1915 in Saloniki an und blieb in Nisch während drei Wochen. Während dieser Zeit war ich im zweiten Reservespital. Dieses Spital stand unter der Leitung eines serbischen Arztes, welcher unter seinen Assistenz-Ärzten einen kriegsgefangenen österreichischen Arzt hatte. Zu dieser Zeit hatte dieses Spital ungefähr 350 Kranke, von welchen der größere Teil Serben waren. Ich machte nähere Bekanntschaft mit einem der Ärzte, welcher Englisch sprach, und lernte viel durch die Behandlung der Kranken. Ich halte die daselbst angewandte Behandlung für zweckentsprechend und gut und hörte niemals eine Klage über Vernachlässigung oder irgend welchen Mißbrauch.

Im Monat August gab es viele österreichische Kriegsgefangene in Nisch. Viele von ihnen wurden zu Straßen- oder sonstigen Arbeiten verwendet. Von letzteren sah ich während meines dreiwöchentlichen Aufenthaltes in Nisch viel, sah aber nie einen Mißbrauch, noch hörte ich von demselben.

Am 30. August kam ich nach Uzice, wo ich einige ärztliche Obliegenheiten für die Regierung besorgte. Ich stand in engem Verkehr mit der Bevölkerung und traf zahlreiche serbische Offiziere und Soldaten. In Uzice war ich während drei Monate, sah aber niemals, noch hörte ich von begangenen Grausamkeiten oder Mißbräuchen. Am 28. Oktober kam ich krankheitshalber in das englische Rote Kreuz-Spital in Brnachla-Banya und befand mich daselbst zur Zeit, als die österreichisch-ungarische Armee am 10. November diesen Platz besetzte.

Vor dem Eintreffen der Invasions-Armee prophezeiten die englischen und schottischen Frauen der (englischen Rotkreuz-) Missionen und auch mehrere Männer allerhand gräßliche Dinge, welche sich ereignen werden, sobald die Oesterreicher kommen würden. In Wirklichkeit machten diese sich daran, in geschäftsmäßiger Weise die Stadt in Ordnung zu bringen. Sie überwachten die Nahrungszufuhr, reinigten die Straßen und Gartenanlagen und besorgten die Sanierung. Sie berieten sich mit den Ärzten und Wärterinnen des Roten Kreuzes und verfügten manche Aenderungen usw., aber ließen zumeist dieselben Ärzte und Wärterinnen in ihrer (bisherigen) Verwendung. Ich war daselbst einen Monat während der österreichischen Okkupation, hörte aber nicht ein Wort der Klage oder etwas über schlechte Behandlung. Hingegen hörte ich oft Bemerkungen über die rücksichtsvolle Art, mit welcher jedermann von den österreichischen Behörden behandelt wurde.

Am 13. Dezember verließ ich Brnachla-Banya um nach Amerika zurückzureisen. Meine Reise erfolgte mit Aufhalten in Krusevac, Stalac, Jagadana, Semendria, Belgrad, Semlin, Budapest und Wien. In jeder dieser Städte und an den meisten Zwischenstationen zwischen denselben, auf der Eisenbahn, traf ich Ungarn, Oesterreicher oder Deutsche, mit welchen ich sprach und von welchen ich in der liebenswürdigsten Weise behandelt wurde. Manche von denselben leisteten mir sehr wertvolle Dienste. In Semlin begleitete mich ein deutscher Soldat die meiste Zeit der daselbst verbrachten zwei Tage, um mir zu helfen, meinen verirrten Koffer zu erlangen. Er wollte kein Geld annehmen und tat mir diesen Dienst unentgeltlich, als wäre er ein Freund von mir.

Es ist von gewisser Bedeutung, daß ich unter dem Eindrucke von solchem warmen Ent-

gegenkommen diese Zeilen schreibe. Es ist wahr, daß ich verschiedene Male Gerüchte über Greuelthaten hörte, aber immer auf Entfernung und nie habe ich Augenzeugen derselben gesehen. Derartige Gerüchte werden in allen Ländern gebraucht, wie ich glaube, aber bis jetzt habe ich noch keines derselben bestätigt gesehen. Die Völker sollten im Glauben von Sensations-Gerüchten sehr vorsichtig sein, insbesondere von solchen, welche die Diffamation des Charakters eines anderen Volkes bezwecken.

Seit vielen Jahren bin ich in gesellschaftlicher Beziehung zu Deutsch-Amerikanern. In Europa kam ich in persönlichen Kontakt mit dem deutschen Soldaten. Ich schloß mit ihm zusammen in seiner Barade, ich aß mit ihm in seiner Kantine und scherzte mit ihm in Umsteig-Stationen und Eisenbahnzügen und habe nicht in ihm einen blutdürstigen Kannibalen gesehen. Hingegen sah ich, daß er aus seiner Tasche die Photographien seiner Frau und seines Babys nahm und mir stolz dieselben zeigte, wobei eine Träne in seinem Augenwinkel erschien. Ich überlasse es Ihnen, zu entscheiden ob dieser Mann ein Schlächter von Frauen und Kindern werden könne.

Zum Schlusse, gutes Volk, sei vorsichtig in dem, was du glaubst und noch mehr in dem, was du sprichst.

21./1. 1916

Das montenegrinische Rätsel

Am 17. Januar meldete das Wiener Korrespondenz-Bureau in der Form, die die amtlichen Mitteilungen des österreichisch-ungarischen Generalstabes tragen, folgendes:

„Der König von Montenegro und die montenegrinische Regierung haben am 13. Januar um Einstellung der Feindseligkeiten und Beginn der Friedensverhandlungen gebeten. Wir antworteten, daß dieser Bitte nur nach bedingungsloser Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres entsprochen werden könne. Die montenegrinische Regierung hat gestern die von uns gestellte Forderung bedingungsloser Waffenstreckung angenommen.

(gez.) von Höfer.“

So weit wir gesehen, ist diese Meldung von keiner Seite im mindesten angezweifelt worden, auch nicht in der Presse der Entente-Mächte. Sie wurde als Tatsache hingenommen und alle Kommentare behandelten nicht etwa die Frage, ob tatsächlich die Montenegriner sich ergeben hätten; sie rechneten damit und suchten sich so gut wie möglich mit dem betrübenden Ereignis abzufinden. Von montenegrinischer Seite allerdings ist seit dieser Friedensmeldung keine Nachricht mehr amtlich weitergegeben worden. Das konnte aber nicht wundernehmen: in solchen Fällen überläßt man das Meldeten doch meist dem Sieger.

Nun überrascht am 20. Jan. das montenegrinische Generalkonsulat in Rom die Welt mit der nach der Agentur Stefani im Auftrage des montenegrinischen Ministers des Äußeren dem italienischen Ministerium abgegebenen Erklärung, der König von Montenegro und seine Minister hätten alle Bedingungen Oesterreich-Ungarns zurückgewiesen und der Kampf habe auf der ganzen Front wieder begonnen. Der König und seine Söhne seien noch in Montenegro inmitten der Truppen, um die äußerste Verteidigung zu organisieren.

Im gegenwärtigen Stadium der Unterhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro handelte es sich um nichts anderes, als die bedingungslose Unterwerfung der montenegrinischen Armee, das steht in der amtlichen österreichisch-ungarischen Meldung vom 17. Januar mit aller Deutlichkeit zu lesen. Es heißt dort ausdrücklich, dem Wunsche um Beginn von Friedensverhandlungen könne erst entsprochen werden, wenn die montenegrinische Armee bedingungslos die Waffen gestreckt habe. Eine solche Waffenstreckung ist natürlich nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen. In Preß-Neußerungen wurde als geringstes Zeitmaß für die Vollenbung der Uebergabe zwei Wochen angegeben. Tatsächlich wird man wohl diese Zeitgrenze noch beträchtlich hinausschieben müssen. Man mag sich erinnern, daß die „Neue Freie Presse“ in einem offenbar von militärischer Stelle inspirierten Bericht ausführte, um sicher zu sein, daß sich nirgends Guerilla-Banden bildeten, müßten die österreichisch-ungarischen Truppen ganz Montenegro wie einen Wald in breiter Front durchstreifen. Es ist also eine sehr gründliche Durchsuchung vorgesehen worden, die heute unmöglich schon beendet sein kann.

Wenn wirklich Montenegro nun erklärt, es habe die Bedingungen Oesterreich-Ungarns abgewiesen, so kann es sich nur um die militärischen Bedingungen der Waffenübergabe handeln, nicht um politische, die mit der zukünftigen Gestaltung des Landes, mit seinen Grenzen, seinen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen. Von diesen Dingen war noch gar nicht die Rede. Worin nun der angebliche Abbruch der Unterhandlungen seinen Grund haben soll, ist aus den montenegrinischen Meldungen nicht zu ersehen. Der „Temps“ glaubt, der König von Montenegro wolle sich mit den Seinen nach Italien begeben und aus diesem Grunde habe er die Unterhandlungen mit Oesterreich-Ungarn abgebrochen, wobei zu ergänzen ist, Italien hätte ihn nicht aufgenommen, wenn er als „Unterworfener“ erschienen wäre. Diese Vermutung klingt nicht sehr glaublich. Wenn König Nikita sich tatsächlich zur Kapitulation bereit erklärt hat, so geschah das aus politischen Gründen, weil er sich sagte, daß aus diesem Wege mehr zu erreichen sei, als durch einen nutzlosen Widerstand. Hat er heute aber seine Kapitulationserklärung rückgängig gemacht, so müssen es wieder schwerwiegende politische Erwägungen gewesen sein, die ihn

dazu gebracht haben. Aber das sind alles Vermutungen.

Sicher ist heute nur eines: es klappt ein ungeklärter Widerspruch zwischen der amtlichen österreichisch-ungarischen Meldung vom 17. Januar und der halbamtlichen des montenegrinischen Generalkonsulats in Rom vom 20. Januar. In der ersten wird die Annahme der Kapitulation festgestellt, in der zweiten die Ablehnung der österreichisch-ungarischen Bedingungen durch Montenegro. Bevor die Gegenmeldung von österreichischer Seite vorliegt, ist dieses Rätsel nicht zu lösen.

Eine Erklärung versucht die folgende Meldung der „Idea Nazionale“, die wir heute vormittag kurz vor Redaktionsschluß erhielten: Rom, 21. d. Die „Idea Nazionale“ vernimmt telegraphisch aus San Giovanni di Medua: Während die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Montenegro auf guten Wegen zu sein schienen und die Freunde der Centralmächte schon auf vollen Erfolg ihrer Hoffnungen, hat sich eine völlige Veränderung der Szene abgespielt. Unter dem Kommando des Generals Martinowitch, der als Haupt der anti-österreichischen Bewegung gilt, trafen, vereint mit kleinen montenegrinischen Abteilungen, serbische Truppen aus Skutari ein, widersetzten sich unbedingt einer Entwaffnung und zwangen den König Nikolaus zum Abbruch der Verhandlungen.

22./I. 1916.

└ Aus der Sozialdemokratie.

Gegen ein Mitglied der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Der Abg. König für Hagen-Schwelm gehört zu der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und hat am 21. Dezember für den 10-Williardentredit gestimmt. Der sozialdemokratische Kreisvorstand für Hagen-Schwelm aber hat in seiner Gegenwart „nahezu einstimmig“ eine Resolution angenommen, in der nicht nur die Befriedigung ausgesprochen wird, daß zwanzig Mitglieder der Minderheit der Reichstagsfraktion „der Stimmung weiter Parteiliebe durch die Ablehnung der neuen Kriegstredite Ausdruck gegeben haben“, sondern auch das Bedauern zum Ausdruck kommt, „daß nicht die gesamte Minderheit sich zu dieser entschlossenen Stellungnahme entschließen konnte“.

Stadthagen gegen Keil. Reichstagsabg. Stadthagen antwortet im „Vorwärts“ auf die Feststellung seines Fraktionskollegen Keil, daß der „Vorwärts“ die Erteilung des Ordnungsrufes gegen ihn (Stadthagen) in der Sitzung des Reichstags vom 17. Januar mitgeteilt hat, wiewohl der Baake'sche Bericht den Vorfall nicht erwähnt hatte: „Er behauptet, im Reichstag hätte ich auf seine Frage, weshalb ich nicht seine Äußerungen, denen meine mit einem Ordnungsruf bedachte Erwiderung galt, gebracht hätte, erwidert: ich wisse nicht, was er gesagt habe. Diese Behauptung Keils ist unrichtig. Ich habe ihm auf die Frage, weshalb ich ihn

nicht wörtlich zitiert habe, erwidert: Weil ich den Wortlaut Deiner Bemerkungen nicht mehr wußte. Genosse Keil hat Bemerkungen — nicht nur eine — gemacht, die meinen Zuruf durchaus rechtfertigten. Er fabriziert jetzt Unwahrheiten, um daran weitere Unwahrheiten . . . zu knüpfen.“

22./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Fraktionskollegen Braun und Ströbel in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, von denen jener Mitglied des Parteivorstandes, dieser Redakteur am „Vorwärts“ ist, wurde gestern im „Vorwärts“ fortgesetzt. Abg. Braun überschreibt seinen Artikel „Nicht kneifen!“ Er wiederholt seine Forderung:

„Ich verlange lediglich, daß mir der Absatz des Parteiprogramms, wie die Beschlüsse der Parteitage und Kongresse, die verletzt worden sind, so deutlich bezeichnet werden, daß ich sie mir in den Protokollen auffuchen kann.“

Abg. Ströbel antwortet: „Das ist wohl der Gipfel der Naivität dieses Mitgliedes des Parteivorstandes. Denn was seit 1½ Jahren Kern und Inhalt des ganzen Meinungsstreites innerhalb der Partei gewesen, ist diesem Kindergemüte Geheimnis geblieben. So will ich ihm denn sagen, daß die „Politik der Reichstagsfraktion“ sich nach der Ueberzeugung ihrer Gegner in Widerspruch befindet mit nicht weniger als der ganzen sozialistischen Grundauffassung, wie sie in der gesamten sozialistischen Literatur niedergelegt ist, und insbesondere mit allen internationalen Kongreßbeschlüssen, speziell dem bekannten Beschluß des Internationalen Kongresses von Stuttgart . . . Daß Braun nicht „kneifen“ wird, während seinen Gegnern der Arm gelähmt ist, glaube ich ihm ohne Beteuerung. Ein Falstaff freilich würde sich genieren, in solcher Situation zu prahlen. Ein wenig Geduld noch, Genosse Braun, und Ihre geistige Satisfaktionsfähigkeit soll auf jede Probe gestellt werden, die Sie sich selbst nur immer zutrauen mögen.“

Im Interesse seiner Leser hält der „Vorwärts“ hiermit diese Auseinandersetzung in der Presse für erledigt.

Die Vorgänge bei der Kapitulation.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

I Sarajevo, 20. Januar. (Zens. Freist.)

Ueber die Einzelheiten der Kapitulation Montenegros kann derzeit folgendes veröffentlicht werden: Nach den Kämpfen an der Ost- und Nordostfront und der Erstürmung des Lovtschen war die Waffenstreckung unvermeidlich, da Montenegro 220 Geschütze der 250 zählenden Artillerie verloren hatte. In Cetinje drang am 13. Januar nachmittags 2 Uhr ein Detachement ein. Wie mir mitgeteilt wird, war die Hauptstadt in feierlichster Stimmung. Die Stadtkräfte gingen den Truppen entgegen und empfingen sie mit Ziviorufen. Sie erklärten unseren Offizieren, auf Befehl des Königs so gehandelt zu haben, der seinen teuren und zärtlichst geliebten Untertanen Cetinjes befohlen habe, das Heer des Kaisers Franz Josef so zu empfangen, wie wenn ein Volksfest wäre. Denn das sei des Landes Interesse und seines Königs Wunsch. Nach der raschen Besetzung Cetinjes wurde die Linie sofort vorgehoben. Es entstanden kleinere Blänkleien. Vor Einbruch der Dunkelheit erschienen Parlamentäre und überreichten eine von allen Mitgliedern der montenegrinischen Regierung unterfertigte Zuschrift, in der der König und die Regierung auf die Großmüt des Siegers vertrauen und einen Waffenstillstand und ehrenvolle Friedensbedingungen erbat. Das geschah am 13. Januar spät nachmittags. Am 14. Januar forderle das Oberkommando die bedingungslose Waffenstreckung. Am 16. abends überbrachten montenegrinische Parlamentäre die Einwilligung ihrer Regierung. Als Demarkationslinie wurde die besetzte Linie festgestellt. Die Verhandlungen über die Waffenstreckung sind in Cetinje bereits eingeleitet, dürften aber nicht so rasch zu Ende geführt werden. Bisher verhandelt nur die operierende Armee. Die Kapitulation soll an mehreren Punkten vor sich gehen.

22./I. 1916

Der Text des Blockadeantrages.

London, 20. Januar

Das Reutersche Bureau meldet:

Der Text des Antrages, eine energischere Blockade durchzuführen, der Mittwoch im Unterhause eingebracht wird, lautet folgendermaßen:

Da dieses Haus davon Kenntnis erhielt, daß in die neutralen Länder, die an feindliches Gebiet grenzen, große Mengen von Waren, welche der Feind für die Fortsetzung des Krieges benötigt, eingeführt werden, fordert es die Regierung auf, die Blockade so wirkungsvoll wie möglich auszugestalten, ohne dadurch die normale Einfuhr der Neutralen für den Bedarf im Inlande zu beeinträchtigen.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 21. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

R u ß l a n d.

Ohne Datum. In der Gegend von Dina-
burg beschloß unsere Artillerie mit großem
Erfolg den Gegner, der Schloßberg (drei
Kilometer westlich von Murz) von Westen her
angriff. In Galizien, an der mittleren Strypa
schwäche feindliche Vorstoßversuche gegen unsere
Stellungen zurückgewiesen. Nordöstlich von
Czernowitz, bei Karancze, nahmen wir einen
Teil der feindlichen Stellung. Der Versuch des
Gegners, den verlorengegangenen Teil wieder-
zunehmen, scheiterte trotz fünf erbitterten

Gegenangriffen, die mit sehr starken Verlusten
für den Feind abgeschlagen wurden.

I t a l i e n.

20. Jänner. In der Nacht auf den 16. d.
erreichten kühne Abteilungen unserer Ski-
läufer in Eis und Schnee den Passo della
Sforzellina bei der Quelle des Noce in einer
Höhe von mehr als 3000 Meter und stiegen
in das Val del Monte herab. Obwohl sie
dort vom feindlichen Feuer zum Ziel ge-
nommen wurden, zerstörten sie doch mittels
Minen zwei Blockhäuser, etwa drei Kilometer
östlich des Passes, und kehrten sodann wohl-
behalten zu unsern Linien zurück. Im Val
Lagarina gelang es am 17. d. unsern Truppen,
trotz heftigem feindlichen Artilleriefeuer die
besetzte Linie auf den Höhen nördlich von
Mori zu erweitern. An der übrigen Front
vorwiegend Artillerietätigkeit. Ein feindlicher
Flieger erschien gestern über Udine und warf,
verjagt vom Feuer unserer Abwehrgeschütze,
aus großer Höhe zwei Bomben, welche in der
Nähe der Stadt niederfielen. Niemand wurde
verletzt und auch kein Schaden angerichtet.

Die norwegische Thronrede.

K. Christiania, 21. Jänner. König Haakon hat heute das Storting mit einer Thronrede eröffnet, in welcher ausgeführt wird:

Das freundschaftliche Verhältnis zu allen befreundeten Mächten wurde während der Verhandlungen aufrecht erhalten, die Norwegen und die Kriegführenden, jeder zum Schutze seines Interesses, über die Fragen führte, die der Krieg veranlaßte. Unter Beobachtung strenger Neutralität nach allen Seiten arbeitet Norwegen daran, jede Gefahr abzuwehren und Hindernisse für unser Wirtschaftsleben zu entfernen oder einzuschränken, sowohl die Hindernisse, die jeder Krieg in unserer Nähe bewirkt, als auch solche, die sich den Neutralen infolge von Verfügungen entgegenstellen, die als nicht nach dem Völkerrecht erlaubt angesehen werden können. In diesen Zeiten gewährt es besondere Befriedigung festzustellen, daß Norwegen gerade in seiner Arbeit zur Wahrung der Rechte der Neutralen die guten Beziehungen zu Dänemark und Schweden aufrechterhalten hat.

Die Thronrede nennt ferner eine Anzahl von seitens der Regierung getroffenen Verfügungen und kündigt eine Vorlage über Maßnahmen gegen die Teuerung sowie eine Vorlage über außerordentliche Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigung zu Lande und zu Wasser an.

22. I. 1916

L. v. B. Wien, 21. Jan. (Priv.-Tel., zens. Freist.)

Mit beispielloser Heftigkeit und ohne Schonung an Menschenmaterial führen die Russen einen Angriff nach dem andern gegen unsere Stellungen aus. Ueber Berge von Leichen, die das Ergebnis des ersten Angriffes bildeten, drangen immer wieder neue Massen vor, um zu demselben Resultat zu gelangen wie die früheren. Dieses schonungslose Vorgehen gleicht den vorjährigen Kämpfen in den Karpathen und läßt schließen, daß diese Art des Angriffes, die so enorme Opfer fordert, nicht die Dauer der ersten Schlacht an der bessarabischen Grenze erreichen wird. Die horrenden Anstrengungen, die gegen Nachmittag immer größer wurden, stehen im umgekehrten Verhältnis zu den Erfolgen des Gegners. Wohl gelang es den Russen, einige zerschossene Graberstücke zu besetzen, dem kräftigen Gegenstoß der ungarischen Regimenter konnten sie aber nicht widerstehen und mußten den so schwer errungenen Boden wieder räumen.

Mit welcher Schonungslosigkeit die russischen Kolonnen zum Sturme geführt werden, dafür gibt das hinter den angreifenden Linien von der eigenen Artillerie angelegte Sperrfeuer, wodurch ein Zurückfluten der eigenen Massen unmöglich wird, ein bezeichnendes Zeugnis. Das Vorfeld unserer Stellungen gleicht einem Gottesacker, auf dem tausende Leichen russischer Soldaten unbeerdigt liegen.

Die Verschärfung der Blockade.

Teilung der Verantwortung.

AB New-York, 20. Januar.

(Zitatzpruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.)
New York World meldet aus Washington:

Auf Grund der Berichte, die Oberst Gouge dem Präsidenten übermittelte, gelangte die Regierung zur Ueberzeugung, daß in wenigen Tagen von London eine Proklamation ergehen wird, die die britischen Kabinettsbeschlüsse aufhebt, die Blockade Deutschlands durch die Flotten der Alliierten erklärt und kundgibt, daß man Mittel finden werde, der Versorgung mit Vorräten ein Ende zu machen, deren Beförderung nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn neutrale Länder heimlich zuliefern. England ist entschlossen, wenn man sich die Ansichten amtlicher Kreise über diesen Punkt aneignen will, die Verantwortung teilweise auf die Alliierten abzuwälzen, so daß Frankreich, Italien, Rußland und Belgien einen Teil des Tadels tragen werden, den man im Konkreten erwartet, falls die neue Blockade die Billigung der amerikanischen Regierung nicht findet und ernstlich das Geschäft der amerikanischen Verfrachter behindert.

Wie es heißt, ist es England klar, daß man

in Amerika hauptsächlich mit Frankreich und Belgien Mitgefühl hat, daß dieses Mitgefühl ausgenützt werden kann, die feindliche Stimmung auszugleichen, die gegen die britische Regierung erweckt wurde. Die Regierung der Vereinigten Staaten würde sehr überrascht sein, wenn nicht alle Ententemächte gleichlautende Erklärungen abgeben sollten, daß die Blockade verhängt und durch gewalttätige Mittel aufrecht erhalten werden soll.

Nach hier eingegangenen Mitteilungen sammelte das kritische Auswärtige Amt Material, um zu zeigen, daß Deutsche Lieferungsverträge auf amerikanische Produkte abschlossen, bevor diese die Warenbeiche New-Yorks verließen. Abgesehen von der Erklärung, wodurch die tatsächliche Blockade Deutschlands bekanntgegeben wird, wird England, wie man erwartet, die Forderung stellen, daß eine scharfe Sperre auf alle Sendungen gelegt werde, die für Englands Feinde bestimmt sind, oder aber, daß andernfalls auch die Neutralen sich der Blockade unterwerfen, die nur gelegentlich unterbrochen werden wird, wenn die kritischen Behörden meinen, daß die Neutralen Nahrungsmittel für den Eigenverbrauch benötigen.

Amerika gegen Englands Standpunkt.

New York American meldet aus Washington:

Von hohen amtlichen Stellen wurde erklärt, daß England die amerikanischen Proteste wegen Behinderung des amerikanischen Handels damit beantworte, daß es beabsichtige, der Blockade einen größeren Umfang zu geben. Nach Mitteilungen, die das Staatsdepartement aus privaten Quellen des Auslandes erhielt, wird England alle Proteste der Regierung der Vereinigten Staaten unberücksichtigt lassen. Dem Vermehmen nach wird England einen solchen Protest nicht einmal beantworten, bis die britischen Maßnahmen, wodurch der Handel jeder Art mit Deutschland abgeschnitten werden soll, beendet sein werden. Sobald dies geschehen, wird England alle Beschwerden ablehnen.

Amtliche Kreise stellen in Aussicht, daß eine solche Antwort Englands einen scharfen Notenwechsel hervorrufen wird. Wie es heißt, nimmt England den Standpunkt ein, daß es selbst über die letzte Bestimmung aller Frachten entscheiden muß. Daher glaube es das Recht zu haben, nach neutralen Häfen bestimmte Schiffe aufzubringen und ihre Ladungen zu beschlagnahmen, weil es der Ansicht ist, daß diese letzten Endes für den Feind bestimmt sind.

Beamte des Staatsdepartements deuten an, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Ansicht vertreten wird, daß England durch eine solche Haltung den Grundsatz der Freiheit der Meere ablehnt. In den an Deutschland gerichteten Noten trat die Regierung der Vereinigten Staaten für die Freiheit der Meere uneingeschränkt ein. Die Vereinigten Staaten müssen daher, wie bemerkt wurde, dem Standpunkt Englands nachdrücklich und endgültig entgegentreten.

Aus einer der britischen Bottschaft nabestehenden Quelle erfuhr New York American, daß England und die Alliierten sich nur durch die Erfordernisse der Lage bestimmen lassen werden, nicht aber durch die Stimmung des amerikanischen Publikums oder der amtlichen Kreise Washingtons.

Die Ursachen der Verschärfung.

Aus Washington meldet Associated Press: Bei Besprechung der Aussichten auf Erklärung der formellen Blockade Deutschlands durch die Alliierten wurde in amtlichen Kreisen vielfach die Vermutung ausgedrückt, daß diese Maßnahme größtenteils deshalb in Aussicht ge-

nommen ist, um der Weigerung Schwedens, die Wiederausfuhr importierter Waren nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu sperren, zu begegnen und den Absichten amerikanischer Baumwollproduzenten zuvorzukommen, die Millionen Baumwollballen in amerikanischen Schiffen nach neutralen Häfen Nord-Europas zur Weiterverfrachtung nach Deutschland versenden wollen. Soweit die Vereinigten Staaten in Betracht kommen, könnte man die Erziehung des als gänzlich ungesetzlich betrachteten gegenwärtigen Systems durch eine gesetzmäßige Blockade willkommen heißen, da dies die Streitfrage betreffend die Behandlung des als rechtmäßig anzuerkennenden neutralen Handels vereinfachen würde; doch müßte die Blockade wirksam sein. Jeder Versuch, die Rechte der Kriegführenden durch Erzwingung einer Theorie von endgültiger Bestimmung zu überschreiten, würde aufs heftigste bekämpft werden.

Empörung in Holland.

AB London, 21. Januar.

Der Rotterdamsche Korrespondent des Daily Telegraph warnt seine Landsleute, die Schifflanen gegen den holländischen Handel zu weit zu treiben, denn die Holländer sinnen an, zu fühlen, daß sie bei der Entscheidung der Frage, ob die britische Blockade effektiv sei oder nicht, ziemlich schlecht behandelt werden. Sie sind sehr empört über die in einem Teile der englischen Presse stets wiederkehrende Behauptung, daß Holland aus dem illegitimen Handel mit Deutschland riesige Profite ziehe. Holland mache natürlich beträchtliche Geschäfte mit Deutschland, aber das könne es tun innerhalb der legitimen Grenzen, die für ein neutrales Land bestehen, das mit einem kriegführenden Lande Handel treibt.

Eine bevorstehende Erklärung Greys.

AB Berlin, 21. Januar. (Priv.-Tel.)

Der Lokalanzeiger meldet aus Rotterdam:

Grey teilte im Unterhaus mit, er werde in der nächsten Woche eine Erklärung über Englands Blockadepolitik abgeben.

22. I. 1916

Das wirtschaftliche Trutzbündnis der Entente.

Mitteilungen Sanotauy.

⊙ Genf, 20. Januar. (Priv.-Tel.)

Ex-Minister Sanotauy berichtet im Figaro über neuerliche Versuche, ein ökonomisches Trutzbündnis des Bierverbandes zu schaffen. Die jüngsten Verhandlungen der französischen Industriellen in der Villa d'Este und in Rom zeigten, Italien und Frankreich können ohne England nichts machen. Deshalb finden im Februar wichtige Konferenzen in London statt.

Sanotauy zitiert den Ausspruch des englischen Handelsministers Runciman: „Falls der Zollverein den Bierverband zum Siege führen kann, werden wir ihn begründen.“ Die Frage sei allerdings wegen des krassen Widerspruchs diverger Interessen der Verbündeten riesig schwer, sie müsse aber bereits jetzt unbedingt gelöst werden.

Deutsch-persischer Wirtschaftsverband.

Hamburg, 21. Januar.

Hier wurde gestern unter dem Vorsitz des persischen Generalkonsuls Robert Kirstan ein deutsch-persischer Wirtschaftsverband zwecks Förderung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Persien nach dem Kriege gegründet.

22. / 1. 1916

Österreichische Journalisten beim Selamlif.

Eine Rede Enver-Paschas.

Wera, 21. Jänner. (Privattelegramm.) Beim heutigen Selamlif im Zindis erschienen die mit dem ersten Balkanzug hier eingetroffenen österreichischen Pressevertreter unter Führung des Vizekonsuls Kronholz. Im Empfangsalon der Samidjmoschee nahm Enver-Pascha Gelegenheit, die anwesenden Journalisten zu begrüßen, und sagte:

„Der Balkanzug ist das Symbol des großen Erfolges der Verbündeten. In Zukunft wird der künftige Weltweg von Hamburg zum Bosphorus nach Bagdad und zum Persischen Golf führen. Unsere Gegner haben sich verrechnet, und unsere Stärke nicht gekannt. Sie hätten den Krieg nie begonnen, wenn sie gewußt hätten, was sie jetzt wissen.“ Enver-Pascha nannte die Erstürmung des Loucen eine der bedeutendsten Ruhmestaten, und hob hervor, daß zum erstenmal in diesem Kriege ein Friedensschluß durch Waffengewalt herbeigeführt werden würde.

Enver schloß: „Wir werden weiter aushalten und unser Bestes tun bis zum endgültigen Erfolg. Niemand kann wissen, wann der Frieden kommt. Ich kann Ihnen aber nur sagen, wir sind dem Frieden näher.“

Der Sultan zeichnete die Pressevertreter sowohl bei ihrer Ankunft als bei ihrer Abfahrt durch wiederholtes Sändewinken aus.

Julius Girsch.

Österreich-Ungarn und Montenegro

Der Abbruch der Friedensverhandlungen ein Schwindel?

Zu der Havas-Meldung vom Abbruch der Friedensverhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn äußert sich der gewöhnlich gut unterrichtete Berliner „Lokalanzeiger“: „Nach den an hiesigen unterrichteten Stellen vorliegenden Meldungen sind die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Montenegro im einzelnen überhaupt noch nicht so weit gediehen, daß von einer endgültigen Annahme oder Ablehnung der von der Donaumonarchie gestellten Bedingungen gesprochen werden kann. Andererseits ist aber von montenegrinischer Seite selbst bekannt gegeben worden, daß König und Regierung die Forderung unbedingter Waffenstreckung angenommen haben. Die Annahme ist daher unbegründet, daß König Nikita inzwischen wieder anderen Sinnes geworden sein könnte. Die Meldung der amtlichen französischen Nachrichtenstelle darf daher als Schwindel bezeichnet werden.“

„Köln. Ztg.“ und „Straßb. Post“ geben diese Meldung weiter.

Ueber den Friedensschluß mit Montenegro

meldet der Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblattes“ in Sofia folgendes:

„Eigentlich wurden die Verhandlungen schon vor zwei Wochen eingeleitet, als König Nikolaus durch sein neues Kabinett die ersten Schritte in dieser Richtung unternahm. Trotz dieser einleitenden Verhandlungen kämpfte die montenegrinische Armee außerordentlich erbittert, wahrscheinlich zu dem Zwecke, um Oesterreich-Ungarn in bezug auf die Bedingungen nachsichtiger zu machen. Jetzt, nach der Kapitulation, hat Montenegro hauptsächlich einen Wunsch: daß seine entwaffneten Krieger heimkehren können, um dem Elend am heimischen Herd abzuwehren. Ob Oesterreich-Ungarn diese Bedingung erfüllt, ist noch fraglich. Viel wahrscheinlicher ist die Internierung der gewesenen Krieger, da sonst die Aufsicht in den einzelnen Dörfern viele Kräfte in Anspruch nehmen würde. Eine vorübergehende Schwierigkeit bietet noch die Besatzung des Berges Tarabosch, die zögert, die Waffen zu strecken und den Weg nach Skutari versperren. Im Augenblick, da dieser Weg offen wird, ziehen die österreichisch-ungarischen Kräfte in der Richtung nach Nordalbanien, um von dort gegen die Truppen Essads und gegen die Italiener an der Balonaküste vorzurücken. Es ist selbstverständlich, daß nicht nur die Montenegriner entwaffnet werden, sondern auch die in Montenegro befindlichen, dorthin geflüchteten Teile der serbischen Armee. Hier ist allgemein die Meinung verbreitet, daß für den Lowzen Montenegro eine reiche Entschädigung auf serbischem Gebiet bekommen wird und daß die montenegrinische Dynastie auf dem Thron eines vergrößerten Montenegros verbleiben wird.“

Der Generalkonsul in Rom

Rom, 21. d. (Stefani.) Das montenegrinische Generalkonsulat gibt bekannt: Gegenüber der hartnäckigen Behauptung der Presse erklärt

der offizielle Vertreter Montenegros, daß mit Oesterreich niemals eine Kapitulation vereinbart wurde oder Friedensvorverhandlungen stattgefunden haben.

Diese neueste Erklärung des montenegrinischen Generalkonsuls muß die Zweifel, die schon seine erste hervorrief, nur noch vergrößern; denn nun behauptet er plötzlich wieder etwas anderes. In seiner ersten von Stefani verbreiteten Meldung hieß es nämlich ausdrücklich, Montenegro habe die Bedingungen des Gegners zurückgewiesen, was doch wohl Verhandlungen zur Voraussetzung hat. Nun sollen plötzlich gar keine Verhandlungen stattgefunden haben. Das eine oder das andere muß notwendigerweise falsch sein, sehr wahrscheinlich beides. Von österreichischer amtlicher Stelle ist immer noch keine Äußerung eingelaufen. Die Red.

Aus dem österreichischen Kriegspressequartier

E. L. Oesterreichisch-ungarisches Kriegspressequartier, 21. d., 5 Uhr 50 abends. (Eigener Drahtbericht.) Wie sich voraussehen ließ, wird die Waffenstreckung der Montenegriner noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Der völlige Mangel eines Telephonnetzes zur Front, die großen Distanzen und die schlechten Kommunikationen erschweren natürlich die Verbindung der Regierung mit den einzelnen Kommanden und verlangsamten so die Durchführung der Waffenniederlegung. Auch scheinen einzelne Teile von Armee und Bevölkerung die Maßregel der Regierung noch nicht klar erfasst zu haben. Die Anhänger der großserbischen Idee, die dem König feindlich sind und die seit Jahren von Niksic aus agitatorisch wirkten, dürften der Regierung noch einigen Widerstand leisten.

Im letzten Satze dieses Telegramms unseres Kriegskorrespondenten im österreichisch-ungarischen Kriegspressequartier dürfte die Erklärung für die sonderbaren Mitteilungen des römischen Generalkonsuls zu finden sein. Red.

Die montenegrinische Königsfamilie

Rom, 21. d. (Stefani.) Der König, die Königin und die königlichen Prinzen, die gestern abend die königlich montenegrinische Familie bei ihrer Ankunft in Rom empfangen hatten, begaben sich heute vormittag von neuem zu ihrer Begrüßung vor ihrer Abreise nach Lyon. Königin Helena begleitete die Königin Milena und die Prinzessinnen Xenia und Vera einen Teil ihres Weges und kehrte darauf im Automobil nach Rom zurück.

23. I. 1916

Schwedische Stimmen.

Von Alfons Paquet.

I.

Schweden verhält sich wachsam und abwartend in diesem Kriege. Das schwedische Volk verfolgt den Krieg mit tiefem menschlichem Anteil. Der schwedische Handel hat Nachteile, aber noch größere, augenblickliche Vorteile von seiner Lage zwischen den beiden größten Entente-Verbündeten. Doch das hält keinen ernstlichen schwedischen Politiker davon ab, gerade über die besondere geographische Lage seines Landes und über die Bedeutung dieser Lage Betrachtungen anzustellen. Im Norden hat es ein Stück Grenze mit Rußland gemeinsam. Die „russischen“ Schären liegen den Schweden gegenüber, die Alandinseln können über Nacht zur Drohung gegen Stockholm werden. Die schwedische Westküste liegt den schottischen Kriegshäfen Britanniens nicht allzu weit. Um die Folgerungen aus diesem Sachverhalt zu ziehen, bedarf es freilich für die Mehrzahl im Volke eines langen Denkprozesses, denn Schweden lebte fast zweihundert Jahre in Ruhe, jetzt zwar dominiert der Krieg vor seiner Tür, aber man möchte ihn nicht hören. Wer könnte das nicht verstehen. Dabei aber stellen England und Rußland, je höher die Krisis steigt, Forderungen an Schweden und üben Maßnahmen zur See und zu Lande, die für ein Land, das zwischen beiden liegt, etwas Bedrohliches und Fortschreitendes haben.

Man kann nicht sagen, daß es dem kleinen Lande an politischen Denkern und an Wächtern fehle. Man muß sich erinnern, daß auch Deutschland lange an eine Fortdauer des Friedens geglaubt und den jetzigen Krieg für unmöglich gehalten hat. Schweden hat seinen Anteil an der europäischen Kriegsliteratur dieser Zeit. Vorn stehen die Kriegsbücher des viel erfahrenen, scharf blickenden und kühnen Sven Hedin. Man liest nicht nur in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit und wirklichem Gewinn die Bücher des Gothenburger Soziologen Gustaf F. Steffen, eines der besten Kenner Englands, über „Weltkrieg und Kultur“, „Demokratie und Imperialismus“. Die vorzüglichen Werke des schwedischen Historikers Rudolf Kjellén sind ebenfalls in deutscher Uebersetzung zu lesen und verdienen, weit bekannt zu werden. Der schwedische Politiker Karl Hildebrand hat die Fronten der Deutschen und der österreichisch-ungarischen Heere besucht und von dem Gesehenen in seinen Büchern „Ein starkes Volk“ und „Die Donaumonarchie im Kriege“ Zeugnis gegeben. Eine besondere literarische Würdigung verdienen die von der Leidenschaft des germanischen Stammesgefühls durchdrungenen Aufsätze von Per Hallström; Hallström steht in Schweden, etwa wie bei uns Emil Strauß, dem er sogar äußerlich ähnlich sieht, in der Ehrenreihe der Erzähler. Auch Bengt Berg, den man den schreibenden Lufschiffpiloten nennen könnte, hat die Fronten besucht und davon viel Anschauung heimgebracht. In Friedenszeiten hat wohl die moderne schwedische Literatur in keinem Lande bereitwilliger Eingang und Gastrecht gefunden, als in Deutschland. Jetzt, im Kriege, hat uns Schweden die Treue gehalten und uns gezeigt, daß es mehr als ein egoistisches Verhältnis ist, das Schweden mit Deutschland verbindet. Dieses Land hat uns etwas zu sagen, und wir könnten uns ihm durch ein etwas eifrigeres Studium seiner ausdrucksvollen, starken Sprache dankbar erweisen. Die Kenntnis der Sprache bildet ja doch die Grundlage aller wahren Annäherung.

Es ist indessen bekannt, daß die schwedische Tagespresse keineswegs diese Einheit der Deutschland freundlichen Gesinnung aufweist, die im höheren Schrifttum zu verspüren ist. Die liberale Partei in Schweden, heute zwar nicht mehr die führende, wohl aber eine Partei von überliefertem Einfluß, ist nicht deutschfreundlich. Sie weist am meisten den angelsächsisch-merkantilisierenden und liberalisierenden Einfluß auf. Sie zehrt von sinkenden und verbrauchten Ideen, und ihre Tendenz ist pazifistisch aus reinem Ruhebedürfnis. Sie fehlt sich, sonderbar genug, aus reichen Stockholmer Großhändlern, aus Alkoholgegnern und anderen, mehr religiösen Nonkonformisten zusammen, von denen es in Schweden ja viele gibt, und aus jenem Teil der Bauernschaft, der infolge seiner Auswanderungsneigungen zu Amerika in verwandtschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen steht. Die großen Leitsterne der liberalen und sozialistischen Provinzpresse Schwedens sind „Dagens Nyheter“ in Stockholm und die Zeitung „Socialdemokraten“, herausgegeben von Herrn Branting, dem Führer der Radikalen. Für diesen Mann ist es ein Dogma innerster Ueberzeugung, daß Rußland ein im Grunde liberales Land

sei als Deutschland, und daß Deutschland aus bloßem Mutwillen Krieg führe. So viel Einfluß hat immerhin der Gerechtigkeits Sinn der schwedischen Leserschaft aller Klassen, daß auch die deutschfeindlichen und der Entente mit Haut und Haaren ergebenen radikalen Blätter ihren Lesern den deutschen Tagesbericht nicht vorenthalten, und das ist schon etwas.

Die gemäßigt liberale und gemäßigt konservativen Hauptblätter Stockholms spiegeln die Auffassungen der Regierung wieder, die nichts anderes als korrekte Neutralität sein können; es ist die Presse der offiziellen Informationen und der wohlhabendsten Betrachtungen. Es ist daher kein Zufall, daß die ausgesprochen deutschfreundlichere Presse einen temperamentvolleren Eindruck macht, hier wagen sich Meinungen und Gegenmeinungen auch offen heraus, und selbst Männer der Wissenschaft, wie Sven Hedin, Kjellén und andere, verschmähen es nicht, gelegentlich Beiträge in den viel gelesebenen Abendblättern „Aftonbladet“ und „Nya Dagligt Allehanda“ zu veröffentlichen. Die Provinzpresse ist in ihrer Haltung geteilt. Es ist charakteristisch, daß in Südschweden, auch in der Handelsstadt Gothenburg, trotz ihrer regen Beziehungen zu England, — vielleicht auch gerade deswegen, — die in einem deutschfreundlichen Sinn geleiteten Blätter überwiegen. Es wäre undankbar, hier die von dem wegen seiner polemischen, witzig scharfen Feder rasch bekannt gewordenen Stobrotter W. Grebst geleitete Wochenschrift „Vidi“ zu übersehen, die durch ihr keckes Eingreifen der englischen Handelsespionage in Gothenburg ein unrühmliches Ende gemacht hat und überall in Lande ihre dankbaren Leser findet. Herr Grebst erzählte mir übrigens einmal, daß er ein paar fröhliche junge Jahre als Student der damaligen Handelsakademie in Frankfurt am Main verlebte.

In die eigentliche Werkstatt des politischen Denkens in Schweden geben zwei vortrefflich geleitete wissenschaftliche Zeitschriften Einblick. Es sind die von dem Professor an der Stockholmer Handelshochschule, Eliu Hedjcher geleitete „Svensk Tidrift“ und das von Dr. Adrian Molin, dem Führer der gegen Auswanderung gerichteten Nationalvereinigung, herausgegebene „Nya Sverige“. In beiden Zeitschriften sind die Stimmen der Sympathie für die Mittelmächte zahlreich. Professor Hedjcher hat in einem viel beachteten Aufsatz die Meinung ausgesprochen: Schweden müsse unter allen Umständen neutral bleiben, denn die hochqualifizierten und spezialisierten Industrien Schwedens könnten, nach seiner Meinung, auf keinen Auslandsmarkt verzichten. (Kein Mensch behauptet übrigens, daß sie das müssen.) Andere gute Freunde Deutschlands in Schweden sind für Neutralität, „um Schwedens Unabhängigkeit von Deutschland zu wahren.“ (Als ob die gegenwärtigen Verbündeten Deutschlands daran dächten, sich in irgend eine Abhängigkeit zu begeben.) Man sieht, es gibt auch einige akademische Einwendungen gegen den Aktivismus in Schweden, und diese finden wohl hauptsächlich in Prof. Hedjchers angelegener Zeitschrift Ausdruck. „Det Nya Sverige“ nimmt einen entschiedeneren Standpunkt ein, es gilt als aktivistisch. Gründlichkeit — der Wahrheit Vorschub leisten — ist nicht eine Eigenschaft des Deutschen allein, sie hat auch bei unsern Verwandten im hohen Norden ihre Vertreter. So zeigen diese beiden Zeitschriften immerhin einen soliden Unterbau der schwedischen Politik der Gegenwart. Sie beleuchten nicht allein die durch den Krieg hervorgerufenen politischen und wirtschaftlichen Probleme, wie sie Schweden mittelbar und unmittelbar berühren, sie bilden auch für den Fremden eine Fundgrube zur Kenntnis des schwedischen Geisteslebens, der schwedischen politischen, kirchlichen und literarischen Zustände und ihrer Geschichte, in der so viele und enge Beziehungen zu Finland und den später Rußland zur Deute gefallenen Ostseeprovinzen und nicht minder auch zu Deutschland eine Rolle spielen. Es wäre gut, wenn diese Erörterungen größere Verbreitung finden könnten, um das politische Denken des aufnahmebereiten und bildungssehrigen Volkes in nationalem Sinne zu befruchten. Es scheint, diesem Zwecke soll eine neue, billige politische Zeitschrift dienen, deren Herausgabe kürzlich von einer Gruppe beschlossen worden ist. Auf dem Banner dieser Zeitschrift steht das Wort: Grob-schweden.

Das ist Tatsache: es gibt wieder Großschweden heutzutage, nachdem es ein Jahrhundert lang nur noch Kleinschweden gegeben hat. Es sind nicht jene allein, in denen noch heute der alte straffe Krieger- und Befehlsmann eines Gustav Adolf und Karl XII. lebendig ist, es gibt auch Großschweden aus Gegenwartsgefühl, die auf historische Requiriten am wenigsten geben. Diese fordern, daß Schweden in diesem Weltkriege die nahe Stunde der Entscheidung nicht versäumen dürfe.

23./I. 1916

Gratulation der Stadt Prag an den Armeeoberkommandanten anlässlich der Kapitulation Montenegros.

Prag, 22. Januar.

Auf die anlässlich der Einnahme der montenegrinischen Hauptstadt Cetinje und der Kapitulation Montenegros an den Armeeoberkommandanten Feldmarschall Erzherzog Friedrich gerichtete Glückwunschedepesche erhielt Bürgermeister Dr. Gros nachstehendes Antworttelegramm:

„Innigst erfreut über die begeisterten, von Stolz getragenen Gefühle, welche die Niederwerfung Montenegros in der königlichen Hauptstadt Prag auslösten, danke ich vom ganzen Herzen für die aus so weithohem Anlasse übermittelten Heil- und Segenswünsche zu weiteren glücklichen Taten.

Feldmarschall Erzherzog Friedrich,
Armeeoberkommandant.“

Kriegskalender.

16. Januar: An der bessarabischen Grenze tritt eine Kampfpause ein. — An der Kaukasusfront greifen die Russen die Türken heftig an, erleiden jedoch schwere Verluste. — Unsere Regierung protestiert gegen die Besetzung Korfus. — Die Franzosen verhaften unseren Konsul in Korfu Theodor Edl.

17. Januar: Der König von Montenegro und die montenegrinische Regierung, die am 13. d. um Einstellung der Feindseligkeiten und Beginn der Friedensverhandlungen gebeten hatten, nehmen die von uns geforderte bedingungslose Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres an. — Die englische Regierung beabsichtigt, die Blockade Deutschlands zu einer effektiven zu gestalten und auf neutrale Häfen auszuweiten.

18. Januar: Die Neujahrsschlacht in Ostgalizien und an der bessarabischen Grenze gilt als abgeschlossen. Sie hat den Russen einen Verlust von 76.000 Mann, aber keinen Erfolg gebracht. — Unsere Seesflugzeuge belegen Ancona mit Bomben. — Unsere Truppen in Montenegro, die Birpazar und Njeka besetzten, stellen die Feindseligkeiten ein. — Kaiser Wilhelm hat in Nisch eine Zusammenkunft mit König Ferdinand von Bulgarien. — Japan entsendet drei Kreuzer nach dem Suezkanal.

19. Januar: An der bessarabischen Grenze entbrennt von neuem eine heftige Schlacht. Unsere Truppen schlagen alle russischen Angriffe

erfolgreich ab. — Deutsche Flieger belegen den Flußhafen von Larnopol mit Bomben. — Feindliche Flieger greifen Mes an. — Paschitsch reist mit der serbischen Regierung von Italien nach Korfu ab.

20. Januar: Die russischen Angriffe an der bessarabischen Grenze nehmen an Heftigkeit zu, werden aber zurückgewiesen. — Deutsche Flieger belegen die militärischen Anlagen von Nancy mit Bomben. — Englische, französische und italienische Kriegsschiffe bombardieren Dedegatsch und Portolagos. — Die Franzosen setzen unseren Konsul Edl in Korfu in Freiheit.

21. Januar: An der bessarabischen Grenze tritt eine Kampfpause ein. — Der italienische Minister Martini spricht sich gegen die Ausdehnung der italienischen Offensiv auf Albanien aus. — England rät Frankreich zum Abbruch der Saloniki-Expedition. — Die deutsche und die österreichisch-ungarische Regierung erklären Amerika, daß bei der Versenkung der „Verzia“ keines ihrer U-Boote in Betracht komme.

22. Januar: Die Waffenstreckung Montenegros ist im Gange. König Nikolaus bleibt bei seinen Truppen in Podgoriza, während seine Familie nach Voon abreist. General Martinowitsch übernimmt die Führung der Unzufriedenen im montenegrinischen Heer, die weiterkämpfen wollen. — An der Nordostfront beginnen die Russen neuerlich anzugreifen und werden wieder zurückgeschlagen.

23. / 1. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 22. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

21. Jänner. Im gebirgigen Teile des Kriegsschauplatzes Artillerietätigkeit. Im Toskanaabschnitt (oberes Boitetal) brachte eine eigene Abteilung einem feindlichen Detachement schwere Verluste bei und zwang es zum Rückzuge. Am Mittel- und Unterlauf des Nonzo verhinderte der Nebel gestern die Artillerietätigkeit; hingegen gab es beiderseits heftige Bombenkämpfe zwecks Störung der Befestigungsarbeiten.

Aufhebung der Habeas corpus- Akte in England.

München, 22. Jänner. (Privattelegramm.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden: Das höchste englische Gericht hat gestern das Reichsverteidigungsgesetz, die Habeas corpus-Akte, seit Jahrhunderten der Stolz Englands, suspendiert. Von nun an kann daher jeder Engländer ohne vorangegangenes gerichtliches Verfahren eingesperrt und gefangengehalten werden.

Die liberale Presse verzeichnet diese verblüffende Maßnahme ohne Kommentar.

* * *

Die englischen Habeas corpus-Akte stellen das älteste Staatsgrundgesetz Großbritanniens dar und stammen aus dem Jahre 1679. Sie gewährleisten die persönliche Freiheit und statuieren, daß derjenige, der in Haft genommen wird, sofort vor den ordentlichen Richter gebracht werde. Schon in der Magna Charta von 1215 waren die Grundzüge dieses Gesetzes vom Parlament festgelegt worden, um willkürlichen Verhaftungen vorzubeugen. Kein englischer Untertan kann danach ohne gerichtliche Untersuchung in Haft gehalten werden. Behördliche Organe, die diesen Akten zuwiderhandeln, werden mit den nachdrücklichsten Strafen bedroht, die selbst die Gnade des Königs nicht abwenden kann. Nur in Fällen der dringendsten Not, wenn der Staat in Gefahr ist, kann, entsprechend dem in andern Staaten üblichen Belagerungszustand, die Habeas corpus-Akte eine Zeitlang außer Geltung gesetzt werden, aber auch da nur infolge eines Parlamentsbeschlusses. Die Minister bleiben hierfür verantwortlich; es wird

ihnen jedoch, wenn das Grundgesetz wieder in Kraft tritt, wegen der inzwischen verfügten Verhaftnahmen gewöhnlich die Indemnität gegeben, wodurch etwaige Entschädigungsforderungen ausgeschlossen werden.

Zweifelloß erfolgte die Suspendierung der Habeas corpus-Akte zu dem Zweck, um dem von der englischen Arbeiterschaft angekündigten Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht zu begegnen.

24. I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 22. Jänner. Aus dem Kriegs-
pressequartier wird gemeldet:

R u ß l a n d.

21. Jänner. Aus der Gegend Dwinsk wird erfolgreiche Tätigkeit unserer Artillerie gemeldet. Bei dem Bahnhof Wilejta (35 Kilometer östlich von Smorgon) erbeuteten wir ein deutsches Flugzeug. Nördlich Czartorysk versuchte der Feind, sich in den Besitz der von uns besetzten Höhen zu setzen, wurde aber zurückgeworfen. In der Gegend nordwestlich Zbara (18 Kilometer nordöstlich Tarnopol) explodierte ein Luftballon des Feindes und verbrannte in der Luft. Seine Gondel fiel später in unsere Linien.

F r a n k r e i c h.

22. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Im Laufe der Nacht richtete unsere Artillerie einige Schüsse auf Proviantkolonnen und Arbeitergruppen des Feindes in Belgien, in der Champagne und in den Vogesen. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

11 Uhr nachts. Siemlich heftiger Artilleriekampf in verschiedenen Abschnitten. Besonders wirksam war unser Feuer nördlich der Wisne in der Gegend von Berry-au-Bac, an unserer Front in Lothringen und in den Vogesen (Tal von Bouterne).

B e l g i s c h e r B e r i c h t.

Nachdem der Artilleriekampf im Laufe des Vormittags insbesondere in der Gegend von Dignude einen heftigen Charakter angenommen hatte, wurde er gegen Abend weniger lebhaft. An zahlreichen Stellen zersprengten wir feindliche Arbeitergruppen.

Beim türkischen Minister des Außen.

(Telegramm unseres Spezialberichterstatters.)

Pera, 23. Jänner.

Der türkische Minister des Außen Salil-Bei empfing heute auf der Hohen Pforte die Vertreter der österreichischen Presse und sagte zu ihnen: „Ich freue mich, die Herren, die mit dem ersten Ballanzug hieher kamen, in Konstantinopel zu begrüßen. Ich hoffe, die Herren werden bei uns angenehme Eindrücke finden. Der gegenwärtige Moment ist ja dazu besonders geeignet und die allgemeine Lage durchaus erfreulich.“

Im Verlauf des Gespräches erklärte der Minister in sichtbar gehobener Stimmung: „Die wirtschaftliche und militärische Situation der Türkei ist eine außerordentlich günstige. Wir haben geleistet, was in unsern Kräften steht, leisten es auch fernerhin und empfinden die lebhafteste Genugtuung darüber, bei unsern Verbündeten vollste Anerkennung zu finden.“

Ueber Montenegro sagte Salil-Bei, er habe mit Genugtuung vernommen, daß an der Erstürmung des Lovcen bosnische Mohammedaner hervorragend teilgenommen haben.

Der Minister, der in lichtvoller Weise die gegenwärtige Ballanlage besprach, erzählte: „Der rumänische Staatsmann Marghi-Loman hat mir bei der letzten Begegnung gesagt: Ihr habt euch rechtzeitig entschieden; euer Gewissen kann beruhigt sein!“, und lachend fügte Salil-Bei hinzu: „Das ist wahr. Wir haben bloß die Gewißheit erwogen und uns im richtigen Moment auf die Seite des Rechtes gestellt.“

Die im Gespräche gefallene Anregung aufgreifend, erklärte der Minister: „Es ist wohl möglich, daß mein Souverän nach dem Krieg Wieneinen Besuch abstattet. Ich weiß, daß eine solche Reise den Sultan sehr interessieren und erfreuen würde.“ Der Minister bemerkte schließlich, daß die weitere harmonische Zusammenarbeit eine glückliche Erreichung des Zieles zweifellos herbeiführen werde.

Julius Hirsch.

24.1.1916

Montenegro.

„Die maßgebenden montenegrinischen Faktoren werden das Publikum bald über die Vorgänge aufklären können, die sich in Montenegro abgespielt haben.“ So verkündet der nach Italien hinübergegangene neue montenegrinische Ministerpräsident Muschkowitsch und setzt sich und seine Verkündung damit dem Verdacht aus, daß er sich selbst nicht für einen „maßgebenden montenegrinischen Faktor“ hält und daß die in seiner eigenen Verkündung bereits enthaltene, sehr bestimmt gegebene Aufklärung über die Natur und den Sinn der jüngsten Vorgänge trotz ihrer Bestimmtheit immer noch nicht die Wahrheit ist. Wobei allerdings unbegreiflich bliebe, daß ein Ministerpräsident sich, seinen König und seine Regierung ohne Not und im Widerspruch zu den Tatsachen einer so schäbigen Unsauberkeit ziehe, wie das Herr Muschkowitsch in seiner durch den montenegrinischen Generalkonsul in Rom veröffentlichten, sozusagen vorwurfswissen Aufklärung tut. Oder wäre nach bisher in Europa gültigen Begriffen eine perfidere Schäbigkeit denkbar als das, was Herr Muschkowitsch heute als den einzigen Sinn und Zweck der montenegrinischen Unterwerfung behauptet?

Man kann in politischen Dingen — und der Krieg ist ein zum äußersten getriebenes politisches Ding, bei dem's um Kopf und Kragen geht —, allen sentimentalischen Regungen fern und fremd sein; England vor allem hat uns ja daran gewöhnt, mit jeder Niedertracht, jeder erdenkbaren Täuschung und giftigen Lüge zu rechnen; dennoch fällt es schwer, sich vorzustellen, daß der verantwortliche Leiter einer Regierung diese ohne Not eines infamen Bruches von Treu und Glauben bezichtigt, wie Herr Muschkowitsch es hier tut. Welche Not kann ihn dazu getrieben haben? Doch offenbar nur Druck von seiten des Bierverbandes, dem eine militaristische Palastrevolution gegen den alten Nikita in die Hände gespielt haben muß. Ueber die Einzelheiten dabei läßt sich nichts vermuten. Schließlich sind sie auch von keinem Belang. Ueber die Richtung, aus welcher der Druck kam und über den Zweck, den er verfolgte, kann kein Zweifel mehr sein.

Dem Bierverband mußte die Unterwerfung Nikitas, gerade dieses schlauen und wohlunterrichteten Nikitas ungeheuer peinlich sein, noch weit über die militärische Bedeutung der Sache hinaus peinlich sein. Die Welt sah: Die Ratten verließen das Bierbandschiff; die Ratte mit der besten Spürnase wies natürlich den Weg. Das mußte, wenn noch möglich, durch jedes Mittel der Beeinflussung, durch Geld, Versprechungen, Drohungen, durch List und Gewalt verhindert werden. In welchen Mischungen und Graden diese sauberen Mittelchen angewendet wurden, bleibt einstweilen zu vermuten. Ihre Wirkung haben wir vor Augen: Eine Regierung, die sich öffentlich des groben Betruges bezichtigt und einen wortbrüchigen König im Exil.

Die sittliche Entrüstung über diesen König und seinen Wortbruch darf und muß man stark dämpfen. Er hat nicht mit freiem Willen gehandelt. Dazu ist sein Tun zu unklug. Ein Heros von d'Annunzios Gnaden wird Nikita durch seinen Um- und Rückfall ins Heldentum doch nicht wieder. Der Vorteile aber, die der Kluge in seiner Unterwerfung für sich und sein Land erkannt hatte, macht er sich dadurch verlustig. Er vermehrt nun mit den Seinen die Zahl der durch ihre englischen, russischen, französischen, italienischen Freunde und Gönner ruinierten Könige. Das ist das ganze tatsächliche Ergebnis dieser Komödie.

Militärisch gehen die Dinge in Montenegro ja glatt ihren Gang weiter. Das Land ist wehrlos gemacht und wird bald ganz entwaffnet sein. Es bleibt bei dem, was der Londoner „Daily Telegraph“ noch vor drei Tagen sehr richtig schrieb: „Die Niederlage Montenegros macht bedeutende österreichische Kräfte frei zur etwaigen Entsendung nach Süden, in Gebiete, die an Griechenland grenzen.“ Es bleibt dabei, daß die österreichisch-ungarische Beherrschung der Adria in entscheidender Weise gestützt und gestärkt wird. Unverkürzt und unverkümmert bleibt der militärische Ertrag

der Unterwerfung Montenegros bestehen. Aber auch die moralische Wirkung der Unterwerfung wird durch den Staatsstreich in den leeren Büsten — mehr bedeutet das Ganze nicht —, in keiner Weise aufgehoben. Es bleibt bestehen, daß der älteste, ergebenste und eingeschwoendste Schrittmacher der Bierverbändler sich von diesen scheiden wollte, weil er seine und ihre Sache für verloren erkannte. Diese Tatsache und ihre Bedeutung kann nicht dadurch verluscht werden, daß die Bierverbändler, um ihre Bloßstellung zu verstecken, sich im Bunde mit etwelchen militärischen Palastverschwörern der Person und des freien Willens dieses sehend gewordenen Opfers ihrer Politik bemächtigten.

Nikita im französischen Exil wird nichts sein als ein Gefangener des Bierverbandes. Das was er und seine Regierung taten, als sie freien Willens letzter Rettung bei den Mittelmächten die bittenden Hände entgegenstreckten, — das bleibt ihr wahres, unbeeinflusstes Zeugnis über deren Sinn der Lage und das Ziel, dem dieser Krieg zutreibt. Das, was wir künftig von ihm und ihr hören werden, das, was Herr Muschkowitsch die „Aufklärung durch maßgebende montenegrinische Faktoren“ nennt, wird nichts mehr für die Feststellung der Wahrheit zu bedeuten haben. Nur das ist dankenswerter Gewinn aus der Erklärung des Herrn Muschkowitsch, daß er jedenfalls sich, den Ministerpräsidenten von Montenegro, und Nikita, den König von Montenegro, nicht für „die maßgebenden montenegrinischen Faktoren“ hält.

Wir tun's auch nicht.

F. H.

Das zwiespältige Montenegro

Nach den im heutigen Morgenblatte veröffentlichten Meldungen bleibt der Eindruck immer noch der beherrschende, daß ein Teil der Montenegriner sich der Waffenstreckung unterzieht, ein anderer, dessen Sprachrohr die Generalkonsuln in Rom und Paris in der Hand halten, den Anschein erwecken möchte, als sei eine eigentliche Kapitulation gar nicht erfolgt. Mit einer Offenheit, die hart an Zynismus grenzt, erklärt der Generalkonsul von Rom nun zum dritten Male etwas anderes: die Verhandlungen über einen Waffenstillstand seien lediglich ein falsches Spiel gewesen, durch das man Zeit gewinnen wollte! Und auch die Nachrichten in der Presse seien mit Absicht gefälscht worden, um einen bestimmten Zweck damit zu erreichen. Inwieweit dieser diplomatische Vertreter zu solchen Erklärungen autorisiert ist, bleibt dahingestellt.

Unter keinen Umständen darf man aber eines außer Acht lassen, was die einander direkt widersprechenden Gerüchte einigermaßen erklärt: die Personen, die die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn geführt und die Kapitulation abgeschlossen haben, und diejenigen, die nun alles ableugnen wollen, sind natürlich nicht die gleichen. So ist es durchaus nicht gesagt, daß wirklich die Kapitulation nur abgeschlossen wurde, um Zeit zu gewinnen. Daß es Leute gibt, denen es damit Ernst war, geht ja klar genug aus der Tatsache hervor, daß die Waffenübergabe schon im Gang ist. Ein Teil der montenegrinischen Armee und des montenegrinischen Volkes ist also sicherlich mit der Unterwerfung einverstanden. Ein anderer freilich nicht und dieser scheint sich unter Führung des Generals Mufotitsch mit den Serben vereinigen zu wollen, um in Albanien neuen Widerstand zu leisten.

König Nikita selbst hat das Land verlassen. Er will offenbar die weitere Leitung der Dingen überlassen, die sich stark genug fühlen, nach dem Vordringen der Feinde zu widerstehen und entzieht seine eigene Person einer Gefangennahme. Allerdings beraubt er sich dadurch auch der Möglichkeit, die Geschicke seines Landes wie bisher mit eigener Hand zu führen. Von Lyon aus kann man ein Land wie Montenegro nicht regieren. Ob er durch eine starke Gegenpartei gezwungen, das Land verläßt oder ob er freiwillig geht, das entzieht sich natürlich weiterer Kenntnis.

Die österreichisch-ungarischen Amtsstellen haben bisher all die vielfachen konsularischen Meldungen der Montenegriner in Rom und Paris einfach ignoriert. In keiner amtlichen Meldung von dieser Seite ist auch nur ein Wort davon zu lesen. Die Generalstabsberichte geben knappe sachliche Darstellungen vom Fortschreiten der Waffenübergabe und bis jetzt ist in diesen Meldungen von bewaffnetem Widerstande in größerem Stile nicht die Rede. Allerdings werden auch noch keine Zahlen genannt, die anzeigen, wie viel Montenegriner sich tatsächlich unterworfen haben. Die einzige Zahlenangabe bezieht sich auf 1500 Serben, die an der Nordostfront gefangen genommen wurden. Man darf allerdings wohl mit unserem Kriegskorrespondenten annehmen, daß ein guter Teil der montenegrinischen Bevölkerung kriegsmüde ist und daß die Aussicht zu friedlicher Arbeit in die Heimat zu dürfen, viele bestimmen wird, sogar die geliebte Waffe auszuliefern. Daß die Oesterreicher die Montenegriner, die sich ergeben, nicht in Konzentrationslager sperren, sondern in ihre Häuser zurückkehren lassen, ist ebenso human wie klug. Diese Maßregel wird stärker wirken, als die Trompetenstöße der Konsuln, die weit von Schuß und Schlag die Geschicke ihres Landes leiten wollen.

Das nachstehende Berliner Telegramm der „Münchener N. N.“ gibt einige Aufklärung über die Verhandlungen und ihre Tragweite.

Die durch das Kapitulationsangebot des Königs Nikolaus bedingten Verhandlungen wurden zunächst durch die beiden in Cetinje zurückgebliebenen montenegrinischen Minister im Auftrag des Königs geführt. Der König selbst war nicht anwesend. Ein Teil der Truppen, namentlich im Süden des Landes, wo sich auch viele Serben befinden, hat die Kapitulation nicht anerkannt. Von einem geschlossenen Widerstand scheint aber keine Rede zu sein; diejenigen Truppen, die sich nicht ergeben haben, sind vielmehr größtenteils einzeln an ihre Wohnsitze zurückgekehrt, wobei sie ihre Waffen mitgenommen haben, was in einem Lande nicht weiter überraschen kann, wo jeder Erwachsene männlichen Geschlechts sozusagen mit den Waffen schlafen geht.

Die Haltung des Königs Nikolaus ist noch keineswegs klar. Es ist möglich, daß die der Unterwerfung und Waffenniederlegung widerstrebenden Truppenteile gegen den Willen des Königs und ohne Einverständnis mit diesem handeln.

Auch bei den widerstrebenden montenegrinischen Truppenteilen brauchen die Motive keineswegs einheitlich zu sein. Es ist noch nicht gesagt, ob mehr der Einfluß der serbenfreundlichen Elemente, der Serben selbst und des Biververbandes für diesen Widerstand bestimmend wurde oder einfach die Abneigung montenegrinischer Krieger, sich von ihren Waffen zu trennen und sich auf Gnade oder Ungnade zu ergeben. Fest steht nur das eine: daß ein teilweiser Widerstand vorhanden ist, und daß die österreichisch-ungarische Heeresleitung sofort die nötigen Schritte eingeleitet hat, um diesen Widerstand zu brechen.“

König Nikitas Reise

Rom, 24. d. (Stefani) Die „Tribuna“ schreibt: Eine Person, welche sich König Nikolaus von Montenegro nähern konnte, berichtet uns, daß der alte König, obgleich er lange und schwere Tage durchgemacht hat, keineswegs niedergeschlagen erscheint. Die Königin und die Prinzessinnen reisten sogleich nach Italien ab und der König setzte mit seinen Söhnen die Bemühungen zur Reorganisation der montenegrinischen Truppen fort. Prinz Mirko, der in Montenegro geblieben ist, setzt, unterstützt von den Generälen, seine Tätigkeit fort, um zu versuchen, die Armee aus der Einkreisung zu retten und Skutari zu verteidigen. Sicherlich fehlt es an Lebensmitteln und Waffen. Der König verließ seine Soldaten mit Kummer. Er entschloß sich erst abzureisen, als seine Söhne und seine Minister ihn lebhaft ermahnten, über die Adria zu fahren. Die Reise von Skutari nach San Giovanni di Medua setzte der König unter schwierigen Umständen, teils zu Pferde, teils in einem kleinen unbequemen Wagen, teils zu Fuß fort. Von San Giovanni di Medua nach Brindisi fuhr er an Bord eines leichten italienischen Schiffes. Es fehlte nicht an Nachforschungen seitens des Feindes. In Brindisi und Rom wurden dem König lebhaft Sympathiebekundungen bereitet.

Rom, 24. d. (Stefani) Sonntag Abend sind der König von Montenegro und Prinz Peter nach Lyon weitergereist. Sie wurden vom König von Italien bis an den Bahnhof geleitet. Die Herrscher wurden überall auf dem Wege und bei der Ankunft auf dem Bahnhof lebhaft begrüßt. Die beiden Souveräne und der Prinz umarmten sich herzlich. Bei der Rückfahrt vom Bahnhof wurden dem König von Italien von neuem sehr herzliche Kundgebungen dargebracht.

24./I. 1916

Rom, 23. d. (Stefani.) Ein Communiqué des österreichisch-ungarischen Kriegspressequartiers bestreitet die Richtigkeit der in unserem Kriegsbulletin enthaltenen Nachricht betreffend den gegen unsere Stellungen am Monte San Michele am 2. Januar unternommenen Angriff, der mit schweren Verlusten für den Feind abgeschlagen wurde. Infolge der österreichisch-ungarischen Darstellung hätte es sich nur um eine einfache Erkundung einer von einem Korporal geführten Patrouille gehandelt, welche die Unstrigen mittels zehn in überraschender Weise geschleuderten Handbomben aus ihrer Stellung vertrieben haben und sodann unversehrt zurückgekehrt sein soll.

In Wahrheit wurde der Angriff gegen unsere Schützengraben von Gruppen unternommen, denen allerdings Patrouillen vorausgingen, welche Handbomben schleuderten. Der Angriff wurde kräftig zurückgeschlagen und der Feind gezwungen, sich in Unordnung zurückzuziehen, wobei er über fünfzig Tote und Verwundete auf dem Gelände ließ. Jedesmal wenn das Kriegspressequartier zugeben muß, daß ein Angriff auf unsere Stellungen zurückgeschlagen wurde, greift es zu dem verbrauchten Mittel, aus diesem Angriff eine einfache Erkundung zu machen, die von einem Korporal

25./I. 1916

Die Internationale und die deutsche Sozialdemokratie.

Was muß die deutsche Sozialdemokratie tun, um würdig zu werden, in die Internationale wieder einzutreten? Hierauf antwortet nach der „Internat. Corr.“ Charles Albert in der „Detaillé“ vom 18. Januar:

„1. Die deutsche Sozialdemokratie muß ohne Vorbehalt anerkennen, daß die Mittelmächte Europa angegriffen haben.

2. Sie muß anerkennen, daß insolgedessen eine Sühne nötig sei; diese Sühne muß in zwiefacher Form zum Ausdruck kommen: Entschädigung an die verheerten Länder und Rückgabe aller Gebiete, die sie gegen den Willen der Völker besetzt halten.

3. Zusammenarbeit mit uns im Ergreifen von allgemeinen Maßregeln, die den Zweck haben, eine stufenweise vorzunehmende *Ab r ü s t u n g* und eine rechtliche Organisation der internationalen Beziehungen herbeizuführen.“

Wenn die deutsche Sozialdemokratie diese drei wichtigen Bedingungen annehme, so verpflichten sich die französischen Anarchisten, mit allen Mitteln und Kräften die wirtschaftliche und politische Freiheit Deutschlands zu verteidigen.

*

Die Hamburger Sozialdemokraten gegen die Minderheit. In einer Delegiertenversammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs wurde nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Dieß von der stark besuchten Versammlung mit allen gegen 40 Stimmen die folgende von den Parteivorständen vorgelegte Entschliebung angenommen: „Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburg mißbilligt die Abstimmung der 20 Genossen und die von ihnen im Reichstag abgegebene Sondererklärung. Es war bisher bei uns Grundsatz, trotz des Bestehens von Meinungsdivergenzen die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach außen zu wahren. Die Spaltung der Fraktion muß schließlich auch zum *D i s z i p l i n b r u c h* in den Reihen der Partei- und Gewerkschaftsorganisation führen, wodurch die gesamte Arbeiterbewegung schwer geschädigt würde.“

Ein vergeblicher Schachzug.

N. Berlin, 24. Jan. (Priv.-Tel.) Nach allem, was der amtliche Heeresbericht aus Wien über die Fortschritte der österreichisch-ungarischen Truppen in Montenegro meldet, die Besetzung von Stutari, das von den Serben, die es innehatten, ohne Widerstand geräumt worden ist, die Besetzung einiger kleiner Städte in Montenegro selbst, und daß sich die Entwaffnung des Landes bis zur Stunde ohne Reibung vollzog, daß viele sogar die Gefangenschaft dem freien Aufenthalt im eigenen Lande vorziehen, das alles bestätigt, was wir bereits ausgesprochen haben, daß der militärische Teil dieses montenegrinischen Rätsels gelöst ist. Man darf erwarten, daß in den nächsten Tagen das weitere Fortschreiten der Entwaffnung, Unterwerfung und Besetzung des Landes von Wien aus gemeldet werden wird.

Darnach scheint also der mit einem gewissen Stolz von dem montenegrinischen Minister Muskowitsch behauptete schlaue Schachzug, oder soll man sagen Gaunerstreich, der den Montenegrinern Zeit verschaffen sollte, ihre Truppen zu neuem Widerstand zu sammeln, nichts genützt zu haben. Nun bleibt noch die Frage, ob Friede geschlossen werden wird und wie er geschlossen werden soll. Es deutet so ziemlich alles darauf hin, daß König Nikolaus nicht nur zur Unterwerfung, sondern auch zum Friedensschluß geneigt war. Nun ist er aber über Italien, das er recht schnell passiert hat, nach Frankreich gegangen, wo seine Frau und Töchter schon sind. Frankreich dürfte nicht ein geeigneter Ort für irgendeinen mit der Entente bisher verbündeten Staatsmann oder König sein, um von dort aus Friedensverhandlungen zu führen, und es ist auch nicht klar, warum der König und seine Familie nach Frankreich gehen, wo doch Italien näher liegt. Aber vielleicht darf man daran erinnern, daß es Familienverhältnisse gibt, die es einem Teil erwünscht machen, lieber in der Fremde, als bei Verwandten zu sein. Das Verhältnis zwischen dem König von Montenegro und seinem königlichen Schwiegersohn in Italien ist schon seit Jahren nicht gut gewesen. Personen, die den König und sein Land kennen, vermuten, daß der mit Versprechungen und Drohungen ja nicht kargerde Bierverband, der in dem Prinzen Mirko einen Helfer gefunden haben dürfte, den König bestimmt habe, durch die Flucht nach Frankreich sein Abkommen mit Oesterreich-Ungarn wieder preiszugeben. Daß der Bierverband ein Interesse daran hatte, leuchtet ohne weiteres ein, denn die Kapitulation Montenegro war ein zu sichbares Zeichen für den Zusammenbruch der Ententesache, als daß diese nicht alles hätte daran setzen sollen, um durch einen Widerruf und Abfall den Schaden wieder gutzumachen.

Die Welt wird sich aber nicht täuschen lassen. Militärisch ist Montenegro erledigt und ob Oesterreich-Ungarn — Deutschland bestudet sich mit Montenegro nicht im Kriege — heute oder morgen der militärischen Unterwerfung des Landes den Frieden folgen läßt, ist von untergeordneter Bedeutung.

Der Druck der Entente auf Montenegro.

München, 24. Jan. (Priv.-Tel., zens. Frkt.) Von besonderer Seite wird der „Münchener Post“ aus Italien über die Vorgänge in Montenegro geschrieben: Kaum wurde die Nachricht von der Unterwerfung Montenegro in Paris und London bekannt, als man sich an beiden Orten darüber klar war, welchen schlimmen Eindruck und welche Folgen dieser erste Separatfrieden haben könnte. Da man aber die eigentlichen „Schuldigen“ noch mehr in Rom als in Cetinje vermutete, hat man mit den stärksten Mitteln gearbeitet, um die Sache rückgängig zu machen. Barrère, der Botschafter Frankreichs, begab sich noch am Abend des denkwürdigen 16. Januar zu Sonnino und beifachte von ihm in den stärksten Ausdrücken, die hart an Drohungen grenzten, man solle den montenegrinischen Frieden rückgängig machen. Am nächsten Morgen bearbeitete in gleicher Weise der englische Botschafter Kennell Rodt den italienischen Minister des Aeußeren. Diesem blieb nichts anderes übrig, als in der Villa Ada mitzuteilen, man müsse sich ins Unvermeidliche fügen. Hierauf große neue Beratung zwischen dem Königspaar, Sonnino und Salandra, die zwar ergab, man könne nicht unmittelbar Hilfe über die Adria an Nikolaus senden, aber man müsse ihn doch auffordern, wortbrüchig zu werden. Nur solle dies in einer geschickten Form geschehen. Dann geheime Zusammenkunft Victor Emanuels mit dem in Süditalien weilenden Prinzen Mirko von Montenegro, der der Führer der chauvinistischen Ultras des kleinen Landes ist. Bei dieser Entrevue wurden die Rollen für die nun stattfindende Komödie aufgeteilt. Zugleich gab man der Königin Milena und ihren

Töchtern Bera und Kenia, um Italien nicht weiter zu kompromittieren, den Rat, das Ziel ihrer Flucht nicht in Rom zu suchen, sondern sich auf französischen Boden zu begeben. In Montenegro hatte indessen die Ablieferung der Waffen an Oesterreich begonnen. Der größere Teil des Heeres war auch mit der Kapitulation einverstanden. Nur ein kleiner Teil, an dessen Spitze die Generale Mikowitsch und Bukowitsch standen, opponierte. Es lief zunächst ein Telegramm des montenegrinischen Generalkonsuls in Paris ein, die Entente bestehe auf der Fortsetzung des Kampfes. Zunächst zögerte Nikolaus, aber er begab sich doch von Stutari, wo er sich den Oesterreichern zu nahe befand, nach Podgorika, wo sich der opponierende Teil des montenegrinischen Heeres und Reste der serbischen Armee aufhielten. Für den äußersten Fall wollte er sich von ihnen zwingen lassen, sein Wort rückgängig zu machen. Dort erreichten ihn nun die römischen Nachrichten, die eine andere Lösung vorschlugen. Damit Nikolaus und sein Sohn Peter nicht ihr Versprechen, die Waffen nicht mehr gegen Oesterreich zu führen, brächen, sollten sie sich ebenfalls nach Lyon begeben, während Prinz Mirko nach Montenegro zu fahren hatte, um dort das Kommando des weiterkämpfenden Heeres zu übernehmen. Der König ging nach einigem Zögern nach San Giovanni della Medua, um sich bald von dort nach Lyon einzuschiffen. So glaubt er seine „königliche Ehre“ gerettet zu haben.

Eine montenegrinische Entschuldigung.

Paris, 24. Jan. (Priv.-Tel., indir., zens. Frkt.) Das „Journal“ läßt sich von seinem Petersburger Korrespondenten die nachstehende Erklärung des montenegrinischen Obersten Popowaz melden: „Es ist unrichtig, daß die montenegrinische Armee 35 000 Mann zählte, daß 3000 Serben bei der Verteidigung des Lomischen mitwirkten und daß eine zahlreiche schwere Artillerie von den Franzosen herbeigeschafft worden sei. Nur 5800 Montenegriner hielten den Lomischen besetzt. Es standen dort nur

hier alle Zwölzfußgeschütze, die kürzlich in Italien gekauft worden waren, und sechs alte russische Geschütze ohne Munition. Montenegro hat keine Unterstützung erhalten, selbst nicht von der Seeseite her. Antivari konnte von der österreichischen Flotte beschossen werden, und Schiffe mit Lebensmitteln wurden verfeuert. Sechs österreichische Panzerschiffe konnten den Lomischen bombardieren. Wir konnten nicht auf Hilfe warten. Die Hälfte unserer Zivilbevölkerung war Hungers gestorben. Wir hatten nur 23 Feldgeschütze mit 38 Geschossen für jedes Geschütz. Unsere Gewehre waren abgenutzt. Auch hatten wir nur 130 Patronen für jedes Gewehr. Unsere Mannschaften waren ohne Schutzzeug, ohne Kleidung und ohne Nahrung. Es ist unrichtig, daß Essad Pascha den Oesterreichern den Krieg erklärt hat. Die Albaner sind unsere Feinde. Von den 70 000 Mann, die wir zu Beginn des Feldzuges aufgestellt hatten, blieben nur 15 000 hungrige Unglückliche, die in Verhältnis von 1:20 kämpften.“ Der Oberst schloß mit den Worten: „Es wäre demnach keine Schande, wenn 10 000 bis 15 000 Unglückliche kapituliert hätten. Aber was auch eintreten mag, so wird man uns im Frühjahr wiederfinden.“

Die Besiznahme von Montenegro.

L. v. B. Wien, 24. Jan. (Priv.-Tel., zens. Frkt.) Ohne Schwertschlag ist Skutari von den Oesterreichern in Besitz genommen worden. Die gartenreiche Hauptstadt Nordalbaniens, die 25 Kilometer vom Meere entfernt ist, hatte ihre besondere Wichtigkeit als Stapelplatz Albaniens. Die Verhandlungen über die Durchführung der Waffenstreckung in Montenegro sind inzwischen zu Ende geführt. Einzelnen montenegrinischen Sicherheits- und Grenzwachorganen wurden die Waffen belassen. Soweit es möglich war, haben unsere Truppen auch den Schutz des Eigentums und der Personen übernommen. Im allgemeinen ereigneten sich bei der Waffenstreckung keinerlei Zwischenfälle. Unsere Notelungen haben, wie im Tagesbericht mitgeteilt wurde, Nikitsch, Podgorika und Danilowgrad bezogen. Podgorika und Nikitsch sind die wichtigsten Handelsplätze. Letzteres galt als der Hauptstapelplatz für den Verkehr mit Oesterreich-Ungarn. Nikitsch hatte die Aufgabe, Mittel- und Nordmontenegro mit Produkten aus unserer Monarchie zu versorgen. Podgorika bezog vor dem Balkankrieg nur noch zum Teil Waren aus Skutari und hatte auch direkte Verbindungen mit Italien.

Stockholm, 24. Jan. (Priv.-Tel., zens. Frkt.) Der neuernannte russische Gesandte für Cetinje, Islawin, erhielt telegraphisch die Aufforderung, in Italien zurückzubleiben. Der bisherige Vertreter Russlands verweilt nach den letzten Nachrichten noch am montenegrinischen Hofe.

Die Spannung zwischen Japan und China

Zu Japans neuen Forderungen

Wl. E. Japans erneuerte Forderungen gegen China kommen nicht überraschend. Während des europäischen Krieges ist der Panjapanismus mächtig erwacht und er will, daß China eine Art Vasallenstaat Japans werde. Japan sieht keine bessere Gelegenheit, die „Koreanisierung“ des „blühenden Reiches der Mitte“ zu verwirklichen. Dieses zeigte ganz klar der letzte Vertrag zwischen China und Japan, der den Japanern die größten Konzessionen in China gewährt hat und der unter dem militärischen Druck Japans abgeschlossen wurde. Die tatsächliche Ausführung dieses Vertrages sollte schon am 7. September 1915 beginnen, sie wurde aber infolge der äußerst feindlichen Kundgebungen der Chinesen und auch teilweise durch die Erklärungen Amerikas auf zwei Monate verschoben. Der japanische Botschaftsrat bei der chinesischen Regierung in Peking sagte einem Mitarbeiter der japanischen Zeitung „Osaka Mainzi“ damals ganz offen, daß dieser chinesisch-japanische Vertrag für Japan bloß negative Resultate ergeben werde. Japan müsse unbedingt neue Verhandlungen mit China anknüpfen, um die territorialen Rechte der Japaner in der Mandchurei und Ostmongolei zu sichern. Sonst werden nach der Meinung dieses japanischen Diplomaten die bisherigen Konzessionen den Japanern keine Erfolge in China bringen. Wie wir aus der „Rjetsch“-Meldung sehen, arbeitet das Kabinett zu Tokio gegenwärtig die weiteren Forderungen gegen China aus.

Bisher waren die Japaner wohl im Ungewissen, wie sich Rußland im Falle eines japanisch-chinesischen Krieges verhalten werde. Die russischen Preshäuserungen über das japanische Vorgehen in China lauteten nämlich nicht etwa wie Loblieder. Das große liberale Moskauer Blatt „Rußtija Wjedomosti“ schrieb: „Die japanischen Forderungen an China bedeuten nichts anderes, als eine Aegyptisierung Chinas. Die Forderungen lokalen Charakters sind schon an sich ernst genug. Ihre Verwirklichung würde China größtenteils zu einer japanischen Kolonie machen. Aber die allgemeinen Forderungen gehen viel weiter und machen die politische Unabhängigkeit Chinas geradezu zu einer Fiktion. Beim Durchlesen des Programms denkt man unwillkürlich an die englisch-ägyptischen Beziehungen; es ist möglich, daß sie sogar als Vorbild dienen. Sehr wahrscheinlich haben die Alliierten Japan eine genügende Bewegungsfreiheit in China zugestanden; aber natürlich nur in bestimmten Grenzen. Das jetzige japanische Programm übersteigt diese Grenzen. Die Verwirklichung des Programms ist vom Standpunkt der vitalsten Interessen der europäischen Mächte aus vollkommen unzulässig.“ Dieselbe Meinung vertritt der radikale Petersburger „Denj“. Auch die „Rjetsch“ hat noch kürzlich über die „teuren Dienste“ Japans in Ostasien gesprochen.

Wir haben aber noch dieser Tage im „Bund“ (vergleiche unsere Nummer 28 vom 17. Jan.) betont, daß die Reise des Großfürsten Georgy Michailowitsch nach Tokio eine wichtige politische Mission darstellt. Die „Wjeshewija Wjedomosti“ haben unsere Vermutung bestätigt, indem sie dieses offen verkünden. Jetzt fügen wir noch folgende Aeußerung des Moskauer Großindustriellen-Organs „Utro Rossiji“ bei: „Unser Ministerium des Aeußern erklärt, daß die Forderungen Japans gegen China außer unserer Einflußsphäre in China sich befinden und deshalb die weitere Entwicklung dieser Verhandlungen unsere Lage in Ostasien und unsere Beziehungen zu China nicht berührt.“

Aus dieser Meldung des Moskauer Blattes dürfen wir entnehmen, daß Japan eine große Handlungsfreiheit in Ostasien zugestanden worden ist. Ob Amerika noch immer die früher mehrmals verkündete starkhändige Entschlossenheit besitzt, die offene Tür in China aufrechtzuerhalten und Chinas Unabhängigkeit zu verfechten, darüber liegen bisher keine Meldungen vor. Das neue „blühende Reich der Mitte“ unter Kuanschikais starker Hand wird übrigens sicherlich selbst den Hoffnungen

und Wünschen Japans entgentreten. Der wohlbekannte russische Publizist W. Wenschikow äußert in der „Nowoje Wremja“ die Ansicht, daß China gar nicht so schlecht für alle Möglichkeiten vorbereitet sei. Vielleicht werden die Japaner das noch einsehen und ihre Forderungen wieder auf zwei Monate verschieben. Ungeachtet dessen, daß sie die letzten Unruhen in Süchina laut der „Rjetsch“ angestiftet hatten, waren die Japaner ja sogar in der letzten Zeit noch immer bemüht, die guten Beziehungen mit China wieder herzustellen. Auch der kluge Juanschikai scheint bemüht zu sein, Japan zu bewegen, seine Haltung gegen China zu ändern. Laut russischen Meldungen werde sich der chinesische Ackerbau- und Handelsminister nach Tokio begeben, um Chinas Glückwünsche zur Krönung des Milado zu überbringen. Dieser Reise wird selbst in der russischen Presse eine große Bedeutung zugemessen. Es soll nämlich die Frage der Wiederherstellung der Monarchie zur Erörterung kommen. In der japanischen Zeitung „Asahi-Simbun“ ist ein Artikel des chinesischen Ministers des Aeußern, Lutschschensün, über die chinesisch-japanischen Beziehungen veröffentlicht worden, in welchem der chinesische Staatsmann erklärt, daß die wieder hergestellte Monarchie Chinas ihr Staatswesen nach dem Muster Japans reorganisieren werde.

Die Neutralität Schwedens.

Erklärungen des schwedischen Ministerpräsidenten im Reichstag.

Stockholm, 24. Januar.

Im schwedischen Reichstag begann die mit großem Interesse erwartete Budgetdebatte. Die Tribünenplätze waren dicht besetzt. In der Ersten Kammer wohnte der Kronprinz der Sitzung bei.

Ministerpräsident Hammarskjöld hielt in der Zweiten Kammer eine große Rede, die er später in der Ersten Kammer wiederholte und worin er betonte, daß keine Ursache bestehe, im In- oder Ausland daran zu zweifeln, daß die Politik der schwedischen Regierung eine Politik der Neutralität sei. Ein deutlicher Beweis dafür sei in den Worten und Handlungen der Regierung gegeben. Die darüber aufgetretenen Zweifel seien krankhaftem Mißtrauen oder Mangel an Verständnis, was ehrliche und unparteiische Neutralität bedauere, zuzuschreiben.

Bei einer Gelegenheit im vorigen Sommer, führte der Ministerpräsident weiter aus, suchten wir unseren Standpunkt zu erklären. Wir wiesen die Vorstellung zurück, daß unsere Politik bedeuten sollte, daß das Aufgeben unserer Neutralität unter keinen Umständen in Frage kommen dürfte. An diese Zurückweisung, die sich auf jeden Versuch bezog, in unsere Politik etwas anderes hineinzulegen als das, was wir meinen, wurden folgende Worte gefügt: In Uebereinstimmung mit den abgegebenen Neutralitätserklärungen und mit den unzweideutigen Aussprüchen des Königs bei verschiedenen Gelegenheiten ist es unser warmer Wunsch, den Frieden zu bewahren, und unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu wirken. Wir rechnen aber auch mit Möglichkeiten, bei welchen Schweden trotz aller unserer Bemühungen die Wahrung des Friedens nicht mehr möglich wäre.

Durch diese Worte und den übrigen Inhalt derselben Rede, die im großen und ganzen vom König und von allen Mitgliedern der Regierung vollständig gebilligt worden war, wurde unsere Politik so genau und deutlich gekennzeichnet, wie es ohne ein unangebrachtes und sogar undenkbares Eingehen auf wirkliche oder angenommene Fälle überhaupt möglich war. In einer späteren Rede wurde weiter betont, daß ausschließlich schwedische Gesichtspunkte in Betracht kommen sollen, mithin Sympathien nicht entscheidend sein dürfen. Nach solchen Grundsätzen verfahren wir bisher. Wenn irgendwo die Auffassung besteht, als wären wir parteiisch gewesen, beruht sie entweder auf einem unrichtigen Gesichtspunkte oder einer ungenügenden Kenntnis der Verhältnisse.

An den Grundsätzen der bisher von uns befolgten Politik halten wir fest; sie gilt auch für das Verhältnis Schwedens zu den übrigen Neutralen. Unter diesen suchten und erzielten wir, besonders von Dänemark und Norwegen, die Mitwirkung für gemeinsame Ziele. Daß die gemeinsamen Bestrebungen für das Recht und das Wohl der neutralen Mächte wie für die Aufrechterhaltung des in der Thronrede erwähnten Völkerrechtes nicht einen größeren Umfang angenommen haben, sind wir die Ersten, zu bedauern. Dies liegt an Verhältnissen, woran wir kein Teil haben und worüber wir kein Recht haben, ein Urteil auszusprechen. Das aber wollen wir feststellen, daß nach unserer Ueberzeugung der Erfolg solcher Bestrebungen nicht nur ein materieller und ideeller Gewinn für Schweden und die anderen neutralen Länder, sondern auch für die kriegführenden, ja sogar für ganz Europa sein würde.

Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegführende Macht es vielleicht bereuen, daß sie wegen zufälliger, oft zweifelhafter Vorteile die Verträge und Gebote des Völkerrechtes zerriß, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können. Es ist kaum möglich, zu bestreiten, daß gewisse Schwierigkeiten besonders im Erwerbsleben vorläufig hätten gemildert werden können, wenn wir weniger genau in der Aufrechterhaltung der wirklichen unparteiischen Neutralität auch in handelspolitischen Fragen gewesen wären. Diese Erleichterungen wären uns doch nur vorläufig von Nutzen gewesen. Unsere eigene Erfahrung zeigt, daß infolge der fortwährenden schnellen Verschärfung des Handelskrieges oft nur eine kurze Dauer unsicherer Genusses von Vorteilen durch allgemeine Berabredungen erwartet werden kann. Aus anderen neutralen Ländern erfährt man auch, daß bald neue Forderungen durch die gemachten Zugeständnisse veranlaßt werden; Zugeständnisse führen leicht weiter und weiter von der wirklichen Neutralität fort.

Wenn wir uns jetzt den bedenklischen Beschränkungen von Recht und Freiheit fügten, wäre andererseits zu befürchten, daß die Beschränkungen sogar in noch größerem Umfange nach dem Kriege fortbestehen würden, wie auch daß die folgende Zeit als endgültiges Ergebnis eine ökonomisch wie politisch schmerzliche Abhängigkeit ergeben würde. Obgleich wir, wie gesagt, im Interesse unserer Neutralität und Selbständigkeit vielleicht auf gewisse zufällige Vorteile verzichteten, so ist doch das Gesamtergebnis unseres Erwerbslebens bei uns nicht schlechter als in anderen neutralen Staaten.

Beide Kammern für die Neutralität.

In der Ersten Kammer erklärte der Führer der Rechten, Trygger, seine Partei wünsche jetzt wie vor einem Jahre die Aufrechterhaltung der Neutralität nach allen Seiten. Er sei überzeugt, daß die Regierung beabsichtige, die Neutralität nach den Grundsätzen des Völkerrechtes aufrechtzuerhalten. Der gegenwärtige Zustand sei kein Rechtszustand, sondern ein Zustand der Gewalt auf der einen Seite und der Unterwerfung auf der anderen. Schweden könne nicht auf seine Rechte verzichten. „Lieber, als daß wir auf unseren Anspruch auf Achtung und Ehre verzichten,“ fuhr Redner fort, „wollen wir uns den größten Entschuldigungen und Opfern unterwerfen. Schweden darf aus dieser Weltkrise nicht mit einer Minderung seiner Ehre und Souveränität hervorgehen, sondern geehrt und selbständig.“

Der Führer der Liberalen, Kvarnzelius, erklärte als unerlöschliche Meinung seiner Partei, der überwiegenden Mehrheit des schwedischen Volkes, daß es notwendig und das beste sei, die unparteiische Neutralität beizubehalten. Er sprach seine und seiner Partei Uebereinstimmung in dieser Hinsicht mit der Regierung aus.

Der gewesene Minister Alfred Petersson (liberal) drückte die Ueberzeugung aus, daß es der Wille der Regierung sei, die unerlöschliche Neutralität aufrechtzuerhalten. Die schwedische Neutralität müsse so offenbar sein, daß kein Zweifel an ihrer Ehrlichkeit entstehen könne.

In der Zweiten Kammer sagte der Führer der Liberalen Eden: Eine Neutralitätspolitik ohne Hintergedanken und korrekt nach allen Seiten ist das, was das Land wünscht und die erste entscheidende Bedingung für das Zusammenarbeiten mit der Regierung. Redner hob die Tatsache hervor, daß der Aktivismus eine schlechte Wirkung außerhalb der Grenzen Schwedens hervorgerufen habe. Es sei eine Angelegenheit von der größten Bedeutung für die Regierung, die Rechte und das ganze Land, daß man sich von den aktivistischen Elementen frei mache. Man erklärte, der Aktivismus sei tot; er sei aber in neuer Gestalt aufstanden und auf handelspolitischem Gebiete hervorgetreten.

Der Führer der Sozialdemokraten Branting sprach die Besorgnis aus, daß die Haltung der Regierung nicht mehr so deutlich neutralitätsfreundlich wie bisher sei. Im Falle des Ausführverbotes für Papiermasse verjuchte man eine reine Expressepolitik. Aus den unteren Schichten des ganzen Volkes steige klarer und klarer die Forderung nach gerechter Neutralität empor.

25. / 1. 1916

Die Neutralität Schwedens

Der Führer der Rechten, der ehemalige Staatsminister Lindman, erklärte, die Partei der Rechten billige jetzt, wie bisher, die Neutralität. Redner fuhr fort: Die Neutralität muß aufrechterhalten und unsere Interessen müssen geschützt werden. Man darf die Kriegführenden nicht zu dem Glauben kommen lassen, daß Schweden nach Belieben behandelt werden könne. Dies kann man eine aktive Neutralität nennen, im Gegensatz zu einer passiven. Was wir wollen, ist, daß wir unter Aufrechterhaltung unserer Neutralität mit offenen Augen den Ereignissen folgen und unsere Rechte schützen. Das große Gebäude des Völkerrechtes steht kaum mehr, sein Grund erwies sich als von lockerster Art. Für das neutrale Schweden ist es eine Ehre, nicht an der Niederreißung des Völkerrechtes teilzunehmen. Wir haben ein Recht, von den Kriegführenden nach den bisher geltenden Rechtsätzen behandelt zu werden. Wir sind auch verpflichtet, das zu erfüllen, was diese selben Rechtsätze einem neutralen Staate auferlegen. So wollen wir fortfahren.

Die Mitglieder der linken Parteien in beiden Kammern tadelten die Regierung, weil sie im vorigen Jahre, ohne den Reichstag zu hören, die Kosten für die Neutralitätswache bereitstellte. Sie besprachen auch die Lebensmittelsteuerung.

Stockholm, 24. Januar.

Auf die Rede des Ministerpräsidenten reflektierend, führte der Sozialdemokrat Branting noch aus, die Regierung habe sich über die möglichen Folgen ihrer Neutralitätspolitik nicht klar genug ausgesprochen. Es sei die Frage, ob die Nation größeren Gefahren ausgesetzt werden müsse lediglich wegen der genauen Auslegung des Völkerrechtes, auf die sich die schwedische Politik jetzt stütze. Es sei notwendig, ein vernünftiges Uebereinkommen zu treffen und eine Entspannung der Lage zu erzielen, nicht aber sich durch angeblich unüberbrückbare Gegensätze zum Äußersten bringen zu lassen.

Neutralität — aber nicht um jeden Preis.

Ministerpräsident v. Hammarskjöld wiederholte seine Versicherung, daß die Regierung die Erhaltung des Friedens wärmstens wünsche, daß aber damit gerechnet werden müsse, daß dies trotz aller Anstrengungen unmöglich werden könnte.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Griechische Kammer.

Athen, 24. Jänner. (Meldung der Agence Havas.) Die Eröffnung der Kammer hat unter den üblichen Feierlichkeiten stattgefunden. Ministerpräsident Skuldis verlas die königliche Verordnung betreffend die Eröffnung der Kammer, wobei die Abgeordneten in den Ruf „Es lebe der König!“ ausbrachen. Es folgte die Eidesleistung, worauf sich die Kammer wieder vertagte.

Der Tag der nächsten Sitzung ist noch nicht bestimmt.

Auch die Abgeordneten des nördlichen Epirus haben an der Eröffnung der Kammer teilgenommen und den Eid geleistet.

Der englische Wirtschaftskampf gegen die Zentralmächte.

Am 10. d. fand im englischen Unterhause eine äußerst interessante Debatte über englische und deutsche Wirtschaftsprobleme im allgemeinen und über den britischen Wirtschaftskampf gegen den deutschen Wettbewerb im besonderen statt.

Den Anlaß zu dieser Auseinandersetzung gab ein Antrag des konservativen Parlamentsmitgliedes William A. S. Hewins (sprich Juins), der wie folgt lautete:

Um die Macht der Alliierten zum Zwecke der Fortsetzung des Krieges zu vermehren, soll die Regierung sofort in Beratungen mit den Regierungen der selbständigen Kolonien eintreten, damit sie mit deren Hilfe die gesamte wirtschaftliche Kraft des Reiches mit der unserer Alliierten zusammenwirken läßt in einer gegen den Feind gerichteten Politik.

Dieser langatmige Antrag riecht nach der Studierstube. Hewins war früher Professor der Volkswirtschaftslehre an der Londoner Universität, dann wurde er der wissenschaftliche Berater Josef Chamberlains, als dieser im Mai 1903 in die Schutzolllogitation eintrat. Er legte bald die Professur nieder, um seine ganze Kraft dem Tarifreformbund widmen zu können.

Hewins belehrte das Unterhaus, daß die ganze deutsche Politik und Kriegstrategie auf wirtschaftlicher Grundlage beruhen, während in England Wirtschaft und Krieg voneinander geschieden sind. Deutschland hat vor dem Kriege und während des Krieges Wirtschaftspolitik getrieben und ergreift bereits wirtschaftliche Maßregeln für die Zeit nach dem Kriege; es ist bereits tätig, einen mitteleuropäischen Zollverein zu gründen, und zwar auf Grundlage des Chamberlainschen Planes: Schutzölle nach außen, Vorzugstarife im Innern. Es organisiert die wirtschaftlichen Hilfsquellen der besetzten Gebiete und stellt ihre Rohstoffe und Produktionskräfte unter seine Aufsicht. Ein neues Wirtschaftsgebiet ist unter deutscher Leitung im Entstehen begriffen. Nach dem Kriege wird Deutschland infolge seiner Papierwährung gezwungen, so wenig als möglich einzuführen und so viel als möglich auszuführen. Es wird auch für die Folge auf die ökonomische Aktion, in der es sich so tüchtig erwiesen hat, das größte Gewicht legen. Es ist Zeit, daß die Briten Deutschland erklären, daß sie es ihm nicht mehr gestatten werden, die Metallschätze britischer Kolonien zu beherrschen. Das britische Reich muß sich eben falls zollpolitisch zusammenschließen.

Auch Frankreich, Rußland und Italien würden England dankbar sein, wenn es ihnen hilft, sich von der wirtschaftlichen Oberherrschaft Deutschlands zu befreien. B. C. Peto, Parlamentsmitglied für Devon, verlangte die Wiederbelebung der Navigationsakte, um die deutsche Schifffahrt vom britischen Reiche fernzuhalten. Professor Prothero, Vertreter der Oxford-Universität, führte aus, daß die Deutschen den Krieg unternommen hätten, um den mitteleuropäischen Zollverein herzustellen, mit Einschluß des Balkans und der Türkei — von Hamburg bis Bagdad. Wird dieser Plan verwirklicht, so müssen sich ihm auch Griechenland und Rumänien anschließen oder sie werden einfach erdrückt. Der alte Algerier und frühere Minister H. Chaplin sagte: Deutschland hat seine ökonomische Macht ebenso stark organisiert wie seine militärische. Die deutsche Ausfuhr wuchs enorm, aber in ihr liegt auch die Möglichkeit für die Alliierten, einen mächtigen Druck auf Deutschland auszuüben: 48 Prozent der deutschen Ausfuhr gingen nach den Ländern der Alliierten, die, wenn sie nunmehr zollpolitisch zusammenwirkten, Deutschland veranlassen würden, dem Kriege ein Ende zu machen. Professor Macsuder (Wirtschaftsgeograph, Londoner Universität) erzählte dem Unterhause, daß die Freihandelsgedanken jetzt in England in Mißkredit geraten sind. Gegenüber der Behauptung Sir Alfred Mond's, daß die Deutschen wirtschaftlich geschwächt seien und daß Amerika infolge seiner Kapitalsanhäufung als Hauptkonkurrent Englands nunmehr in Betracht komme, sagte Macsuder, man dürfe die wirtschaftliche Schwächung Deutschlands durch den Krieg nicht überschätzen. Wenn sich Frankreich nach 1870 so rasch erholen konnte, so wird Deutschland die Folgen des Krieges schnell überwinden. Seit 1870 ist die Gewalt der Menschen über die materiellen Hilfsquellen in ungehörter Weise gestiegen. Im Jahre 1870 waren nur 10 Prozent der Handelsschiffe unter Dampf; jetzt 90 Prozent. Deutschland besitzt die „Schlüsselindustrien“ und Farbstoffe, elektrische Maschinerien, optische Gläser u. s. w., wodurch es sich allen Industrienationen unentbehrlich gemacht hat. Das ist viel wichtiger als Kapitalsanhäufung. Deshalb soll die Regierung die Anregungen Hewins berücksichtigen.

Der liberale Handelsminister Runciman, früher einer der hervorragendsten Anhänger des Freihandels, griff sodann in die Debatte ein und nahm im Namen der Regierung Hewins Vorschläge und Anregungen an. In allgemeinen Zügen verglich er die wirtschaftliche Lage Englands mit der Deutschlands und meinte, die von England sei viel besser als die deutsche. Nach seinen Informationen fehlt es den Deutschen bereits vielfach an Kriegsmaterialien und wahrscheinlich auch an Nahrungsmitteln. Deutschland ist eher durch wirtschaftlichen Druck als durch andere Mittel zu besiegen. Die englische Regierung bemüht sich jetzt, diesen Druck mit voller Wucht auszuüben. Die Liste der Banngüter ist die längste, die die Welt je gesehen. Sie ist dreier- oder viermal länger als die Liste der Londoner Deklaration. Ein britischer Zollverein oder ein Zollverein der Alliierten werde zustande kommen, wenn der Krieg eine derartige Wirtschaftspolitik nötig macht. Die englisch-deutschen und die russisch-deutschen Handelsverträge werden nach dem Kriege den Deutschen nicht mehr die Vorteile bieten wie vorher. Die Meistbegünstigungsklausel hat dem englischen Handel großen Schaden zugefügt. Das britische und das russische Reich werden den Deutschen nicht mehr die friedliche Durchdringung gestatten. Der Friede muß so geschlossen werden, daß sich Deutschland nur äußerst langsam erholt. England hat jetzt die Industrien auf, in denen Deutschland bis jetzt ein Monopol hatte. Die Metallverträge, die deutsche Firmen in Kanada und Australien hatten, wurden durch den Krieg beseitigt. Die Beherrschung der Metalle durch eine Frankfurter Weltfirma wurde gebrochen. Der Einfluß der Frankfurter Firma in Australien war so groß, daß die australische Regierung ein besonderes Gesetz erließ, das diese Verträge für null und nichtig erklärte.

25. / 11. 1916

Das möglichste Wirtschaftskriegsgesetz
 zum Austritt.

Diese Wirtschaftspläne bilden tatsächlich nur das Echo der Wünsche weiter Kreise Englands. Wie der „Economist“ vom 8. Jänner in seinem Artikel: „Handel und Tarife nach dem Kriege“ mitteilt, erhält die Redaktion ganze Stöße von Briefen, die Pläne enthalten, um Englands Handel nach dem Kriege zu fördern und Deutschland und Oesterreich in einem dauernden Zustand der Verarmung zu halten. Sir John Pilter, der Ehrenpräsident der britischen Handelskammer in Paris, versendet jetzt ein ausführliches Projekt für einen Zollverein nach dem Kriege. Er nimmt an, daß „wir diesen Krieg zu einem günstigen Ende vom militärischen Gesichtspunkt führen werden“. Aber er erwartet nicht, daß Deutschland zerschmettert würde. Deshalb darf der Konflikt nicht mit dem Kriegsabschluß enden. „Die Deutschen“, sagt Sir John Pilter, „werden mit ihrer üblichen Voraussicht und Gründlichkeit nichts dem Zufall überlassen; und was auch das militärische Ergebnis sein mag, so werden sie ihr eingestandenes Ziel fortsetzen, nämlich: unseren Handel und unsere Schifffahrt zu vernichten, um auf diese Weise das britische Reich zu vernichten. Es ist also nötig, daß wir zusammen mit unseren Alliierten Maßregeln er-mögen, um unsere Handelsoberrherrschafft für die Zu-

kunft zu sichern und es unseren Feinden unmöglich zu machen, unsere einheimischen und kolonialen Märkte sowie die unserer Alliierten wieder zu erobern.“ Zu diesem Zwecke schlägt er vor: 1. Einen gemeinschaftlichen Tarif der Alliierten; 2. einen Generaltarif; 3. einen Tarif für das britische Reich. Der erstere bestimmt Höchstzölle auf die Einfuhr aus den feindlichen und neutralen Ländern. Der zweite (General-tarif) ist für Großbritannien bestimmt und setzt noch höhere Zölle fest, die aber den Gegenstand der Unter-handlung mit neutralen Ländern bilden dürfen; nach dem Kriege würden ja sämtliche Nationen als neutral gelten, aber Deutschland soll immer zu den feindlichen Nationen gezählt werden. Der dritte Teil soll nur für die Länder innerhalb des britischen Reiches gelten, deren Handel durch geringe Vorzugszölle gegenüber den Alliierten geschützt werden soll. Als Friedensbedingung sollen die Alliierten von allen feindlichen Ländern die Meistbegünstigungsklausel auf die Dauer von fünfzig Jahren erzwingen. Den Alliierten sollen die Märkte Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Balkanländer und der Türkei offen stehen; den Deutschen aber die Märkte der Alliierten ver-schlossen sein.

25./I. 1916

Kriegskalender.

13. Jänner: In Ostgalizien und an der bessarabischen Front stellenweise Geschützkampf. — Unsere Truppen vertreiben die Montenegriner aus Budua und nehmen den nördlich der Stadt aufragenden Maini Brh in Besitz; etwa sechs Kilometer westlich Cetinje leisten die Montenegriner erneut Widerstand; im Grenzraume südlich Urtovac ist der Feind geworfen. Der König und die Regierung von Montenegro bitten um Waffenstillstand zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen. — Italienische Artillerie beschießt die Ortschaften Creto und Barsowie Nago (östlich von Riya); unsere Artillerie schießt das italienische Barackenlager südlich von Pontafel in Brand. — Nordöstlich von Le Mesnil wird ein französischer Angriff abgewiesen. — Die Dienstpflichtbill in zweiter Lesung angenommen.

14. Jänner: Bei Toporouh und östlich von Karancze werden fünf große russische Angriffe abgeschlagen. — Unsere Truppen rücken in Cetinje ein; in der Verfolgung des geschlagenen Feindes überschreiten unsere Truppen die Linie Budua—Cetinje—Grab—Grabovo und bringen auch östlich von Bileca und bei Urtovac in montenegrinisches Gebiet ein. — An der Kaukasusfront scheitert zwischen Kötel und dem Paß von Harman ein russischer Vorstoß. — Prinz Danilo im Quirinal.

Tagesbefehl des König Ferdinand.

Sofia, 24. Jänner. (Meldung der Agence Telegraphique Bulgare.) Der König erließ folgenden Tagesbefehl:

Ueber Wunsch meiner teuren Armee, der mir durch Vermittlung des Generalissimus und der Führer der Truppen zur Kenntnis gebracht wurde, habe ich die mir verliehene Würde eines General-Feldmarschalls zum Zeichen der Dankbarkeit gegenüber Gott und der Anerkennung gegenüber meinen Soldaten für ihren aufopfernden Heldenmut und ihre glänzenden Siege angenommen.

25. / I. 1916

Fortschreitende Entwaffnung.

Wien, 24. Jan. (W. L. B. Nichtamtlich.) Nach amtlicher Meldung haben die österreichisch-ungarischen Truppen gestern Abend Skutari besetzt. Die serbische Besatzung von Skutari hat sich ohne Kampf zurückgezogen. Die österreichisch-ungarischen Truppen rückten gestern auch in Niksic, Danilobgrad und Podgoriza ein. Die Entwaffnung des Landes vollzog sich bis zur Stunde ohne Reibungen.

Die Bedeutungslosigkeit der Geheimgänge der montenegrinischen Politik für den Balkankrieg — soweit man bei dem Wischmatsch von Eigensinn, kluger Berechnung und „Schlebung“, durch die sich die Montenegriner von jeher ausgezeichnet haben, in der jetzigen etwas bewegten Zeit überhaupt von einer solchen Politik noch sprechen kann — ist durch den natürlichen Lauf der militärischen Ereignisse mit ziemlicher Geschwindigkeit bewiesen worden: Die Armee Koeveß hat Skutari besetzt. Der militärischen Beschäftigung des Prinzen Mirko, der, wie die verschiedenen montenegrinischen Konsulate und Generalkonsulate zu enthüllen sich beliebt haben, sich die Reorganisation des montenegrinischen Heeres — wohl auch der serbischen Trümmer — und die Verteidigung der Stadt Skutari zum Ziel gesetzt hat, ist somit unbestreitbar ein Ende bereitet worden. Skutari, die größte der albanischen Städte — sie mag wohl vor dem Krieg rund 20 000 Einwohner gehabt haben — Skutari, das Hauptziel der montenegrinischen Politik, die Stadt, die von den Truppen des Königs Nikolaus im ersten Balkankrieg nach unerhört blutigem Ringen erstickt worden ist, jedoch beim Friedensschluß an den Fürsten von Albanien verloren ging, vor vielen Monaten aber wieder von Montenegro besetzt worden ist, diese Stadt, in deren Nähe das fruchtbarste Gelände des ganzen montenegrinisch-albanischen Küstenstrichs gelegen ist, die Zentrale des Handels, ist seit dem 23. Januar in den Händen der österreichisch-ungarischen Armee. Zum zweitenmal werden die Großmächte über diesen Brennpunkt der albanischen Frage zu entscheiden haben, diesmal aber unter Ausschluß der Mächte, die nach dem Urteil des Schwerts in dieser Zone nichts zu suchen haben.

Es liegt uns fern, von einem neuen Erfolg zu sprechen. Der Einzug in Skutari und in Podgoriza ist die natürliche Folge der Ueberwindung der montenegrinischen Lotwischenstellungen, der Niederwerfung und der Kapitulation der feindlichen Armee. Wenn sich trotzdem ein Gefühl einzustellen versucht, das über die selbstverständliche Befriedigung hinausgeht, so hat dies den einfachen Grund in einer geschichtlichen Reminiszenz: Skutari, gut und energisch verteidigt, kann ein schwer zu überwindendes Bollwerk sein, die Türken haben das vor wenig Jahren unzweifelhaft bewiesen. Montenegriner und Serben haben keine Artillerie, die den Platz halten könnte; die Entente würde sie haben. Aber der italienische Ehrgeiz ist mit der sinkenden Hoffnung auf ein gutes Ende immer kleiner geworden; er konzentriert sich vorläufig auf die Bucht von Valona, das heißt auf das eigene, selbstsüchtige Interesse. Engländer und Franzosen haben aber am Balkan nur noch Augen für Salonik und die Halbinsel von Chalkidike — sich um die Bundesgenossen, die zerschlagen am Boden liegen, zu kümmern, lohnt sich nicht mehr.

Mit dem Einzug in Skutari haben die Oesterreicher albanischen Boden betreten, ihr Vormarsch beginnt der Besatzung von Valona näher zu rücken. Wohin er sich wenden wird, steht dahin. Was bis heute erreicht ist, ist dies: die voll-

kommene Absperrung Montenegros gegen die See und damit die Grundlage für den geregelten Fortgang der Entwaffnung des montenegrinischen Heeres. Der Rest, der mit den Serben abgezogen ist, kann nur ganz klein und unbedeutend sein.

Die Abreise des Königs Nikolaus.

Nach den gestern und heute eingelaufenen Mitteilungen ist kein Zweifel mehr, daß König Nikolaus von Montenegro sich den Folgen seiner Kapitulation mit Oesterreich durch die Flucht ins Ausland entzogen hat. Die Beweggründe seiner Sinnesänderung sind auch heute noch nicht ganz klargestellt. Die Darstellung der flüchtigen montenegrinischen Regierung zeigen die Absicht, glauben zu machen, daß es sich bei dem Friedensangebot um eine Kriegslist gehandelt habe, um für den Abtransport der Truppen und die Organisation der Verteidigung Albaniens Zeit zu gewinnen. Wer die Ereignisse verfolgt hat und die Besetzung und den Zorn der Entente über den „Verrat“ Montenegros mit einer nicht gemachten Ursprünglichkeit sich äußern sah, wird dieser Lesart wenig Glauben beimessen können, umso mehr als die Oesterreicher durch die Besetzung der beiden Abtrahäfen Montenegros, Antivari und Dulcigno sowie der Stadt Skutari die richtige Antwort auf die Behauptung, man habe Zeit gewonnen, erteilt haben; auch schreitet die tatsächliche Kapitulation der im Lande verbliebenen montenegrinischen Streitkräfte vorwärts, wobei die Tatsache, daß dies nicht auf Grund einer allgemeinen Anweisung der montenegrinischen Regierung, sondern nach dem jeweiligen Belieben des örtlichen Befehlshabers geschieht, eine Anhaltspunkt für die wahrscheinliche Deutung des Rätsels gibt. Es ist, wie wir schon geäußert haben, anzunehmen, daß König Nikolaus in der Tat die ernstliche Absicht gehabt hat, mit den Oesterreichern Frieden zu machen und die Sache der Entente zu verlassen, daß er aber bei seinen Truppen auf Widerstand stieß, der zugleich durch politische Erwägungen seiner Umgebung und fremder Einflüsse unterstützt wurde. Das Peinlichste am Entschluß des Königs, die Waffen zu strecken, war nämlich der Entente das darin liegende Bekenntnis, daß er von der Sache der Entente nichts mehr für sich, seine Dynastie und sein Land erhoffe. Indem man ihn bewog, seinen Entschluß zu ändern, wollte man den moralischen Eindruck des Abfalls eines Ententegenossen abschwächen; über die Vorgänge dieses Kulissenwechsels weiß man bis jetzt nichts genaueres: vor allem nicht, ob sich König Nikolaus schließlich von der Zweckmäßigkeit der Vorschläge überzeugen ließ und seinen Uebergang in das Lager der Mittelmächte als gefährlich und einseitig ansah oder ob er unter physischem Zwang handelte und sozusagen als Staatsgefangener der Ententediplomatie nach Italien verbracht wurde. Vom Standpunkt des montenegrinischen Interesses ist jedenfalls das Spiel begreiflich und nicht ungeschickt. Der König währt, indem er ins Ausland geht, der Entente gegenüber das Gesicht und kann von ihr verlangen, als Bundesgenosse behandelt zu werden, wenn sie bei dem allgemeinen Friedensschluß in der Lage sein sollte, die Anteilscheine der Genossen einzulösen. Siegen aber die Zentralmächte, so hat König Nikolaus nach seiner Rechnung nur persönlich verspielt, während er für Land und Dynastie mit dem Hinweis auf die tatsächliche Waffenstreckung auf Gnade antagen kann. Das Verbleiben des Prinzen Mirko im Lande scheint für das Bestehen dieser Spekulation einen Anhaltspunkt zu bieten. Die Frage wird nur sein, ob sich Oesterreich dann noch auf solche Gründe einlassen wird. Die Erörterung dieser Frage erscheint jedoch zur Zeit müßig, da die diplomatische Behandlung Montenegros vorläufig ausgesetzt ist und das Heer des Generals Koeveß seine Schuldigkeit zu tun wissen wird.

26./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Liebknecht und seine Wähler. Eine sozialdemokratische Kreiskonferenz des vom Abg. Liebknecht im Reichstag vertretenen Wahlkreises Potsdam-Osthavelland-Spandau hat am Sonntag folgende von Spandauer Vertretern vorgeschlagene Resolution angenommen: „Die Kreiskonferenz des Wahlkreises Spandau-Osthavelland betrachtet die Ablehnung der Kriegskredite durch die Fraktionsminderheit als die einfache Erfüllung der Parteipflicht und verurteilt die Bewilligung der Kriegskredite durch die Fraktionsmehrheit und die gegenwärtige Gesamtpolitik derselben als einen schweren Verstoß gegen die wichtigsten Parteigrundsätze. Der Parteiausschuß maßt sich durch seinen Beschluß vom 8. Januar 1916 Befugnisse an, die ihm nicht zustehen. Dieser Beschluß verstößt aufs schwerste gegen das Organisationsstatut und Parteitagbeschlüsse . . . Die Kreiskonferenz erklärt sich mit dem Vorgehen des Genossen Liebknecht im Parlament und gegenüber der Fraktion vollständig einverstanden. Sie eruchtet den Genossen Liebknecht, sich durch nichts abhalten zu lassen, die Interessen des Proletariats entsprechend in den Parlamenten zu vertreten.“

Gegen ein Mitglied der Fraktionsmehrheit im Reichstag. Der Reichstagsabgeordnete Haberland für Düsseldorf gehört zu der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Düsseldorf aber hat den 20 Parteigenossen der Minderheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die gegen die Kriegskredite stimmten, ihre Sympathie ausgesprochen. Sie bedauert, daß auch nicht die übrigen Mitglieder der Minderheit sich diesem entschlossenen Vorgehen angeschlossen haben. In dem Vorgehen der Mehrheit der Fraktion im preußischen Landtage erblickt die Versammlung die Betätigung sozialistischer Politik, wie sie den Grundsätzen der Partei entspricht. Die Versammlung erwartet, daß die gesamte Fraktion, sowohl die des Reichstags als auch die des Landtags, sich bald zu dieser Politik zurückfinden möge.

26. / I. 1916

Kriegskalender.

15. Jänner: Im Raume von Toporouh und östlich von Karancze greifen die Russen wiederholt mit 12 bis 14 Glieder tiefen Sturmkolonnen an; sie werden wieder vollständig abgewiesen. — Südlich von Verane erstürmen unsere Truppen die Schanzen auf der Höhe Gradina; aus Spizza sind die Montenegriner vertrieben; in Cetinje werden 154 Geschütze, 10.000 Gewehre sowie viel Munition und Kriegsmaterial erbeutet. — Unsere Truppen entziehen den Italienern bei Oslavija eine seit der letzten Schlacht stark ausgebauten Stellung; italienischer Flieger über Laibach. — Der erste Balkanzug verläßt Berlin.

16. Jänner: Montenegro nimmt unsere Forderung nach unbedingter Waffenniederlegung an. — Am Tolmeiner Brückenkopf nehmen unsere Truppen einen feindlichen Graben; sowohl an der Sonzo- als auch an der Tiroler Front lebhafteste Geschützkämpfe. — Die Engländer beschließen das Stadttinnere von Lilla. — An der Kaukasusfront scheitern wieder stärkere russische Angriffe. — Truppen der Alliierten zerstören den Bahnhof und die Gasse von Kilindir. — Der britische Dampfer „Coquet“ gesunken.

17. Jänner: Im Raume östlich von Karancze vertreiben unsere Truppen die Russen aus einer vorgeschobenen Stellung. — An einzelnen Punkten unserer Südwestfront heftige Geschützkämpfe; der Kirchenrücken von Oslavija wird wegen des dorthin vereinigten feindlichen Geschützeuers von unseren Truppen wieder geräumt. — Ankunft serbischer Truppen und des serbischen Kronprinzen auf Korfu; die Franzosen verhaften auf Korfu unseren Konsul und den Vertreter des Oesterreichischen Lloyd. — Protest der I. u. I. Regierung gegen die Besetzung von Korfu.

18. Jänner: Die Russen ziehen neuerlich Verstärkungen nach Ostgalizien. In den Kämpfen in Ostgalizien und an der bessarabischen Front haben die Russen seit Neujahr etwa 70.000 Mann an Toten und Verwundeten und 6000 Gefangene eingebüßt. An der 130 Kilometer breiten Schlachtfrent haben unsere Truppen alle ihre Stellungen behauptet. — In Montenegro sind die Feindseligkeiten eingestellt; die Verhandlungen über die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres haben begonnen. — Am Nordhange des Monte San Michele wird ein italienischer Angriff abgewiesen. Ein I. u. I. Seeflugzeug-Geschwader belegt den Bahnhof, das Elektrizitätswerk und eine Kaserne in Ancona mit schweren Bomben. — Ein feindliches Geschwader bombardiert Debeagatsch und die Höhen um Portolagos. — Kaiser Wilhelm und König Ferdinand von Bulgarien in Nisch. — Ankunft des ersten Balkanzuges in Konstantinopel.

19. Jänner: Westlich von Czernowitz, bei Toporouh und Bojan, ist eine neue Schlacht im Gange Deutsche Flugzeuggeschwader greifen feindliche Magazinsorte und den Flughafen von Tarnopol an. — Bei Lusern und nördlich des Tolmeiner Brückenkopfes werden einige italienische Abteilungen abgewiesen. — Fliegerangriff auf Meh. — Der britische Dampfer „Marwa“ versenkt. — König Viktor Emanuel kehrt nach einer Besprechung mit dem Prinzen Mirko aus Tarent nach Rom zurück.

20. Jänner: An der bessarabischen Grenze nehmen die Kämpfe an Heftigkeit zu; alle feindlichen Angriffe scheitern wieder unter schwersten Verlusten. — Ein englischer Vorstoß gegen die deutschen Stellungen nördlich von Frelinghem wird unter großen Verlusten des Feindes abgewiesen; die militärischen Anlagen von Ranch werden mit Bomben belegt. — An der Kaukasusfront wird heftig gekämpft. — In einem Gefechte mit türkischen Abteilungen am Suezkanal verlieren die Engländer 62 Offiziere an Toten und Verwundeten. — Bei der Insel Schiermonnikoog strandet ein englisches U-Boot. — Ministerrat der Alliierten in Rom. — Der deutsche und der I. u. I. Konsul auf Korfu werden von den Franzosen freigelassen.

Dank für die Befreiung Skutaris.

Im Namen der gegenwärtig in Oesterreich-Ungarn weilenden Albaner hat der Bischof von Sappa (Provinz Skutari) Monsignore Georg Koleci und der ehemalige Gouverneur von Valona, Ruzhet Bey Brioni, folgendes Telegramm an den Kaiser gerichtet:

„Die ehrfurchtsvoll unterzeichnete albanische Kolonie unterbreitet Eurer Majestät untertänigsten Dank für die Befreiung Skutaris durch die heldenmütigen Truppen Eurer Majestät und benützt diese Gelegenheit, um Eurer Majestät neuerdings heißen Dank zu Füßen zu legen für alle Wohlthaten, die Eure Majestät in nie verstiegender Gnade dem albanischen Volke in so reichem Maße erwiesen hat.

Alle Albaner richten aus tiefem Herzen die Bitte an Gott, Eure apostolische Majestät noch lange zum Segen aller Völker der Monarchie und des so hart geprüften albanischen Volkes in voller Gesundheit zu erhalten. In tiefster Ehrfurcht: Die albanische Kolonie.“

Gleichzeitig wurden Telegramme an den Feldmarschall Erzherzog Friedrich, den Minister des Aeußern Freiherrn v. Burián, den Chef des Generalstabes Generaloberst Freiherrn Conrad v. Hötzendorf und den Kriegsminister Freiherrn v. Krobatin abgesandt, in welchen die albanische Kolonie ihre Bewunderung für die heldenmütige österreichisch-ungarische Armee ausspricht und ihren heißen Dank für die Befreiung Skutaris aus den Händen der Feinde ausdrückt.

* (Depeschenwechsel zwischen den Präsidenten der türkischen Kammer und des österreichischen Abgeordnetenhauses.) An den Präsidenten Dr. Schlvester ist aus Konstantinopel die folgende telegraphische Kundgebung eingelangt: „Ich bin glücklich, Eurer Excellenz die aufrichtigsten Glückwünsche der türkischen Kammer zu dem überwältigenden Erfolg mitzuteilen, den die tapferen österreichisch-ungarischen Armeen über Montenegro errungen haben, und der es gezwungen hat, sich zu ergeben. Dieser große Sieg kennzeichnet die sichere Vollendung des Wertes unserer Waffen bis zum endgültigen Triumph.“ Die Antwortdepeche des Präsidenten des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Schlvester lautet: „Die treue Freundschaft, die uns im Kriege verbindet, möge nach einem erfolgreichen Friedensschlusse fortgesetzt werden. Heil dem tapferen Osmanenvolke!“

Die Haltung Schwedens.

Erklärungen im Reichstage.

A. Stockholm, 24. Jänner. Im schwedischen Reichstag begann die mit großem Interesse erwartete Budgetdebatte. Die Tribünenplätze waren dicht besetzt. In der ersten Kammer wohnte der Kronprinz der Sitzung bei.

Ministerpräsident Hammarström hielt in der zweiten Kammer eine große Rede, die er später in der ersten Kammer wiederholte und worin er betonte, daß keine Ursache bestehe, im In- oder Ausland daran zu zweifeln, daß die Politik der schwedischen Regierung eine Politik der Neutralität sei. Ein deutlicher Beweis dafür sei in den Worten und Handlungen der Regierung gegeben. Die darüber aufgetretenen Zweifel seien krankhaftem Mißtrauen oder Mangel an Verständnis, was ehrliche und unparteiische Neutralität bedeute, zuzuschreiben. Der Ministerpräsident erinnerte an seine Erklärungen im vorigen Sommer: Es ist unser warmer Wunsch, den Frieden zu bewahren, und unsere Pflicht, mit allen Kräften dafür zu wirken. Wir rechnen aber auch mit Möglichkeiten, bei welchen Schweden trotz aller unserer Bemühungen die Wahrung des Friedens nicht mehr möglich wäre. Durch diese Worte wurde unsere Politik so genau und deutlich gekennzeichnet, wie es ohne ein unangebrachtes und sogar undenkbares Eingehen auf wirkliche oder angenommene Fälle überhaupt möglich war. In einer späteren Rede wurde weiter betont, daß ausschließlich schwedische Gesichtspunkte in Betracht kommen sollen, mithin Sympathien nicht entscheidend sein dürfen. Nach solchen Grundsätzen verfahren wir bisher. Wenn irgendwo die Auffassung besteht, als wären wir parteiisch gewesen, beruht sie entweder auf einem unrichtigen Gesichtspunkte oder einer ungenügenden Kenntnis der Verhältnisse.

An den Grundsätzen der bisher von uns befolgten Politik halten wir fest; sie gilt auch für das Verhältnis Schwedens zu den übrigen Neutralen. Unter diesen suchten und erzielten wir, besonders von Dänemark und Norwegen, die Mitwirkung für gemeinsame Ziele.

Die jetzige Gruppierung der Mächte ist nicht ewig. Wenn andere Verhältnisse eintreten, wird eine jetzt kriegsführende Macht es vielleicht bereuen, daß sie wegen zufälliger, oft zweifelhafter Vorteile die Verträge und Gebote des Völkerrechtes zerriß, die nur zu spät wieder hergestellt oder ersetzt werden können. Obgleich wir im Interesse unserer Neutralität und Selbständigkeit vielleicht auf gewisse zufällige Vorteile verzichteten, so ist doch das Gesamtergebnis unseres Erwerbslebens bei uns nicht schlechter als in den anderen neutralen Staaten.

In der ersten Kammer erklärte der Führer der Rechten Trygger, seine Partei wünsche jetzt wie vor einem Jahr die Aufrechterhaltung der Neutralität nach allen Seiten. Der gegenwärtige Zustand sei kein Rechtszustand, sondern ein Zustand der Gewalt auf der einen Seite und der Unterwerfung auf der anderen. Schweden könne nicht auf seine Rechte verzichten. Lieber, als daß wir auf unseren Anspruch auf Achtung und Ehre verzichten, fuhr Redner fort, wollen wir uns den größten Entschuldigungen und Opfern unterwerfen.

Der Führer der Liberalen Avarnzellus erklärte als unerschütterliche Meinung seiner Partei, der überwiegenden Mehrheit des schwedischen Volkes, daß es notwendig und das Beste sei, die unparteiische Neutralität beizubehalten. Er sprach seine und seiner Partei Übereinstimmung in dieser Hinsicht mit der Regierung aus.

Der gewesene Minister Alfred Petersson (liberal) führte aus, die schwedische Neutralität müsse so offenbar sein, daß kein Zweifel an ihrer Ehrlichkeit entstehen könne.

In der zweiten Kammer hob der Führer der Liberalen Eden die Tatsache hervor, daß der Aktivismus eine schlechte Wirkung außerhalb der Grenzen Schwedens hervorgerufen habe. Es sei eine Angelegenheit von der größten Bedeutung für die Regierung, die Rechte und das ganze Land, daß man sich von den aktivistischen Elementen frei mache. Man erkläre, der Aktivismus sei tot; er sei aber in neuer Gestalt auferstanden und auf handelspolitischem Gebiete hervorgetreten.

Der Führer der Sozialdemokraten Branting sprach die Besorgnis aus, daß die Haltung der Regierung nicht mehr so deutlich neutralitätsfreundlich wie bisher sei. Im Falle des Ausfuhrverbotes für Papiermasse versuchte man eine reine Erpressungspolitik. Aus den unteren Schichten des ganzen Volkes steigte klarer und klarer die Forderung nach gerechter Neutralität hervor.

Der Führer der Rechten, der ehemalige Staatsminister Lindman, erklärte, die Partei der Rechten billige jetzt, wie bisher, die Neutralität. Die Neutralität muß aufrechterhalten und unsere Interessen geschützt werden. Man darf die Kriegsführenden nicht zu dem Glauben kommen lassen, daß Schweden nach Belieben behandelt werden könne. Dies kann man eine aktive Neutralität nennen, im Gegensatz zu einer passiven.

Die Mitglieder der linken Parteien in beiden Kammern tadelten die Regierung, weil sie im vorigen Jahre, ohne den Reichstag zu hören, die Kosten für die Neutralitätswache bereitstellte. Sie besprachen auch die Lebensmittelteuerung.

A. Stockholm, 24. Jänner. (Reichstag.) Auf die Rede des Ministerpräsidenten reflektierend, führte der Sozialdemokrat Branting noch aus, die Regierung habe sich über die möglichen Folgen ihrer Neutralitätspolitik nicht klar genug ausgesprochen. Es sei die Frage, ob die Nation größeren Gefahren ausgesetzt werden müsse lediglich wegen der genauen Auslegung des Völkerrechtes, auf die sich die schwedische Politik jetzt stütze. Es sei notwendig, ein vernünftiges Übereinkommen zu treffen und

eine Entspannung der Lage zu erzielen, nicht aber sich durch angeblich unüberbrückbare Gegensätze zum äußersten bringen zu lassen.

Ministerpräsident v. Hammarström wiederholte seine Versicherung, daß die Regierung die Erhaltung des Friedens wärmstens wünsche, daß aber damit gerechnet werden müsse, daß dies trotz aller Anstrengungen unmöglich werden könnte.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde mit großem Beifall aufgenommen.

26. I. 1916

Die englische Dienstpflichtbill.

In dritter Lesung angenommen.

London, 24. Jänner. Das Unterhaus hat die Militärdienstbill in dritter Lesung mit 338 gegen 36 Stimmen angenommen.

Der Wortlaut der englischen Wehrpflichtvorlage.

Im folgenden geben wir eine wörtliche Uebersetzung der englischen Wehrpflichtvorlage:

Eine Gesetzesvorlage, um Vorkehrungen zu treffen für den Militärdienst im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Kriege.

Durch des Königs höchst ausgezeichnete Majestät, durch und mit Beratung und Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und der Gemeinen, im gegenwärtigen Parlament versammelt, und durch die Autorität derselben soll folgendes ausgeführt werden:

Dienstpflicht der Unverheirateten.

1. Jeder männliche britische Untertan, der am 15. August 1915: a) in Großbritannien wohnte und b) das Alter von 18 Jahren erreicht und noch nicht das Alter von 41 Jahren erreicht hatte und c) unverheiratet oder *loser widower* war, soll — wenn er nicht zu den Ausnahmen gehört, die im ersten Anhang zu diesem Gesetz angegeben sind — als einer gelten, der an jenem Datum in Seiner Majestät reguläre Armee eingetreten ist für den allgemeinen Dienst unter der Fahne oder in der Reserve, und der aber sofort der Reserve zugeteilt worden ist.

2. Das Armeegesetz und das Reservegesetz aus den Jahren von 1882 bis 1907 und sämtliche Verordnungen und Regulierungen, die kraft dieser Gesetze erlassen wurden, finden demgemäß Anwendung auf jeden Mann, der als eingezogen und der Reserve zugeteilt gilt. In allen Streitfragen, die in einem auf Grund dieses Gesetzes eingeleiteten Gerichtsverfahren darüber entstehen mögen, ob irgend ein Mann als eingezogen und der Reserve zugeteilt gilt oder nicht, darf der Gerichtshof den betreffenden Mann auffordern, als Zeuge zu erscheinen, und wenn er keinen befriedigenden Beweis für das Gegenteil erbringt, so soll er als einer gelten, der eingezogen und der Reserve zugeteilt worden ist.

3. Die auf Grund dieses Gesetzes der Reserve zugeteilten Männer sollen laut Abschnitt XX des Reservegesetzes vom Jahre 1882 befragt werden, ob sie nicht den Flottendienst vorziehen, wenn ein Bedürfnis hierfür vorliegt.

Befreiungszeugnis.

1. Innerhalb der bestimmten Frist darf bei den gemäß diesem Gesetz errichteten Militärdiensthöfen sowohl von den Eingezogenen selbst als auch in deren Namen beantragt werden, ihnen Befreiungszeugnisse aus folgenden Gründen auszustellen: a) weil es im nationalen Interesse liegt, daß sie, anstatt eingezogen zu werden, in ihren Zivilberufen weiter tätig sind; b) weil sie die materielle Stütze anderer Personen sind, die durch die Einziehung ihren Lebensunterhalt verlieren werden; c) weil ihr Gesundheitszustand nicht befriedigend ist; d) weil sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, in den Kampf zu gehen. Die Militärdiensthöfe dürfen, wenn sie es für wichtig befinden, solche Zeugnisse ausstellen.

2. Ebenso hat jedes Regierungsdepartement die Befugnis — nach Einvernehmen mit dem obersten Kriegsrat — Befreiungszeugnisse auszustellen für seine Beamten oder für die Angestellten seiner Büros und Werkstätten, deren Wirken von nationaler Bedeutung ist und die in den Bereich der betreffenden Regierungsdepartements fallen. Entstehen Streitfragen darüber, ob — in Hinsicht auf dieses Gesetz — eine Person oder mehrere Personen als ein Regierungsdepartement zu betrachten sind, so sollen diese Streitfragen dem Finanzministerium zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Entscheidung des Finanzministeriums ist endgültig.

3. Die Befreiungszeugnisse können sowohl absolut als auch bedingt und zeitweilig sein, je nachdem die Behörden, die sie ausstellen, es für richtig halten. Personen, die aus Gewissensgründen um Befreiung einkommen, werden nur von den Kampfpflichten, aber nicht von anderen Militärpflichten befreit.

4. Die Militärdiensthöfe werden gemäß den Bestimmungen des zweiten Anhangs zu diesem Gesetz errichtet; gegen den Entscheid der Militärdiensthöfe kann — wie in jenem Anhang vorgesehen ist — Berufung eingelegt werden.

Ergänzungsmaßnahmen in Betreff der Befreiungszeugnisse.

1. Ein Befreiungszeugnis kann zu jeder Zeit von der Behörde, die es ausstellte, entweder auf Antrag des Zeugnisinhabers oder irgend einer vom obersten Kriegsrat dazu besonders ermächtigten Person überprüft werden; es kann zurückgezogen oder abgeändert werden, wenn die Behörde der Ansicht ist, daß das Zeugnis — je nach Umständen — zurückgezogen oder abgeändert werden soll.

2. Jeder Besitzer eines solchen Zeugnisses muß es als Pflicht ansehen, sobald die Umstände, die die Gewährung des Zeugnisses herbeiführten, sich verändert haben, der in dem Zeugnis angeführten Behörde zu melden, daß die Umstände sich verändert haben; die Verletzung dieser Bestimmung wird mit einer fünfzig Pfund nicht übersteigenden Geldstrafe geahndet.

3. In Fällen, wo ein Befreiungszeugnis durch Zurückziehung oder wegen Nichtbeachtung der Bedingungen, unter welchen das Zeugnis gewährt wurde, oder wegen Ablaufs der Zeit, für welche es gewährt wurde, außer Kraft tritt, muß der Mann, dem das Zeugnis ausgestellt wurde, von dem Tage an, an welchem das Zeugnis außer Kraft tritt, als eingezogen und als den Reserven zugeteilt betrachtet werden, ganz so, als ob ihm kein Zeugnis ausgestellt worden wäre.

4. Wenn irgend eine Person, um ein Befreiungszeugnis zu erhalten, falsche Angaben macht oder die Tatsachen falsch darstellt, macht sie sich strafbar und kann zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten — mit oder ohne Zwangsarbeit — verurteilt werden.

5. In Fällen, wo ein Gesuch um ein Befreiungszeugnis von einem Mann oder in Bezug auf einen Mann eingereicht wurde, wird dieser Mann nicht einberufen werden, bis das Gesuch endgültig erledigt ist.

Kurzer Titel und Inkrafttretung.

Dieses Gesetz kann als das Wehrpflichtgesetz 1916 (Military Service Act, 1916) bezeichnet werden und soll an dem von Seiner Majestät durch Proklamation angezeigten Tage, nicht länger als vierzehn Tage nach der Annahme des Gesetzes, in Kraft treten.

Erster Anhang.

Ausnahmen.

1. Männer, die sich nur zu Ausbildungszwecken oder anderen besonderen Zwecken in Großbritannien aufhalten; 2. Männer, die den regulären oder Reservetruppen Seiner Majestät oder der Territorialarmee angehören und Auslandsdienste zu gewärtigen haben; 3. Männer, die in der königlichen Flotte und Marine dienen oder die, trotzdem sie nicht in der

Flotte oder Marine dienen, vom Marineministerium zur Ausnahme vorgeschlagen sind; 4. Männer, die am Tage des Inkrafttretens des vorliegenden Gesetzes im Kirchendienst stehen oder angestellte Geistliche irgend welcher religiösen Gemeinschaft sind; 5. Männer, die im Besitz eines dem geltenden Gesetz entsprechenden Befreiungszeugnisses sind, oder die sich in die Rekrutierungslisten eintragen ließen und seit dem 14. August 1915 zurückgewiesen wurden.

Zweiter Anhang.

Errichtung von Gerichtshöfen.

1. Für jeden durch das nationale Registrierungs-gesetz 1915 geschaffenen lokalen Rekrutierungsdistrikt oder für jede zu diesem Zwecke von der Registrierungsbehörde eingerichtete Unterabteilung eines Distrikts soll ein Militärdiensthof eingerichtet werden, der aus nicht weniger als fünf und nicht mehr als fünfundsiebzig solcher Personen zusammengesetzt ist, die von besagter Behörde dafür als geeignet erachtet worden. 2. In gewissen Gebieten, die Seine Majestät zu diesem Zwecke bestimmt, sollen Prüfungsgerichte geschaffen werden, die aus solchen Personen zusammengesetzt sind, die Seine Majestät dafür ernannt. 3. Die Militärdiensthöfe können durch Ausschüsse wirken, die ganz oder teilweise aus deren Mitgliedern zusammengesetzt und von ihnen ernannt sind. 4. Ein Hauptberufungshof soll geschaffen werden, dessen Mitglieder von Seiner Majestät für diesen Zweck ernannt werden. 5. Seine Majestät kann durch ministerielle Verfügung Bestimmungen über die Wirksamkeit der Militärdiensthöfe, Berufungshöfe und den Hauptberufungshof treffen, und soweit diese Bestimmungen sein Verfahren nicht regeln, kann der Militärdiensthof selber sein Verfahren regeln.

Berufung.

1. Jede Person, die durch die Entscheidung eines Militärdiensthofes nicht befriedigt ist, oder jede Person, die im allgemeinen oder im besonderen vom Obersten Kriegsrat ermächtigt ist, Berufung gegen die Entscheidung des Militärdiensthofes einzulegen, kann Berufung gegen den Entscheid des Militärdiensthofes beim Berufungshof des Gebietes einlegen. 2. Jede vom Entscheid des Berufungshofes nicht befriedigte Person und jede Person, die im allgemeinen und besonders vom Obersten Kriegsrat ermächtigt ist, Berufung gegen den Entscheid dieses Berufungshofes einzulegen, kann sich nach erfolgtem Urteil des Berufungshofes an den Hauptberufungshof wenden.

26. I. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 25. Jänner. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet:

Rußland.

24. Jänner. Bei Illurt beschloß unsre Artillerie mit Erfolg deutsche schanzende Abteilungen. In der mittleren Strypa in Gegend Burlanow wurden Teile des Gegners gleichfalls durch Artilleriefeuer zerstreut. In der unteren Strypa Artilleriekampf. In dem Kampfe um den Besitz eines durch Explosion eines Minenganges gebildeten Trichters nordwestlich Czernowik gebrauchte der Feind Bomben mit erstickenden Gasen.

Frankreich.

24. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Schwache Artillerietätigkeit auf der ganzen Front. Im Artois Granaten- und Torpedokampf auf den Barrakaden von Neuville, nordöstlich von Rohe und östlich von Soyecourt. Südlich der Somme beschloß unsre Artillerie Verspülungskolonnen. Morgens zwischen 7 und 8 Uhr wurden 10 Geschosse nach Ranch hineingeschossen. Im Laufe der Nacht bombardierten unsre Flugzeuge die Linie Anizy-Laon und die Werke von Nogent-l'Abbesse. Morgens warf eines unsrer Geschwader, das aus sieben Flugzeugen bestand, einige 20 Granaten auf feindliche Lager bei Southulst und Middelsefte in Belgien.

11 Uhr nachmittags. In Belgien nahe der Osermündung und in der Umgebung von Neuport unterhielt der Feind ein außerordentlich heftiges Geschützfeuer, wobei er nicht weniger als 20,000 Granaten versenkte. Nach vorläufigen Mitteilungen versuchte die deutsche Infanterie vorzubringen, wurde aber durch Sperrfeuer aufgehalten; der Feind verließ die Gräben nicht bis auf einige Gruppen, welche unsrer Feuer sofort zerstreute. In Gegend Boesinghee, Hetjas und Steenstraate war die Artillerie auf beiden Seiten gleichfalls sehr tätig. Feindliche Abteilungen, welche versuchten, den Kanal bei Hetjas zu überschreiten, wurden durch Maschinengewehrfeuer unsrer Infanterie, die durch Geschützfeuer unterstützt wurde, zurückgeworfen. Im Artois versuchte der Feind auf unsrer Front westlich der Straße Arras-Lens nach Minensprengung einen neuen Angriff, der sich etwas mehr nach Süden wendete, aber keinen besseren Erfolg hatte. Nördlich Soissons zerstörten unsre Batterien feindliche Schützengräben von der Höhe 129 bis östlich Ferme Godat. In der Umgebung Reims beschädigte unser durch Krieger geleitetes Geschützfeuer eine deutsche Batterie ernstlich.

Belgischer Bericht. Vormittag
Minenwerferkampf im Abschnitt Boesle.

Orientarmee. Eine Gruppe von 32 französischen Fliegern bewarf die feindlichen Lager bei Geingheli und Monastir. Auf Monastir wurden von unsern Flugzeugen mehr als 200 Bomben geworfen.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 25. Jänner. Aus dem Kriegspressquartier wird gemeldet:

Italien.

25. Jänner. Auf den Hängen des Nozzolo in den Juditarien und nördlich von Mori im Val Lagarina wurden Annäherungsversuche feindlicher Abteilungen an unsere Stellungen im Gegenangriff zurückgeschlagen. Borgo im Val Sugana wurde von Artillerie und einem Flieger abermals bombardiert. Dafür beschloß eine eigene Batterie den Bahnhof von Caldonazzo, dessen Gebäude beschädigt wurde. Abteilungen unserer Infanterie näherten sich den Verschanzungen auf dem Lagacio (Salza-regoabschnitt) und auf dem Monte Piano (oberes Rienzthal), wo sie Bomben warfen, welche dieselben zerstörten. Als Vergeltungsmaßnahme für den Angriff auf Dogna gab eine unserer Batterien einige Schüsse auf Tarbis ab. Dichter Nebel den Sonzo entlang behinderte die Artillerietätigkeit. Ein kleiner feindlicher Angriff im Abschnitt auf S. Maria wurde abgewiesen.

Frankreich.

25. Jänner, 3 Uhr nachmittags. In Belgien setzten die beiderseitigen Artillerien im Verlaufe der Nacht in Gegend Neuport ihre lebhafteste Tätigkeit fort. Neue Einzelheiten bestätigen, daß gestern feindliche Angriffsversuche gegen die Ysermündung durch das Feuer unserer Artillerie abgeschlagen wurden. Es gelang den Deutschen nicht, sich zu entwickeln, außer an einem Punkt, wo einige Gruppen in unsern vorgeschobenen Gräben eingedrungen sind. Sie wurden alsbald nach sehr lebhaftem Kampfe vertrieben, da die gegen sie geworfenen Granaten ihnen empfindliche Verluste zufügten. Im Artois wurde gestern ein vom Feinde gegen unsere Stellungen östlich von Neuville und St.-Baast gerichtetes Unternehmen, das vollzommen gescheitert war, von ihm gegen Ende des Tages in größerem Umfange wieder aufgenommen. Nach einer neuen Reihe von Minerexplosionen, die von einer sehr heftigen Beschickung begleitet waren, griffen die Deutschen auf einer Front von 1500 Metern ungefähr in dem Winkel, der von den Straßen Arras-Lens und Neuville-St.-Baast-Theur gebildet wird, an. Der Feind wurde durch unser Feuer auf seine Linien zurückgeworfen. An zwei Punkten, wo unser Schützengraben durch eine Explosion zerstört worden war, besetzte der Feind Trichter, deren größerer Teil alsbald von uns wieder genommen wurde. In den Vogesen beschossen wir wirksam die feindlichen Werke bei Van-de-Sapt.

11 Uhr nachts. In Belgien südöstlich von Boesinghe beschießt unsere Artillerie im Verein mit der britischen heftig die feindlichen Werke, die schwere Beschädigungen erlitten haben. Heute vormittag warfen zwei deutsche Flugzeuge fünf Bomben auf Dünkirchen und dessen nächsten Umgebung. Fünf Personen wurden getötet und drei verwundet. Im Artois war die Kanonade sehr lebhaft östlich Neuville und in Gegend Bailly, wo unser Feuer mehrere feindliche Batterien zum Schweigen brachte. Nördlich Wisne zerstreuten wir einen bedeutenden Transport des Feindes. In der Gegend Craonne wurde eine schwere deutsche Batterie, welche die Brücke bei Berry-au-Bac zu zerstören versuchte, durch das Feuer unserer schweren Geschütze beschädigt. Auf den Maashöhen im Abschnitt Remilly wurde eine feindliche Abteilung, die sich unsern Linien nach ziemlich lebhaftem Bombardement zu nähern versuchte, durch unser Feuer leicht zerstreut. In den Vogesen wirkte das Feuer unserer Artillerie auf die feindlichen Stellungen bei Mühlbach und Stokweier und auf die Unterstände von Bain-de-Chenes.

Belgischer Bericht. Ziemlich lebhafter Artilleriekampf auf den verschiedenen Punkten der belgischen Front.

Der Heilige Krieg in Persien.

Ein Fetwa über die Vernichtung der Russen
und Engländer.

Berlin, 25. Jänner. (Privat.)

Die „Rossische Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Privatnachrichten aus Persien bringen die bedeutsame Meldung, daß dort ein Fetwa ergangen ist, in dem die Vernichtung aller Anhänger der Russen und Engländer in Persien vom Standpunkte der Religion nicht mehr als Sünde erachtet wird. Alle geistlichen Häupter in den verschiedenen Provinzen Persiens haben den Fetwa unterzeichnet und bestätigt. Damit beginnt der Heilige Krieg eine religiös bestätigte und bekräftigte Ausdehnung auch für ganz Persien zu haben.

Oesterreichs Missionsaufgaben im nahen Orient.

Die Kriegstagung der Missionsvereinigung
katholischer Frauen und Jungfrauen.

Kardinal-Fürstbischof Dr. Bissl nahm an der Dienstag abends glänzend verlaufenen Versammlung der Missionsvereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen im Gemeindehaus auf der Landstraße teil. Der kanonische Konsulent P. Sinthern S. J. begrüßte den Oberhirten als den Führer des christlichen Volkes Wiens, der überall dort zu treffen sei, wo das katholische Herz schlage. In der Versammlung sah man die Präsidentin Baronin Scherpan, die Generalleiterin der St. Petrus-Claver-Sodalität Gräfin M. E. Ledóhowská, Gräfin Daun, Gräfin Rostiz, Komtesse Honyos, Baronin Parisch, Baronin Lempruch, Frau Dr. Mathoy, Kanonikus Gold, Baronin Fribeis, Provinzial P. Rost und Rektor von St. Gabriel P. Richard S. V. D., P. Mayr C. Ss. R. mit mehreren Redemptoristen-Patres, die Priester vom Herzen Jesu, Provinzial P. Lebeau, Pfarrer Widl u. a. Als erster

Redner sprach P. Zehngruber S. J. von den Missionsaufgaben der Kriegszeit, an der Front: in den Missionsstationen und im Hinterland: bei uns; hier müssen wir die Kriegsanleihen für das jetzt aktuelle Missionswerk zeichnen. Eine interessante Statistik entrollte ein anziehendes Bild der Leistungen der Missionen und der geistigen und materiellen Mitarbeit der Kinderwelt. Rektor der Anima Prälat Dr. Brenner kennzeichnete die Aufgaben und Zukunftsbestrebungen unseres Missionswesens, das den Kaufleuten und Technikern in neu erschlossene Gebiete nachfolgen muß, damit deren Einwohner reich werden durch den Besitz des Lichtes der Kultur selbst und nicht nur die Abfälle dieses Lichtes erhalten. Oesterreich, das keine überseeischen Kolonien besitzt, habe kraft einer weltgeschichtlichen Tradition vor der Geschichte Rechenschaft abzulegen, zunächst über jene Länder, in denen unsere Verbündeten: Türken und Bulgaren, herrschen. Die allernächste Missionspflicht weist uns auf die christlichen Missionen im nahen Orient hin. Damit aber die Missionäre ihre Aufgabe erfüllen können, muß die Heimat ihr Werk unterstützen. In gemütvoller Weise schilderte Prälat Dr. Brenner die Arbeit der Frau, welche Kind, Armut und Schmerz ihr eigen nennt, im Missionswerk. P. Sinthern erklärte, daß die Vereinigung katholischer Frauen und Jungfrauen bereits begonnen habe mit ihrer Hilfe für Bosnien, von wo ein Dankschreiben des P. Puntigam S. J. eben eingelaufen sei, für Albanien, die Balkanländer und Konstantinopel. In der Wiener Erzdiözese zähle die Vereinigung, die immer mehr zu einer Organisation für die ganze Monarchie ausgebaut werde, 5288 Mitglieder. Die solide Arbeit unserer Missionäre erweise sich stets siegreich neben protestantischen Propaganda. Papst Benedikt XV. übersandte in einem längeren Telegramm seine Segenswünsche für die Tätigkeit und die Zukunftsaufgaben unserer österreichischen Vereinigung. Erzherzogin Maria Annunziata hatte ihr Fernbleiben entschuldigt. Unter großer Begeisterung der Anwesenden ergriff nunmehr Kardinal-Fürstbischof Dr. Bissl das Wort, um Bedeutung, Aufgabe und Pflicht des österreichischen Missionswesens in großen Zügen zusammenzufassen und zur Unterstützung und Ausgestaltung der Missionen im Orient aufzufordern. Hierauf spendete der Oberhirt den päpstlichen Segen. Mit dem Absingen der Volkshymne schloß die Versammlung, deren Pausen der Knabenchor des Chordirektors Peterlini mit Gesängen in schöner Weise ausgefüllt hatte.

Montenegro und Albanien.

Es ist der österreichisch-ungarischen Heeresleitung endlich gelungen, Vertreter der montenegrinischen Regierung aufzufinden, mit denen die Einzelheiten der Waffenstreckung des geschlagenen Heeres vereinbart werden konnte. Hätte die Unterzeichnung nicht stattgefunden, so wäre sie durch die Tatsachen überholt worden, denn das Heer und Volk in Montenegro übergab trotz der Abwesenheit seines getreuen Königs ohne weiteren Widerstand die Waffen an die einmarschierenden Kolonnen des Siegers. So streckten am 24. Januar außer 700 Serben auch acht montenegrinische Bataillone die Waffen. Auch die Bezirke an der alten Grenze gegen die Türkei, um Andrijewiça, südlich von Berane, und um das westlich liegende Kolaschin sind bereits befriedet, und die von Osten heranrückenden Heeres- teile der Armee Kövez können nun bald sich mit denen vereinigen, die Podgoriça besetzt haben. Die Serben, die in Skutari gestanden hatten, sind nach Durazzo abgezogen, um den Anschluß an die italienischen Landungstruppen zu gewinnen. Kleine italienische Abteilungen waren nach San Giovanni di Medua an der Küste nördlich von Durazzo entsandt, um diese minderwertige Reede zu sichern, die auch der König Nikita mit seiner Familie bei der Flucht ins Ausland benutzte, weil Antiwari und Dulcigno zu gefährdet erschienen. Nach einer weiter nicht bestätigten Meldung der Idea Nazionale soll die Räumung von San Giovanni bereits begonnen haben, da starke österreichisch-ungarische Kräfte gegen den Ort heranrückten. Vielleicht sind dabei auch die serbischen Reste beteiligt, die aus Skutari abgezogen, ohne den Versuch weiteren Widerstands zu machen, der nur zu ihrer Vernichtung geführt hätte. Daß Durazzo das Ziel des Rückzuges sein muß, liegt auf der Hand. Wenn auch bedeutender als Giovanni ist doch auch dieser Anlegeplatz nur eine offene Reede, die dem Sturm ausgesetzt und stark verlandet ist, so daß die Schiffe weit draußen vor Anker gehen und durch Leichter mit der Küste in Verbindung treten müssen, was bei schlechtem Wetter oft unmöglich wird. Den flach- gehenden Schiffen des Altertums und des Mittelalters bot der Hafen genügende Sicherheit, und daher kommt er in den da- maligen Kriegen zu einer großen Bedeutung als Ausgangspunkt von Operationen gegen das innere Albanien. Die Via Egnatia beginnt hier, die über die querliegenden Ketten zum See von Dährida und weiter nach Monastir lief, um dann nach Süden durch die weite Ebene und vorbei an den dessaretischen Seen die Pässe zur Campagna von Salonik zu gewinnen. Nach der Einnahme von Monastir waren die Bulgaren auf ihr nach Westen vor- gestoßen und scheinen bis zum Abstieg in die Küstenlandschaft der Adria bei Elbassan gelangt zu sein. Seitdem haben wir aus Sofia keine amtlichen Meldungen über Operationen in dieser Gegend erhalten. Eine Nachricht der Agence Havas sprach davon,

daß österreichisch-ungarische und bulgarische Truppen in Berat ein- gerückt sein, das südlich von Elbassan liegt. Diese Angabe er- scheint fraglich, vor allem was die Beteiligung anderer Heeres- teile als bulgarischer betrifft. Ebenso fehlt es an zuverlässigen Berichten über die Haltung Essad Paschas. Wir wissen noch nicht, welcher Partei sich dieser albanische Häuptling anzuschließen gedenkt, der im Grunde seiner Seele stets gegen jede fremde Gewalt im Lande gewesen ist. Ein Mitglied der großen Familie Loptian von Tirana, die ihren Ursprung auf die Zeiten des berühmten albanischen Heer- führers Standerbeg zurückführt, auch als ein Bastardzweig der Anjou bezeichnet wird, hat Essad Pascha seit Jahrzehnten in Südalkanien eine bedeutende Rolle gespielt. Im Gegensatz zum Norden mit seinen freien Stämmen bildet hier die albanische Bevölkerung nur die Hinterlassen der grundbe- sitzenden Geschlechter, denen sie Waffenfolge leisten muß. Mit rücksichtsloser Kraft verfolgte Essad Pascha von jeher den Plan, seinen Besitz möglichst auszudehnen und brachte mit Gewalt, und wenn es nicht anders ging, auch mit Mord und Brand, Land an sich, das er mit seinen Vasallen besetzte, eine Wiederholung des mittelalterlichen Lehnswesens. Sein Bruder Gani Bei war einer der berühmtesten Bravi des Sidschalates und wurde schließlich in Konstantinopel Opfer der Rache. Er vermittelte die Beziehungen Essads zum Hof und wußte ihn dort derart zu vertreten, daß die schlimmsten Gewalttaten ausgeführt werden konnten, ohne Sühne zu finden. Besonders die Stellung als Gendarmeriekommandant des Willajets Janina nutzte Essad unter Verachtung jeder Beschönigung aus, und den erbittertsten Feind gegen ihn führte damals die Times in Berichten aus Athen. Es galt als sichere Tatsache, daß er von Italien durch bedeutende Geldsummen gewonnen sei, um gegen Österreich-Ungarn zu arbeiten. Jedenfalls hat er als Gendarmeriekommandant von Skutari, wohin er auf Drängen Griechenlands und Englands seinerzeit versetzt wurde, versucht, die katholischen Bergstämme, die seit alters unter dem kirchlichen Protektorat des Kaisers von Öster- reich standen, dazu zu bringen, sich an Italien anzuschließen. Im Balkankrieg verteidigte Essad Pascha Skutari nach der Ermordung Hassan Risa Paschas, die ihm ebenfalls beigemessen wird, gegen die Montenegriner, um dann im neuen Fürstentum Albanien den Mbred Treue zu schwören und bald zu brechen. Von irgendwelchen höhern Zielen als reinstem Eigennutz kann bei Essad Pascha, der jetzt in England vollste Gnade genießt, nicht die Rede sein, er beurteilt alle Verhältnisse nur vom Standpunkt des gemeinen Eigennutzes aus. Die Zahl seiner bewaffneten Anhänger wird sehr verschieden angegeben, jedenfalls ist er augenblicklich der mächtigste unter den Häuptlingen Südalbanien. Ein Vormarsch gegen Durazzo oder Ballona durch österreichisch-ungarische und bulgarische Truppen wird ihn bald zwingen, Farbe zu bekennen. Mit Griechenland ist er durch dessen Besitzergreifung von Janina tödlich verfeindet, da sie seiner Gewaltherrschaft ein Ziel fehle. Der Huld des bibelfrommen Englands kann er sich dagegen als reuiger Sünder erfreuen, und welche Dienste er Italien gegen Fürst Wilhelm von Albanien geleistet hat, bleibt ihm in Rom unvergessen, bis er etwa die Partei wechselt.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 26. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

24. Jänner. Im Val Lagarina fanden am 22. d. kleine glückliche Offensivaktionen unserer Infanterie auf den Höhen nördlich von Mori statt. Auf dem Frontabschnitt des linken Etichufers eröffnete der Feind ein lebhaftes Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gegen unsere Stellungen auf den nördlichen Ausläufern der Zugna Torta, ohne jedoch zum Angriff überzugehen oder Schaden anzurichten. Im Sertental bombardierte unsere Artillerie am 23. d. Moos, von wo sie die feindliche Besatzung vertrieb. Die Tätigkeit unserer Infanterieabteilungen im Flitscher Becken und im Tolmeiner Abschnitt hielt den Feind beständig in Atem und zwang ihn, seine Befestigungsarbeiten einzustellen. Auch einige Gefangene wurden dort gemacht. Gestern nachmittag eröffneten die feindlichen Batterien vom Nordhang des Monte San Michele ein unvorhergesehenes heftiges Feuer gegen unsere Stellungen auf den Monte Fortin nördlich von Gradiska. Die rasche und intensive Feuerkonzentrierung unserer Artillerie aus den angrenzenden Abschnitten brachte in weniger als einer Viertelstunde die feindlichen Batterien zum Schweigen.

Rußland.

25. Jänner. Unsere Artillerie beschloß mit Erfolg die deutschen Stellungen an der Düna, flussabwärts Friedrichstadt. Am 24. Jänner warf ein feindliches Flugzeug zwei Bomben auf Dünaaburg ab; eine Frau wurde getötet. In der Gegend des Dorfes Ossenski, westlich Boginstoje, warfen wir einen gegen unsere Hindernisse gerichteten deutschen Angriff zurück. In Galkzien an der Strypa Artilleriekampf.

Es wurde beobachtet, daß der Feind neuerdings wieder Aufrufe aus Luftballons in unsern Gebieten abwirft. Nach eingezogenen Erkundigungen hatte in einer deutschen Division eine große Anzahl von Soldaten erfrorne Gliedmaßen, viele so heftig, daß sie zur Wiederherstellung in die Heimat zurückgeschickt werden mußten.

27. I. 1916

Die Aufgaben des Oberst House in Europa.

Die von dem Freund des Präsidenten Wilson, dem New Yorker Oberst E. M. House, ausgeführte Europafahrt gibt in Kreisen der Regierungsbeamten wie der Diplomaten in Washington zu viel Erörterungen Anlaß. Die Erklärung, daß es keine Friedenstagigkeit ist, mit welcher der Genannte vom Präsidenten betraut worden sei, wird von den Diplomaten verschieden ausgelegt. Doch zweifelt niemand daran, daß sich Col. House bei seinem Aufenthalt in Europa über die Möglichkeiten für Herstellung des Friedens in Europa unterrichten will.

Oberst House soll ferner die schwierige Aufgabe übernommen haben, Streitigkeiten zu beseitigen, welche zwischen den amerikanischen Botschaftern in London, Berlin und Wien bestehen. Besonders soll der Botschafter Page in London sich durch Uebereifer den Uebellwillen seiner Kollegen zugezogen haben. Er soll darin so weit gegangen sein, diesen Ratschläge betreffs ihrer Amtsführung zu erteilen, auch soll er diplomatische Korrespondenzen, welche an amerikanische diplomatische Vertreter in anderen Ländern gerichtet waren, einer regelrechten Zensur unterzogen haben. Zwischen Page auf der einen und den Botschaftern Gerard in Berlin und Benfield in Wien auf der anderen Seite soll ein regelrechter Zwist ausgebrochen sein, welcher seine Ursache in den Uebergreifen des Londoner Botschafters hat. Oberst House soll nun diesen Zwist beizulegen suchen.

Des weiteren soll der Spezialgesandte in Berlin die Stimmung von Regierung und Volk den Amerikanern gegenüber erforschen. Man hat nämlich gehört, daß die Deutschen wohl gegen die Wilson-Administration, nicht aber gegen die Amerikaner selbst eingenommen sind. Auch soll der Oberst, wenn er dazu Gelegenheit hat, der deutschen Regierung auseinandersetzen, warum man in Washington immer noch glaubt, auf Zensurierung der drahtlosen Verbindung mit Berlin bestehen zu müssen.

Dem Botschafter Marye in St. Petersburg sollen ebenfalls Vorstellungen gemacht werden, denn von dem Genannten konnte, wie es heißt, Washington zu Zeiten keine Berichte über Gefangenenlager bekommen, welche von Berlin und Wien dringend gewünscht wurden. Der einzige, mit dem man in Washington ganz zufrieden ist, soll der Botschafter Morgenthau in Konstantinopel sein.

Gegen belgische Sonderfriedensgerüchte.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Haag, 26. Januar. Die „New York Tribune“ meldet aus Le Havre: Der belgische Ministerpräsident und der Kriegsminister Broqueville bestreiten die Gerüchte, wonach Belgien beabsichtige, einen Sonderfrieden mit Deutschland zu schließen.

Die Zuversicht des bulgarischen Generalstabschefs.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Sofia, 26. Januar. In seiner Morgenausgabe veröffentlicht der „Utro“ eine Unterredung mit dem bulgarischen Generalissimus General Schelow, die alle Fragen des Augenblicks beleuchtet:

Die Kapitulation Montenegros sei für den Bierverband ein schwerer, empfindlicher Schlag gewesen, obgleich ihr mehr politische als militärische Bedeutung zukomme. König Nikita bekannte damit als erster den Mangel an Vertrauen zu der Kriegsführung des Bierverbandes. Ob der Bierverband infolge der Kapitulation Montenegros sich entschließt, Saloniki aufzugeben und die Truppen von dort zurückzuziehen, weil die Bedeutung Salonikis für ihn nur mehr von problematischer Bedeutung ist, bleibt abzuwarten. Jedenfalls würde dies in Frankreich zu einem Sturz der Regierung führen und den Radikalen ans Ruder verhelfen. Der Bierverband schädigte sich selbst, als er die Souveränitätsrechte der kleinen Balkanstaaten mit Füßen trat, denn sowohl Griechenland als Rumänien müssen nun zu der Erkenntnis gelangen, daß die Mittelmächte und ihre Verbündeten die einzigen sind, die diese Rechte achten. Diese Erkenntnis wird aber jetzt und in Zukunft die Beziehungen der beiden Länder zum Bierbund festigen und eine dauernde Freundschaft mit ihnen anbahnen. Es ist bedeutungslos, wo der Friede entschieden werden wird, soviel ist aber schon sicher, daß er von Deutschland und seinen Verbündeten dem Gegner aufgezwungen werden wird. Es ist aber nicht anzunehmen, daß der Bierverband selbst seine Schwäche eingesteht. Aber in wenigen Monaten werden die Völker der Verbündeten die wahre Lage erkennen und sich nicht mehr für die Fortsetzung des Krieges begeistern können. Im Frühjahr sind jedenfalls große und entscheidende Ereignisse zu erwarten. Als nächster der feindlichen Staaten wird zweifellos Italien für den Frieden reif werden, einmal weil sich dort die Ueberzeugung durchringt, daß der Bierverband keine Bürgschaften für den Endsieg mehr zu bieten vermag, und ferner, weil sich in Italien eine schwere innere Krise vorbereitet, die um so sicherer ausbrechen muß, weil der Krieg dort unpopulär und außerdem aussichtslos geworden ist. Von Italien aus werden die Grundfesten des Bierverbandes erschüttert werden. Ueber die bulgarische Armee sagte der General, daß sie wahre Wunder geleistet habe und ein vortrefflicher Geist in ihr herrsche. Heer und Volk seien überzeugt, daß die nationalen Kräfte Bulgariens unerschöpflich seien, und daß nach den gebrachten Opfern und den errungenen glänzenden Siegen Bulgarien eine große Zukunft gehöre. Heer und Volk seien fest entschlossen, bis zum glücklichen Ende durchzuhalten.

General Schelow schloß seine Ausführungen mit einigen Worten über den Kaiserbesuch in Nisch. Dieser hätte für Bulgarien große Bedeutung. Er bedente nicht bloß eine Ehre für Bulgarien, sondern er stellte zugleich das Bündnis Bulgariens mit Deutschland auf festere Grundlagen. Bulgarien schätze sich glücklich, solche Freunde gefunden zu haben.

Das montenegrinische Zwischenspiel
Eine deutsche Erklärung

Von besonderer Seite wird der „Münchener Post“ aus Italien über die Vorgänge in Montenegro geschrieben: Kaum wurde die Nachricht von der Unterwerfung Montenegros in Paris und London bekannt, als man sich an beiden Orten darüber klar war, welchen schlimmen Eindruck und welche Folgen dieser erste Separatfrieden haben könnte. Da man aber die eigentlichen „Schuldigen“ noch mehr in Rom als in Cetinje vermutete, hat man mit den stärksten Mitteln gearbeitet, um die Sache rückgängig zu machen. Barrère, der Botschafter Frankreichs, begab sich noch am Abend des denkwürdigen 16. Januar zu Sonnino und heischte von ihm in den stärksten Ausdrücken, die hart an Drohungen grenzten, man solle den montenegrinischen Frieden rückgängig machen. Am nächsten Morgen bearbeitete in gleicher Weise der englische Botschafter Kennell Rodt den italienischen Minister des Aeußern. Diesem blieb nichts anderes übrig, als in der Villa Ada mitzuteilen, man müsse sich ins Unvermeidliche fügen. Hierauf große neue Beratung zwischen dem Königspaar, Sonnino und Salandra, die zwar ergab, man könne nicht unmittelbar Hilfe über die Adria an Nikolaus senden, aber man müsse ihn doch auffordern, wortbrüchig zu werden. Nur solle dies in einer geschickten Form geschehen. Dann geheime Zusammenkunft Victor Emanuels mit dem in Süditalien weilenden Prinzen Mirko von Montenegro, der der Führer der chauvinistischen Ultras des kleinen Landes ist. Bei dieser Entrevue wurden die Rollen für die nun stattfindende Komödie ausgeteilt. Zugleich gab man der Königin Milena und ihren Töchtern Wera und Xenia, um Italien nicht weiter zu kompromittieren, den Rat, das Ziel ihrer Flucht

nicht in Rom zu suchen, sondern sich auf französischen Boden zu begeben. In Montenegro hatte indessen die Ablieferung der Waffen an Oesterreich begonnen. Der größere Teil des Heeres war auch mit der Kapitulation einverstanden. Nur ein kleiner Teil, an dessen Spitze die Generale Miskowitsch und Wukowitsch standen, opponierte. Es lief zunächst ein Telegramm des montenegrinischen Generalkonsuls in Paris ein, die Entente bestche auf der Fortsetzung des Kampfes. Zunächst zögerte Nikolaus, aber er begab sich doch von Skutari, wo er sich den Oesterreichern zu nahe befand, nach Podgoriza, wo sich der opponierende Teil des montenegrinischen Heeres und Reste der serbischen Armee aufhielten. Für den äußersten Fall wollte er sich von ihnen zwingen lassen, sein Wort rückgängig zu machen. Dort erreichten ihn nun die römischen Nachrichten, die eine andere Lösung vorschlugen. Damit Nikolaus und sein Sohn Peter nicht ihr Versprechen, die Waffen nicht mehr gegen Oesterreich zu führen, brächen, sollten sie sich ebenfalls nach Lyon begeben, während Prinz Mirko nach Montenegro zu fahren hatte, um dort das Kommando des weiterkämpfenden Heeres zu übernehmen. Der König ging nach einigem Zögern nach San Giovanni di Medua, um sich bald von dort nach Lyon einzuschiffen.

Zur Aktion gegen Albanien

Wl. E. Der Athener Berichterstatler des „Ruskoje Sslowo“ meldet, daß die Zentralmächte mit Bulgarien zunächst Albanien von serbischen und italienischen Streitkräften säubern wollen, um die Herrschaft über die albanischen Häfen zu sichern. Der „Nowoje Wremja“ wird aus Durazzo über Athen gedrahtet, daß fortwährend neue bulgarische Streitkräfte in Albanien eintreffen. Dem „Sslowremenoje Sslowo“ zufolge äußerte sich der frühere serbische Kriegsminister General Bojowitsch, daß ungeachtet der italienischen Hilfe die Serben Albanien verlassen müssen. Essad Pascha stehe an der Spitze von 20,000 Albanern und halte die Verbindung zwischen Skutari und Durazzo aufrecht. Der „Ruslija Wjedomosti“ zufolge befindet sich auch der Prinz von Wied in Südalbanien, wo er eine deutsche Abteilung kommandiere.

Laut der Petersburger „Wetscherneje Wremja“ setzen die Bulgaren ihren Vormarsch in Albanien in zwei Richtungen fort. Die bulgarischen Truppen, welche von Ohrida aus Durazzo erreichen sollen, haben schon Elbasan besetzt und jetzt eine nördliche Richtung eingeschlagen, um über Tirana nach Durazzo zu gelangen. Die zweite bulgarische Gruppe bewegt sich von Dibra über die Ebene von Matja nach Alessio. Die Bulgaren wollen die Reste der serbischen Armee voneinander trennen und sich mit den österreichisch-ungarischen Truppen an der adriatischen Küste vereinigen, um Montenegro vollständig einzuschließen. Das Vordringen der Bulgaren in Albanien gehe infolge der äußerst ungünstigen Verkehrsverhältnisse sehr langsam vor. Es sei unmöglich, die schwere Artillerie mitzunehmen.

Essad Pascha sei vollständig auf Seite Serbiens und Italiens, die albanischen Stämme im Norden seien jedoch gegen ihn. Laut der „Nowoje Wremja“ hat Faik Bey Sofia besucht. Er ist als Anhänger einer bulgarisch-albanischen Annäherung bekannt.

27. I. 1916

Der 57. Geburtstag des deutschen Kaisers.

Wien, 26. Januar.

Der Geburtstag des deutschen Kaisers und das Kriegshilfsbureau.

Morgen wird die Stadt Wien aus Anlaß der Geburtsfeier des Bundesgenossen unseres Kaisers, Kaiser Wilhelm II., festlich besetzt werden. Das Kriegshilfsbureau, welches schon vor einigen Tagen aus diesem Anlasse auf die bei ihm erhaltenen Fahnen in den Farben der verbündeten Staaten aufmerksam gemacht hat, erinnert neuerlich an die von ihm ausgegebenen Fahnen, durch deren Verwendung neben dem Unterstützungssatte für den allverehrten Monarchen auch der Kriegsfürsorge eine Unterstützung zugeführt wird.

Für den morgigen Tag bringt das Kriegshilfsbureau eine neue sehr gelungene Ansichtskarte des deutschen Kaisers in Vierfarbendruck unter Nr. 309 in Vertrieb, welche nach dem gleichen Bilde hergestellt wurde, das das Kriegshilfsbureau schon seit längerer Zeit in großer Ausgabe (54 : 74 Zentimeter) zum Preise von 6 K. (in Eichenrahmen 20 K. und in Goldrahmen 25 K.) mit großem Erfolge vertreibt. Die Ansichtskarten sind bereits in der Ausstellung „Die Kriegshilfe“ und im Trattnerhof erhältlich.

Allgemeine Beflaggung in Prag.

Prag, 26. Januar.

Anlässlich des morgigen Geburtstages des deutschen Kaisers findet in Prag eine allgemeine Beflaggung statt, mit der bereits heute begonnen wurde.

Beflaggung in Krakau.

Krakau, 26. Januar.

Das Stadtpräsidium von Krakau erließ einen Aufruf an die Bevölkerung der Stadt, wozu dieselbe aufgefordert wird, morgen anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers die Stadt festlich zu dekorieren. Die Ausschmückung bilde eine Kundgebung der Dankbarkeit für den obersten Kriegsherrn der verbündeten Armee, welche, Schulter an Schulter gemeinsam mit anderen heldenhaften Truppen kämpfend, unser Land vom russischen Joche befreite.

Die Feier in Budapest.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 26. Januar.

Obgleich von jeder offiziellen Feier mit Rücksicht auf den Krieg Abstand genommen worden war, wurde der Geburtstag des deutschen Kaisers heute abend von den Mitgliedern des Vereines der Reichsdeutschen in würdevoller und erhebender Weise gefeiert. Der große Saal des Vereines der Reichsdeutschen war festlich geschmückt. Fast alle Mitglieder des Vereines hatten sich nebst vielen geladenen Gästen eingefunden. Unter anderen waren gekommen: Der deutsche Generalkonsul Graf Franz von Fürstenberg-Stammheim, Hofrat Rocula mit den Beamten des Generalkonsulats, die offiziellen Vertreter des Vereines „Die Eintracht“ sowie die der hiesigen deutschen Ueberwachungsstelle zugetheilten Offiziere Major Gede, Major Byschl, mehrere Hauptleute und Oberleutnants. Den Reigen der Trinksprüche eröffnete Generalkonsul Graf Fürstenberg mit einem mit stürmischen Hurra- und Hochrufen aufgenommenen Toast auf Kaiser Franz Josef, den er als den treuesten Freund und Bundesgenossen Kaiser Wilhelms feierte. Nachdem die Anwesenden die ungarische Hymne in ungarischer Sprache gesungen hatten, hielt der Vereinspräsident Direktor Ernst Wolf eine Rede, in der er ausführte: Wir, die ein glückliches Geschick beim Verlassen unserer Heimat in dieses Land geführt hat, wir empfinden es immer, daß Ungarn, so oastfreundlich es auch jedem gegenüber sei, durch starke innere Bande zum deutschen Stamme sich hingezogen fühlte und daß bei aller eifrigen Pflege eigener Art und Selbständigkeit deutsche Kultur und deutsche Arbeit hier mit vorurteilsfreiem Verständnis aufgenommen und hochgeschätzt wurde. Wenn wir von unseren Bergen hier auf das unvergänglich schöne Bild von Budapest herniederschauen, erblicken wir der Donau großen Strom, der die Länder aller im Kriege jetzt verbündeten Staaten zusammenführt. Früher dachten wir wohl, er soll in umgekehrter Richtung fließen; heute erscheint er uns berufen, der wichtigste Weg eines neuen Westenerföhres zu werden. Daß dieser Strom Ungarns fruchtbare Ebene durchquert, daß Ungarn die Mitte der durch ihn vereinigten Länder bildet, daß Budapest seine Ufer umfaßt hält, das muß uns mit besonders hoher Freude erfüllen als sicheres Vorzeichen einer erfolgreichen Zukunft. Redner feiert Kaiser Wilhelm als das sichere Unterpfand für die glückliche Zukunft der verbündeten Länder und schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm. In einer kernigen Ansprache würdigte Major Gede die Waffentaten der deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Soldaten und gab der

Ueberzeugung Ausdruck, daß der Krieg dazu beigetragen habe, das enge Band, das bereits früher zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bestand, noch zu kräftigen und zu vertiefen.

Keine Verschärfung der englischen Blockade?

Eine offizielle Erklärung über die genügende Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen.

London, 26. Jänner.

Das Pressbureau veröffentlicht eine ausführliche Erklärung, worin die Behauptung, daß die Wirksamkeit der britischen Blockade ungenügend sei und daß noch große Mengen Waren durch die neutralen Länder Deutschland erreichen, widerlegt wird. Die Erklärung gibt Ziffern und statistisches Material, woraus hervorgeht, daß die bezüglichen Berichte gewaltig übertrieben seien und daß die Vermehrung der Einfuhr seitens der Neutralen nur eine Folge dessen sei, daß sie ihre Güter früher aus Deutschland bezogen.

Die Erklärung weist auf Fehler in den Angaben des dänischen Blattes „Börser“ hin und sagt, daß mit Rücksicht auf die großen Mengen Waren, welche die britischen Behörden in England auf Schiffen löschen ließen, die von britischen Patrouillen-Fahrzeugen aufgebracht wurden, vor einigen Monaten ein Abkommen mit den dänischen Reedereien geschlossen worden sei, auf Grund dessen Güter, über die das Urteil des Preisengerichtes noch nicht gefällt wurde, mit den Handelsschiffen, auf welchen sie ausgeführt wurden, nach Dänemark weitergeschickt werden können. Dagegen mußten sich die Reederey verpflichten, die Waren eventuell nach England zurückzubringen oder sie in einigen Fällen bis zum Kriegsende aufzulagern, was unter gemeinsamer Kontrolle der Reedereien und der britischen Gesandtschaft zu geschehen habe. Die Ursache davon ist, daß die in Frage kommenden Waren sich zumeist zum Teil im Schiffe befanden, sodaß dieses hätte ganz ausgeladen werden müssen, um sie herauszubekommen, was große Zeitverluste und eine Stauung von Schiffen in britischen Häfen zur Folge gehabt haben würde. Jede Fracht, die in der Zeitung „Börser“ gemeldet wurde, wurde untersucht. In allen Fällen stand die ganze Ladung auf der Einfuhrliste der „Börser“, obwohl ein bedeutender Teil der Güter nach England zurückgebracht oder in Dänemark für die Dauer des Krieges aufgestapelt wurde. Im Monat Dezember wurde unter anderem gestattet, daß nicht weniger als 1700 Tonnen Kaffee und 640 Tonnen Kakaonach Dänemark gebracht wurden. Unter dieser Bedingung wurden ferner 1000 Tonnen Kaffee für Dänemark in England gelöscht. Diese Quantitäten sind aber in die Statistik des Blattes „Börser“ eingereicht.

Die Erklärung weist ferner auf gewisse Ungenauigkeiten hin und führt an, daß das ganze Quantum Reis und Mehl, welches in der zweiten Hälfte 1915 in Dänemark eingeführt wurde, 8000 Tonnen betrug, wovon nur 2200 Tonnen aus dem Vereinigten Königreiche geliefert wurden. Daraus ergibt sich ein Ueberschuß von 3000 Tonnen. Dieser war hauptsächlich der Preiserhöhung von ähnlichen Artikeln zuzuschreiben. Aber selbst wenn der ganze Ueberschuß nach Deutschland ausgeführt worden wäre, würde dies nur 1% von dem sein, was Oesterreich-Ungarn und Deutschland brauchen.

In der Erklärung wird ferner die Aufmerksamkeit auf die Abnahme der Fetteinfuhr in Dänemark gelenkt und bemerkt, daß die Einfuhr nicht über die normalen Mengen hinausgehe. Bei Leinsamen und Öl sei dasselbe der Fall. Es wird darauf verwiesen, daß bei der Einfuhr von Schweinefleisch nach Dänemark eine große Verbesserung zu verzeichnen sei. Von dem Ueberschuß wurde vermutlich ein großer Teil nach Rußland weiterbefördert. Es verdiene darauf hingewiesen zu werden, daß bei den anderen skandinavischen Ländern von derartigen Ueberschüssen keine Rede sein kann. Man vergißt die Tatsache, daß in normalen Zeiten die neutralen europäischen Länder große Mengen von Gütern aus Deutschland und Rußland bezogen.

Weiters wird gesagt, daß den Neutralen zu den Mengen, die sie unter normalen Umständen einführen, noch

ein kleines Plus für das natürliche Anwachsen des Handels gestanden werden muß.

Ueber Baumwolle wird gesagt, es sei wahr, daß sehr große Mengen davon in den ersten Monaten des Krieges eingeführt wurden, ehe die königliche Verordnung vom März in volle Wirksamkeit trat. Seit April ist die Einfuhr auf die normale Menge herabgesetzt, die vor dem Kriege eingeführt worden war.

Zufolge der Tatsache, daß in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden die Armeen teilweise mobilisiert sind, braucht es nicht Wunder zu nehmen, daß ihre Einfuhr von Schuhen beträchtlich gestiegen ist. Die Ziffern für die ganze Einfuhr von Lederwaren nach Skandinavien und Holland weisen im Vergleich zu denen von 1913 keine Zunahme auf.

Kriegskalender.

21. Jänner: An unserer Nordostfront stellenweise Geschützfeuer. — Unsere Stellungen auf dem Gipfel und den Hängen des Col di Lana stehen zwei Stunden lang unter Trommelfeuer; auch San Paves wird von den Italienern sehr heftig beschossen. — An der Kaukasusfront wird ein russisches Kavallerieregiment zurückgeworfen. — Der britische Dampfer „Southernland“ versenkt. — In Oesterreich wird die Kriegsdienstleistungspflicht bis zum 55. Lebensjahre ausgedehnt.

22. Jänner: Russische Angriffe gegen Teile unserer besarabischen Front werden zurückgeschlagen; bei Smorgan und vor Dünaburg heftiger Artilleriekampf. — Die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres ist noch im Gange. — An der küstländischen und der Dolomitenfront lebhafteste Artilleriekämpfe; auch Riva wird wieder aus schweren Geschützen beschossen. — Zwischen der Mosel und den Vogesen beschießen die Franzosen eine Anzahl von Ortschaften hinter den deutschen Linien. — König Nikolaus fährt über Rom nach Lyon. — Kriegsrat der Alliierten in London.

23. Jänner: Südlich von Lubno wird ein russischer Vorstoß abgewehrt; um unsere Brückenschanze nordwestlich von Usczinsko wird fortgesetzt heftig gekämpft. — Unsere Truppen besetzen die Adriahäfen Antivari und Dulcigno. — Im Raume von Fiume wird ein italienischer Angriff abgewiesen. — Bei Neubulle erobern die Deutschen eine feindliche Stellung. — Ein deutsches Wasserflugzeug belegt Dover mit Bomben. — Vor Saloniki wird ein englischer Frachtdampfer torpediert. — Der englische Dampfer „Tremalon“ versenkt. — Türkische Truppen und eingeborene Krieger besetzen in Persien die Stadt Kengavor und nehmen ferner die Städte Assababad, Chai und Barlam wieder in Besitz. — Ein russisches Reiterregiment wird zwischen Maraga und Miandoab zurückgeschlagen; ein anderes russisches Regiment wird südlich von Urmta geworfen. — Die schwedische Regierung legt dem Reichstag ein Mandat vor. — Peter Carp in Wien.

Selbststellung des Generals Bulotic

Bei dem österreichisch-ungarischen Kommando in Daniloograd.

S. R. Zürich, 25. Jänner. Die Schweizerische Telegraphen-Information meldet aus Cattaro:

Die Agence Havas behauptet, daß an der Spitze der montenegrinischen Armee, die den Kampf gegen die österreichisch-ungarischen Truppen fortsetzt, General Janko Bulotic stehe.

Indessen hat sich General Bulotic mit zwei anderen montenegrinischen Generalen in Daniloograd dem österreichisch-ungarischen Kommando gestellt.

Es kann konstatiert werden, daß die mit den österreichisch-ungarischen Kommanden zusammentreffenden montenegrinischen Militär- und Zivilbehörden alle auf der Basis des von ihrem König und dessen gesamten Kabinett erbetenen Friedensschlusses stehen und von den im Auslande seitens der verschiedenen montenegrinischen Generalkonsulate seither veröffentlichten Erklärungen nicht die geringste Ahnung haben.

Scardar Janko Bulotic steht als Vetter der Königin Milena der Dynastie Njegos sehr nahe. So oft die Lage im Innern bedrohlich schien, wurde er vom König Nikolaus berufen. Zu Beginn des Balkanrieges war Bulotic Kriegsminister. Als während der Skutari-Krise im April 1913 das Ministerium Maximowitsch zurücktrat, wurde Bulotic Ministerpräsident; er behielt zugleich das Portefeuille des Kriegsministers. Als solcher hatte er den Oberbefehl über die montenegrinische Armee, die zu Beginn des Weltkrieges in Bosnien eingebrochen war. Das Ministerium Bulotic trat am 8. d. M. zurück.

Berichte der feindlichen Generalkübe.

Frankreich.

Wien, 27. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

26. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Im Artois anhaltende Artillerietätigkeit im Abschnitt Neuville-Saint-Vaast. Im Laufe der Nacht unternahmen wir einen Angriff, der es uns gestattete, die Deutschen aus einem durch eine Explosion am Tage zuvor entstandenen Sprengtrichter zu vertreiben. Zwischen Somme und More südlich Chaules beschossen unsere Batterien feindliche Lager bei Batten-court und zerstörten Beobachtungsposten bei Barnillers. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

11 Uhr nachts. In Belgien beschossen wir in der letzten Nacht erfolgreich die feindlichen Gräben und Laufgräben in der Gegend von Steenstrate, wo Truppenbewegungen festgestellt worden waren. Im Artois ließ der Feind im Laufe des Tages in der Nähe der Straße nach La-Folie (nördlich Neuville-St-Vaast) mehrere Minen sprüngen und besetzte die Sprengtrichter, aber in der Nähe des Weges von Neuville nach Theus vertrieben wir den Feind aus den Sprengtrichtern, die er zuletzt besetzt hatte.

Beschäftigte Geschütztätigkeit auf dem andern Teil dieses Abschnittes. In der Gegend von Hoge vernichteten unsere Artillerie und unsere in den Gräben befindlichen Geschütze wechlich von Bancourt ein Werk, das der Feind verlassen mußte. Unsere Patrouillen konnten dort eindringen und das von den Deutschen im Stich gelassene Material einbringen. In der letzten Nacht warf ein Zeppelin-Luftschiff auf Dorfer in der Gegend von Epernay einige Bomben ab, die nur unbedeutenden Sachschaden verursachten. Der Lenkballon wurde von einer Abteilung unserer auf Automobilen montierten Abwehrgeschütze sofort beschossen und kehrte in die feindlichen Linien zurück. Westlich von Pont-a-Mousson richteten wir auf die feindlichen Verschanzungen im Priesterwalde schwere Geschützfeuer mit gutem Ergebnis.

Belgischer Bericht.

Uebliches gegenseitiges Artilleriefeuer an der belgischen Front und Mienenwerfertätigkeit am Schermomshaus.

28.7. 1916

Oesterreich in der Ostadria.

Für Italien, das in den letzten Friedensjahren in Montenegro wie in Albanien alles ausbot, um dem politischen Einfluß und dem Handel Oesterreich-Ungarns entgegenzutreten, ist die Befestigung von Antivari, Dulcigno und Stutari durch unsere siegreichen Bundesgenossen ein schwerer Schlag. Italien erzielte wohl hier wie dort merklliche Erfolge, vermochte aber der kommerziellen Vorherrschaft Oesterreich-Ungarns keinen wesentlichen Abbruch zu tun. In Antivari faßte Italien, wie die „N. Fr. Pr.“ schreibt, festen Fuß durch die Gründung der „Compagnia di Antivari“, die den Hafen ausbaute, Lagerhäuser und eine elektrische Beleuchtungsanlage errichtete und auch den gesamten Hafenbetrieb Antivaris übernahm. Im Verkehr des Hafens trachteten die „Puglia“ im Verein mit der „Società di Servizi Marittimi“ dem „Oesterreichischen Lloyd“ und der „Ungaro-Croata“ den Rang abzulaufen, indem sie den Verkehr verdichteten, so zwar, daß Antivari im Jahre 1914 von italienischen Dampfern zehnmal wöchentlich (gegen zwei Lloyd-Dampfer und sechs ungarische Schiffe) angelassen wurde. Trotzdem behielt der Handel Oesterreich-Ungarns in Antivari die Oberhand, da an der Gesamteinfuhr des Hafens im Jahre 1914 mit 275 867 Doppelzentnern Oesterreich mit 24, Ungarn mit 22 und Italien bloß mit 21 % beteiligt war. Oesterreich lieferte nach Antivari vornehmlich Zucker, Kaffee, Reis, Eisen- und Manufakturwaren, Seife, Papier, Zündhölzchen, Glas und Holz; Ungarn importierte Getreide, Mehl, Zucker, Reis, Speck und Bier; Italien brachte Hafer, Mehl, Leigwaren, Eisen, Baumwollwaren, Petroleum und Wein nach Antivari, wo es außer in der Hafengesellschaft und der mit italienischem Kapital gebauten Schmalspurbahn Antivari—Virpazar noch in der eine rege Tätigkeit entfaltenden „Società Commerciale d'Oriente“, die auch in Podgorizza einen Zweigniederlassung unterhält, einen Stützpunkt fand. Auch in Dulcigno blieb der italienische Wettbewerb hinter dem österreichisch-ungarischen zurück. Von der Einfuhr dieses Hafens, die 1914 etwa 3500 Doppelzentner betrug, entfielen mehr als zwei Drittel auf die österreichisch-ungarische Monarchie.

Ähnlich wie in Antivari liegen die Verhältnisse in Stutari, wo sich Italien gleichfalls seit Jahren bemüht, den Handel an sich zu reißen. Am Ein- und Ausfuhrhandel Stutaris, der sich abgesehen von dem Durchfuhrhandel nach Montenegro, im Jahre 1914 mit 7 169 294 Kr. (gegen 7 008 437 Kr. im Jahre 1913) bewertete, war Oesterreich mit 3 089 089, Ungarn mit 306 663 und Italien mit 2 259 554 Kr. beteiligt. Infolge des Kriegsausbruches ist der österreichisch-ungarische Handel mit Stutari im Jahre 1914 um etwa eine halbe Million Kronen zurückgegangen; aber trotzdem konnte Italien bezeichnenderweise seine Ausfuhr nach Stutari bloß um 100 000 Kr. steigern. Die italienische Konkurrenz in Stutari trachtete vornehmlich das Geschäft in den Massenartikeln an sich zu ziehen, und zwar namentlich in Kaffee, Reis, Mehl, Petroleum, Spiritus, Schwaren, Tabak und Baumwollwaren (Garne und Weißware). Doch selbst in diesen Artikeln gelang es, den größten Teil des Absatzes der österreichischen Industrie zu sichern. Noch stärker ist das Übergewicht der Monarchie im Export Stutaris, der sich zu vier Fünfteln nach Triest zu richten pflegt, mit dem der albanische Handel überhaupt seit Jahren durch nationale, in Triest seit lange etablierte Firmen aufs innigste verknüpft ist. Die Ausfuhr Stutaris umfaßt vornehmlich Getreide, Hülsenfrüchte, Tabak, Felle und Häute, Wolle sowie frische und eingesalzene Fische. Auch in dem nicht unbedeutenden Durchfuhrhandel Stutaris von und nach Montenegro steht Oesterreich-Ungarn weitaus an erster Stelle.

Wie im Handel, bemühte sich Italien auch im Schiffahrtsverkehr Stutaris, die österreichische Flagge zu überflügeln. Im Jahre 1913 hatte der Lloyd noch einen wesentlich größeren Umschlag in Stutari, beziehungsweise dem Stutariner Hafen Oboti an der Bojana, als die „Puglia“, die jedoch 1914 infolge des Kriegsausbruches an die erste Stelle rücken konnte. Von den italienischen Plätzen, die sich besonders für die Ausdehnung ihres Verkehrs mit Albanien einsetzten, ist neben Venedig in erster Reihe Bari zu erwähnen. Erwähnung verdient, daß man in Italien auch der telegraphischen Verbindung mit Albanien in den letzten Jahren erhöhte Aufmerksamkeit schenkte. Im Jahre 1913 wurde ein Kabel zwischen Medua (an der Mündung der Bojana) und Brindisi gelegt, so daß Italien zwei Kabellinien (Medua und Balona) nach Albanien besitzt. Nach dem Frieden wird die österreichisch-ungarische Monarchie wohl auch im Schiffahrtsverkehr dieser wichtigen Adria-Häfen die beherrschende Stellung wieder erlangen.

Vom Ende Montenegros.

(Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Genf, 28. Januar. Der Lyoner „Progres“ erhält von dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Mischlewitsch eine besondere Darstellung der Vorgänge, die zum Zusammenbruch Montenegros geführt haben. In erster Linie sei das vorzeitige Ende dem Versagen Russlands und Serbiens zuzuschreiben, die ihre Zusagen über die Unterstützung der Montenegriner nicht erfüllten. Ferner war für den Ausgang des Feldzuges, insbesondere bei der Erstürmung des *Dowcen*, die ausgezeichnete Zusammenwirkung der feindlichen Land- und Seeartillerie von großer Wichtigkeit. Die Badsamkeit der österreichisch-ungarischen Flotte hat nicht wenig dazu beigetragen, die montenegrinische Armee der Auszehrung auszusetzen, woraus sich eine Demoralisierung aller Truppen ergab. Schließlich gab der Minister der Beförderung Ausdruck, daß der in Brindisi gefasste Entschluß, San Giovanni di Medua zu räumen, die in Bajana befindlichen drei serbischen und ein montenegrinisches Bataillon in eine ernste Lage versetzen werde.

Der Handelskrieg nach dem Friedensschluß

(Von unserem Korrespondenten)

C. O. S. London, 21. Januar.

Wenn ein Kabinettsminister von der Geschäftserfahrung und Klugheit des Herrn Runciman, der dem Handelsamt vorsteht, von seinem Platz im Unterhaus aus sagt, daß „der Frieden schneller kommen dürfte als irgend jemand erwarte“, so kann man sicher sein, daß er sich die Worte des Grafen von Beaconsfield hinter die Ohren geschrieben hat, der da sagte, „man soll nie prophezeien, man wisse denn“. Und Herr Runciman hat auch dem Hause der Gemeinen schon mitgeteilt, wie die Regierung nach dem Friedensschluß mit dem besiegten Gegner verfahren wird. Daß England in Zukunft seine eigenen optischen Gläser, Chemikalien, Farben, elektrischen Geräte, Magnete, Porzellan- und Glaswaren herstellen, und die fremden, besonders die südamerikanischen Märkte studieren wird, kann der Engländer nur als selbstverständliche Folge dieses Handelskrieges begrüßen.

Eine andere Errungenschaft wird die Verallgemeinerung des technischen Schulwesens und die Popularisierung des Bankwesens sein. Runciman ist im Schulwesen eine gute Autorität. Denn er und Mac Kenna haben sich zwischen den Jahren 1906 und 1910 als Erziehungsminister wiederholt und immer vergeblich über Schulvorlagen mit demselben Herrn Balfour herumgebalgt, der damals im Brustton der Ueberzeugung den anglikanischen Standpunkt als den alleinseligmachenden vertrat, den Konfessionisten und Puritanern gegenüber, die für den konfessionslosen Unterricht eintraten. Auch Herr Balfour, der mit gleicher Fertigkeit über die Berechtigung des Zweifels und die Grundlagen des Glaubens Bücher schreiben kann, ist in den letzten achtzehn Kriegsmonaten klüger geworden.

Was die Banken anbetrifft, so hat Herr Runciman im Namen der Regierung mit der Gründung von staatlichen Banken zur Erleichterung des Geschäftswesens gedroht, falls die durch zahlreiche Verschmelzungen überreich gewordenen sogenannten „Joint Stock Banken“ ihren Kunden nicht genügend entgegenkommen. Auch die Patentgesetze und die Vorschriften über Verlagsrechte bedürfen dringend der Revision. Der Frankfurter Metallring muß gebrochen werden. Bereits hat die australische Regierung ihr Abkommen mit diesem Ring gekündet. Und da alle Handelsverträge mit den Zentralmächten infolge des Krieges hinfällig geworden sind, hat Großbritannien und haben alle Siedelungen freie Hand erhalten. Natürlich beabsichtigt das freihändlerische Mutterland keineswegs die Gründung eines Zollvereins mit seinen überwiegend schutzamerikanischen Siedelungen oder Verbündeten. Das wird vom Handelsminister vorderhand als „unmöglich“ bezeichnet. Aber was nicht ist, kann werden. Und da alle Siedelungen und Alliierten die Hände tief in den Geldsäckel der Mama Britannia gesteckt haben, kann diese als Gegenleistung manches fordern, das bisher noch niemandem eingefallen ist.

Als Sohn eines Reeders, der selbst durch die deutschen Unterseeboote geschädigt worden ist, erklärte der Minister mit besonderer Genugtuung, die seebeherrschende Britannia werde in Zukunft dafür sorgen, daß keine subsidierten Linien die englischen Häfen benutzen außer nach Hinterlegung von Landungsgebühren in der Höhe der erhaltenen Subsidien. Besonders streng wird man mit dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie verfahren. Bekanntlich halten — oder hielten — die Riesendampfer der beiden deutschen Linien in der Regel, um den hohen Hafengebühren im Hafen von Southampton aus dem Weg zu gehen, zwischen der Insel Wight und dem Festland im sog. Southampton Water, wohin Fahrgäste und Waren in kleinen Dampfern zur Verladung aufs Ozeanschiff gebracht wurden. Mit dieser Ausnahmestellung ist es vorbei.

Sehr belehrend waren die Erörterungen, die anschließend an Runcimans Rede die Ansichten des Sir Alfred Mond (eines ehemaligen Deutschen und Geschäftsteilhaber des Schweizer Sir John Brunner) und des schottischen Geschäftsmannes Mackinder über die Aufgaben der britischen Geschäftswelt nach dem Kriege zum Ausdruck brachten. Ob, wie Sir Alfred behauptet, der Ausbruch des Krieges die

Folge des Triumphs der Militärpartei über die Handelswelt Deutschlands war oder ob, wie ein anderer Redner (Gewins) behauptete, der Beweggrund rein wirtschaftlich war und der wirtschaftliche Krieg lange vor dem militärischen ausbrach und diesen überdauern wird, wollen wir hier nicht untersuchen. Die Wahrheit liegt wohl irgendwo in der Mitte. Sir Alfred betonte, daß Deutschland Italien, Rußland und Südamerika in seinen finanziellen Klauen halte, in Italien die Straßenbahnen besitze, in Südafrika die elektrische Kraftanlage errichtet habe, weil die englischen Banken sich weigerten, die Gelder vorzuschießen, während die Deutsche Bank ohne Bedenken die zum Bau nötigen 50 Millionen Fr. auf den Tisch legte. In Australien übernahm Deutschland die Schmelzanlagen, da es über die technischen Fähigkeiten verfügte.

Seinerseits verlangte Mackinder, daß in Zukunft die englische Diplomatie, Finanz und der englische Handel Hand in Hand gehen sollten. Dagegen fürchtet Sir Alfred Mond weit mehr die amerikanische Konkurrenz als die deutsche, da nach dem Krieg Deutschlands Erschöpfung an Kapitalien, Menschenkraft und Hilfsmitteln und Rohstoffen zu groß sein werde, um seine Konkurrenz gefährlich zu machen.

Die Lage in Albanien

Aus Lugano wird der „Frankfurter Zeitung“ nach einem Bericht der „Gazzetta di Venezia“ über die Schwierigkeiten der verbündeten Italiener und Serben in Albanien gemeldet: Das flüchtende Serbenheer leidet in Durazzo unter einer Epidemie, vermutlich Flecktyphus, der eingeschleppt wurde. Die Bevölkerung der Stadt ist gleichfalls zum Teil erkrankt und von Schrecken erfaßt; überdies macht sie Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der Epidemie. Alle Krankenhäuser sind überfüllt, die Behörden sind gegenüber der Epidemie fast machtlos. Die Italiener finden die hygienischen und andern Zustände Durazzos äußerst ungünstig und ungeeignet für die Ausführung ihrer Verteidigungspläne, da die Stadt von allen möglichen Elementen überfüllt ist. Die serbischen Abteilungen, welche die Pässe bei Tirana und Elbassan gegen die Bulgaren halten sollten, sind in Durazzo eingetroffen. Außerdem sind dort die bisher in Serbien interniert gewesenen österreichischen Zivilisten und Kriegsgefangenen eingetroffen. Besonders bedenklich ist aber die Bedrohung durch albanische und gemischte Banden. In Südalbanien ist der Aufstand offen ausgebrochen. Die Muselmanen von Cavaja haben sich erhoben, im Sandschak, in Berat und in Nordepirus machen toskische Albaner mit den Griechen und Muselmanen gemeinschaftliche Sache; sie besetzten den Hauptort Berat und bildeten dort eine Sonderregierung. Die Aufständischen fallen die Serben an, die über Goriha nach Griechenland fliehen, und begünstigen so deren Einkreisung durch die Bulgaren.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Lausanne.

Herunterreißung der deutschen Flagge vom
deutschen Konsulat und Beschädigung des
Konsulatsschildes.

B. Bern, 27. Jänner. Heute mittags wurden in der Rue Richard in Lausanne vor dem deutschen Konsulat, das anlässlich des Geburtstages des deutschen Kaisers die deutsche Flagge gehißt hatte, Demonstrationen veranstaltet.

Eine Anzahl von Schülern, Studenten und Arbeitern sammelte sich unter den Fenstern des Konsulats auf der Straße an, wobei die Menge sich durch zufällig des Weges kommende Passanten rasch vergrößerte. Es wurden Rufe laut, wie: „Nehmen Sie dieses Banner weg!“ „Sissen Sie die Schweizer Flagge!“

Trotz der Anstrengungen mehrerer Polizeileute, die inzwischen herbeigeeilt waren, gelang es den Manifestanten, die Flagge herunterzureißen. Die Polizei konnte sich der Fahne bemächtigen, die in das Regierungsgebäude gebracht wurde.

Die Schweizer Regierung macht über die Angelegenheit folgende Mitteilung: In einer nachmittags abgehaltenen Extra-Sitzung nahm der Bundesrat Kenntnis von den sehr bedauerlichen Vorkommnissen, die sich zwischen 12 und halb 1 Uhr mittags vor dem deutschen Konsulate in Lausanne ereigneten und in deren Verlaufe eine Fahne heruntergerissen und das Konsulatschild beschädigt wurde. Der Bundesrat beschloß, den Chef des politischen Departements zu beauftragen, den deutschen Gesandten aufzusuchen, um ihm das lebhafteste Bedauern über den Zwischenfall auszusprechen.

Gleichzeitig wurde der schweizerische Gesandte in Berlin telegraphisch beauftragt, auf dem Auswärtigen Amt vorzusprechen und das tiefe Bedauern der Schweizer Regierung auszudrücken.

Die Bundesbehörden ergriffen Maßnahmen zur Einleitung einer Strafuntersuchung gegen die Schuldigen.

Betreffs der Konsulatsfahne wurde verfügt, daß sie von neuem gehißt und mit aller notwendigen Sorgfalt beschützt werde.

Berlin, 28. Jänner. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Zürich: Der deutsche Konsul in Lausanne hat vorgestern dem Polizeivorstand mitgeteilt, er beabsichtige, wie alljährlich, zum Geburtstag des deutschen Kaisers die deutsche Flagge zu hissen. Der Polizeidirektor hatte dagegen kein Bedenken und sicherte die notwendigen Maßregeln zu.

Das „Journal de Genève“ erklärt, der Lausanner Zwischenfall sei sehr bedauerlich; er wird die Behörden zu unangenehmen Maßregeln nötigen, welche im gegenwärtigen Augenblick besser vermieden worden wären. Der Urheber des Vorfalles hätte dem Vaterlande einen schlechten Dienst erwiesen.

Griechenland und die Türkei.

S. Konstantinopel, 27. Jänner. Der griechische Gesandte **Pallerghis** wurde nachmittags vom **Sultan** zur Ueberreichung seiner Beglaubigungsschreiben in feierlicher Audienz empfangen. In seiner Ansprache sagte der Gesandte, er sei beauftragt, beim Sultan der Dolmetsch der Gefühle hoher Wertschätzung und tiefer Freundschaft zu sein, welche sein Herrscher der Person des Sultans zolle, und der Wünsche, welche er für das Gedeihen des Ottomanischen Reiches hege. Er (der Gesandte) werde alles, was an ihm liege, für die Erhaltung der Freundschaftsbande tun, die in so erfreulicher Weise zwischen beiden Ländern bestehen, und er hoffe, bei der Erfüllung dieser seiner den Gefühlen des Königs und den Instruktionen seiner Regierung entsprechenden Aufgabe durch das hohe Wohlwollen

des Sultans ermutigt und durch die wertvolle Unterstützung der ottomanischen Regierung gefördert zu werden.

In seiner Antwort erklärte der **Sultan**, er sei sehr gerührt von den Gefühlen der Freundschaft, welche der **König von Griechenland** ihm bezeige, und bitte, an **Se. Majestät** mit dem Ausdrucke des besten Dankes die Versicherung der gleichen Gefühle gelangen zu lassen. Der **Sultan** fügte hinzu, daß die Lätigkeit des Gesandten, die zwischen den beiden Ländern bestehenden Bande der Freundschaft noch enger zu knüpfen, seine kräftigste Ermunterung und ebenso die eifrigste Unterstützung der ottomanischen Regierung finden werde.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 27. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

25. Jänner. Im Val Lagarina schlugen in der Nacht auf den 24. unsere Truppen aus den Stellungen bei Mori eine feindliche Abteilung zurück, welche eine überraschende Annäherung versuchte. Im Val Sugana beschloß die feindliche Artillerie Bergo und Roncagone mit Granaten, in welcher letzterer Ortschaft sie einen Brand hervorrief. Unsere Artillerie erneuerte die Beschießung des Bahnhofes von Caldonazzo. Im Abschnitt von Tolmein versuchte der Feind unter der Gunst des Nebels zwei Angriffe gegen unsere Stellungen von S. Lucia, welche sofort abgeschlagen wurden. Am mittleren Fionzo lebhaftes feindliches Geschützfeuer gegen unsere Stellungen auf den Höhen westlich von Görz. An der übrigen Front Lage unverändert.

Wie schon öfter festgestellt worden ist, befließigt sich der italienische Generalstab, ganz nebensächliche Vorkommnisse mit dem Mäntelchen großer Wichtigkeit zu umgeben und dergestalt in seinen offiziellen Auslassungen der Öffentlichkeit zu präsentieren. Ein solcher Fall ist nun wieder eingetreten. „Die abgeschlagenen Angriffe“ im Tolmeiner Abschnitt beziehen sich auf erfolgreiche Rekognoszierung durch eine Patrouille von zehn Mann gegen das Wirtshaus südlich Ciainj, wobei 22 Gefangene des Mobilmilizregiments Nr. 133 eingebracht wurden. Die Patrouille kehrte, ohne Verluste erlitten zu haben, wieder in unsere Stellungen zurück.

29. / I. 1916.

Die Aufhebung der Kapitulationen und die „Dette publique“.

Von

Dr. Leon Schulman, Jaffa.

Es war eines der wichtigsten Ereignisse dieses Krieges für die Türkei, daß sie die Möglichkeit fand, die auf diplomatischem Wege lange vergebens anerstrebte Abschaffung der Kapitulationen nun endgültig herbeiführen zu können. Es ist noch lange nicht genug auseinandergesetzt worden, welche tief einschneidende Folgen die europäische Bevormundung auf die Entwicklung der Türkei tatsächlich hatte. Die Theorie und Praxis liegen auch hier weit auseinander. Ich will auch nicht den Versuch wagen, im Rahmen eines Zeitungsartikels diese weitverzweigten Fragen klarzulegen, die ich in einigen Abschnitten einer größeren Abhandlung*) in der Orientbücherei von Ernst Gück behandelt habe.

Man mag sich zur Abschaffung der Kapitulationen stellen wie man will, so muß man doch zugeben, daß dieselben, in der Form, wie sie bis jetzt bestanden haben, mit der Souveränität des Sultans und dem Selbstbewußtsein der Verteidiger von Gallipoli, am allerwenigsten aber mit der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei unvereinbar sind. Eine einsichtsvolle Wirtschaftspolitik der Staatlenker des Osmanischen Reiches wird für die Zukunft die richtigen, für alle, die da in der Türkei wirtschaften wollen, zuträglichen Formen erst suchen müssen, um den rapiden Aufschwung der Türkei zu sichern.

Daß die Türkei trotz der Abschaffung der fremden Bevormundung in allem doch den gangbaren Mittelweg behalten will, zeigt deutlich die Beibehaltung der „Dette publique“, einer Einrichtung, die sich für die Türkei glänzend bewährt hat, auch während des Krieges.

Wie bekannt sein dürfte, ist ein Teil der türkischen Finanzen der türkischen Finanzverwaltung „Malié“ unterstellt, während ein großer Teil der Einnahmen von einem dem ganz parallel verlaufenden „Verwaltungsrate der öffentlichen Schuld“ geleitet wird. Dieser letztere ist von dem berühmten gewordenen Moharrem-Dekret eingesetzt worden, zu einer Zeit, wo die Türkei vor dem völligen finanziellen Bankerott stand. Es ist diesem fremden Rate übertragen worden, bestimmte Einkünfte des türkischen Staates einzukassieren, um sie zur Bezahlung der Zinsen und zur Amortisierung der öffentlichen türkischen Staatsschuld zu verwenden.

Man weiß, wie sehr sich die Pforte bemüht hat, diese Einrichtung nicht als einen von der Diplomatie organisierten Vormundschaftsrat, wie es in den Verhandlungen des Berliner Kongresses von den Mächten erwünscht war, ausfallen zu lassen. Es gebührt dem türkischen Vertreter Caratheodoripascha das Verdienst, diese an und für sich höchst wertvolle Einrichtung nicht auch mit den Kapitulationen verschmelzen gelassen zu haben. Er hatte es nämlich verstanden, die Einsetzung einer europäischen Finanzkommission, die von allen Mächten, außer der Türkei, angenommen wurde, zu verhindern. Es ist nicht uninteressant, daß man sich schließlich im Jahre 1880 dahin geeinigt hatte, daß die Besitzer von türkischen Schuldpapieren Vertreter ernannten, die in Konstantinopel mit der Pforte verhandelten. Eine derart erzielte Einigung kommt deutlich im Moharremdekret zum Ausdruck und läuft sicherlich dahin hinaus, daß das Moharremdekret die souveräne Sanktion eines geschlossenen Vertrages, eine Art Konkordat, zwischen der Türkei und den Besitzern ihrer Schuldwerte, darstellt; daß dieser Vertrag also mit den Kapitulationen nichts gemeinsam hat.

Der Artikel 20 des Dekrets sieht auch den Fall vor, daß die Regierung das gegenwärtige Abkommen aufheben oder suspendieren sollte, und bestimmt diesfalls, „daß die Inhaber in den vollen Besitz der ihnen durch die ursprünglichen Anleiheverträge eingeräumten Rechte wieder eintreten sollen, soweit ihre Obligationen noch nicht amortisiert sind usw.“ Wer sich die Form einer Kapitulationsurkunde angesehen hat, erkennt deutlich den gewaltigen Unterschied der „lettres patentes“ von dem uns jetzt vorliegenden Vertrag. Die absichtliche, manchmal zu deutlich hervorgehobene Trennung dieser Institution von den allgemeinen Verpflichtungen der Kapitulationen hat erst jetzt seinen besonderen Wert in der Praxis erlangt. Die Kapitulationen sind aufgehoben, und die Dette publique arbeitet unbeschadet des Krieges am Goldenen Horn weiter.

Es ist aber irrig, in dem Conseil allein ein einfaches Verwaltungsorgan der türkischen Regierung zu erblicken, das der Verwaltung der direkten Steuern etwa oder dem Eintragungswie Zollämter anderer Länder gleichzustellen wäre. In seinem Verhältnis zur Regierung ist der Conseil eine mit ziemlich ausgedehnter Selbständigkeit ausgestattete Institution. Sie übt unter Kontrolle der Regierung sämtliche Rechte einer autonomen Körperschaft aus. Diese Unabhängigkeit, die der Conseil genießt und welche die türkische Regierung auch während ihrer größten finanziellen Verlegenheit respektiert hat (man denke nur an die Kriege, die von 1880 bis 1914 die Türkei beschäftigt haben), hat sehr viel zum Erfolge seiner Verwaltung beigetragen und bildet eine der festesten Stützen des türkischen Kredits und eine der sichersten Garantien, die den Gläubigern der Türkei gegeben werden können. Der Conseil d'administration hat sich aber, in der letzten Zeit besonders, nicht nur auf die Erhebung gewisser Abgaben beschränkt, sondern hat seine Rolle, ob mit Recht oder Unrecht, muß dahingestellt bleiben, auch höher aufzufassen gewußt und war unaufhörlich bestrebt, im Rahmen der ihm eingeräumten Macht die wirtschaftliche Kraft des Landes zu heben.

Aus der Erkenntnis der Bedeutung dieser Institution erwächst nun die Frage nach ihrer inneren Zusammensetzung nach dem Kriege.

Es gehört nicht viel dazu, um einzusehen, daß die jetzigen Kriegsverhältnisse eine wesentliche Aenderung in der Verteilung der türkischen Wertpapiere unter den verschiedenen nationalen Finanzgruppen herbeiführen werden. Schon aus diesem Grunde, wie aus der besonderen wirtschaftlichen Stellung Deutschlands in der Türkei und seinem Interesse um die Hebung der türkischen Volkswirtschaft ist die Aenderung der inneren Organisation der Dette publique als unerläßlich anzusehen.

29./I. 1916.

Vin Eröffnung der Kapitalisation und die "Dette publique"

Im Jahre 1881 ergaben sich durch Eintragung der Obligationen gelegentlich ihrer Konversion folgende Zahlen. Es waren untergebracht in:

Frankreich	26 716 903	türk. Pfd.,	d. h.	39,988 pCt.	der Gesamtschuld
England	26 618 287	-	-	28,999 pCt.	-
Türkei	7 281 292	-	-	7,930 pCt.	-
Belgien	6 612 585	-	-	7,201 pCt.	-
Holland	6 974 886	-	-	7,590 pCt.	-
Deutschland	4 320 295	-	-	4,705 pCt.	-
Italien	2 407 512	-	-	2,622 pCt.	-
Oesterr.-Ung.	886 037	-	-	0,965 pCt.	-

Artikel 15 des Dekrets bestimmt nun: „In Rücksicht auf die weit bedeutende Anzahl und den Betrag der türkischen Obligationen in Händen englischer und französischer Besitzer wird der Vorsitz im Conseil, jährlich abwechselnd, während einer Periode von fünf Jahren und nach der durch die erste Wahl des Conseils festgestellten Ordnung dem englischen und französischen Repräsentanten vorgeschlagen.“ „Im Falle diese Sachlage sich nach Ablauf der ersten Periode von fünf Jahren wesentlich ändern sollte, hat der Conseil seinen Präsidenten durch Wahl zu bestimmen.“

Daß diese unbestimmte Fassung des Dekrets bezüglich der Präsidentschaft zu einer Quelle von Schwierigkeiten werden mußte, ist klar.

Zunächst „Anzahl und Betrag“, also nach dem Nominalwert (Anzahl) oder nach dem Börsenwert (Betrag). Denn was sollte unter „wesentlicher“ Aenderung verstanden werden?

Diese Fragen mußten schon im Jahre 1898 auftreten, da damals der Besitz an den türkischen Wertpapieren wie folgt sich verschoben hatte:

Frankreich	35	Mill. türk. Pfd.	=	44,872 pCt.
Belgien	14	"	"	= 17,948 "
Deutschland	9½	"	"	= 12,179 "
England	8½	"	"	= 10,898 "
Türkei	5	"	"	= 6,410 "
Holland	3½	"	"	= 4,488 "
Oesterreich	1½	"	"	= 1,923 "
Italien	1	"	"	= 1,282 "

Betrachten wir obige Zahlen, so sehen wir, daß bei der Verschiebung der Werte Frankreich nicht nur seinen ersten Platz damals behalten, sondern noch um 5 pCt. gestärkt hatte. Da Belgien nicht selbständig vertreten wird, so ist klar, daß Deutschland nun die Stelle Englands einnehmen dürfte. Tatsächlich hat zu dieser Zeit der deutsche Delegierte Dr. Lindau unter der Annahme, daß eine „wesentliche Aenderung“ eingetreten war, die Aenderung des Status quo beantragt.

Es würde zu weit führen, die weiten Auseinandersetzungen, die damals hinsichtlich dieser Frage stattgefunden haben, darzulegen. Der Antrag des deutschen Vertreters wurde einem Schiedsgericht übertragen. Die Entscheidung vom 8. Februar 1902 lautete zugunsten des Status quo, also daß England mit Frankreich die Präsidentschaft beibehielt, trotz der Verminderung seines Besitzes an den türkischen Werten. Dies schon aus dem Grunde, da England die holländischen und belgischen Interessen mit vertritt.

Nun wird der Kampf nach dem Kriege von neuem beginnen. Schon vor dem Kriege ist eine so wesentliche Verschiebung der Finanzinteressen der Mächte bei der Türkei eingetreten, die in derselben Richtung während des Krieges noch weiter und zwar nicht unbedeutend ging. Auch bezüglich Belgiens, das in dieser Sache keine quantité négligeable darstellt, und das schon vor dem Kriege mit Rücksicht auf die bedeutende Anzahl der in Belgien befindlichen türkischen Staatspapiere einen Platz für einen belgischen Vertreter beansprucht hatte, wird in irgend einer Weise die Präsidentschaft des Conseils geändert werden müssen. Die „wesentliche Aenderung“ ergibt sich aber nicht nur aus diesen rein finanztechnischen Umgruppierungen, sondern aus weit gewichtigeren Gründen, die mit der Tätigkeit der Dette publique um die wirtschaftliche Stärkung der Türkei wie mit der Stellung Deutschlands im Orient überhaupt zusammenhängt.

29./I. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

„Ein Schulbeispiel“, lehrreich für „die Zwanzig und besonders für den Parteivorstehenden Haase“ wird zur Kennzeichnung der Folgen ihres Disziplinbruchs im sozialdemokratischen Bochumer „Volksblatt“ mitgeteilt: „Die Eichlinghofener Parteigenossen haben bei den jetzt erfolgten Gemeinderatswahlen von den ausgeschiedenen Vertretern zwei Genossen nicht wieder als Kandidaten aufgestellt, sondern zwei andere Genossen an ihrer Stelle, worauf sich die beiden einfach selbst aufstellten und für ihre Wiederwahl agitierten. Die beiden Genossen waren also genau so, wie der Genosse Haase, davon überzeugt, daß die Mehrheitspolitik der Eichlinghofener Genossen „verderblich“ war, und hielten es somit für ihre Pflicht, diese Mehrheitspolitik durch Disziplinbruch zu durchkreuzen, eventuell unmöglich zu machen. Nach der Logik der Verteidiger des Separatismus sicherlich eine „freudig zu begriffende“ Tat, in der sich zweifellos der „wahre Geist des Klassenkampfes“ offenbarte. Anders handelte die Mehrheit der Eichlinghofener Genossen, die vorläufig noch unberührt blieben von der neuen Theorie der Parteierstörung, wie sie die „Neue Zeit“ propagiert. Sie hielten den alten Grundsatz der Parteidisziplin hoch, ließen die Separatisten durchfallen, die nur eine winzige Zahl Stimmen erhielten. Aber immerhin hatten sie eine Zersplitterung unserer Stimmen erreicht und hätten in den meisten anderen Gemeinden des Industriebezirkes die Partei um ihre bisherigen Mandate bringen können. Was aber nun, wenn die Eichlinghofener Genossen den Ausschluß der beiden Disziplinbrecher fordern? Wie wird das Schiedsgericht jetzt entscheiden? Kann es die beiden Genossen ausschließen wegen einer Tat, die vor ihnen der Parteivorstehende unter erschwerenden Umständen begehen durfte, ohne auch nur seines Postens als Vorstehender enthoben zu werden? . . . Dann können und werden die Ausgeschlossenen mit Recht sagen: „Uns hat man aus der Partei hinausgeworfen, weil wir nur Bergeleute waren. Wären wir Parteivorstehende, Parteitheoretiker, Mademiker, Reichstagsabgeordnete gewesen, dann dürften wir uns den Disziplinbruch ungestraft leisten! Für uns Arbeiter gilt die Disziplin, für die Führer die Disziplinbrüche!“ . . . Werden aber die beiden Disziplinbrecher mit Rücksicht auf die Kautskysche Theorie des Disziplinbruchs und der „guten Beispiele“ von Liebknecht, Haase und Genossen nicht ausgeschlossen, welche Perspektiven eröffnen sich dann für alle kommenden Wahlen? Dann stellt sich jeder, der Lust hat, Kandidat zu sein, oder wünscht, gewählt zu werden, eben selbst auf!“

29. I. 1916

Die Wahrheit über das Friedensgesuch Montenegros.

Berlin, 28. Januar. Wenn es für den großen Eindruck, den die Bezwingung Montenegros durch unsere Verbündeten auf unsere Gegner hervorgerufen hat, noch eines Beweises bedurft hätte, er wäre durch den ungeheuerlichen Lügenfeldzug gegeben, den die Regierungen in Rom, Paris, London und Petersburg und die ihnen dienende Presse in der montenegrinischen Sache führen. Allen diesen Tatarennachrichten gegenüber, denen die Berichte der verschiedenen Konsuln in Feindesland die Krone aufsetzen, wird von berufener Seite zusammenfassend folgendes mitgeteilt:

Am 11. Januar nahmen die österreichisch-ungarischen Truppen den Lovcen in Besitz. Am 13. richtete der König Nikolaus von Montenegro an den Kaiser und König Franz Josef ein persönliches Handschreiben, in dem er um einen Waffenstillstand und um die Einleitung von Friedensverhandlungen bat. Eine Bitte gleichen Inhalts ging, unterzeichnet von allen montenegrinischen Ministern, an die österreichisch-ungarische Regierung.

Auf Grund der Erfahrungen, die die Donau-Monarchie mit ihrem unruhigen südöstlichen Nachbar zu verschiedenen Zeiten, zuletzt in der Stutarkrise 1913, gemacht hat, und in Erwartung des Gegendrucks, der von seiten der feindlichen Großmächte zweifellos einsehen mußte, war es klar, daß jeder Friedensverhandlung mit Montenegro eine bedingungslos zugestandene Waffenstreckung durch das montenegrinische Heer vorauszu gehen hatte.

In diesem Sinne wurde dem montenegrinischen Angebot geantwortet, und die montenegrinische Regierung ärgerte nicht, am 16. Januar die Forderung nach bedingungsloser Waffenstreckung formell anzunehmen. Am 17. nachmittags trafen die Abgesandten der montenegrinischen Regierung zur Regelung der Entwaffnungsaktion in der mittlerweile von den k. u. k. Truppen besetzten Hauptstadt Cetinje ein.

Verschiedene Schwierigkeiten, die sich bei der Erledigung von nebensächlichen Einzelfragen ergaben, ließen es am 22. wünschenswert erscheinen, noch vor Abschluß der Vereinbarungen den Vormarsch ins Innere Montenegros fortzusetzen und die montenegrinischen Abteilungen dort zu entwerfen, wo man sie eben traf. Der Wiener Generalstabsbericht sagt darüber: Eine solche, durch militärische Gründe sowie die Eigenart des Landes und seiner Bevölkerung bedingte Lösung wird am raschesten dem seit langen Jahren vom Krieg heimgejagten Montenegro den Frieden wiederzugeben vermögen.

Die österreichisch-ungarischen Kolonnen haben, gestützt auf die Erfahrungen, die in den Feldzügen 1869, 1878 und 1882 in diesem Wetterwinkel Europas gemacht wurden, schon zwei Tage später nebst Stutari die durch die Städte Nikšić, Danilovgrad und Podgoriža gekennzeichnete Hauptader des Landes besetzt, ohne daß irgendwo ein Schuß gefallen war. Auch die Waffenablieferung ging bis in die entlegensten Gebiete völlig glatt, ohne daß der geringste Widerstand geleistet wurde, von statten. Das

montenegrinische Volk ist kriegsmüde über alle Maßen

und kennt nur einen Wunsch: Brot! Alle Schilderungen über neue Kämpfe, verzweifelte Durchbruchversuche montenegrinischer Heeresteile, Neuorganisation eines Widerstandes und dergleichen mehr sind vom Anfang bis zum Ende freie Erfindung.

Mit der Besetzung des ganzen Landes durch die österreichisch-ungarischen Streitkräfte und der Entwaffnung des montenegrinischen Heeres, die sich ihrem Abschluß nähert, ist das militärische Ziel des österreichisch-ungarischen Feldzuges in Montenegro erreicht: Die Unterwerfung des Landes und die Auflösung des montenegrinischen Heeres! An diesem Erfolg, auf den es im Kriege allein ankommt, kann auch das seltsame Verhalten des alten Königs, der zuerst die Gnade des Kaisers von Oesterreich angerufen hat und dann doch den Einflüssen aus Rom und den anderen feindlichen Hauptstädten unterlegen ist, nicht das geringste ändern. Die österreichisch-ungarische Regierung hat erklärt, daß sie geneigt sei, nach der Unterfertigung des Entwaffnungsvertrages montenegrinische Friedensunterhändler zu empfangen. Ob solche Unterhändler kommen werden und ob es überhaupt eine Regierungsgewalt gibt, die solche Unterhändler zu entsenden vermag, das ist vielleicht für Montenegro und seine Dynastie von Interesse, kann aber Oesterreich-Ungarn völlig gleichgültig sein. Das Land der schwarzen Berge ist bezwungen, seine Truppen sind entwaffnet, das montenegrinische Heer ist aus der Reihe unserer Feinde verschwunden. Die Montenegriner werden ihren Frieden erhalten auch ohne den König, der sie in ihrer schwersten Stunde treulos verlassen hat.

Nikita auf der Flucht zum Geldschrank.

Das Stuttgarter „Neue Tagblatt“ berichtet „von hervorragender politischer und mit den finanziellen Verhältnissen des montenegrinischen Königshauses wohlvertrauter Seite“:

„Die so überraschende Abreise des Königs Nikolaus ausgerechnet nach Frankreich, nach Lyon, nicht etwa nach Rom oder sonst wohin, findet eine sehr natürliche, aus guten Gründen auch sehr wahrscheinliche Erklärung darin, daß der alte König, der sich ein hübsches Vermögen gesammelt hat, auch recht nahe bei seinen Papieren wohnen möchte. Es dürfte manchem vielleicht noch erinnern sein, daß der Ausbruch des Balkankrieges 1912, bei dem Montenegro den ersten Schuß abgegeben hatte, nicht unwesentlich dadurch beschleunigt wurde, daß König Nikolaus in eine unglückliche Spekulation mit französischen Papieren verwickelt war. Der vorzeitige Kanonenschuß war Ausweg und Spekulantenzug aus den Kalamitäten. — König Nikolaus verfügt auch heute noch über ein sehr beträchtliches Vermögen, das er fast ausschließlich in französischen Wertpapieren beim Crédit Lyonnais angelegt hat, und diese Scheine sind ihm sehr ans Herz gewachsen. Er folgert nun: Entweder siegt die Entente, dann habe ich mich wenigstens, wenn auch nachträglich, bei ihr einigermaßen rehabilitiert und sichergestellt, oder — was zweifellos auch den

König Nikolaus das wahrscheinlichste sein dürfte —, es siegen die Zentralmächte, dann habe ich wenigstens auf alle Fälle meine Bechinen gerettet. Mein begabterer Zweitältester mag dann meine in Montenegro etwa noch vorhandenen Interessen vertreten. Er rette, was zu retten ist! — König Nikolaus hegt jedenfalls gegen Frankreich das berechtigte Mißtrauen, daß es ihm, falls er sich anders verhielte, sein Geld niemals auszahlen dürfte.“

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 28. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

26. Jänner. Im Lagarinetal unternahm der Feind neuerdings einen Angriffsversuch gegen unsere Stellungen bei Mori, wurde aber nochmals zurückgeworfen. Im Val Sugana drangen unsere Aufklärerabteilungen an demselben Tag auf Martena vor und vertrieben von dort feindliche Abteilungen. Im Cadore und in Karnien Artillerietätigkeit wie gewöhnlich. Dieselbe war im Abschnitt zwischen dem oberen But- und dem Valentinatal (Gail) von größerer Intensität.

Auf den Höhen nordwestlich von Görz griffen am Abend des 24. d. ungeheure feindliche Kräfte unter dem Schutze des dichten Nebels die Stellungen am Calvario

an. Vor den überlegenen feindlichen Kräften zogen sich einige eigene Abteilungen, um der Vernichtung zu entgehen, auf einem kurzen Frontstück aus der ersten Linie in die Gräben der zweiten Linie zurück. An diesen brachen sich infolge des kräftigen Widerstandes und der heftigen Gegenangriffe der Unsrigen die beharrlichen, unaufhörlichen Angriffe des Feindes, der neuerdings sehr schwere Verluste erlitt.

Am Karstplateau heftiger Artilleriekampf, speziell im Abschnitt des Monte San Michele.

29. I. 1916

Die bisherigen britischen Gesamtverluste: 550.000 Mann.

London, 28. Jänner. (Reuter.)

Amtlich wird erklärt, daß die gesamten britischen Verluste an Getöteten, Verwundeten und Vermißten auf allen Kriegsschauplätzen bis zum 9. Jänner 24.122 Offiziere und 525.345 Mann betragen.

Wandlungen in der amerikanischen Volkspsyche.

Von Siegfried Dyt (Halle a. S.)

Man darf das Volk der großen amerikanischen Republik nicht mit der Regierung in Washington identifizieren und in seiner Gesamtheit für die unfreundliche Haltung der Vereinigten Staaten gegen die Mittelmächte verantwortlich machen. Wer Amerikas Verhalten richtig würdigen will, darf nicht übersehen, daß die Regierung eines Landes stets Repräsentantin der stärksten Machtfaktoren des Staatswesens ist. Sehen wir uns aber nach diesen Machtfaktoren um, so müssen wir uns vergegenwärtigen, daß ein Kolonialland wie die Vereinigten Staaten, naturgemäß eine ganz andere Physiognomie aufweist als ein Nationalstaat. Man hat versucht, das Verhalten Wilsons, Lansing und der amerikanischen Presse in die Formel zu bringen: Die feindliche Haltung der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Presse ist auf den Einfluß der Kriegsspekulanten zurückzuführen. Diese Formel aber gibt nur eine halbe Wahrheit.

In Amerika sind in den verschiedenen Perioden seiner Entwicklung sehr verschiedene Strömungen vorherrschend gewesen, die auch heute noch zum großen Teile in der Politik des Landes zur Geltung kommen. In der Zeit der englischen Herrschaft, als in den nordamerikanischen Kolonien Englands das Bedürfnis nach Unabhängigkeit entstand, beherrschte der Drang nach Freiheit das Denken des heranwachsenden Kolonistengeschlechts. Und dieser Drang, der seine Ideale aus einem phantastischen Wilde der altrömischen Republik geholt hatte, wie sie sich in den Köpfen der Freiheitskämpfer darstellte, erhielt neue Nahrung durch die Einwanderer aus der alten Welt, die, um politischen Verfolgungen zu entgehen, die Heimat verließen und in der neuen, großen Republik die Freiheit suchten, die ihnen das Vaterland versagte. Auch Deutschland hat in der Zeit, da Metternichs Geist in den deutschen Staaten jede freie Bewegung unterdrückte, und in der Zeit der Reaktion nach 1848, als man die Schwärmer für ein einiges, großes Deutschland in den Kerker warf und mit dem Tode bedrohte, viele tüchtige Männer abgestoßen und heimatlos gemacht, die überm Weltmeer sich nun eine neue Heimat suchten. So blieb die Geistesrichtung, die sie begründete, den Vereinigten Staaten durch Generationen erhalten und schlug Wurzel; um so mehr als die neuen Einwanderer zu den aktiven Elementen gehörten, die bald auch im Leben ihrer neuen Heimat Bedeutung gewannen. Die Generation der alten Ansiedler und Einwanderer hatte keine Nahrungssorge aus ihrem Vaterlande vertrieben. Möchten sie auch nicht große Mittel mitbringen, sie fanden ein menschenarmes Land vor, dem ihre Energie die Mittel zum Lebensunterhalt rasch abgewann und das ihnen, ohne daß sie den Gelderwerb in den Vordergrund ihres Interesses zu schieben brauchten, bald einen gesicherten Wohlstand gewährte. Die Nachkommen dieser Freiheitsjünger bildeten später, als die Verkehrsentwicklung immer neue Menschenströme an die Ufer des jungen Koloniallandes warf, eine Aristokratie des gesicherten Besitzes und bewahrten die Tradition des Freiheitsideales ihrer Vorfahren. Sie hielten aber auch an dem Wille von der Knechtung freier Seelen, das ihre Vorfahren aus der alten Heimat mitgenommen hatten, fest. Frankreich hatte ihnen revolutionsbegeisterte Mitkämpfer in dem großen Kampfe um die Unabhängigkeit gesandt, von Deutschland wußten sie nur, daß es unter der Despotie seiner Fürsten und Beamten seufzte, daß deutsche Fürsten — wie der von Hessen-Kassel — sogar ihre Bürger fremden Ländern als Kanonensfutter verkauften. Diese Eindrückte haften fest und wurden noch genährt und gestärkt durch einzelne Verbitterte, die vermeintliches oder vielleicht auch wirkliches Unrecht, das sie in Deutschland erduldet hatten, verallgemeinerten. Das war der Hauptgrund, der aus den Söhnen vaterlandsliebender Deutscher der alten Ansiedleraristokratie Amerikaner machte, die auch dem neuen Deutschland, das 1870 entstanden war, mißtrauisch, ja feindselig gegenüberstanden. Sie kannten es nicht und gaben sich, von Vorurteilen eingenommen, auch keine Mühe, es kennen zu lernen.

Schon in den sechziger Jahren, in verstärktem Maße jedoch nach 1870 wandelte dann eine neue Strömung die Volkspsyche vollständig. Statt der Freiheitsjünger schickte nach erheblicher Verbilligung der Ueberfahrtsgelegenheit Europa viele unsichere Existenzen und diejenigen nach den Vereinigten Staaten, für die in ihrem Vaterlande nach dem damaligen Stande der Wirtschaftslage kein Brot oder keine Möglichkeit war, wirtschaftlich vorwärts zu kommen. Jetzt waren es nicht mehr die Idealisten, die den Hauptteil der Einwanderer bildeten, nicht mehr die Individualisten, die Freiheit der Betätigung suchten, sondern es waren im Kampfe um das tägliche Brot hart gewordene Menschen, die um jeden Preis die Mittel erwerben wollten, um sich und ihre Kinder

vorwärts zu bringen. Das Goldfieber der sechziger und siebziger Jahre trug das Seine dazu bei, dem Einwandererstrom diesen Zug noch schärfer aufzuprägen. Der Kampf ums Dasein, der sich den neuen landfremden Einwanderern in dem nun schon stärker bevölkerten mit festem Besitzrecht ausgestatteten Osten der Vereinigten Staaten aufzwang, beherrschte ihr ganzes Denken. Wer in diesem Ringen unterlag, ging unrettbar zugrunde. So stieg das Erwerbssieber bis zur Siedehitze und teilte sich auch den ansässigen Elementen mit, die noch keinen gesicherten Wohlstand erworben hatten. Daraus mußte mit Naturnotwendigkeit eine Uebererschätzung des materiellen Besitzes in den Vereinigten Staaten entstehen und sich ausbreiten, die in jener Spielart des Danteismus verlüpelt ist, der nichts mehr heilig ist, bei der nichts mehr Gültigkeit und Kurs hat, als das Geld. Zwar hat die alte in gesichertem Wohlstand befindliche Ansiedleraristokratie sich von dieser Bewegung nicht reflos verschlingen lassen; sie hat auch verstanden, sich immer noch einen gewissen Einfluß auf die Regierung zu erhalten, der sie einstmal die besten Staatsmänner gegeben hat; es ist aber selbstverständlich, daß eine solche Umwandlung der Volkspsyche auch auf die Regierung nicht ohne Einfluß bleiben konnte, daß also diese aus einer Vertretung des freiheitlich gesicherten Individualismus in der Hauptsache zu einer Vertretung des Materialismus und Egoismus wurde, wie ihn die Trusts und großen Erwerbsgesellschaften verkörpern.

Diese beiden Entwicklungsphasen bestimmen im wesentlichen heute das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Deutschland. Präsident Wilson stützt sich in der Hauptsache auf den Erwerbssinn der Nordamerikaner und auf die großkapitalistischen Gruppen; er wird jedoch auch von der alten Ansiedleraristokratie, die sich noch immer nicht von dem Gedanken eines unfreien Deutschland losmachen kann, und für das alte Freiheitsideal des Individualismus durch Stellungnahme gegen Deutschland zu kämpfen glaubt, aus — nach ihrer selbst ideellen Gründen — gestützt. Man darf die Macht des Vorurteils der Ansiedleraristokratie nicht unterschätzen, an die sich Wilson jetzt umso fester anschließt, als ihm nunmehr eine neue Strömung entgegentritt, die seine Präsidentschaftsandidatur ernstlich gefährdet. Diese neue Strömung, die schon vor dem Kriege eine ziemliche Kraft erlangt hat, erwuchs aus der Veränderung der wirtschaftlichen Lage der großen Volksmasse. Die Erwerbsmöglichkeit hat mit der Zusammenballung der Riesenvermögen einen anderen Charakter angenommen. Während früher die Lohnarbeit fast immer nur ein Durchgangsstadium war, fast jeder, auch der Unbemittelte, die Möglichkeit hatte, eine selbständige Existenz zu erlangen und in den Wettbewerb um den Erwerb von Vermögen einzutreten, ist es jetzt den Angehörigen sehr großer Volksschichten nur noch in den seltensten Fällen möglich, sich aus der Dienstbarkeit des Großunternehmertums zu befreien. Das hat zu konstanterer Schichtung des Volkes und zu einem scharfen Gegensatz der Interessen von Arbeitern, Angestellten und Kleinunternehmern gegenüber dem Großunternehmertum geführt. Dieser nun schon ein paar Jahrzehnte währende Zustand hat in diesen Kreisen, bei der Unmöglichkeit eines erfolgreichen Konkurrenzkampfes, auch das Uebermaß der Werterschätzung materieller Interessen herabgedrückt. Wer selbst nicht mehr Reichtümer zu erwerben vermag, schätzt ihren Wert kritischer ein. Der Arbeiter, Angestellte und Kleinunternehmer aber ist froh, wenn er eine einigermaßen gesicherte Existenz erlangt, und da er sieht, daß der Großkapitalismus ihn rücksichtslos auspreßt und dann aufs Pflaster wirft, und daß er dabei noch die

*Änderungen in der unermittelten
Volkstimmung.*

Hilfe der Gesetzgebungsmaschine hat, so ist das Interesse dieser Schichten am politischen Leben und mit diesem auch das Interesse an anderen Fragen, die nicht so unmittelbar mit dem Erwerb zusammenhängen, erwacht. Die jüngeren Generationen der deutschen Einwanderer haben unter dem Einfluß dieser Geistesströmung auch nicht so die Fühlung mit dem alten Vaterlande verloren, wie die Einwanderer der ersten beiden Epochen, die Politisch-Verfolgten und die Glücksjäger. Sie lesen deutsche Zeitungen, stehen geschäftlich mit der Heimat in Verbindung, wechseln Briefe mit den Angehörigen daheim, kennen Deutschland und fühlen auch im neuen Heimlande sich als Deutsche. So geht bei einem großen Teil der breiten Volksmasse (den jüngeren Deutschamerikanern und den Iren) neben dem Gegensatz zu der von großkapitalistischen und antideutschen Strömungen beherrschten Regierung eine warme Sympathie für das bedrohte Deutschland einher. Das sind die Anfänge zu einer neuen Veränderung der Volkspsyche der Vereinigten Staaten und einer erhöhten Bedeutung des Deutschtums in der Union. Aber auch dort, wo diese Sympathie nicht durch Blutsbande und Freundschaft oder durch die Gegnerschaft gegen England gegeben ist, bringt es schon das eigene Interesse mit sich, daß der größte Teil der Unbemittelten zu Gegnern der Wilsonschen Politik werden muß. Der Arbeitsverdienst, der bei dem Stilllegen einer ganzen Anzahl von Industrien, die auf deutsche Handelsbeziehungen angewiesen sind, unsicher wird, der erhöhte Preis der Lebenshaltung, bedingt durch forcierte Fleisch- und Getreideausfuhr, die Tatsache, daß der größte, weitaus größte Teil der Wiesenverdienste aus dem Kriegsgeschäft nur den Reichtum der Milliardäre erhöht, all das wirkt zusammen, um in der Masse des amerikanischen Volkes, zu dem in diesem Falle auch die recht kapitalsträftigen Baumwollinteressenten und die amerikanische Textilindustrie gehört, die auf die deutschen Farbstoffe nicht verzichten kann, eine starke Gegnerschaft gegen die Politik Wilsons zu schaffen. Bryan hat den Stimmungsumschwung wohl erkannt und deshalb Wilson fallen lassen.

Ob die neue Strömung heute schon stark genug ist, um sich durchzusetzen, muß die Zukunft lehren. Daß sie schon eine Kraft ist, ergibt sich aus den Verhandlungen des Kongresses und des Senats und aus der neuerdings etwas veränderten Haltung Wilsons. Er sucht dieser neuen Macht gegenüber erst recht nach einem festen Halt. Er glaubte ihn um so mehr bei der Kriegsspekulantengruppe um Morgan und den alten deutschfeindlichen An siedlerfamilien, die neben den Milliardären noch tonangebend sind, gefunden zu haben, als die maßgebende Presse des Westens mit wenigen Ausnahmen bedingungslos die Geldinteressen des Kriegsspekulantentums vertrat und sich dazu gerne mit dem Mäntelchen der alten Freiheitsfreunde drapierte. Da aber die Presse sich nicht dauernd in Gegensatz zu der breiten Masse der Leser bringen kann, ist es kaum zweifelhaft, daß sich auch dort der Umschwung vollzieht, sobald die Bewegung genügend stark geworden ist. So beginnt ein neues Ringen um die Macht in Amerika, dessen Ausgang, wenn auch vielleicht nicht mehr während des Krieges, so doch sicher für unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nach dem Kriege bedeutungsvoll werden muß. Wir haben daher alle Ursache, unser Interesse dieser Entwicklung zuzuwenden.

Amerika und der Seehandel.

New York, 2. Januar.

Ein hörbarer Seufzer der Erleichterung wurde in Washington vernommen. Die „Ancona“-Angelegenheit wird eine befriedigende Lösung finden, denn die amerikanische Regierung ist zufrieden, wenngleich Wien lange nicht die Zugeständnisse gemacht hat, welche ursprünglich verlangt wurden. Erhöht wird der Optimismus in Washington noch durch Verlautbarungen, daß Deutschland, allerdings ohne seinen prinzipiellen Standpunkt zu verlassen, einen Weg gefunden habe, auch die „Susitania“-Affäre aus der Welt zu schaffen. Nun geht ja einerseits Herrn Wilson ein Hebel verloren, den er zur Verwirklichung seiner Rüstungs-Ideen hätte ansetzen können, aber andererseits hat die Ausgleichung der in den Beziehungen zu den Zentralmächten entstandenen Gegensätze für den Präsidenten bedeutende Vorteile auf dem Gebiete der inneren Politik, die ja jetzt, im Präsidentenwahljahr, alles andere überschattet. Herrn Wilsons Freunde sind nämlich eifrig dabei, die den Zentralmächten gegenüber befolgte Politik als eine diplomatische Großtat auszuschlachten und sie geben ihr mit großem Verständnis für die Volksstimmung des terrible Teddy (so wird Herr Roosevelt jetzt genannt) mitendem Tönen als Folie. „Roosevelt hätte das Land in einen Krieg gerissen, Wilson hat den Frieden bewahrt und gleichzeitig das Ausland gezwungen, der Ehre des Landes Genüge zu leisten“, heißt es bei den Anhängern Wilsons. Daß die Volksstimmung durchaus dem Frieden zuneigt, ganz gleich wie einige Zeitungen im Osten auch toben mögen, zeigt das Vorgehen von vier Mitgliedern des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Diese Herren, an der Spitze der Vorsitzende, Senator Stone, haben direkt verlangt, Herr Wilson solle sie konsultieren, bevor er wichtige Schritte in der auswärtigen Politik unternehme. Die Verfassung gibt allerdings dem Träger der Exekutivgewalt das alleinige Vorrecht, mit anderen Nationen zu verkehren, aber da dem Kongreß die Beschlussfassung über Krieg und Frieden zusteht, läßt sich wohl die Volksvertretung nicht das Recht absprechen, bei einer internationalen Krise „mitraten und mittaten“ zu dürfen. Senator Stone soll den Präsidenten schwer getadelt haben dafür, daß die erste Note nach Wien so scharf gewesen sei. Diese Meldung hat die Wahrscheinlichkeit für sich, denn Herr Stone erließ schon bei der „Susitania“-Versenkung eine Note gegen vor schnelles Vorgehen. Es ist auch zu bemerken, daß er aus Missouri kommt, einem Staate, wo von altersher ein sehr starkes Deutschtum ansässig ist. Es mag hier auch eingeschaltet werden, daß alle vom Präsidenten vorgeschlagenen Maßnahmen viel Segnerschaft im Kongreß finden dürften. Schon jetzt halten seine Parteigenossen Herrn Wilson verantwortlich für die zu erwartende große Niederlage im Herbst. Es finden sich Ansätze einer Bewegung, ihm sogar die Nomination vorzuenthalten und es ist besonders die Hearst-Presse, welche ungeschert verlangt, der Präsident solle einem aussichtsreicheren Kandidaten das Feld räumen.

Sind nun die Meinungsverschiedenheiten der Vereinigten Staaten und der Zentralmächte auf dem besten Wege, beseitigt zu werden, so beginnt die Politik des Vierverbands, die Amerikaner ernstlich zu beunruhigen. England hat den amerikanischen Handel so eingeschnürt, daß kein Pfund einer Ware aus dem Ausland bezogen oder dort hineingeschafft werden kann, wenn nicht der amerikanische Händler zu allererst zum englischen Konsul läuft, um eine Genehmigung zu erwirken. Das gilt für jede Art der Handelsbetätigung; wird nicht ein britisches Zertifikat erwirkt, so kann die Ware gewöhnlich überhaupt nicht auf See transportiert werden, denn alle, auch zwischen neutralen Ländern verkehrende Dampfergesellschaften haben es sich zum Grundsatz gemacht, nur „zertifizierte Güter“ zu befördern. Ihr Standpunkt ist durchaus verständlich. Da die Engländer die See beherrschen, ist jede Opposition vergeblich — alle Schiffe, welche nicht „zertifizierte Güter“ an Bord haben, werden, entgegen allem Völkerrecht, in englische Häfen geschleppt und dort tage- und wochenlang zurückgehalten. Allerdings passiert dies auch den andern Schiffen, aber diese können nach sehr kurzem Aufenthalt ihre Fahrt fortsetzen. Die hier geschilderte, seit geraumer Zeit bestehende Politik hat jetzt eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Engländer durchsuchen jetzt alle Post, deren sie habhaft werden können, auch die zwischen neutralen Ländern beförderte, und es gewinnt den An-

schein, als ob Wertpapiere kurzer Hand konfisziert und auch andere Post unterdrückt wird. Daß dieses Vorgehen gegen den Weltpostvertrag verstößt, der bekanntlich auch in Kriegszeiten seine Gültigkeit behält, geniert die Engländer ja weiter nicht. Es ist auch jetzt bekannt geworden, daß kürzlich eine Order in Council ergangen ist, welche jeden, nach dem Auslande Handel treibenden Amerikaner auf das Glaubensbekenntnis des Vierverbands verpflichtet. Das ist Tatsache: wer den Engländern nicht genehm ist, darf keinen Außenhandel treiben, oder er wird in seiner Bewegungsfreiheit so eingeengt, daß ihm die Konkurrenz zuborkommt. Es ist nämlich bestimmt worden, daß das Handelsamt in London einen Ausschuß einsetzen soll, der die Aufgabe hat, den Verkehr auf allen britischen Schiffen von über 500 Tonnen zu überwachen. Es geschieht dies vornehmlich, indem den Verfrachtern, welche diese Fahrzeuge benutzen, Gemächigungscheine für diesen Zweck ausgestellt werden. Liegt eine solche license nicht vor, so darf der Dampfer keine Güter annehmen. Der Schein kann ohne Grundangabe verweigert oder zurückgezogen werden. Es wird berichtet, diese Einrich-

tung sei geschaffen worden, um solche Verfrachter zu treffen, welche im Verdacht stehen, mit den Ländern der Zentralmächte oder ihrer Verbündeten Handel zu treiben. Es ist hier aber allgemein bekannt, daß nur gesumungstüchtige Alliierte Lizenzen erhalten werden. Gegen diese Praktiken kann natürlich die amerikanische Regierung gar nichts tun. Die Posträuberei hat aber, dem Vernehmen nach, zu einem Protest geführt. Auch die Franzosen haben in letzter Zeit der amerikanischen Regierung Anlaß zu Vorstellungen gegeben, die, wenn sie auf ihrer Politik beharren sollten, in bedeutend verschärfter Form wiederholt werden dürften. Es sind nämlich von mehreren zwischen hier und Porto Rico verkehrenden unter amerikanischer Flagge fahrenden Dampfern Deutsche und Oesterreicher heruntergenommen und in ein Konzentrationlager geschleppt worden. Der französische Kreuzer „Descartes“ erschien vor dem Hafen von San Juan, feuerte einen blinden Schuß auf den Dampfer und schickte dann Mannschaften an Bord, um eine Durchsuchung vorzunehmen. Die Blätter erinnern dabei an einen Zwischenfall, der während des Bürgerkriegs eintrat und beinahe einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und England verursacht hätte. Das englische Schiff „Trent“ wurde auf hoher See angehalten und zwei Passagiere, die konföderierten Kommissäre Mason und Slidell, heruntergenommen. England geriet in die höchste Erregung und Amerika mußte die Gefangenen freigeben. Wahrscheinlich geschieht die Gefangenensetzung der erwähnten Deutschen auf Grund einer Abmachung zwischen England und Frankreich, welche diesen Zweig der Seezüranei den Franzosen zuweist. Ein Offizier des französischen Kreuzers soll geäußert haben: „Wir haben Instruktionen, nach dem 18. Dezember alle Deutschen gefangen zu setzen, wo wir sie auch finden mögen.“ Außer in der ganz blinden Alliertenpresse hier wird in den Zeitungen energisch gegen das Vorgehen der Franzosen protestiert, namentlich auch deswegen, weil das Personal auf amerikanischen Dampfern zum großen Teil aus Deutschen und Oesterreichern besteht und dafür kein Ersatz gefunden werden kann.

Es läßt sich nicht verkennen, daß in den nicht gerade an der Lieferung von Kriegsmaterial interessierten Kreisen, in der Geschäftswelt im allgemeinen, die brutale See-Tyrannie der Engländer und ihrer Verbündeten eine immer wachsende Mißstimmung erzeugt. Die Zufuhr mancher Rohmaterialien (Farbstoffe, Chemikalien) ist durch die Engländer unmöglich gemacht worden, während andererseits die Ausfuhr vieler wichtiger Produkte, besonders Baumwolle, Not gelitten hat. Die Mißstimmung wird nicht verringert durch die Aussicht, daß neue Steuerburden kommen. Im Westen und Süden machen sich ungeschert Stimmen vernehmbar, die sagen: „Der Osten streicht die Kriegsprofite ein und der Westen und der Süden zahlen die Kriegssteuern.“ Diese Erwägungen werden auch die Debatten im Kongreß stark beeinflussen, und es dürften harte Worte gegen die Alliierten fallen. Herr Wilson mag auch wirklich einige scharfe Noten schicken, aber darüber hinaus wird wohl nichts geschehen, da er sich bekanntlich ganz im Sinne der englischen Anschauungen befindet. Wäre es anders, so würde der Kongreß im Handumdrehen einige Gesetze annehmen, die den Alliierten recht unwillkommen wären.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Italien.

26. Jänner. Im Lagarino-Tale unternahm der Feind neuerdings einen Angriffsversuch gegen unsere Stellungen bei Mori, wurde aber nochmals zurückgeworfen. Im Tal Sugana drangen unsere Aufklärerabteilungen an demselben Tage auf Martena vor und vertrieben von dort feindliche Abteilungen. Im Cadore und in Carnien Artillerietätigkeit wie gewöhnlich. Dieselbe war im Abschnitt zwischen dem oberen Dui- und dem Valentina-Tale (Gail) von größerer Intensität. Auf den Höhen nordwestlich von Görz griffen am Abend des 24. d. M. ungeheure feindliche Kräfte unter dem Schutze des dichten Nebels die Stellungen am Calvario an. Vor den überlegenen feindlichen Kräften zogen sich einige eigene Abteilungen, um der Vernichtung zu entgehen, auf einem kurzen Frontstück aus der ersten Linie in die Gräben der zweiten Linie zurück. An diesen brachen sich infolge des kräftigen Widerstandes und der heftigen Gegenangriffe der Unserigen die beharrlichen unaufhörlichen Angriffe des Feindes, der neuerdings sehr schwere Verluste erlitt. Am Karstplateau heftiger Artilleriekampf, speziell im Abschnitt des Monte San Michele.

Rußland.

26. Jänner. Im Riga-Abschnitt auf beiden Seiten der Düna und bei Dünaburg Tätigkeit deutscher Flieger. Ein deutsches Luftschiff flog von Jakobstadt in der Richtung gegen Rjezyc (Bahnhofknotenpunkt, 87 Kilometer östlich von Jakobstadt) und kehrte dann über Dünaburg zurück.

In Galizien erschienen an der oberen Strypa über unseren Linien vier feindliche Luftballons, die zu Erkundungszwecken in der Gegend aufstiegen. Zwei dieser Ballons stiegen in der Luft Feuer und leuchteten blendend beim Sinken. An der mittleren Strypa beschloß der Feind lebhaft, aber ohne Erfolg unsere Stellung.

Frankreich.

27. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Im Artois während der Nacht lebhafter Artilleriekampf im Abschnitt Neuville—St. Baast an der Straße Neuville—La Folie. Wir fuhrten fort, Hochposten und die Trichter, in denen der Feind Fuß gefaßt hatte, allmählich wieder zu besetzen. Wir fanden zahlreiche feindliche Leichen und machten einige Gefangene. In den Argonnen ließen wir mit Erfolg zwei Minen springen, eine bei Hause Chevauchee, die andere in der Umgebung von Banquois.

11 Uhr abends. Unsere Artillerie war im Laufe des Tages an der gesamten belgischen Front tätig. Das Vernichtungsfeuer, das wir auf die deutschen Schützengräben gegenüber Vesinghe zwischen Steensstraete und Het Sas richteten, verursachte schweren Schaden beim Gegner. Im Artois östlich Neuville—St. Baast suchte der Feind durch Gegenangriff die Trichter wieder zu nehmen, aus denen wir ihn im Laufe der Nacht vertrieben hatten. Er wurde vollkommen zurückgeschlagen. Nördlich der Aisne zerstörten unsere Schützengrabengeschütze feindliche Werke bei Ville-au-Bois. In den Argonnen ging der Minenkrieg zwischen der Höhe 285 und Haute Chevauchee zu unserer Gunsten weiter. Wir brachten zwei Minen zur Entzündung. Der Feind hatte schwere Verluste in dem Kampfe, der sich um die Eroberung eines Trichters entwickelte, dessen Ränder wir besetzt halten. Eines unserer weittragenden Geschütze nahm einen Transport des Feindes unter Feuer, der in Man-giennes, nordwestlich Glat, einrückte.

Kriegskalender.

24. Jänner: Unsere Truppen besetzen Slutari, Riffic, Danilovgrad und Podgorica. — Im Kambomhange wird eine italienische Abteilung abgewiesen. — Ein feindliches Flugzeuggeschwader belegt Monastir mit Bomben. — Französischer Fliegerangriff auf Meg. — Bei Menlahin am Tigris werden die Engländer nach schwerem, sechsständigem Kampfe geworfen; eine andere englische Abteilung wird westlich Korna zurückgetrieben. — Die montenegrinische Regierung in Thon.

25. Jänner: An der Nordostfront lebhaftes russisches Geschützfeuer. — In Montenegro geht die Entwaffnung glatt von statten. — Am Görzer Brückenkopf und bei Oslavija wird wieder gekämpft; italienische Artillerie beschießt die Ortschaften Crcto und Caldonazzo. — In Flandern nimmt deutsche Artillerie die feindlichen Gräben unter wirksamster Feuer und legt den Templerturm und die Kathedrale von Neuvport, die der Feind als Beobachtungsstationen benützte, um. — Deutsche Flieger belagern Dünkirchen mit Bomben. — Die Dienstpflichtbill vom Unterhause in dritter Lesung angenommen. — Oberst House, der Vertrauensmann Wilsons, in Genf.

Der Trinkspruch unseres Kaisers auf Kaiser Wilhelm.

Der von Sr. Majestät dem Kaiser bei der Allerhöchsten Tafel anlässlich der Feier des 57. Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen am 27. Jänner 1916 gesprochene Toast hatte nachstehenden Wortlaut:

„Ich gedenke heute mit ganz besonderer Herzlichkeit Seiner Majestät des deutschen Kaisers und Königs von Preußen, Meines Lieben Freundes und des treuen Verbündeten in dem uns mutwillig aufgezwungenen Kampfe, den wir in enger Waffenbrüderschaft gemeinsam führen.

Bedeutendes hat sich seit Jahresfrist auf den Kriegsschauplätzen zugetragen und wir dürfen mit Genugtuung und Stolz auf die bisherigen militärischen Ergebnisse blicken.

Beseelt von den besten Hoffnungen für die Zukunft und durchdrungen von den Gefühlen unwandelbarer Freundschaft für Seine Majestät den Kaiser und König nehme Ich tiefbewegten Herzens an dem heutigen Geburtstagsfest innigen Anteil und hege die besten Wünsche für sein ferneres Wohlergehen und für den Sieg unserer gerechten Sache.

Seine Majestät der deutsche Kaiser und König von Preußen lebe hoch!“

Die englische Thronrede.

London, 27. Jänner. Die Parlamentssession wurde geschlossen.

In der Thronrede sagt der König: 18 Monate lang stehen meine Flotte und Armee zusammen mit den tapferen Verbündeten Englands im Kampf um die gemeinsame Freiheit und das öffentliche Recht Europas gegen die unmotivierten Angriffe des Feindes. Ich unterstütze die Entschlossenheit meines Volkes daheim und über See, unsere Flagge zum schließlichen entscheidenden Siege zu führen. Ich danke Ihnen für die willige Freigebigkeit, womit Sie für die schweren Anforderungen des Krieges Vorseorge getroffen haben in diesem Kampfe, der uns aufgezwungen wurde von jenen, welche die Freiheit der Verträge, die wir heilig halten, leicht nehmen.

Wir werden unsere Waffen nicht niederlegen, bevor wir der Sache, welche die Zukunft und die Zivilisation auf ihrer Seite hat, zum Triumph verholfen haben. Ich verlasse mich voll Vertrauen auf die loyalen vereinigten Anstrengungen aller meiner Untertanen, die mich niemals im Stiche gelassen haben. Ich bete, daß der allmächtige Gott uns seinen Segen gebe.

Königin und König im Exil.

Von einem Neutrafen, den der Zufall in dem gleichen Gasthof wohnen ließ, in dem die Königin von Montenegro bei ihrer Ankunft in Lyon nebst Gefolge abstieg, wird uns das nachstehende kleine Stimmungsbild geschickt:

Genf, den 24. Januar 1916.

Ich kann nicht gerade sagen, daß es in der guten alten Stadt Lyon große Aufregung gab, als es am 22. Januar des Morgens in aller Frühe hieß: die Montenegriner kommen. In Modane, an der Grenze von Frankreich und Italien, war eine Drahtung ausgegeben worden: *Bereitet für die Königin Milena und ihr Gefolge mehrere Zimmer, Empfang vorbereiten!* Die Drahtung war an den Bürgermeister von Lyon gerichtet, der auch Senator ist. Die Unterschrift fehlte. Der Bürgermeister Herriot, der in der Mitternachtstunde aus dem Schlaf geweckt wurde, war mißtrauisch. Es treiben sich jetzt so viele Hochstapler in Frankreich herum. Wie leicht konnte einer die Lage ausnutzen? Die Polizei kann nicht allen Hochstaplern nachlaufen; denn es fehlt überall an Beamten. Bürgermeister Herriot legte sich auf das andere Ohr und überschleifte die Geschichte von der Ankunft der Königin. Als diese aber am nächsten Morgen wirklich in Lyon eintraf, war nichts für ihren Empfang vorbereitet, weder am Bahnhof noch im Gasthof. An der Gare des Brotteaux waren zwar Offiziere des Kommandos von Lyon anwesend, aber das mag Zufall gewesen sein. Sie hatten sicherlich dort anderes zu tun als eine in die Verbannung gehende Königin zu empfangen. Nachher hieß es in den Zeitungen: Milena sei von dem und dem empfangen worden. Das Versehen mußte wenigstens in den Zeitungen wieder gut gemacht werden. Mir sagten die Begleiter der sterbensmüde angekommenen Königin im Hotel, sie hätten von einem Empfang am Bahnhof nichts gemerkt. Dafür aber wäre ihnen der Besuch des Herrn Denys Cochin angekündigt worden.

Wir im Gasthof erfuhren erst von dem großen Ereignis, als die Königin bereits unten in der Halle wartete und wartete, bis ihr ein Zimmer eingeräumt werden konnte. Ihre Ankunft vollzog sich ganz unprogrammatisch. Natürlich ist der Herr Bürgermeister schuld; denn der hätte doch wenigstens die Zimmer vorher bestellen können, wenn er schon um 8 Uhr früh nicht aus den Federn wollte, um die königlichen Gäste zu begrüßen. Der Herr Bürgermeister entschuldigte sich mit dem Mangel der Unterschrift auf der Drahtung. Er könnte auch noch hinzusetzen, daß ihm seine politischen Anschauungen oder sein Nachtruhebedürfnis unterlagt hätten, der Königin seine Aufwartung zu machen. Ein Glück nur, daß es in Lyon ein „Hotel Royal“ gibt. Dieses Hotel hat ja gewiß keinen allzu „königlichen“ Anstrich, aber für Reisende geht es immer noch an. Manche sagen, es sei das beste in der Stadt. Ich habe in Lyon schon in besseren gewohnt. Die königlichen Herrschaften aus Montenegro hatten Muße, französische Gasthofidyllen kennenzulernen. Vielleicht waren sie aus ihrer Heimat an nichts Besseres gewöhnt, und am Abend der Ankunft erklärte uns die Prinzessin Xenia, eine überaus schmächtige, junge Dame, die mehr redet als alle anderen Montenegriner zusammengenommen, daß sie entzückt sei, wieder unter gebildeten Menschen zu sein. Die Franzosen in der Halle nahmen das als Huldiung an ihre Nation auf. Doch zurück zum morgentlichen Empfang. Er wurde eingeleitet durch eine heftige Ausrasche zwischen Portier und Kutscher wegen Entlohnung der letzteren. Sie hatten am Bahnhof erfahren, was für Gäste sie fortzubringen hätten, und wollten „königlich“ entlohnt sein. Der Portier sah sich die Gäste an und dann die Kutscher. So kommen ungefähr Leute von einem fahrenden Zirkus an. In diesem Aufzug ... Der Portier hatte manche Königin empfangen, er verstand sich auf das Aussehen von königlichen Damen. Die da, jene da, die Begleiter dort, die allerlei seltsames Gepäck unter den Armen trugen, wie etwa Wanderburschen, die zu ihrer Herberge zustreben, nein! Der Portier war empört über die dreiste Zumutung der Kutscher, solche Gäste im „Royal“ aufzunehmen und noch obendrein ein königliches Trinkgeld zu geben. Es folgte eine Auseinandersetzung im heimischen Dialekt, von dem die Eintretenden zu ihrem Glück nichts verstanden, sonst hätten sie sich ein anderes Quartier suchen müssen. Denn was der Portier zu den Kutschern sagte, waren — Gemeinheiten, über die die Königin von Montenegro und ihr versammelter Hofstaat hätten in die Erde sinken müssen. Zum Glück trat in diesem Augenblick ein höherer Polizeibeamter in die Erscheinung und wurde dadurch zum Retter der peinlichen Lage. Andersfalls wären die Herrschaften gezwungen gewesen, sich weiterhin um ein Obdach umzusehen.

Der Hotelportier, der am frühen Morgen, noch halb schlaftrunken, die Königin Milena und ihr Gefolge wegen der Armseligkeit des Reisegepäcks und wegen des abenteuerlichen Aufzuges, in dem die kleine Reisefarawane aus dem Morgenlande vor dem Gasthof strandete, von der Schwelle weisen wollte, war nicht das einzige Opfer dieses unheilvollen *Qui pro quo*, das zwei Tage lang nicht abreißen wollte. Die Lyoner Blätter haben gut spotten, daß die „Koffer“ der Herrschaften zerbeult, an einigen Stellen eingedrückt, die Kartons mit der Leibwäsche der Königin und ihrer beiden

Töchter aufgerissen, verschmutzt und ihrer Bindfäden beraubt gewesen sind. Diese „Koffer“ und was sonst kofferähnlich aussah, hatten stürmische Fahrten hinter sich, sie konnten von den schweren Rößen der Flucht erzählen und waren zuletzt den argen Mißhandlungen von Hausdienern ausgefetzt, die, einem Portierswink folgend, im Verlauf des Streites mit den Kutschern das Gepäck vor die Tür geschleudert hatten. Nachdem dem Portier von Amts wegen der Kopf gewaschen war, erklärte er: *Mon Dieu! Mon Dieu!* Dieses heillose Theater bringt mich noch um meinen Verstand. Wie konnte ich ahnen, wer ..., wie ..., was ...? Keiner an meiner Stelle ... Ich beteuere ... Mehr ist aus dem Ärmsten nicht herauszutreiben. Sein Gehirn ist erschüttert worden. Er sollte entlassen werden. Von Amts wegen. Aber der Wirt protestierte. Heute liegen brauchbare Portiers nicht auf der Straße. Und im übrigen fand feierlichste Ausföhnung zwischen dem Beherrscher des Hoteleingangs und den gewesenen Beherrschern der schwarzen Berge statt. Der Portier wartete nicht erst ab, bis die Lyoner Presse ein Lied von der „Pauvreté royale“ anstimmte, sondern ließ seine Hand, die sonst zum Nehmen sich öffnet, in die eigene Tasche gleiten und die ersten Beiträge zur Steuerung der „königlichen Armut“ leisten. Er hat sich die Gunst des Gefolges zu erringen verstanden und trägt, vier Stunden nach dem unzeremoniellen Empfang der hohen Herrschaften, seinen Kopf wieder hoch. Aber im Hotel selber konnte „die Entwirrung“ nicht so schnell vonstatten gehen.

Geld blieb von der Stunde des Einzugs ab das meistbehandelte Kapitel in allen Unterhaltungen zwischen den montenegrinischen Gästen und den sich für ihr Schicksal interessierenden Personen. Der Wirt sollte serbische Noten umwechseln. Er ließ zum

bräufelten, lief von Pontius zu Pilatus und kehrte schwerbedrückt mit der Auskunft zurück, daß, wie es so wenig schön heißt, der Jude für das Gewesene nichts gibt. Am Abend trug uns Gästen Prinzessin Xenia das gleiche Klage lied vor. Nach ihren Angaben zu urteilen, muß es zuletzt in Cetinje toll zugegangen sein. Niemand wußte dort, wo ein, wo aus. „Wovon sollten wir eigentlich weiter leben, wenn uns alle Welt im Stich ließ?“ erklärte sie aut einem Kreise von Zuhörern. „Aber Italien ...?“ wagte eine Französin einzuwerfen. „Pa!“ kam es von den Lippen der Prinzessin. Das übrige mußte man sich denken. Wie früher in Polen, so ist jetzt aus Italien nicht viel zu holen. Die Einrückung, die die Herrschaften aus Rom mitgenommen haben, scheinen nicht überwältigend zu sein. Jemand meint: „Prinz Mirko ist wohl aus ungeklärtem Grunde in Cetinje zurückgeblieben?“ Aber nein, Gott bewahre! Jemand muß doch zu Hause bleiben. Und in Italien wollte man es so“, entgegnete die Prinzessin. Aus ihren Worten ist zu entnehmen, daß König Nikolaus' salomonische Weisheit es beiden Teilen rechtzumachen versuchte, indem er den Mirko den Desterreichern überließ, sich selber aber mit den übrigen Familienangehörigen dem Verbanne zu Verfügung stellte. Er achte kaum daran, daß er sich mit diesem Verfahren zwischen zwei Stühle setzen könnte.

Der Abend des 24. Januar brachte eine neue Note in das montenegrinische Kleinleben. König Nikolaus kam. Sein Einzug vollzog sich unter ganz anderen Formen als der Empfang einer Gattin. Alles, was zu den Spitzen der Behörden gehört, war auf Befehl von Paris aus um 5 Uhr des Nachmittags am Bahnhof auf den Beinen. Kavallerie und Infanterie mußten dem König die Ehre geben. Unterdessen waren auch der Staatsminister Denys Cochin aus Paris eingetroffen, und der Herr Bürgermeister hatte sich ein kleines Sprüchlein zurechtgelegt, mit dem er den König zu begrüßen hoffte. Soweit stand alles im Programm fest. Nur der König schien auf dies Programm nicht geeicht zu sein. Er stellte sich den Franzosen als der große Schweiger vor. Die größte Aufmerksamkeit, die er ihnen entgegenbrachte, bestand in einem Kopfnicken. Er sah außerordentlich mitgenommen aus und machte den Eindruck eines hinfälligen Greises, der sich die ein Halbge lähmter tragen läßt. Er hat mit seinem „Aufreten“ die Franzosen sichtlich enttäuscht. Denn er hat keine erwartete Ähnlichkeit mehr mit den Bildern, die von ihm in den Blättern veröffentlicht werden. Er ist eine Ruine, und man kann sich vom rein menschlichen Standpunkt des Mitleids mit dem Kanne kaum erwehren, den der tragische Abschluß seines Zaunönigtums zu Boden geworfen hat. Ueber den feierlichen Empfang hien er nicht angenehm berührt zu sein. Ob man ihm vorher emeldet hatte, wie kläglich seine Frau aufgenommen wurde? Ob er sich darüber oder über die zunehmende Geldnot ärgerte?

Eine Stunde nach seiner Ankunft sah ich im Hotel viele ange Gesicht, darunter auch die der Würdenträger, die sich mit Nikolaus in seinem Salon unterhalten hatten. Ach ja, die Republik verträgt keine *Pauvreté royale* mehr.

30. I. 1916

Die Vorgänge im montenegrinischen Lager.

Frankfurt, 29. Januar. Aus dem montenegrinischen Okkupationsgebiet wird der „Frankf. Ztg.“ unterm 28. Januar gemeldet: Ueber die Vorgänge im montenegrinischen Lager ist folgendes zu berichten:

Am 16. Januar kam König Nikita in Podgoriza an und hielt am Marktplat, eine Zigarette rauchend, vom Pferde herab eine Ansprache an das Volk: Die Helden in euren Reihen wissen wohl, wo ich aufzufinden bin, dort auf dem Schlachtfeld, in den dichtesten Kämpfen, und ich bin bereit, wenn es unvermeidlich ist, den Heldentod zu sterben. Mit seiner Frau und den Prinzen verließ er darauf Podgoriza und begab sich dann nach Italien.

Am 20. Januar hielt der Kriegsminister Bakotitsch eine Rede an die versammelten Soldaten: Unser Widerstand ist nutzlos. Wir sind von allen Seiten umzingelt. Kehret heim und wartet die Ereignisse ab. Strecke ein jeder die Waffen. Ich sage das, weil es nicht anders geht. Wir kämpften wie Helden, sind aber eine kleine Nation und konnten den großen Feind nicht besiegen, der uns mit überwältigender Uebermacht angriff. Wir sind ohnmächtig geworden. Bringt der Regierung das Vertrauen entgegen, sie wird für euch sorgen.

Die Reden des Ministers und des Königs nahm das Volk apathisch auf. Vorgestern begann das Volk zu plündern, besonders in Nicitsch, Danilograd und Podgoriza waren große Ausschreitungen. In Danilograd sollen mehrere montenegrinische Offiziere ermordet worden sein. In Podgoriza wurden zunächst die militärischen Magazine geöffnet und geplündert, ebenso das Spital, wobei den Verwundeten Matrasen und Decken unter dem Leibe fortgerissen wurden. Der Kriegsminister befand sich in der Tabakfabrik, wo er mit einer Anzahl zuverlässiger Leute den Angriff der Plünderer mittels Handgranaten und eines Maschinengewehres abschlug. Es gab dabei 6 Tote und 17 Verwundete.

In Podgoriza waren alle Kriegsgefangenen Offiziere der Mittelmächte versammelt und erwarteten ihre Befreiung, da unsere Regierung nebst bedingungsloser Waffenstreckung auch die Auslieferung der Gefangenen verlangt hatte. Die montenegrinischen Behörden äußerten sich, sie wollten nichts verantworten und bewaffneten vorgestern und gestern die Kriegsgefangenen. Gestern abend schien die staatliche Ordnung ganz aus den Fugen gegangen zu sein. Die Kriegsgefangenen verließen ihren Standort und begaben sich, ohne gehindert worden zu sein, zu uns. Das unglückliche Volk hat sie weinend und jammernnd, ihrer Arme zu sagen, daß sie sofort kommen solle. Die Weiber von Podgoriza riefen ihnen zu: Wenn eure Soldaten morgen nicht einrücken, erdroffeln wir unsere Kinder und erhängen uns. Heute wurde die Waffenstreckung vorgenommen. Zwei Brigaden legten ihre Waffen nieder.

Kaiser Wilhelm an den König von Sachsen.

R. Dresden, 28. Jänner. Auf das Glückwunsch-telegramm, das König Friedrich August anlässlich des Geburtsfestes des deutschen Kaisers an diesen gerichtet hatte, ist nachstehende Antwort eingelangt:

Seine Majestät König von Sachsen, Dresden.
Empfange meinen wärmsten Dank für Deine freundlichen Glückwünsche. Wir können Gott nicht genug preisen, der im vergangenen Lebensjahre unser Vaterland vor feindlicher Uebermacht so wunderbar rettete und unseren Waffen Kraft und Sieg verlieh. Er wird sein deutsches Volk auch ferner nicht verlassen und ihm für alle Treue und Opferwilligkeit den ersuchten Lohn nicht vorenthalten.

Wilhelm."

Amerika und die kriegsführenden Staaten.

Die Note Lansing's.

New-York, 28. Jänner. Der Washingtoner Korrespondent der Associated Press meldet, daß die Note des Staatssekretärs Lansing an die kriegsführenden Mächte die Annahme folgender Formel vorschlägt:

1. Ein Krieger hat das Recht, an Bord eines unter der Flagge einer kriegsführenden Macht fahrenden Handelsschiffes über den Ocean zu fahren und zu seinem Schutz auf die Bestimmungen des Völkerrechtes und der Menschlichkeit zu rechnen.

2. Ein Handelsschiff, was immer für einer Nationalität darf, nicht ohne vorherige Warnung angegriffen werden.

3. Ein Handelsschiff einer kriegsführenden Macht muß dem Befehl beizudrehen, sofort Folge leisten.

4. Auf ein Handelsschiff darf nicht gefeuert werden, außer wenn das Schiff Widerstand zu leisten versucht. Selbst in diesem Falle muß der Angriff so gleich aufhören, sobald die Flucht oder der Widerstand aufhören.

5. Nur wenn es unmöglich ist, das Prisen Schiff, mit einer Beladung versehen, aufzubringen, ist die Zerstörung gerechtfertigt, in welchem Falle die an Bord befindlichen Personen in Sicherheit gebracht werden müssen.

Nach einer Meldung des Washingtoner Korrespondenten der Associated Press teilte Staatssekretär Lansing den kriegsführenden Mächten außerdem mit, daß bewaffneten Handelsschiffe, nur wenn sie bestimmte, von Amerika vorgeschlagene Bedingungen unterschreiben, der Zusage in amerikanische Häfen gestattet werden könne. Andernfalls würden sie nur unter den für die Kriegsschiffe geltenden Bestimmungen zugelassen werden.

Kaltstellung der Gewerkschaften?

Eine scharfe Auseinandersetzung hat sich neuerdings über das oft erörterte Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei zwischen den Zentralorganen beider Organisationen, zwischen dem „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ und dem „Vorwärts“ entsponnen.

Das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ hat in seiner Nr. 3 vom 15. Januar warnend geschrieben:

„Die Gewerkschaften müssen an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen festhalten und können nicht eindringlich genug vor den Bestrebungen warnen, diese Politik der jetzigen Fraktion zu durchkreuzen . . . Darüber möge kein Zweifel walten, daß man die gegenwärtige, durch die ungeahneten Disziplinbrüche hervorgerufene Krisis in Gewerkschaftskreisen als eine bitterernste Wendung betrachtet, die die Gewerkschaften nicht unberührt lassen kann, sondern diese zwingt, rechtzeitig an den Schutz ihrer eigenen Interessen zu denken.“

Flugs antwortete der „Vorwärts“ am 16. Januar unter der Überschrift „Wohin die Reise geht“ scharf ablehnend:

„Die sozialdemokratische Partei war bisher eine Organisation, die sich selbst ihre Gesetze gab und ihre programmatischen Richtlinien schuf, ohne sich von dritter Seite hineinreden zu lassen . . . Die sozialdemokratische Partei muß die Forderung, daß die Gewerkschaften an der Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen festhalten müssen, deshalb als einen Eingriff in das legitime Selbstbestimmungsrecht der sozialdemokratischen Partei mit aller Entschiedenheit ablehnen . . . Ein Veto der Gewerkschaften als solches gibt es nicht.“

Das „Correspondenzblatt“ der Gewerkschaften hat sich damit nicht abspeisen lassen. In seiner Nr. 5 vom 29. Januar erklärt das „Correspondenzblatt“:

„Die Gewerkschaften leisten auf wesentlichen Gebieten der praktischen Politik der Partei heute die Hauptarbeit, und sie haben seit dem Kriegsbeginn mit der Partei in allen Fragen der Kriegsfürsorge zusammengewirkt, wobei der größte Teil der Aufgaben in finanzieller und in werktätiger Hinsicht den Gewerkschaften zufiel. Und angesichts dieser Lage der wirklichen Verhältnisse wagt der „Vorwärts“ den Gewerkschaften jedes Mitsprechen über die sozialdemokratische Politik zu bestreiten? . . . Den Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht auf diese Politik (des 4. August) bestreiten, das heißt die Existenz der Gewerkschaften auf Gedeih und Verderb der Partei ausliefern . . . Ein Veto der Gewerkschaften als solcher gibt es nicht! Erst recht nicht aber eine Beeinflussung der Parteitags- und Parteibeschlüsse durch einen Kreis von Gewerkschaftsführern“ ruft der „Vorwärts“ aus. — Hoffentlich ist man sich wenigstens in seinem Kreise darüber völlig im Klaren, wohin diese Grundsätze „gemeinsamer Arbeiterpolitik“ führen müssen! Sie können nur dazu führen, die innere Einheit von Partei und Gewerkschaften auf andere Weise zu lösen, als dies seither von beiden mit Erfolg erstrebt wurde, — zu lösen durch eine Kaltstellung der Gewerkschaften, die naturgemäß eine Abkühlung des Verhältnisses zwischen beiden nach sich ziehen würde. Man braucht den Gewerkschaften nur zu erklären, daß sie in den großen gemeinsamen Lebensfragen der Arbeiterbewegung „kein Wort zu sagen“ haben, und ihr Interesse an der ferneren Aufrechterhaltung des Mannheimer Abkommens müßte als erledigt gelten.“

Das „Correspondenzblatt“ zielt hiermit auf den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitags in Mannheim, der 1906 ausgesprochen hat:

„Um bei Aktionen, die die Interessen der Gewerkschaften und der Partei gleichmäßig berühren, ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen, sollen die Zentralleitungen der beiden Organisationen sich zu verständigen suchen.“

Das „Correspondenzblatt“ vertritt in einer Erläuterung dieses Mannheimer Beschlusses die Ansicht:

„Damit hat der Parteitag das Schwergewicht für die Entscheidungen, das vordem ausschließlich in der Parteilage, in die paritätische Beratung der beiderseitigen Zentralinstanzen gelegt . . . Verständigung heißt nicht bloß mitsprechen, sondern auch mitentscheiden, heißt entgegenkommen und verzichten, also Ausgleichen bestehender Widersprüche, mögen sie aus Tradition, Interessen oder Beschlüssen resultieren.“

Der „Vorwärts“ will diesen Anspruch der Gewerkschaften nicht gelten lassen. In einem neuen Artikel „Wohin die Reise geht“ erklärt er am 30. Januar, daß die Gewerkschaften als gewerkschaftliche Institutionen, in deren Reihen parteipolitische Diskussionen weder gepflogen worden sind, noch gepflogen werden können, selbstverständlich keine Kompetenz zu beanspruchen vermögen, über die Grundzüge und taktischen Fragen der Partei zu entscheiden.“ Rund heraus sagt der „Vorwärts“:

„Wenn das Droan der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagsbeschlüsse und der Machbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine Filiale und Dependence der Generalkommission.“

So steht heute der Streit zwischen „Vorwärts“ und „Correspondenzblatt“, ob die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei untergeordnet, gewissermaßen nur eine Rekrutenschule für die Sozialdemokratie sind, oder ob sie den Anspruch erheben können, als gleichberechtigte Organisation mitzuentcheiden. Mit der Antwort des „Vorwärts“ ist diese Auseinandersetzung natürlich noch nicht entschieden.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 29. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Rußland.

28. Jänner. In der Rigagegend Artilleriekämpfe. Während der Beschließung Schloßs unterstützten deutsche Flugzeuge durch Beobachtung das Artillerieschießen und warfen selbst an mehreren Stellen Bomben ab. Auf der Front Dünamurg-Platonen (8 Kilometer östlich Dlas) wird eine erfolgreiche Tätigkeit unserer Artillerie gemeldet. Mehrere Zeppeline bewarfen die Gegend Dünamurg mit Bomben. Unsere Artillerie zerstreute beim Swentensee eine große deutsche Abteilung. Sonst im allgemeinen Ruhe.

Die Deutschen feierten den Geburtstag des Kaisers, jedoch im allgemeinen wurde in ihren Linien keine besondere Begeisterung bemerkt.

Am der mittleren Strypa Scharmützel mit Aufklärern. In der Nacht zum 22. Jänner näherte sich unser Panzerauto dem Drahthindernis bei Buczac, eröffnete das Feuer gegen den Posten und eine große Zahl von Arbeitern, fügte ihnen Verluste zu und schlug sie in die Flucht. In der Gegend nördlich Bojan warfen unsere Patrouillen Handgranaten und trieben den Feind aus drei Minenrichtern, welche er besetzt hatte, heraus. In derselben Gegend versuchten kleine Ab-

teilungen des Feindes, die Offensive zu ergreifen, wurden jedoch durch unser Feuer zurückgeworfen. Mit dem Rückzug dieser Abteilungen wendete der Feind Gas an.

Italien.

28. Jänner. Besonders lebhaftes Artillerietätigkeit an manchen Stellen der Front in Carnien. Am oberen Ronzo versuchte der Feind am Abend des 27. d., nach heftiger Artillerievorbereitung, uns aus unsern bedrohlichen Stellungen am kleinen Zavorca zu vertreiben. Er wurde einmal zurückgeworfen, erneuerte den Angriff mit frischen Truppen ein zweites, später ein drittesmal, wurde aber immer mit schweren Verlusten zurückgeschlagen, und schließlich in die Flucht gejagt. Auf den Höhen nordwestlich von Görz nahmen unsere Truppen einen Teil des in der Nacht auf den 25. d. verlorenen Geländes wieder in Besitz und setzten sich daselbst fest. In diesem Abschnitt gab es gestern nur Artilleriekämpfe, Maschinengewehrfeuer und Bombenkämpfe.

Vom Karstplateau wird ein kühner Einbruch einer eigenen Abteilung in einen feindlichen Schützengraben südwestlich von San Martino gemeldet.

Frankreich.

28. Jänner, 3 Uhr nachmittags. Im Artois nahmen wir vormittags westlich der Höhe 140 durch Gegenangriff wieder einen Teil der gestern durch die Deutschen besetzten Grabenstücke. Südlich der Somme griff der Feind gestern nach heftiger Beschließung unsere Stellungen auf der mehrere Kilometer breiten Front am Ufer der Somme bei Frise und südlich davon an. Dieser Angriff scheiterte auf dem ganzen südlichen Teil und hatte nur am Ufer der Somme Erfolg gegen das sich anlehrende Dorf, welches von einer unserer Feldwachen besetzt war. Jetzt ist der Angriff des Feindes zum Stehen gebracht worden. Die ersten von uns gemachten Gegenangriffe führten zur Wiedereinnahme einiger von den Deutschen weggenommener Schützengräben. In der Gegend von Lions unternahm der Feind im Laufe der Nacht einen Angriff, der sofort angehalten wurde. Im Fochthal rief das Feuer der schweren französischen Artillerie in einer zum Munitionsdepot umgewandelten Fabrik östlich von Münster einen Brand hervor. Es wurden zahlreiche Explosionen gehört.

11 Uhr nachts. Im Artois westlich vom Hügel 140 führen wir fort, die uns gestern vom Feinde entrissenen Schützengrabenteile allmählich wieder zu besetzen. Im Verlauf der

Kampffhandlungen befreiten wir 50 von den Deutschen gefangene französische Soldaten. Südlich des Weges von La Folie versuchte der Feind, zwei von uns eroberte Trichter zurückzugewinnen. Der Angriff wurde abgeschlagen. Zwischen Somme und Oise große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. In der Gegend von Armancourt südlich von Passigny zerstreuten wir eine Probiotabteilung und zerstörten die feindlichen Beobachtungsposten. Nördlich der Aisne zerstörte unsere Artillerie einen Beobachtungsposten beim Hügel 108 südlich Berry-au-Bac und feindliche Werke auf dem Plateau von Baucelerc. In Lothringen wirksames Schießen unserer Artillerie auf feindliche Werke zwischen Nomeny und Eply.

Belgischer Bericht.

Die Nacht und der Tag verliefen auf der belgischen Front ziemlich ruhig, da Nebel die Artillerietätigkeit behinderte.

Orientarmee.

Am 28. d. schleuderte eine Gruppe von 14 französischen Fliegern zahlreiche Wurfgeschosse auf das feindliche Lager bei Pazarli nördlich des Doiransees.

31. I. 1916

Die Besetzung von Kara-Burnu.

Bern, 29. Jänner. Die von der Agence Savas über die Landung auf Kara-Burnu ausgegebene Meldung lautet: Am 28. Jänner landeten Marinesoldaten der Entente bei Tagesanbruch auf der Halbinsel Kara-Burnu und besetzten die Festung. Die Landung der Abteilungen französischer, italienischer, englischer und russischer Marinesoldaten von dem auf der See liegenden Schiffen, die am Morgen auf der Halbinsel Kara-Burnu stattfand, ging unter dem Schutze der Schiffsgeschütze vor sich. Die Abteilungen besetzten die nach der See zu gelegene griechische Festung ohne Widerstand seitens der Besatzung. Der Kommandant der Festung wurde gezwungen, den Platz zu räumen. Er legte Protest ein. Die französische Infanterie umzingelte die Festung von der Landseite. Dieses Vorgehen der Alliierten war durch strategische Gründe geboten. Man glaubt, daß ein deutsches Unterseeboot sich in der Nähe dieser Küste mit Lebensmitteln versorgt habe.

Das bulgarische Königspaar in Nisch.

Im Hauptquartier des Feldmarschalls Mackensen

S. Sofia, 29. Jänner. (Melbung der Agence Telegraphique Bulgare.) Vorgestern nachts begaben sich König Ferdinand und Königin Eleonore in Begleitung des Ministerpräsidenten Radoslawow, des Kommandanten der 105. deutschen Truppendivision Generalleutnants Grewel und des deutschen Militärattachés in Sofia Oberstleutnants v. Massow nach Nisch. Gestern um halb 11 Uhr vormittags stattete der König dem General-Feldmarschall v. Mackensen einen Besuch ab, wobei er eine Stunde bei ihm verblieb. Sodann besuchte der König den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, worauf sich der König und die Königin in die Königsstadt begaben.

Mittags empfing der König den Besuch des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin in Gegenwart des Ministerpräsidenten Radoslawow. Der König ernannte den Großherzog zum Ritter des nationalen Ordens der heiligen Apostel Kyriell und Meihob. In seiner Ansprache verwies der König auf die hohe Bedeutung dieses Ordens für den christlichen Orient. Der Großherzog dankte in tiefgefühlten Worten.

Um 2 Uhr nachmittags begab sich der König zum Besuche des Großherzogs in den im Bahnhofe von Nisch stehenden Zug des Großherzogs, woselbst um halb 2 Uhr nachmittags ein Dejeuner stattfand. An demselben nahmen der König, die Königin, der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, der Herzog von Mecklenburg, Prinz Heinrich XXXVII. von Reuß, Generalfeldmarschall von Mackensen, Ministerpräsident Radoslawow, Generalleutnant Grewel sowie die Suiten des Königs und des Großherzogs teil. Der König hielt eine kurze Ansprache, auf die der Großherzog erwiderte. Er betonte die engen Verwandtschaftsbande, die das großherzogliche Haus Mecklenburg-Schwerin und das bulgarische Königshaus verbinden und die von der Zeit seines Großvaters Friedrich Franz II. datieren, und gab der Freude Ausdruck, die er in Branja bei der Parade seiner mecklenburgischen Bataillone empfunden habe, die für die Freiheit Mazedoniens kämpften.

Um halb 8 Uhr abends verließ der Großherzog mit dem Sonderzuge Nisch; zum Abschied hatten sich im Bahnhofe der König, die Königin und das Gefolge des Königspaares eingefunden.

Am selben Tage nahmen der König und die Königin, einer Einladung des Generalfeldmarschalls v. Mackensen folgend, an einem Diner teil, das im Offizierscercle beim Hauptquartier der Armee des Generalfeldmarschalls v. Mackensen gegeben wurde. An dem Diner nahmen weiters teil: Der Herzog von Mecklenburg, Prinz Heinrich XXXVII. von Reuß, die Offiziere des Generalstabes der Armee des Generalfeldmarschalls v. Mackensen, Ministerpräsident Radoslawow, der Inspektor des Morava-Gebietes General Kutinichew und der königliche Kommissär Tschopraschikow. Bei der Ankunft vor dem Kasino wurde das Königspaar von Generalfeldmarschall v. Mackensen mit seinem ganzen Stabe begrüßt. Eine Kompanie Infanterie und eine Eskadron Garde-Gusaren erwiesen die militärischen Ehren.

Im Laufe des Diners brachte Generalfeldmarschall v. Mackensen einen Trinkspruch auf die Gesundheit des Königs und der Königin aus. Der König trank auf die Gesundheit des Generalfeldmarschalls und rühmte dessen hervorragende Verdienste um die großen von den verblindeten Armeen erzielten Erfolge.

Nach dem Diner hielt das Königspaar Cercle, der bis gegen 1 Uhr nachts dauerte.

Sodann verabschiedeten sich der König und die Königin von den Anwesenden und kehrten nach Sofia zurück.

Eine italienische Rechtfertigung

Sp. Mailand, 31. Jan. Der „Corriere della Sera“ spricht in einem langen redaktionellen Artikel über die gegenwärtige Unbehaglichkeit, welche Italien verwirrt. Nachdem er vorausgehend über die Verirrungen und den Mißmut sich verbreitet, deus aus der ausländischen Presse gegen Italien ersichtlich wird, über die Unterschätzung der großen Anstrengungen Italiens im Ausland, welche mit vielen militärischen Gründen bekämpft werden kann und muß, erinnert der „Corriere“ daran, daß eine der hervorragendsten Triebfedern Italiens zum Kriege die Furcht vor der Gewißheit war, daß nach Ende des Krieges Italien vollständig vereinzelt und abhängig von Oesterreich dastehen würde. Aus diesem Gesichtspunkte heraus war es für Italien geboten, in einer Art und Weise sich am Kriege zu beteiligen, welche alle Ziele der neuen Alliierten und Freunde sicherstellte.

Das Blatt ist besorgt über die Tatsache, daß der Krieg Italiens in den Ententeländern entwertet werde, besonders wegen der nicht erfolgten Kriegserklärung Italiens an Deutschland und es schreibt über diesen Punkt, der Haß gegen Deutschland habe die Alliierten immer enger verkettenet und an den Vertrag gebunden, welchen Zeit und Mißerfolge, statt zu schwächen, stets gefestigt hätten. Um zu verstehen, warum die italienische Regierung an Deutschland den Krieg nicht erklärte, müsse man sich in die Maitage zurückversetzen, als die Neutralisten auf eine Verständigung mit Oesterreich drängten, Salandra dagegen, im Zweifel, ob beide Kammern seiner Interventionspolitik zustimmen würden, mit dem Ministerium demissionierte. Zu jener Zeit habe im Lande bis in leitende Kreise hinauf die Ansicht geherrscht, daß über Italien im Kriegsfall eine gewaltige deutsche Heeresmasse, die in Bayern bereitstand, herfallen würde, um es zu strafen für seinen Verrat. Als dann Italien gegen Oesterreich ins Feld zog, hätte wohl Deutschland an Italien den Krieg erklären können, nicht aber umgekehrt. Wenn Deutschland wegen der Aktion Italiens gegen Oesterreich mit seinen Truppen in Italien eingefallen wäre, dann hätte Italien dies resigniert als Schadensfügung hingenommen als die Folge eines vom Parlament gefaßten Beschlusses. Wäre aber die deutsche Offensive erfolgt infolge einer Kriegserklärung Italiens an Deutschland, wozu die Regierung von den Kammern nicht ermächtigt gewesen sei, dann wäre die Regierung mindestens einem Teile des Landes als verantwortlich erschienen für das Unglück und es wären Diskussionen und Zwistigkeiten von unberechenbaren Folgen für die italienische Widerstandskraft innerhalb des Landes entstanden. Der „Corriere“ erläutert sodann die Gründe, warum die italienische Regierung ihre Beziehungen zu Deutschland nicht geklärt habe. Die Regierung habe das an sich schon schwere Gewicht der Verantwortlichkeit nicht dadurch noch erhöhen wollen, daß sie über die von den militärischen Notwendigkeiten erforderten Grenzen hinausging. Das Blatt trägt, auf welche Weise die Verbündeten durch ein anderes Vorgehen Italiens mehr Nutzen hätten haben können und schließt seine Ausführungen mit der Anerkennung, die Regierung habe anfänglich hinsichtlich Deutschlands richtig gehandelt, sie habe aber die Pflicht gehabt, die Verbündeten vor Eintritt in den Krieg über

die Richtungslinie zu orientieren und mitzuteilen, daß sie Deutschland die Initiative zur Kriegserklärung überlassen habe. Dazu von der Regierung herangezogene Gründe hätten die Verbündeten sicherlich überzeugt. Ferner verlangt der „Corriere“ eine engere Fühlungnahme zwischen Regierung und Land. Zu einem guten Resultate werde man nur gelangen, wenn Italien sich den Leistungen der Verbündeten in diplomatischer und militärischer Hinsicht enger anschließen werde. Wenn man mit auch nur geringen Kräften nach Mazedonien gegangen wäre und dafür den Alliierten einen Teil der von Italien in Albanien übernommenen Aufgabe überlassen hätte, so hätte man ohne merkliche Opfer alle Verdächtigungen gegen Italien, wonach das italienische Fernbleiben von Mazedonien als Angst ausgelegt und die italienische Aktion in Albanien als selbstsüchtig hingestellt wurde, aus der Welt geschafft.

Zum fliegerraid auf Paris

(Von unserem Korrespondenten)

3 Paris, 31. Jan.

In den vergangenen zwei Tagen und Nächten hatte jeder Beobachter Gelegenheit genug, sich über die Volkstimmung Rechenschaft zu geben, die durch die fliegerraid auf Paris erzeugt worden ist. Die Pariser Bevölkerung zu terrorisieren, wird den Deutschen nie gelingen. Sie ist aus zu gutem Holze geschnitten. Aber wenn es der deutschen Militärbehörde darauf ankommt, den Deutschenhaß ins Ungeheure zu steigern, so hat sie ihren Zweck erreicht. Dieser Haß wird andauern; die ersten Deutschen, die nach dem Frieden nach Paris oder überhaupt nach Frankreich kommen, werden ihn zu merken kriegen. Wohl sagt sich die ruhigere Bevölkerung, daß das Bombardement von Paris jedenfalls die Antwort auf das Bombardement von Freiburg war. Jenes Bombardement ist aber, so wird anderwärts hervorgehoben, die Antwort auf die Beschießung von Dörfern um Eprenay gewesen. Und wenn man sagt, daß französische Flieger ja auch schon oft nach Deutschland geflogen sind und dort Nichtkämpfer getötet haben, so wird dem entgegengehalten, daß die Deutschen zuerst mit ihren „Tauben“ nach Paris kamen, also diese Art des Luftkrieges inauguriert haben. Trotzdem glauben wir, daß die Pariser Bevölkerung nicht wie ein Teil der Presse nach Vergeltungsmaßnahmen verlangt. Man findet den Luftkrieg in dieser Form unnötig grausam und glaubt, daß beide Teile Verzicht leisten, wenn man auf die Beschießung von Städten verzichtet würde. In der Presse machen sich drei Strömungen geltend. Die Mehrzahl verlangt nach Vergeltung, nach einem großen Fliegerzug nach einer deutschen Großstadt. Andere, worunter Hervé, wollen ebenfalls Vergeltung, aber diese soll nicht gegen eine Stadt, sondern gegen Fabriktablissemante, zum Beispiel gegen die Kruppwerke, gerichtet sein. Hiemlich allein steht die sozialistische „Humanité“, die sagt, man solle sich besser zeigen als der Gegner und seine Vergeltung nur im Siege, in dem durch die ehrlichen Waffen, suchen.

Da jüngst in der Presse von einer Krise der Militäraviatik die Rede war, so fragen sich viele Leute, ob der Bewachungsdienst wohl auf der Höhe der Aufgabe gewesen ist. Dabei werden auch die alten Vorwürfe gegen den Unterstaatssekretär Besnard hervorgezogen, der doch mit der militärischen Seite seines Ressorts gar nichts zu tun hat. Am Samstag bedeckte eine Nebelschicht von etwa 800 Meter Höhe die Stadt; darüber war's klar. Das Zeppelin schiff flog in einer Höhe von nahezu viertausend Metern. Die Scheinwerfer konnten die Nebelschicht nicht durchdringen; insolgedessen waren die Abwehrlanonen zur Untätigkeit verurteilt. Im Zeitraum von zwanzig Minuten flogen etwa dreißig Flugzeuge in die Luft: Jagdapparate und schwerere Maschinen, die mit kleinen Geschützen ausgerüstet sind. Die schnellsten dieser Flugzeuge brauchen eine halbe Stunde, bis sie in einer Höhe von viertausend Metern sind. Sie müssen zuerst einmal das Luftschiff entdecken, und sie können es nur mit einiger Aussicht auf Erfolg angreifen, wenn sie von der Hinterseite

her überfliegen können. Beides sind schwierige Stücke, da die Schiffe, wie wir selbst im Frühjahr bei heller Nacht schon feststellen konnten, sehr schwer ersichtlich, auch wenn sie nicht im Lichte von Scheinwerfern sind, und dann haben die neuen Luftschiffe eine sehr große Horizontalgeschwindigkeit, ganz abgesehen davon, daß ihre vertikale Geschwindigkeit größer ist als die jedes Flugzeugs. Und wenn auch ein Flugzeug nahe herankommt, so ist der Kampf gegen ein mit mehreren (man sagt zwölf) Maschinengewehren und zwei Kanonen ausgestatteten Riesen für die kleine Kugel sehr gefährlich. Vom ruhigen Luftschiff aus schießt man leichter als vom schwankenden Flugzeug. Am letzten Samstag haben nur fünf Flugzeuge das feindliche Schiff gesehen, drei haben das Feuer eröffnen können, darunter ein Kanonenflugzeug. Ein Jagdflugzeug hat das Zeppelin schiff während fünfzig Minuten verfolgt und hat alle seine Zündmunition abgeschossen. Verwunderlich ist es nicht, daß die Zeppelin schiffe beide Mal davon gekommen sind. Eine absolute Sicherheit gegen solche Angriffe gibt es nicht. Das wissen die Pariser sehr wohl. Aber darum lassen sie sich doch nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 31. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

29. Jänner. In den Juditarien zersprengte unsere Artillerie am 27. d. durch ihr wohlgezieltes Feuer eine vom Fort Bor absteigende feindliche Kolonne. Am 27. und 28. d. führte die Tätigkeit unserer Infanterie zu kleinen Zusammenstößen im Lagrinal-Salamento (Brenta-) und im oberen Banaitale. Der Feind wurde überall zurückgeworfen und ließ Ausrüstungsmaterial in unsere Hände zurück. In Carnien unternahm der

Feind gegen unsere Stellungen am Großen Pal eine demonstrative Aktion mit intensivem Maschinengewehr- und Infanteriefeuer, der erst durch das Eingreifen unserer Artillerie ein Ende gesetzt wurde. Auf den Höhen nordwestlich von Görz verhältnismäßig Ruhe. Unsere Artillerie beschuß die Station San Pietro südöstlich der Stadt, wo Zugverkehr gemeldet wurde.

Wien, 31. Jänner. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Im italienischen Tagesbericht vom 27. Jänner heißt es zum Schluß: „Am Karstplateau gewann am 26. Jänner eine eigene Abteilung durch überraschendes Vorgehen Terrain in der Richtung der Kirche von San Martino und konnte sich daselbst sofort befestigen und behaupten.“

Hiezu wird festgestellt: Am 25. Jänner versuchte eine feindliche Kompagnie, zirka 200 Mann — ohne Offiziere —, gegen den Abschnitt nordwestlich der Kirche San Martino anzugreifen und wurde allerdings bis auf dreißig Schritte herangelassen. Auf diese Distanz belegte unsere Infanterie den Feind unter begeisterten Hurrarufen mit Handgranaten und Gewehrfeuer derart, daß der Feind nicht nur keinen Schritt vorwärts kam, sondern in regelloser Flucht sogar über seine eigene Linie — davon lief. Im Abschnitt, hinter dem die Kirche San Martino liegt, hatte eine vorgehende feindliche Patrouille denselben Mißerfolg. Der Feind ist in diesem Abschnitt nirgends um einen Schritt nähergekommen. Am 26. Jänner aber war außer feindlicher Artillerietätigkeit vom Feinde nichts zu bemerken.

Rußland.

30. Jänner. Vom Rigaer Golf bis zum Bripjatj herrscht im allgemeinen Ruhe. Nur südlich des Babilsees griff eine größere deutsche Abteilung an, sie wurde aber durch unser Feuer vertrieben. Südöstlich Kolkhi nahmen unsere Aufklärer einen ganzen Posten gefangen. Die von den Oesterreichern herbeigeschickte Verstärkung wurde durch unser Feuer vertrieben. An der mittleren Sirypafont beschossen wir zwei feindliche Batterien. Von zwei Ballons aus wurden glückliche Treffer in Kanonen und Munitionswagen beobachtet. In derselben Gegend durchschnitten unsere Aufklärer ein Drahthindernis des Feindes in einer großen Ausdehnung und erkundeten fünfundsiebenzig Minen. Nordöstlich von Czernowitz ließen wir eine Rauchwolke aufsteigen, die den Feind bei den Sappeurarbeiten hinderte.

1. II. 1916

Fortgesetzte Vergewaltigung des österreichischen Post- und Telegraphenverkehrs mit dem Auslande durch England.

Wien, 31. Januar.

Ämtlich wird gemeldet:

Erhaltenen Nachrichten zufolge werden sämtliche Briefposten aus Oesterreich nach überseeischen neutralen Ländern von englischen Behörden fortgesetzt überwacht.

Die Absender derartiger Brieffendungen können daher nicht damit rechnen, daß ihre Mitteilungen tatsächlich den Empfängern zukommen.

Erklärungen Sazonows.

Petersburg, 31. Jänner.

Der Minister des Aeußern Sazonow empfing Vertreter der Petersburger Presse und gab ihnen gegenüber eine Reihe von Erklärungen ab.

Ueber Montenegro könne er nichts sagen, da er noch keine Einzelheiten habe, die er aber von einem Tag auf den anderen erwarte. Er glaube aber, daß ein Teil des montenegrinischen Heeres mit dem serbischen abtransportiert

wurde und dabei sei, sich zu reorganisieren. Es würde vielleicht noch mit den tapferen serbischen Truppen der gemeinsamen Sache dienen.

Sazonow anerkannte, daß die Balkanlage angesichts der Katastrophe des serbischen Heeres, die harte Folgen für Montenegro nach sich zog, trostlos sei. Indessen sei die gegenwärtige schlimme Lage auf dem westlichen Balkan keine endgiltige, denn das Los der Balkanstaaten sei mit dem der Alliierten eng verknüpft. Außerdem werde die Balkanfrage, wenn auch nicht im gegenwärtigen Augenblicke, so doch nach dem Kriege ihre Lösung finden. Der Minister sei überzeugt, daß Serbien und Montenegro bessere Tage sehen würden, daß die Zeit ihrer Prüfung nur eine vorübergehende sein und mit dem Triumph der gemeinsamen gerechten Sache der Alliierten ihr Ende finden werde.

Auf Griechenland übergehend, sagte der Minister: Dieses Land beobachtet Neutralität, aber es ist eine andere Frage, ob diese Neutralität eine freiwillige ist oder nicht. Man muß aber hoffen, daß die wohlverstandenen nationalen Interessen die griechische Regierung hindern werden, eine den Alliierten feindliche Politik einzuschlagen.

Unsere Beziehungen zu Rumänien, erklärte Minister Sazonow hierauf, sind durchaus befriedigend und nach wie vor freundschaftlich. In diesen letzten Zeiten ging die öffentliche Meinung in Rumänien durch eine Periode von Unruhe hindurch in Befürchtung von feindseligen oder drohenden Handlungen seitens der Mittelmächte, die in ihren außerordentlichen Anstrengungen, Rumänien auf ihre Seite zu ziehen, fortfahren. Aber sicherlich sind sich die Augen und vernünftigen Rumänen dessen bewußt, daß sie ihre nationalen Wünsche nicht in Gemeinschaft mit den Mittelmächten verwirklichen können. Dies alles genügt, um zu verstehen, daß Rumänien in der Neutralität verharren wird. Was die zeitweiligen Befürchtungen betrifft, daß die Mittelmächte feindselige Handlungen gegen Rumänien begehen könnten, Befürchtungen, welche die rumänische Bevölkerung beunruhigten, sind diese nicht ganz grundlos gewesen. Sie wurden aber gegenwärtig beträchtlich vermindert.

Schließlich sprach Minister Sazonow im allgemeinen von den guten Beziehungen Rußlands zu den neutralen Staaten. Er ging im einzelnen auf die schwedisch-russischen Beziehungen ein und sagte, daß sie sich fortgesetzt befestigen, trotz der Anstrengungen der Deutschen, sie zu verwirren. Unsere Freundschaft mit Schweden, sagte der Minister, beruht nicht nur auf beiderseitigen Sympathien, sondern ebenso auf dem richtigen Verständnis der beiderseitigen Vorteile. Es ist offenbar, daß es in Schweden wie auch anderswo eine chauvinistische Bewegung gibt. Es ist möglich, daß es Schweden für nötig hält, Maßnahmen zur Verteidigung seiner Grenzen zu ergreifen, aber wir können mit aller Bestimmtheit erklären, daß es sie nicht gegen Rußland zu verteidigen hat und daß von dieser Seite her seine Grenzen vollständig ungeschädigt sind. Sazonow bestritt nicht eine gewisse Erregung, die in Schweden angesichts der Maßnahmen Großbritanniens gegen den Handel mit Baumwolle auftrat, und erklärte, England sei genötigt, zur Verteidigung seiner Interessen die Unterdrückung des deutschen Handels mit Baumwolle zu verlangen. Außerdem bemüht sich England sehr, in diesem Widerstreit die Interessen der neutralen Länder nicht zu schädigen, darunter Schweden. Unter diesen Umständen muß man hoffen, daß schließlich alle Mißverständnisse werden beseitigt werden.

Der Minister bezeichnete es als charakteristisch, daß Deutschland, welches sich großer Sympathien in Schweden erfreue, sich in seinen Maßnahmen zur See weniger rücksichtsvoll zeige als England, sondern ohne Gnade neutrale Schiffe, häufig auch schwedische, versenke. Deutschland drücke nachher sein Bedauern aus, wodurch natürlich das Unrecht nicht wieder gut gemacht werde.

Ueber die Beziehungen zu den Alliierten sagte Sazonow, daß ihre Handlungen und ihre Interessen durchaus einheitlich seien. Um diese Einheitlichkeit noch vollständiger zu machen, sei in Paris ein militärisch-politischer Ausschuss eingesetzt worden, der bereits günstige Ergebnisse erzielt habe.

Der Minister begrüßte lebhaft die beabsichtigte Reise russischer Abgeordneter nach England, die er für außerordentlich wichtig und nützlich halte; denn die nationalen russischen Vertreter würden mit eigenen Augen die außerordentlichen Anstrengungen Englands für die gemeinsame Sache erkennen. Alle Gerüchte, daß England zu wenig am Kriege teilnehme, welche die Feinde in die Welt setzen, um Uneinigkeit zwischen den Alliierten zu säen, würden vollkommen in Abrede gestellt. Um sie zu zerstreuen, genüge es, sich zu vergegenwärtigen, daß die englischen Verluste 25.000 Offiziere und 60.000 Mann betragen. Die ungeheuren Opfer des treuen Alliierten Frankreich seien zu bekannt, um davon zu reden.

Ein Sonderfrieden ist für keinen der Alliierten möglich, denn abgesehen von den Lebensinteressen der Alliierten, die den Kampf bis zum Neufürsten erheischen, würde es kein Politiker in den alliierten Staaten wagen, Ehre und Pflicht zu verraten und die feierlich abgegebenen Versprechungen und Erklärungen preiszugeben. Ueberdies könnte schon deshalb keiner der Alliierten einen Sonderfrieden abschließen, weil eine solche Handlung gleichbedeutend mit der Vernichtung seines Ansehens unter den Völkern und daher gleichbedeutend mit dem politischen Bankrott wäre. Der Kampf muß auch deshalb bis zum Ende durchgeführt werden, weil es unumgänglich notwendig ist, Bedingungen zu schaffen, die allen Staaten gestatten, ihr politisches und nationales Leben unbehelligt von den Willkürlichkeiten und dem Ehrgeiz der Mittelmächte zu entfalten. Hierzu ist es nötig, daß Deutschland unschädlich gemacht werde.

Ueber die Kriegsdauer befragt, sagte Sazonow, er glaube, daß sie keine lange mehr sein werde, denn Deutschland sei der erste Staat, der aus finanziellen Gründen den Kriegszustand nicht mehr aufrechterhalten könnte.

Der Minister fügte aber hinzu, es sei trotzdem notwendig, große Vorbereitungen für einen Sommerfeldzug zu treffen.

Alles in allem, sagte Sazonow zum Schlusse, sind Rußland und seine Alliierten voll Kraft und Begeisterung. Ihr Vertrauen auf den endlichen Triumph wankt nicht nur nicht, sondern wachse mit jedem Tage.

1. II. 1916

Wilson über den Ernst der Lage.

N. York, 30. Jänner. Alle Blätter besprechen eingehend die aufsehenerregenden Worte, mit denen Präsident Wilson Maßregeln für die Landesverteidigung forderte.

In seinen Reden in Pittsburg und Cleveland legte der Präsident besonderen Nachdruck auf die nationale Ehre. In einer Rede sagte er: „Sie können auf meine feste Entschlossenheit, dem Lande einen Krieg zu ersparen, rechnen. Aber Sie müssen bereit sein, unsere Ehre zu verteidigen, wenn es nötig ist. Die Ehre eines Volkes ist kostbarer als sein Leben. Es gibt niemanden in den Vereinigten Staaten, der sagen kann, was der nächste Tag, ja selbst die nächste Stunde uns bringen wird. Ich weiß, daß es ernste Dinge sind, über die ich zu Ihnen spreche. Aber ich würde meine Pflicht vernachlässigen, wenn ich Ihnen die Lage nicht schildern würde, wie sie ist.“

1. II. 1916

Einberufung der Achtzehnjährigen in der Türkei.

K. Konstantinopel, 30. Jänner. Die Regierung hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der Kriegsminister ermächtigt wird, die Mannschaft des Altersjahrganges 1914, d. h. der Achtzehnjährigen, zum aktiven Dienst heranzuziehen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Der zweite Vorsitzende des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes August Winnig veröffentlicht in sozialdemokratischen Blättern, wie in der „Schwäb. Volkswacht“ und im Karlsruher „Volkshaus“, im Sinne des Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften ein Bekenntnis zur Politik des 4. August 1914, an der die Gewerkschaften festhalten würden, was immer die sozialdemokratische Partei beschließen mag. Winnig erklärt:

„Vor allem können die Gewerkschaften eines nicht, nämlich tatenlos zusehen, wie die Minderheit darauf hinarbeitet, die Gewerkschaftsmitglieder auf ihre Seite zu bringen. Denn die Sache der heutigen Minderheit kann nie und nimmer die Sache der Gewerkschaften sein. Die Wortführer der Minderheit haben den Gewerkschaften immer mit a blehnendem Mißtrauen gegenübergestanden. Die Gewerkschaften haben sich seit einigen Jahrzehnten daran gewöhnt und damit abfinden müssen, daß sie jeden Fortschritt in ihrem Wesen und ihren Methoden ohne und oft gegen diese Gruppen von Genossen durchsetzen mußten. Ob es sich um den Ausbau des Unterstützungswezens, ob es sich um die Annahme der tariflichen Regelung des Arbeitsverhältnisses handelte, immer stießen sie auf Argwohn und Widerstand derjenigen Parteigenossen, die wir heute im allgemeinen als die Wortführer der Minderheit sehen.“

Nach Ansicht von Winnig ist der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Kampf, die Opposition, die Kritik das höchste; was danach folgt, läßt sie wohl nicht kalt, ist aber für sie sehr viel weniger wichtig.“ Winnig stellt eine offizielle Erklärung der Gewerkschaften in Aussicht, indem er schreibt:

Die Gewerkschaften werden mit Nachdruck aussprechen, daß sie keine andere Politik als die der heutigen Mehrheit gutheißen und unterstützen können. Sie werden das tun, weil sie müssen. Gewiß werden sie es der Partei überlassen, auf ihrem Parteitage das Urteil über die bisherige Politik zu sprechen und die Richtlinien der künftigen Politik zu ziehen. Aber gleichviel, wie diese Entscheidungen fallen mögen — sie können die Gewerkschaften nicht zu einer grundförmlich anderen Haltung bewegen.

Die Hauptsache aber: Wie werden sich die Gewerkschaften in Zukunft zur sozialdemokratischen Partei stellen! Winnig erklärt:

Fraglich ist nur — und nur darum geht die Entscheidung —, wie sich das künftige Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gestalten wird. Eine Rolle zu spielen, wie sie die Wortführer der Minderheit den Gewerkschaften zumuten, dazu haben diese sicherlich keine Neigung. Der Sieg der Minderheit würde die Gewerkschaften höchstwahrscheinlich zwingen, in parteipolitischen Fragen völlige Enthaltsamkeit zu üben und aus sich selbst heraus Methoden und Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen in Gesetzgebung und Verwaltung zu entwickeln.

Der Gewerkschaftsführer Winnig lehnt also eine Bevormundung der Gewerkschaften durch die sozialdemokratische Partei deutlich und bestimmt ab.

Der Ausschluß des Abg. Liebknecht aus der Anwaltschaft wird in der „Deutschen Juristenzeitung“ gefordert. Dort wird auf Grund mehrerer Anfragen, auch von deutschen Rechtsanwältinnen, an die Anwaltskammer und an den Ehrengerichtshof für Deutsche Rechtsanwälte die Frage gerichtet, ob im Interesse des Ansehens der deutschen Rechtspflege ein Mann wie Karl Liebknecht noch weiter als deutscher Rechtsanwalt angesehen werden kann. Man könne nicht einwenden, daß Liebknecht lediglich unter dem Schutze der Immunität gehandelt hat. Denn auch außerhalb des Parlaments hat er „in der gefährlichsten Stunde des Vaterlandes so stark gegen dessen Interessen gehandelt, die Landesverteidigung derartig erschwert, damit unseren Feinden Mut gemacht, die Gefahr der Verlängerung des Krieges, wie das neueste Manifest der französischen Sozialdemokraten ergibt, heraufbeschworen und er, der sich für den Apostel des Friedens hält, dadurch eine so schwere Blutschuld auf sich geladen, daß kein Billigdenkender Liebknecht als einen für seine

Ueberzeugung leidenden Märtyrer ansehen wird, wenn das Deutsche Reich dem die Ausübung hoher Rechte verweigert, der die Uebernahme der damit verbundenen Pflichten schroff ablehnt.“

Gegen den Abg. Zubeil. Die sozialdemokratische Kreisversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg nahm am Sonntag nach einem Referat des Abgeordneten des Kreises, Zubeil, der seine Beteiligung an der Sonderaktion der Zwanzig begründete, mit großer Mehrheit folgende Resolution an: „Die Vorstandskonferenz des Kreises Teltow-Beeskow kann sich mit der Sonderaktion der 20 Genossen nicht einverstanden erklären. Sie hätte vielmehr erwartet, daß Parteigenossen in so hervorragender Stellung ihre ablehnende Haltung zu den Kriegskrediten durch Verlassen des Saales Ausdruck gegeben hätten, entsprechend den Traditionen und Fraktionsbeschlüssen. Die Konferenz hält den Bestand sowie die solidarische, d. h. die allein Erfolg versprechende Betätigung jeder Organisation für unmöglich, wenn es jedem Mitgliede oder Funktionär der Partei gestattet sein würde, nach eigenem Willen den Beschlüssen der Mehrheit entgegen zu handeln.“

Luftangriffe auf Paris

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 31. Jan.

Die Pariser trauten ihren Ohren kaum, als sie in der letzten Samstagnacht um 10 Uhr die Feuerwehr durch die Strazen rasselnd und das «Garde-à-vous»-Signal ertönen hörten. Seit mehr als zehn Monaten hatte man die Gewohnheit solcher unliebsamer Störungen verloren, hatte auch den Glauben verloren, daß ein Luftangriff auf Paris durch feindliche Luftschiffe noch möglich sei. Doch die glänzenden Lichtschwerter der Scheinwerfer, die in den Lüften suchten, die zahlreichen Aeroplane, die wie langsame Sternschnuppen die Luft durchzogen, hoben jeden Zweifel darüber, daß die Sache ernst sei, daß es einem oder mehreren feindlichen Luftschiffen gelungen sein mußte, zum mindesten in die Nähe von Paris zu gelangen. Die Menge war sorglos wie gewöhnlich. Auf der Place de l'Opéra standen sie in dichten Gruppen, hatten die Nase in die Luft gestreckt und machten Witze. Die Sorglosigkeit war einigermassen verständlich. Der letzte Pariser Zeppelinbesuch in der ersten Frühlingsnacht 1915 hatte Paris nur ganz unbedeutenden Schaden zugefügt; niemand war getötet worden, und die Bomben, die zwei Schiffe damals fallen ließen, waren nicht sehr gefährlicher Natur. Nur in der Pariser Bannmeile, wo die Häuser klein und schlecht gebaut waren, war der Sachschaden bedeutend. Wohl hätte man an dem englischen Beispiel sehen können, daß die Deutschen sich inzwischen in der Zerstörungskunst vervollständigt haben; aber niemand dachte daran.

Der große Teil der Pariser Bevölkerung hatte am Samstagabend noch keine Ahnung, welches Unheil angestiftet worden ist. Man erfuhr wohl, daß eine Untergrundbahnlinie unterbrochen sei, daß einige Häuser getroffen seien. Aber das Erstaunen und die Ueberraschung war doch sehr groß, als man am nächsten Tage zunächst von 16 und dann gar von 26 Toten las, von zahlreichen Verwundeten, von Häusern, die von oben bis unten gespalten sind. Das erste Gefühl der Bevölkerung war eine ungeheure Wut gegen den Angreifer. Und dieses Gefühl ist begreiflich. Es ist wohl überflüssig zu sagen, daß kein militärischer Schaden angerichtet wurde. Die Sorge der Luftschiffer war einfach, sobald sie über Paris waren, ihre Bombenlast so schnell wie möglich loszutragen und sich wieder in Sicherheit zu bringen. Der ganze Bombenregen fiel innert zwei Minuten nieder. Es wurden zwei Quartiere getroffen und, wie gewöhnlich in solchen Fällen, war es die arme Bevölkerung, die zu leiden hatte. Von den 17 Bomben fielen 13 in das Häusermeer zweier der dichtbevölkerten Arbeiterviertel an der Peripherie der Stadt. So kommt es, daß die Opfer mit zwei Ausnahmen der Zivilbevölkerung angehören. Die Ausnahmen sind ein Polizist, der an seinem Fenster erschlagen wurde, und ein Urlauber, dessen Rückkehr von der ganzen Familie gefeiert wurde. Der Mann wohnte in einem Anbau; er kam mit seinen Angehörigen um.

In der Sonntagnacht kurz nach 9 Uhr ertönte der Alarm dann noch einmal. Diesmal konnten aber die feindlichen Luftschiffe anscheinend nicht über Paris gelangen und warfen ihre Bomben in der Umgebung ab; nach amtlichen Berichten ist bis jetzt nur geringer Materialschaden gemeldet. Unter dem Eindruck der Vorgänge der letzten Nacht suchten die meisten Familien in den Kellern oder in den Erdgeschossen Zuflucht. Die Kinder wurden aus den Betten genommen. Wie immer funktionierte der Röchelstein ausgezeichnet. In einigen Minuten lag die Stadt im Dunkel da. Von Fenster zu Fenster, unter den Haustüren unterhielten sich die Leute halblaut. Von fernher hörte man Kanonendonner und Geräusche, die man als Bombeneinschläge bezeichnete. Diesmal wurde die Geduld auf keine harte Probe gestellt. Schon nach anderthalb Stunden durchführten die Feuerwehrlente die Stadt und die Trompeter spielten die heitere «Berloque», die das Ende der Gefahr anzeigt.

Paris, 1. d. (Havas.) Der „Matin“ berichtet, daß am Montagabend ein französischer Horchposten nördlich von Compiègne das Erscheinen eines Zeppelins meldete. Das Militärgouvernement von Paris gab den Befehl, daß man sich bereit halte, um die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Aber der Zeppelin, der in das Licht der französischen Scheinwerfer geriet, machte Kehrt und um 11 Uhr war jede Gefahr abgewendet.

Paris, 1. d. (Havas.) Das „Journal“ meldet über den Zeppelinraid über Paris, daß im Verlaufe der Nacht zahlreiche verdächtige Lichter bemerkt worden waren, und verlangt von den Behörden, daß entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Paris, 1. d. In der französischen Kammer erklärte Briand, daß die Flieger-Raids eine Fatalität des Krieges bilden. Er betonte,

es sei unmöglich, öffentlich alle Einzelheiten der Maßnahmen für die Verteidigung von Paris auseinanderzusetzen. Nach dieser Erklärung wurde eine diesbezügliche Interpellation auf Ersuchen des Generals Gallieni zur Prüfung der Armeekommission überwiesen.

Auf dem Wege nach Mitteleuropa!

Vortrag des Abg. Dr. Naumann.

Als Vorkämpfer für die Ideen, die sich an das Programmwort „Mitteleuropa“ knüpfen, erschien Abg. Dr. Friedrich Naumann gestern im dichtbesetzten großen Konzerthausaale als Redner vor einer erlesenen, ihm jubelnden Hörerschaft. „Auf dem Wege nach Mitteleuropa“, so lautete das Thema des Vortrages.

Friedrich Naumann stellt die Fragen: Was soll der Ertrag des Krieges sein? Für was sollen unsere Toten gestorben sein? Dafür, daß wir am Tage nach dem Kriege wieder auseinander gehen und tun, als hätten wir uns nie gekannt? Das würde eine Verschleuderung des edelsten seelischen Gutes sein. Mitteleuropa ist Kriegsfrucht. Zusammen haben wir im Kriegswirtschaftsgefängnis geessen, zusammen haben wir gekämpft, zusammen wollen wir leben!... Damit aber Mitteleuropa geschaffen werden kann, muß noch unendlich viel staatsrechtlich erörtert und besprochen werden. Der entscheidende Volkswille wird sich in dieser größten Angelegenheit der Gegenwart weniger darin zu zeigen haben, daß die parlamentarischen Vertreter schließlich den Vereinigungsverträgen ihre Zustimmung geben, als darin, daß vor allen Verträgen und Anträgen die Zustimmung der Bevölkerungen das Werden von Mitteleuropa verlangt. Es ist jetzt dafür Zeit, gerade jetzt. Wir dürfen nicht verlangen, daß Mitteleuropa in kurzer Frist vorhanden sein soll, sondern nur, daß seine Anfänge so richtig begonnen werden, daß die ersten Schritte von selbst dann weiterführen. Auch wird es nötig sein, die ersten Abmachungen nur zwischen Deutschland, Oesterreich und Ungarn sich auszudenken, denn erst muß der Kern da sein, ehe weitere Kristallisationen erfolgen können. Wer gleich von vielen europäischen Staaten redet, verdirbt den geschäftlichen Gang von vornherein... Mitteleuropa ist eben ein Keimling. Es liegt demnach im Interesse aller Be-

teiligten, daß nicht umerlöste Pläne der Verschmelzung aufgestellt werden. Mit anderen Worten: Es wird unter der Ueberschrift Mitteleuropa kein neuer Staat geschaffen, sondern ein Bund existierender Staaten geschlossen. Will man das Neue einen Staatenbund nennen, so wird man seinen Charakter kressen, doch soll er kein Bundesstaat werden. Das zweite würde zwar sachlich viel mehr sein als das erste, aber es würde nicht zustande gebracht werden... Wir erwarten, daß der Zusammenschluß der mitteleuropäischen Staaten alle Sprachenkämpfe mildert und durch neue gemeinsame Arbeiten, Ziele und Erfolge in den Hintergrund schiebt, wir hoffen, daß kein Pole in Preußen und kein Deutscher im Banat künftig unnötige Sprachschwierigkeiten hat, aber hier an unserer Stelle, wo es sich um staatsrechtliche Klarheit handelt, muß fest ausgesprochen werden, daß diese Materie, so wichtig sie ist, doch nicht mitteleuropäischen Charakters sein darf...

Friedrich Naumann führte zu seinem Thema „Auf dem Wege nach Mitteleuropa“ u. a. des weiteren aus: Ebenso wenig, wie wir auf militärischem Gebiete für den gemeinsamen Krieg vorbereitet sein konnten, waren wir es auf wirtschaftlichem Gebiete und auf finanziellen. Hier konnten aber schlechterdings keine zureichenden Vorkehrungen getroffen werden, weil niemand von uns die Dauer und die Masse dieses Krieges auch nur geahnt hatte. Von Feinden umringt, abgesperrt von der Welt und ihren Schätzen, mußten wir im Kriege auf wirtschaftlichem Gebiete mühselig, von Fall zu Fall die gemeinwirtschaftlichen Beziehungen herstellen, die beiden Teilen das Durchhalten ermöglichten. Aber ebenso wie die Gemeinwirtschaft eine Kriegsnotwendigkeit war, wird sie auch eine Friedensnotwendigkeit sein, eine Voraussetzung zur gedeihlichen Entwicklung beider Staaten. Denn darüber darf keine Täuschung bestehen: Auch nach dem Friedensschluß werden unsere Gegner bemüht sein, durch wirtschaftliche und handelspolitische Vereinbarungen aller Art uns das Leben nach Möglichkeit zu erschweren. Auch dann, wenn wir dem wirtschaftlichen Boykott unserer Feinde keine allzu lange Dauer zuzusprechen vermögen, werden wir gerade die ersten Jahre nach dem Kriege erfahren, wie stark wir beide aufeinander angewiesen sind.

Die Lager der Industrien in beiden Staaten sind zu Kriegsanleihe geworden. In beiden Ländern wird es sich gerade in den ersten Jahren nach dem Kriege darum handeln, die Kriegsanleihe wieder in Industrielager zurückzuverwandeln, und dies wird unter erschwerten Absatzbedingungen zu geschehen haben, unter Widerständen und Schwierigkeiten, denen keiner von uns allein gewachsen sein dürfte. Willen wir dagegen nach Außen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet mit gemeinsamer einheitlicher Zolllinie, dann wird die Wahrscheinlichkeit, daß wir den Boykott unserer Gegner durchbrechen, immer größer...

Gewiß gibt es Schwierigkeiten, so sagt Naumann in seinen bezüglichen Ausführungen, die sich der Schaffung „Mitteleuropas“ gerade in den wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Kaiserreiche selbst entgegenstellen werden. Was die Landwirtschaft anbelangt, so sind, wie auf allen anderen Produktionsgebieten, auf denen der gemeinsame Bedarf größer ist oder doch in Wäld größer sein wird, als die gemeinsame Produktion, keine Gefahren zu sehen, weder für Deutschland, noch für Oesterreich. Da der ungarische Agrarier — das Interesse Oesterreichs und Deutschlands fordert es geradezu — in Kürze doch zu intensiver Bewirtschaftung seines ergiebigen Bodens wird übergehen müssen, werden auch die Bedenken, die der deutsche Landwirt hier und da gegen die niedrigeren Produktionskosten des ungarischen Landwirtes und damit gegen seine durch keine Zwischenzölle abgeschwächte Konkurrenz vorzubringen hat, nach und nach hinfällig werden. Was nun die verschiedenen Industriezweige anbelangt, so liegen die Dinge hier allerdings reichlich verwickelter. Aber die Hinweise auf die staunenerregende, früher wohl für unmöglich gehaltene Anpassungsfähigkeit, die unsere Industrien in verschiedenen Anweisen haben, auf die großen industriellen Verschiedenheiten, die die deutsche Industrie innerhalb Deutschlands selbst zu überwinden hatte, und die keinesfalls kleiner sind als die Verschiedenheiten, die zwischen Deutschland und Oesterreich bestehen, der Hinweis endlich auf die uns heute vollkommen unbekannteren Produktionsbedingungen nach dem Kriege, die vielleicht ein Angleichen ermöglichen werden, diese Hinweise geben die Richtlinien, nach denen diese Fragen entschieden werden sollen. Bei der Besprechung der Form des Bündnisses zwischen Oesterreich und dem Deutschen Reiche erklärte Naumann, den Abschluß einer Militärkonvention für sicher zu halten. Bezüglich des Anschlusses dritter und vierter Staaten an den Zentralblock vertritt Naumann den Standpunkt, daß man sich niemand aufdrängen solle, aber auch keine Brandmauern um sich aufrichten dürfe. Wer kommen will, wie Bulgarien bereits gekommen ist, der sei willkommen.

Dem Vortrage wohnten bei: Se. L. u. L. Hoheit Erzherzog Karl Stephan, der deutsche Botschafter v. Tschirschky mit Botschaftsrat Prinz Stolberg-Wernigerode und Prinz Erbach-Schönberg, der sächsische Gesandte Graf Neg, Legationsrat Baron Hofmann in Vertretung des bairischen Gesandten, der bulgarische Gesandte v. Tschew, Gemeinsamer Finanzminister Dr. v. Koerber, Ministerpräsident Graf Stürgkh, Justizminister Dr. v. Hohenberger, Arbeitsminister Ing.-Dr. Trnka, Eisenbahnminister Frhr. v. Forster, Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi, FML. Wellmann in Vertretung des Kriegsministers, Unterrichtsminister Ritter v. Hussarek, Ackerbauminister Dr. Zenker, Finanzminister Dr. Ritter v. Beth, Handelsminister Dr. v. Spitzmüller, Landmarschall Prinz Liechtenstein, Statthalter Baron Regner-Wehleben, Legationsrat Graf Hohob, Gouverneur der Postsparkassa Freiherr v. Schuster, die Geheimen Räte Sektionschef Vanhans, Minister a. D. Doktor Marchet, Dr. Gehmann, der Präsident des Verwaltungsgerechtshofes Baron Schwarzenau, Minister a. D. Doktor Klein, Herrenhausmitglied Sektionschef Dr. Egner, Gouverneur der Bodenkreditanstalt Sieghart, Minister a. D. Dr. Kofel, v. Kuchynski, Dr. Pattai, Baron Czedit, Freiherr v. Blener, Herrenhausmitglied Freiherr v. Rus,

Freiherr v. Engel, Minister a. D. Ritter, die Sektionschefs Riedl, Prantel, Reiffig, Dr. Seidler, Dr. Grienberger, Baron Bibra, Müller, Alexi, Präsident des Obersten Rechnungshofes Erz. v. Bed, die Grafen Lühov, Erwein Kostik-Riened, Hunyadi, Thurn-Balsassina, Hardegg, Sanckoronski, Althan, Oberstallmeister van der Straten, Polizeipräsident Baron Gorup, die Hofräte Eduard Prinz Liechtenstein, Geher, Professor Hohenegg, v. Demel, der deutsche Konsul v. Bibenot, der bulgarische Generalkonsul Stiafny, Präsident der Landwirtschaftsgesellschaft Baron Ehrenfels, Börsepräsident Otto v. Seybel, die Sektionsräte Löwenfeld-Ruß, Weinzierl und v. Jonak, die Abgeordneten Kuranda, Denk, Oberleithner, Bittner, Freiherr v. Rothschild, der Präsident des Bundes österr. Industrieller Better, Generaldirektor Günther, Generaldirektor Restanel, Generaldirektor Popper (Wiener Pantheon), Direktor Ruz (Eskomptgesellschaft), Direktor Wismeyer (Kreditanstalt), Generalrat v. Wiesenburg, kais. Rat Gessle (Salzburg), Regierungsrat Chudaczek (Eger), Vizepräsident Sonvico (Innsbrucker Handelskammer), Vizepräsident Reil-Windten (Grazer Handelskammer).

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 1. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

30. Jänner. An der ganzen Front, von heiterem Wetter begünstigt, Artillerietätigkeit. Um mittleren Jonzo beschoß eine eigene Batterie die Station von Santa Lucia im Abschnitt von Tolmein. Feindliche Artillerie großen Kalibers gab einige Schüsse auf die Ortschaft San Martino ab, welche unter der Bevölkerung mehrere Opfer forderten. Durch feindliche Gefangene wurde bestätigt, daß der

Feind, speziell das Landwehrintanterieregiment Nr. 37, bei den letzten Aktionen auf den Höhen westlich von Görz schwere Verluste erlitten hat.

Frankreich.

31. Jänner, 3 Uhr nachmittags. In Artois südwestlich der Höhe 140 versuchten die Deutschen in der Nacht zwei Handgranatengriffe, die jedoch scheiterten. In der Champagne beschoß die französische Artillerie die deutschen Gräben nördlich Brosmes; während dieses Gefechtes konnte man Explosionen an vier verschiedenen Stellen der deutschen Front feststellen. In den Argonnen Minenkampf bei Haut-Chevauchee. Auf die Sprengung einer deutschen Mine antworteten wir mit einer Querschmine, welche die Minengalerie des Gegners zerstörte. An den andern Frontabschnitten Geschützfeuer mit Unterbrechungen.

31. Jänner, 11 Uhr nachts. In Belgien richtete unsere schwere Artillerie wirksames Feuer gegen die feindlichen Arbeiten an der Brücke bei Steenstraete. Das Bahlwerk der Brücke wurde beschädigt. Südlich von Rove brachten unsere Schützengrabenanonen die feindlichen Werke in der Gegend von Fresnières zum Einsturz. Nördlich St.-Mihiel beschoßen unsere weittragenden Kanonen feindliche Lager bei Conflans östlich Etain und bei St.-Maurice an den Abhängen nördlich Hatton-Chatel.

Belgischer Bericht.

Der Tag verlief im allgemeinen an der belgischen Front ruhig. Geringe Artillerietätigkeit in der Gegend von Dixmude.

Kriegskalender.

26. Jänner: Die Vereinbarungen über die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres sind von den Bevollmächtigten der montenegrinischen Regierung bereits unterzeichnet; die Entwaffnung wird nun auch in den Bezirken von Kolasin und Andrijevica durchgeführt. — In den Kämpfen bei Slavija haben unsere Truppen einen Teil der italienischen Stellungen erobert und dabei 1197 Gefangene gemacht. — Südlich von Reuville scheitern zahlreiche französische Gegenangriffe. — Der britische Dampfer „Korsenian“ gestrandet. — König Viktor Emanuel kehrt in die Kriegszone zurück. — Die Jahreskonferenz der englischen Arbeiterpartei beschließt mit großer Mehrheit, die Regierung bei der Fortsetzung des Krieges zu unterstützen.

27. Jänner: An der Straße Binnh-Reuville erstürmen die Deutschen die französische Stellung. — An der Kaukasusfront lebhafter Artilleriekampf. — Erklärungen Greys über die Blockade Deutschlands. — Deutsche feindliche Ausschreitungen in Lausanne. — Audienz des deutschen Gesandten in Bukarest. — Ein italienischer Ministerrat berät über die Lage in Albanien.

28. Jänner: Bei Toporouz erobern Abteilungen des I. u. I. Infanterie-Regiments Nr. 10 eine russische Vorkampfstellung. — In Montenegro haben unsere Truppen die Gegend von Gusinje besetzt. — Im Frontabschnitt bei Reuville werden französische Handgranatenangriffe unter schweren Verlusten des Feindes abge schlagen. Französische Flieger belegen die offene Stadt Freiburg mit Bomben. — Staatssekretär Lansing legt in einem Memorandum den Alliierten nahe, Handelsschiffe nicht mehr zu bewaffnen, wofür die Zentralmächte die Garantie geben sollen, Handelsschiffe ohne Warnung nicht zu torpedieren. — Oberst House in Berlin. — Note Amerikas an England über die Postbeschlagnahmen.

29. Jänner: Ein russischer Angriff gegen die Brückenschanze nordwestlich von Uscieczko am Dnjepr scheitert unter schweren Verlusten. — Unsere Truppen besetzen Messio und San Giovanni di Medua. — Nordwestlich des Schöftes La Folie bei Reuville erstürmen die Deutschen die feindlichen Gräben in 1500 Meter Ausdehnung. Im Westteil von St-Laurent bei Veras wird den Franzosen eine Häusergruppe im Sturm entrissen; südlich der Somme erobern die Deutschen das Dorf Frieje. — Vierverbands truppen besetzen unter dem Schutz der Schiffsgechütze die Halbinsel Kara Burnu und das dort befindliche griechische Fort. — Vor Saloniki werden zwei englische Truppentransportschiffe versenkt.

2./II. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Abg. Heine über eine Verständigung mit Frankreich.

Der „Vorwärts“ hat kürzlich einer Verständigung mit Frankreich das Wort geredet. Reichstagsabgeordneter Heine antwortet darauf in der „Internat. Korresp.“ u. a.: „Wir Deutschen wissen das, daß wir vom ersten Tage an gegen drohende Invasionen und um die Sicherheit unserer Grenzen um unsere Existenz gekämpft haben und heute noch kämpfen, während Frankreich einen allerdings bisher unglücklichen Eroberungskrieg führt. Wir haben deshalb das gute Gewissen ehrlicher Friedensfreunde, und wir deutschen Sozialdemokraten haben gerade den Franzosen oft genug Gelegenheit gegeben, sich mit uns zu verständigen. Zu einem von vornherein nutzlosen Gerede aber, das nur zu gegenseitigen Vorwürfen führen könnte, ist uns die Sache zu ernst. Uns anzubiedern, wo man nur mit solchen Deutschen verhandeln will, die die Interessen Deutschlands dem Feinde preisgeben, geht gegen unsere Würde. Der sozialdemokratische Mannesstolz soll sich nicht nur vor Fürstenthronen zeigen, sondern vor unwürdigen Zumutungen als solchen.“

Einen Disziplinbruch aus der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat die „Bremer Bürgerzeitung“ entdeckt: Die sozialdemokratische Fraktion in der Mannheimer Gemeindeversammlung hatte einen Vorschlag des Magistrats auf Bewilligung von 50 000 M. für Ostpreußen abzulehnen beschlossen, weil Mannheim selbst schwere Kriegslasten zu tragen habe und die Sorge für Ostpreußen Sache des Reichs und des Staates sei. Im Bürgerausschuß begründete darauf der Stadtrat Levi die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten. Ihm trat der Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete Oskar Ged entgegen und empfahl die Annahme der Stadtratsvorlage. Der Bürgerausschuß nahm die Vorlage an. Die Sozialdemokraten stimmten dagegen. Reichstagsabg. Ged aber, stimmte entgegen dem Beschluß seiner Stadtverordnetenfraktion für die Vorlage. Triumphierend ruft die „Bremer Bürgerztg.“: „Besonderes Interesse bietet der Fall in der Gegenwart auch deshalb, weil der Genosse Oskar Ged zur Mehrheit der Reichstagsfraktion gehört.“

Zu den Parteidifferenzen in Bremen. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen hatte beschlossen, daß die Parteidruckerei am Orte die neugegründete, auf dem Boden der Mehrheit der Reichstagsfraktion stehende „Bremische Korrespondenz“ nicht mehr drucken soll. Der Geschäftsführer der Druckerei ist diesem Beschlusse nachgekommen. Die „Bremische Korrespondenz“ wird jetzt, nach dem „Vorw.“, in einer bürgerlichen Druckerei Bremens hergestellt.

2./II. 1916.

Unser Krieg.

Vortrag: H. v. Hofmannsthal und Ritter v. Panz.

Denen, die sich gestern abend in der Singakademie in dichten Reihen drängten, wollte Hugo v. Hofmannsthal das Wesen und die Seele des österreichischen Krieges und den Geist seiner Heere näherbringen. Er unterscheidet drei Phasen in der Entwicklung der Waffenbrüderschaft; die erste, da zwei brüderlich gesinnte Armeen an der Ostfront kämpften, da nach verteidigendem Vorstoß unsere Waffengefährten vor der ungeheuren Uebermacht zurückweichen mußten. Dann kam Hindenburg und sein Siegeszug nach Warschau und Smangorod, und unser Krieg wurde zu einem Koalitionskrieg, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Jetzt lernten die Deutschen daheim ihren Bundesgenossen mählich kennen, jetzt, da durch engste Verbindung die deutschen Krieger mit eigenen Augen österreichische sahen, und da sie neben der Organisation den Wert der Lebendigen aus innerer Kraft empotwachsenden Improvisation erkannten.

Alle die Schwierigkeiten des Kampfgebietes, der Nationalitäten, die Eigentümlichkeiten der einzelnen Völker wurden wahrgenommen und die Wahrnehmungen weckten das Verständnis. Durch die völlige Vermischung der Verbände wurde der Bruderkrieg, da nicht nur das werklächste, das Blut, sich mischte, sondern auch der Geist. Aber die letzte Offenbarung brachte die Kriegserklärung Italiens, riß den letzten Schleier von Oesterreichs Antlitz; es war eine große geschichtliche Wohlthat für Oesterreich-Ungarn und strömte bligleich durch das ganze Land. „Denn das war unser Krieg!“ Die Flügel eines großen Geistes, der Hoffnung, rauschten über Oesterreichs Völker, der ganz großen Hoffnung, seine historische Sendung zu erfüllen, die es seiner Tradition schuldig ist. „Dieser Krieg hat zwischen uns etwas in Ordnung gebracht.“ Man tritt drüben noch unter den Folgen von 1859 und 1866; jetzt ist der Kampf für Oesterreichs Ehre gekommen, und alle sind freudig geflogen in diesen Krieg.

„Denn es ist unser Krieg!“ Und wir sprechen von dem Kriegsschauplatz, auf dem Oesterreich seine Wiedergeburt feiert; und die Kraft des neuen Oesterreichs zeigt an dem wankelosen Standhalten an allen Fronten. In einem symbolischen Punkt, gen Eibsdorf, auf dem Lowitzschen weht jetzt des neuen Oesterreichs neue Fahne: der doppelköpfige Adler mit der hl. Stephanskronen. Eine Macht, die so viele Nationalitäten unter seinem Szepter eint, muß mehr als eine andere bedacht sein, daß sie geehrt und gefürchtet sei und vor allem, daß sie ihre Notwendigkeit erweise vor Gott und der Welt.

Ritter von Panz, österreichischer Reichstagsabgeordneter, führt uns nun hinein in das Gebiet des „österreichischen Krieges“. Mehr als es Worte vermögen, reden die vielen Bilder zu uns von den schier unüberwindlichen Schwierigkeiten des Hochgebirgskrieges. Geschütze müssen mit Menschenkraft schwindlig-schmale Steige heraufgeschleppt werden; für Lebensmittel, Munition, für klares Wasser müssen die schwierigsten Anlagen geschaffen werden, um die Kämpfer oben in Fels und Eis und Schnee mit dem Nötigsten zu versorgen. Von der Adria, von Triest über das Plateau von Dobberdo nach dem Sonzotal, dann nach Kärnten, an den Gardasee und in das Ortlergebiet führt uns der Vortragende. Weitere Bilder aus Unterständen, die „Herberge zur lustigen Granate“, zeigen uns, daß auch oben in den unwirtlichen Bergen der Humor sich eine Heimstätte schafft.

Einige österreichische Kriegsgedichte von Anton Wildgans trägt der Wiener Schauspieler Wilhelm Klitsch vor. Sie breiten über die Versammlung den Geist, der uns den Krieg doppelt fühlen, die Begeisterung — den Jubel wie den Schmerz — neu in uns aufleben läßt.

Die deutsche und die österreichische Hymne braust als Scheidegruß durch den Saal, und in einem Schlußwort feiert Ritter von Panz

noch einmal den Sieg treuer Waffenbrüderschaft, die sich auch im Frieden zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten entwickeln und Oesterreich-Ungarn wie Deutschland zu neuer, nicht-wankender Macht entwickeln wird.

L. K.

3./II. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Landtagsabg. Hué über den Streit in der Landtagsfraktion. Der sozialdemokratische Landtagsabg. Hué, der in der zehn Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus neben Braun, Haenisch und Reinert die Fraktionsminderheit bildet, die auf dem Standpunkt der Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion steht, teilt in der „Essener Volkszeitung“ die Erklärung mit, welche die Minderheit der Vier zur Verlesung für die Etatsberatung im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen hatte. Er sagt dazu: „Der Unterschied zwischen unserem Vorschlag und der von Hirsch verlesenen Erklärung (der Fraktionsmehrheit der Sechs) besteht nur darin, daß wir die unstreitige Tatsache hervorheben, daß die Regierungen der uns nun feindlichen Länder immer noch keinerlei Friedensbereitschaft bekundet haben, immer noch von „Vernichtung“ und „Zerstückelung“ Deutschlands reden, während der Deutsche Reichskanzler am 9. Dezember seine Bereitschaft zur Entgegennahme von Friedensvorschlägen, die der Würde und der Sicherheit Deutschlands entsprechen, erklärt hat! Offiziell hat der Deutsche Reichskanzler so gesprochen, und nun bitte ich alle Parteigenossen und andere Friedensfreunde, reiflich zu überlegen, ob es von ihrem Standpunkt auch nur taktisch klug ist, die Reichskanzlerrede partout so auszulegen, wie es die Annexionisten hüben und drüben tun?! Gegen die Auslegung der Reichskanzlerrede durch Landsberg hat der anwesende Reichskanzler keinen Einspruch erhoben, woraus nach parlamentarischem und diplomatischem Gebrauch die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen sind. In der von Hirsch verlesenen Erklärung heißt es, der Reichskanzler habe „öffentlich kein Wort des Widerspruchs gegen die ungeheuerlichen Annexionspläne mächtiger Wirtschaftsverbände“ gesprochen. Soll das so verstanden sein, daß er es „nichtöffentlich“ getan habe? Ist dem aber so, dann war es doppelt verfehlt, den Regierungsvertreter so mit den Annexionisten zusammen zu nennen — und zwar doppelt verfehlt im Interesse der Friedensfreunde! Die Erklärung der Fraktionsminderheit wolle den Friedensfreunden im Auslande sagen: die deutsche Regierung ist bereit, vernünftige Friedensvorschläge entgegenzunehmen, nur sorgt ihr dafür, daß eure Regierungen gleiche Erklärungen abgeben, damit endlich einmal die Friedensverhandlungen offiziell eingeleitet werden! Das ist die Stellung der Fraktionsminderheit und ich frage: Ist sie unsozialdemokratisch, ist sie gar etwa kriegsfeindlich?“

Pariser Eindrücke

Beständigkeit - Wirtschaftliches - Schweizerische Handelskammer in Paris - Die Schweizerkolonie und die Schweizerische Frauenspende - Der Abend in Paris

Paris, Ende Januar 1916.

Vom früheren lauten Treiben sind wir heute allerdings weit entfernt. Die Snobs beiderlei Geschlechts sind in der Mehrzahl von den Boulevards verschwunden; die männlichen Snobs erfüllen ihre Pflicht in den Schützengräben, während die weiblichen sich in Krankenpflegerinnen umgewandelt haben und den Verwundeten ihre aufopfernde Sorgfalt angedeihen lassen oder sich den Werken der Kriegshilfe hingeben. Alle hilfsbereiten Seelen sind mobilisiert, und das aus Hingabe ans Vaterland militarisierete Paris bietet ein bewegendes Schauspiel dar.

Das Geschäftsleben hat der Krieg keineswegs stillgelegt; im Gegenteil, auf allen nicht direkt vom Krieg betroffenen Gebieten herrscht lebhafteste Tätigkeit. Man gewahrt, daß die Geschäftsleute schon jetzt das Fundament zur wirtschaftlichen Erneuerung des Landes legen, auf daß der Handel nach Friedensschluß einen kräftigen Aufschwung erfahre. Hierbei sei folgendes bemerkt: Man darf den Franzosen, der sich eines ungemein fruchtbaren Bodens erfreut, nicht selten der leichtfertigen Unbedürftigkeit zeihen. Er haßt den Geiz, und dieser Haß hat ihn hie und da zur Vergeudung getrieben. Heute aber wägt der Franzose alle Dinge vorsorgend ab. Aufmerksam prüft er die Geschehnisse jenseits der Grenzen seines Landes und erfleht die deutsche Industrie durch die eigene oder durch die derjenigen neutralen Länder, welche seinen Bedürfnissen zu entsprechen vermögen. Die in Paris ansässigen Schweizer Kaufleute beherzigen die neuen Verhältnisse. Bereits haben sie dringend die Errichtung einer Schweizerischen Handelskammer in Paris begehrt, die dem Güteraustausch zwischen den beiden Ländern die wertvollsten Dienste leisten könnte. Wie immer geartet die Wirkung sein möge, die vom Cercle Commercial in der Messageries-Straße ausgeht, so ist sie sicherlich eine wesentlich andere als diejenige, welche die Schweizerkolonie von der künftigen Handelskammer erwartet. Immerhin finden sich im Cercle alle zur Schaffung einer Kammer erforderlichen Elemente, die dem französischen wie dem Schweizerischen Handel das größte und unablässig weiter zu entwickelnde Vertrauen einzustößen berufen sein wird!

Wenn man sich in wirtschaftlichen Dingen vor allen Improvisationen zu hüten hat, so muß man andererseits auch vor bedauerlicher Saumsal auf der Hut sein. „Die Sache ist dringlich“, erklären uns die Geschäftsleute, mit denen wir zusammenkommen, und sie fügen hinzu: „Not kennt kein Gebot.“

Die Schweizerkolonie in Paris, die sehr zahlreich und rührig ist, bleibt immer in engster Fühlung mit der Heimat. Ein Beweis dafür ist der rührende Ausruf, den unlängst die Damen der Kolonie erlassen haben. Viele von ihnen sind von Geburt Französinen, wozu dem lieben Sie es sich nicht nehmen, sich an der Schweizer Frauenspende zu beteiligen. Ich hatte die Vorzüge von ihrem Komitee empfangen zu werden, in welchem die Damen Sennhauser (Vorsitzende), Vollenweider, Epp und Maurer den rühmlichsten Eifer entfalten.

„Wenn wir auch nicht daran denken können, eine große Summe aufzubringen“, sagten die Damen, „da sämtliche Damen der Kolonie bereits bei der Kriegshilfe beteiligt sind, so wird hoffentlich unser Wirken in der Schweiz doch gewürdigt werden. Die gebürtigen Französinen unter uns machen aus Rührung und Dank mit für allen Edelmut, den die Schweiz bei dem Empfang der Schwerverwundeten, bei der Aufnahme der Flüchtlinge und den Bemühungen im Interesse der Kriegsgefangenen bewiesen hat.“

Wer bliebe ungerührt bei solchen Worten, die er im Herzen eines vorangeführenden Landes zu hören bekommt . . .

Der Abend bricht an. Um diese Stunde trachteten, vor nicht langer Zeit noch, die Bogenlampen danach, die Schönheit des Tages durch den Glanz ihrer Lichterreihen vergessen zu machen. Die mächtigen Leuchter beherrschten die Boulevards, wo sich die Menge nach vollbrachtem Tagewerk fröhlich und geräuschvoll drängte. Heute ist es die Stunde, zu welcher in den Häusern die Fenstervorhänge herabgelassen wurden, um dem unheimlichen

Himmel selbst die häusliche Lampe zu verbergen. Es könnte doch gar zu leicht ein unliebsamer Vogel, eine „Taube“ oder ein „Zeppelein“, von allzu hellen Lichtern angelockt, sich hierher verirren. Auf der Straße wird gleiche Vorsicht geübt. Die Kandelaber, die aus Gründen der Sicherheitspolizei sehr zahlreich sind, legen blaue oder grüne Hauben an, die zwar den Vorübergehenden immer noch eine genügende Orientierung erlauben, aber vom Nachthimmel aus schwer zu entdecken sind.

Die Nacht übernimmt das Regiment und hüllt Paris ein, das einem wie eine große Kleinstadt vorkommt, durch welche stille Erinnerungen huschen. Allein von geheimnisvollen Bestalinnen sorgsam gehütet, glüht immer noch die Flamme der Hoffnung.

Edouard Chapuisat.

Italien und die Rüstung der Schweiz

Rom, 3. d. (Stefani) In ihrer Besprechung der Militär-Inspektion in der Schweiz sagt die „Tribuna“, daß dieser keine außergewöhnliche Bedeutung zukomme. Der gegenwärtige Zeitpunkt verlangt von der Schweiz die Einübung ihrer Kontingente und die Ausfüllung ihrer Kadets. Die Schweiz hat keine Hintergedanken. Auf jeden Fall sind ihre Beziehungen zu Italien die denkbar besten. Nachdem Italien feierlich die Neutralität der Schweiz anerkannt hat, waren die Beziehungen zwischen Rom und Bern stets von dem größten Vertrauen getragen. Daß die Schweiz zur sichern Aufrechterhaltung ihrer Neutralität auch neben ihrem Vertrauen in die Garantiemächte es nötig erachtet, ihre militärischen Kräfte auf die größtmögliche Höhe zu bringen, dies kann auch von uns wohl begriffen werden, und es scheint uns, daß diese Maßnahme in keiner Weise geeignet ist, Italien zu alarmieren.

(Gemeint ist mit der als Militärinspektion bezeichneten Maßnahme offenbar die behördlich angeordnete Nachrekrutierung älterer Jahrgänge und die Ausbildung der dienstberechtigten Schießfertigen. Red.)

Sp. Mailand, 3. d. Die Blätter beschäftigen sich mit dem Beschluß des schweizerischen Bundesrates betreffend die Musterung der nicht militärpflichtigen Schweizer vom 16. bis 60. Altersjahr und der in der Schweiz vorhandenen Waffen. Die ausführlichen Korrespondenzen, die darüber in den verschiedenen Zeitungen der Schweiz erschienen sind, zeigen, daß die Nachricht in ihren verschiedenen Auslegungen nicht verfehlt hat, nicht nur ein gewisses Interesse, sondern selbst etwelche Befürchtungen wachzurufen. Dem „Corriere della Sera“ wird dazu aus Rom telegraphiert: Die Nachricht über diese Maßnahme des schweizerischen Bundesrates werde

in den römischen politischen Kreisen eingehend besprochen. Im allgemeinen geht aber die Ansicht dahin, daß diese Maßnahmen nicht als Zeichen dafür angesehen werden können, daß die Schweiz willens wäre, so oder so in den europäischen Konflikt einzugreifen. Das Interesse, das die Schweiz an der Beibehaltung ihrer Neutralität hat, ist für alle wichtig. Falls die Schweiz am Kriege teilnehmen würde, so ginge das, vorausgesetzt daß sich am Ende desselben Sieger und Besiegte gegenüberstehen werden, doch nur auf Kosten der einen oder anderen Partei. Die schweizerische Regierung ist indessen von der festen Absicht befeelt, die Neutralität mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufrecht zu erhalten. Diese Maßnahme, fügt der „Corriere della Sera“ bei, darf weder unsere Verbündeten noch Italien selbst beunruhigen, welche letzteres die schweizerische Neutralität kürzlich anerkannt hat, indem es sich auf den gleichen rechtlichen Standpunkt stellte, wie die anderen Mächte, die 1815 diese Neutralität anerkannt und garantiert haben. Wir wollen zudem noch daran erinnern, daß die Regierung der helvetischen Republik bei dieser Gelegenheit der italienischen Regierung den eigenen festen Willen zum Ausdruck brachte, die schweizerische Neutralität mit allen Mitteln zu verteidigen, gegen wen es auch immer sei.

Auch der „Secolo“ erhält eine lange Korrespondenz aus Rom, in der gesagt wird, daß die neuesten militärischen Maßnahmen der Schweiz großes Erstaunen hervorgerufen haben, indem sie beinahe als das Präludium eines Massenaufgebotes angesehen werden. Das wäre somit die dritte neutrale Drohung, nach denjenigen des schwedischen Ministerpräsidenten Hammarström und Präsident Wilsons. Von schweizerischer Seite, fügt der „Secolo“ bei, weist man darauf hin, daß die neuen Maßnahmen nur bürokratischer Natur seien, daß es sich nicht um eine Einberufung handle, sondern nur um eine Zählung der Kräfte, mit denen die Schweiz rechnen könnte, falls die schweizerische Neutralität so oder so angegriffen würde, deren Sicherheit natürlich um so größer sei je stärker ihre Verteidigung ausgebaut werde. Wir werden niemals das Vertrauen des italienischen Volkes in die treue Gesinnung erschüttern, von der die Schweiz seit Ausbruch des Krieges zu wiederholten Malen Beweise erbracht hat. Zum Schluß gibt der „Secolo“ seiner eigenen Ansicht Ausdruck, daß die neuen militärischen Maßnahmen von interner Tragweite sein, zur Verteidigung der Neutralität gegen Gefahren im Innern des Landes.

Das Zerwürfnis mit den Vereinigten Staaten.

Die sehr ernste Streitfrage zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten hat in den letzten Tagen nach den vorliegenden Anzeichen keine Milderung erfahren. Darüber können vereinzelte hoffnungsvoller klingende Meldungen nicht hinwegtäuschen, vor allen Dingen aber nicht der geflüstert ruhige Ton der englischen Presse. Die Absicht, die die „Times“ und andere von ähnlicher Gewogenheit gegen Deutschland erfüllte Blätter verfolgen, indem sie den schweren Konflikt zwischen uns und Amerika als einer friedlichen Erledigung durchaus fähig hinstellen, ist einmal, wie schon in einer unserer Berliner Meldungen hervorgehoben wurde, die Rolle des harmlosen Zuschauers spielend den Verdacht des böswilligen Schürens von England fernzuhalten. Zweitens aber wollen sie, und das ist ihnen wahrscheinlich die Hauptsache, verhindern, daß diejenige Richtung bei uns selbst, die ohne Rücksicht auf sehr mögliche schwere Verwicklungen mit bisher neutralen Mächten den Krieg gegen die englische Handelschiffahrt in verstärktem Maße wieder aufnehmen will, noch bei Zeiten ruhig werde und einiges Wasser in ihren Unterseewein gieße. Diese wohlmeinende Absicht unserer englischen Freunde sollte jeder Deutsche durchschauen, und wenn es zum Bruche mit Amerika kommt, so sollte das deutsche Volk wenigstens mit sehenden Augen dem Kommenden entgegengehen. Die Entschlüsse selbst zu fassen, ist die Sorge der leitenden Männer, denen, wie wir vorgestern geschrieben, die volle und ungeheure Verantwortung allein zufällt. Wir haben ebenfalls bereits darauf hingewiesen, was jetzt immer klarer wird, daß die große Schwierigkeit des Konflikts in der Verbindung der besonderen „Lusitania“-Angelegenheit mit der allgemeinen Frage des Unterseehandelskriegs begründet ist. Die erstere, die neun Monate hindurch einer Beilegung zugänglich schien, würde wahrscheinlich auch jetzt gelöst werden können, wenn sie für sich allein stünde; hingegen ist es die prinzipielle Auseinandersetzung über die Zulässigkeit der Verwendung des Unterseeboots gegen Handelschiffe, die zu der bedrohlichen Ruspizung geführt hat. Erst späterer Aufklärung wird es vorbehalten bleiben, festzustellen, ob die Vereinigten Staaten ihrerseits mit der Aufrollung des schwerwiegenden Problems vorangegangen sind, oder ob der Anlaß dazu von anderer Seite gegeben wurde. Die Gefahr liegt nun darin, daß die amerikanische Regierung die beiden Dinge gleichzeitig zum Austrag bringen will, offenbar in der Absicht, wenn es in der allgemeinen Unterseekriegsfrage zu keiner Einigung mit Deutschland kommt, für die von ihr etwa zu treffenden schweren Entscheidungen hinter der Erbitterung, die im amerikanischen Volke durch die Torpedierung der „Lusitania“ zurückgeblieben ist, Deckung zu suchen. Der Präsident Wilson, der eben von einer Agitationsreise aus den westlichen Staaten zurückkehrt, hat in seinen Reden sehr energische Töne angeschlagen. Und sein Gegner Roosevelt äußert sich neuerdings gegen Deutschland mit einer Maßlosigkeit, die alles übersteigt; er hat sich angeeifert, von uns nur noch als „Mördern“ zu sprechen, und beschuldigt die Regierung der Mitschuld am Morde, weil sie uns nicht längst den Krieg erklärt hat. Von den amerikanischen Munitionslieferungen schweigt Roosevelt dabei; aber die Rücksicht auf unser Recht und die uns zur Seite stehenden Moralgründe wird ja, wie wir längst wissen, die Handlungen der Vereinigten Staaten sehr wenig beeinflussen. Die von unserer Politik zu beantwortende Frage kommt kurz gesagt darauf hinaus, ob es möglich und wünschenswert ist, ein von uns aufgestelltes Prinzip im jetzigen Augenblick gegen eine Welt, die dann wirklich die ganze Welt wäre, durchzusetzen. Es ist eine Macht- und Atemfrage, und die Presse hat nicht die Mittel zur Hand, um sie zu beantworten. In jedem Falle würde der Bruch mit Amerika, wie uns scheint, eine erhebliche Verlängerung des Krieges zur Folge haben, vor allen Dingen deshalb, weil die ungeheure Finanzkraft der Vereinigten Staaten alsdann der Entente zur Seite stehen wird; alle Berechnungen, die über den Zusammenbruch der englischen Wirtschaftskraft an-

gestellt worden sind, fallen dann über den Haufen. Kein Wunder, daß man sich in England mäusehinstill verhält, um nicht durch verfrühte Jubelausbrüche den Fortgang zu stören! Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die vom Staatssekretär Lansing unterbreiteten Vorschläge zur Regelung des U-Krieges immerhin wert erscheinen, als Grundlage von Verhandlungen zu dienen; ihre glatte Abweisung würde jedenfalls von den dafür Verantwortlichen durch sehr gute Gründe und sehr gute Erfolge zu rechtfertigen sein, die Entscheidung mag noch einige Tage auf sich warten lassen, denn Herr Wilson wird erst morgen oder übermorgen in Washington zurück erwartet und er wird vermutlich noch mit dem deutschen Botschafter Grafen Bernstorff, verhandeln, ehe er unwiderrückliche Entschlüsse faßt.

3. / II. 1916

Berichte der feindlichen Generallöbe.

Wien, 2. Februar. Aus dem Kriegsbrennerquartier wird gemeldet:

Italien.

31. Jänner. Kleine Zusammenstöße im Val Lagarina nördlich von Mori und Geschützkämpfe von teilweiser Festigkeit längs der Isonzofront werden gemeldet.

Rußland.

31. Jänner. Deutsche Artillerie beschöß Schloß und entwickelte südlich des Bachtaras lebhafteste Feuerstätigkeit. Bei Oger (5 Kilometer westlich Borkowis) brachte der Feind

im Schützengrabenkampfe Explosivgeschosse in Anwendung. Nördlich der Eisenbahn nach Boniewicz und zwischen den Seen Meddum und Demmen begann der Feind eine heftige Artilleriätätigkeit. In Galizien an der mittleren Strypa umstellten unsere Patrouillen eine österreichisch-ungarische Feldwache. Im Handgemenge wurde ein Teil der Feldwache mit der blanken Waffe niedergemacht, der Rest gefangengenommen. In der letzten Zeit konnte man eine beträchtliche Vermehrung der Ueberläufer vom Feind zu uns feststellen.

1. Februar. Der Artilleriekampf in der Gegend von Riga dauerte gestern den ganzen Tag lebhaft an. Bei Oger beschöß der Feind heftig unsere Stellungen mit Infanteriefener und Maschinengewehren. Südöstlich vom Schloß Kokenhusen, flussaufwärts von Friedrichstadt, versuchte eine deutsche Abteilung in Schneezügen, bei Glauenhof (6,5 Kilometer südwestlich von Kokenhusen), das Eis der Düna aufzureißen, sie wurde jedoch durch unser Feuer zerstreut. In der Gegend von Godujski, 26 Kilometer östlich von Swenzjan, belegten unsere Flieger Trans und einen Eisenbahnzug des Feindes mit Bomben. Am Marozsee verwendeten die Deutschen Geschosse schwersten Kalibers, die eigenartige Gase enthielten. Im Abschnitt des Generals Iwanow kann eine erfolgreiche Tätigkeit unserer Artillerie an der Strypa in Galizien gemeldet werden, ebenso die Zurückweisung eines Angriffes, der einige feindliche Gruppen beim Wäldchen nordöstlich von Buczac machten.

Frankreich.

1. Februar, 3 Uhr nachmittags. Nichts Wichtiges zu melden mit Ausnahme einiger Schüsse unserer Artillerie zwischen Dife und Mäne auf die feindlichen Stellungen von St.-Beocade und in Lothringen auf feindliche Abteilungen in der Gegend von Domebre.

11 Uhr abends. Im Artois ziemlich lebhafter Geschützkampf. Südlich der Höhe 119, nördlich der Straße Saint-Nicolas - Saint-Laurent (nordöstlich Arras) versuchte eine feindliche Abteilung einen Angriff, welcher sofort durch Handgranaten aufgehalten wurde. Unsere Artillerie beschöß die Stellungen des Feindes an der Viller Straße (südlich Thelus) und verursachte einen Brand, welchem Explosionen folgten. Zwischen Abre und Dife richteten unsere Batterien ihr Feuer auf die deutschen Schützengräben bei Bevoiraigues und Fresnières und beschossen Transporte in der Gegend von Lassigny. Wirksames Artilleriefener richteten wir auf die feindlichen Werke bei Beaulve-Cholerafarm (nördlich der Mäne) sowie östlich St.-Dié auf die Gegend von La Fave.

Belgischer Bericht.

Artilleriekampf unmittelbar südlich Dixmunden. Ruhe auf den andern Punkten der belgischen Front.

Rücktritt Goremykins.**Reichsratsmitglied Stürmer – Ministerpräsident.**

S. Petersburg, 1. Februar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet:

Ministerpräsident Goremykin ist auf sein Ersuchen in Anbetracht seines geschwächten Gesundheitszustandes von seinen Obliegenheiten als Ministerpräsident enthoben und zum wirklichen Geheimen Rat erster Klasse ernannt worden.

Das Mitglied des Reichsrates Stürmer wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

3./II. 1916

Eine Ansprache Poincarés.

Elsas-Lothringen als Kriegsziel.

Paris, 2. Februar.

Präsident Poincaré hielt in Anwesenheit zahlreicher Offiziere und Parlamentarier bei einer vom „Journal“ veranstalteten Feier eine Ansprache, worin er nach längeren Ausführungen über die französische Geduld und den Kriegswillen Deutschlands sowie dessen „Brutalität“ sagte:

Frankreich will nicht Deutschlands Opfer werden. Es will nicht nur seine politische Souveränität wahren, sondern auch seine wirtschaftliche, moralische und geistige Unabhängigkeit, es will seine Kultur, seinen Geist und seine Sitten unbeeinträchtigt erhalten.

Wenn der Einsatz des Krieges für Frankreich furchtbar sei, so sei er es nicht minder für die Verbündeten Frankreichs, die ebenfalls nicht die Beute germanischer Gier werden wollen. Ja selbst die Neutralen könnten, wenn sie eine klare Vorstellung von ihren dauernden Interessen hätten, dem Konflikt nicht gänzlich gleichgültig gegenüberstehen.

Schließlich kam Poincaré auf das Kriegsziel zu sprechen und sagte: Wir wollen alle, daß der Frieden unserem Lande Freiheit, Arbeit und Wohlfahrt sichere. Damit aber unsere einmütigen Wünsche sich verwirklichen, ist es nötig, daß der Friede, der unseren besiegten Feinden unsere Bedingungen vorschreibt, uns wie Provinzen wiedergibt, die uns rohe Gewalt geraubt hat, daß der Friede das zerstückelte Frankreich unversehrt wiederherstellt und daß er uns ernsthaft Bürgschaften bietet gegen den kriegerischen Wahnsinn des kaiserlichen Deutschland.

Das zweischneidige Schwert.

Die Seesperrpolitik Englands hat trotz des Rasens der „Daily Mail“, „Times“ und „Morningpost“ nichts Impo- nierendes. Es ist vielmehr unverkennbar, daß man jenseits des Kanals sehr nervös geworden ist, weil die eng- lische Sperre gegen Deutschland dieses bisher offenbar weit- aus nicht in dem Grunde betroffen hat, wie man das drüben einst in der Hoffnungen Maienblüte sich erwartet hatte. Wäre dem nicht so, so wäre doch das ganze Geschrei nach einer neuen stärkeren Sperre sinnlos und unbegründlich. Dieses Eingeständnis der Nichterfüllung gehegter Hoffnungen dürfen wir jedenfalls glatt zu unseren Gunsten buchen.

Die englische Regierung selbst ist von der stürmischen Bewegung der Jingoheypresse zugunsten einer strafferen Sperre jedenfalls nicht durchaus angenehm überrascht worden. In zweierlei Hinsicht stört vielmehr dieses Treiben vermutlich recht fühlbar die Kreise ihrer Politik. Einmal hatte die Londoner Diplomatie gerade in dieser Stunde und bei dem augenblicklichen zugespitzten Stande der Dinge zwischen Amerika und den kriegsführenden Parteien wohl kein besonderes Bedürfnis, nach der amerikanischen Seite hin jetzt neu zu reizen. Ueberdies hatte die Regierung gerade eben erst in einer feierlichen Denkschrift an das Parlament sich gerühmt, daß die bisherige Sperre bereits den denkbar stärksten Erfolg in der Unterbindung des deutschen Handels erzielt habe, und daß sie schon längst gegenüber den Neu- tralen so weit gegangen sei, als es „ohne ernsthafte Reibun- gen“ mit diesen möglich gewesen sei. Begreiflich, daß es da in Regierungskreisen ein Mißklang ist, wenn nun plötzlich z. B. der Commander Carlyn Bellairs, Mitglied des Pa- rlaments, in einem erregten Artikel für eine Verschärfung der Sperre eintritt und dabei Herrn Grey und den Seinen aus- gerechnet vorwirft, das Auswärtige Amt nehme „zu große Rücksichten auf die Neutralen. Aber was täte es, wenn die Neutralen Englands Feinde würden!“ Begreiflich, daß es den Diplomaten in Downingstreet unlieblich zu Ohren geht, wenn Herr Bellairs gegen Herrn Wilson persönlich vom Leder zieht und seine ewige Notenschieberei scharf verspottet. Begreiflich, daß es den Verfassern jener Regierungsdenkschrift über die vollkommene Wirkung der bisherigen Sperre gegen Deutsch- land peinlich ist, daß gerade jetzt die Heypresse „Statistiken“ veröffentlicht, die beweisen sollen, daß in Wahrheit noch unermessliche Warenmengen Deutschland auf dem Wege über neutrale Häfen erreichen. Die „Daily Mail“ hat ein eigenes System der Spionage in neutralen Ländern ein- gerichtet, um das Material für diese Statistiken zu beschaffen. Ihre Spitzel treiben sich zu diesem Zweck in neutralen Häfen wie Rotterdam, Kopenhagen und Malmö herum, betrachten sich die dort auf den Kais aufgestapelten Waren und machen bei Spaziergängen so schätzungsweise die „Statistiken“, auf Grund deren die Jingoheypresse jetzt die verschärfte Sperre gegen Deutschland, in Wahrheit gegen die Neutralen fordert. Die Regierung aber, die in ihrer Denkschrift eben erst nach- gewiesen hat, daß ihr bisheriges Sperrsystem „bei weitem das gesündeste System sowohl für Neutrale, wie für Krieg- führende“ sei, wagt es nicht — wackelig, wie sie sich fühlt —, diese ihre Auffassung gegenüber dem Ansturm der Jingos und dem Antrag auf „effektive Blockade“, der ja nicht etwa von ihr, sondern aus den Reihen der Parlamentarier stammt, mit einiger Entschiedenheit aufrechtzuerhalten. Es hat ganz den Anschein, als ob die um ihre Ministerherrlich- keit mehr und mehr besorgten Herren Asquith, Grey und Konforten vielmehr bereits vor dem Sturm aus dem jingoistischen Blätterwalde glatt umgefallen seien.

Und das — wohlgermt! —, obgleich sie selbst eine ver- schärfte Sperre politisch und militärisch für ein zweischneidiges Schwert hält und obgleich trotz der radikalen Heypresse im Lande immer noch genug Stimmen des Bedenkens sich gegen die „Dummkopfs-Sperre“ erheben. Mit diesem schmeichelhaften Titel bezeichnet nämlich der „Economist“ die Sache. „Ob und wie weit,“ so schreibt das angesehene Blatt, „unsere sogenannte Sperre wirklich zu den Schwierig- keiten der deutschen Regierung beiträgt, ist ein wissen- schaftliches Problem... Man hat uns z. B. immer und immer wieder erzählt, daß wir keine Luxus- waren einführen sollten — ja, daß man diese Einfuhr ge- setzlich verbieten sollte. Was könnte uns also will- kommener sein, als daß Deutschland Tee, Kaffee und andere Luxuswaren ungehin- dert einführt und dafür in Gold oder entwertetem Papier Zahlungen an das Ausland leisten muß? Jene Herren richten noch größeren Schaden an, wenn sie uns dahin bringen, die Sperre für die neutralen Mächte, deren Sympathien ursprünglich ganz auf unserer Seite waren, völlig un- erträglich zu machen! Den Neutralen die ver- nünftigen Rechte zu verweigern, die wir als Neutrale stets beansprucht haben, dies wäre eine Politik, die besten-

falls Deutschland nur ein wenig belästigen, schlimmstenfalls aber den Krieg zu seinen Gunsten enden könnte... Wenn wir unseren überseeischen Handel nach Skandinavien abschneiden, werden wir auch unsere Einfuhr aus Skandinavien einschließlich Butter und Eiern aus Dänemark abschneiden und die Dänen zwingen, ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse ganz nach Deutschland zu verkaufen. Der eine Artikel, der in Deutsch- land zugegebenermaßen knapp ist, ist Butter, und so würde eine der hauptsächlichsten Wirkungen dieser „Dummkopfs- Sperre“ sein, gerade die Waren nach Deutschland abzu- leiten, die man dort am meisten braucht.“

Und der „Economist“ steht mit seinen Bedenken keines- wegs allein. Im „Daily Telegraph“ kennzeichnet Archi- bald Hurd die durch die Sperrhege geschaffene Lage als „sehr gefährlich“ im Hinblick auf die dadurch geschaffene Be- unruhigung der öffentlichen Meinung des Auslandes. Er behauptet geradezu, die Engländer könnten Deutschland keinen größeren Gefallen tun als den, die Neutralen durch eine Verschärfung der Sperre zu reizen. Er geht so weit, zu behaupten, daß deutsche Treiberei hinter der Hege der Jingoheypresse stehe. Höher geht's dann freilich nimmer, als wenn Herr Hurd schreibt: „Bei uns ertönt der Schrei nach gewaltsamem Vorgehen gegen den Feind, selbst wenn dadurch Neutrale, die uns im Wege stehen, geschädigt werden. Aber gerade zu dieser Handlungsweise wollen uns die Deutschen drängen, weil sie dann Zwietracht zwischen uns und einigen Nationen säen können, mit denen wir auf freundschaftlichem Fuße stehen, und

deren Neutralität für uns und unsere Verbündeten von großem Werte ist.“

Wenige Tage später wird im selben „Daily Tele- graph“ zur Mäßigung in der Frage neuer und verschärfter Sperrmaßnahmen dringend geraten, namentlich zur Vorsicht in der Behandlung der Neutralen, denn England sei auf diese für viele seiner Bedürfnisse angewiesen, und der Krieg verlange schon eine derartige Kräfteanspannung, daß die Verbündeten gut täten, die Lage nicht noch ver- wickelter zu gestalten. Aus dem neuerlichen Verhalten der Skandinavier zum Beispiel sei klar ersichtlich, daß sie eine verschärfte Sperre wohl mit Vergeltungsmaßnahmen beant- worten würden. Auch in der „Morningpost“ werden Bedenken laut. In ihren Spalten schreibt der Geschichts- lehrer A. F. Pollard u. a.: „Der Vorschlag, die Doktrin der fortgesetzten Reise, die auf Bannwaren Anwendung findet, auf die Sperre auszudehnen, ist sehr bedenk- lich und eine solche Politik sehr gefährlich. Sie würde alles das beiseite schieben, was Eng- land selbst über das Völkerrecht im letzten Jahrhundert erklärt hat.“ Und selbst aus Paris herüber tönen Worte der Warnung nach London. So be- geistert die Boulevardpresse jede Verschärfung der Krieg- führung gegen Deutschland begrüßt, lobt und rechtfertigt, so erinnert doch ein etwas besonneneres Blatt wie „Journal des Débats“ warnend an die Rede des schwedischen Ministerpräsidenten über die Möglichkeit eines Aufgebens der schwedischen Neutralität und meint: „Wir haben kein Interesse daran, die Sperre so weit zu treiben, daß die Nach- teile die Vorteile überwiegen könnten, und die Vorteile sind nicht so groß, wie man sich einbildet.“

Wir entnehmen diesem Für und Wider im Lager der Feinde vor allem zweierlei. Einmal, daß man dort die bis- herige Sperre gegen Deutschland als ein stumpfes Schwert erkannt hat. Zweitens: daß man vielfach leb- hafte Angst hat, eine verschärfte Sperre werde ein zweischneidiges Schwert sein, das vielleicht mehr ins englische als ins deutsche Fleisch schneiden werde. Wir haben kein Interesse daran, irgend etwas zur Klärung dieser Ängste und Zweifel beizutragen. Wir warten gelassen ab, wie Eng- land sich entschließt, und hoffen, daß die für unsere Seekrieg- führung verantwortlichen Stellen sich gegebenenfalls ent- schließen werden, auf einen Schelmen an der Halbe zu setzen.

Die „Appam“ als Priße anerkannt.

Washington, 4. Febr. (W. T. B. Nichtamtlich.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Lansing hat entschieden, daß die „Appam“ als Priße zu betrachten ist.

Die Entscheidung der Regierung der Vereinigten Staaten ist im Sinne des vom Grafen Bernstorff in Washington vorgebrachten Antrags und gegen das Verlangen des britischen Botschafters getroffen worden. Es ist erfreulich, daß dieses ausgezeichnete Seemannsstück nun auch in seinem diplomatischen Nachspiel ohne Mißklang für uns geendet hat: das Schiff steht zu unserer freien Verfügung. Die Engländer ließen es nicht an Versuchen fehlen, ihre eigene Ansicht, die „Appam“ sei als Kriegsfahrzeug zu behandeln und müsse interniert werden, zur Geltung zu bringen, und Reuter hatte sofort die Erzählung zur Hand, die „Appam“ habe, nach ihrer Auffregung, unter deutscher Flagge zwei englische Dampfer angegriffen und vernichtet. Die amerikanische Regierung hat indessen nach kurzer und prompt geführter Untersuchung unseren Standpunkt als den richtigen anerkannt. Wäre es nicht auch sinnlos gewesen, einen Dampfer, den unsere Seeleute jederzeit zu versenken — nicht nur tatsächlich, sondern auf Grund des geltenden und anerkannten Rechts — in der Lage gewesen wären, über den sie also vollkommen frei verfügt haben, nun, nachdem er im neutralen Hafen liegt, anders zu behandeln? Entscheidend mag wohl gewesen sein, daß die „Appam“, ohne kriegerische Unternehmungen zu begehen, auf direktem Weg die amerikanische Küste aufgesucht hat und daß ihre Armierung, wie wir vermuten, nicht durch deutsche Geschütze verstärkt worden ist.

Das Geheimnis der „Möve“ scheint noch ziemlich dicht verschlossen zu sein. „Möve“ oder „Ponga“? So lautet die neueste Frage. Augenzeugen wollen an der Mäße der Matrosen diese beiden Namen gesehen haben. Einmütig ist aber alle Welt in dem Urteil, da unsere Seeleute wieder einmal einen ganz glänzenden Streich vollbracht haben. Solche Taten, wie sie hier vollbracht worden sind, oder wie sie jener Schiffsleutnant unserer Verbündeten kürzlich gewagt hat, der im feindlichen Feuer mit seinem Flugzeug dicht vor Balona aufs Wasser nieder ging, um zwei Kameraden aus einem havarierten Apparat zu sich aufzunehmen, und die doppelte Last nach Cattaro über Meer zu tragen, solche glänzenden Beispiele von Mut und Unerblichkeit — und sie sind wahrhaftig nicht vereinzelt, wenn sie auch nicht immer bekannt geworden sind — verraten einen Geist, der schöner und lebendiger nicht gedacht werden kann. Sie zwingen unsere Feinde zur Bewunderung. Aber auch der materielle Erfolg der Kaperfahrt der „Möve“ ist außerordentlich groß und wird, wie wir unten zeigen, von unseren Gegnern selbst auf etwa 30 Millionen Mark geschätzt. Dazu kommen die sehr beträchtlichen indirekten Wirkungen, die Furcht vor neuer Gefährdung der atlantischen Schifffahrt: Wiederaufnahme der Seekriegsversicherung für jenes Gebiet, Auflösung mancher Verträge und steigende Frachtraten.

Haag, 4. Febr. (Priv.-Tel., zens. Freist.) Reuter meldet aus Old Point Comfort: Neun Engländer, die an Bord der „Appam“ waren und jetzt an Land gebracht wurden, erzählen, daß die „Möve“ außer ihren Kanonen noch 2 Torpedolancierrohre an Bord hatte. Alle erklären, gut behandelt worden zu sein, wenn auch die Nahrungsmittel einigermaßen knapp waren. Die Prißenbesatzung hatte es jedoch nicht besser, als die übrigen Leute. Nur während der letzten 2 Tage besserte sich die Ernährung. Auch Wasser war reichlicher vorhanden. Die „Möve“ ist jedoch immer noch ein Geheimnis. Einige sind der Auffassung, daß es ein in ein Kriegsschiff verändertes Kauffahrteischiff, andere, daß es ein neues Schiff sei. Das Schiff hatte 4 Kanonen, 2 am Vorder- und 2 am Achtersteven, die hinter stählernen Panzern verborgen waren, welche niedergelassen werden konnten. Alle, die an Land kamen, sind voll des Lobes über den mutigen Kampf, den die „Glan Mactavish“ mit ihrem Geschützführer auf dem Vorderdeck gegen die „Möve“ aufgenommen hat. 15 Mann ihrer Besatzung wurden getötet und viele verwundet, bevor sie nach

2 Explosionen im Schiffsraum sank. Das Gefecht dauerte länger als eine halbe Stunde. Sodann schossen die Deutschen 2 Torpedos ab. Beide trafen und die „Glan Mactavish“ bekam Schlagseite und verschwand einige Minuten darauf in den Wellen.

Die kühne Tat des deutschen Schiffes hat

unerhörtes Aussehen in England

erregt. „Daily Telegraph“ widmet der abenteuerlichen Fahrt der „Appam“ einen Leitartikel, in dem es heißt: „Marrhat, Clark, Russell, Genty und andere Autoren von Seeromanen würden es nicht gewagt haben, eine so kühne und fesselnde Erzählung zu erdenken, eine Erzählung, die, wenn sie eine Erfindung gewesen wäre, von den Jungen der ganzen Welt geradezu verschlungen worden wäre. Aber man hat es hier nicht mit einem Roman für die Jungen zu tun, — es ist ein Hauptkapitel aus der Geschichte des großen Krieges. Der Feind hat einen Erfolg davongetragen. Trotz unseres begründeten Anspruchs auf die Herrschaft zur See hat er uns einen Verlust beigebracht, der sich auf Tausende Pfund Sterling beläuft. Wir können Schiffe und Frachten nicht allzugut entbehren. Die Kauffahrteischiffe werden seltener, während unsere Bedürfnisse, die über die Meere her befriedigt werden müssen, sich nicht vermindern. Auch wissen wir nicht, was die „Möve“ später noch alles ausführt. Sie will vielleicht ihren Raubzug fortsetzen und es der „Emden“ gleichtun. Es wäre eine Torheit, derartige Tatsachen zu verkennen, viel besser ist es, ihnen gerade ins Gesicht zu sehen und dabei den Humor zu empfinden, der bei der ganzen Angelegenheit nun einmal vorhanden ist, wenngleich der Zustand keineswegs ein Vergnügen genannt werden darf.“

Ueber den

Wert der Beute

der Kaperfahrt liegen interessante Angaben vor. Die Bank of British Westafrika teilt mit, daß die „Appam“ einen Wert von etwa 700 000 Mark an ungemünztem Gold an Bord hatte. Der Wert der Fracht der in der Hauptsache aus Kaffee, Palmkernen und Del bestand, belief sich auf mindestens 3 Millionen Mark. Der Wert des Schiffes ist etwa ebenfalls 3 Millionen Mark. Das Dampfschiff „Corbridge“, das ebenfalls eine Prißenbesatzung erhalten hatte, hat einen Wert von etwa 2 Millionen Mark. Die sechs Dampfschiffe, die durch die „Möve“ in den Grund gehohlet worden sind, waren mit ihrer Ladung, wie die „Times“ ausrechnet etwa 30 Millionen Mark wert. Die Gesamtverluste, die der Kaper der englischen Flotte beigebracht hat, sind also sehr groß.

In Londoner Schifffahrtskreisen verwundert man sich darüber, daß die „Appam“ kein drahtloses Telegramm um Hilfe aus sandte. Einige der Frachtschiffe, die durch die „Möve“ in den Grund gehohlet worden sind, hatten wahrscheinlich keine drahtlose Telegraphierapparate an Bord, aber die „Appam“ und die „Glan Mactavish“ hatten sie wohl. Man ist erstaunt darüber, daß auch nicht ein einziger Notruf von diesen Schiffen ausgegangen ist.

Eine direkte Folge der Vorfälle ist die Wiederaufnahme der Versicherung von Schiffen, die sich nach der gefährdeten Zone zu begeben haben. Einige Schiffsläufe sind infolge des Auftretens der „Möve“ rückgängig gemacht worden.

Basel, 4. Febr. (Priv.-Tel., zens. Freist.) Savas meldet aus Old Point-Comfort (Virginia): Die englischen Passagiere Herewether und James Filler und die sechs Kapitane der versenkten Schiffe haben sich von der „Appam“ an Land begeben. Herewether erklärte, die „Möve“ sei ein Schiff von 3500—4000 Tonnen, ursprünglich für den Transport von Früchten eingerichtet. Die Kapitane dagegen sagen, die „Möve“ müsse die kürzlich umgewandelte „Ponga“ sein. Das Deck sei verstärkt worden, um die Kanonen tragen zu können. Die Bugkanonen seien durch eine falsche Schanze aus Schwarzblech verkleidet gewesen. Das Kaperschiff habe eine Besatzung von mehreren hundert Matrosen, die teils Mützen mit der Aufschrift „Möve“, teils mit dem Namen „Ponga“, der auch auf den Bordbüchern stehe, getragen hätten.

Frankfurt, 4. Februar.

Das Bild, das die politischen Zustände in Frankreich gegenwärtig bieten, erinnert einigermaßen an die Zeiten, die dem Sturz des Kabinetts Viviani unmittelbar vorausgingen. Die offensichtlich flauere Gesinnung, die ein erheblicher Teil der Volksvertreter für die Regierung hegt, die zunehmende Nervosität des Parlaments, die in häufigen Zwischenfällen zum Ausdruck kommt, zum Teil sogar die Gegenstände, mit denen die Öffentlichkeit sich beschäftigt, und selbst die krampfhafteste Unterstützung, die der Regierung von gewissen Seiten zuteil wird, all das läßt darauf schließen, daß das Maß des Vertrauens, dessen sich das Ministerium Briand heute erfreut, nur noch wenig vor dem voraus hat, das dem Ministerium Viviani in den Tagen seines Siechtums entgegengebracht wurde. Als Anzeichen des niedergehenden Ansehens der Regierung stehen, wie damals, wiederum die Erörterungen über die parlamentarische Kontrolle im Vordergrund, und das Symptom hat umso größeren Wert, als Herr Briand in dieser Hinsicht schon ganz beträchtlich mehr gewährt hat als sein Vorgänger. Es sind heute, soviel man sehen kann, nur noch wenig Geheimnisse, die den Kommissionen beider Häuser verborgen bleiben. In den Zeitungsartikeln, deren Verfasser diesen Kommissionen angehören, vor allem aber in denen Clemenceaus, des Vorsitzenden der Armeekommission des Senats, begegnet man jetzt jeden Augenblick einer durch das Amtsgeheimnis begründeten Verschwiegenheit, durch die diese Herren sich als Inhaber bedeutlicher Wahrheiten ausweisen. Und die Sitten des französischen Parlaments erlauben wohl die Annahme, daß die verborgenen Dinge, die sich irgendeiner der zahlreichen Kommissionen enthüllen, auf dem Wege des Austausches zur Kenntnis der meisten Volksvertreter gelangen. Gleichwohl herrscht noch immer keine Einstimmigkeit darüber, daß die Regierung hinlänglich beaufsichtigt sei. Immer wieder tauchen neue Vorschläge zur Verschärfung der Kontrolle auf, und das Parlament wird sich demnächst mit einem sozialistischen, jedoch auch weiter rechts und zum mindesten von Clemenceau und seinen Freunden unterstützten Antrag zu befassen haben, der geradezu auf die Schaffung eines aus Mitgliedern beider Häuser zu bildenden „Wohlfahrtsausschusses“ hinausläuft. Für diese Körperschaft wird sogar ein Aufsichtsrecht an der Front in Anspruch genommen, wie es den revolutionären Vorfahren zustand, die den Antragstellern offenbar vorgeschwebt haben. Der Gedanke ist von der regierungsfreundlichen Presse in die unterste Hölle verdammt worden. Die höchst unwahrscheinliche Vorstellung, daß die Regierung irgendwie auf ihn eingehen könnte, hat den „Temps“ in eine förmliche Panik versetzt und ihm die bange Frage aufgedrängt, ob Herr Briand etwa an der verderblichen „Angst vor Clemenceau“ leide, „welche die Regierungen „zuerst lähmt, um sie dann sicher zu töten“. Soviel ist jedenfalls nicht zweifelhaft, daß sich in all diesen Versuchen, den Einfluß des Parlaments auf die Machthaber zu verstärken, eine Unzufriedenheit kundgibt, die ja in der allgemeinen Lage des Landes hinlänglich begründet ist.

Daß die Einsichtigen immer weniger geneigt sind, mit den Schwierigkeiten der Stunde Verstand zu spielen, wird in der Pariser Presse von Tag zu Tag deutlicher. Die Bertröstungen auf den „Abnutzungskrieg“ und wie alle die Schlupfwinkel hießen, die dem Gefühl der Schwäche bisher angeboten wurden, haben nachgerade aufgehört, ihre Wirkung im Volk auszuüben. Die Blätter, die den öffentlichen Stimmungen ihr Echo auf die Dauer nicht verweigern können, sind jetzt voll von Klagen und Beschwerden. Die wirtschaftlichen Nöte, die bedrohlichen Schwierigkeiten der Feldbestellung, die Desorganisation der Beförderungsmittel, die Unfähigkeit der Bürokratie, kurz alle die Sorgen, die das Volk täglich schwerer bedrücken, werden nunmehr mit einer bemerkenswerten Offenheit erörtert. Immer häufiger findet man in der Presse auch Zuschriften von der Front, in denen gegen die bisher so geflüstert gepflegte Vorstellung von dem vergnüglichen, mit Späßen und Heroismus ausgefüllten Dasein der Krieger Verwahrung eingelegt und den Bürgern die schweren Mühen des Soldatenlebens als weit würdigere Gegenstände des Nachdenkens empfohlen werden. Wie es um die „heilige Einigkeit“ im Lande steht, darüber läßt eine kürzlich von dem Abgeordneten Rouleaux - Durange an die Regierung gestellte schriftliche Anfrage mancherlei Schlüsse zu. Der Abge-

ordnete wünschte eine Aufklärung darüber, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt „gegen die Propaganda, die allerorts auf dem Lande wegen der Urheberschaft und Dauer des Krieges gegen gewisse soziale Kategorien oder Klassen getrieben wird und geeignet ist, den Burgfrieden zu stören und für die Zukunft gefährliche Keime der Zwietracht zu säen“. Mit Rücksicht darauf, daß seine Anfrage im Amtsblatt veröffentlicht werden mußte, hat Herr Rouleaux - Durange die Vermutung beigelegt, daß jene Propaganda auf ein „feindliches Manöver“ zurückgeführt, doch zweifelt er im Grunde wohl selber nicht, daß die Stimmungen, die er denunziert, in den Rahmen der um sich greifenden Unzufriedenheit zu stellen sind, die der Verlauf eines Krieges hervorruft, über dessen „Urheberschaft“ sich, wie es scheint, weite Kreise der Bevölkerung durch die Redensarten vom „deutschen Ueberfall“ nicht mehr ausreichend und wahrheitsgemäß belehrt glauben.

Herr Briand hat, wie man sieht, gute Gründe, wenn er es, seinen Worten aus der neulichen Zensurdebatte gemäß, als seine vornehmste und dringendste Pflicht betrachtet, „vor der Stimmung des Landes Wache zu stehen“. Was er mit solchem Tun verteidigt, ist vor allem seine eigene Regierung, für die es einen übeln Glockenton bedeutet, wenn dieser Tage das offizielle Organ der radikalen und radikal-sozialistischen Partei in einem schon durch die stoßartig kurze Form auffälligen Artikel Klage führte, daß der französischen Nation „ein Mann“ fehle und Herr Briand mit seinem „Je m'en fichisme“ sich keineswegs dazu eigne, dem Lande dieser notwendige „Mann“ zu sein. Die von der Hand in den Mund lebende „Wursthäftigkeit“ (wenn der Ausdruck um der Genauigkeit der Uebersetzung willen erlaubt ist), sie ist die alte Klage die Herrn Briand auf seiner ganzen Laufbahn begleitet hat und nun in einer Stunde wiederkehrt, da die Umstände ihr einen besonders bedenklichen Charakter verleihen, und dazu in einem Organ, das keinen parteipolitischen Grund hat, mit der Zusammenfassung des Ministeriums unzufrieden zu sein.

Es ist schwer zu erkennen, in welchem Maße das Ministerium Briand im parlamentarischen Sinne verbraucht ist. Auch kann uns das wenig interessieren. Es genügt uns die Feststellung, daß die Autorität der Regierung erschüttert ist, eines der schlimmsten Dinge, die einem kriegführenden Lande geschehen können. An dieser Tatsache aber wird durch die „rednerischen Kunststücke“ des Herrn Briand so wenig geändert wie durch das Auftreten des Präsidenten der Republik als Festredner einer reklamehungrigen Zeitung, was Herr Poincaré als eine des Staatsoberhauptes würdige Betätigung erachtet.

4./II. 1916

— (Der englische Wirtschaftskrieg gegen die Zentralmächte.) Aus London, 2. d., wird telegraphiert: Das Handelsamt veröffentlicht einen Bericht des Subkomitees, das damit beauftragt ist, Schutzmaßnahmen für gewisse Industrien nach dem Kriege vorzuschlagen. Darin wird eine Milderung der Patentgesetze und deren strengere Handhabung vorgeschlagen. Jeder einzelne in Deutschland oder in Oesterreich-Ungarn hergestellte Artikel soll mit der Marke „Made in Germany“ oder „Made in Austria-Hungary“ versehen werden. Es soll den britischen Schiffahrtsgesellschaften verboten werden, von britischen Schiffen höhere Frachttätze zu verlangen als von den nordeuropäischen. Ferner werden verschiedene andere Schutzmaßnahmen für die britischen Erzeugnisse und Vorzugstarife für die britischen Besitzungen und die jetzigen Verbündeten Großbritanniens vorgeschlagen.

Neuerliche Anklagen König Konstantins gegen die Entente.

Festhalten Griechenlands an der Neutralität bei
einem Vierbundangriff auf Saloniki.

(Telegamm des Neuen

Lugano, 3. Februar.

„Giornale d'Italia“ veröffentlicht einen ihm vom Redakteur Witowzew Poliakow des „Rußkoje Slowo“ auf seiner Durchreise durch Rom mitgeteilten Bericht über seine Unterredung mit dem König Konstantin von Griechenland. Der Korrespondent hebt hervor, daß die Erklärungen des Königs sich durch außerordentlichen Freimuth und eine Einfachheit der Ausdrucksweise auszeichneten, die eine absolute Aufrichtigkeit verbürgen.

Das Hauptmerkmal derselben sei die tiefe Unzufriedenheit des Königs mit den Ententemächten, von denen er sagte, daß sie ohne jede Notwendigkeit Gewalttätigkeiten gegen die Hoheitsrechte Griechenlands und auf Grund von ungerechtfertigtem Verdacht Attentate auf die Würde eines freien Staates begangen hätten. Er habe keine feindliche Gesinnung gegen die Ententemächte, aber er wolle keinen Krieg und auch das griechische Volk wolle ihn nicht. Er sei kein Autokrat und heutzutage seien Entscheidungen über Krieg und Frieden ohne den Willen des Volkes nicht mehr möglich.

„Ich habe,“ erklärte der König, „gegen die Befehle der zweiten Hauptstadt meines Reiches protestiert. Aber hat die Entente deshalb aufgehört in ihrer Politik der Verachtung meiner Rechte?“ Er begreife, daß die Unwesenheit der Konsuln in Saloniki der Entente unbequem war, aber warum habe sich diese nicht an ihn gewendet? Er würde die Konsuln ersucht haben, die Stadt zu verlassen.

Auf die Frage, wie sich Griechenland gegenüber einem bulgarischen Angriff auf Saloniki verhalten würde, erwiderte der König:

„Griechenland wird seine Haltung nicht ändern. Der deutsch-türkisch-bulgarische Angriff wird nicht gegen Griechenland gerichtet sein, das neutral bleibt. Griechenland hegt für das Schicksal von Saloniki heute weniger Befürchtungen, als wenn es in den Händen der Griechen selbst wäre. Auch im Falle des Sieges der Mittelmächte werde sich Bulgarien mit dem begnügen müssen, was es bereits erobert hat.“

Rücktrittserwägungen Salandras.

Unföndigung der M6glichkeit eines Kabinetts-
wechsels in einer Turiner Rede.

Ausweichende, verlegene Antwort auf eine
Rede über die Kriegsziele Italiens.

R. Lugano, 3. Februar. Ministerpräsidents
Salandra hielt im Turiner K6nflerverein noch eine
Rede. Senator Ferrero di Cambiano hatte eine
Ausprache gehalten, worin er dem Vertrauen der Turiner
Ausdruck gab, Italien werde zu dem ersehnten Ziele geföhrt
und der Friede nicht geschlossen werden,
außer wenn Italien die Alpengrenze so-
wie die Herrschaft über die eine und die
andere Adriaküste gesichert haben und das
italienische Heer als siegreicher Befreier
in Trient und Triest eingezogen sein werde.

Hierauf erwiderte Ministerpräsident Salandra,
es sei ihm schwer, diese edle Ausprache
mit angemessenen Worten zu beant-
worten. Auch er diene dem Ideale eines in Krieg
und Frieden großen, ruhmvollen und reichen Italiens.
Er gebe vor allem den politischen Faktoren Turins
den Rat, einig und stark zu bleiben, um heute die
Regierung zu unterstützen und gegebenenfalls
die gegenwärtige Regierung durch
eine andere zu ersetzen. Der Kampf
gehre an den Kräften und es könne der
Augenblick eintreten, in welchem sich
die Regierung auf Rückzugslinien
begeben müsse.

Kriegskalender.

30. Jänner: Neuerliche Angriffe der Russen gegen die Brückenschanze nordwestlich von Uscieszko scheitern; an der ganzen Nordostfront heftiges Artilleriefeuer der Russen, die nun auch schweres Geschütz herangebracht haben. — In und südlich der Straße Vimy-Neuville wird ein französischer Angriff abge schlagen. — Ein Zeppelin belegt Paris erfolgreich mit 13 schweren Bomben. — Der Zar ist nach Zarätoje Selo zurückgekehrt. — Aufständische Mongolen belagern Latingfu.

31. Jänner: Westlich von Wiga scheitern russische Angriffsvorstöße gegen den Kirchhof von Wisman. — In der Gegend von Neuville bleiben französische Gegenangriffe erfolglos. Neuerlicher Zeppelinangriff auf Paris. — Ein deutsches Marineluftschiffgeschwader belegt Dock-, Hafen- und Fabrikanlagen in und bei Liverpool und Birkenhead, Eisenwerke und Hochöfen von Manchester, Fabriken und Hochöfen von Nottingham und Sheffield, sowie große Industrieanlagen am Humber und bei Great Yarmouth erfolgreich mit Bomben. — 20.000 aufständische Mongolen marschieren gegen Peking. — Erklärungen Tasonows über die militärische und diplomatische Lage. — Staatssekretär Doktor Helfferich in Wien.

Berichte der feindlichen Generalfäbe.

Wien, 3. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

2. Februar. Im Val Lagarina erneuert am Morgen des 31. Jänner der Feind mit Unterstützung durch seine Artillerie vergebens seine Angriffe auf unsere Stellungen nordöstlich von Mori, die wir stets fest in unserm

Besitze hielten. Der Feind wurde überrascht, überwunden und überall vertrieben. Im Abschnit von Görz und auf dem Karstplateau gewohnte Artillerietätigkeit. Wir erzielten Volltreffer an einer Marschkolonne auf dem Wege nach Marcottini und San Martino. Wie gemeldet wird, drang eine eigene Abteilung kühn in eine feindliche Verschanzung südwestlich von San Martino del Carso ein, die durch 50 Bomben zerstört worden war.

Rußland.

2. Februar. In der Gegend von Uerfüll entwickelte der Feind gestern eine lebhafteste Artillerietätigkeit. Südlich von Oger verhinderte unsere Artillerie mit Erfolg Erdarbeiten, die der Feind mit Maschinen vornahm, und beschloß wirksam die feindlichen Maschinengewehrstellungen bei der Insel Glauden (24 Kilometer flugabwärts Düna-burg). Bei Schischkowo (13 Kilometer westlich Düna-burg) versuchten die Deutschen, ihre Gräben zu verlassen und gegen unsere Stellungen vorzugehen, wurden aber durch Feuer zurückgeworfen. Südlich des Pripiati in der Gegend von Wolka-Galuzijskaja (14 Kilometer nordwestlich Kasalowka) unternahmen unsere Patrouillen, von denen ein Teil aufs Geratewohl operierte, eine glückliche Streife, wobei sich der Leutnant Tschegge Syrowoh ganz besonders auszeichnete. Aus Galizien und der Bukowina ist nichts zu melden.

Frankreich.

2. Februar, 3 Uhr nachmittags. Zwischen Lore und Lisne richtete unsere Artillerie ihr Feuer auf Trainskolonnen in der Gegend des Gehöftes Merdin-Sous-Lo avent sowie auf einen aus dem Bahnhof von Lassigny kommenden Eisenbahnzug. In den Argonnen brachten wir auf der Höhe 185 bei Haute-Chevauchée eine Mine zur Explosion. Im Elsaß wurde von unsern Batterien ein Munitionslager in der Nähe von Orbey, südöstlich des Bonhommepasses zur Explosion gebracht. In der Gegend von Sonderbach (südlich von Münster) eroberten die Deutschen einen unserer Hochposten; ein Gegenangriff verjagte sie sofort.

11 Uhr nachts. Im Artois ziemlich lebhafter Minenkampf. Nahe der Straße nach Lille rief das Feuer unserer Artillerie drei Explosionen bei feindlichen Batterien in der Gegend von Vimy hervor. Nordwestlich Berry-au-Bac auf dem Marsch befindliche deutsche Truppen wurden durch unser Geschützfeuer überrascht. In der Champagne bombardierten wir Werke des Feindes nördlich von Souain.

Im Woivre wirksames Feuer auf zwei Minenwerfer nordwestlich Flirey. In Lothringen zerstörten unsere Batterien auf der Höhe 423 östlich Senones ein feindliches Blockhaus. Auf den übrigen Teilen der Front Geschützfeuer.

Belgischer Bericht.

Die gestrige Nacht und der heutige Tag verliefen verhältnismäßig ruhig, außer bei Dirmuden, wo sich ein heftiger Artilleriekampf entwickelte, und in der Richtung Steenstraate, wo es mit Bomben geworfen wurde.

Orientalarmee.

Bericht vom 1. Februar. In der Nacht zum 1. Februar warf ein Zeppelin-Luftschiff mehrere Bomben auf Hafen und Stadt Saloniki ab. Zwei Geschosse fielen auf die griechische Präfektur, ein drittes auf die Hauptkassette der Bank von Saloniki, die vollkommen in Flammen aufging. Die andern Bomben verursachten nur wenig Sachschaden. Die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung beträgt 11 Tote und 15 Verletzte, wozu zwei getötete Militärpersonen und eine verletzte kommen. Ein feindliches Flugzeug wurde von einem der unsrigen zwischen Topcin und Berria westlich von Saloniki abgeschossen. Die beiden Flieger, die sich darin befanden und von denen einer noch Jugoslawen war, wurden gefangen genommen.

Die türkische Verfassung.

S. R. Konstantinopel, 3. Februar. Die von der Regierung eingebrachte Vorlage bezüglich einer Abänderung des Paragraph 35 der türkischen Verfassung, derzufolge die kaiserliche Befugnis hinsichtlich der Auflösung der Kammer bedeutend erweitert wird; wurde von dem Parlamente und dem Senate angenommen.

— (Die auswärtigen Beziehungen bei einem Wirtschaftsbandnis mit Deutschland.) Das nunmehr bei uns gleichwie im Deutschen Reiche beinahe allgemein zutage tretende Bestreben nach einem engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusse der Mittelmächte hat eine Reihe höchst schwieriger Probleme aufgeworfen, die man begreiflicherweise auf verschiedene Art zu lösen versucht. In einer Frage gab es aber bis jetzt keine Meinungsverschiedenheit: allenthalben machte sich die Ueberzeugung geltend, daß es vorteilhaft sei, wenn die Mittelmächte mit den anderen Staaten gemeinsam Handelsverträge schließen, so daß es letzteren unmöglich gemacht wird, bei den betreffenden Unterhandlungen Oesterreich-Ungarn gegen Deutschland und dieses gegen unsere Monarchie auszuspielen. Deshalb hat auch die am 19. und 20. November 1915 abgehaltene Delegiertenversammlung der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine von Oesterreich-Ungarn und Deutschland unter Punkt 5 den Beschluß gefaßt: „Die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten sollen von den verbündeten Reichen unter Wahrung der handelspolitischen Hoheitsrechte im Einvernehmen, unter gegenseitiger Unterstützung und gleichzeitig geführt werden; die Verträge sind gleichzeitig abzuschließen.“ Daß aber auch in dieser Hinsicht nicht allgemein gültige Direktiven gegeben werden können, sondern je nach der Sachlage unterschieden werden müsse, wird von Prof. Dr. Schumacher in einer Schrift („Weisbegünstigung und Zollunterscheidung“) überzeugend nachgewiesen. Seiner Ansicht nach werden Deutschland und Oesterreich-Ungarn so wie viele andere politische Verhandlungen auch solche auf dem Gebiete der Handelspolitik allein für sich, ohne Sekundanten, führen können und führen müssen. Denn ein Bündnis bedeute nicht die Beseitigung aller Interessengegensätze; sie bleiben bestehen, politisch wie wirtschaftlich. Ein Bündnis bedeute vielmehr nur, daß man das Gemeinsame für wichtiger hält als das Trennende. Daraus ergebe sich aber, daß die Bundesgenossen überall, wo dieses Trennende überwiegt, ihr Ziel allein für sich zu verfolgen haben, nur gemäßig durch bundesfreundliche Rücksichtnahme. Solche natürliche Interessengegensätze, die kein Vertrag beseitigen kann, liegen nach Schumacher zum Beispiel für die Mittelmächte bei ihren Handelsverträgen mit ihrem gemeinsamen östlichen Nachbarn, Rußland, aber auch mit Rumänien vor. Es wäre ein sinnloser und zweckloser Doktrinarismus, zu verlangen, daß beide Staaten, weil sie Bundesgenossen sind, mit diesen Ländern gemeinsam verhandeln sollten, denn dies hätte nur eine Stärkung der taktischen Stellung der in ihrer Willenskraft nicht gelähmten Gegenpartei zur Folge. Dagegen tritt beispielsweise vielen Ueberseeestaaten gegenüber bei Oesterreich-Ungarn und Deutschland der Widerstreit der Interessen zurück; hier könnte gemeinsames Auftreten die Stellung jedes einzelnen verbessern. Ob nun die Fälle, die für ein gemeinsames Vorgehen geeignet erscheinen, sämtlich im voraus oder erst von Fall zu Fall bestimmt werden, dürfte von keiner großen Bedeutung sein. Prof. Schumacher ist für das zweite Verfahren, weil die Sache neu sei und irgendwelche Erfahrungen nicht vorliegen.

Aus der Sozialdemokratie.

Gegen Mitglieder der Mehrheit der Reichstagsfraktion. Zur Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gehören die Abg. Cohen für Neuh. ä. L. und Heinrich Schulz für Erfurt. Zwei sozialdemokratische Versammlungen in Neuh. ä. L. nahmen nach Vorträgen der Abg. Cohen und Haase eine Resolution an, welche den 20 Kreditverweigerern ihre Sympathie ausspricht und bedauert, daß nicht auch die übrigen Mitglieder der Minderheit sich diesem entschlossenen Vorgehen angeschlossen haben. Ferner heißt es in der Resolution: „Die Versammlung ist mit der Haltung ihres Abgeordneten nicht einverstanden.“ — In Erfurt hat eine sozialdemokratische Vorstandskonferenz am Sonntag gegen 2 Stimmen eine Resolution angenommen, in der nach dem „Vorwärts“ die Konferenz sich auf den Boden der Reichstagsminderheit und der Landtagsmehrheit stellt und eine Fortsetzung der Politik der Minderheit erwartet.

Das Vertrauensvotum für Liebknecht in seinem Reichstagswahlkreise Spandau-Osthavelland ist, wie der „Chemnitzer Volksst.“ von dort geschrieben wird, mit 16 gegen 15 Stimmen beschlossen worden. — Es ist immerhin interessant, zu erfahren, daß der Beschluß, der das „vollständige“ Einverständnis mit Liebknecht erklärte und ihn aufforderte, sich durch nichts abhalten zu lassen, die Interessen des Proletariats entsprechend in den Parlamenten zu vertreten, durch die Zufallsmehrheit von einer einzigen Stimme zustande gekommen ist.

Aus der Sozialdemokratie.

Ein Ersatz für den „Vorwärts“? Das sozialdemokratische Pressebüro teilt mit:

„Auf Beschluß des Parteivorstandes wird von jetzt an die Sozialdemokratische Partei-Korrespondenz jede Woche herausgegeben werden. Bis zum Ausbruch des Krieges erschien sie alle vierzehn Tage, nach Kriegsausbruch unregelmäßig. Die Parteikorrespondenz wird auch in Zukunft das zur Beurteilung der politischen Situation nötige Material bringen und von wichtigen Vorgängen und Meinungsäußerungen innerhalb der Partei fortlaufend Notiz nehmen und, wenn nötig, sachliche Richtigstellungen dazu geben. Die Parteikorrespondenz soll in Zukunft weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden!“

Die „Leipz. Volksztg.“ hebt hervor, daß einer der eifrigsten Vertreter der Politik des 4. August, Reichstagsabgeordneter Schöpflin, die sozialdemokratische Parteikorrespondenz redigiert, und bemerkt dazu:

„Das und die Absicht des Parteivorstandes, die Korrespondenz künftig weiteren Kreisen als bislang anzustellen, lassen deutlich die Absicht erkennen, ein Organ zu schaffen, das die Anschauungen des Parteivorstandes oder richtiger seiner Mehrheit den Genossen vortragen und mundgerecht machen soll.“

Das Leipziger Blatt fordert, daß die Eigenschaft der Parteikorrespondenz „als Organ der Parteivorstands mehrheit“ deutlich zu erkennen gegeben und nicht die Beeinflussung der Genossen unter der falschen Flagge einer objektiven Materialkorrespondenz zu verdecken versucht wird.“

Die sozialdemokratische „Bresl. Volkswacht“ sagt: „Das Organ (d. h. die Parteikorrespondenz) soll in Zukunft offenbar einige der Aufgaben übernehmen, die der „Vorwärts“ zu erfüllen sich dauernd weigert. Uns wäre dazu ein größeres Parteiblatt als geeigneter erschienen.“ Auch die „Chemn. Volksstimme“ glaubt in der Annahme nicht fehlzugehen, „daß der Parteivorstand auf diese Weise nach dem völligen Versagen des „Vorwärts“ als Zentralorgan sich für den Augenblick einen Notbehelf schafft, der es ihm gestattet, zu den Vertrauensleuten der Partei im Lande zu sprechen.“

Abweisung einer Beschwerde des „Vorwärts“ gegen den Parteivorstand. Die „Chemnitzer Volksst.“ schreibt: „In der neuesten Nummer der Partei-Korrespondenz findet sich eine Darstellung des letzten Streites zwischen Parteivorstand und „Vorwärts“. Der „Vorwärts“ wollte Ende November Auszüge aus den Artikeln der „Neuen Zeit“ bringen, in denen Kautsky eine Sonderaktion der Minderheit empfahl, sowie aus den Antwortartikeln, die Martwald und Braun im gleichen Blatt darauf veröffentlicht hatten. Der Parteivorstand sah die Auszüge als nicht objektiv an und hielt die Zusätze der „Vorwärts“-Redaktion für Aufforderung zum Bruch der Fraktions- und Parteidisziplin. Er erhob deshalb gegen die Aufnahme der Auszüge und Bemerkungen Einspruch und forderte vollinhaltlichen Abdruck der Debatte. Die Preßkommission stellte sich auf Seiten der Redaktion und rief die Entscheidung der Kontrollkommission gegen den Parteivorstand an. Die Kontrollkommission hat jetzt einstimmig dahin entschieden:

„In der Beschwerdefache der Preßkommission des „Vorwärts“ gegen den Parteivorstand wegen der Entscheidung über die Aufnahme des Artikels „Politik, Pflicht und Parteidisziplin“ kann die Kontrollkommission eine Überschreitung der Befugnisse des Parteivorstandes nicht erkennen. Der Parteivorstand, der die Einheit der Partei zu wahren hat, mußte die Ablehnung des Artikels verlangen.“

Dagegen war das weitere Verlangen des Parteivorstandes, sämtliche in Frage stehenden Artikel der „Neuen Zeit“ wörtlich abzudrucken, aus sachlichen und technischen Gründen unbillig.“

Reichstagsabg. Rühle hat jetzt gleich dem Abg. Dr. Liebknecht dem Büro des Reichstages seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angezeigt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die nach den letzten Reichstagswahlen 110 Mitglieder stark war, bei

Ersatzwahlen Jerichow verlor, Zauch-Belzig und Borna-Pegau gewann, zählt jetzt nach der Ungültigkeitserklärung des Mandats von Dr. Weill für Meh und nach dem Austritt von Liebknecht und Rühle 108 Mitglieder.

Die abenteuerliche Kaperung

Ueber die abenteuerliche Kaperung des Dampfers „Appam“ durch das deutsche Vermessungsschiff „Möve“ liegen folgende weitere Nachrichten vor:

Früh am Morgen des 15. Januar näherte sich ein unbekanntes Schiff der „Appam“ und gab zwei Schüsse auf den Bug ab. Die „Appam“ vermutete, daß das Schiff ein Seeräuberschiff sei und gab ebenfalls zwei Schüsse ab, die jedoch keine Wirkung hatten. Die Rettungsboote wurden bei beiden Schiffen heruntergelassen, und eines der Rettungsboote der „Appam“ wurde zwischen den beiden Dampfschiffen zerdrückt. Eine Abteilung des deutschen Schiffes kletterte auf das Deck der „Appam“, und Kapitän Harrison, der einsah, daß weiterer Widerstand zwecklos sei, ergab sich. Leutnant Berg kam darauf mit einer Preisenbesatzung von 22 Mann an Bord und das deutsche Kaperschiff verschwand, nachdem es an Bord der „Appam“ eine große Zahl Gefangener gebracht hatte, die es von sieben verschiedenen Schiffen auf der Reise über den Großen Ozean heruntergenommen hatte. Die „Appam“ wurde nun als Hilfskreuzer ausgestattet. Die „Appam“ kam in Amerika an unter dem Namen S. M. S. (Seiner Majestät Schiff) „Appam“. Das Schiff ist in ausgezeichnetem Zustande und hat eine große Ladung, worunter eine Menge Kakaos. Leutnant Berg gab folgende Erzählung seiner Reise: Sein Schiff, dessen Name er zu nennen verweigerte, war fünf Monate lang unterwegs. „Wir waren“, so sagte er, „nur einige wenige Meilen von dem Hafen entfernt, aber wagten nicht, ihn anzulaufen, blieben jedoch in der Nähe und erwarteten die „Appam“.“

Neuter meldet aus Newport: An Bord der „Appam“ befanden sich 451 Personen. Zu diesen gehörten 138 Ueberlebende von den sieben Schiffen, die das Kaperschiff in den Grund gebohrt hatte, zwanzig kriegsgefangene deutsche Bürger aus Kamerun und die Preisenbesatzung von 22 Personen. Die „Appam“ wurde offenbar genommen, ohne daß sie irgend welchen Widerstand leistete, und nachdem lediglich ein Schuß auf ihren Bug abgegeben worden war. Es geschah dies vier Tage nachdem sie aus Dakar abgegangen war. Nachdem eine Preisenbesatzung an Bord gebracht worden war, jagte das deutsche Schiff, von dem noch nicht festgestellt ist, ob es ein Unterseeboot oder ein bewaffnetes Rauffahrtschiff war, einem englischen Transportschiff aus Australien nach, das den Kampf aufnahm und dabei in den Grund gebohrt wurde. Sechs andere Schiffe wurden darauf noch vernichtet und ihre Mannschaft gefangen genommen. Nach einem hier veröffentlichten Bericht dampfte die „Appam“ durch den Atlantischen Ozean in westlicher Richtung. Als sie am Kap Virginia vorbeifuhr, nahm sie einen Lotsen an Bord; auf die drachtlose Anfrage von dem Fort Monroe, wer sie sei, antwortete sie: „Ich bin der deutsche Kreuzer „Buffalo“. Das Schiff hatte Dreizollkanonen auf Borderteil, aber man konnte nicht feststellen, ob diese Kanonen bei seiner Ausreise aus Dakar an Bord waren, oder ob die Deutschen sie aufgestellt hatten. Im ganzen sind von dem deutschen Kriegsfahrzeug sieben Dampfer versenkt worden, und zwar die Dampfer „Corbrige“, „Trader“, „Ariadne“, „Dromonby“, „Farringsford“, „Comaclavist“ und „Arthur“.

Die amerikanischen Zeitungen sprechen laut einem Kabeltelegramm aus New York ihre lebhafteste Bewunderung über das unbekanntes deutsche Kaperschiff aus, das den englischen Dampfer „Appam“ aufbrachte und ihn nach seiner Kaperung als Hilfskreuzer verwendete.

Auch in Dänemark erregte die Nachricht von den Taten der „Möve“ großes Aufsehen.

„Extrabladet“ schreibt: Die Tatsache, daß ein diminutiver deutscher Hilfskreuzer die englische Blockadelinie passiert und über große englische Handelsschiffe ein jüngstes Gericht gehalten hat, sei im höchsten Grade überraschend. Die Deutschen haben ein großes Kunststück ausgeführt und den Engländern den Rang als Beherrscher der Weltmeere wieder einmal streitig gemacht. — „Berlingste Tidende“ sagt: Die Taten der „Möve“ seien überaus lähn und erinnerten an die Wikingerfahrt der „Emden“. Rühmend müsse man her-

vorheben, daß der Kapitän der „Möve“ ebenso wie der Führer der „Emden“ die Besatzungen und Passagiere der gekaperten Dampfer human behandelt hat. Das sei um so merkwürdiger, ja bewundernswert, weil die „Möve“ ein kleines, langsamgehendes Schiff ist.

Washington, 4. d. (Havas.) Lanfing ist der Ansicht, daß der Dampfer „Appam“ als Kriegspriese anzusehen sei.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 5. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

4. Februar, 3 Uhr nachmittags. Während der Nacht war kein besonderes Ereignis zu verzeichnen, außer in den Vogesen, wo die Artillerie auf beiden Seiten sich am Braunkopf, im Fochthal und bei Mtmatt, nordwestlich Mezeval, ziemlich lebhaft zeigte.

11 Uhr nachts. Der Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Unsere schwere Artillerie schoss auf eine Infanteriekolonnie und auf feindliche Abteilungen, die in Bove eingezogen waren. Beschießung der deutschen Werke in der Champagne (Gegend von Tahure und Mont Tatu), in den Argonnen (Abschnitt La Sarazée) und in Lothringen (auf der Front Romény-Morville). Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Belgischer Bericht.

Gegenseitige Beschießung, besonders im Mittelpunkt der belgischen Front. Unsere Artillerie zerstreute zahlreiche Arbeitergruppen.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 5. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

4. Februar, 3 Uhr nachmittags. Während der Nacht war kein besonderes Ereignis zu verzeichnen, außer in den Vogesen, wo die Artillerie auf beiden Seiten sich am Braunkopf, im Fochttal und bei Altmatt, nordwestlich Meheral, ziemlich lebhaft zeigte.

11 Uhr nachts. Der Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Unsere schwere Artillerie schoss auf eine Infanteriekolonnie und auf feindliche Abteilungen, die in Höhe eingezogen waren. Beschießung der deutschen Werke in der Champagne (Gegend von Tahure und Mont Letu), in den Argonnen (Abschnitt La Harazée) und in Lothringen (auf der Front Lottény-Morville). Von der übrigen Front ist nichts Wichtiges zu melden.

Belgischer Bericht.

Gegenseitige Beschießung, besonders im Mittelpunkt der belgischen Front. Unsere Artillerie zerstörte zahlreiche Arbeitergräben.

Rechtliche Stellung der österreichischen Staatsangehörigen in Frankreich.

Wien, 5. Februar.

Das Verordnungsblatt des Justizministeriums veröffentlicht folgende Mitteilung: Wie die französische Regierung mitteilte, hatte der Kriegszustand zur Folge, daß die Ausübung der Rechte, die den feindlichen Staatsangehörigen in Frankreich zustehen, aufgehoben wurde, während der Besitz dieser Rechte ihnen blieb. Ueber die Fähigkeit der feindlichen Staatsangehörigen zum Erwerbe beweglicher und unbeweglicher Güter wurde keine andere Verfügung getroffen als die Verordnung vom 27. September 1914. Davon abgesehen, wurde das Recht, bewegliche oder unbewegliche Güter zu erwerben, keiner Beschränkung unterworfen. Hinsichtlich der Testamente und Schenkungen ergebe sich aus den angeführten Grundsätzen, daß österreichische Staatsangehörige nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung fähig seien, zu erben oder zu erhalten. Während der Dauer der Feindseligkeiten bleibe jedoch die Ausübung der ihnen zustehenden Rechte, auch jener des Erwerbes beweglicher oder unbeweglicher Güter, aufgehoben, und um die Aufhebung dieser Rechte sicherzustellen, wurde von den Gerichten die Sequestration angeordnet.

Anlässlich eines besonderen Falles hat die französische Regierung bekanntgegeben, daß es dem Sequester zukommen würde, alle Handlungen vorzunehmen, die zur Erhaltung der Rechte des österreichischen oder ungarischen Besitzers einer Liegenschaft, der in seinem Besitze gestört wurde, als nützlich angesehen werden können.

In Entscheidungen französischer Gerichte wurde ausgesprochen, daß die Pforten der französischen Gerichte den feindlichen Staatsangehörigen verschlossen sein müssen, daß ein feindlicher Staatsangehöriger kein *jus standi in judicio* genieße, die einem französischen Rechtsanwalt nach Kriegsausbruch erteilte Vollmacht eines feindlichen Staatsangehörigen ungültig und die Verhandlung ohne dessen Beteiligung fortzusetzen sei.

Die Sequestration des Vermögens der feindlichen Staatsangehörigen wurde in Frankreich nicht durch eine ausdrückliche gesetzliche Verfügung angeordnet, sondern durch Gerichtsgebrauch auf Grund der Verordnung vom 27. September 1914 eingeführt und von der Regierung gebilligt. In mehreren Verordnungen wurde mit allem Nachdrucke darauf gedrungen, daß das gesamte Vermögen der feindlichen Staatsangehörigen von der Sequestration erfaßt werde.

Demnach sind nach Ansicht des Justizministeriums die österreichischen Staatsangehörigen in Frankreich nicht in der Lage, als Kläger vor französischen Gerichten aufzutreten.

Zur Kapitulationsgeschichte Montenegros

Russische Aufklärung

(Von unserem russischen Mitarbeiter)

Wl. E. Koch zu Anfang Januar sprach der bekannte russische Militärkritiker Oberst W. Michailowky im „Ruskoje Sslowo“ die Hoffnung aus, Montenegro werde als Zitadelle der Südslawen nicht nur sich selbst verteidigen, sondern auch ein guter Platz für die zu reorganisierende serbische Armee sein. Jedoch schon einige Tage vor der Kapitulation betrachtete derselbe Michailowky die Lage der Montenegriner als eine solche, die äußerst peinliche Ueberraschungen für die Alliierten bringen könne, falls in der letzten Stunde keine auswärtige Hilfe eintreffe.

Wie aus dem „Ruskoje Sslowo“, dem Sprachrohr des russischen Ministeriums des Neußern, hervorgeht, hat der montenegrinische Ministerpräsident Lazzaro Miuschkowitsch schon zwei Wochen vor der Kapitulation im Namen des Königs Nikita dem russischen Geschäftsträger Iztomin mitgeteilt, daß Montenegro nicht mehr imstande sei, den Krieg fortzusetzen. Montenegro habe sich wohl offiziell dem Londoner Vertrag bezüglich des Separatfriedens angeschlossen, die Umstände zwingen es aber, mit Oesterreich eine Vereinbarung (soglaschenije) zu treffen. Nachdem langte in Rußland ein Brief Nikitas ein mit dem Gesuch, Montenegro zu gestatten, den Separatfrieden abzuschließen. Gleichzeitig schickte König Nikita ähnliche Briefe ab an den König von England und an den Präsidenten der französischen Republik. Es fanden in dieser Frage mehrere wichtige Beratungen zwischen Sjasonow und den Gesandten der Alliierten in Petersburg statt. Zu diesen Beratungen wurde auch der italienische Gesandte, Marquis Karloti, zugezogen. Nach einem Meinungsaustausch zwischen den russischen, französischen und englischen Ministern des Neußern wurde schließlich Montenegro mitgeteilt, falls in Wirklichkeit seine Lage so jämmerlich sei, so haben die Alliierten prinzipiell nichts dagegen, wenn es den Separatfrieden abschließe. Die Alliierten machten jedoch Montenegro zum voraus darauf aufmerksam, daß beim Separatfriedensschluß es notwendig sei, offiziell das Bündnis mit den Alliierten zu lösen, damit kein anderer Staat sich entschließe, in ähnlicher Weise einen Separatfrieden einzugehen.

Auch die „Nowoje Wremja“ teilt jetzt mit, daß die Kapitulation Montenegros für die russische Diplomatie nicht unerwartet kam. Die Lage Montenegros wurde in Petersburg als so rettungslos betrachtet, daß der neue russische Gesandte in Cetinje, Leon Wladimirowitsch Jalswin (der bis zum Krieg als russischer Generalkonsul in Wien war), die Weisung aus Petersburg erhielt, in Brindisi zu bleiben und nicht weiterzureisen. Kurz vor der Katastrophe machte König Nikita den russischen Geschäftsträger in Cetinje, Obnorstij, und dessen Sekretär, Suchutin, auf die gefährliche Lage in Montenegro aufmerksam, worauf dieselben sich sofort nach Stutari begaben.

Der frühere russische Gesandte in Cetinje, N. N. Schtscheglow, betont, daß alle Borwürfe an Rußland bezüglich Montenegros ungerecht seien. Rußland habe alles Mögliche getan. Schtscheglow könne aber nicht begreifen, auf welche Weise die österreichische Flotte so leicht in die Bucht von Cattaro vordringen konnte. Auch der im russischen Heere dienende montenegrinische General J. J. Popowitsch-Lipowak fragt in der „Nowoje Wremja“ sehr erstaunt, wohin die Flotte der Alliierten verschwunden war, als sie den Montenegrinern Hilfe bringen sollte. Auch Italien habe keine Landungstruppen nach Montenegro geschickt. Kein italienischer Soldat sei auf montenegrinischem Boden gewesen und es werde auch niemals einer hinkommen. Nachdem General Popowitsch-Lipowak die Not in Montenegro ausführlich geschildert hat — worüber wir im „Bund“ schon am 13. Januar aus russischer Quelle einen Artikel veröffentlichten —, sagt er zum Schluß: Die Montenegriner schämten sich gar nicht, daß sie von einem solchen Feind besiegt worden sind, welchen das gigantische Europa bisher nicht zu bezwingen vermochte.

Die russischen Presseäußerungen bekunden eine sehr auffallende Verstimmung gegen Italien. Der „Golos“ betont, man müsse der

Wahrheit kühn ins Auge schauen und dürfe nicht versuchen, die moralische Bedeutung des Vorgehens Montenegros herabzusetzen. Auch General Koljubatin spricht dasselbe in der „Petrogradskaja Gazeta“ aus. Die Äußerungen der „Rjetsch“ sind beinahe vollständig von der Zensur gestrichen worden. Dieses Kadettenblatt bezeichnet das Vorgehen Montenegros als ein trübes Symptom, ein trauriges Vorzeichen des Separatfriedens und als gute politische Lehre für die Zukunft. — So viel hat die Zensur vom Leitartikel der „Rjetsch“ gelassen.

Der Bejager des Meeres.

Von Professor N. Kjellen (Stockholm).

N. Kjellen, Professor für Staatswissenschaften an der Universität Stockholm, veröffentlicht diesen Artikel in dem schwedischen Blatt „Allshanda“. Der Verfasser des Buches „Die Großmächte der Gegenwart“ und der Schrift „Die Ideen von 1914“ ist in Deutschland weiteren Kreisen durch seine führende Stellung in der deutschfreundlichen Strömung in Schweden bekannt geworden; er wurde kürzlich in den geheimen Ausschuss des schwedischen Reichstags gewählt. D. Reb.

Ein Volk in der Welt ist vor allen andern als Beschützer des Rechtes aufgetreten: England. Gemäß seiner offiziellen Version nahm es ja ausschließlich am Kriege teil und setzte seine ganze Wohlfahrt aufs Spiel, um Belgiens verletztes Recht wieder herzustellen. Wir haben auch bis zum Ueberdruß gehört, daß der ganze Krieg im Grunde ein Krieg für das Recht ist. Eine Partei in unserm Land ist auch vor allen andern mit dem Monopolanspruch, Verfechter des Rechtes zu sein, aufgetreten: die Pirle. Sie schlägt sich vor die Brust und dankt Gott, daß sie nicht ist wie jene Zöllner, die der „Machtphilosophie“ verfallen sind.

Unser Interesse ist rein theoretischer Natur. Wir beabsichtigen nicht, zu loben oder zu tadeln; wir wollen nur verstehen. Wir wollen den englischen Rechtsbegriff verstehen, so wie die Engländer ihn selbst — offenbar im besten Glauben — als Beleg für ihre Handlungen anwenden. Zu diesem Studium bietet die letzte Rede Sir Edward Grey über die Prinzipien der englischen Blockade eine ebenso umgesuchte wie dankbare Gelegenheit. Die Quintessenz dieser Rechtsauffassung ist in folgendem Passus enthalten: „Wenn die Neutralen unser Recht, den Handel mit dem Feind durch neutrale Länder zu unterbinden, verneinen, muß ich bestimmt erklären, daß sie durch diesen Standpunkt ihre Neutralität ausgeben.“ Worauf gründet sich nun Englands Recht, in den neutralen Handel einzugreifen? Das Völkerrecht kennt nur ein solches Recht, und das ist bei der Blockade. Aber es macht einen Unterschied zwischen Blockade und Seeräuberei. Es stellt in bezug auf die Blockade die Forderung auf, daß sie effektiv sein und in den Gewässern des Feindes, nicht in denen neutraler Mächte ausgeübt werden soll. Ist Deutschland in Blockade erklärt, so soll die Blockade in den deutschen Gewässern, d. h. in der Nord- und Ostsee, aufrecht erhalten werden. Ist Deutschland in Blockade erklärt, so ist es demnach Deutschland, das blockiert werden soll und nicht die neutralen Mächte. Das dürfte zu den Dingen gehören, über die eine Diskussion überflüssig ist. Nun aber verhält es sich so, daß England die Blockade in der Ostsee nicht aufrecht zu erhalten vermag. Es kann dort mit keinen effektiven Mitteln eingreifen. Da entdeckt es eine andre effektive Methode: die geographische Bedeckung der Ostsee zu blockieren, nämlich Skandinavien. Damit umgeht man die Schwierigkeit. So kann man sich billiger aus der Affäre ziehen. Man braucht nicht mehr in der Ostsee Macht zu halten. Nur etwas liegt hier im Wege, nämlich Skandinavien und dann noch etwas — das Völkerrecht.

Wenn wir somit den Fall analysieren, so bleibt schließlich nichts übrig als Englands Bedarf und Englands Vorteil. Keine Unze Recht, aber ein Pfund englisches Interesse. Und dieses Pfund muß die Unze in dem Grade ersetzen, daß es sich in den Namen leidat, welcher der Unze zukommt. So ist es immer bei primitiveren Ereignissen: Wenn ein Interesse sich tüchtig ausgewachsen hat, wechselt es vor den Augen des Besitzers den Namen und bezeichnet sich als Recht. Es ist kein Grund dazu da, anzunehmen, daß England hier tiefer sieht als andere Mächte. Wir können also jetzt, gestützt auf die während des Weltkrieges hervorgetretenen Tatsachen, ein Dogma aufstellen, das die Parallele zu dem Mohfeldischen bildet: Wenn eine Macht einen großen Vorteil daran hat, Unrecht zu tun, so hat sie Recht. Das Problem vom Rechtsbegriff der Mächte ist jedoch mit diesem Postulat noch nicht erschöpft. Für England kommt noch etwas dazu, und das ist seine Herrschaft auf dem Meer. Außer seiner Auffassung von dem Recht der Blockade sucht es noch einen andern Rechtsgrund für sein Vorgehen in seinen „naval supremacy“. Was ist nun das? Hat irgend ein Richterstuhl, irgend eine Instanz oder irgend ein Abkommen Englands zufällige Uebermacht zur See in die anerkannten Bestimmungen des Völkerrechtes aufgenommen? Steht es irgendwo geschrieben, daß das zusammenhängende Wassergebiet dieses Planeten einem der vielen heutigen Staaten mit Rechtskraft zuerkannt ist? Nein, darüber gibt es gewiß kein Papier; aber nehmen wir einmal an, daß dem so ist. Dann erkennen wir wieder die schöne Maske: die Macht auf

dem Meer begründet einzig und allein Englands Recht auf das Meer. Oder mit einer kleinen Verflüchtung: Macht ist Recht. Wenn ein Staat die Macht hat, sein Interesse an einem Unrecht zu verfolgen, so hat er Recht.

Zur Beleuchtung der Sache möge ein Vergleich dienen. Nehmen wir einmal an, daß Deutschlands Armee die unvergleichlich stärkste in Europa wäre, und daß Deutschland auf Grund dessen seine Herrschaft in Europa proklamierte; es hätte dabei genau denselben Rechtsgrund, auf den sich England jetzt zur See beruft. Deutschland würde den Handel fremder friedlicher Mächte unterbinden und sie in ihrem offenbundensten Recht verletzen können, und zwar genau mit derselben Motivierung, die England jetzt Schweden gegenüber anwendet. Denn nichts andres als das nackte Faktum, daß Englands Flotte stärker als die Schwedens ist, kann zur Verteidigung für Englands „Recht“, Schweden auf „Nationen“ zu setzen und seine Waren aufzubringen und zu behalten, angeführt werden.

5./II. 1916

Ein Denkmal zur Erinnerung an die
Monarchenbegegnung in Nisch.

Sofia, 4. Februar.

Der Ministerrat hat beschlossen, die Begegnung des
Königs von Bulgarien mit dem deutschen
Kaiser durch Errichtung eines Marmordenkmal
in Nisch zu verewigen.

**Auszeichnung König Ferdinands durch den
König von Sachsen.**

Sofia, 4. Februar.

Eine sächsische Mission, bestehend aus dem sächsischen Gesandten in Wien Grafen Rez, dem Legationsrat Oberst Senfft und dem Grafen Bittum v. Castadt, ist gestern abend hier eingetroffen. Bei der Ankunft wurden die Mitglieder der Mission vom Hofmarschall General Sawow, dem Eisenbahnminister Apostolow und dem Generalsekretär des Ministeriums des Neuhern Kossow begrüßt.

Heute vormittag wurden die Mitglieder der Mission vom König in Audienz empfangen. Die Mission überbrachte dem König das ihm vom König Friedrich August von Sachsen verliehene Großkreuz des Militär-St. Heinrichs-Ordens, das bisher nur zwei Souveräne besaßen, nämlich Kaiser Franz Josef und Kaiser Wilhelm.

Salandras Turiner Rede.

R. Lugano, 4. Februar. Die Rede, welche Ministerpräsident Salandra in Turin in Beantwortung der Ansprache des Senators Ferrero di Cambiano hielt, hatte folgenden Wortlaut:

„Es fällt mir schwer, mit angemessenen Worten die sehr erhabene Rede des Senators Ferrero di Cambiano, an welchen mich mehrere Jahrzehnte gemeinsamen Dienstes für das Vaterland und gemeinsame Ideale knüpfen, zu beantworten. Diese Ideale hat er heute erneut behauptet. Er weiß, welches die Opfer sind, die für ein im Kriege und Frieden großes, ruhmvolles und reiches Italien gebracht werden müssen. Sie, meine Herren, monarchisch gesinnte Liberale, stellen einen Bund politischer Kräfte im weitesten und edelsten Sinne des Wortes dar. So

empfangen Sie denn vor allem eine Empfehlung von mir. Bleiben Sie, wie Sie sind, stark, kompakt und beharrlich, um heute die Regierung zu stützen und sie gegebenen Falles durch eine andere Regierung zu ersetzen. Wir sind im Schützengraben und der Schützengraben zermürbt die Kräfte. Der Augenblick kann kommen, daß wir uns auf die Rückzugswegen begeben, wohlverstanden, daß wir alle, vom Chef angefangen, uns auf die Rückzugswegen begeben. Er könnte kommen, dieser Augenblick, und die monarchische liberale Partei, diese große Partei, die Italien geschaffen hat und vollenden müssen, muß einen Vorrat von Männern haben, um sie dem Lande in Dienst zu stellen und nötigen Falles zum Opfer zu bringen. Nicht das ist wichtig, daß gerade wir auf dem Posten sind, sondern wichtig ist, daß die große monarchische liberale Partei in allen ihren divergierenden Tendenzen sich geeinigt erhalte, denn eine Gruppe oder nur ein Teil würde für die zu erfüllende Aufgabe nicht genügen. Eben darum bin ich auch vom politischen Gesichtspunkte froh über diese Zusammenkunft, die ja nicht den Ausschluß anderer Gruppen oder Parteien besagen will. Auch jene, welche zu Anfang draußen geblieben sind, mögen mit uns kommen. Wir müssen sie aufnehmen, aber die Führung des Landes in diesem Augenblicke gebührt der monarchischen liberalen Partei. Sie begann die Vereinlichung Italiens, sie muß sie vollenden. Hernach wird das kommen, was das Geschick wollen wird.

Ich bin hieher gekommen, um, wie in anderen Großstädten Italiens, so auch von Euch den belebenden Antrieb zu empfangen, der nothut, um auf dem rauhen Wege, den wir im vollen Bewußtsein nicht bloß der Schwierigkeiten des Unternehmens, sondern auch seiner absoluten Nothwendigkeit betreten haben, weiterzuschreiten. Daß Turin, wie es gezeigt hat, einträchtig, fest und eifrig in der Unterstützung der Regierung Italiens ist, gereicht mir sicherlich zu großem Troste. Ich lehre nach dem erhabenen Rom mit lebendigeren und stärkeren Energien, als mit denen ich nach Turin gekommen bin, zurück. Ich nehme den Hauch Eurer antiken und edlen piemontesischen Seele, Eurer Ueberlieferungen, der hier allenthalben befindlichen Erinnerungen Eurer großen Männer und alles dessen mit, was Eure Väter taten und was Ihr sicherlich für Italien wieder tun werdet. Mit diesen Erinnerungen, Turiner, nehme ich von Euch Abschied, gestärkt und begeistert von dem, was Turin zu sein gezeigt hat. Dank Euch, Freunde, erlaubt mir das Wort, Turiner Freunde, piemontesische Freunde, für diesen Eindruck, den Ihr unauslöschlich in meiner Seele eingezeichnet habt!“

Salandra über die Bundesgenossen Italiens.

Neuerliche Ankündigung der Rücktrittsabsicht.

R. Lugano, 4. Februar. In Genua beantwortete Ministerpräsident Salandra eine vom Präsidenten des Hafenkonsortiums gegebene Schilderung der Opfer, welche der Krieg verlangt, mit einer Rede, in welcher er ausführte:

„Wenn wir dem Auslande für die Schiffsfrachttarife und die für unsere Industrien, unsere Ernährung und unser ganzes Leben notwendigen Schiffe nicht untertan zu sein brauchten, würden wir uns stärker fühlen gegenüber unseren Gegnern und auch gegenüber den Verbündeten.“

„Hoffen wir, daß nicht wir, die wir vielleicht ermüdet sind, wohl aber andere Männer aus dieser Sektion Ruhen zu ziehen verstehen und das tun werden, was nicht getan worden ist. Inzwischen müssen wir mit den Kräften und Gütern, die wir haben, auszukommen trachten.“

Nächst der Schlacht am Isonzo ist am wichtigsten der Kampf, der in Genua zu bestehen ist, von dessen Energie und Opferwilligkeit Italien viel erwartet.

Das Rätsel der „Möwe“.

wb. London, 6. Februar. (Drahtbericht.) Die Blätter berichten aus New York: Der englische Gouverneur von Sierra Leone, Merewether, der auf der „Appam“ gefangen war, erzählte dem Berichtserstatter der „Associated Press“:

„Das Schiff, das die „Appam“ erbeutete, war sicher nicht die „Möwe“, sondern ein Schiff von etwa 3500 Tonnen, das wahrscheinlich zunächst mit Obst fuhr. Die Art, wie das Schiff die „Appam“ erbeutete, war äußerst schlau. Als es am Horizont auftauchte, zeigte es das Notsignal. Der Kapitän der „Appam“ hielt es für ein englisches Frachtschiff und eilte zu Hilfe. Die Flagge war nicht genau erkennbar. Wir hielten sie für den Union-Jack. Tatsächlich war es die deutsche Kriegsflagge. Als wir bis 200 Yards herangekommen waren und die Maschinen stoppten, wurden wir durch eine plötzliche Veränderung des Aussehens des Schiffes betroffen. Die Brustwehr, die ganz fest ausgesehen hatte, verschwand wie durch Zauber. An ihrer Stelle erschien eine Batterie von sieben vier- bis sechszölligen Geschützen. Die Kanoniere waren an ihren Posten. Eine Kugel flog über unser Schiff weg. Wir hatten nur eine dreizöllige Kanone, die ganz nutzlos war, umso mehr, als die Bedienung überall auf dem Schiffe verstreut war. Es war unmöglich, Widerstand zu leisten. Der Deutsche sprach zu uns durch das Megaphon und der Kapitän gab sofort zu, daß wir deutsche Gefangene hätten, die in England interniert werden sollten. Darauf ging ein Boot von dem deutschen Kreuzer mit 21 Mann und dem Leutnant Berg ab. Sie befreiten die deutschen Gefangenen, bewaffneten sie mit Gewehren und Revolvern und machten sie zu unseren Wächtern. Schließlich blieben 43 Deutsche auf der „Appam“, die uns bewachten. Der deutsche Kreuzer blieb zwei Tage bei uns. Als die „Clan MacTavish“ am Horizont auftauchte, verfolgten wir unseren Kurs, während der Kreuzer auf das englische Schiff zu fuhr.

Der Kreuzer war wieder, allem Anschein nach, ein harmloses Frachtschiff, aber der „Clan MacTavish“ muß Argwohn geschöpft haben, denn er schoß plötzlich ohne Warnung ein Geschütz ab. Darauf ließ der Kreuzer seine Masten fallen und eröffnete das Feuer gegen den „MacTavish“. Es war ein feines Gefecht, obwohl es einseitig war, und dauerte nur eine halbe Stunde. Die deutschen Kanonen überschütteten den Gegner mit einem Geschosregen, der mehrere Matrosen tötete und ein halbes Duzend verwundete. Die Lufelage zerriß. Die beiden Dampfer kämpften so nahe aneinander, daß die Geschützwirkung schrecklich war. Aber selbst unter diesen Umständen wollte der britische Kapitän sich nicht ergeben. Immer wieder ließ er die einzige dreizöllige Kanone abfeuern. Der Feind antwortete immer wieder mit seinen Dreißelken. Als die Deutschen mit dem Feuer aufhörten, begann der „MacTavish“ zu kentern und holte plötzlich über. Viele Personen der Besatzung wurden gerettet. Schließlich feuerte das deutsche Schiff zwei Torpedos ab, die beide trafen. Der „MacTavish“ versank kurz darauf. Die Deutschen ließen so schnell wie möglich Boote herab und ruderten zu der Stelle, wo das Schiff gesunken war, um Ueberlebende zu suchen.

Die „Appam“ führte gegen 200 000 Pfund Sterling in Gold mit sich. Merewether betonte, daß die Deutschen die britischen Gefangenen mit größter Höflichkeit und Rücksicht behandelten. Ein anderer englischer Gefangener sagte, der deutsche Kreuzer war ein ganz neues Schiff und mindestens 5000 Tonnen groß, mit mehreren Hundert Mann Besatzung, die aber verschiedene Schiffsnamen auf den Rücken führten. Die Deutschen legten auf die „Appam“, sobald sie diese erbeutet hatten, mehrere Bomben und drohten, das Schiff in die Luft zu sprengen, wenn Widerstand würde.

6. II. 1916

Die Kämpfe an der bekarabischen Front

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der österreichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Oesterr.-ungarisches Kriegspressequartier. Bekarabische Front, Im Kampfabschnitt der bei der Abweisung der russischen Offensive im Raum Toporouh-Karance so hervorragend beteiligten 40. Honveddivision war ich heute Zeuge eines heftigen Artilleriekampfes. Unser Beobachtungspunkt gestattete eine umfassende Uebersicht über das ganze in den letzten Wochen so heiß umstrittene Gelände. Zum Greifen nahe war das von einer strahlenden Sonne beschienene Gelände. Von den blauen rumänischen Bergen, die sich zur Rechten als sanft gewellte Lehnen hinziehen, reicht der Blick weit hinauf gegen den Dnjestr. Unmittelbar zu unsern Füßen, in Mulden gebettet, liegen die hellen Häuser von Toporouh und Karance, in die es alle Augenblicke krachend hineinfegt. Der Meierhof von Toporouh ist ein Ruinensteck. Etwas nach Osten zurückgeschoben ist ein lehmfarbener Hügelzug: die Kote 298 und von struppigem Gehölz überzogen der Obstgarten, das Zentrum der schweren Winterschlacht. Dahinter ein dunkler, getönter Rücken. Dort kleben die russischen Stellungen. Drüben über der bekarabischen Grenze blendend weiß die Kuppelkirche von Rakitna. Hinüber und herüber ein Dröhnen und Rollen und Pfeifen. Die Luft hängt voll von Schrapnell-Wolken, die Hänge speien unausgesetzt die braunen und schwarzen Säulen der Granatexplosionen aus. Wenn die zerflatternden Wölkchen ein schmutziges Grün zeigen, dann rühren sie von japanischer Munition her.

Wenn man den Hügelrücken zwischen Toporouh und Karance, an dem die machtvollen russischen Vorstöße zerschellten, näher betrachtet, dann staunt man darüber, wie schmal dieser Angriffsraum ist, über den der so heiß ersehnte Weg nach Czernowitj führen sollte. Eine ganz kurze Wanderung muß es von einem Ende zum andern sein. Viel schmaler mutet hier die Wirklichkeit an, als man es sich nach der Karte eigentlich vorstellen sollte. Noch nie hat eine langandauernde russische Massenaktion sich auf eine derart enge Basis konzentriert. Wie fest der Wille war, hier durchzustößen, läßt sich daraus ermessen. Immer neue Massen speie die russische Front gegen diesen kleinen Verteidigungsabschnitt aus, und mit gewaltigen Munitionsmengen beschloß die gegnerische Artillerie die Hindernisse, die Deckungen und die Hügel. Einmal mußte bei dieser Massenorgie nach der Rechnung General Zwanows der schmale gelbe Hügelrücken in einen Trümmerhaufen verwandelt und die Kraft der Verteidiger erlahmt sein.

Der Hügelrücken ward durchlöchert. Wie eine wild zerrissene Frage ist er anzuschauen. Kreuz und quer tief aufgerissen und aufgewühlt ist das Erdreich, rings nichts als phantastische Furchen. Aber die Verteidiger wankten nicht. Die Ungarn: Honveds und alte Landstürmer, die Kroaten und die andern österreichisch-ungarischen Truppen, die den Weg nach Czernowitj mit ihren Leibern deckten, wichen auch nicht aus den zerschossenen Gräben. Schlimmer noch als am 13. März soll nach Angaben von Soldaten, die an beiden Fronten kämpften, das Trommelfeuer gewesen sein. Doch tapfer verteidigte man sich in diesen zerschossenen Gräben, und alle Anstrengungen der Angreifer blieben erfolglos.

So schmal der Angriffsraum, so groß die Zahl der Toten und Verwundeten, die er die Russen kostete. An den beiden letzten Sturmtagen, den furchtbarsten der ganzen Schlacht, blieben nach zuverlässigen Schätzungen zwanzigtausend Mann liegen. An diesen Tagen griffen außer den bereits in der Front befindlichen russischen Truppen zwei neu herangebrachte Elitedivisionen Linieninfanterie und Schützen in den Kampf ein. Wie eine Sturmflut brandeten sie heran und wie eine Sturzwellen ergossen sie sich in den ersten Gräben. Sofort schoß die russische Artillerie, die im Zeitraum von 24 Stunden 80.000 bis 80.000 Schuß abgab, eine Sperrfeuerkette. Eine Wand von Feuer und Eisen erstand hinter der ersten österreichisch-ungarischen Linie, um das Herankommen der Reserven zu verhindern, aber diese hatten bereits den gefährlichen Raum durchmessen und während der Gegner ins Leere schoß, stürzten sie sich auf die Eindringlinge. Ein Handgemenge begann, wie es wütender an dieser Front noch

nicht dagewesen sein soll. Auf die mit Messer und Handgranaten angehenden Russen warfen sich die Honveds vom Regiment 30. Lange Stunden währte das blutige Ringen Mann um Mann, in dem die Ungarn immer mehr die Oberhand gewannen. Den russischen Regimentern, die zu Hilfe eilen wollten, sperrte die österreichisch-ungarische Artillerie den Weg. Alle unsere eingesetzten Reserven sind Leichen, sagten russische Ueberläufer aus. Am Abend war der Graben gänzlich gesäubert und der Angriff restlos abgeschlagen.

6. / 7. 1916

Der Balkanfeldzug

Athen, 5. d. (Havas) Die „Patris“ erfährt, die in Südalbanien erscheinenden bulgarischen Truppen hätten zahlreiche Misserfolge gehabt, die teilweise auf die Verproviantierungs-Schwierigkeiten zurückzuführen seien. Die Bulgaren wurden genötigt, sich gegen den Drin zurückzuziehen. Eine neue bulgarische Expedition nach Albanien erscheint als ziemlich schwierig, da Gisha d. Pascha alle strategischen Stellungen besetzt hat. Ein Teil der in Durazzo reorganisierten serbischen Truppen kämpft mit den Albanern. Auf Korfu sind insgesamt über 40,000 Serben gelandet worden.

Zur Waffenstreckung Montenegros General Becir spricht

Sp. Wien, 5. d. (W. A. G.) Die „Neue Freie Presse“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Kriegsberichterstatters mit dem montenegrinischen General Becir unmittelbar nach Unterzeichnung des Waffenstreckungsprotokolls. Danach bezeichnete Becir, welcher das Kommando an der herzegowinischen Grenze geführt hatte, es als unerklärlich, daß der Lowzen binnen drei Tagen gewonnen wurde. Es sei richtig, daß die Entente Montenegro im Stich ließ und ihm weder moderne Waffen noch genügend Munition, nicht einmal Brot für seine Soldaten lieferte, die, ohne zu murren, harte Strapazen und wochenlang Hunger ertrugen und die, wie jeder Montenegriner, bereit waren, bis zum letzten Atemzug auszuharren. Trotzdem in Montenegro, in welches die großserbische Propaganda getragen worden war, bekannt war, daß Serbien bei Kriegsausbruch daran dachte, Montenegro zu vernichten, um die Vereinigung aller Serben unter Serbien durchzuführen zu können, blieb ihm nichts übrig, als am Kriege teilzunehmen. Becir war drei Monate nach Kriegsbeginn dem serbischen Hauptquartier zugeteilt worden. Er fehrte jedoch, als er immer deutlicher sah, was Serbien beabsichtigte, nach Montenegro zurück, weil er dieses Spiel nicht länger mit ansehen konnte. Auf die Frage, warum König Nikita das Land verlassen, sprach Becir die Ansicht aus, daß der König für sein Leben fürchtete und deshalb außer Landes ging. Serbien hatte schon lange geschürt und den Fall des Lowzen benützt, um noch mehr gegen König und Dynastie zu hetzen.

Oesterreichische Truppenbewegungen

Italienische Meldung

Rom, 5. d. Die „Idea Nazionale“ meldet, daß bedeutende österreichische Kontingente, die an der Besetzung Montenegros teilgenommen haben, jetzt gegen den Sandschak Novi-pazar und Altserbien vorgehen mit dem Bestimmungsort Saloniki. Der österreichisch-deutsche Generalstab sei besorgt, angesichts der fortdauernden Ankunft frischer Truppen der Verbündeten im Hafen von Saloniki, und habe eine sofortige energische Aktion gegen die improvisierte griechische Festung beschlossen.

Montenegriner in Durazzo

Rom, 5. d. Die „Idea Nazionale“ meldet aus Durazzo, daß dort nach einem beschwerlichen Rückzuge 2000 montenegrinische Soldaten mit drei Generälen und vierzehn anderen Offizieren eingetroffen sind. Sie gehörten der von Exministerpräsident Bufotisch kommandierten Division an.

Umrüstung in Griechenland?

„L'Information“ meldet aus Athen, daß nach den Versicherungen aus politischen Kreisen eine teilweise Demobilisierung des griechischen Heeres von der Regierung beschlossen worden sei. Ein königlicher Erlaß über die Entlassung der Jahrgänge 1892 bis 1900 anordnet, werde in allernächster Zeit veröffentlicht werden. Die Reserveoffiziere der Jahrgangsklassen 1889 bis 1892 seien jetzt entlassen worden.

6. 11. 1916

Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Der Luftkrieg. — Die Front in Frankreich.
— Die Italiener in Albanien. — Gesamtlage auf der Balkanhalbinsel.

4. Februar.

Schon die Zusammenstellung über die Fliegerverluste, die unsere oberste Heeresleitung vor einiger Zeit veröffentlichte, war eine gute Antwort auf die englischen Prahlereien von der Ueberlegenheit der englischen Flugzeuge. Eine noch kräftigere Antwort ist durch unsere Luftschiffe erteilt worden, aus der doch hervorgehen dürfte, daß wir zur Zeit tatsächlich die Herrschaft in der Luft besitzen. Auch der ganz unvermeidliche Verlust eines oder des anderen Flugzeugs und Luftschiffs, wie der des „L. 19“, den wir auf das Tiefste bedauern, kann an dieser Tatsache nichts ändern, zumal bisher noch nicht festgestellt, wodurch der Zeppelin havariert ist. Die ganze Wut der Franzosen darüber, daß wir ungehindert die Hauptstätten englischer Munitionserzeugung und ebenso Paris mit unseren Bomben erreichen, spricht sich in der kindlichen Frage des „Temps“ aus: „Waren die Zeppeline über London und Paris vielleicht ein Geschwader von Luftschiffen neuen Typs, die eine Versuchsfahrt machten? Man hat noch keine Gewißheit darüber, aber es ist sicher, daß der Feind die Luftoperationen als Spezialkrieg betrachtet und viel von diesen Angriffen erwartet, die nichts verhindern kann.“ Wenn uns die Franzosen Spezialisten des Luftkrieges nennen, so wollen wir dieses Lob aus Feindesmund mit Gemugtuung registrieren.

Die französischen Generalstabsberichte winden sich mit nichts sagenden Phrasen um die Tatsache, daß an zwei Stellen der Westfront zweifellos taktische Vorteile von uns errungen worden sind. Wir haben an den beiden Fällen verschiedene taktische Zwecke verfolgt. Nördlich von Arras handelte es sich für uns darum, die uns in der großen Septemberoffensive weggenommenen Stellungen wieder zurückzuerobern. Dies ist uns in dem Raum, in dem unsere Angriffe vor sich gingen, völlig gelungen. Südlich der Somme aber haben wir im Anschluß an das Dorf Frise die französischen Stellungen in einer Front von fast 4 Kilometer und einer Tiefe von 1 Kilometer weggenommen. Was zunächst die Ausdehnung unseres Erfolges betrifft, so sei festgestellt, daß die ganze Stellung der Franzosen in der großen Schlacht von Wörth am 6. August 1870 eine Frontausdehnung von knapp 4 1/2 Kilometer hatte. Bei den enormen Ausdehnungen unserer Fronten im Weltkriege sind wir nur allzuleicht geneigt, derartige Erfolge, wie den südlich der Somme, für eine unbedeutende Sache zu halten. Neben dem Gewinn an Gefangenen und dem moralischen Eindruck, den dieser Erfolg gemacht hat, muß aber noch auf den taktischen Vorteil hingewiesen werden, der darin liegt, daß wir nun von unserer neuen Stellung von Frise aus einen weit besseren Einblick in die französischen Anschlußstellungen nördlich und südlich unserer Einbruchsstelle haben, als bisher. Besonders erfreulich ist es, daß ähnliche Versuche der Feinde, ihre Stellungen zu verbessern, wie z. B. der englische Vorstoß auf Messines (südlich von Ypern an der Straße nach Lille), regelmäßig scheitern. Die Gegenüberstellung dieser Tatsachen beweist uns einwandfrei, daß unsere Truppen leistungsfähiger sind als die des Feindes, und diese kleinen Proben bestärken uns in der Ueberzeugung, daß unsere Truppen auch einen großen Unternehmung entscheidendster Art völlig gewachsen sein werden.

Von den übrigen Kriegsschauplätzen gibt in den letzten Tagen nur die Balkanhalbinsel Stoff für einige Bemerkungen. Es haben sich unter dem Kommando des Generals Botazzi etwa zwei Divisionen Italiener in Valona festgesetzt, während Essad Pascha mit den Resten des montenegrinischen und serbischen Heeres in Durazzo steht. Die strategische Lage Essad Paschas und die Botazzis ist die gleiche, obwohl beide aus ganz verschiedenen Motiven sich am Ufer der Adria anklammern: Essad Pascha, wie an ein letztes Refugium in rein defensiver Absicht, Botazzi wie an einen Ausgangspunkt, von dem aus weitere operative Entwicklung erwartet wird. Denn bloß um sich in Valona festzusetzen zu lassen, werden die Italiener wohl kaum gelandet sein. Eine Offensivoperation dieser schwachen italienischen Kräfte ist nun aber angesichts der Tatsache, daß die Oesterreicher und Ungarn in vollendeter Sicherheit von Montenegro her der Länge nach durch Albanien vormarschieren können und daß die Bulgaren bereits Elbasan erreicht haben,

so gut wie aussichtslos. Die strategische Absicht der Italiener krankt daher an einer Unnatürlichkeit insofern, als die Forderungen aus dem Motiv der Landung strategisch nicht gezogen werden können. Damit wird die ganze Handlung zu einer „halben Maßregel“, zu einem äberrunden Schritt, der je nach Maßgabe der Energie des Feindes in kürzerer oder längerer Zeit zurückgemacht werden muß.

Es fehlt zudem den italienischen Strategischen Maßnahmen ein ähnlich großes politisches Motiv, wie es den Franzosen ein Festhalten an Salonik wünschenswert erscheinen läßt. Die Italiener haben nun auch, um den Schein der Mithilfe zu wahren, bei Salonik ein paar Soldaten gelandet. Sie wollen offenbar zeigen, was für treue Verbündete sie sind und diesen Beweis möglichst billig führen.

Die ganzen Operationen auf der Balkanhalbinsel werden in den nächsten Wochen voraussichtlich unser restes Interesse beanspruchen. Heute ist nur alles noch in einem Zustand der operativen Entwicklung, in dem aber, wie die Ereignisse jetzt schon verraten, unsere Feinde nicht mehr in der Lage sind, uns das Geheiß vorzuschreiben. Um etwa eine kombinierte Operation von Salonik einerseits, Valona und Durazzo andererseits, in der allgemeinen Richtung auf Südserbien zu machen, dazu ist das Gelände zu schwierig, sind die Wegeverhältnisse zu schlecht, die Entfernungen zu groß und die den Zentralmächten zur Verfügung stehenden Truppen zu stark. Die strategische Ueberlegung unserer Feinde wird sich also vermuthlich mit dem alten französischen Aussprüche decken: J'y suis, j'y reste. Das ist etwas so viel wie ein sehr beschränktes strategisches Ziel. Und unser Ziel bleibt es, unseren Feinden auch die Erfüllung dieses beschränkten Zieles unmöglich zu machen. Darin wird im großen und ganzen unsere Aufgabe in den nächsten Wochen wahrscheinlich zu suchen sein.

F. C. E.

Französische Aussperrung deutscher und österreichischer Waren.

Der französische Handelsminister Clementel empfing, wie man der „Pol. Korr.“ schreibt, eine Abordnung von Vertretern industrieller Fachverbände, die ihm ihre Wünsche hinsichtlich der vollständigen Unterbindung der Einfuhr deutscher und österreichischer Waren nach Frankreich vorbrachten. Der Minister und die Delegierten gelangten zu folgenden Entscheidungen: Die der Verwaltung durch das Gesetz vom 18. August 1915 erteilte Ermächtigung, die Beschlagnahme von Waren in den Zollämtern aufzuheben, darf nur nach Einholen des motivierten Gutachtens des zuständigen Fachvereins ausgeübt werden. Eine Ausnahme wird nur zu Gunsten der Gegenstände gemacht, deren die Kriegsverwaltung unbedingt für die Nationalverteidigung bedarf. Die Ursprungszeugnisse, die in ihrer jetzigen Form keine Bürgschaft für die Feststellung des wahren Ursprungs der Ware bieten, werden abgeändert und durch den Vermerk des Namens des wirklichen Absenders und des Ortes der Herstellung ergänzt. Diese Vermerke werden nötigenfalls durch besondere Agenten an Ort und Stelle kontrolliert. Aus dem Meinungsaustausch zwischen dem Minister und den Delegierten ergab sich, daß es nicht ohne Gefahren wäre, wenn die Zollverwaltung auch weiterhin die beschlagnahmten Waren für Rechnung der Domänenverwaltung versteigern ließe, da dies in Wirklichkeit einen unlauteren Wettbewerb gegenüber der französischen Industrie und dem französischen Handel darstelle. Es werden daher andere Lösungen vorgeschlagen. Falls der Empfänger in gutem Glauben gehandelt hat, so könnte die Ware einfach dem Absender zurückgeschickt werden. Hierbei kommt aber in Betracht, daß die Frachtspeisen zu decken sind, was in der Weise erfolgen könnte, daß nur bis zur Deckung der Frachtspeisen die Waren zu verkaufen wären. Handelsminister Clementel regte an, die Lebensmittel direkt der Intendatur für die Soldaten an der Front zu übermitteln. Die Frage der beschlagnahmten Waren ist sehr wichtig, da an falschem Schmuck allein gegenwärtig 380 Kisten im Werte von einer halben Million in den Zolldepots liegen. Dem „Journal“ zufolge haben die Bemühungen der Fachverbände zur Beseitigung der deutschen Konkurrenz bereits sehr ansehnliche Erfolge erzielt.

Präsident Poincaré und die Armee
Eine Heerschau der Inhaber des Kriegskreuzes
(Von unterm Korrespondenten)

Paris, 2. Februar.

Das Pariser „Journal“ hat die glückliche Idee gehabt, alle in Paris anwesenden Inhaber des Kriegskreuzes zu einem großen Feste einzuladen. Der Gedanke fand den Beifall der Behörden und unter ihrem Schutze fand schließlich die Maniestation statt. All die Tapfern erschienen, die sich auf den Schlachtfeldern von 1914 und 1915 eine Erwähnung im Tagesbefehl geholt hatten: viele mußten in den Saal getragen werden, Blinde wurden von sorglichen Krankenschwestern geführt, der hatte den Kopf, der den Arm verbunden, dieser ging an Krüden, andere wiederum waren nur auf Urlaub in Paris anwesend und hatten das Vergnügen, zwischen zwei Aufenthalten in den Schützengräben von den Behörden und dem Publikum gefeiert zu werden. Es mögen an die sechs tausend Offiziere und Soldaten gewesen sein, die sich im Theateraume des Trocadéro drängten. Die besten Pariser Künstler und die Musiker der Opéra Comique und der republikanischen Garde waren für sie mobil gemacht worden. Und wer diesem eigenartigen Fest beigewohnt hat, der hat gesehen, wie man die Begeisterung des Soldaten schürt, wie man ihm sein Land und seine Leute lieb und wert macht, wie man die Tradition auf ihn wirken läßt und ihm schließlich auch des Lebens heitere Seite zeigt.

Der Präsident der Republik sagte in einer längern, mit feierlicher Begeisterung aufgenommenen Rede alles, was man Soldaten sagen muß; er redete da und dort auch über den Kopf der Soldaten hinweg an die Adresse des ganzen Landes und des Auslandes. Er erinnerte die Soldaten daran, wie Frankreich friedlich dahingelebt und noch im letzten Augenblick alle Anstrengungen gemacht habe, um die Katastrophe zu verhindern. Alles sei gegenüber dem Vorsatz des Gegners umsonst gewesen. Er habe Serbien den Krieg erklärt, Rußland den Krieg erklärt, sei in Belgien eingedrungen und habe schließlich Frankreich den Krieg erklärt. Diese Tatsache könne keine Lüge aus der Welt schaffen. Im Herzen von Europa habe sich ein Kaiserreich erhoben, das sich durch irgend ein Wunder zur Welt Herrschaft berufen glaubte. Frankreich wolle sein Opfer nicht sein, es wolle nicht nur seine politische Souveränität, sondern auch seine wirtschaftliche, moralische und intellektuelle Unabhängigkeit behalten.

Großes stehe für Frankreich und seine Verbündeten auf dem Spiel. Nicht nur für sie, sondern auch für die Neutrale. Und hier führte Präsident Poincaré die Gedanken näher aus, die er dem Mitarbeiter des „Bund“ in seiner Erklärung angedeutet hatte: „Selbst die Neutrale können, wenn sie das klare Bewußtsein ihrer permanenten Interessen haben, diesem Konflikt gegenüber nicht gleichgültig sein, an dem so viele Nationen beteiligt sind. Alle diejenigen, die uns diskrete oder offene Sympathien zeigen, selbst die, deren Vorliebe unsicher erscheint, haben alle an unserem Siege ein vitales Interesse. Weder wir noch unsere Verbündeten hegen gegen irgend eines dieser Länder ein Vorurteil oder einen Hintergedanken; auf der andern Seite aber haben sie von den übergreifenden und perfiden Mächten alles zu fürchten, die in den von ihnen selbst unterzeichneten Verträgen nur Papierregeln sehen und in der Zerschmetterung der kleinen Völker eine wilde Wohlflust finden.“

Nach diesem Wort an die Neutrale wandte sich Poincaré wieder seinem engern Auditorium zu. Er dankte den Soldaten im Namen des Vaterlandes für ihre Tapferkeit. Er gab unter dem Jubel der ganzen Schar seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß sie sich niemals mit einem faulen Frieden begnügen würden. „Damit sich unsere einmütigen Wünsche ver-

wirklichen muß uns der Friede, der den besiegten Feinden unsern Willen aufzwingen wird, die Provinzen zurückbringen, die man uns mit Gewalt geraubt hat, das zerstückte Frankreich vollständig wiederherstellen und ernstliche Garantien gegen den kriegerischen Wahnsinn des kaiserlichen Deutschlands bieten. Diesen siegreichen Frieden, diesen ruhigen und starken Frieden habt Ihr, meine Freunde, angebahnt, und am Tage, wo Ihr ihn uns durch die besagten Straßen bringen werdet, werden wir das Glück haben, in Euren Augen die Freude der erfüllten Pflicht leuchten zu sehen, und das dankbare Frankreich wird die Söhne, die es gerettet haben, an sein Herz pressen.“ Das ganze Auditorium, das sich erheben konnte, hatte sich erhoben. Die Soldaten und Offiziere klatschten und riefen Bravo. Nicht Vandagierte, von deren Gesicht bloß die Augen zu erblicken waren, gestikulierten mit den Armen, da sie doch kein Wort hervorbringen konnten. Wunden und Schmerzen waren vergessen, in den Augen blitzte die Kampfesfreude.

Noch einmal erhob sich der Saal zu einer solchen Begeisterung; es war am Ende des ersten Teils des Programms als unter den Klängen der vereinigten Musikern, Trommeln und Trompeten die Soldaten Frankreichs, von den zerlumpten Söhnen der ersten Republik bis zu den „Grogards“ des ersten Kaiserreichs vorüberzogen. Und als schließlich ganz echte Söhne des großen Krieges mit der Fahne unter den Klängen der Marseillaise auftraten, erhob sich alles von den Sigen und jubelte den »poilus de la troisième république« zu. Die Armee jubelte ihren eigenen Vertretern zu. Sie ist bei sich selbst populär. Das zeigt, daß sie sich ihres eigenen Wertes bewußt ist, und daß sie die Ueberzeugung hat, ihre großen Opfer für eine gute und große Sache zu bringen.

Sp. Wien, 4. d. (W. A. B.) Das „Fremdenblatt“ schreibt zur Rede Poincarés: Wenn Frankreich durch den Mund Poincarés einen Kampfruf gegen die germanische Vier ausstößt, mag man wohl Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner leitenden Staatsmänner äußern. War doch gerade die französische und die britische Vier die Triebfeder beinahe aller Kriege der letzten Jahrhunderte. Nur einen Rivalen hatten Frankreich und England in ihrer Ländergier, nämlich ihren jetzigen Verbündeten Rußland. Diese drei unerschütterlichen Staaten behaupten jetzt, einen Verteidigungskrieg gegen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Habucht führen zu müssen und ihnen gesellte sich Italien zu. Seit Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Zweibund abgeschlossen, eroberte Frankreich Tunis, Marokko und Indochina und eignete sich England Ägypten und die Burenrepublik an und wurde Rußland die vorherrschende Macht in Zentralasien, während Italien sich allerdings auch die Niederlage bei Adua zuzog und sich mit Erzyträn und später mit Tripolis begnügen mußte. Deutschland erwarb dagegen während der Zeit, da unsere jetzigen Feinde sich so stark bereicherten, nur einige afrikanische Kolonien auf friedlichem Wege und Oesterreich-Ungarn vergrößerte in dieser Periode sein Territorium überhaupt nicht.

Deutschland und Amerika.

(Letzte Meldung.)

New York, 5. Febr. (Priv.-Tel. der „Frankfurter Zeitung“, zens. Fckft.) Die Zeitungen sind im allgemeinen nicht davon überzeugt, daß die „Lusitania“-Krisis sehr ernst sei. Im ganzen sind sie der Auffassung, daß ihre Lösung mehr eine Sache der Formulierung sei, da Amerika der Unterseekriegsführung nicht feindlich gegenüberstehe, aber durchaus entschlossen sei, eine befriedigende Antwort in der „Lusitania“-Frage zu erhalten. Nach Washingtoner Berichten werden die Verhandlungen fortgesetzt. Die Lage gilt als unverändert und dürfte während der nächsten fünf bis sechs Tage so bleiben.

6. II. 1916

Der „Lusitania“-Fall.

Die deutsche Mitteilung an Amerika.

W. Washington, 4. Februar. Der deutsche Botschafter
Bernstorff überreichte dem Staatssekretär Lansing
die letzte Mitteilung Deutschlands über den
„Lusitania“-Fall.

6. II. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 5. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

R u s s l a n d.

4. Februar. In der Gegend von Platanen östlich von der Straße nach Mitau zerstreuten Teile unsrer Aufklärer mit Hilfe von Handgranaten die Deutschen und kehrten ohne Verluste zurück. Südlich von Nertkil versuchte der Feind im Laufe der Nacht Arbeiten auf der Düna auszuführen, wurde aber durch unser Feuer versprengt. Auf einem Erkundungsflug nördlich vom Maroczsee bewarfen unsre Flugzeuge, heftig beschossen von der feindlichen Artillerie, feindliche Linien und Trains, die auf dem Wege nach Wibisy bemerkt wurden, mit Bomben und kehrten glücklich aus dem Feuer der schweren und leichten Geschütze zurück. Südlich von Dubno gebrauchten die Oesterreicher, um einen Angriff abzuweisen, Apparate, welche 30 bis 40 Meter Flammen warfen. Auf der Front an der mittleren Strypa warf ein Flugzeug von uns Bomben auf den Bahnhof von Tezierna (28 Kilometer nordwestlich von Tarnopol) und auf das dort vorhandene rollende Material. Am Dnjestr setzte der Feind die heftige Beschießung unsrer Gräben mit schwerer und leichter Artillerie fort. Unsre schwere Artillerie beschoß, unterstützt durch Beobachtung aus Flugzeugen, die feindlichen Batterien in der Gegend der Dörfer Toporouß und Karancze (15 und 10 Kilometer nordöstlich von Czernowitz). Nordwestlich von Bojan erreichten unsre Aufklärer einen vom Feinde besetzten Minenrichter, bewarfen ihn mit Handgranaten, vertrieben die Oesterreicher, sprengten zwei verdeckte Minengänge, die unter unsre Gräben führten, und schütteten den Trichter zu.

7./II. 1916.

Sozialdemokratische Vergewaltigung von Sozialdemokraten?

In der sozialdemokratischen Landtagsfraktion steht, wie bekannt, einer Mehrheit von Hirsch, Hofer, den beiden Hoffmann, Liebknecht, Ströbel, die die Anschauungen der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilt, eine Minderheit von Braun, Haenisch, Hué, Leinert gegenüber, die zur Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hält. Ueber die Vergewaltigung der Minderheit durch die Mehrheit der Landtagsfraktion schreibt Abg. Haenisch in einem Artikel: „Preußisches — Allpreußisches“ in „Hamb. Echo“: „Wie früher so manchesmal wir Sozialdemokraten, so können heute die Reaktionen ausrufen: Hoch leben unsere Freunde — die Feinde! Die Politik unserer preußischen Landtagsfraktion leitet ganze Ströme von Wasser auf die Mühle der Wahlrechtsfeinde . . . Und leider ist keinerlei Aussicht dafür vorhanden, daß die Politik unserer preußischen Landtagsfraktion sich im Laufe dieser Wintertagung noch irgendwie ändert. Vom Genossen Leinert und von anderer Seite ist öffentlich bereits mitgeteilt worden, daß die Fraktionsmehrheit fast alle wichtigen Vertretungen in der verstärkten Budgetkommission mit ihren Anhängern besetzt und auch zu Rednern der Fraktion für die zweite Lesung des Etats im Plenum in erster Linie ihre Leute bestimmt hat. Schon zur Generaldebatte über den Etat wurden die Genossen Hirsch und Ströbel zu Rednern ernannt. Der Vorschlag der Minderheit, ihr in der Person des Genossen Braun wenigstens den zweiten Redner zuzugestehen, wurde niedergestimmt. Im landwirtschaftlichen Etat wird Genosse Hofer die Fraktion vertreten, beim Justizetat Genosse Liebknecht, bei der Steuerfrage Ströbel, bei der Bauverwaltung Paul Hoffmann, beim Kultusetat Adolf Hoffmann, beim Etat der Ansiedlung Ströbel, beim Ministerium des Innern und in der Wahlrechtsfrage Paul Hoffmann, bei der Ernährungsfrage Hofer, bei der Behandlung der Zensurfrage und des Belagerungszustandes Ströbel, beim Medizinalwesen Hirsch, bei den Universitäten Liebknecht. Nur für die reinen Fachkommissionen und Fachetats (Bergverwaltung, Eisenbahnwesen, Handel- und Gewerbeetat sowie Fischereigesetz) sind die Genossen Leinert und Hué, die sich mit diesen Dingen seit langen Jahren eingehend befaßt haben, als Vertreter der Fraktion zugelassen worden. Genosse Hué sitzt außerdem noch in der Petitionskommission, während Leinert, wenn wir uns recht erinnern, auch bei der Frage der Kriegsfürsorge mitwirken darf. Genosse Otto Braun, der selbst viele Jahre hindurch Krankentassenbeamter war, darf die Fraktion einzig und allein bei dem sachlich schon in der vorigen Session völlig erledigten Disziplinargesetz gegen Ortskrankentassenbeamte, eine verhältnismäßig nur ganz unbedeutende Vorlage, vertreten. Im übrigen ist er völlig kaltgestellt. Der Schreiber dieser Zeilen hat nicht einmal ein solches armseliges Pflasterchen aufgelegt bekommen! Er ist von jeder Mitarbeit im Plenum und in den Kommissionen absolut ausgeschaltet worden und Genosse Adolf Hoffmann hat mit der schönen Offenheit die ihn auszeichnet und die wir an ihm schätzen, rundheraus zugegeben, daß mir insbesondere die Rede zum Kultusetat deshalb nicht wieder übertragen worden sei, weil ich im vorigen Jahre zu diesem Etat eine „durchaus nationalistische“ Rede (!) gehalten hätte. Für die zweite Rednergarnitur in der zweiten Lesung des Etats sind zwar schandenhalber für einzelne Positionen ein paar Genossen der Minderheit als Redner vorgemerkt worden (meine Wenigkeit auch dazu nicht einmal), doch weiß die Mehrheit natürlich ganz genau, daß in diesem Jahre genau so wenig wie im vorigen auch nur bei einem einzigen Spezialetat ein zweiter Redner zu Wort kommen wird! Auch diese Scheinkonzession an die Minderheit ist also nur leere Dekoration. Im übrigen überwiegen selbst bei dieser zweiten Garnitur die Genossen von der Mehrheit durchaus. So ist z. B. für die Zensurfrage nach Ströbel zweiter Redner der Genosse Liebknecht, für die Universitäten nach Liebknecht zweiter Redner der Genosse Ströbel, für die Steuerfrage neben Hirsch wiederum der Genosse Ströbel, für das Kultusministerium neben Adolf Hoffmann der Genosse Hofer, für das Medizinalwesen neben Hirsch wieder Liebknecht! Der Minderheit fällt es gar nicht ein, über diese Vergewaltigung zu lamentieren. Sie will nur Tatsachen feststellen.“

7./II. 1916.

Der Kampf der Gewerkschaften.

Die Auseinandersetzung zwischen dem „Vorwärts“ und dem „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ über die Frage „Wo hin die Reise geht?“ hat gestern in dem Organ der Generalkommission eine Fortsetzung erfahren. In einem Artikel „Der Vorwärts auf Reisen“ antwortet das Korrespondenzblatt auf den Einwand des „Vorwärts“, daß die Partei allein zu bestimmen habe:

„Gewiß, die Entscheidung über die Politik der Partei steht allein der Partei bzw. der Fraktion zu. Aber die Gewerkschaften werden sich nie das Recht nehmen lassen, nachzuprüfen, ob die Politik der Partei den Interessen der Gewerkschaften in den einzelnen Fragen entspricht.“

Der „Vorwärts“ hatte erklärt, wenn das Organ der Generalkommission recht hätte mit seiner Auslegung der Parteitagebeschlüsse und der Machtbefugnisse des Parteivorstandes und der Generalkommission, „so würde in Wirklichkeit die Partei nicht nur eine Puppe in den Händen ihrer Instanzen sein, sondern faktisch nur noch eine Filiale und Dependance der Generalkommission.“ Das Korrespondenzblatt sagt dazu, die Gewerkschaften dächten gar nicht daran, eine parteipolitische Dependance zu errichten, solange sie ihr Gut sicher auf dem Parteiwagen verstaute und befördert wissen:

„Was ihnen am Herzen liegt, ist lediglich die Fürsorge für die Sicherheit ihrer praktischen politischen Interessen, deren Wahrnehmung sie der Partei anvertraut haben und die sie zwingt, ein wachsameres Auge auf die Parteiaktion zu haben. Mehr wollen sie nicht. Die Grundsätze, das Programm der Partei — darüber mag die Partei selbst bestimmen.“

Die Massen haben zu bestimmen, sagt der „Vorwärts“; nur in organisatorischen Fragen könnten Gewerkschaften mitreden. In blutigem Hohn erwidert das „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“:

„Organisatorische Fragen, das sind natürlich solche der Kleinarbeit: wie man dem Wagen am besten die Achsen schmirt und den Pferden die Hufe puht, ihnen den Gewerkschaftshäfer vorsetzt und sie mit Gewerkschaftstarifen verschont. Die Peitsche in der Hand, die hat der „Vorwärts“, der berufene Interpret der Masse! Und dann soll die Welt ein Schauspiel befehlen! Es hat zu allen Zeiten schrullenhafte Leute gegeben, warum soll das während des Krieges gerade anders sein. Man kann sich auch leicht denken, daß eine gewisse Sorte von Verschrobene ausgerechnet die Kriegszone gegen den Willen der verantwortlichen Kriegsleitung zu unverantwortlichen Spazierfahrten benutzen möchte. Gerade wie es Leute gibt, die es als Elementarbereich des Völkerrechts verteidigen, auf einem kriegsaktiven Schiff als Neutrale unbehelligt über den Ozean zu fahren. Oder inmitten des Gorlice-Durchbruchs seine Sommerfrische in den Karpaten zu verleben. Solche Leute, wenn man sie nicht hindern kann, mögen ihre Haut dabei schließlich zu Marke tragen, — daran verliert die Welt nicht viel. Aber man wird ihnen keinerlei Verantwortung für Personen und Gut anvertrauen und kann höchstens hoffen, daß die Kriegsverwaltung sie nicht weit kommen läßt, zu ihrem eigenen Heil.“

Gegenüber der Drohung des „Vorwärts“ mit einem Proteststurm innerhalb der Gewerkschaften erklärt das Korrespondenzblatt:

„Kein Zweifel, das könnte dem „Vorwärts“ so gefallen, auch in die Gewerkschaften die Desorganisation hineinzutragen. Aber dieser Versuch wird mißlingen, denn so wenig der „Vorwärts“ mit der Partei, ebensowenig sind unsere Gewerkschaftsmitglieder mit den „Massen“ des „Vorwärts“ identisch, denn dieses Massenphantom hat nichts mit der Wirklichkeit und am wenigsten mit Organisation und bewußtem Zusammenwirken aller Kräfte im Gemeinwohl zu tun.“

Für den „Vorwärts“ könne es sich nur „um ein Massenge-spensst handeln, mit dem er Kinder schrecken möchte“.

Austritt des Abg. Nühle aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Die sozialdemokratische „Schwäb. Tagwacht“ schreibt: „Es ist von Wichtigkeit, festzustellen, daß das Ausscheiden Nühles aus der Fraktion genau wie das Liebknechts aus eigenem Antrieb erfolgt ist. Nühle hat schon seit Monaten keinen Zweifel darüber gelassen, daß er weit abweicht von den Anschauungen, die für die sozialdemokratische Parlamentstätigkeit seit Jahrzehnten maßgebend waren. Unter diesen Umständen trägt sein Ausscheiden zur Klärung bei.“

Der sozialdemokratische Zentralvorstand für Groß-Berlin hat sich am Freitag mit 25 gegen 14 Stimmen mit der Haltung der 6-Männer-Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion einverstanden erklärt und die Erwartung ausgesprochen, daß sich in Zukunft auch die übrigen Landtagsabgeordneten Groß-Berlins, die Genossen Braun, Haenisch und Hué, der grundsätzlichen Politik der Mehrheit der Landtagsfraktion anschließen werden. — Diese drei sozialdemokratischen Landtagsabg. Braun, Haenisch und Hué bilden bekanntlich zusammen mit dem Abg. Veinert die auf dem Boden der Mehrheit der Reichstagsfraktion stehende Minderheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

Zur montenegrinischen Waffenstreckung.

Ofen-Pest, 6. Februar. (T. U.) Der „Az Est“ meldet aus Bukarest folgende neue Einzelheiten über die Waffenstreckung Montenegros:

In den letzten Tagen vor der Waffenstreckung sahen die Diplomaten des Biververbandes in Cetinje ein, daß Montenegro sich nicht weiter verteidigen könne; sie wollten aber den König veranlassen, daß er seinen Generalen schriftlich die Erlaubnis erteile, daß sie trotz der Waffenstreckung weiter kämpfen dürften. König Nikita antwortete, seine Macht habe aufgehört, er sei nicht mehr König, und könne keine Befehle mehr erteilen; im übrigen machten seine Generale sowieso, was sie wollten. Nachdem schon früher die Königin mit der Prinzessin abgereist waren, fuhr König Nikita mit dem Prinzen Peter nach Stutari, in der Hoffnung, daß trotz der Waffenstreckung sich dort mit italienischer Hilfe das serbisch-montenegrinische Militär, soweit dessen Rechte in Frage kamen, halten könne. Die Oesterreicher rückten jedoch weiter vor, und alles flüchtete, nur der französische Gesandte blieb zurück, er wollte um jeden Preis den König und seine Familie unter seinen Einfluß stellen und ihn nach Frankreich bringen lassen. Der König und Prinz Peter waren bereits in seiner Hand, der Kronprinz Danilo hielt sich in der Schweiz auf und Prinz Mirko in Podgoriza. König Nikita weigerte sich jedoch, den Prinzen Mirko nach Stutari zu berufen, worauf der französische Gesandte einen Brief mit der Unterschrift Nikitas fälschte, worin er den Sohn zu sich berief. In dieser Nacht herrschte nun auf dem Stutarisee ein großer Sturm, der Kurier stürzte ins Wasser, und der Brief kam infolgedessen nicht in die Hände des Prinzen Mirko. Nun konnte aber der französische Gesandte nicht länger warten, halb gütlich zuredend, halb gewaltfam schleppte er den hilflosen König und den Prinzen Peter nach San Giovanni di Medua und von dort nach Brindisi. Am nächsten Tage besetzten die Oesterreicher Stutari.

Interessant ist bei den Vorgängen anlässlich der Waffenstreckung noch ein Schreiben Nikitas an Kaiser Franz Joseph. Am 13. Januar hatte der König sich entschlossen, die Waffen zu strecken. Am nächsten Tage schrieb er aus Cetinje einen Brief an Kaiser Franz Joseph, in welchem er mit wahrhaft kindlichem Vertrauen zu dem Monarchen erzählte, er sei wider seinen Willen durch serbische Beeinflussung in den Krieg verwickelt worden, er habe jedoch niemals aufgehört, für den Kaiser die größte Verehrung zu hegen. Jetzt lege er mit vollem Vertrauen das Schicksal seiner Familie und seines Landes in die Hände des Kaisers, dessen Gnade und gutem Willen er vertraue. Bald darauf aber machte sich der Einfluß der Biververbandsdiplomaten geltend, und Nikita wurde weggeschleppt.

Montenegro von Rußland im Stich gelassen.

Ofen-Pest, 6. Februar. (T. U.) Der Sonderbericht-erstatte des „Az Est“ meldet aus Barcelona:

Ich kehre jetzt aus Lyon zurück, wo ich Nachrichten über König Nikita und seine Umgebung einholte. Ich hatte Gelegenheit, mich davon zu überzeugen, daß der König erkrankt und sein Zustand sehr entmutigend ist. Die Königin verfügt nur über die notwendigsten Kleidungsstücke, ihre Lebensweise ist ganz einfach. Der montenegrinische Ministerpräsident erklärte, daß Montenegro erst dann zum Kriege gegen Oesterreich-Ungarn entschlossen war, als es von Rußland bindende Versprechungen hinsichtlich genügender Munitions- und Lebensmitteltransporte erhalten hatte. Rußland aber habe sein Wort nicht gehalten und Montenegro im Stich gelassen, das sich schließlich, gezwungen durch Hunger und die österreichisch-ungarische Artillerie, die die montenegrinischen Reihen auflöste, ergeben mußte.

*

Prinz Danilo und seine Gattin haben Lyon verlassen und begeben sich in ihre Villa Arethusa am Kap Martin.

Der Zeppelinangriff auf England. Englische Mitteilung über den angerichteten Schaden.

London, 6. Februar.

Das Kriegsamt macht folgende Mitteilung:

Bezugnehmend auf die amtliche deutsche Erklärung über den letzten Zeppelinangriff auf England wird festgestellt, daß der an industriellen und kommerziellen Anlagen angerichtete Schaden folgender war:

Ersichtlich beschädigt wurden drei Brauereien, drei Eisenbahnmagazine, eine Lokomotivhalle, eine Röhrenfabrik, eine Lampenfabrik und eine Schmiedewerkstätte. Geringerer Schaden, wie die Zertrümmerung von Fenstern und Türen, ist zu verzeichnen in einer Munitionsfabrik, in Eisenwerken an zwei Orten, in einer Kranfabrik, einer Riemenzeugfabrik, in einem Eisenbahngetriebemagazin, in einem Bergbau- und Pumpwerk. Keine Docks, Getreidemagazine, Munitionsfabriken oder industrielle Anlagen irgendwelcher Art außer den erwähnten wurden beschädigt. Etwa fünfzehn Arbeiterhäuser wurden zerstört und eine große Zahl von kleinen Geschäften und Wohnhäusern wurde beschädigt, einige davon ernstlich, viele nur leicht.

Nach dem letzten Bericht wurden getötet: 26 Männer, 23 Frauen und 7 Kinder. Verwundet wurden: 48 Männer, 46 Frauen und 7 Kinder.

Es besteht nicht die Absicht, weitere Einzelheiten dieser Art zu veröffentlichen, da es nicht ratsam wäre, dem Feinde mehr Informationen über die Resultate seiner Luftangriffe zu geben. Anlässlich des Angriffs jedoch, bei welchem die bisher größte Zahl von Luftschiffen verwendet wurde, wird diese Erklärung über den angerichteten Schaden veröffentlicht, um zu zeigen, wie unbegründet der Anspruch ist, daß das ökonomische Leben Großbritanniens oder seine militärischen Vorbereitungen durch wahlloses Abwerfen von Bomben aus Luftschiffen, die im Dunkeln über das Land hinfliegen, nennenswert getroffen werden kann. Bei den 29 großen und kleinen Luftangriffen, die seit Ausbruch des Krieges auf Großbritannien unternommen wurden, sind 133 Männer, 90 Frauen und 43 Kinder getötet worden.

Deutschland und Amerika.

New-York, 6. Februar. Der Berliner Korrespondent der Associated Press hatte eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär Zimmermann, in welcher dieser die Hoffnung aussprach, daß die neuen Vorschläge, die den Vereinigten Staaten bereits vorgelegt worden seien, die Grundlage für eine endgültige Regelung ab-

geben würden. Er wolle jedoch den Ernst der Lage nicht verhehlen. Zimmermann sagte weiter, daß Deutschland keine weiteren Zugeständnisse machen könne und keinesfalls die Ungefährlichkeit der Kriegsführung der U-Boote in der Kriegszone anerkennen wolle. Die deutsche Regierung sei bereit, alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um den Wünschen Amerikas entgegenzukommen. Sie habe dies auch schon getan, aber es gebe Grenzen, bei denen selbst die Freundschaft aufhöre.

Der Unterstaatssekretär erklärte, er begreife die Haltung Amerikas nicht. Man habe in Deutschland gedacht, daß die Differenzen wegen der U-Boote erledigt seien und daß die „Lusitania“-Frage geregelt werden würde. Man habe von deutscher Seite zugestimmt, den Schadenersatzanspruch zu befriedigen, aber die Regierung der Vereinigten Staaten stellte gänzlich neue Forderungen, denen Deutschland unmöglich entsprechen könnte. Amerika dürfe nicht zu viel fordern und Deutschland zu demütigen versuchen.

Auf diese neuen Forderungen und auf die neuen Instruktionen an den deutschen Botschafter Grafen Bernstorff wünschte Unterstaatssekretär Zimmermann nicht näher einzugehen, doch ließ er keinen Zweifel darüber, daß die ganze Krise auf die Forderung Amerikas zurückzuführen sei, daß Deutschland die Versenkung der „Lusitania“ als völkerrechtswidrige Tat desavouieren solle. Deutschland könne die Waffe der U-Boote nicht aus der Hand legen.

Zimmermann erklärte wiederholt, daß Deutschland, wenn die Vereinigten Staaten es zu einem Bruch kommen lassen wollten, nichts mehr tun könnte, um dies zu vermeiden. Das Bedauernswerteste an der ganzen Sache wäre, daß kein tieferer Grund zu einem Bruch vorhanden sei. Deutschland und die Vereinigten Staaten hätten keine einander widersprechenden Interessen. Deutschland hoffe sogar auf eine bedeutende Entwicklung des Handels zwischen den beiden Ländern nach dem Kriege. Diese Hoffnung würde zerstört oder es würde doch eine solche Entwicklung sehr behindert werden, wenn es jetzt zum Bruch käme. Aber Deutschland könne nicht weiter gehen, als es bisher gegangen sei.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 6. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

4. Februar. In der Nacht auf den 2. unternahm der Feind, nachdem er mit zahlreichen Handbomben unsere Stellungen auf dem Col di Lana (oberes Cordevoletal) beschädigt hatte, einen heftigen Angriff gegen dieselben. Er wurde vollständig zurückgeschlagen. Am Morgen stellten unsere Aufklärungsabteilungen, welche unsere Linien überschritten, ohne daß der Feind es gewagt hätte, sie zu belästigen, die schweren Verluste, welche der Gegner während des Nachtangriffes erlitten hatte, fest. Im Tosanaabschnitt (oberes Boitetal) zerstörte die Feuerwirkung unsrer Artillerie feindliche Gruppen und fügte ihnen große Verluste zu. Am Isonzo lebhaftes feindliches Artilleriefeuer, besonders gegen die Ortschaften. Unsere Artillerie erwiderte das Feuer und nahm die Rückzugslinien unter Sperrfeuer. Zwei feindliche Flieger warfen Bomben auf Giorgio in der Lagune von Grado. Der Schaden ist gering.

Diese Darstellung über den Kampf am Col di Lana entspricht nicht den Tatsachen. Die Ereignisse spielten sich folgendermaßen ab:

In der Nacht auf den 2. führte ein kleines Detachement einen Ueberfall auf eine neue italienische Sappenstellung auf dem Hange des Col di Lana durch, der auch gelang. Die Annäherung erfolgte unbemerkt und ohne Schuß. Laut Gefangenenausagen wurde die italienische Besatzung vollkommen überrascht. Im blutigen Handgemenge, wobei die Unsern über zweihundert Handgranaten warfen, wurde die Stellung genommen. Der feindliche Kommandant, ein Unterleutnant, fiel; fünfzig bis sechzig Italiener wurden getötet oder verwundet, sechzehn Mann wurden unverwundet gefangen genommen, nur wenige flüchteten. Durch neunzehn von uns gelegte Minen wurde die italienische Stellung fast vollkommen zerstört. Da bedeutende feindliche Verstärkungen heranzögen und die eigene Aufgabe erfüllt war, zog sich das Detachement wieder in unsere Kampfstellung zurück. Eigene Verluste zwei Tote, darunter einer vermutlich durch Absturz, zwei Mann leicht verwundet. Am 3. d. begannen die Italiener die zerstörten Deckungen wieder herzustellen.

Rußland.

4. Februar. Teile des Feindes versuchten bei der Insel Gladen (24 Kilometer flüß-

abwärts Dünaburg) sich unsern Gräben zu nähern, wurden aber durch unser Feuer zurückgeworfen. Eine große Zahl deutscher Flugzeuge überflog die Gegend Dünaburg, auch zeigten sich Zeppeline. Bei den Truppen des Generals Zwanow wurden im Laufe des vergangenen Tages mehrere glückliche Unternehmungen unsrer Aufklärer gemeldet. In der Gegend von Gontowa (7 Kilometer südlich von Nowo Alexiniec) drangen unsere Aufklärer bis zum Drahthindernis, nachdem vorher durch unsere schwere Artillerie im Laufe des Tages durch das Hindernis eine Gasse gemacht worden war, vor, und drangen in den Zwischenraum zwischen dem ersten und zweiten Hindernis ein, griffen dort eine feindliche Abteilung an und vernichteten sie zum großen Teil. In der Gegend der mittleren Strypa und nordwestlich Zaleszczych wurden mehrere feindliche Feldwachen zerstreut und aufgerieben.

Frankreich.

5. Februar, 3 Uhr nachmittags. Kein Ereignis von Bedeutung aus der abgelaufenen Nacht zu melden.

11 Uhr nachts. Zwischen Soissons und Reims beschloß unsere Artillerie den Brückenkopf Vonizel. Eine marschierende Kolonne schließlich St. Souplet ist unter unser Feuer genommen worden. In der Champagne beschädigten unsere Batterien feindliche Anlagen nördlich St. Thomas. Bei Haute Chevauchés besetzten wir den Nordrand eines deutschen Minentrichters. In Lothringen Tätigkeit unsrer Artillerie in Gegend Coincourt und Domevre.

Lüttich. Gegen 1/12 Uhr mittags lieferte der Fliegerjergeant Guynemer einem deutschen Flieger einen Kampf in Gegend Frieze und schoß das feindliche Flugzeug zwischen Meevillers und Herbecourt in Brand. Dies ist das fünfte feindliche Flugzeug, das Guynemer abschoß.

Belgischer Bericht. Die Nacht verlief ziemlich ruhig. Heute ist nichts besonderes zu melden außer der gewöhnlichen heftigen Artillerietätigkeit.

UJD

Nagy, Julius & Co., 100, Leopold, ant. Mező, Rud. Mosse, Jul. Tenzer, Jos. Schwarz, Generalvertretung des „Pester Lloyd“ für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüreaus in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Ankündigungen für den „Pester Lloyd“.

Einzel: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 12 Heller. Abendblatt in Budapest 6 Heller, in der Provinz 8 Heller.

Redaktion und Administration: V. Mária Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 18

heimzujuchen, ist die von unserer Marine durchgeführte Blockade der montenegrinischen Küste so vorzüglich gelungen, daß es der Entente nicht möglich war, auch nur die geringen Mengen von Proviant, die für das kleine Land nötig gewesen wären, rechtzeitig heranzuschaffen. Und schließlich hat unsere Flotte sich auch ihren ruhmvollen Anteil an der Bezwingung des Lovcen geholt, die den vorletzten Akt in dem Drama des militärischen Zusammenbruches Montenegros gebildet hat.

Es ist hier nicht bekannt, ob König Nikolaus, ehe er seinen schwerwiegenden Entschluß faßte, in der Lage war, sich mit den maßgebenden russischen Stellen in Verbindung zu setzen. Ebenso wenig weiß man, ob er in dieser Frage sich bei Italien Rat geholt hat. Die Anwesenheit des Erbprinzen Danilo in Rom und dessen gemeldete Konferenz mit König Viktor Emanuel würde wohl darauf hindeuten. Andererseits fällt es auf, daß noch knapp vor der erfolgten Kapitulation römische Blätter aus angeblich hervorragender montenegrinischer Quelle zu berichten wußten, daß Montenegro bis zum Neuzersten Widerstand leisten werde, eine Voraussetzung, die sich bekanntlich nicht bewahrheitet hat.

Was die Frage anbelangt, wie die von Montenegro erbetenen Friedensverhandlungen technisch vor sich gehen werden, muß auf die amtliche Mitteilung verwiesen werden, derzufolge die Waffenstreckung den Friedensverhandlungen vorangehen muß. Die Entwaffnung des montenegrinischen Heeres, der sich bei der Natur der hier in Betracht kommenden Verhältnisse wohl auch die der Bevölkerung überhaupt anschließen muß, wird immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen. Erst nach der Erfüllung dieser Voraussetzung wird man an Verhandlungen im eigentlichen Sinne herantreten können, und man hofft, daß sie sodann zu dem gewünschten Ergebnis führen werden.

Eine Kundgebung des Abgeordnetenhauses über die Kapitulation Montenegros.

Budapest, 17. Januar.

Die Mitteilung, mit der Ministerpräsident Graf Stefan Tisza im Abgeordnetenhaus heute, alle Parteien zu größter Freude begeisternd, dem Hause von der Kapitulation Montenegros Kunde gab, klang nach und wirkte weiter, auch als der Präsident nach der Pause die Sitzung wieder eröffnete. Die Mitteilung kam so unvermittelt, der Ausdruck, den ihr der Ministerpräsident verlieh, war so knapp und schlicht, daß das Haus vor Wiedereintritt in die Spezialdebatte über die Geldinstitutszentrale kaum Zeit fand, sich zu fassen. Erst vor Schluß der Sitzung hatten sich die freudvoll bewegten Gemüter wieder so weit in Fassung gebracht, daß die Begeisterung des Hauses auch formalen Ausdruck finden konnte. Es erhob sich mit besonderer Erlaubnis des Hauses Abgeordneter Franz Volgár, um von den Bänken der Opposition den Antrag zu stellen, das Haus möge eine Begrüßungsdepesche an den Oberkommandanten unseres Heeres Erzherzog Friedrich und an den Kommandanten der dritten Armee General v. Kövess richten, dem Kommandanten jener Armee, die durch glänzende Waffentaten die Kapitulation Montenegros herbeigeführt hat. Es folgte Abgeordneter Julius Sággh, der im Namen der Unabhängigkeitspartei aus vollem Herzen diesem Antrag zustimmte. Dann führte Abgeordneter Stefan Kátfóky im Namen der Volkspartei aus, daß sich die Partei der Anregung des Abgeordneten Volgár umso bereitwilliger anschließe, weil durch die Waffentaten der Armee Kövess und durch das Ergebnis dieser Waffentaten der Ruhm der ungarischen Soldaten und des ungarischen Heerführers erstrohle. In lautloser Stille erhob sich nunmehr Justizminister Eugen v. Balogh, der sich im Namen der Regierung und der Partei der nationalen Arbeit den oppositionellen Anregungen anschloß. Unter stürmischen Beifallrufen des Hauses erklärte hierauf Präsident Paul v. Bethy, daß er der Vertrauens des Hauses entsprechen werde.

Unter den großen Tagen, die das ungarische Abgeordnetenhaus in diesen letzten anderthalb Jahren gesehen hat, ist wieder einer der größten vorbeigerauscht, ein Tag, an dem der Atem der Weltgeschichte durch das Haus wehte. Wer dieses Haus in den schweren Zeiten der Gefahr in unerschütterlicher, inniger Vereinigung am Werke sah, erkennt die Gerechtigkeit des Weltgerichtes, das diesem Hause nunmehr auch große Stunden der Freude des sichtbaren Erfolges beschert.

Der Verlauf der Sitzung.

In der Spezialdebatte zu § 3 ergriff weiter das Wort

Abgeordneter Alexander Simonyi-Semadam.

Er beschäftigt sich mit den Statuten der Finanzinstitutszentrale, besonders mit den den Zweck und den Geschäftskreis

sten Wünsche und den Dank des ungarischen Abgeordnetenhauses an die unter Ihrer Führung kämpfende gesamte siegreiche Heermacht verdolmetschen zu dürfen.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses
Paul v. Bethy.

„Er. Excellenz dem Kommandanten der dritten Armee Herrn k. u. k. General der Infanterie Hermann Kövess von Kövessháza, südböhmischer Kriegsschauplatz, drittes Armeekommando.

Mit der warmen Empfindung berechtigten Stolzes vernahm das ungarische Abgeordnetenhaus Kunde von der freudigen Wendung, daß die Wehrmacht Montenegros vor unseren unter dem siegreichen Helden Sr. Excellenz kämpfenden tapferen Heere beängstigt zu kapitulieren gezwungen war. Ruhm erlöst aus dieser Waffentat der sieggewohnten gesamten Heermacht Sr. Majestät, insbesondere aber den Truppen, deren Kämpfe als unmittelbare Frucht die Waffenstreckung jenes Feindes ergeben mußten. Im Auftrage des ungarischen Abgeordnetenhauses richte ich anerkennbare, glückliche und frohe Grüße an Sie unter der Führung Sr. Excellenz kämpfender Truppen.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses
Paul v. Bethy.

Wie der Militärzwang die Freiwilligkeit rettet

Asquiths: Quos ego — Balfours: semper eadem
(Von unsern Korrespondenten)

C. C. & London 9. Januar.

Man muß wie Ihr Berichterstatter bald anderthalb Menschenalter mit offenen Augen und gespitzten Ohren in der Hauptstadt des britischen Weltreiches gelebt haben, um die gewaltigen und sich scheinbar widersprechenden Ereignisse verstehen und die wechselvollen Vorkommnisse der letzten als Schicksalswoche bezeichneten acht Tage auf ihre wahre Bedeutung prüfen und richtig einschätzen zu können. Seit das neue Jahr eingeläutet wurde, hat sich nämlich hier allerlei zugetragen, worüber die englischen Zeitungen weniger aus Furcht vor dem gestrengen Zensor, sondern aus natürlicher Zurückhaltung nicht immer vollständige und richtige Auskunft geben. Zählen wir erst diese Ereignisse auf, bevor wir sie einschätzen.

Im Unterhaus haben die Volksvertreter mit großem Mehr den nur von einem Häufchen Liberaler, den irischen Home Rulern und einigen Arbeitern beanstandeten Gesetzentwurf des Premier Asquith zur Einführung des erzwungenen Wasserdienstes für die unverheirateten, als „Drückebürger“ bezeichneten jungen Männer angenommen, nachdem der leitende Staatsmann, der selbst wie die Mehrzahl seiner liberalen Amtsbrüder grundsätzlicher Anhänger der Freiwilligkeit ist, mit dem Rücktritt gedroht hatte, falls das Unterhaus sein Gesetz ablehne. Lord Derby, der als oberster Werbeoffizier fast zwei Monate lang die Werbetrommel an allen Straßenecken geführt und zugegeben hatte, daß er von dem Erfolg seiner Werbungen „geradezu eingeschneit worden sei“, öffnet nächsten Montag abermals seine Bude, damit sich Rekruten wie zuvor nach dem Gruppensystem einschreiben können. Am selben Tage, an welchem das Unterhaus den erzwungenen Fahndienst für die Ledigen beschließt, also das dünne Ende des Keils einrammt, erklärt sich nicht weit entfernt vom Westminsterpalast der Kongreß der drei Millionen Männer zählenden organisierten Arbeiterschaft mit erdrückendem Mehr durch seine Vertrauensmänner für den freiwilligen Kriegsdienst zu einer Zeit, wo englische, schottische und auch irische Arbeiter nach Hunderttausenden für das bedrängte Vaterland ihr Blut vergießen. Im Sitzungssaal der Volksvertreter ertönt die Stimme des in Rhafi gekleideten Major Ward — niemand hätte in dem schmuden, strammen Mann den ehemaligen Erdarbeiter mit den schwieligen Händen erkannt — und verlangt die Konstriktion und zitiert mit weithinschallender Stimme Asquiths historisch gewordenes Versprechen, daß Großbritannien den letzten Penny ausgeben, die letzte Unze Kraft einsetzen und den letzten Blutstropfen versprechen werde, um den preussischen Militarismus niederzuwerfen.

Sonderbar, denn am Tage zuvor hatte im selben Saale General Seely, der wie der jehige Husarenmajor Winston Churchill vordem zur Torypartei gehörte und bis vor dem Kriegsausbruch als Lord Haldanes Nachfolger Kriegsminister war, den Grundsatz der Freiwilligkeit bis über den blauen Klee gepriesen und den freiwilligen Soldaten ein Loblied gesungen, er, der selbst als Freiwilliger den Burenkrieg mitgemacht hatte. Und tags darauf kommt sein ehemaliger konservativer Parteichef, der jehige Marineminister Arthur J. Balfour, ein alter Hagestolz wie Lord Ritchener und Lord Haldane (was ich zu betonen wünsche), und erklärt sich im Brustton der Ueberzeugung für Asquiths Vorschlag, er selbst, der einzige Anhänger der Freiwilligkeit unter den acht konservativen Ministern im Kabinettsministerium! Und warum will der alte Hagestolz die ledigen Drückebürger in Rhafi einkleiden? Weil dieser beschränkte Militärzwang das einzige Mittel ist zur Rettung der von ihm geschätzten Freiwilligkeit! Man fängt an etwas zu merken; denn Herr Balfour ist ja derselbe Minister, der zur Zeit des Chamberlainschen Schutzoll-Gesetzes das große Wort ausgesprochen hatte, daß im Grund genommen Freihandel und Schutzölle ein und dasselbe seien, es läme nur auf den Gesichtspunkt an.

So ist es gekommen, daß die Kabinettskrisis ohne großen Schaden anzurichten verfloßen ist. Nur Sir John Simon ist pegangen, da er als Home Secretary (Justizmini-

ster) gegen die jungen Drückebürger hätte einschreiten müssen, was er als steifnackiger Puritaner vor seinem Gewissen nicht hätte verantworten können. Auch der ehemalige Arbeiterführer Arthur Henderson geht. Er, der in Herrn Asquiths Ministerium das Erziehungswesen leitete, konnte als überzeugter Konstriktionist nach der Abstimmung zugunsten der Freiwilligkeit auf dem Kongreß der Arbeiter nicht auf dem zu stramm gezogenen Seil tanzen. Und mit Henderson, der wie Sir John Simon, jetzt zurücktritt, um später einmal besser springen zu können, haben auch zwei andere Arbeiter, die seit letztem Mai im Ministerium untergeordnete, bezahlte Stellen inne hatten, diese niederlegt, womit die Kabinettskrisis vorderhand als beendet angesehen werden kann. (Inzwischen sind die Demissionen zurückgezogen worden. Red.)

Man muß eben den englischen Staatsmännern das Zeugnis ausstellen, daß die ganze Krisis gut und mit richtigem Auge auf den Effekt inszeniert war. Die Verbündeten haben bei dieser Gelegenheit aus dem Munde des schottischen Metaphysikers im Marineamt die ebenso überraschende wie tröstliche Mitteilung gehört, daß in Großbritannien sich über sechs Millionen junge Männer zum Kriegsdienst freiwillig gemeldet haben. Das Land, das dem Bierverband ungezählte Milliarden liefert und mit Fieberhaft Kriegsvorräte herstellt oder in Amerika bestellt und mit seinem Kredit bezahlt, ist daneben doch imstande ein größeres Heer als Rußland ins Feld zu schicken.

Warum man Irland von der Zwangsbill ausgenommen hat, trotzdem Sir Edward Carson, der Wortführer der protestantischen Ulstermen gegen diese Ausnahmestellung eiferte? Weil der Premier Asquith seine Pappenheimer kennt und weiß, daß sogar der mit dem Viktoriakreuz auf der Brust aus Flandern in seine Heimat zurückgekehrte Sergeant O'Leary auf einer öffentlichen Versammlung zum Anwerben von Rekruten kein Gehör gefunden hat. Die Irländer wollen nicht unter Zwang kämpfen, obgleich sie die besten Soldaten im britischen Heer sind. Deshalb stimmten die Home Ruler Redmonds gegen die Zwangsbill.

Um dem Gesetz die beste Atmosphäre zu verschaffen, sind im Laufe der Schicksalswoche mit berechneter Offenherzigkeit zwei hochwichtige Aktenstücke veröffentlicht worden. Zuerst die vom amerikanischen Botschafter Dr. Page ohne Kommentar eingereichte Beschwerde der deutschen Regierung, die verlangt, daß Kapitän und Mannschaften des britischen Hilfskreuzers „Baralong“ als Mörder vor Gericht gestellt werden, weil sie die Besatzung eines deutschen Tauchbootes im August vorigen Jahres getötet hatten; widrigenfalls werde die deutsche Regierung Repressalien ausüben. Und vorgestern ist der von Sir Jan Hamilton verfaßte Bericht über die heldenhaften, aber leider nutzlosen Kämpfe in den Dardanellen im Hinterland der Suolabucht und Anzacbari auf der Halbinsel Gallipoli veröffentlicht worden, bei deren durchlesen jedem Briten das Herz schwillt, mit Stolz darüber, daß das Mutterland, die Siedelungen und Indien solch prächtige, mit Todesverachtung kämpfende Krieger dem freiwilligen Heeresdienst zu verdanken hat. Nach Veröffentlichung dieser zwei Aktenstücke, besonders des zweiten, das über das Verschwinden der Farmersöhne vom königlichen Landsitz Sandringham beim Angriff auf die türkische Stellung im Wald hinter der Suolabucht berichtet, brauchte der Premier Asquith nicht mehr die Verwerfung seines Gesetzes zu befürchten. Herr Balfour hatte Recht. Die Bedrohung der unverheirateten Männer mit den Schrecken der Konstriktion hat die Freiwilligkeit des Militärdienstes für die Nation gerettet. Diese Erkenntnis ist augenscheinlich auch den andern liberalen Ministern gekommen, die wie der Schatzkanzler Makenna und der Handelsminister Runciman einen Augenblick geandert haben, ob sie nicht dem Sir John Simon in die Verbannung nachfolgen sollen. Sie haben es nicht getan und wenn sie es nicht tun und das Kabinett nicht vorzeitig aus den Fugen geht, so gebührt das Verdienst dem schottischen Metaphysiker Balfour, der die Entdeckung gemacht hat, daß unter Umständen Militärzwang und Freiwilligkeit ein und dasselbe sind. — „England ändert nie,“ sagte er zum Schluß.

Zur Kriegslage

Montenegros Kapitulation. Im Stich gelassen? Die strategische Lage Italiens. Uebersichtl. Nachschrift.

Als am 4. Januar die Neugruppierung der österreichischen und ungarischen Streitkräfte an der montenegrinischen Grenze sichtbar wurde und die Verpflegung der Truppen König Nikitas durch die Tätigkeit der habsburgischen Seemacht nahezu vollständig unmöglich gemacht worden war, schien die Frage nahegerückt, ob der König den Kampf auslämpfen oder die letzten Konsequenzen aus der trostlosen Lage ziehen werde. Am 12. Januar, nach dem Fall des Lowzen und Beranes, wurde hier gesagt, daß Montenegro nun Grund habe, zu erwägen, ob es den Widerstand fortsetzen und das Gebiet zwischen Cetinje und Podgoriza bis zum äußersten halten oder eine politische Lösung suchen wolle. Am 16. Januar lagen bereits Anzeichen vor, daß eine politische Lösung gesucht werde, und heute ist sie allem Anschein nach gefunden worden. König Nikita bietet Kapitulation an.

Montenegro scheidet mit Ehren aus dem Kriege. Das kleine Heer der schwarzen Berge hat sich auf das tapferste geschlagen, planlose Fortsetzung seines Widerstandes aber abgelehnt. König Nikita hat als kluger Politiker und scharfsichtiger Soldat die Grenzen seiner Widerstandsfähigkeit und die Unmöglichkeit, die Lage wiederherzustellen, erkannt und danach gehandelt. Er verküert den Lowzen und rettet vielleicht Stutari, wenn nicht noch mehr. Die politische Bedeutung dieses Ausscheidens Montenegros aus dem Ring der Kriegsführenden bleibe hier unerörtert, vom militärischen Standpunkt aus ist zu sagen, daß damit die schmale Operationsbasis der Entente an der albanischen Küste zusammenbricht, auf der anderen Seite Kräfte frei werden und die Handlungsfreiheit der Zentralmächte sich nun rasch an anderer Stelle geltend machen wird. In einer der letzten Betrachtungen zur Kriegslage ist dargelegt worden, daß die Zentralmächte in die Lage versetzt worden sind, das Centrum gravitatis dorthin zu verlegen, wo zugleich die Stelle der verminderten Widerstandskraft ihrer Gegner zu suchen war, nämlich auf den Balkan. Heute ist für die Richtigkeit dieser analytischen Betrachtungsweise ein neuer Beleg geschaffen, denn die peripherisch gelagerten Kriegsvölker der Entente sind nun an einem Punkte vollständig durchbrochen worden. War mit der Balkanoffensive die Vereinigung der Türkei und Bulgariens mit den Zentralmächten auf der inneren Linie herbeigeführt, so hat das Ausscheiden Montenegros die Fronten der Außenstehenden nun an einer bestimmten, wenn auch untergeordneten Stelle durchstoßen.

Nun erhebt sich die Frage, ob die Entente das verhindern konnte, und ich stehe nicht an diese Frage mit Nein zu beantworten. Nachdem die direkten Angriffe beider Parteien im Osten, Westen und Süden vorläufig nicht zum Ziele geführt hatten und dort von beiden Seiten ein Kordon aufgerichtet worden war, und nachdem die Bemühungen, die Serben zu unterstützen, gescheitert waren, weil sie zu spät und unzuweckmäßig eingeleitet wurden, war niemand mehr im Falle, den Montenegrinern und den Trümmern des braven Serbenheeres ihre Kampfkraft wiederzugeben und mit ihnen die Operationsbasen an der Adria sicherzustellen. Niemand, auch die Italiener nicht. Es ist nach meiner Auffassung ein durchaus ungerechtes, weil militärisch unhaltbarer Vorwurf, wenn man von den Italienern sagt, sie hätten die Montenegriner im Stiche gelassen. Die Italiener waren überhaupt nicht in der Lage, einen albanischen Feldzug zu führen. Gelang es Engländern und Franzosen nicht, von dem gesicherten neutralen Hafen Saloniki aus rechtzeitig 200,000 Mann mit der Bahn nach Uesküb zu schaffen, so konnten die Italiener noch viel weniger daran denken, die Adria mit einer Transportflotte zu kreuzen und auf den offenen Reeden Albaniens 100,000 Mann zu landen, die sie der schon blutig geschwächten Jonozosmeer hätten entnehmen müssen, von der Unmöglichkeit der Versorgung einer solchen Truppe ganz zu schweigen. Nein, Italien hat militärisch nichts versäumt, sondern leidet nur unter der Inferiorität der strategischen Bedingungen, die es bei Eröffnung des Krieges vorgefunden und nicht zu ändern vermocht hat und die den Feldzug von vorneherein widerrieten. Diese strategische Unterlegenheit

spricht sich aus in der Bindung seiner sämtlichen Kräfte zu Füßen des Karst und der Alpen in einer Defensivstellung, die durch keine noch so blutigen und tapfern Frontalstürme zu einer Offensivstellung umgebogen werden kann, aber auch als Defensivstellung volle Befestigung verlangt, da der Gegner jede Stunde hinter seinen Felswänden eine Neugruppierung vollziehen und an einem ihm genehmen Punkte zur Offensive hervordringen kann. Hat der italienische Feldherr dann nicht den letzten Mann zur Stelle, so wird ihm der alte Schlachtenboden zwischen Gardasee und Tagliamento von vorneherein zum Verhängnis. Die Italiener hatten nur eine gesunde strategische Möglichkeit, diesem Dilemma zu entgehen und das war, wie hier schon im Mai ausgeführt wurde, der Durchbruch der Jonozostellung in der ersten Kriegswoche, aber das ist nicht versucht worden, obwohl die Oesterreicher damals schon Triest und Laibach für gefährdet hielten. Warum? Vielleicht, weil man doch nicht so fertig war, wie man geglaubt hatte, die Apeninnenbahn überlastet, das schwere Geschütz nicht heran war und weil der Vorstoß der österreichischen Flotte in der ersten Kriegsnacht verwirrend und lähmend gewirkt hat. Nachher war es zu spät, die Grenze bereits selbstmäßig verstärkt, und als man dann mit Massen angriff, kein Erfolg mehr zu erzielen. Je mehr Angriffe aber unternommen wurden und je schwerer die Einbußen des italienischen Heeres an Menschen und Kampfkraft wurden, desto weniger kann Cadorna daran denken, Kräfte abzugeben, die ihm morgen bitter fehlen könnten. Noch ist zwar Saloniki ein ungelöstes Problem, aber man kann trotzdem heute schon sagen, daß, abgesehen von diesem exzentrischen Punkt, jetzt die Jonozo- und Gardastront die verhältnismäßig schwächsten Wertschnitte der Ententefronten bilden. Ob sich auch das centrum gravitatis hierher schiebt oder ob die von Ritzener und Gallieni angekündigte koordinierte englisch-französische und russische Offensivunternehmung das verhindert, wird die Zukunft lehren.

An der Trakfront hat der Entschlußversuch von Kut noch nicht durchdringen können. Die englische Entschlußtruppe ist an den Flußlauf gefesselt und kann daher nur durch Durchbrechen der türkischen Streitkräfte zum Ziel gelangen. Das ist bei El Garbi trotz heftiger Kämpfe noch nicht gelungen. Die Gegner liegen sich dort gegenüber, Kut selbst wird belagert, Townshend hält sich aber mit altbritischer Zähigkeit. In Persien kommen die Dinge reizend in Fluß, ohne daß sich schon eine klare operative Strömung erkennen ließe. In Galizien und Böhmen setzen die Ruenen ihre Vorstöße neuerdings mit großen Verstärkungen fort. Die Entwicklung ist im Auge zu behalten. Alles noch in der Schwebel.

H. St.

Internationale Verbindung der Gewerkschaften.

Im „Archiv für Sozialwissenschaft“ veröffentlicht Adolf Braun eine Abhandlung über „Internationale Verbindung der Gewerkschaften“, worin er die Aussichten der gewerkschaftlichen Internationale nach dem Kriege erörtert. Wir geben den Inhalt des Aufsatzes in kurzen Zügen wieder:

Man datiert vom Ausbruch des Weltkrieges eine neue Geschichtsepoche und vernachlässigt dabei die Erfahrungen der unmittelbaren Vergangenheit, als wäre mit dem Kriege der Faden der Geschichte zerrissen. Eine solche Betrachtungsweise ist ungeschichtlich und führt zu falschen Schlüssen. Vergessen wird dabei, daß auch die Vergangenheit das Erzeugnis langer geschichtlicher Entwicklung ist.

Nach dem Kriege werden sich die gleichen Entwicklungstendenzen, und zwar in noch verschärfter Form, bemerkbar machen. Manche Politiker und Nationalökonomien schwärmen jetzt von einem geschlossenen Handelsstaat, der sich selber mit den notwendigen Erzeugnissen versehen wird. Die Kriegswirtschaft in Deutschland, bei der sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr fast vollständig unterbrochen sind, scheint die Möglichkeit dieses Ideals bewiesen zu haben. Aber auf die Dauer kann das nicht so weitergehen. Sofort nach dem Kriege werden die weltwirtschaftlichen Beziehungen wieder angeknüpft werden müssen. Menschen, Waren und Kapitalien werden über die Grenzen des Deutschen Reiches ihren Weg nehmen. Natürlich wird der Warenexport in der ersten Zeit nach dem Frieden manche Schwierigkeiten zu überwinden haben. Desto notwendiger wird sich der Export von Menschen erweisen. Eine ganze Reihe von Faktoren wird die Abwanderungstendenz der Arbeiter fördern. Einerseits der verminderte Warenexport nach dem Ausland, andererseits die Einengung des inneren Marktes infolge der ungeheuren Kriegskosten, der Kriegsunterstützung und der Kosten der Herstellung der zerstörten Gebiete. Außerdem hat sich eine Reihe von Industrien an die Verwendung von billiger Arbeitskraft gewöhnt, so daß sich sogar die tüchtigsten Glieder der Arbeiterschaft zur Auswanderung genötigt sehen werden. In einer Reihe von Staaten (so zum Beispiel in Frankreich) wird dagegen der Bedarf an gelernten Arbeitskräften sehr groß sein infolge der großen Verluste an Menschenleben durch den Krieg. Aus diesen Abwanderungstendenzen ergibt sich für die Gewerkschaften eine ganze Reihe wichtiger Probleme, deren Lösung nur auf internationale Boden möglich ist. Diese rein wirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme werden die Gewerkschaften der betroffenen Länder veranlassen, die durch den Krieg zerrissenen Fäden der internationalen Solidarität von neuem anzuknüpfen und weiter zu pflegen.

Es galt als unwiderlegbar, daß die Arbeiter es sind, die eine Neigung zu internationalen Verbindungen haben, da sich die Unternehmer mehr auf dem nationalen Boden betätigen. Aber bei näherer Betrachtung der Sachlage ergibt sich ein ganz anderes Resultat. Die Arbeiter pflegen ihre Aktionen und Ansichten der Öffentlichkeit bekanntzugeben, dagegen halten die Unternehmerorganisationen ihre Pläne und Absichten streng im geheimen. Darum der Eindruck, die Unternehmer seien national und die Arbeiter international gesinnt. In der Tat hat sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von internationalen Verbindungen der Unternehmer verschiedener Länder herausgebildet. Diese werden insbesondere durch die internationalen Trusts, durch Banken, Finanzierungs-gesellschaften und internationale Streikbrecherorganisationen gefördert. Auch hier, wie wir sehen, wirken wirtschaftliche Kräfte in der Richtung der internationalen Verbindungen.

Im Zusammenhang mit den Abwanderungstendenzen, mit denen wir nach dem Kriege zu rechnen haben, entsteht das wichtige Problem der Reiseunterstützung. Diese ist sowohl für das Auswanderungs- als auch für das Einwanderungsland von größter Bedeutung. Die Reiseunterstützung ist keine eigentliche Einrichtung der Neuzeit. Schon unter den Völkern im Mittelalter waren die Reiseunterstützungen üblich. Der Drang nach Wanderungen ist unter der Arbeiterschaft sehr stark entwickelt. Für die Saisonarbeiter zum Beispiel sind die Wanderungen eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Viele Arbeiter wandern, um neue Menschen und neue Länder kennen zu lernen. Nun erwächst aber für die Gewerkschaften die Gefahr, daß die Wanderarbeiter von den Unternehmern zu ihren Zwecken, insbesondere bei Streiks, ausgenutzt werden könnten. Die Gewährung von Reiseunterstützungen sowie die Berichterstattung in der Gewerkschaftspresse über ausgebrochene Streiks

in bestimmten Orten und bei bestimmten Berufen bilden sehr wichtige Mittel, dieser Gefahr zu begegnen.

Natürlich ist die Gewährung von Reiseunterstützung allein noch keine ideale Lösung der Frage der internationalen Verbindung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen danach trachten, daß ohneweiters jedes Gewerkschaftsmitglied in die Gewerkschaft eines anderen Landes als vollberechtigtes Mitglied eintreten könne. Als Mittel dazu sollen die internationalen Mitgliedsbücher dienen. Eine andere Form der internationalen Verbindung ist die Pflege des persönlichen und schriftlichen Verkehrs zwischen den Arbeitern von verschiedenen Fabriken, die in verschiedenen Ländern errichtet worden sind, die aber einem Unternehmer oder einer Aktiengesellschaft angehören. Bei Streiks können die Arbeiter einer Fabrik ihre Kollegen im Ausland tatkräftig unterstützen. Man unterrichtet einander über die Erfahrungen und Neuerungen auf dem Gebiet der Arbeits- und Lohnbedingungen. Die Zahl solcher Großbetriebe mit ausländischen Filialen vermehrt sich immer mehr mit dem Fortschreiten und dem Eindringen des Finanzkapitals in die Industrie. Auch bei außerordentlichen Streiks und Ausperrungen nimmt die Internationale greifbare Formen an, indem diese Bewegung von den Gewerkschaften aller Länder sowohl materiell als auch moralisch unterstützt wird. Alle diese Unterstützungen werden aus wohlüberlegten Gründen und aus tieferer Erkenntnis des Wesens der modernen Gewerkschaftsbewegung gewährt. Denn es ist eine alte Wahrheit, daß die Arbeiter eines Landes das größte Interesse daran haben, daß sich die Lage der Arbeiter in den anderen Ländern möglichst günstig gestalte. Was die materielle Unterstützung ausländischer großer Bewegungen anlangt, haben sich die deutschen Gewerkschaften ein besonderes Verdienst erworben. Auch die Agitation unter Arbeitern aus dem Ausland wurde in normalen Zeiten von den deutschen Gewerkschaften tatkräftig unterstützt. So wurde in Deutschland ein gewerkschaftliches Organ für die zugewanderten italienischen Arbeiter geschaffen. Dann entsfaltete man unter ihnen auch eine ziemlich rege mündliche Agitation. Aber nicht genug damit, daß die italienischen Arbeiter in Deutschland für die gewerkschaftlichen Zwecke bearbeitet wurden, wurde auch die Agitation unter den italienischen Arbeitern in ihrer Heimat von den deutschen Gewerkschaften unterstützt.

Und nun, nachdem wir jene Momente aufgezählt haben, die einer internationalen Verbindung der Gewerkschaften günstig sind, wollen wir auch auf die Hindernisse der internationalen Verbindung hinweisen. Dies soll in keinem Falle zu pessimistischer Stimmung Anlaß geben. Im Gegenteil, es soll gezeigt werden, wie die mächtigen Arbeiterorganisationen imstande seien, alle Hindernisse wegzuschaffen, die ihr Vorwärtsschreiten hemmen. So sind zum Beispiel die gewerkschaftlichen Einrichtungen, das Verhältnis zwischen organisierten und unorganisierten Arbeitern, der Grad der wirtschaftlichen Ausbildung der Mitglieder, die finanzielle Leistungsfähigkeit in den verschiedenen Ländern sehr verschieden. Um die Anpassung der Gewerkschaften der Länder aneinander zu erleichtern, wurden mannigfaltige Wege eingeschlagen. So pflegt man seit langem den Austausch von Drucksachen miteinander. Außerdem wurden internationale Berufsekretariate gegründet, die in der Regel internationale Korrespondenzen, die in verschiedenen Sprachen erscheinen, herausgeben. Dann pflegen die Gewerkschaften ihre Vertreter an die Kongresse ihrer Berufskollegen im Ausland zu delegieren, damit sie sich mit den Verhältnissen in anderen Ländern vertraut machen. Auch eine internationale Gewerkschaftszentrale, die die Gewerkschaftszentralen der verschiedenen Länder vereinigt, ist gegründet worden. Manche Gewerkschaftsbeamte sowie ganze Gruppen von ihnen werden in das Ausland für Studienreisen geschickt. Die Resultate solcher Studien werden entweder in Buchform oder als einzelne Berichte in der Gewerkschaftspresse veröffentlicht. Alle diese Bemühungen haben dazu beigetragen, daß die Gewerkschaftsbewegung in der ganzen Welt ein immer mehr einheitliches Gepräge annimmt, sowohl der Form als auch dem Inhalt nach.

Wie tief die internationale Verbindung der Gewerkschaften im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wurzelt, zeigt uns die Tatsache, daß auch während des Krieges die internationalen Verbindungen der Gewerkschaften nicht gänzlich aufgegeben worden sind. Eine ganze Reihe internationaler Berufskorrespondenzen erscheint auch während der Kriegszeit. Die deutschen Gewerkschaftsorgane haben ihre „internationale Rubrik“ beibehalten. In verschiedenen internationalen Korrespondenzen wurden Resolutionen und Aufrufe abgedruckt von französischen und englischen Gewerkschaftsverbänden, die mit den Worten schließen: „Es lebe die Internationale stets und überall!“ Erwähnt sei noch die Hilfe der englischen Gewerkschaften an die deutschen gefangenen Kollegen und Internierten in England.

Alles in allem gelangen wir zu dem Schlusse, daß nach dem Kriege die gewerkschaftliche Internationale wieder auf- und ausgebaut werden wird zum Wohle der internationalen Arbeiterschaft.

20. I. 1916

Italiens innere Nöte.

Unser Mitarbeiter in Lugano hatte an der italienisch-schweizerischen Grenze Gelegenheit, im steten Verkehr mit namhaften Politikern Italiens Eindrücke zu sammeln, die er uns in den nachstehenden Meldungen über drohende Umwälzungen infolge der jüngsten Ereignisse auf dem Balkan wiedergibt. Unser Mitarbeiter schreibt:

Chiasso, den 16. Januar.

Wenn man sich lediglich auf die Angaben von Reisenden aus Italien verlassen wollte, so müßte man zum Glauben kommen, dort sei der Zunder bereits in gefährliche Nähe des Pulverfasses gelegt worden, dessen Aufspringen von Stunde zu Stunde erwartet wird. Aber noch scheint mir die Krise nicht den Höhepunkt erreicht zu haben. Einem Zusammenbruch geht Italien dennoch unausweichlich entgegen. Nur steht der Zeitpunkt desselben nicht fest.

Aber man treibt mit aller Macht den finsternen Gewalten der Anarchie zu. Die Regierung muß es mit der Furcht vor Anschlägen zu tun bekommen haben, denn die Zahl der Polizeibeamten vermehrt sich mit der Größe des Verhängnisses, das jetzt über Italien hereinbricht. Gleich an der Grenze merkt man die erhöhte polizeiliche Tätigkeit. Sie erstreckt sich auch auf Personen, die zwar keinen anarchistischen, wohl aber kriegsfeindlichen Neigungen huldigen. Es wird glaubwürdig versichert, daß in Mailand wieder ein so bewegtes politisches Leben herrsche wie einst im Mai. Nur richtet sich diesmal der polizeiliche Spürsinn nicht mehr gegen deutsche und österreichische Fremde, denen man damals in der schönsten Jahreszeit die Daseinsberechtigung absprach, sondern gegen dieselbe gefährliche Verbrechergesellschaft, die beim Kriegsausbruch zur Belegung der Kriegsbegeisterung von der Polizei selber aufgeboden worden war. Wieder wie in den unvergeßlichen Pfingsttagen sieht Mailand unter dem Eindruck der sich vorbereitenden Schreckensherrschaft desselben Gesindels, das im Mai auf Geheiß der Regierung zum Kriege, heute aber entgegen dem Willen der Behörde zur Revolution treibt. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen haben in den letzten acht Tagen in solchem Umfange stattgefunden, daß viele geängstigte Familien der weiteren Entwicklung der Dinge durch eine Flucht in das neutrale Ausland aus dem

reichlich möglich sei.
Land und durch einleitende
Schritt, durch den Schritt des
noch durch einen Schritt
genug gemacht worden hätte,
der Ausdrucksweise mit seinen
mit nahestehernde Politiker
bart, wenn ich ihm nicht schon
immer Herr werden konnte. Er
Aborte spiegelte die innere
die Schattens des juristischen
raltung mit politischen Freunden.
Mein Gewächstsmann kam eben
den allerhöchsten Beratern zu
berühmte aus Stellen, die be-
träubend, daß ich mich veran-
gänge der letzten Woche zu
heimlich. Was hier zwischen
ganzen Wohnungen von ver-
hoffen belanden, Hausdurch-
Mord belanden, oder Familien
Politiker und selbst aktive
bei Revolutionen hat man sich
noch größer, als festgesetzt ist,
Wege gehen. Die Bestimmung

Deutschlands proletarische Jugendbewegung in der Kriegszeit.

Vor kurzem ist der Jahresbericht der Zentralfstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands erschienen. Er gibt ein anschauliches Bild von den Wirkungen, die der Krieg auf die proletarische Jugendbewegung ausgeübt hat. Der Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915, umfaßt also vier Friedens- und acht Kriegsmonate.

Der Gradmesser der Bewegung war immer die Abnehmerzahl der „Arbeiterjugend“. Als diese Anfang 1909 ins Leben gerufen wurde, hatte sie 20.000 Abnehmer. Im selben Jahre noch stieg diese Zahl auf 28.110, 1910 auf 45.000, 1911 auf 65.500, 1912 auf 80.100, 1913 auf 89.500 und bis zum 31. März 1914 auf 102.726. Während der vier Friedensmonate stieg diese Zahl neuerlich um 5351 oder 5%, Prozent. Zu Ausbruch des Krieges, am 1. August 1914, betrug also die Abnehmerzahl 108.077. Unter den Wirkungen des Krieges sank die Abnehmerzahl von Monat zu Monat. Nach fünfmonatiger Kriegsdauer, Ende Dezember 1914, besaß die „Arbeiterjugend“ nur noch 69.113 Abnehmer, Ende März 1915 waren es 67.062 und Ende September 1915 nur noch 63.000. Das ist also ein Verlust von 45.000 Abnehmern oder 41 Prozent.

Die Träger der Bewegung in den einzelnen Orten sind die Jugendausstöße. Sie sind zusammengesetzt aus Vertretern der Parteiorganisation, der Gewerkschaften und der Jugendlichen. Jugendausstöße fallen in 739 Orten vorhanden sein. Diese sind in 38 Bezirksleitungen zusammengefaßt. Ueber ihre Tätigkeit haben 387 (519) Jugendausstöße und 30 (81) Bezirksleitungen berichtet. Zur besseren Uebersicht und zum Vergleich setzen wir überall die Zahlen des Vorjahres in Klammern hinzu.

Um die Erziehung der Jugend mit Erfolg durchzuführen, wurden von der Zentralfstelle und den Bezirksleitungen in den Monaten vor dem Kriege Kurse für Jugendleiter abgehalten. Diese neue Einrichtung, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigte, ist durch den Krieg reiflos vernichtet worden. Nahezu alle diese für die Jugendarbeit vorgeschulten und besonders geeigneten Kräfte leisteten zurzeit blutige Kriegsarbeit. Nach den Berichten aus 229 Orten waren bis zum 31. März 1915 1995 Jugendleiter zum Heere eingezogen; außerdem haben sich 783 freiwillig gestellt.

Die wichtigste Tätigkeit ist die Bildungsarbeit. Sie hat durch den Krieg stark gelitten.

Den breitesten Raum in der Bildungsarbeit nahmen die Vorträge und Kurse ein. Entgegen den Wünschen der Jugendlichen mußte diese Tätigkeit aus Mangel an Kräften sehr eingeschränkt werden. In 234 (365) Orten wurden 2356 (4756) Vorträge abgehalten. Von 2220 (3584) Vorträgen ist die Besucherzahl festgestellt worden. Es beteiligten sich daran insgesamt 91.995 (196.884) Personen; davon waren 60.684 männliche und 25.393 weibliche Besucher unter achtzehn Jahren und 5918 Erwachsene. In 35 (128) Orten wurden 70 (278) wissenschaftliche Vortragsreihen und Kurse veranstaltet. Daran nahmen 10.453 (24.129) Personen teil; davon waren 6840 männliche und 3239 weibliche Jugendliche und 374 Erwachsene.

Seit jeher wurde den wissenschaftlichen Führungen besonderes Augenmerk zugewendet. Aber auch diese Tätigkeit hat unter dem Kriege erheblich gelitten. Es wurden in 112 (202) Orten 468 (849) wissenschaftliche Führungen unternommen. Von 352 (479) Führungen wurden die Teilnehmer angegeben. Es beteiligten sich 7262 männliche und 3605 weibliche Jugendliche und 1730 Erwachsene, insgesamt also 12.597 (20.088) Personen.

Am wenigsten hat durch den Krieg die Pflege edler Geselligkeit und des Kunstgenusses gelitten. Künstlerische Veranstaltungen wurden in 172 (299) Orten 1446 (1859) getroffen. Die kleineren geselligen Abende, die recht oft in den Jugendheimen veranstaltet wurden, sind nicht inbegriffen. Ueber 782 (1251) Veranstaltungen wurden genauere Angaben über die Beteiligung gemacht. Danach nahmen an diesen 34.714 (40.326) männliche und 17.397 (21.257) weibliche Jugendliche und 37.390 (53.900) Erwachsene teil.

Stark gepflegt wurde das Wandern. 219 (343) Orte berichteten ausführlicher. Insgesamt fanden 4783 (5467) Ausflüge mit 77.759 (124.430) Teilnehmern statt. Unter ihnen waren 50.941 männliche und 20.565 weibliche Jugendliche und 6233 Erwachsene. Die Beteiligung der Mädchen war also sehr stark. Auch wurde das Wandern in kleineren Gruppen den Massenwanderungen vorgezogen.

In jedem Orte werden in den Sommermonaten Sonntags oder auch an Wochentagsabenden Spiele im Freien veranstaltet. Leider sind die Aufzeichnungen darüber sehr lückenhaft. Berichtet haben nur 98 (151) Orte. Hier fanden 2224 (2181) Spieltage statt, an denen sich 26.139 (43.614) männliche und 9689 (8150) weibliche Jugendliche und 2411 (2718) Erwachsene beteiligten. Gespielt wurde in 20 Orten auf eigenen Plätzen, in 130 Orten auf den Plätzen der Arbeiterturnvereine, in 49 Orten auf Plätzen der Gemeinde und in 14 Orten überließen Privatpersonen geeignete Plätze.

Wenn die Bildungsarbeit durch den Krieg aus den verschiedensten Ursachen eingeschränkt werden mußte, so konnten die Jugendausstöße auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Jugendschutzes fast gar keine Tätigkeit entfalten. Die teilweise Aufhebung der Jugendschutzbestimmungen, die zu Beginn des Krieges erfolgte, hat es den in 42 (69) Orten bestehenden Jugendschutzkommissionen mit wenigen Ausnahmen unmöglich gemacht, sich ihrer Aufgabe zu widmen.

Um so eifriger waren die Jugendausstöße bemüht, die Arbeiterjugend vor den Schädigungen des Alkohols und der Schundliteratur zu bewahren. In Wort und Schrift wurde die Jugend über diese beiden gefährlichen Feinde aufgeklärt.

Am wirksamsten wurde dieser Kampf übrigens durch die Jugendheime geführt, in denen nur alkoholfreie Getränke ausgegeben werden, Kartenpiele ausgeschlossen sind und die Jugend an gute Literatur gewöhnt wird. In 280 (378) Orten stehen der Arbeiterjugend 303 Jugendheime zur Verfügung. 203 dieser Heime bestehen aus einem Raum, 100 Heime bestehen aus zwei bis sieben Räumen. Der Beschäftigung dienen die verschiedenartigsten Gesellschaftsspiele und Zeitschriften. In 187 (216) Heimen gibt es auch Jugendbibliotheken. Sie umfassen 33.557 (81.210) Bände. Neben diesen Bäckereien gibt es noch in 55 (81) Orten besondere Jugendbibliotheken, die 9008 (17.287) Bände umfassen. Im ganzen gibt es somit 242 (297) Bäckereien mit 42.565 (48.797) Bänden. Die Besuchszeit der Heime ist verschieden, 282 (359) haben sie angegeben. An allen Tagen der Woche sind 29 (36) Heime geöffnet, an drei bis sechs Tagen 39 (61), an zwei Tagen 79 (97), an nur einem Tage sind 135 (165) Heime geöffnet. Von den Besuchern der Heime waren ein Drittel Mädchen. Für die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Erledigung der Verwaltungsarbeiten in den Heimen werden in weitestem Maße die Jugendlichen zur Mitarbeit herangezogen. Die finanziellen Mittel für die Erhaltung und Errichtung der Heime bringen die örtlichen Arbeiterorganisationen auf. 209 (292) Orte haben den Betrag der Miete ihrer Heime angegeben. Keine Miete zahlten 17 (53) Orte, bis 100 Mark zahlten 112 (142) Orte, 100 bis 1000 Mark zahlten 68 (84) Orte, mehr als 1000 Mark zahlten 12 (18) Orte. Die jährliche Miete in allen 209 (292) Orten betrug 75.852-50 (87.886-40) Mark.

Welche finanziellen Mittel den Jugendausstößen überhaupt zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen, mögen folgende Zahlen zeigen. Nach den Angaben von 267 (388) Orten betrugen die Einnahmen 179.764-63 (239.485-26) Mark, die Ausgaben 229.723-16 (235.940-11) Mark. 185 (212) Orte haben über die Ausgaben genauer berichtet. Danach wurden für Jugendheime 97.258-41 (101.670-08) Mark, für die übrige Bildungsarbeit 57.426-25 (59.858-54) Mark, für Veranstaltungen zur Körperpflege 7792-27 (12.234-45) Mark, für Agitation 13.253-57 (22.337-77) Mark und für Prozesse u. s. w. in 24 (31) Orten 1113-71 (1752-23) Mark ausgegeben.

Die ganze organisatorische und agitatorische Arbeit der Jugendbewegung leitet die Zentralfstelle. Auch sie hat ihre Arbeit einschränken müssen. Vor allem war durch den Belagerungszustand die öffentliche Agitation sehr eingeengt. Trotzdem suchte sie ihre Aufgaben nach besten Kräften zu erfüllen. Ein Kriegsflyer „Was fordert die Gegenwart von der Jugend?“ wurde in 114.000 Exemplaren verbreitet. Insgesamt wurden 356.450 Flugblätter verbreitet. Vom „Volksliederbuch“ wurden 13.780, vom „Jugendliederbuch“ 12.066 Exemplare verkauft. Der Jugendbaldnach „Jungvolk 1915“ erschien in einer Auflage von 20.000 Exemplaren. Kurz vor Ausbruch des Krieges erschien eine Agitationsbroschüre „Die Seele auf die Arbeiterjugend“. Sie wurde in 25.200 Exemplaren verbreitet, mit Kriegsausbruch mußte der Vertrieb eingestellt werden. Die Ausgaben der Zentralfstelle beliefen sich auf 28.151-58 Mark (39.106-78 Kronen).

Mit der Verhängung des Belagerungszustandes hat auch die behördliche Belämpfung der proletarischen Jugendbewegung aufgehört. Umso mehr machten sich die oft sogar ganz ungerechtfertigten behördlichen Einschränkungen der Tätigkeit fühlbar. Auch die Art und Weise, wie für die Jugendkompagnien zur militärischen Vorbereitung der Jugend von den Fortbildungsschulen und der Polizei geworben wurde, ist eine indirekte Belämpfung der Arbeiterjugendbewegung. Andererseits sind als merkwürdige Zeichen der Zeit zu vermerken, daß die Stadt Grimnitzhau dem dortigen Jugendausstöße eine Unterstützung von 300 Mark gewährte und das sächsische Kultusministerium dem Jugendausstöße in Wobau 75 Mark für einen Handarbeitskurs für Mädchen bewilligte.

Aus diesem interessanten Bericht kann man mancherlei lernen und die Erkenntnis drängt sich uns vor allem auf, daß sich trotz Krieg und Belagerungszustand, trotz Bürgerkrieg und aller Verwässerungsbestrebungen von bürgerlicher Seite die deutsche proletarische Jugendbewegung sieghaft behauptet hat.

ung

er Zeitung.)

mer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
 Reklamen. 42. —, Abendbl. 42 50)
 Familienanzeigen 41. —, Platz- u.
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. — Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37;
 Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauer-
 straße 16/18, Dresden: A. Weisen-
 hansstr. 25, München: Perersstr. 5,
 Offenbach: Biebererstr. 34, Stom-
 gart: Poststraße 7, Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur
 u. d. Annonc.-Exped. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 Gesellschaft m. beschr. Haftung

eeere.

Friedensfaustpfänder.

⌘ Kriege stellen neue politische Zustände her. Deshalb fällt den kämpfenden Heeren nicht allein die Aufgabe zu, den Feind nach Möglichkeit zu schlagen, sondern gleichzeitig fremde Gebiete zu besetzen, die entweder, je nach dem Willen oder der Kraft des Siegers, in seinen dauernden Besitz übergehen, oder als Pfand- bezw. Tauschobjekte verwendet werden. Wenn heute, gewissermaßen über Nacht, Friedensverhandlungen angeknüpft werden würden, so würde sich unter dem Gesichtspunkt der Faustpfänder ein eigentümliches Bild ergeben.

Die Faustpfänder, die die siegreiche Innengruppe mit dem Schwert erworben hat, entsprechen deutlichen und im engen Zusammenhang mit den Kriegserfordernissen stehenden Gesetzen. In Belgien sollten englische und französische Truppen aufmarschieren, um in Westdeutschland einzubringen, und von Polen aus, dessen Lage die östliche Verteidigungslinie der Zentralmächte empfindlich störte, war der Vormarsch der Russen auf Berlin und Wien geplant. Belgien und Polen sind von uns besetzt und große Gebiete Frankreichs und Rußlands liegen hinter der Front der auf feindlichem Boden kämpfenden deutschen und österreichisch-ungarischen Heere. In Teilen Altserbiens und in Serbisch-Mazedonien galt es, die bulgarischen Einwohner von serbischer Herrschaft zu befreien. Ganz Serbien und der größte Teil von Montenegro sind jetzt in der Hand der Verbündeten. So verfügt die Innengruppe über wertvolle Faustpfänder, die schon heute bei etwaigen Friedensverhandlungen die Wagschale in entscheidender Weise zugunsten der zu ihr gehörenden Mächte senken würden, einschließlich der Türkei, die noch keine feindlichen Gebiete besetzen konnte, da sie bisher im gemeinsamen Interesse auf die Verteidigung angewiesen war.

Aber auch unsere Gegner haben Faustpfänder erworben. Während die Errungenschaften der Innengruppe jedoch auf Feindesboden liegen und den gemeinsamen Interessen aller zu ihr gehörenden Staaten dienen, konnten die Außenmächte bei dem dauernden Mißerfolge, der ihre strategischen Unternehmungen begleitete, gewissermaßen nur auf Schlechtwegen Faustpfänder erwerben, die außerdem infolge ihrer sich vielfach kreuzenden und oft einander entgegengesetzten politischen Ziele bei dem endgültigen Ausgleich teilweise das Konto der eigenen Verbündeten oder neutraler Staaten belasten werden.

Betrachtet man zunächst Englands Machtstellung am heutigen Tage, so zeigt sich, daß es mit bewundernswertem Geschick verstanden hat, Faustpfänder in seine Hand zu spielen, die beitragen sollen, seinen Besitzstand unter Berücksichtigung der voraussichtlich aus dem Weltkrieg resultierenden Weltlage und Verhältnisse gegen Bedrohungen von europäischen Mächten von neuem zu sichern. Seine wichtigsten Faustpfänder liegen jedoch auf Freundes- oder neutralem Boden. Englische Truppen haben die Nordküste Frankreichs besetzt. Der Hinweis, daß England Calais gutwillig sicherlich nicht räumen wird, mag als Versuch, das Mißtrauen Frankreichs zu erwecken, angesehen werden. Aber tatsächlich ist England bei den modernen Waffen und technischen Hilfsmitteln, die die Zukunft sehr bald noch weiter verbessern wird, falls es die gegen die Gleichberechtigung Deutschlands gerichtete Politik beibehalten will, darauf angewiesen, sich militärisch auf der kontinentalen Küste des Kanals zu verankern. Ein England, das keine Brücke zum Kontinent geschlagen hat, würde in einem zukünftigen Kriege durch einen Ring von Unterseebooten von seinen Hilfsquellen abgeschnitten werden können, es würde der Landung feindlicher Truppen unter dem schützenden Sperrfeuer weittragender Geschütze ausgesetzt sein, und die insulare Lage, die ihm bei weiterer Verbesserung des Luftflottenwesens auch sonst nur geringen Schutz gewähren könnte, würde ihm zum großen Nachteil gereichen, da ohne kontinentalen Brückenkopf eine englische Offensive auf dem Festland bedeutend erschwert und England deshalb der Gefahr ausgesetzt sein würde, sich dauernd auf eine ermüdende und zu keiner Entscheidung führende Defensiv zu beschränken. England braucht also Calais, sei es als eigenen Besitz, sei es, daß sich England und Frankreich derartig fest verbünden, daß sie dauernd in allen Konflikten politisch und militärisch zusammenstehen. Dies ist jedoch bei der Verschiedenheit der beiderseitigen politischen Interessen und Tendenzen wenig wahrscheinlich, und würde nur möglich sein, wenn die französische Regierung gewillt ist, oder unter dem Druck der Verhältnisse gezwungen

Zur Kriegslage

Das montenegrinische Dilemma. Beschließung der bulgarischen Mittelmeerküste. Die russische Offensive bei Toporutz. Kaukasusoffensive der Russen. Köperikö im Januar 1915 und 1916. Die russische „Pointe“ in Persien. Kengawer. Der türkisch-persische Gegenstoß.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Montenegro und Albanien, die Beschließung der bulgarischen Küste der Ägäis, die wieder aufgeführte Offensive der Russen zwischen Dnjestr und Pruth und die Vorgänge in Kaukasien und Persien bestimmen die Kriegslage, wie sie sich im Laufe dieser Woche herausgebildet hat.

Ueber die Verhältnisse in Montenegro herrscht keine Klarheit, sofern es richtig sein sollte, daß die Uebergabe der Montenegriner im letzten Augenblick widerrufen worden ist; erklärlich wäre das nur aus einer Weigerung noch nicht eingekreister montenegrinischer Streitkräfte — etwa der Stutargruppe, die beim Tarabosch eine Sperrstellung innehatte — die Waffen niederzulegen. Das ist nicht ausgeschlossen, und in diesem Falle wäre es auch möglich, daß König Nikita gezwungen oder scheinbar gezwungen von Verhandlungen zurücktritt und sein Schicksal wieder mit der Entente verknüpft, eher handelt es sich aber um einzelne separatistische Handlungen.

In welchem Maße Montenegro in diesem Falle noch widerstandsfähig ist, hängt wesentlich davon ab, ob die Oesterreicher bereits neue Positionen besetzt und einzelne Teile der feindlichen Streitkräfte entworfen haben. Als Widerstandszentren hätten Podgoriza und Skutari zu gelten. Es hat keinen Zweck, die verschiedenen Möglichkeiten der veränderten oder zurückgewendeten Lage einer Betrachtung zu unterziehen, solange keine Klarheit über die Situation herrscht. Daß die Ententegruppe nicht gewillt ist, die Balkanhalbinsel preiszugeben, geht aus mancherlei Anzeichen hervor, von denen die Beschließung der bulgarischen Küste des Ägäischen Meeres besondere Aufmerksamkeit erfordert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß man nun doch noch daran denkt, die bei Saloniki geschaffene Operationsbasis verbreitern und neue Ausgangspunkte zu gewinnen, indem weiter östlich auf bulgarischem Gebiet Landungen vorgenommen werden. Auch als Ablenkung würde indes die Beschließung der bulgarischen Küste schon gewisse militärische Zwecke erfüllen.

Eine Vorbewegung der Vierbündstruppen gegen Saloniki hat noch nicht stattgefunden. Ob die Maßnahmen eine Verzögerung erfahren haben, läßt sich nicht beurteilen, da über die montenegrinische Kapitulation keine Klarheit herrscht. Jedenfalls hat der Vierbünd gerade im Hinblick auf die Notwendigkeit der Operationsfreiheit vor Saloniki ein Interesse an der Beherrschung der südalbaniischen Verbindungen, und dieses Interesse ist gewachsen, seit Korfu zu einer Basis des Vierbünds geworden ist. Ob demzufolge stärkere Abzweigungen bulgarischer Truppen in der Richtung Elbasan stattgefunden haben, um die rechte Flanke der Stellung Dohrida-Monastir-Doiran zu decken, muß sich zeigen.

Die Offensive der Russen zwischen Dnjestr und Pruth ist, wie sich unschwer voraussagen ließ, noch einmal aufgestammt. Wiederum suchen sie im Abschnitt von Czernowitz mit aller Gewalt und unauslöschlichem Todesmut mit Trommelfeuer und Infanterie durchzudringen und treffen immer wieder auf unbezwinglichen Widerstand. Die Meldung des russischen Generalstabes vom 20. Jan., abends 8 Uhr, berichtet von der Wegnahme eines Abschnittes der österreichischen Stellungen nordwestlich von Czernowitz in der Gegend von Karanze. Wahrscheinlicher muß es aber heißen: nordöstlich von Czernowitz, sofern dieser Abschnitt in der Gegend von Karanze zu suchen ist, denn die Kampflinie verläuft im Raume Czernowitz ausgesprochen östlich von Czernowitz wie neuerdings durch das Kärtchen vom 11. Jan. illustriert sei. Offenbar sind die Oesterreicher noch im ungeschmälerten Besitz der Straße, die von Czernowitz über Kuczarmil nach Zastawna und von dort nach Zaleszczyki führt. Sie werden diese Straße auch halten können, solange sie im Besitz der Höhenlinien sind, die östlich davon von Lipnik (284) über Moszkow (350) nach Waslowitz und Werbowitz (516) führt. Auch diese Linie scheint aber noch fest in österreichischem Besitz zu sein, und der Kampf östlich davon bei Toporutz und Karanze zu stehen.

Der Abschnitt, in dem die Kämpfe am schärfsten brennen, läßt sich auf 30 Kilometer Längeneinheit schätzen. Die Oesterreicher behaupten in ihrer Meldung vom 20. Jan., daß die zähen Anstürme der Russen im Handgemenge abgeschlagen worden seien, lassen aber durchblicken, daß die Kämpfe immer noch nicht zur Ruhe gekommen sind, wenn auch eine unmittelbare strategische Auswirkung nicht sichtbar ist und lokale taktische Erfolge des Angreifers die Lage noch nicht zu verändern vermochten. Es ist mit einer weiteren Fortsetzung dieser mit Unterbrechung nun schon vier Wochen dauernden großzügigen Offensive am russischen Südschnitt zu rechnen. Daß dadurch die österreichische Front, die schon eine Querschung ihrer rechten Flanke empfindlich treffen würde, in Atem gehalten wird, bedarf keines Beweises.

Auch auf dem kaukasischen Kriegsschauplatz sind russische Angriffe wieder so weit gediehen, daß sie zu strategischer Bedeutung gekommen sind. Es ist lange her, daß die Russen dort in einer Weise aktiv wurden, die

Heute ist nun die Lage im Raume Erzerum allem Anschein nach wieder grundsätzlich verändert, das heißt man ist dort zur Norm regulärer Kriegsführung und Operationen größeren Stils zurückgekehrt. Und zwar sind es die Russen, die jetzt nach ihren eigenen Meldungen wieder mit stärkeren Kräften angegriffen haben. Dazu waren sie allerdings strategisch genötigt, da sie die Ansammlung türkischer Kräfte zwischen Erzerum und Kars nicht dulden konnten, ohne für ihre bereits weit vorgeschrittene persische Offensive fürchten zu müssen. Sind doch die Russen schon vom östlichen Flügel ihrer Kaukasusstellung durch die persische Provinz Azerbeidjan hindurchgedrungen, kämpfen heute schon südwestlich des Urmiasees, haben sogar unter Baradow den Weg in das Herz Persiens nach Hamadan gefunden, das halbwegs der russischen Grenze und des mesopotamischen Tigris liegt, und drängen über Hamadan und Kengawer auf Kirmanschan nach Südwesten, um Einfluß auf den britischen Trakfeldzug zu gewinnen. Bei Kengawer erreichen sie bereits

durch die Exzentrität dieser Offensive kurz vor dem Gelingen Schaden zu erleiden oder zu viele Kräfte darin festzulegen.

Die Türken haben vom Irak aus eine Gegenbewegung eingeleitet, nachdem sie sich bei Mesiphon des englischen Angriffs entledigt hatten und sollen das opiumreiche Kirmanschan vor den Russen erreicht haben. Auf persische Streitkräfte ist wenig zu geben. Das zerfallende Land liefert wohl Banden, aber keine organisierte Feldtruppe. Daran wird auch die Kriegserklärung der Provinzgewalten von Kuristan wenig ändern. Viel wichtiger ist der Ausgang der türkisch-britischen Kämpfe bei Kut-el-Amara, wo die Entscheidung noch nicht gefallen ist.

H. St.



über Kleinkrieg und Beschäftigung des Gegners hinauszielte. Operationen von strategischem Ausmaß haben eigentlich nur im Dezember 1914 und Januar 1915 stattgefunden. Damals waren die Russen auf die Verteidigung angewiesen, da die Türken mit fünf Kolonnen zu einer ausgreifenden Offensive auf die Linie Erivan-Kars-Batum geschritten waren. Diese Operationen sind am 13. Januar 1915 an dieser Stelle ausführlich behandelt worden, als die Nachricht von dem Treffen bei Sarikamis (4. Januar) und den Gefechten bei Dity und Ardagan sich klarstellen ließen. Damals war die Mittelgruppe der Türken von Erzerum über Köperikö auf Kars vorgegangen, wo sie fünfzig Kilometer südwestlich von Kars unter schwierigsten örtlichen und klimatischen Verhältnissen im Gebirge angegriffen und zum Rückzug auf Erzerum genötigt wurde. Die rechte Flankengruppe der Türken, die gegen Erivan operierte, wich ungeschlagen aus. Die linke dagegen, die Ardagan genommen hatte, geriet in einen Hinterhalt und wurde zum verlustreichen Rückzug genötigt, ebenso die als Flankendeckung gegen Batum vorgeschobene Gruppe, die die Schluchten am Tschorokfluß nicht überwinden konnte. Die Russen waren aber damals nicht in der Lage, diese Erfolge in der Defensive durch einen Vorstoß in die Ebene von Erzerum auszunützen, da sie an Truppen zu schwach waren und die Türken alsbald zu einer Verstärkung ihrer Kaukasus-Armee schritten. Der Druck auf Batum machte sich dann rasch wieder geltend und soll die russische Heeresleitung mitveranlaßt haben, von den Westmächten eine Diversion zugunsten der am Kaukasus und in Galizien ringenden Truppen zu verlangen, die dann in Gestalt der Dardanellen-Aktion erfolgt ist. Die Türken wurden dadurch gezwungen, Truppen von Erzerum wegzuziehen und sich dort auf einen Bandenkrieg zu beschränken, der sich bald vom Wansee nach Persien hinüberzog.

das Stromsystem des Schatt-el-Arab, obwohl sie noch 300 Kilometer in der Luftlinie von Kut-el-Amara trennen. Man erstieht dies jetzt auch aus der am Donnerstag im „Bund“ mitgeteilten Übersicht der „Nowoje Wremja“ und des „Ruskoje Sslowo“, worin ausdrücklich erklärt wird, daß eine Verbindung der russischen und englischen Orientheere herbeigeführt werden soll, was der hier wiederholt vertretenen Auffassung entspricht. Zur Durchführung einer so langgestreckten exzentrischen Operation, die in der Luftlinie über 700 Kilometer Spannung aufweist, ist natürlich eine Deckung der Flanken absolut notwendig. Die linke Flanke wird nun zum großen Teil durch Anlehnung an das Kaspiische Meer gedeckt, die rechte aber bleibt ungesichert, solange die Türken bei Erzerum stehen und von dort auf Kars und Erivan in der Richtung Tiflis operieren können. Es ist daher wohl zu begreifen, daß die Russen jetzt wieder stärkere Kräfte in Transkaukasien versammelt haben und angriffsweise auf der alten Heerstraße Kars-Erzerum vorgegangen sind. Wieder taucht Köperikö in ihrem Feldbericht auf und von neuem wird auf den Schlachtfeldern des Dezember-Januar 1914/15 gekämpft.

Nach der russischen Meldung vom 19. Januar hat die russische Offensive die türkische Verteidigungsstellung durchbrochen und gegen Erzerum Raum gewonnen. Die Entscheidung liegt bei Erzerum selbst. Solange die Türken dieses Verteidigungszentrum behaupten, können sie immer wieder offensiv wirken und es ist anzunehmen, daß sie jetzt, nach der Erledigung der Dardanellen-Aktion für Verstärkungen am Kaukasus sorgen werden. Man darf daher auf den weiteren Verlauf der dortigen Operationen gespannt sein. Ohne Zweifel zeugen die Kämpfe am Kaukasus und in Persien von reger Initiative auf Seite der Russen, die dort ein großes Feld der Betätigung haben und es im Angriff durchziehen, auf die Gefahr,

Das montenegrinische Kästfel

W. E. Eine noch vor der Kapitulation Montenegros in Athen aufgegebene Drahtmeldung des Berichterstatters des Moskauer „Ruskoje Sslowo“ besagt, daß sich die serbische Armee des Generals Stefanowitsch in voller Ordnung mit der montenegrinischen vereinigt habe, um eine energische Offensive gegen die Oesterreicher zu unternehmen.

Was die Montenegriner sagen

Die montenegrinische Regierung geht nach Lyon

Paris, 22. d. (Havas) Wie die Blätter melden, wurde der Sitz der montenegrinischen Regierung nach Lyon verlegt.

Lyon, 22. d. (Havas) Die Königin von Montenegro und die Prinzessinnen sind heute morgen um 8 Uhr mit dem königlich-italienischen Hofzuge, begleitet von einem General, einem Obersten und einem montenegrinischen Ordonnanzoffizier hier eingetroffen. Der Präfekt des Rhone-Departements begrüßte die Königin im Namen Poincarés und stellte sich ihr im Namen der Regierung zur Verfügung. Die Königin blieb im Royal-Hotel ab, wo ihr Appartements eingeräumt worden waren.

Paris, 23. d. (Havas.) Amtliche Mitteilung des montenegrinischen Generalkonsulates. König Nikolaus ist gestern in Begleitung von Prinz Peter in Brindisi eingetroffen. Der Monarch und sein Sohn werden ihre Reise nach Lyon fortsetzen, woselbst sie mit der Königin Milena und den Prinzessinnen Xenia und Vera zusammentreffen werden.

Prinz Mirko verbleibt mit drei Mitgliedern der Regierung in Montenegro, um dort die Verteidigung zu organisieren, sowie, unter Umständen, die Evakuierung der Armee. Diese geht, unter dem Oberbefehl des Generals Wukotitsch, des früheren Ministerpräsidenten, den Kampf fort zu dem Zwecke, ihre Vereinigung mit den in Albanien verbliebenen serbischen Kontingenten auszuführen. Mit Hilfe der Verbündeten hofft die montenegrinische Armee sich am Schutze Albaniens wirksam beteiligen zu können, indem sie sich auf Skutari stützt.

Rom, 23. d. (Stefani.) Der König von Montenegro und Prinz Peter sind in Rom eingetroffen. Sie wurden am Bahnhofe vom König von Italien empfangen. Die beiden Souveräne bestiegen mit Prinz Peter ein Auto und begaben sich nach dem Königspalast, wo sie von der Königin und den kleinen Prinzen erwartet wurden. König Nikita und Prinz Peter werden sich nach Lyon begeben.

Der Waffenstillstand — eine Kriegslist?

Rom, 23. d. (Stefani.) Das montenegrinische Generalkonsulat veröffentlicht folgende Depesche, die ihm aus Brindisi von Ministerpräsident Miuslowitsch zugeht:

„Angesichts der Hartnäckigkeit einiger Kommentare über die letzte Phase des Krieges in Montenegro mag es nützlich sein, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß ein Austausch von Mitteilungen nach dem Falle der Stellungen am Lowzen, den wir zu vermeiden gehofft hatten und nach dem Einmarsch des Feindes in Cetinje, auf beiden Seiten notwendig geworden war. Die Schritte für einen Waffenstillstand verfolgten einzig den Zweck, Zeit zu gewinnen, um den Rückzug und die Evakuierung der Armee gegen Podgoriza und Skutari zu sichern, ferner um die den montenegrinischen Truppen auf den anderen, von Podgoriza weiter entfernten Fronten in den Weg gelegten Hindernisse zu vermeiden, sowie um Zeit zu gewinnen, um die serbischen Truppen von Podgoriza und von Skutari gegen Alessio und Durazzo zu evakuieren. Somit ist es gewiß, daß die österreichischen Truppen in ihrem Vormarsche wenigstens während einer Woche hingehalten wurden.“

Die Blätter bringen im allgemeinen absichtlich unzutreffende Kommentare; indessen werden die montenegrinischen Behörden bald in der Lage sein, die Deffentlichkeit über den wahren Charakter der Ereignisse aufzuklären, die sich in Montenegro abspielten und über welche das Publikum leider sehr schlecht unterrichtet wurde. Die von dem früheren Ministerpräsidenten, General Wukotitsch befehligte montenegrinische Armee fährt fort, gegen den Feind zu kämpfen, in der Absicht, ihre Vereinigung mit der serbischen Armee auszuführen.

Was die Oesterreicher sagen

Oesterreichisch-ungarische amtliche Meldung
Wien, 22. d. (W. K. B.) Amtlich wird verlautbart: Die Waffenstreckung des montenegrinischen Heeres, die die Vorbedingung für die Weiterführung der Friedensverhandlungen

bildet, ist im Gange. Oesterreichisch-ungarische Truppen traten zu diesem Zwecke, jede Feindseligkeit unterlassend, den Vormarsch in das Innere des Landes an. Die montenegrinischen Soldaten haben, wo sie mit unseren Abteilungen zusammentreffen, die Waffen abzulegen und können, wenn dies ohne Widerstand geschieht, in ihren Heimatorten unter angemessener Aufsicht ihrer Beschäftigung nachgehen. Wer Widerstand leistet, wird gewaltjam entwaffnet und Kriegsgefangen abgeführt. Diese durch militärische Gründe sowie durch die Eigenart des Landes und seiner Bevölkerung bedingte Lösung wird am raschesten dem seit langen Jahren vom Krieg heimgejuchten Montenegro den Frieden wiederzugeben vermögen. Das montenegrinische Oberkommando wurde in diesem Sinne unterrichtet. (gez.) von Höfer.

Die Waffenstreckung im Gange

Wien, 23. d. (W. K. B.) Amtlich wird verlautbart: Die Waffenstreckung Montenegros nimmt ihren Fortgang. An zahlreichen Punkten des Landes wurden die Waffen niedergelegt. An der Nordostfront Montenegros ergaben sich in den letzten Tagen über 1500 Serben. Die Adria Häfen Anzicari und Dulcigno wurden von unseren Truppen besetzt. (gez.) Höfer.

Bericht unseres Kriegskorrespondenten

E. L. Oesterreichisch-ungarisches Kriegspressequartier, 22. d. (Eig. Drahtber.) Nachdem bei Birpazar und Rejka montenegrinische Abteilungen mit der Waffenniederlegung begonnen hatten, ist diese nun auch an den übrigen Frontabschnitten in Gang gekommen. Die kampflose Okkupation des Landes durch die österreichisch-ungarischen Truppen hat begonnen. Überall wo montenegrinische Soldaten angetroffen werden, müssen sie ihre Waffen abliefern. Die Leute werden nach der Entwaffnung nicht zur Internierung abgeschoben, sondern dürfen in ihrer Heimat ihren Beschäftigungen nachgehen. Nur wer Widerstand leistet und gewaltsame Entwaffnung nötig macht, wird als Kriegsgefangener erklärt. Diese Lösung, die der Eigenart des Landes und seines Volkes weit entgegenkommt, entspricht dem Wunsche, den Montenegrinern nach den harten Prüfungen möglichst schnell einen wirklichen Frieden zu geben. Die eigentlichen Friedensverhandlungen beginnen erst nach dem Vollzuge der Waffenstreckung. In der Hauptsache geht die Waffenniederlegung sowohl an der Front als im Innern des Landes jetzt klaglos vor sich. Der überwiegende Teil der Bevölkerung ist nach den langen Kampfsjahren kriegsmüde. In allen Orten melden sich bei den Behörden Soldaten, um die Waffen abzugeben und dann in ihr Heim zurückzukehren. Wo sich noch Widerstand regt, hat er meist seine Wurzel in dem Umstand, daß der Montenegriner von seiner Waffe unzertrennbar ist, daß daher manche es für unvereinbar mit ihrer Mannwürde halten, dieses Attribut des Erwachsenen aus den Händen zu geben.

Frankfurt, 24. Januar.

Der Untergang der beiden serbischen Staaten, der auch durch abenteuerliche Wendungen montenegrinischer Politiker nicht mehr aufzuhalten ist, legt es nahe, die Balkanpolitik Russlands wieder einmal in die Zusammenhänge der großen Weltereignisse hineinzustellen und nachzuprüfen, was von ihren früheren Richtlinien heute noch übrig bleiben mag. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die sich dieser Aufgabe unterzogen hat, ist dabei zu dem einzig möglichen Schluß gekommen, daß das Schicksal dieser Politik besiegelt ist, daß sie zusammengebrochen ist wie die beiden Staaten, auf die sich ihre Rechnungen hauptsächlich gründeten. Die militärische Katastrophe, die über Montenegro hereinbrochen ist, bedeutet dabei vielleicht einen noch ärgeren Schlag für das Prestige Russlands, die eigentliche Grundlage seiner Balkanpolitik, als die Niederlagen des serbischen Königreichs. Seit zwei Jahrhunderten war das Reich der Schwarzen Berge das Objekt russischer Umtriebe, die mit jähher Folgerichtigkeit das eine Ziel der Erschütterung der osmanischen Herrschaft und der Lähmung des österreichischen Einflusses verfolgten. Schon Peter der Große schickte den Hospodaren von Montenegro und den Bischöfen und Aebten der paar Gebirgsklöster, die sich die Türken fernzuhalten verstanden, Geld und gute Worte. Seither sind Waffen aller Art, Kanonen, Gold, Lebensmittel, Schullehrer und Popen aus Rußland in das kleine Ländchen geschickt worden, das sich allmählich zum Fürstentum und sogar zum Königreich hinaufbeförderte. König Nikolaus, der jetzt in Lyon in der Verbannung eine in der Luft schwebende Regierung aufrichten will, erlebte es sogar, daß er von einem Zaren als „sein einziger Freund“ bezeichnet wurde und je näher die Lösung der Balkanfragen heranrückte, desto geschickter mußte er seinen Wert vor den Herren von Petersburg geltend zu machen, die ihre Subsidien aller Art verdoppeln und verdreifachen mußten. Man war wohl in Rußland gelegentlich über die Zubringlichkeiten dieses Fürsten etwas aufgebracht, aber man wußte doch, daß er die zuverlässigste Karte im russischen Balkanpiel war und scheute nichts, um ihn zu unterstützen. Es wäre auch falsch, wenn man meinen möchte, Rußland habe während des Krieges nichts für seine Balkan Klienten getan, um derentwillen es schon während der Bukarester Friedensverhandlungen beinahe einen europäischen Krieg heraufbeschwor. Damals zwang es die Franzosen, auf ihren Schlachtschiffen in der Adria auch die russische Androasflagge zu zeigen und auch im jetzigen Kriege mußten französische Schiffe die Arbeit leisten, die Rußland nicht selber übernehmen konnte. Mehr zu tun war Rußland nicht imstande. Den Serben konnte es Waffen, Munition und Lebensmittel schicken, nach Montenegro aber stand kein gangbarer Weg offen. Daß dies während des größten Krieges, den Europa erlebt hat, offenkundig geworden ist, daß Rußland ohnmächtig zusehen muß, wie sein ältester Vasallenstaat im Verzweilungskampfe verblutet, das ist wirklich der Zusammenbruch einer Politik. Man wird das nicht nur auf dem Balkan erkennen, sondern auch in Rußland, wenn auch die Wege, auf denen in Zukunft die russische Politik gehen wird, einstweilen wohl auch denen noch dunkel sind, die darüber zu bestimmen haben. Die russische Balkanpolitik hat zuerst den Gegensatz zur österreichisch-ungarischen Monarchie geschaffen, der sich freilich durch eine ganze Reihe weiterer Fragen später erweiterte. Die Folgen einer Neuorientierung dieser Politik, die jetzt schon unvermeidlich geworden ist, werden schon um dieser Zusammenhänge willen auf die Entwicklung auch anderer europäischer Fragen zurückwirken.

Es wäre aber eine nicht unbedenkliche Einseitigkeit, die leicht im deutschen Publikum, das während des Krieges sich weit mehr mit der englischen als mit der russischen Politik beschäftigt hat, eine gedankliche Verwirrung anrichten könnte, wenn man die russische Politik gegenüber den kleineren Balkanmächten für sich allein betrachten wollte. Sie hängt tat-

sächlich von jeher aufs engste mit dem höchsten Ziel russischer Politik zusammen, mit dem Drange nach Konstantinopel. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat in ihrer Betrachtung diese Frage ausgeschieden, was sich allerdings damit rechtfertigen läßt, daß sie schon vor einigen Wochen in einem für Rußland ganz negativen Sinne gelöst worden ist, als nämlich die englische Regierung die Einstellung des verunglückten Angriffes auf die Dardanellen beschloß. Seither gibt es für Rußland keine mit menschlichen Vernunftgründen zu stützende Hoffnung mehr, daß in diesem Kriege das alte Ziel erreicht werden könnte. Um Konstantinopel willen war aber ursprünglich die ganze russische Balkanpolitik eingeleitet worden, um seinerwillen nahm sie auch in den letzten zehn Jahren die scharf offensive Gestalt an, die auf den Ausbruch des Krieges unmittelbar eingewirkt hat als alle Einkreisungspolitik. Nach dem Berliner Kongress trat Konstantinopel selbst etwas in den Hintergrund, weil zunächst der Streit um Bulgarien Jahre hindurch Europa beschäftigte; denn Rußland wollte den jungen Staat knechten, um daraus seine Hauptetappe auf dem Marsch nach dem Bosphorus zu machen. Es unterlag, und seine Eroberungstendenz richtete sich nun längerer Zeit gegen Ostasien. Als aber nach dem Krieg mit Japan der nahe Orient die Russen wieder lockte, mußte die Frage um das Schicksal Konstantinopels unbedingt in den Mittelpunkt der politischen Bestrebungen Russlands treten. Da aber in der gleichen Zeit die deutsche Politik immer stärker die Notwendigkeit und den festen Willen betonen mußte, das osmanische Reich als Einheit zu erhalten, so bildete sich zwischen dem Deutschen Reich und Rußland ein Gegensatz heraus, der schließlich an innerer Bedeutung nicht hinter dem alten und allbekanntem zurückstand, der die habsburgische Monarchie vom Zarenreiche trennte. Gewiß waren es „zum großen Teil innerpolitische Einflüsse“, die den Anschluß Russlands an die deutschfeindliche Koalition herbeigeführt haben. Aber der wachsende russische Nationalismus, der die alten Forderungen der panslawistischen Außenpolitik übernahm und bis weit in die liberalen Kreise hinein um sich griff, und auf der anderen Seite die Furcht vor Revolutionen, die man durch eine Diversion nach außen zu bändigen hoffte, mußten nach der Richtung hin wirken, auf die tatsächlich die einzige niemals vergessene Lösung hinwies, die allein es ermöglichte, ganz Rußland zu einigen.

Auch unter den russischen Staatsmännern fehlte es vermutlich nicht an solchen, die gerne in die von Deutschland bereitwillig entgegengestreckte Freundeshand eingeschlagen hätten, umso lieber, als vielen in diesen Kreisen das Bündnis mit Frankreich unsympathisch war. Aber die innere Spannkraft des alten Dranges nach Konstantinopel wuchs immer mehr, je schneller die Ereignisse auf dem Balkan zur Lösung der vielen Fragen drängten, die durch die Weisheit der europäischen Gleichgeichtspolitik immer nur hinausgeschoben worden waren. Die kühle Rechnung des Verstandes hätte die besonneneren russischen Staatsmänner zum Ausgleich mancher dieser Fragen, die den deutsch-russischen Gegensatz verschärften, bestimmen können. Aber sie waren schließlich, wie auch die sentimentalischen Erwägungen, die durchaus nicht allen russischen Politikern fremd bleiben, nicht stark genug, um die nach den Balkankriegen mit reißender Schnelligkeit sich entwickelnde Gefahr einzudämmen. Vielleicht war eben die starke Betonung der aus langer Tradition erwachsenen gefühlsmäßigen Elemente in der einstigen deutsch-russischen Freundschaft das, was schließlich eine offene Aussprache verhinderte. Als die deutsche Militärmission unter Liman v. Sanders nach Konstantinopel ging, brach in Rußland ein Sturm aus, der die seit hundert Jahren sorgfältig aufgebauten und behüteten Schranken, die einst eine wirkliche politische Freundschaft bedeutet hatten, niederriß und allen Leidenschaften freie Bahn ließ. Nicht einmal die persönlichen Bemühungen des Deutschen Kaisers konnten nun das Schicksal noch abwenden, wozu freilich die persönlichen Eigenschaften Nikolaus' II. noch das ihrige beitrugen. Die deutsch-russische

Freundschaft brach über dem Gegensatz in der größten Frage der russischen Außenpolitik zusammen.

Die russische Regierung hat die Freundschaft der Monarchen, die natürlich der deutschen Politik manche Rücksicht aufnötigte, bis zum letzten Augenblicke geschickt dazu ausgenützt, um da sie den Zaren selber noch zu einem hinterhältigen und listigen Telegramm an Kaiser Wilhelm nötigte, die Aufmerksamkeit Deutschlands von ihren Umtrieben im Orient abzulenken. Dabei bereitete sie im Innern ganz bewußt den Krieg vor, nicht nur durch die maßlosen militärischen Rüstungen, sondern auch durch eine methodische, kein Mittel der Verleumdung scheuende Hege in der Presse. Die ganz selbstverständlichen Rücksichten internationaler Höflichkeit verhinderten leider eine rechtzeitige wirksame Gegenpropaganda von deutscher Seite. Es wäre von größter Bedeutung gewesen, wenn die Tatsache, daß Kaiser Wilhelm den Zaren auf die Gefahren eines dauernden Widerstandes gegen die Wünsche seines Volkes nach Einführung einer parlamentarischen Vertretung hingewiesen hat, beizeiten in Rußland bekannt geworden wäre, wo man leider gerade das Gegenteil davon geglaubt hat. Dort waren die liberalen Kreise so sehr auf herkömmliche Dogmen eingeschworen, daß sie sogar die Bedeutung der Zusammenkunft Eduards VII. mit dem Zaren in Reval übersahen; erst die dadurch manifestierte Wendung der englischen Politik, die noch kurz vorher durch Campbell-Bannerman ihre Sympathien für die russische Revolution ausgesprochen hatte, gab der Regierung des Zaren freie Hand zum Staatsstreik. Es ist vielleicht auch jetzt noch nicht zu spät, um die sehr bedeutsame Feststellung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ auch in Rußland zu verbreiten, soweit die Verkehrsbeschränkungen, die der Krieg mit sich bringt, dies zulassen.

Der Zusammenbruch der deutsch-russischen Freundschaft hat die Möglichkeit geboten, frühere Rücksichten fallen zu lassen und endlich den Vorurteilen entgegenzutreten, die von der russischen Regierung im eigenen Interesse genährt wurden. Die Katastrophe der russischen Balkanpolitik räumt vollends mit den Resten einer nunmehr abgeschlossenen geschichtlichen Epoche in den Beziehungen der beiden Reiche auf. Deutschland wird auch nach dem Kriege sein Verhältnis zu dem östlichen Nachbar wesentlich mit Rücksicht auf die Fragen des nahen Orients bestimmen müssen, aus rein realpolitischen Erwägungen heraus, die vielleicht den künftigen Frieden besser sichern werden als freundliche Illusionen.

einem dem deutschen Kaiser gehörigen Schlosse, auf neutralem griechischen Besitz gelegen, den sich die Franzosen widerrechtlich angeeignet haben, macht sich's der vertriebene serbische König mit seinem Sohn bequem. Und das alles im Namen der Zivilisation und Gerechtigkeit!

Kaiser Franz Joseph und Zar Ferdinand.

WTB Wien, 24. Jan. (Telegr.) Aus Anlaß der Verleihung der Würde eines österreichisch-ungarischen Feldmarschalls an den König von Bulgarien hat nachstehender Depeschenwechsel stattgefunden. Der König von Bulgarien telegraphierte: Seiner Kaiserlichen und Königlich Apostolischen Majestät, Schönbrunn! Der Gardetapitan, General der Kavallerie, Graf Vonyay, hat mir soeben das gnädige Handschreiben überreicht, durch welches Eure Majestät mir die historische Würde eines österreichisch-ungarischen Feldmarschalls übertragen. Geradezu erschüttert von diesem neuen ganz unverdienten Beweise kaiserlicher Gnade und höchst beglückt von den Worten der Anerkennung meiner Tätigkeit als verbündeter Kriegsherr, bitte ich Eure Majestät den Ausdruck vollkommenster Dankbarkeit dafür entgegenzunehmen. Dieselben Gefühle, welche vor nunmehr 35 Jahren damals von Eurer Majestät zum Leutnant ernannten Jüngling befeelten, erfüllen auch heute noch mein

WTB Wien, 24. Jan. (Telegr.) Der ehemalige rumänische Ministerpräsident Peter Carp ist in Wien eingetroffen.

Betrachtungen zur römischen Frage.

Schon wenige Tage nach der Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn, Ende Mai 1915, erhoben sich in der katholischen Presse Europas Stimmen, die dringend forderten, daß nach dem Kriege bei der großen Neuordnung aller Dinge auch die Ansprüche des Papsttums, die seit 1870 unbefriedigt geblieben sind, ihre Erfüllung finden müßten. Die deutsche Zentrumspresse sprach von vornherein ohne weiteres die Erwartung aus, daß die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns nicht ermangeln würden, wenn die Zeit gekommen sei, das Ihrige zu tun, um den Ansprüchen des Papsttums als einer Weltnotwendigkeit Genüge zu verschaffen. Ob sie zu dieser Erwartung irgendwie berechtigt war oder nur ihren Hoffnungen einen stärkeren Ausdruck zu geben wünschte, entzieht sich unserer Kenntnis; ebenso wissen wir nicht, ob die damals erhobene und seitdem wiederholt begründete Forderung unmittelbar durch die Abreise der beim Vatikan beglaubigten Gesandten Österreich-Ungarns, Preußens und Bayerns aus Rom hervorgerufen war, oder ob dafür ein Lösungswort von

herzlichen Zusammenleben der Soldaten der verbündeten Armeen erfreuen konnte. Dicht nebeneinander lagen in der Hauptstraße bulgarische, deutsche und österreichisch-ungarische Dienststuben, Bepflegungs- und Krankensammelfstellen. Dort hingen die Fahnen der verschiedenen roten Kreuze und neben unsern Wachen vor Häusern standen bulgarische Landsturmposten, vierschrittige, derbe Kräftegestalten, die mehr bewaffneten Bauern gleichen als Soldaten in unserm Sinne. Sie trugen weiße, dicke, aus einer Art Filzstoff hergestellte Anzüge. Unter den halboffenen Jacken lugten rote Schärpen hervor. Auf dem Kopfe trugen sie dunkle Fellmützen, und die unwidderlichen Beine, die Füße steckten in den landesüblichen Opanten. Fest und unbeweglich standen sie auf ihren Posten, das Gewehr bei Fuß. Stramm salutierten sie die vorübergehenden Vorgesetzten, so daß der Eindruck, vom Außergewöhnlichen der äußern Erscheinung abgesehen, der denkbar beste war.

Über die Stadt hinaus in das Bergland hinein, das sich gegen das Morawatal heranschiebt, waren österreichisch-ungarische Baukompagnien und bulgarische Truppen mit der Instandsetzung der Straße beschäftigt, die durch ein mittleres Gebirge führte, das manchen malerischen Reiz besaß. Jedoch nicht die Landschaft war das Interessante, sondern der Verkehr fesselte viel mehr. Kleine Gruppen bulgarischer Kavallerie bewegten sich in der Richtung auf Nisch. Ein Landsturmregiment marschierte, und zwischendurch kamen, wie auf unsern Etappenstraßen, auch hier wieder endlose Züge von Kolonnenwagen. Mit langhörnigen Stieren waren die Befährte bespannt. Fuhrleute in zottigen Pelzen und noch wildern Fellmützen saßen auf den Wagen, ließen, die Tiere antreibend, daneben her. Es waren braune Gestalten; jeder Mann ein gutes Motiv für den Maler, und alle zusammen in der Art, wie sie sich bewegen, wie ihre schweren Stimmen sich mit langgezogenen Lauten durcheinandermischten, echte Kinder des Balkans. Durch und durch kennzeichnend waren diese Züge: die Planwagen, die Zugtiere, die bewaffneten Begleitmannschaften; die Wagen, auf der Straße hin und herfahrend, mit gestülpten Zeltbahnen überspannt, mit Risten kreuz und quer bepackt; die Stiere, schwerfällige Tiere, die die Köpfe lang durch die Jochbalken steckten; die Kutscher, über deren Mäntel und Mützen sich allein eine launige Betrachtung schreiben ließe; denn unerschöpflich waren sie nach Form und Farbe. Fell innen, Fell außen, hingen sie diesen Bergkindern um die Körper und gaben ihnen etwas Urmenchenhaftes. Und daneben, das Gewehr mit dem aufgepflanzten Bajonett über der Schulter, marschierten die Begleitmannschaften. Viel Infanteristen waren darunter, in braunen Uniformen nach russischem Schnitt. Ihre roten Kragen leuchteten, ihre flachen Mützen zierte die große bulgarische Kokarde. Sie grüßten. Wir dankten im Vorüberfahren und winkten. Sie lachten. Sie lachten frei und ungezwungen, wundervoll in ihrer Natürlichkeit, und marschierten eben ihren Transportzügen einher auf Nisch.

Vor der bulgarischen Ortskommandantur in Nisch, die an der Hauptstraße unweit des Marktes liegt, drängte sich die Bevölkerung. Weiß-grün-rot wehten eine Reihe von Fahnen im Binde. Gar lustig schwenkte das dreifarbige Tuch über den Köpfen der Menschen dahin. Auf allen Straßen wogte das Leben. Viele Geschäfte waren offen. An allen Hausportalen standen Tische und Tische mit kleinen Brettergestellen darüber. Kinder, Mädchen, Frauen, Greise handelten mit Schokolade, mit Schnitten, Nüssen, Puppomaden und Knöpfen, Pfeifen und Zigaretten. Es gab eigentlich alles, was der Feldsoldat im Vorübergehen glaubt erwerben zu müssen, was ihm das Herz leicht macht, eil ihm der Kauf, der kleine Handel, das Geldausgeben das Gefühl der Stadt vermittelt, und das dabei nichts anderes ist als eine harmlose Freude des Augenblicks. Am Marktplatz drängten sich die Menschenmassen durcheinander. An den Straßenecken standen bulgarische und deutsche Mannschaften mit Österreichern und Ungarn zusammen. Sie schwaben, ohne sich zu verstehen. Sie tauschten miteinander Tabak aus und promenierten durch die rote, grellfarbige Ehrenparade, die für König Ferdinand errichtet

worden war, als er nach der Einnahme von Nisch die Stadt besuchte.

Fahnen überall an den Gassenfronten, weiß-grün-rotes Flimmern in der Luft; es war ein heller schöner Wintertag, an dem ich dieses lebhaft bewegte Bild in mich aufnehmen konnte. Auf dem Marktplatz umdrängten Städter und Soldaten, darunter viele Offiziere, die mazedonischen Bauern und Bäuerinnen, die mit Hühnern und Ziegenkäse, mit Eiern und Tabak zum Handeln gekommen waren. In weitgeschnittenen, faltigen, bunten Röcken saßen sie um den türkischen Brunnen. Die lebende Ware gaderte. Man feilschte. Trotz der vielen Soldaten war der Krieg fern; Nisch lebte in ruhiger Gemessenheit, und wo man das Bild der Stadt in sich aufnahm, es war überall gleich. Von der neuen Kathedrale her, in deren dunkler hochgewölbter Halle unweit des Chorstuhles des Metropoliten die verwaisten Bestuhle König Peters, der serbischen Königin und des Staatsministers nebeneinanderstanden, kam ich am Nachmittag durch die Basarstraße zum Markt hinaufgewandert. An der Nischawa, neben der Brücke, die die Zitabelle mit der Stadt verbindet, drängte sich das bunte Leben: Bürger gingen dort spazieren. Sie suchten den Markt auf — er ist nicht groß und eigentlich nur ein Gärtchen —, an dem der alte türkische Konak liegt, der, jetzt halb verfallen, wie vieles in Nisch noch an die alten Zeiten der Sultansherrschaft erinnert. Die Bürger gingen am Nischawa-Ufer entlang. Auf den Gartenwegen schien allein das Militär berechtigt zu sein, denn dort wimmelte es feldgrau, braun und hechtblau durcheinander. Und inmitten dieses bewegten Treibens auf dem kleinen Platz konzertierte eine bulgarische Militärkapelle. Arm in Arm sah ich dort deutsche, bulgarische und österreichisch-ungarischen Mannschaften spazieren gehen. Andere standen dicht gedrängt um die Kapelle, so daß ein friedliches Gar-nisonbild entstand. Waffenbrüder, die das Spiel des Zufalls nach harten Tagen zusammengewürfelt hatte, schlossen sich einander an. Die Stunde wurde ihnen Bedeutung, wenngleich ihnen die Sprache keine Brücke von Herz zu Herz sein konnte. Leider nicht; denn wie gern hätten sie miteinander gesprochen, und an Stoff zum Erzählen fehlte es ihnen nicht. Gemeinsame Kämpfe ketten zusammen, man wird Kamerad, selbst dann wenn einer im Norden und der andere im Süden vor dem Feinde stand. Die Gemeinsamkeit der Aufgabe, die kennen sie alle. Sie können es nicht in Worte fassen, aber sie fühlten es und darin finden sie sich. Waffen-gefährten, Bundesbrüder, jeder der Sohn seiner Heimat, seines Vaterlandes, aber ein Streiter im großen Ringen, ein Helfer im Kampf um den zu erzwingenden Sieg. In den Parolanlagen vor dem Konak von Nisch stand ich mitten unter ihnen. „Verdammt, daß man mit den Bulgaren nicht sprechen kann!“ mehr als einer der unsern hat das gesagt oder „ja, wenn man sie doch verstehen würde, die könnten einem wohl manches erzählen; denn die kennen das Geschäft schon aus den vorigen Balkankriegen!“ Es kam zu mancher in ihrer Komik reizenden Szene. In Gruppen standen sie beieinander, sie waren wie die Kinder. Sie tauschten Postkarten, Bleistifte, Taschenmesser, Tabak. Die Bulgaren, die lebhafte, redeten. Unsere Leute, die Feldmütze schief auf dem Kopfe, standen breitbeinig da und hörten zu. Ich sah einen biedern Brandenburger, einen schweren Artilleristen, der immer vor sich hin nickte und nachdenklich da sagte. Er trat ein Zeitlang von einem auf das andere Bein. Die Sporen klirrten ihn an den mächtigen Stiefeln. Er strich sich den braunen, wilden Vollbart, der ihn wie einen deutschen Wappenmann aussehen ließ, und endlich sah er sich den Sprecher an, klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „Du bist ein feiner Kerl, Kamerad, schade, daß ich kein Wort verstanden habe.“ Dann stopfte er sich seine Pfeife neu, und setzte sie in Brand, sah den Bulgaren unter den Arm und führte ihn im Park spazieren. Abwechslend rauchte er und der Bundesbruder nun aus derselben Pfeife. Sie steckten sie sich gegenseitig in den Mund und redeten nur noch in Gesten, und ich bin fest überzeugt, daß sie beide mit sich einig waren, daß sie sich glänzend verstanden und unterhalten haben.

Der amerikanische Einspruch gegen die neue englische Sperre.

Washington, 25. Januar. (Vom Vertreter von „Wolffs Telegraphischem Büro“.) Die Vereinigten Staaten haben der englischen Regierung durch den amerikanischen Botschafter in London eine Note überreichen lassen, in der, wie schon kurz erwähnt wurde, Amerika Einspruch erhebt gegen jede Art von Anwendung des Gesetzes betreffend den Handel mit dem Feinde, durch die der amerikanische Handel betroffen werden könnte.

Washington, 25. Januar. „Reuter“ meldet: Die Note der amerikanischen Regierung an Großbritannien betreffend das Gesetz über den Handel mit dem Feinde ist durchaus kein Protest, sondern nur eine Vorstellung gegen die Anwendung eines Gesetzes, das, wie die Regierung der Vereinigten Staaten glaubt, das amerikanische Geschäftsleben stören könnte. Es wird in dieser Vorstellung gesagt, werden, daß die Regierung das Gesetz für ungerecht hält und daß Ersatz für jeden Schaden verlangt werden wird, den der amerikanische Handel dadurch erleidet. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß die Beziehungen des amerikanischen und deutschen Kapitals zu den amerikanischen Industrien derartig sind, daß es unmöglich wäre, Deutschland mit Erfolg einen Schlag zu versetzen, ohne den Interessen der Vereinigten Staaten großen Schaden zuzufügen. Die Regierung ist der Ansicht, daß im großen und ganzen das Produkt eines in einem neutralen Staat lebenden Bürgers als neutral aufzufassen sei.

Eine amerikanische Lektion für England.

New York, 24. Januar. (Durch Funkpruch vom Vertreter von „Wolffs Telegraphischem Büro“.) Unter der Ueberschrift „Wachsende Erbitterung gegen England“ bespricht die „Evening Post“ in einer Drahtung aus Washington ausführlich, wie die britische Diplomatie, welche sich auf dem Balkan durch ihre Kurzsichtigkeit so unheilvoll geirrt habe, in einer nicht zu fernem Zukunft finden dürfte, daß ihr Schicksal ähnlich beschränkt gewesen sei in bezug auf die Vereinigten Staaten. Das Blatt führt aus:

Denn England beherrscht die Lage unseres Landes nicht mehr so als es noch vor wenigen Monaten war. Wenn solche Vorzeichen diplomatischer Schwierigkeiten, wie sie jetzt am Horizont erscheinen, allenfalls die amerikanische öffentliche Meinung entfremden, so werden unsere englischen Bettern nicht die Einschränkungen des amerikanischen Handels oder des guten alten amerikanischen Dollars nicht die Verdrüßung und den Rißers, sondern nur sich selbst zu tadeln haben. Das erstaunliche Gefühl einer Abneigung gegen England ist erst jüngst entstanden, und es wächst noch beständig, weil es die Engländer daran fehlen lassen, den amerikanischen Standpunkt zu begreifen, oder weil sie nicht willens sind, ihm die Wichtigkeit beizulegen, die er verdient.

In ihrem Kern sind die Ursachen hierfür in dem zu finden, was englische Staatsmänner öffentlich und privat über die amerikanische Angelegenheit erklären, ferner in den englischen Zeitartikeln über die amerikanischen Diplomaten und Persönlichkeiten der amerikanischen Regierung und endlich in den Eindrücken zurückkehrender Beobachter, die bestätigen, daß das charakteristische Gefühl vieler Engländer Amerika gegenüber durch die geringschätzige Gleichmütigkeit gekennzeichnet werde. Als der Krieg ausbrach, und noch viele Monate nachher, stand die Sympathie der Amerikaner stark auf Seiten Englands. Die belgischen Greuel, die Unmenschlichkeit der Zeppeinfahrten, die rohen Angriffe der Unterseeboots, die ohne Warnung erfolgten, trugen dazu bei, die Mittelmächte zu verdammen und die Aufmerksamkeit von eingeständenen

Verletzungen des Völkerrechts, die England zur See verübte,

abzulenken. In allen diesen Monaten hat die amerikanische Regierung nur schwach ihre Stimme gegen die Verbündeten erhoben und dadurch die dauernde Feindseligkeit eines großen Teiles der amerikanischen Bürger deutscher Abstammung verursacht, weil sie ermangelte, England gegenüber eine ebenso rücksichtslose Politik zu verfolgen, wie dies Deutschland gegenüber der Fall war. Was aber unseren Amtlichen in der Seele wehtut, ist der Umstand, daß England unfeigbar und durch die Macht der Umstände den Nutzen der amerikanischen Neutralität einernete. Jede Würdigung von all dem im ganzen Zustande ist sehr spärlich gewesen, wofür sie überhaupt zu merken war. Hätten die Vereinigten Staaten sich dafür entschieden, peinlich neutral zu sein, so hätten sie sich innerhalb der heiligsten Grenzen der neutralen Rechte gehalten, wenn sie für alle Kabelverbindungen der Verbündeten die Einschränkung der Zensur eingeführt hätten, und wenn sie alle Ausfuhr von Kriegsmunition bei Ausbruch des Krieges verboten hätten, wie dies Holland, Norwegen und die anderen neutralen Staaten getan haben. Hierher hätte ferner gehört eine Gesetzgebung, welche die Emission von Kriegsanleihen verbietet, strenge Maßnahmen, um zu verhindern, daß einzelne Reservisten die Vereinigten Staaten verlassen, und die Einberufung einer Konferenz von Neutralen, welche, wie unsere eigenen Amtlichen privat zugeben, sich in eine antibritische Versammlung auflösen würde, die Vergeltungsmaßnahmen gegen die Verletzungen der Gesetze zur See durch die Engländer verlangen würde. Statt dessen haben die Vereinigten Staaten es vorgezogen, passiv neutral zu sein und die weite Rücksichtnahme zu üben, wie sie mit neutralen Rechten und Pflichten verbunden ist. Aber wie ist alles dies beantwortet oder gewürdigt worden! Man braucht nur so etwas zu lesen, wie die Erzählung des Oberst Georg Harvey über die stechende Ironie und die beißende Kritik an den Vereinigten Staaten, die der Oberst in englischen Salons gehört hat, um die Mißverständnisse zu verstehen, die sich entwickeln.

Diese Erzählung ist bezeichnend für so manche andere Berichte ähnlicher Art, auf die hohe Kreise der amerikanischen Regierung aufmerksam geworden sind! Es waren Dinge und Tatsachen dieser Art, daß in England wohnende Amerikaner so sehr ihren amerikanischen Ursprung vergessen hatten, daß sie die englische Anklage gegen die Vereinigten Staaten ermutigten, wodurch Präsident Wilson veranlaßt wurde, in seiner letzten Botschaft an den Kongreß zu erklären: „Es gibt gewisse Amerikaner, die ihre Ehre als Bürger so vergessen, daß sie ihre leidenschaftliche Anteilnahme für die eine oder die andere Seite im europäischen Konflikt

über ihre Rücksichtnahme auf den Frieden und die Würde der Vereinigten Staaten stellen.“

Die Engländer geben dem amerikanischen Handel auf seine Beschwerden immer wieder die Antwort, daß England die Schlächten der Blockade kämpft und daß deshalb Amerika sich mit Einschränkungen seines Handels und anderen Unannehmlichkeiten abfinden muß. Wenn die britische Regierung nur wüßte, wieviel diese Beschränkung seit langem in den amerikanischen amtlichen Kreisen von seinem Geschmack verloren hat! Es hat begonnen, den amerikanischen Glauben von England zu klein. Unsere Amtlichen erklären und unparteiische Juristen wie Professor Woolsey von der Universität Yale bestätigen diese Meinung:

England hat jeden Grundsatz des Völkerrechts verletzt.

Der viel gerühmte Kampf für Freiheit und Kultur ist zu einem leeren Schlagwort geworden, wenn unsere Amtlichen die Erklärung des Königs von Griechenland lesen und an Saloniki und die Vergewaltigung der griechischen Neutralität denken, oder wenn sie gelegentlich die Berichte lesen, wie die hilflosen Mannschaften deutscher U-Boote blutig niedergeschossen wurden, als sie im Wasser um ihr Leben kämpften oder versuchten, an Bord des „Baralong“ zu fliehen, um nicht zu ertrinken. Es ist ein offenes Geheimnis, daß der „Baralong“-Fall einen peinlichen Eindruck in unseren Regierungskreisen hervorgerufen hat, noch bevor die Deutschen ihre Verlegung des Falles veröffentlicht hatten. Der Unterschied zwischen Deutschlands Verletzungen der Gesetze der Menschlichkeit und Englands Gesetzesüberschreitungen ist durch die amerikanische Regierung anerkannt worden, als der zwischen einem Nord- und einem Zivilprozeß, der aber auf keinen Fall den kleineren Uebelthäter entlastet. Der „Luktania“-Fall ist nahe vor seiner Lösung und die Reaktion für das lange Schweigen über Englands Mißthaten wird nicht lange auf sich warten lassen. Senatoren und Mitglieder des Abgeordneten-Hauses weisen in Privatgesprächen auf die Unvermeidlichkeit einer diplomatischen Auseinandersetzung mit England hin. Was unsere höchsten Behörden besonders aufregt, ist, daß jedesmal, wenn ein Schiff torpediert wird, die englische Presse und die englischen Diplomaten immer fragen: „Was wird Amerika darauf tun?“, und daß man in London nie daran denkt, was England tun könnte, um den neutralen Freunden Unannehmlichkeiten zu ersparen. Es war Englands Zurückhalten der Lebensmittel, die den sehr gerechten Grundfahnen widerspricht, die während des Burenkrieges von Lord Salisbury aufgestellt wurden, die Deutschland zu seinen Vergeltungsmaßnahmen mit dem Unterseebootskrieg veranlaßten. Und diese Vergeltungsmaßnahmen sind nun für eine Zeit durch Amerikas diplomatischen Einfluß zu einem Ende gebracht worden, obwohl die Verhinderung dieses Verfahrens, soweit die Verletzung englischer Schiffe in Frage kommt, von der englischen Mosquitoflotte von Motorbooten und Fischdampfern bisher nicht erreicht wurde.

England hat nichts getan, um die Neutralen von den Schwierigkeiten zu befreien, denen sie begegnen, wenn ihre Angehörigen auf bewaffneten Handelsschiffen reisen, da keine Anordnungen gegeben worden sind, daß diese sich einer Durchsuchung fügen, obwohl bekannt ist, daß die Mittelmächte die Schiffe nicht ohne vorherige Warnung verfenken würden, wenn sie sicher wären, daß die britischen Schiffe nur als friedliche und nicht Widerstand leistende Handelsschiffe auftreten würden.

Die Beschlagnahme amerikanischer Post

hat Anlaß zu neuer, nicht unbeträchtlicher Verstimmung gegeben. Auch die unnötige Anwendung des Verbots des Handels mit dem Feinde auf die in den Vereinigten Staaten und anderen entlegenen neutralen Ländern, wie den südamerikanischen Republiken und China wohnenden Deutschen hat einen ungünstigen Eindruck gemacht. Wenn auch die Vereinigten Staaten keinen gesetzlichen Anlaß zum Eingreifen in diesen Dingen haben, wird die Reihe solcher Maßnahmen in vieler Beziehung als unfreundlich aufgefaßt. Dann haben die jüngst im Unterhause gehaltenen Reden, die unablässige Anstrengungen Englands zur Eroberung des Weltmarktes nach dem Kriege verlangten, dazu geführt, daß Befürchtungen sich in den Vordergrund gedrängt haben, und daß in der letzten amerikanischen Note darüber geklagt wurde, daß die britischen Kaufleute mit neutralen Häfen durchaus freien Handel treiben, während die Vereinigten Staaten daran verhindert werden, ihre Waren frei zu verschiffen. Die Stimmung in den amtlichen Kreisen ist natürlich in steigendem Maße gegen die britische Diplomatie gerichtet.

Alle neutralen Staaten hoffen gespannt auf Amerikas Hilfe in der Vertretung der Rechte der Neutralen. Die Vereinigten Staaten würden die Freundschaft von manchen dieser großen Länder verlieren, wenn sie jetzt nicht denselben Standpunkt einnehmen, wie sie, und gegen die Verletzungen des Völkerrechtes Einspruch erheben, unter denen alle leiden Nicht durch diplomatische Einwirkung, sondern durch den Druck der öffentlichen Meinung und das Volk Englands dazu kommen, den amerikanischen Standpunkt besser zu würdigen und die Notwendigkeit zu erkennen, die Grenzen der amerikanischen Geduld oder des amerikanischen Empfindens, wenn diese zu sehr in Anspruch genommen werden, nicht zu unterschätzen. Man vertraut darauf, daß die englischen Staatsmänner eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen, sobald sie sie in ihrem wahren Lichte sehen.

Wing

ter Zeitung.)

immer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:

Kolonelzeile 60 J. Abendbl. 75 J.
 Reklamen .42 - . Abendbl. 42-50
 Familienanzeigen .41 - . Platz- u
 Daten-Vorschriften ohne Verbind-
 lichkeit. - Anzeigen nehmen an:
 Unsere Expeditionen in Frankfurt
 a. M. Gr. Eschenheimerstr. 33/37,
 Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mau-
 straße 16/18. Dresden-A: Waisen-
 hansstr. 25. München: Perusastr. 5
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stutt-
 gart: Poststraße 7. Zürich: Nord-
 straße 62. Uns. übrig. Agentur
 u. d. Annonc.-Expod. Ferner in
 New York: 20 Broad Street.

Verlag u. Druck der Frankfurter
 Societäts-Druckerei
 Gesellschaft m. beschr. Haftung

216

19

Meeres.

Deutschland und China nach dem Kriege

Im Verlag von Karl Curtius = Berlin erscheint soeben eine Schrift „Deutschland und China nach dem Kriege“, die in zwei Abhandlungen das Problem unserer künftigen Aufgaben in China darzustellen unternimmt. Die erste von Dr. Paul Rohrbach spricht über „Deutschland und das chinesische Geistesleben“, die zweite von Wolf von Dewall über „Die wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands in China“. Die Rohrbachschen Ausführungen vermitteln das Verständnis des Europäers für die fremde, auf der Lehre des Konfuzius beruhende Geisteskultur Chinas; die Kenntnis der Gedankenwelt dieser alten Kultur ist nicht nur dem Gelehrten vorbehalten, auch der Kaufmann und Industrielle, der sich im fernem Osten betätigen will, muß sich mit ihr vertraut machen, wenn er Erfolge haben will. Nach Rohrbachs Meinung ist gerade der Deutsche befähigt, sich in diesen Geist einzuleben, die „Synthese des abendländischen und des alten chinesischen Geistes zu einer fruchtbaren ethisch-kulturellen Verbindung“ zu schaffen und damit die Grundlage für eine gedeihliche wirtschaftliche Betätigung in China zu legen. Wir müssen es uns versagen, auf die Rohrbachschen Ausführungen im einzelnen einzugehen, da sie im Zusammenhang und Zweck des Buches mehr die Einleitung und Vorbereitung zu den praktisch-wirtschaftlichen Darlegungen v. Dewalls bilden, welche ein besonders aktuelles Interesse dadurch gewinnen, daß gestern in Berlin die Generalversammlung des „Deutsch-chinesischen Verbands“ tagte, der Organisation, die sich die Pflege vor allem unserer wirtschaftlichen Interessen in China zur Aufgabe gesetzt hat.

Die machtpolitischen Veränderungen, welche der Krieg im fernem Osten, wie man jetzt schon erkennen kann, hervorrufen wird, zwingen dazu, die deutsche Wirtschaftspolitik in China auf eine ganz neue Basis zu stellen. Die Großmacht Japan will Weltmacht werden und Indien wird nicht die „willenlose Milchkuh“ Englands bleiben. Dies bedeutet für die nicht britische Welt eine sichere Hoffnung auf Entlastung. Japans künftige Politik kann keine Festlandspolitik sein, sondern seine Mission liegt auf dem Meere, was China eine politische und wirtschaftliche Erneuerung ermöglicht. Es wird in Zukunft auf dem fremden Geldmarkt nicht mehr als Bettler, sondern als freier Bewerber auftreten können, was das Verhalten der Westmächte zu China umformen muß. Deshalb ist für Deutschland die Stunde gekommen, seine Zukunft in Ostasien weitblickend zu erkennen und sich die Möglichkeiten der Betätigung auf bisher unerschlossenen Gebieten zu sichern. Das größte und nächste Objekt sind die Eisenbahnkonzessionen in China, bei denen wir bisher gegen die belgisch-russisch-französische Interessengruppe, gegen England und Japan vollkommen ins Hintertreffen geraten waren. Der Krieg gibt nun Gelegenheit zu einer Neuordnung des Teilungsplans. Vor allem lenkt von Dewall die deutsche Aufmerksamkeit auf die nordchinesische Ostwestbahn, eine belgische Konzession, welche die chinesische Teilstrecke einer Rieseneisenbahn sein wird, die einstmals die Kulturzentren Europas mit der alten chinesischen Kulturwelt verbinden soll. Belgiens Finanz- und Industriekraft ist geschwächt. Das gleiche gilt in demselben Maße von Frankreich. Hier wäre also eine Gelegenheit für Deutschland, einzuspringen und den ihm gebührenden Anteil an der wirtschaftlichen Erschließung Chinas zu gewinnen. Tsingtau ist durch seine geographische Lage und durch seinen vorzüglichen Hafen vorbestimmt zum Hafen des größten kontinentalen Eisenbahnsystems der Welt gegenüber dem Panama-Kanal. Eine andere belgische Konzession ist die große Tantung-Tschengtou-Bahn, die in größeren Zusammenhängen als Anschluß an die große sibirische Eisenbahn und an das hinterindische Bahnsystem betrachtet werden muß. Voraussetzung für eine großzügige deutsche Eisenbahnpolitik in China ist ein größeres Interesse für die chinesischen Eisenbahnanlagen, die einträgliche sichere Kapitalanlagen sind, einen guten Verdienst für die deutsche Industrie bedeuten, dem deutschen Einfluß weite Gebiete zum Nutzen des deutschen Handels eröffnen und hervorragende Aussichten für neue Geschäftsmöglichkeiten bieten. Hierbei gilt es, nicht ängstlich an den Tagesaufgaben zu kleben, sondern weit in die Zukunft zu schauen, denn das Wichtigste in China ist, eine Konzession zu erhalten, die durchaus nicht immer sofort verwirklicht werden muß.

In der Frage der Flußregulierungen, Kanal- und Hafenbauten haben sich bisher nur die Amerikaner durch das große Projekt der Regulierung des Gebietes des Quaisuffes betätigt. Für die deutsche Technik liegt hier

Zur Kriegslage

König Nikita Schachzug. Die Räumung Montenegro. Die Lage in Albanien. Die Operationen vor Saloniki. Die Russen vor Erzerum. Vom Traktfeldzug. Die Entsatzkämpfe um Kut-el-Amara. Gesecht mit den Senussen.

Herrscht auch heute über das Verhalten des Königs von Montenegro noch keine vollständige Klarheit, so kann man doch annehmen, daß die militärische Lage auf dem Balkan durch den Abbruch der eingeleiteten Verhandlungen kaum noch beeinflusst worden ist. Wenigstens sind die Oesterreicher ungehindert in Podgorika und Skutari eingezogen und führen größere montenegrinische Truppenkörper in Kriegsgefangenschaft ab. Es war vorauszusehen, daß die Montenegriner in der österreichischen Bedingung, nicht nur die Waffen niederzulegen, sondern auch sämtliche Waffen, sogar die alten Familienerbstücke abzugeben, eine Kränkung sehen würden. Diesem primitiven Volk ist die Waffe noch das Attribut des Mannes, und es war kaum denkbar, daß die Montenegriner sich ihrer alten Dolche und Pistolen entäußern würden, um waffenlos in ihre Dörfer heimzukehren. So erklärt sich vielleicht auch die österreichische Meldung, welche besagt, daß die Montenegriner es vorzögen, in die Kriegsgefangenschaft abgeführt zu werden, statt heimzukehren. Für die Bewirtschaftung des lärglich bestellten Landes fällt der Auszug der Männer, die nun teils in österreichische Gefangenschaft gehen, teils mit den Waffen nach Süden abziehen werden, nicht in Betracht. Der Montenegriner überläßt bekanntlich nicht nur die häuslichen, sondern auch die Feldarbeiten den Frauen. Hat so das eigentümliche Zwischenspiel, das auf die angebotene Kapitulation erfolgt ist, nur noch politische Bedeutung, indem es König Nikita eine gute Aufnahme in Italien und Frankreich gesichert hat und Montenegro nicht von der Entente scheidet, so ist die militärische Lage jetzt doch im Sinne einer vollständigen Räumung Montenegros geklärt. Nikita, das Widerstandszentrum des alten Montenegro, und das Zetatal mit Danilowgrad, die Passstraße von Cetinje nach Rijeka, das Morakatal mit Andriewika und endlich die Skutari-Landschaft mit Podgorika, Birpazar und Skutari selbst sind in den Händen der Oesterreicher und Ungarn. Die montenegrinisch-serbischen Verteidiger des Tarabosch und Skutaris sind kampfflos nach Süden ausgewichen. Die Küste ist von der Bocche di Cattaro bis Alessio von den Oesterreichern besetzt und damit Budua, Antivari und Dulcigno in ihren Händen. Da die Bulgaren von Osten her über Debra und Struga vordringend in der Richtung auf Elbasan Raum gewonnen haben, so ist nur noch ein Teil von Mittel- und Südalbanien strittig. Die Entwicklung muß lehren, ob die Vierbundmächte die Operationen in der Richtung auf Durazzo und Valona fortsetzen, oder sich mit dem Errungenen begnügen. Wichtig bleibt für sie die Beherrschung der Straße von Santa Quaranta nach Monastir und der Besitz Durazzos.

Die Operationen vor Saloniki haben noch nicht den Charakter von Erkundungen verloren. Auf Seite der Verteidiger von Saloniki herrscht offenbar ein lebhaftes strategisches Bedürfnis, sich über Zahl und Bedeutung der an der Grenze stehenden feindlichen Truppen ins Klare zu kommen. Sie begnügen sich aber vorläufig, starke Luftgeschwader vorzutreiben und haben den Rat des „Temps“, mit starken Kräften anzugreifen, um Gewißheit zu erzielen, ob eine große deutsch-österreichisch-bulgarische Streitmacht oder nur Bulgaren und einige türkische Einheiten ihnen gegenüberstehen, noch nicht befolgt. Da gewaltsame Erkundungen großen Stils nur selten zu Ergebnissen führen, die im Einklang mit den angewendeten Mitteln stehen, so scheint uns General Sarrail durchaus richtig zu handeln, wenn er den Fliegern die Aufklärung überläßt. Tritt er mit Teilkraften einen Vormarsch an, so gerät er in Gefahr, die Stärke seiner Defensivposition zu schwächen, die zweifellos noch nicht in eine Offensivbasis umgewandelt werden konnte und mit 200,000 Mann nicht stark genug besetzt ist, um große Abzweigungen zu ertragen. Wichtiger ist für die Verteidigung der Ausbau von Flankenpositionen gegen Osten, also in der Gegend von Serez, und gegen Westen, also in der Richtung Monastir, um dem Angreifer einen Vorstoß zu erschweren. Vorbereitungen hierzu sind offenbar auch im Gange.

Auf den alten Kriegsschauplätzen hat sich die Lage insofern nicht geändert, als im Westen immer noch heftige Artillerie- und Minenkämpfe an einzelnen Abschnitten zu verzeichnen sind und im Osten die russische Offensive zwischen Dnjepr und Pruth und an der Strypa immer noch nicht endgültig zur Ruhe gelegt worden ist. Im Westen hat besonders der Abschnitt Neuport unter heftigem deutschem Geschützfeuer gestanden, das vielleicht größere Aktionen einleitet.

Die in der Betrachtung vom 23. Januar besprochene Offensive der Russen im Kaukasus ist an das befestigte Lager von Erzerum herangekommen. Die seither eingelaufenen Meldungen bestätigen die Auffassung, daß es sich hier um eine mit stärkeren Kräften unternommene Operation handelt, die geeignet ist, den in Persien bereits bis Hamadan gelangten Vorstoß zu sekundieren und in der rechten Flanke abzustützen und zugleich ein eigenes Operationsziel verfolgt. Ob eine Bedrohung Erzerums selbst möglich ist, wird die nächste Zukunft lehren. Doch ist damit zu rechnen, daß die Türken nun freigewordene Kräfte nach Armenien werfen, um die Lage baldigst wiederherzustellen. Der Platz Erzerum besitzt kapitale Bedeutung für die Verteidigung türkisch-Armeniens. Schon einmal hat die Eroberung Erzerums durch die Russen einen russisch-türkischen Feldzug entschieden und zwar im Jahre 1829, während der Platz im Jahre 1877/78 den russischen Waffen widerstand. Da wir noch nicht im Besitz türkischer Gegenmeldungen sind, läßt sich nicht sagen, in welchem Grade die Türken durch das Treffen von Köprükö und den Durchbruch ihrer Mitte bei Erzerum erschüttert worden sind, doch werden sie alles daran wenden müssen, den Platz zu behaupten und sich auch in der Richtung auf Kars wieder Luft zu machen.

Der Traktfeldzug wird immer noch durch die Entsatzversuche von Kut-el-Amara gekennzeichnet. Die englische Doppelsonne, die von Amara den Tigris aufwärts vorgebrungen und am 7. Januar in die ersten blutigen Gesechte verwickelt worden ist, liegt immer noch unterhalb Kut-el-Amara fest. Eine englische Meldung vom 25. Januar sagt, daß am 22. Januar ein Waffenstillstand zur Aufhebung der Verwundeten und zur Bestattung der Toten vereinbart worden sei, fügt aber bei, daß der Tigris bei Kut um 7 und bei Amara um 2½ Fuß gestiegen sei, wodurch Truppenbewegungen zu Lande unmöglich gemacht würden. General Townshend habe gemeldet, daß seine Truppen keine Gesechte mehr gehabt hätten und daß seine Vorräte ausreichten. Die Türken bestätigen die Meldung und geben große englische Verluste bekannt. Hieraus kann man auf eine Unterbrechung der Operationen schließen. Uberschwemmungen pflegen dort, wo der Tigris nahezu eben mit der Sandwüste streicht, in der Tat jede Bewegung unmöglich zu machen. Da die Engländer auf den Strom angewiesen sind, um Nachschub von Korna her zu erhalten und ihre Verwundeten wegzuschaffen, sind sie auch nicht in der Lage, sich durch eine Diversion landeinwärts Luft zu machen. Wie es scheint, ist ein Versuch dieser Art, den General Agmel unternahm, gescheitert. Gelangen die Engländer, die den Entsatzversuch sicher nicht ohne äußerste Not aufgeben werden, mit geschwächten Kräften nach Kut-el-Amara, ohne starke Aufnahmepositionen angelegt und die türkische Streitmacht geschlagen zu haben, so ist auch damit die Lage der Expedition noch nicht zum Guten gewendet. Von ihrer Fähigkeit ist aber noch alles zu erwarten. Ueber die auf beiden Seiten feststehenden Streikräfte kann man nur Vermutungen äußern, doch ist anzunehmen, daß etwa zwei Divisionen anglo-britischer Truppen in Marsch gesetzt worden sind, um die Division Townshend zu ersetzen. Die Türken wurden bei Resiphon auf drei Divisionen geschätzt.

Auch von der Westfront Ägyptens ist eine Meldung eingelaufen, die von einem Angriff einer englischen Kolonne Wallace auf das Lager der Senussen spricht, das am 23. Januar genommen worden sei. Ortsangaben fehlen, man kann aber annehmen, daß es sich um die Gegend zwischen Matruh und Siwa handelt.

Aus einem serbischen Kriegstagebuch.

(Schluß)

4. Januar 1916.

Am 31. Oktober, abends 6 Uhr, begann unser Marsch von Glozani aus auf das linke Morawa-Ufer über Soitglinac. Es hatte tagelang geregnet; die Wege waren ein dicker, fußtiefer Lehmteig. Der Drei schloß sich um die Füße; nur mit einem Ruck bekam man sie wieder frei; es gab bei jedem Schritt einen lauten Knall. Schwächere Leute mußten manchmal von Kameraden herausgezogen werden. Um 12 Uhr gelangten wir an der nächsten fertiggestellten Brücke an, schon bis zu den Knien im Wasser wadend. Wunderbares Bild: Die Brücke in der finstern Nacht von Scheinwerfern hell erleuchtet, wild schwankend, in jedem Ponton zwei Pioniere, die das Schlimmste abwehrten, darunter gurgelnd der 300 Mtr. breite, reißende Strom. Ein Truppenteil nach dem andern trat in den Lichtkegel der Scheinwerfer, überschritt lang auseinandergezogen die zitternde und knirschende Brücke und wurde drüber wieder von der Nacht verschluckt. — Auf dem andern Ufer steht man scheinbar auf festem Boden, aber es rauscht und dröhnt rechts und links. Bald rieselt es auch auf dem Wege, strömt reißend. So marschierten wir bis früh 5 Uhr bis Lapove im Uberschwemmungsgebiet der Morawa und Lepenica, ununterbrochen im knietiefen, oft metertiefen Wasser, die Straße war nur zu erkennen als eine etwas hellere Fläche. Alle Verbände waren lang auseinandergezogen; in Trupps, einzeln hintereinander, in Abständen, Pausen gab es nicht, niemand konnte ausruhen, denn es gab kein trockenes Plätzchen. Allmählich kamen wieder Berge, die Sonne schien; es wurde Abend, wir marschierten immer noch. Die ersten Granaten kamen von Bagrdan her, um 9 Uhr bezogen wir nach einem Marsch von 37 Km. in 27 Stunden auf solchen Wegen Quartier, d. h. das Lehmloch in der Schützenlinie. Die Feldküche sahen wir drei Tage lang nicht; es war das einzige Mal, daß wir in Serbien hungern mußten. — Nach Bagrdan, vom 3. bis 6. November, wurde beinahe Tag und Nacht marschiert, am Tage ausgeschwärmt in den Bergen, und in der Nacht auf den Straßen. Bei Jagodina liefen wir in der Marschkolonne spät abends geradezu auf die serbische Stellung. Das war eine üble Sache für unser 1. Bataillon, aber am nächsten Mittag waren die Serben geworfen. Wir lösten die 21er ab, die links von uns in der Ebene marschiert waren, noch etwas vor uns, nun aber Ruhe nötig hatten, marschierten noch einmal eine Nacht hindurch, hatten am 6. früh kleines Gefecht, überstiegen den letzten Bergrücken mit drei tiefen Längsschluchten bei glühender Hitze, es war der heißeste Tag in Serbien, gelangten abends in Sanac und Josica an der Goliska Morawa und der Brücke von Krusevac an. Ein Viertel der Kompagnie war liegen geblieben, viele stiefellos. 8. Kompagnie, die ich damals führte, bezog Brückenwache, die gesprengte Brücke wurde schnell von unserem eigenen Pioniertrupp ausgebessert und auf kaum meterbreitem Steige ging es über das tobende Wasser, Mann hinter Mann mit drei Schritt Abstand. Einige Pferde stürzten ins Wasser und ertranken. — So wurde die Beute von Krusevac mit den Beinen genommen. Alles hatte schon auf dem Bahnhof zum Verladen bereit gestanden.

8. Januar 1916.

In Krusevac befreiten wir die ersten gefangenen Oesterreicher, darunter auch Aerzte, denen es ja im ganzen nicht so

schlecht gegangen war wie den Mannschaften. In Krusevac erzählte mir ein feingebildeter serbischer Maler, der das schönste Deutsch sprach, trotzdem er nie in Deutschland war, nur durch Lektüre sich seine Sprachkenntnisse erworben hatte, ein feiner alter Herr voll Anstand und Würde: Im Herzen Altserbiens, in Mitrowitzka, hatte sich eine „Heldenlegion“, die „heiligen Kämpfer“, 600 Mann stark, gebildet; alle waren gefallen bis auf zwei. Die Serben haben sich tapfer geschlagen, unsere Leute hatten Gefühl dafür; man merkte, mehr als in Rußland, den freien Bauer. Mit der Zeit verloren sie das Vertrauen zu der höheren Führung. Das Haus Karageorgiewitsch hat nie recht Fuß gefaßt in Serbien, man verfluchte es; man hing noch den Obrenowitsch an. Derselbe Maler schilderte König Alexander, den er persönlich gekannt hatte, als feinen, vornehmen Mann, vielleicht zu anständig für die Landesverhältnisse. Die Karageorgiewitschs gelten als Emporkömmlinge und nichtsnutzige Abenteuerer. Kleine Skandalgeschichten, die wohl in Serbien, Rumänien und Griechenland (anders in Bulgarien) mit zur Politik gehören (französischer Abklatsch), wurden von unseren Zeitungen aufgebaut, deren Landeskennnisse noch jetzt oft unser Staunen erwecken. — So hatten die Serben, als es schief ging, kein Vertrauen mehr zur Führung der Putnik und Genossen. Es sollen die Gebildeten und die kleineren Bauern auch durchaus für eine Verständigung mit Oesterreich gewesen sein, nur einige städtische Schreibhülse und die reicheren, nichts-tuenden, nur ihren Kaki trinkenden Besitzer, die geschildert wurden als von früh bis spät in der Kneipe sitzend, waren nicht dafür.

Ich habe oft gestaunt, wie stark der deutsche Kultur-einfluß in Serbien war; viele, viele konnten Deutsch, Goethe in zahlreichen Häusern, Reclamhefte.

Seit Krusevac hatten wir keine Gefechte, sondern stellten auf unserm linken Flügel die Verbindung mit der Südgruppe der bulgarischen Serbien-Armee Bojadjef's her. Die Serben mußten sich vor unserm Abschnitt, von Südosten und Nordwesten in beiden Flanken bedroht, eiligst zurückziehen, Richtung Prokuplje-Kursumlje. Aber was sie zurückließen! Tausende von Gefangenen, am Wege bei Ribari und Bujanja (Ostpaß des Jastrebac-Gebirges) ganze Batterien in Gefechtsstellung, verbrannte Trainskolonnen, Wege mit Infanterie-Munition dicht bestreut; vor der Passhöhe in herrlicher Buchenschlucht Hunderte von Granatenkisten. Sie steckten schon halb im Lehm, unsere Wagen und Artillerie fuhrn darüber weg, es gab so eine festere, freilich etwas gefährliche und kostbare Unterlage; metertiefer Brei schloß sich darüber zusammen, wer weiß, wer sie später findet? Aber es hatte niemand Zeit. Bagagen und Artillerie kamen in diesen Tagen in 24 Stunden höchstens 5 Km. vorwärts. — Zwischen Prokuplje und Kursumlje ereilte uns der Balkanwinter. Am Tage vorher war es noch recht warm; am nächsten Morgen leichter Regen, eine Stunde später Schnee, dann schneidender Schneesturm. Bald lag der Schnee 1/2 Mtr. hoch, die Wege waren reißende Bäche. Wir kamen nicht weiter. Am nächsten Tag wurde die Division zu anderer Verwendung herausgezogen. Es kam Einzug in Nisch (übrigens saubere Stadt), acht Tage Ruhe nördlich davon, dann wieder über Nisch nach Pirot. Der Weg war der schlimmste, nicht sowohl des Untergrundes, als der fürchter-

lichen Steigungen wegen; es war eigentlich überhaupt kein Weg. Hinter Nisch hatten wir einen Ruhetag in Zelasnica, einem unbeschreiblich schön gelegenen Bergdorf. Die Dörfer in den Flußtälern waren reich und einigermaßen sauber; die Bergdörfer voll Schmutz und Ungeziefer, da war selbst Polen nichts dagegen. In Serbien hat das Land die Arme ernährt: Bohnen, Schweine und Hühner gab es im Ueberfluß. — In Pirot wurden wir verladen und kamen hierher; wir wünschen uns alle nach Serbien zurück. Die Mannschaften sind in Kasernen und Schulen eingesperrt, es gibt viel Drill, Offiziere leben außer Dienst und Kasino auch halb im Stubenarrest. Die Russen werden ja kaum zu landen versuchen.

Zu den Zeitungen habe ich wenig Zutrauen, ebenso auch zu den Kriegstagebüchern. Oft habe ich unsere Leute beobachtet, wenn sie Erinnerungen austauschen. Sie können selten einig werden, jeder hatte den betreffenden Vorfall anders erlebt. Mir geht es auch so; wenn man nicht gleichzeitige Aufzeichnungen hat, findet man sich nicht mehr zurecht. Nach drei Tagen erscheint schon alles anders. Nicht nur das Gedächtnis leidet unter der Fülle der Ereignisse, sondern das Assoziationsvermögen scheint durch das Epifodenhafte, Sprunghafte gestört zu sein. Jeder Tag bringt im Feldleben etwas ganz Neues, toto genere aliter. Aber das ist auch etwas unendlich Reizendes: Auf welchem Berge werde ich morgen abend liegen, in welchem Erdloche? Oder wird es gar mal unter einem Dache sein? Vier Wochen lang war es aber stets nur ein mit ein paar Maisstengeln abgefülltes Lehmloch. Dabei immer gesund, in guter Stimmung, alle Nervosität zum Teufel. Ja, der Krieg ist Vater vieler guten Dinge. Dreck, Wasser, Schnee und Regen, zu Hause gemieden und Ursache von Schnupfen und Erkältungen, tat einem gar nichts; dabei kein Feuer, es war viel, wenn Kaffee und Bohnensuppe noch warm auf die Berge kam.

Bertrauen zur höchsten Führung großartig. Gerade die langsame, aber gründliche Vorbereitung gibt Ruhe und Sicherheit des Erfolges. Deshalb ist mit unseren Leuten alles über den Haufen zu rennen. Saloniki? „Wenn's soweit ist, werden sie's schon kriegen“, d. h. Hiebe.

In allgemeiner Hinsicht — ich will nicht an Tod und Leid denken — brachte uns der Krieg auch manches Gute. Man merkt, daß überall Menschen wohnen, deren Leben sich genau so abspielt, wie bei uns. Trotz unserer nicht gerade angenehmen Lage hier in Bulgarien kann man sich bald einleben wie in einer deutschen Kleinstadt. Friedlich leben die Kirchen nebeneinander; die Hälfte der Stadt ist mohammedanisch. Beide wetteifern in ihren Schulen, jedes Kind kann lesen und schreiben. Ich wollte nie glauben (unsere Zeitungen hatten gefabelt), daß der Krieg 1912/13 ein rein nationaler war; aber es ist so. Jetzt nun haben sich die Mohammedaner, die zum Teil vom Kriegsdienst befreit waren, überall freiwillig gemeldet und bewachen in Turban, Hemd und buntem Leibgurt, nur ein altes Bajonettgewehr in der Hand, als Landsturm Bahnen und Brücken.

Wie ich in neuesten Briefen aus Deutschland erfuhr, scheint man dort erwartungsvoll zu sein und hofft auf schnelleres Vorwärtsgen. Aber die Vorbereitungen sind so schwierig, und gerade nur Ruhe und Gründlichkeit sichern den Erfolg.

Zur Kriegslage

Latente Spannung? Die zweite Kriegsperiode. Die letzten Entscheidungen. Der ägyptische Feldzug. Von Ktesiphon bis Kut-el-Amara und Aden. Die Kämpfe in Persien und im Kaukasus. Saloniki und Albanien. Das Abflauen der russischen Offensive. Ostavia und Neuville. Latente Spannung.

Es ist vielleicht nicht unnötig, darauf hinzuweisen, daß wir uns in einer Periode latenter Spannung befinden, die darum nicht weniger intensiv ist, weil sie sich augenblicklich noch nicht in gewaltigen Schlägen entladen will. Sieht man aber genauer zu, so wird man finden, daß die Entwicklung des europäischen Krieges gerade in den letzten Wochen bedeutend vom Fleck gekommen ist, sich also auch dem Ende des Krieges, wenn auch mühsam und langsam, nähergeschraubt hat. Der europäische Krieg ist bereits offenkundig in jenes Stadium getreten, in welchem die Pausen der Kriegshandlungen größer, die Entladungen seltener zu werden pflegen. Fast alle Kriege lassen sich unter diesem Gesichtspunkt betrachten; es sei hier nur an den deutsch-französischen Krieg von 1870 erinnert, der diese Merkmale mit am deutlichsten zur Schau trägt, vom japanisch-russischen und bulgarisch-türkischen Feldzug nicht zu reden. Die Entscheidungen waren 1870 in der ersten Periode gefallen und sind später nur immer wieder durch neue Kämpfe und Operationen nachgeprüft und in diesem historischen Falle zugunsten jener Partei sanktioniert worden, welche während der ersten Kriegsperiode das strategische Übergewicht erlangt hatte.

Es ist hier nicht der Ort, den europäischen Krieg unter diesen Gesichtspunkten zu betrachten, zumal da die Parallele nur bedingtemaßen durchgeführt werden könnte. Aber unverkennbar ist auch der europäische Krieg, wie schon tief in jene Periode eingetreten, in der die Nachprüfung der in den ersten Kriegsmomenten erlangten Resultate erfolgt. Diese Nachprüfung kann sehr wohl noch zu ausgreifenden Operationen führen, kann das Kriegstheater, so riesig es bereits ist, noch weiter erstrecken, wird aber kaum noch neue Richtlinien erkennen lassen. Dabei betrachte ich allerdings das immer noch mögliche Eingreifen der englischen und der deutschen Hochseeflotte als ebenso in der vorgezeichneten Entwicklung liegend, wie einen Landangriff auf Ägypten oder neue Entscheidungsschlachten in Ägypten oder neue Entscheidungsschlachten im Westen und nehme die Nachprüfung nicht vorweg.

Der ägyptische Feldzug ist noch nicht aus den zweifellos emsig betriebenen Vorbereitungen herausgewachsen. Wie weit diese Vorbereitungen auf beiden Seiten gelangt sind, ist hier wiederholt angedeutet worden. Auf englischer Seite andauernde Verstärkung der in Ägypten angehäuften Truppen und des notwendigen Kriegsmaterials, Anlegung einer besetzten Linie gegen Westen mit vorgeschobenen Posten in Matruh und gegen den Sudan, im Osten Ausbau der Kanalkellung nach den Erfahrungen des modernen Stellungskrieges, Verbindung der Kanallinie mit dem Delta-land durch neue Straßen und Bahnen und die Verankerung zahlreicher Kriegsschiffe im Kanal und den Bitterseen als schwimmende Batterien. Auf türkischer Seite sind ohne Zweifel die strategischen Bahnen ebenfalls vorgetrieben, Straßen und Brunnen sowie Etappen angelegt und auf Grund der Erfahrungen der im Februar vorigen Jahres erfolgten gewaltsamen Erkundung durch eine kombinierte Division starke Kräfte am Rande der Wüstenzone versammelt worden. Die nächsten Wochen müssen darüber Aufschluß geben, ob die türkische Offensive noch vor Eintritt der ungünstigen Jahreszeit an den Kanal herankommt. Ein sicheres Urteil kann darüber um so weniger abgegeben werden, als diese Expedition kein Ding für sich ist, sondern als Operation der großen strategischen Einheit untergeordnet bleibt, als welche der Krieg von den Vierbündsamähten und ihren obersten Heeresleitungen empfunden und geführt wird.

Dabei ist zu beachten, daß die Engländer durch ihre Irakexpedition und die Russen durch ihren Vorstoß auf Erzerum und ihren Einbruch in Persien ohne Zweifel eine gewisse Ablenkung geschaffen haben, die sich trotz des Abbruches der Dardanellenaktion geltend macht und die Türken auf drei und vier weit auseinander gelegenen Schauplätzen

in Atem hält. Da dieses Inatemhalten aber gegenseitig ist und dadurch starke russische und englische Kräfte gebunden werden, die an den alten Fronten durch Nachschub ersetzt werden mußten, während die Türken nach wie vor im eigenen Lande sehten, so ist die Entlastung zugunsten des Vierbündsamähten mehr eine scheinbare als eine wirkliche. Vom engeren britischen Standpunkte aus gesehen ist es sogar überhaupt keine Entlastung, sondern eine stärkere Bindung, denn die Engländer sind nun im Orient vollständig in die Defensive gedrängt worden, eine Entwicklung, die mit dem Treffen von Ktesiphon begonnen hat. Dieser Aufbruch gegeben, als die Bedeutung des Gefechtes selbst noch strittig war und damals geschrieben, dieser Rückschlag werde sich in ganz Mesopotamien und Arabien fühlbar machen und lege die Türken instand, die Lage in Mesopotamien wiederherzustellen und der Expedition möglicherweise ein schlimmes Ende zu bereiten, wenn diese ihre einzige langgestreckte Rückzugslinie nicht sehr gut gesichert habe; auch auf die Dinge in Persien werde der Ausgang des Treffens von Ktesiphon unter Umständen nicht ohne Wirkung bleiben. Am 6. Dezember ließ sich dann feststellen, daß der englische Rückzug bis Kut-el-Amara gelangt sei und die Früchte einjähriger Anstrengung im Tigris- und Euphrat verloren gegangen seien. In der Betrachtung vom 14. Dezember hieß es: „Heute sieht es so aus, als wäre Kut-el-Amara schon nicht mehr der Punkt, wo die Engländer eine gesicherte Aufnahmestellung gefunden haben, sondern die Garnison selbst in Gefahr, von der Verbindung mit den Stromabwärts gestaffelten Kräften abgeschnitten zu werden... Es hängt für die Engländer alles davon ab, im Persischen Meerbusen beträchtliche Verstärkungen zu versammeln und diese rechtzeitig zum Entsatz von Kut heranzuführen.“ Damals war auch dem Gedanken Ausdruck gegeben worden, daß selbst Aden durch die Araber mehr oder weniger bedroht erscheine. Seither ist klar geworden, daß diese Vermutungen in vollem Umfange zuträfen. Heute noch wird um Kut-el-Amara von beiden Seiten mit äußerster Kraft gestritten. Die dort eingeschlossene Division Townshend wehrt sich heldenhaft, die zum Entsatz vorgedrängten Kolonnen Aulmer und Younghouseband sind unter schweren Kämpfen auf wenige Meilen an die türkische Sperrstellung herangelangt und suchen den Entsatz mit so großen Opfern durchzuführen, daß man daraus nicht nur auf die militärische, sondern auch auf die politische Bedeutung schließen kann, welche die Engländer einer Kapitulation britischer Truppen im Orient beimessen. Ob der Entsatz gelingt oder Aulmer sich, wie Burmsfer 1796 nach Mantua, nach Kut hineinwerfen muß, um das Schicksal Townshends zu teilen, wird sich bald entscheiden. Auch ein Rückzug liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, sind doch schon bei Korna Turko-Araber im Felde erschienen, um die Verbindungen abzuschneiden. Neue Nachrichten, die sich im einzelnen allerdings nicht nachprüfen lassen, kennzeichnen auch die Lage der Station Aden als kritisch. An eine unmittelbare Bedrohung dieser maritimen Schlüsselstellung am Eingang des Roten Meeres glaube ich zwar noch nicht, aber es liegt nahe, anzunehmen, daß die Araber die Engländer auf die Stadt Aden und den Wirkungsbereich ihrer Festungs- und Schiffsgeschütze beschränkt haben.

Die Kämpfe in Persien und im Kaukasus gewinnen im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung des Krieges fortgesetzt an Bedeutung, dürfen aber nicht überschätzt werden. In diesem weiträumigen, verkehrsarmen Gebiete kann von ausschlaggebenden Operationen nur dann gesprochen werden, wenn diese sich um ein Widerstandszentrum zusammenballen. Das ist bedingt bei Hamadan und in höherem Maße bei Erzerum der Fall. Die exzentrische Operation von Hamadan wird aber in so hohem Grade von der Sicherung der Flanken beeinflusst, daß selbst ein Vordringen russischer Kräfte bis zum System des Schatt-el-Arab nichts für das Endergebnis beweisen würde. (Auch Ktesiphon lag nur wenige Kilometer vom britischen Operationsziel Bagdad entfernt.) Es wird viel darauf ankommen, ob die Türken die Lage bei Erzerum rasch und entschieden wieder herstellen und vom Urmiassee gegen die rechte Flanke der in Persien eingedrungenen Russen operieren können. Man muß also der Entwicklung der Verhältnisse im

Raume Erzerum besondere Aufmerksamkeit schenken. Heute läßt sich nur sagen, daß die Russen nach dem ihnen günstigen Treffen von Köprikö mit unbekanntem Kräfte bis Erzerum vorgestoßen sind, daß aber seit dem 27. Januar wieder türkische Gegenangriffe nachweisbar sind. Ob damit die russische Offensive ihren Kulminationspunkt überschritten hat, werden die nächsten Meldungen erkennen lassen.

Die Lage vor Saloniki hat seit der am 26. Januar erschienenen Betrachtung keine Aenderung erfahren, und auch der Gang der Entwicklung der Operationen in Albanien entspricht der an gleicher Stelle vorgezeichneten Entwicklung. Es läßt sich nur noch deutlicher als am Mittwoch erkennen, daß die Operationen der Oesterreicher auf Durazzo zielen und die Italiener Balona als von Elbasan her bedroht betrachten.

Die große russische Offensive zwischen Dnjestr und Pruth, die in zwei großen Anläufen vorbrach, ist nun so weit abgeflaut, daß man die Voraussage, sie werde zu keinem unmittelbaren Ergebnis führen, als Tatsache buchen kann. Die wiederholt fixierte Linie Toporouh-Karancze östl. Czernowiz ist nicht durchbrochen worden. In welchem Umfang eine mittelbare strategische Wirkung dieser Offensive sich geltend gemacht hat, d. h. wieviel Verstärkungen auf deutsch-österreichischer Seite notwendig und eingesetzt worden sind, woher sie genommen wurden und inwiefern dadurch andere Operationen beeinträchtigt werden, entzieht sich der Kenntnis. Jedenfalls ist die bulgarisch-österreichische Offensive in Montenegro und Albanien dadurch nicht berührt worden, und von der Aktion des Vierbündsamähten gegen Saloniki möchte ich annehmen, daß auch sie durch den operativen fünfwöchigen Ansturm der Russen nicht wesentlich beeinflusst worden ist.

Die Oesterreicher haben sogar über die Abwehr im Osten und die Offensive auf dem Balkan hinaus zu Teilaktionen offensiven Stils an der Isonzofront Zeit und Lust gefunden und die Höhe 188 bei Oslovica, die sie vor einigen Wochen aufgeben mußten, zurückgewonnen. Damit ist der Görzer Brückenkopf wieder fester in ihrer Hand und eines der kleinen Teilergebnisse der dritten Isonzschlacht nordwestlich Görz zu Ungunsten der Italiener ausgefallen.

Im Westen sind lebhafteste Teilaktionen im Gang, um die Fronten auszurichten. Dabei ist es den Deutschen gelungen, einen Teil des im Mai 1915 erlittenen Geländeverlustes im Abschnitt Arras-Souchez und zwar bei dem vielumstrittenen Neuville, nördlich Ecurie, wieder wettzumachen. Doch behaupten die Franzosen anscheinend noch den Ort selbst und damit das Straßenstück bei La Targette, für beide Teile eine klassische Einbruchsstelle. Es ist anzunehmen, daß sich auf beiden Seiten die Kampftätigkeit steigern wird, je näher wir dem Frühling kommen, und da dieser vor der Zeit auszurücken scheint, so sind als Vorboten kommender Dinge auf deutscher wie auf englisch-französischer Seite jetzt die Luftaufklärer in register Bewegung.

Vielleicht sagt dieser Ueberblick den Lesern, warum wir hier von einer verstärkten latenten Spannung der Kriegslage gesprochen haben; die Entladungen werden früher oder später erfolgen, und zwar mit einer Stärke, von der man sich erst an Hand der neuen Tatsachen eine richtige Vorstellung machen wird. H. St.

Gegen die amerikanische Munitionsausfuhr.

Eine Petition im Senat.

Washington, 29. Jan. (Durch Einspruch vom Vertreter des W. T. B.) Eine Petition, die ein amerikanisches Munitionsausfuhrverbot nach Europa verlangt, und von Millionen von Männern und Frauen aus allen Staaten der Union unterzeichnet ist, wurde durch den Verein amerikanischer Frauen für entschiedene Neutralität dem Senat überreicht. Sie veranlaßte eine heftige Debatte. Die Petition protestiert aus Menschlichkeitsgründen dagegen, daß aus Amerika Gegenstände ausgeführt werden, die von den Kriegführenden zum Töten benutzt werden, und betont, daß Deutschland während des spanisch-amerikanischen Krieges seinen Bürgern nicht erlaubte, Waffen und Munition an Spanien zu verkaufen.

Senator Penyon (Iowa), der Einbringer eines Antrages für ein Munitionsausfuhrverbot, sagte bei der Ueberreichung der Petition: Die Unterzeichner dieser Petition sind weder englandfreundlich noch deutschfreundlich, sondern Freunde Amerikas, der Menschlichkeit und des Christentums. Die ungeheure Verschiffung von Werkzeugen zur Tötung von Menschen ist nicht von der Menschlichkeit eingegeben, sondern von dem kaltblütigen Entschluß, Geld zu machen. Penyon sagte, zu dem Gebot „Du sollst nicht töten“ müßte man jetzt hinzufügen: „Du sollst nicht anderen helfen, zu töten.“ Das Land dürfe die Tötung nicht dulden, als ob Wohlstand daraus entstehen würde, wenn man Europa helfe, seine Männer zu töten. Der Klang des Dollars könne den Schrei des Leidens von den Schlachtfeldern Europas her nicht überhören. Nach dem Völkerrecht möge es ganz in der Ordnung sein, mit diesen Sachen zu handeln, aber es sei gegen das Sittengesetz. Am Sonntag für den Frieden zu beten und die Woche dazu zu verwenden, Kriegswaffen herzustellen, sei nicht, als, gerade herausgesagt, Heuchelei. Die demokratischen Senatoren Martine und Hurst und der Republikaner Clay sprachen für das Ausfuhrverbot.

Der Demokrat Robinson drang darauf, die Senatoren möchten die Regierung nicht so schnell zu einer Politik ermächtigen, welche, falls das Land in einen Krieg verwickelt werden sollte, ihm seine Leistungsfähigkeit zur Herstellung großer Wassermengen nehmen würde. Denn selbst mit der jetzt stark angewachsenen Waffenindustrie würden die Vereinigten Staaten nicht imstande sein, sich selbst für einen Krieg auszurüsten, man müßte dann auch nach den neutralen Völkern ausschauen müssen.

Der Republikaner Worls verlangte das Ausfuhrverbot im Interesse der Vereinigten Staaten und sagte zur Begründung: Die Verwicklungen, welche zwischen uns und auswärtigen Mächten entstanden sind, sind das Ergebnis dieses Munitions-handels. Der Demokrat Lane sagte: Ich befürchte, wir werden früher oder später für unseren Waffenhandel Rechenschaft zu geben haben, und ich bedaure es, daß das Volk dieses Landes es vorteilhaft gefunden hat, auf dies Geschäft einzugehen.

Der Demokrat Hitchcock beantragte die Ueberweisung der Petition an den Handelsausschuß anstatt an den auswärtigen Ausschuss und sagte: Das ist keine auswärtige Angelegenheit, sondern eine rein heimische Frage; sie betrifft die Integrität und Solidarität unseres Volkes. Es bildet sich ein Haß zwischen den großen Bestandteilen unserer Bevölkerung, die im Auslande geboren sind. Für diese Leute entspricht es nicht der menschlichen Natur, wenn sie große Industrien unseres Landes damit beschäftigt sehen, tödliche Waffen herzustellen, mit denen ihre Verwandten draußen getötet werden sollen, still und gefühllos beiseite zu stehen.

Der Demokrat Clarke sprach für das Ausfuhrverbot, erklärte aber, es sei eine Frage der auswärtigen Politik. Der Republikaner La Follette sagte: Diese Erklärung von mehr als einer Million Menschen ist von besorgniserregender Bedeutung; es ist der Schrei der allgemeinen Menschlichkeit im Lande, welche keinen Ausdruck in der organisierten Presse finden kann, deren sich mächtige Interessenten bemächtigt haben, welche die Ehre des Landes in Geld ausmengen. Dieser bisher erlaubte Waffenhandel entspricht gültigen Präzedenzfällen des Völkerrechtes, aber in den letzten achtzehn Monaten sind die Grundlagen des Völkerrechtes erschüttert worden. Die Aufrechterhaltung unseres Rechtes, Waffen zu verkaufen, ist der Lebensatem zur Verlängerung des Krieges in Europa gewesen.

Vom amerikanischen Kongreß.

New York, 7. Jan. Ein einziger Tag im Kongreß hat in die verworrene internationale Lage eine solche Klärung gebracht, daß man jetzt mit Sicherheit sagen kann, die Vereinigten Staaten werden bis zur äußersten Grenze der Zugeständnisse gehen bevor sie in einen Krieg eintreten. Im Senat währte die Debatte nur eine Stunde und es nahmen kaum 10 von den 96 Mitgliedern des Hauses daran teil, aber von diesen Herren war nur einer, Herr Lodge von Massachusetts, bekannt als ein Englandfreund, der Ansicht, Herr Wilson solle eine schärfere Politik einschlagen. Alle anderen tadelten entweder den Präsidenten für die raube Sprache, welche er im Verkehr mit den Zentralmächten geführt hat, oder aber sie nahmen keine Notiz von dem Vorgehen der Exekutive, sondern gaben ihren Ideen, nichts dürfe geschehen, das die Spannung der Lage vermehre, in energischer Weise Ausdruck. Zwei Forderungen traten in den Vordergrund: zunächst verlangten die Senatoren, es solle Amerikanern unterlagt werden, Schiffe der Kriegführenden Mächte zu benutzen, und dann wurde von manchen der Herren ein Verbot der Waffen ausfuhr angeregt. Die Strömung für letztere Maßnahme ist eine sehr starke, wie eine unter großem Beifall am Repräsentantenhaus gehaltene Rede des Herrn Humphrey vom Staate Washington dartut, der erklärte, Amerika laße eine Blutschuld auf sich, die in Jahrhunderten nicht vergessen werden könne. Die Redner, die für eine verständliche Politik eintraten, kamen fast durchweg vom Westen und der Pazifikküste, indessen ist zu bemerken, daß sich auch Senator O'Gorman von hier mit ihnen identifizierte. Er ist sonst im engeren Kreise der Berater des Präsidenten, aber in dieser Sache hat er doch von ihm abdrücken müssen. Er erkennt augenscheinlich die Strömung in seinem Heimatstaat, welche trotz dem Rufen und Wüten von „Herald“, „Times“ und „Tribune“ unter keinen Umständen für einen Krieg oder Maßnahmen, die dazu führen können, ist. Da Herr Wilson die beiden oben erwähnten Forderungen nicht anerkennt, so wird wohl in dieser Kongreß-Session nichts geschehen, — und das ist ein großer Gewinn, besonders auch für die Deutsch-Amerikaner — hat sich herausgestellt, daß die Politik des Landes doch nicht ganz nach den Bedrängnissen und Bedürfnissen Schwabens orientiert werden kann.

Oberst Houze in Berlin.

N Berlin, 30. Jan. (Priv.-Tel.) Der Berliner Korrespondent der „United Press“ Karl W. Aldermann hat über den Aufenthalt des Obersten Houze in Berlin seiner Nachrichtenzentrale in New York mitgeteilt, daß Oberst Houze sich von seinem Berliner Besuch für befriedigt erklärt hat. Er hat hier in Erfüllung seines amtlichen Auftrages mit dem Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Staatssekretär v. Jagow, Unterstaatssekretär Zimmermann, dem Präsidenten der Deutschen Bank v. Gwinner, dem Präsidenten der Dresdner Bank, Guttman und mit Dr. Walther Rathenau von der A. G. S. Unterredungen gehabt.

Ueber den Inhalt der stattgefundenen Unterredungen, so heißt es in der Mitteilung des Korrespondenten der „United Press“, wie sie in der „V. Z.“ wiedergegeben ist, darf nichts veröffentlicht werden, doch kann festgestellt werden, daß nach der Rückkehr des Obersten Houze ein besseres Verständnis zwischen Deutschland und Amerika bestehen wird. Aus der Haltung der genannten deutschen Persönlichkeiten kann deutlich geschlossen werden, daß man in Deutschland die Gefahr eines diplomatischen Bruches zwischen beiden Ländern wohl erkannt hat und man ernsthaft für alle schwebenden internationalen Fragen freundliche Beziehungen zu Amerika herzustellen wünscht. Dies wird Präsident Wilson ausdrücklich zur Kenntnis gebracht werden. Mit der Erledigung des „Lusitania“-Falles hatte sich Oberst Houze nicht zu befassen. Hierüber werden jetzt zwischen Washington und Berlin erfolgreich direkte Erörterungen gepflogen, und eine baldige befriedigende Erledigung der „Lusitania“-Frage wird von einer abschließenden Note Deutschlands an Amerika erwartet.

Während seines Berliner Aufenthaltes trat Oberst Houze in telegraphischen Verkehr mit dem amerikanischen Botschafter Denfeld in Wien und Morgenthau in Konstantinopel. Dagegen wird er sich wieder von der Schweiz nach Frankreich aus mit dem amerikanischen Gesandten in Rom Thomas Nelson Page in Verbindung setzen. Oberst Houze denkt in zwei oder drei Wochen dem Präsidenten Wilson über alle Einzelheiten seiner Europareise Bericht zu erstatten. Man erwartet als Ergebnis seines Berliner Aufenthaltes die Entwicklung neuer freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Da Oberst Houze sich schon bei seiner Ausreise entschlossen hat, in seinem der Kriegführenden Länder mit Persönlichkeiten des Heeres oder der Marine zu sprechen, nahm er auch in Berlin von solchen Unterredungen Abstand.

Z Konstantinopel, 30. Jan. (Priv.-Tel., zens. Fikt.) Dem Morgenthau, der hiesige amerikanische Botschafter tritt übermorgen eine Urlaubstreife nach Amerika an. Vielleicht wird Morgenthau bei der Durchreise durch Deutschland eine Begegnung mit dem amerikanischen Botschafter Gerard haben. Die mit der Wahrnehmung der Interessen aller Entente-Staaten betraute hiesige amerikanische Botschaft hat einen Geschäftsumfang angenommen, wie er kaum voraussehen war. Desto mehr wird der jetzige Urlaubsantritt Morgenthaus, den mit dem Präsidenten Wilson besonders freundschaftliche Beziehungen verbinden, kommentiert.

Die amerikanischen Vorschläge über den U-Boottkrieg.

New York, 28. Jan. Die „Evening Post“ meldet (in Befähigung und Ergänzung der im Zweiten Morgenblatt mitgeteilten Meldung der „Associated Press“) aus Washington: Die amerikanische Regierung hat sich auf diplomatischem Wege bemüht, eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und England, Frankreich, Rußland, Belgien und Japan andererseits zu erzielen, welche den Unterseebootskrieg in den Rahmen des Völkerrechtes bringen und damit die Sicherheit des menschlichen Lebens an Bord friedlicher Handelsschiffe auf See sichern würde. Vor einigen Tagen reichte Lansing dem englischen und französischen Botschafter ein Memorandum ein, von dem er auch Abschriften dem russischen und dem japanischen Botschafter, sowie dem belgischen Gesandten zukommen ließ, in dem er folgendes als einen modus vivendi für die Dauer des gegenwärtigen Krieges vorschlug: Die Alliierten werden damit aufhören, Handelsschiffe zu bewaffnen. Wenn dies angenommen ist, werden sodann die Mittelmächte gefragt werden, ob sie darauf eingehen, kein Handelsschiff ohne vorherige Warnung zu torpedieren, sondern ihr Untersuchungsrecht ausüben, und, falls die Bestimmungen des Völkerrechtes die Vernichtung des Schiffes als Prisse erforderlich machen, den Passagieren und der Besatzung Gelegenheit zur Rettung zu geben. Der Schritt der Vereinigten Staaten schließt keinen Verzicht auf das Recht, Handelsschiffe zu bewaffnen, in sich, aber im Interesse der Menschlichkeit wird eine Verringerung der Lage für notwendig erachtet. Durch die Anwendung von Unterseebooten in der Ostsee hat England die Unterseeboote als Aufbringer von Handelsschiffen oder als Kriegsschiffe anerkannt. Deutschland hat immer die Unterseeboote als den Vorschriften des Kreuzerrieges unterworfen betrachtet. Die amerikanische Regierung ist sich klar darüber, daß eine weitere Bewaffnung von Handelsschiffen viele Verwicklungen mit sich bringen würde, da die Mittelmächte außerstande sind, bewaffnete und unbewaffnete Schiffe voneinander zu unterscheiden.

Wenn diese Vorschläge abgelehnt werden sollten, so würden die Vereinigten Staaten nicht notwendigerweise gezwungen sein, ihre eigene Haltung gegenüber dem Recht auf Bewaffnung von Handelsschiffen und in der Zulassung von bewaffneten Schiffen in amerikanischen Häfen zu ändern. Aber es ist nicht unmöglich, daß die amerikanische Regierung sich gezwungen sehen würde, ihre Bürger auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sie laufen, wenn sie künftig auf Handelsschiffen der Kriegführenden reisen, die bewaffnet sind, um Unterseebooten Widerstand zu leisten.

Die militärische Bereitschaft Amerikas.

Kopenhagen, 29. Jan. (Priv.-Tel., zens. Fikt.) Ein Leitartikel der „National Tidende“ behandelt Wilsons Rede über die Militärbereitschaft Amerikas. Man dürfe gegenüber den englischen Behauptungen, daß die Rede wegen des noch nicht abgeschlossenen „Lusitania“-Falles gegen Deutschland gerichtet sei, nicht vergessen, daß Amerika gleichzeitig mit Wilsons Rede der englischen Regierung eine energische Note über die Postbeschlagnahme und Postzensur überreicht habe. Vermutlich sei die Rede nur dazu bestimmt, die amerikanischen Wähler aufzuklären, daß Wilson trotz seiner Friedensfreundlichkeit bereit sei, jederzeit die amerikanische Ehre und die amerikanischen Interessen mit den Waffen zu verteidigen. Dagegen habe sich Wilson nach keiner Seite binden wollen.

Frankfurt, 1. Februar.

Wenn wir die herüberkommenen Nachrichten richtig deuten, so bereitet sich die amerikanische Regierung vor, die im Verlaufe des Krieges zwischen ihr und beiden kriegsführenden Parteien entstandenen sehr ernstlichen Konflikte über das Völkerrecht nun endgültig zum Austrag zu bringen. Die Stimmung ist in den Vereinigten Staaten trotz dem großen Einflusse, den die Entente durch die ihr ergebene Presse ausübt, erschütterlich erregt und der Administration keineswegs unbedingt günstig. So lange das Parlament nicht tagte beherrschte die Regierung ein das Feld. Jetzt aber ist der Kongreß versammelt und von da erklingen Stimmen, die Herrn Wilson nicht angenehm klingen können. In beiden Häusern ist über die Einseitigkeit geklagt worden, die das amtliche Amerika in so vielen seiner Handlungen an den Tag gelegt hat. Eine von Millionen aus allen Staaten unterzeichnete Petition gegen die Munitionsausuhr ist im Senat übergeben und trefflich begründet worden. Großen Erfolg wird sie wahrscheinlich nicht haben. Wie denn überhaupt vor der Ueberschätzung des Einflusses, den diese für Deutschland und seine Verbündeten Berechtigte heischenden Stimmen bestenfalls auf die amerikanische Politik üben können, sehr zu warnen ist. Man liest und hört gern, was einem gefällt, aber es besteht leider keinerlei Grund zu der Annahme, daß ein ernsthafter Umschwung zu Deutschlands Gunsten in Amerika bevorstehe. Wohl aber hat die Agitation der mit der Bevorzugung der Entente Unzufriedenen soviel Gärung ins öffentliche Leben der Union gebracht, daß die Lage der leitenden Persönlichkeiten keine bequeme ist. Eben darum mag der Wunsch bestehen, in den schwebenden Streitfragen sehr bald einen Erfolg zu erzielen. Ein solcher würde das Ansehen des Präsidenten, der ja in diesem Jahre seine Wiederwahl zu erlangen hofft, zweifellos wesentlich heben.

Die eine der großen Fragen ist die des Unterseebootkrieges gegen Handelsschiffe. Wir haben mitgeteilt, daß der Staatssekretär Lansing im Begriffe steht, den kriegsführenden Mächten eine Note zu überreichen. Der Wortlaut kann noch nicht vorliegen, aber die Mitteilungen der „Associated Press“ dürften authentisch sein. Folgendes sind kurz die Forderungen: 1. Nichtkämpfer dürfen auf Handelsschiffen unter kriegsführender Flagge das Meer befahren. 2. Kein Handelsschiff darf ohne vorherige Warnung angegriffen werden. 3. Handelsschiffe kriegsführender haben auf Befehl sofort beizudrehen. 4. Auf Handelsschiffe darf nur gefeuert werden, wenn sie Widerstand leisten, aber nicht mehr, sobald Flucht oder Widerstand aufhören. 5. Nur wenn das Schiff nicht in einen Hafen gebracht werden kann, darf es zerstört, dann aber müssen Passagiere und Mannschaft gesichert werden. Nun bedarf es keines besonderen seemännischen Verständnisses, um einzusehen, daß diese Bestimmungen einem wirksamen Unterseebootkrieg gegen den feindlichen Handel teilweise recht hinderlich werden könnten. So wird z. B. die Forderung, daß in dem Augenblick nicht mehr gefeuert werden dürfe, in dem Flucht oder Widerstand des angerufenen Schiffes „aufhören“, sehr schwer ausführbar sein, denn der Führer des angreifenden Bootes wird mit dem Kapitän eines Dampfers, der anfangs Widerstand leistete, über dessen weitere Absichten recht häufig verschiedener Meinung sein. Die Frage würde ja überhaupt viel leichter lösbar sein, wenn die Entente darauf verzichtete, ihre Handelsschiffe zu bewaffnen. In der Tat hat die amerikanische Regierung anerkannt, daß dieser Verzicht die erste Bedingung einer völkerrechtlichen Einigung über den U-Krieg sein müsse. Herr Lansing hat demgemäß dieser Tage den Vorschlägen der Entente eine Denkschrift überreicht in der er ihnen vorschlägt, Handelsschiffe nicht mehr zu bewaffnen. Wenn das angenommen ist, will er die Mittelmächte fragen, ob sie sich den oben angegebenen Bedingungen für den Unterseebootkrieg unterwerfen wollen. Was geschehen wird, wenn die Entente es ablehnt, auf die Bewaffnung der Handelsschiffe zu verzichten, ob etwa Deutschland auch dann von Amerika aufgefordert werden soll, in die Beschrän-

kungen des U-Krieges einzuwilligen, ist nicht klar. Gesezt aber, England nimmt den amerikanischen Vorschlag an und bietet für die Einhaltung ausreichende — den verantwortlichen Männern Deutschlands, wenn auch vielleicht nicht gewissen Blättern ausreichend erscheinende — Bürgschaften, dann wird es die Sache eben dieser Männer sein, zu entscheiden, ob sie die Punkte annehmen. Abänderungen verlangen oder alles verwerfen wollen. Wir haben weder die rechtliche noch die technische Befugnis, ihnen Ratschläge zu geben, und wir mißbilligen es auf das Entschiedenste, daß mehrere Berliner Zeitungen sich herausnehmen, sofort und wie auf Verabredung mit lautem Geschrei Lansing's Vorschläge als unannehmbar zu bezeichnen. Eins dieser Blätter, die „Kreuzzeitung“, beruft sich auf den Professor von Stengel, der gesagt hat, „daß Deutschland gar kein Interesse an Verhandlungen über völkerrechtliche Festlegungen der Freiheit der Meere hat, da diese von England im Bunde mit Amerika nur zu Versuchen benutzt werden, Deutschland die Waffe des Tauchbootes zu entwenden“. Herr v. Stengel ist Lehrer des Rechts und als deutscher Delegierter im Haag mit der Regelung der internationalen Rechtsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und anderen Mächten befaßt gewesen. Uns scheint, daß es ein grober Verstoß nicht sowohl gegen das Völkerrecht als gegen die elementarste gute Sitte ist, wenn die Vereinigten Staaten, mit denen wir uns noch nicht in Feindschaft befinden, offen beschuldigt werden, ihre völkerrechtlichen Bemühungen nur mit der perfiden Absicht zu verfolgen, daß England damit genützt werde. In der Sache aber ist zu fragen: Warum beschweren wir uns denn fortwährend über die Rechtsbrüche der Engländer, wenn wir selbst keine völkerrechtlichen Festlegungen der Freiheit der Meere wünschen? Von dieser letzteren und nicht von einer unbedingten Seeherrschaft Deutschlands hat der Reichskanzler gesprochen und dieses Wort sieht das deutsche Volk bis auf weiteres als maßgeblich an. Auch gegen die Forderung, daß der Handelschiffahrt der Neutralen gewisse Rechte und Rücksichten gewährleistet werden, dürfen wir uns im eigenen Interesse keinesfalls ganz ablehnend stellen. Die „Kreuzzeitung“ macht die törichte Bemerkung, solange England den Krieg gegen den deutschen Handel führe, habe der Nichtkämpfer auf dem Ozean dieselben Rechte „wie ein Spaziergänger zwischen Schützengräben“. Das würde heißen, daß England, wenn es künftig einmal Krieg mit Japan führt, nach unserem eigenen Willen das Recht hat, den gesamten deutschen Handel nach C. zu verbieten! Zu protestieren ist auch gegen den rohen und Deutschlands unwürdigen Ton in dem in Berlin diese Polemik geführt wird. Man führt in jeder dritten Zeile die dem Hungertode preisgegebenen deutschen Frauen und Kinder an, so daß das Ausland wirklich glauben muß, es hätte sich in Deutschland in diesem Kriege wirklich schon jemand nicht satt gegessen. Man schlägt aus dem tieftraurigen Batalongfall in abstoßender Weise zu bestimmten Zwecken Kapital, als sei dieses Verbrechen das einzige Tppische für die Kriegführung der Feinde, als lasse die englische Regierung jeden gefangenen deutschen Seemann morden. Nach dieser Meinung müßten wir die Feinde nicht bloß besiegen, sondern einfach auströten, denn mit Mördern kann man nie wieder in menschliche Beziehungen treten.

Aber die Angelegenheit endet damit nicht. Es sieht so aus, als wolle Amerika den mit der Frage des U-Krieges nur mittelbar zusammenhängenden Fall der „Lusitania“ hervorziehen, um ihn gleichzeitig zur Erledigung zu bringen. Diese Streitfrage war seit dem Untergange des Dampfers im Notenwechsel zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung erörtert worden, eine Einigung ist bisher nicht erzielt, aber seit mehreren Monaten hatte man doch den Eindruck gewonnen, als ob sie möglich sei. Nun hat Graf Bernstorff vor einer Woche Deutschlands endgültige Vorschläge in Washington unterbreitet, die wie wir berichtet haben, nach von dort kommenden Meldungen keinerlei neue Zugeständnisse machen im besonderen die verlangte Mißbilligung der Unter-

seebootes verweigern. Bestimmte Nachrichten liegen seitdem kaum vor. Indessen läßt sich nicht übersehen, daß die Verhandlungen eine unerwünschte Form angenommen zu haben scheinen; in Amerika selbst müssen in dieser Richtung Befürchtungen bestehen. Offenbar beabsichtigt man in Washington, die Angelegenheit der „Lusitania“ im Hinblick auf das Ziel, Deutschlands Zustimmung in der Unterseebootfrage zu erreichen, gleichzeitig mit dieser zur Erledigung zu bringen. Das ist ein sehr bedenkliches Verfahren, dessen Möglichkeiten ernst sind. Daß man in Amerika zu einer Entscheidung zu kommen denkt, geht auch daraus hervor, daß Herr Wilson den Obersten House, einen Mann seines persönlichen Vertrauens nach Europa gesandt hat, vermutlich doch um bei den Kriegsführenden gewisse letzte Auskünfte einzuholen. Wir sind der Hoffnung, daß es zum Abbruch der Beziehungen — von schlimmerem zu Schweigen — zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht kommen wird. Tritt das Unerwartete doch ein, so wird Deutschland einem neuen Gegner so standhaft die Stirne bieten wie den alten. Nur wollen wir uns nicht von gewissen Jingos, die an Schreibtischen Heldentaten verrichten, in den Wahneinwiegen lassen, daß dieser Gegner ungefährlich wäre. Unsere glänzende militärische Lage läßt auf ein Zusammenbrechen des feindlichen Widerstandes in absehbarer Zeit hoffen. Nicht allein die Mannschaften werden den Feinden knapper, sondern vor allem die Gelder. Unter der finanziellen Last wird England eines Tages erliegen. Das könnte sich aber — und erschütterlich ist das Englands Hoffnung — bedeutend ändern, wenn ein neuer Helfer zur Entente träte, der ihr Anleihen in unbeschränkter Höhe gewähren, darüber hinaus aber auch als seinen Hauptbeitrag zum Kriege unseren jetzigen Feinden ihren gesamten Munitionsbedarf auf seine Rechnung zur Verfügung stellen könnte. Es ist das Ganze des Krieges, das zu erwägen ist. Jede einzelne Aktion, sie möge an sich so wünschenswert sein wie nur denkbar, hat sich dem großen Gesamtinteresse des Sieges unterzuordnen. Im Gegensatz zu anderen Organen der öffentlichen Meinung machen wir uns nicht an, den leitenden Männern zu sagen, wie diese äußerst verschiedenartigen Momente gegen einander abzuwägen seien. Die dazu nötigen Informationen besitzen jene wenigen Männer allein; und auf ihnen allein ruht die ungeheure Verantwortung.

Zur Kriegslage

Deutsche Teilangriffe im Westen. Von Nieuport bis Albert. Zwischen Somme und Dize. Die Kämpfe um Vimy-Neuville. Bei St. Laurent und Frise. Die strategische Bedeutung des Abschnittes Dompierre-Fay. In den Vogesen. Kara Burun. Die Russen in Armenien und Persien. Percy Lake bei Kut-el-Amara.

Drei Ereignisse von Bedeutung haben seit Samstag zur Kennzeichnung der Kriegslage beigetragen. Während im Osten die russische Offensive noch nicht wieder zu Atem gekommen ist und auf dem Balkan die österreichisch-bulgarische Vorrüstung in Albanien zwar bis vor die Tore Durazzos und ins Becken von Berat und nach Gusinje gelangt ist, aber zu einer entscheidenden Berührung mit serbisch-italienischen Streitkräften an der Küste noch nicht geführt hat, sind im Westen starke örtliche Angriffe der Deutschen erfolgt, bei Saloniki Truppen des Biververbands zur Besetzung von Kara-Burun geschritten und in Türkisch-Armenien größere Zusammenstöße auf der Linie Erzerum-Wan erfolgt.

Zunächst fesseln die deutschen Teilangriffe im Westen, die sich voraussehen ließen, das strategische Interesse. In einem allgemeinen Ueberblick über die strategische Lage habe ich am 19. Dezember versucht, die Verhältnisse an der Westfront ins Klare zu stellen und darauf hingewiesen, daß die französische Heeresleitung wieder zur Defensiv zurückgekehrt sei, daß sich aber hinter den Fronten eine gesteigerte Tätigkeit zu erkennen gebe. Ferner war die Ausdehnung der englischen Kampffront von Ypern über La Bassée und Arras bis Albert und noch weiter nach Süden festgestellt worden. Besonders hatte ich darauf hingewiesen, daß sich in dem Frontabschnitt zwischen Somme und Dize Hauptdruckpunkte der großen Kampflinie befänden und zwar dort, wo sich die Front zwischen Albert und Lassigny in einem Gelände nach Südwesten ausbuchtet, dessen Straßen nach Paris konvergieren.

Mit der heftigen Beschickung von Nieuport ist die größere Tätigkeit der Deutschen an der Westfront eingeleitet worden. Handelte es sich bei Nieuport auch nur um die Niederlegung des alten Templersturms und der Ruine des Richturms, die als günstige Beobachtungsstellen gefürchtet waren, so hat die Regsamkeit im Frontabschnitt Ypern-Albert und zwischen Somme und Dize dagegen bestimmte Gestalt angenommen. Und zwar gewinnt es den Anschein, als beabsichtigten die Deutschen die Front, die noch von den letzten großen Angriffen der Engländer und Franzosen im Abschnitt Lens und Arras etwas eingedrückt erscheint, wieder vollständig auszurichten, zugleich aber unter dem Schutze dieser als Ablenkung dienenden Gegenangriffe größere Offensivvorteile zwischen Somme und Dize zu erstreben. Westlich Vimy, dessen Hügellehne in den schweren September- und Oktoberkämpfen von den Deutschen nur mit Anstrengung behauptet wurde, sind die Franzosen in dem umstrittenen Neuville heftig bedrängt und zurückgestoßen worden. Die deutsche Meldung vom 30. Januar gibt an, daß die Kämpfe um die von den Deutschen genommene Stellung an und südlich der Straße von Vimy-Neuville fort dauern. Offenbar stehen also die Franzosen noch entschieden östlich der Straße Souchez-Arras und sind vermutlich auch noch im Besitz von Neuville, soweit hier überhaupt von einer Ortsstellung noch gesprochen werden kann. Dagegen scheinen sie von den Höhen nördlich und östlich von Neuville wieder heruntergedrängt worden zu sein.

Hand in Hand mit diesem Angriff ging ein Vorstoß in dem südlich anschließenden Abschnitt Ecurie-Arras, wo die Franzosen auch noch im Besitz der großen Straße sind, jetzt aber durch die Bedrängung von St. Laurent, der nördlich gelegenen Vorstadt von Arras, Gefahr laufen, den südlichen Zugang der großen Verbindungslinie Arras-Souchez zu verlieren. Da der Verlust von St. Laurent Arras selbst in Gefahr bringen würde, wird die englisch-französische Heeresleitung alles aufwenden, dem deutschen Angriff hier Halt zu gebieten.

Von größerem Ausmaß sind, wie bereits erwähnt, die Erfolge südlich Arras-Albert, wo der deutsche Angriff überraschend in die französische Stellung südlich der Somme eingebrochen ist. Es handelt sich also um eine Gegend, von der hier wiederholt die Rede gewesen ist und die durch die alten Kampforte Maricourt, Dom-

pierre, Bermandovillers, Lihons, Chaulnes, La Chavatte, Roze, Lassigny bezeichnet wird. Als ziemlich unangreifbar gilt der Abschnitt von Albert mit seinen Steilhügeln nördlich der Somme und im Mündungswinkel des Ancrebades, wo heute noch um Thiepval, La Boisselle, Fricourt, Mamez und Maricourt gerungen wird. Südlich der Somme flacht sich die Gegend aber ziemlich ab und hier ist nun das in einer Schleife des Flusses gelegene Frise, acht Kilometer westlich Peronne, in deutsche Hand gefallen. Wie es scheint, ist aber der Besitz des Dorfes selbst, das von den Höhen bei Bray nördlich der Somme unter Feuer gehalten werden kann, weniger von Bedeutung als der südlich anschließende Abschnitt, der in der Richtung Dompierre-Fay führt. Nimmt man an, daß es sich bei dem 15 Kilometer südlich Frise gelegenen Lihons nur um eine glückliche Erkundung handelt, welche die erste französische Linie durchstieß, so ist für die Franzosen die Lage schwerlich ungünstiger geworden, da sie natürlich bestrebt sein werden, sofort Verstärkungen heranzuschaffen. Die Vorstöße zeigen aber, daß die Deutschen zwischen Somme und Dize in der Richtung auf Montdidier, wo keine großen Flußschranken und starken Höhenstellungen vorhanden sind, immer noch etwas zu gewinnen haben. Da Castelnau schon im September und Oktober 1914 in diesem Abschnitt persönlich befehligt hat, wird er wissen, was energische Angriffe dort zu bedeuten haben. In der Champagne und zwischen Maas und Mosel arbeiten Sappe und Mine, in den Vogesen die französische Artillerie, die östlich Münster ins Fechtthal und im Sundgau bis Aspach hart nördlich Altkirch langt. Das hintere Fechtthal ist von den Deutschen vollständig zu militärischen Zwecken hergerichtet worden. Aspach liegt in einer Mulde nördlich Altkirch, östlich an die Steilhöhe eines Kalksteinhügels angelehnt, der von den Deutschen stark besetzt sein dürfte.

Die Besetzung des Forts Kara Burun in der Bucht von Saloniki durch die Verbands-truppen war früher oder später zu erwarten. Bis jetzt war das alte Leuchtturmfort von einem griechischen Bataillon besetzt, das dort auf verlorenem Posten stand und nur noch die griechische Flagge zu hüten hatte. Bedeutungs-voll an der Meldung ist indes, daß nicht nur englische und französische Seeleute und eine Abteilung von dem russischen Kreuzer „Astold“, sondern auch Italiener ans Land gesetzt worden sind. Damit tritt Italien meines Wissens zum erstenmal auf griechischem Boden kriegsführend auf.

In Armenien dauert die russische Offensive an, und es läßt sich nicht entscheiden, ob sie schon unter Flankenbedrohung steht. Aus den russischen Meldungen geht hervor, daß Erzerum von Nordosten bedroht werden soll, während zugleich im Muradtal vorgegangen und in der Richtung auf Musch Boden gewonnen worden ist. Die Russen melden ein glückliches Treffen in der Gegend von Melasgerd, das wäre über 150 Kilometer süd-östlich Erzerum und in der Luftlinie noch 120 Kilometer von Musch entfernt. Man mag aus diesen Festlegungen erkennen, um was für Entfernungen es sich auf dem armenisch-persischen Kriegsschauplatz handelt. Das Vordringen der Russen östlich und westlich des Wanses hat nur dann Bedeutung, wenn Erzerum fällt und die Russen unter Etappen- und Flankensicherung über Bitlis hinaus in die Gegend von Diarbekr und an die großen Karawanenstrassen gelangen, welche die Verbindungen mit Syrien und Mesopotamien herstellen.

Der persische Vorstoß der Russen scheint zwischen Hamadan und Kermanshan in den Gebirgsengen von Kenkwar und Sahna auf erheblichen Widerstand gestoßen zu sein. Die Freilegung der Karawanenstrasse, die von Hamadan nach dem mehr als 450 Kilometer entfernten Bagdad führt (die Zahl ist nur flüchtig mit dem Rädchen festgehalten), ist eine langfristige Operation, und die Zahlen seien erwähnt, damit diese militärischen Bewegungen nicht als nahezu abgeschlossen und an Ziel gelangt betrachtet werden. Unterdessen haben die Engländer noch weitere Verstärkungen von Basra gegen Kut-el-Amara in Bewegung gesetzt. Die Tatsache, daß der bisherige Generalstabschef der indischen Armee General Percy Lake, den Oberbefehl übernommen hat, zeigt, welche Bedeutung England dem mesopotamischen Feldzug und dem Entschlüssen beilegt.

Britische handelsprobleme

(Von unserm Korrespondenten)

C. C. S. London, Ende Januar.

Die Vorlegung der zweiten Bill zur Regulierung des Handels mit dem Feinde muß als Beweis dafür angesehen werden, daß die britische Regierung die Zustände nach dem Friedensschluß nach ihrem Gutdünken zu ordnen gedenkt. Die Anregung, dem feindlichen Handelsmann auch nach dem Krieg den Hals zuzuschneiden, ist von dem kollernden neunzigjährigen Lord Halsbury ausgegangen, der als ehemaliger Lordkanzler seinen mit 5000 Pf. nicht lärglich bemessenen Ruhegehalt durch wichtige Haus schläge auf die empfindlichste Stelle im feindlichen Körper zu verdrängen sucht. Er verlangte das sofortige Einschreiten der Regierung gegen eine deutsche, in England Geschäfte machende Gesellschaft, weil eine aus Richtern zusammengesetzte Kommission ermittelt hatte, daß dies unter dem gegenwärtigen Gesetz unstatthaft sei. Bei dieser Gelegenheit teilte Lord Lansdowne dem Oberhaus mit, daß die deutsche Regierung fremden, das heißt feindlichen Handelsleuten bei der Weiterführung ihrer Geschäfte keine Schwierigkeiten bereite. Der Generalnotar Cave hat das Unterhaus anders berichtet. Er hat erfahren, daß bei Ausbruch des Krieges alle englischen Kapitalien in Deutschland beschlagnahmt worden sind. Unter diesen Umständen wäre es eine bloße Vergeltungsmaßregel, wenn jetzt gesetzliche Vollmacht verlangt wird, um deutsche Handelsunternehmen — es handelt sich um etwa sechshundert noch bestehende Geschäfte — unter staatliche Aufsicht zu stellen und wenn nötig staatlich abzuwickeln. Doch nicht alle. Da ist zum Beispiel ein deutscher Geschäftsmann, der im militärpflichtigen Alter und nicht naturalisiert, wie der Justizminister Samuel Mitchell, unbehelligt seinen Geschäften nachgeht, weil er für das englische Kriegsamt Taschenflühen herstellt!

Am Anfang des Krieges ist die Regierung sehr behutsam gegen deutsche Händler vorgegangen; denn ein im August 1914 veröffentlichter Erlaß erlaubte den Engländern ausdrücklich den geschäftlichen Verkehr mit deutschen oder österreichischen auf britischem Gebiet etablierten Handelshäusern. Jetzt kann auch nicht ein einziges feindliches Geschäft mehr durchschlüpfen. Da ist zum Beispiel im letzten Juni eine Proklamation erschienen, die es den englischen Handelsleuten verbot, Geschäfte zu machen mit japanischen in China, Persien, Siam und Marokko etablierten Firmen. Aber das Ziel des neuesten Gesetzes ist ganz verschieden von den früheren Erlassen; denn die Regierung ist von der Furcht geleitet, daß die feindlichen Firmen während des Krieges verdiente Geld aufbauen und nach dem Friedensschluß nach Deutschland oder Oesterreich nehmen und dort zur Wiederaufnahme des Handelskrieges benutzen werden, der noch schärfere Formen annehmen würde als früher. Nun sind die in England liegenden und vorwiegend in Handelsunternehmen angelegten deutschen Kapitalien bedeutend größer als die englischen in Deutschland oder Oesterreich liegenden Gelder, so daß der pekuniäre Vorteil schon jetzt auf Seite der Engländer ist, vorausgesetzt daß sie sich geschickt zu schätzen wissen.

Der nach dem neuen Gesetz ernannte Treuhänder (custodian) hat das Recht, ein deutsches Geschäft ohne weiteres zu liquidieren. In diesem Falle werden die Aktiven unter die nichtfeindlichen Gläubiger verteilt. Einen etwaigen Ueberschuß behält der Custodian bis nach dem Krieg. Wenn das Geschäft im Feindesland Aktiva und Passiva besitzt, so wird dann die Bilanz gezogen und ausgeglichen. Natürlich bezieht sich das Gesetz auch auf Aktiengesellschaften. In diesem Falle erhält das Handelsamt die Befugnis, solche Shares (Aktien), die sich im Besitz von Ausländern befinden, zu übernehmen und versteigern zu lassen. Dann wird die Gesellschaft die Teilhaber direkt von dem Custodian kaufen und so den feindlichen Teilhaber austoszen. Das Handelsamt wird sich auch mit der britischen Handelsflotte zu beschäftigen haben. Bisher sind höchstens 67 Prozent der britischen Kauffahrteischiffe im Dienst. Einen großen Teil hat die Regierung gleich am Anfang des Krieges zum Transport von Truppen und der nötigen Kriegsvorräte nach dem Festland, nach Gallipoli, nach Aegypten usw. übernommen und dem Handelsverkehr entzogen. Als die deutschen Unterseeboote anfingen, die Meere un-

sicher zu machen, verkauften mehrere Reederei des englischen Nordens ihre Schiffe an neutrale Eigner und verminderten dergestalt den britischen Besitzstand. Da die in englischen Häfen gekaperten deutschen und vom Preisgericht unter dem Hammer verkauften Fahrzeuge keinen Ersatz bieten für die zahlreichen und geräumigen deutschen Riesendampfer und kleineren Fahrzeuge, welche in neutralen Häfen, vorab in New York und in südamerikanischen Häfen feiern, ist in Großbritannien eine sehr fühlbare Teuerung entstanden. Denn diese deutschen Dampfer brachten ebenfalls Frachten nach England. Die Brotpreise sind gestiegen und werden noch mehr in die Höhe getrieben, weil keine Schiffe vorhanden sind, um Lebensmittel, vorab Korn und Mehl, nach den englischen Häfen zu bringen.

Mit den Engländern leiden aber auch die Verbündeten, besonders die Italiener, welche für ihre englische Steinkohle außer den erhöhten Kohlenpreisen noch zehnmal höhere Frachten bezahlen müssen. Und auch Frankreich, dessen Kohlengebiet von den Deutschen besetzt ist, leidet, da es verhältnismäßig wenige Dampfer besitzt, unter der durch den Mangel an englischen Kauffahrteischiffen verursachten Not. Jüngst ist die Angelegenheit auch im Haus der Gemeinen zur Sprache gekommen und aus den von Herrn Runciman gemachten Äußerungen schließt man, daß die Regierung einschreiten und den Schiffseignern verbieten wird, Luxusgegenstände, wie zum Beispiel Kraftwagen, die bekanntlich einen hohen Zoll (50 Prozent des Wertes) entrichten, einzuführen. Daß die Regierung die Notwendigkeit sofortigen Handelns erkannt hat, geht auch aus dem Umstand hervor, daß der britische Vertreter in Bukarest auf Rechnung seiner Regierung die Weizenvorräte Rumäniens im Wert von fünfzehn Millionen £ angekauft hat. Aber mehr erwartet man von der Einschränkung der Einfuhr von Luxusartikeln. Denn seit in den großen Manufakturstädten wie Birmingham, Glasgow, Leeds usw. Munitionswerkstätten eröffnet worden sind, wird von kleinen Leuten viel Geld verdient und für bisher unerschwingliche, zumeist aus dem Auslande bezogene Luxusgegenstände ausgegeben. Wenn der Arbeiter im eigenen Kraftwagen in die Munitionsfabrik fährt, während der kleine Rentner darbt, hält es die Regierung an der Zeit, einzuschreiten. Das ist eine der vielen Schattenseiten des Handelskrieges.

Expedition: Sffingerstraße 1
686 Telefon 656

Inseraten: Haasenstein & Vogler
Postkonto III/327

des Postvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25,
Jahresabonnement. Man abonniert direkt bei der Expedition
Postanweisung. — Inserationspreis für die Schweiz 25 Cts. die
für das Ausland 30 Cts. Bekanntheitspreis Fr. 1 die Pettizeile. —
und deren Filialen im In- und Auslande.

Die Schlacht an der beharabischen Grenze

(Drahtbericht von unserm Kriegskorrespondenten bei der öster-
reichisch-ungarischen Armee.)

E. L. Kriegspressequartier, 3. d. Bei der
Armee des Generals der Kavalle-
rie Pflanzer-Baltin. In Czerno-
wiz sieht man wie in Wien oder Budapest bei
Zigeunermusik im Kaffeehaus. An allen Tischen
sind plaudernde, lachende Menschen. An den
Billards spielen Frontoffiziere, die ein paar
Stunden Stadtturlaub haben. Vor den breiten
Scheiben stutet das normale Leben der betriebs-
samen Stadt vorüber, Geschäftsleute, Markt-
weiber, Spaziergänger. Wie in einer vom
Krieg gänzlich unberührten Provinzstadt
kommt man sich vor. Nur wenn die Zigeuner
einen Csardas ausklingen lassen und durch die
unaufhörlich sich öffnenden Glastüren der Lärm
der Straße dringt, trägt der Luftzug Ge-
schützdonner herein. Schwer und dumpf
rollend dröhnt es vom Pruth herüber, und
dann erinnert man sich plötzlich daran, daß in
ein paar Kilometer Entfernung von Czerno-
wiz eine Schlacht geschlagen wird;
aber keinen Menschen vermag das aufzuregen.
Selbst wenn der Lärm anschwillt und die Schei-
ben erzittern, bleibt jeder seelenruhig. Die
Russen trommeln wieder, sagt der eine
oder andere, wie wenn er von irgendeiner
höchst nebensächlichen Angelegenheit sprechen
würde. Gleich hernach lauscht man wieder dem
neuesten Walzer von Kalman, der auch hier
wie anderswo der Komponist der Saison ist.

Mag das Trommelfeuern noch so heftig
an die Fenster pochen, den Czernowizern ist der
Krieg, der sozusagen vor ihren Toren der Stadt
auf den Hügeln von Rarancze und Topo-
roz in den grimmigsten Formen tobt, in
weite Entfernung gerückt; denn felsenfest ist
ihr Vertrauen auf die Truppen, die da
draußen der russischen Heeresmacht wehren, die
seit Monatsfrist aufs verzweifeltste sich müht,
die Stadt in ihren Besitz zu bekommen, die
Zehntausende vergeblich hinopferte, ohne Czernowiz
auch nur um ein geringes näherzukom-
men. Seit Monatsfrist suchen die Russen an der
beharabischen Front durchzubrechen,
und noch immer haben sie das Vergebliche ihrer
Anstürme nicht eingesehen.

Ueber den bisherigen Verlauf der im größten
Maßstab angelegten Operation erhalte ich fol-
gende authentischen Angaben: Die Massen-
angriffe richteten sich in der Hauptsache
gegen die Front der Armee Pflanzer-
Baltin, die sich auf einer Breite von unge-
fähr 160 Kilometern entlang der Strypa
über die Höhen östlich des Flusses in südlicher
Richtung zur Dniestr-Mündung erstreckt, hier-
auf ein Stück weit längs dieses Flusses ver-
läuft, um sich dann erst in südöstlicher Richtung
gegen Mitkeu und endlich wiederum gegen Sü-
den längs der Reichsgrenze zur rumänischen
Grenze östlich Czernowiz zu ziehen. Anzeichen
der kommenden Offensive machten sich schon
Mitte Dezember bemerkbar. Zwischen Chotin,
Larga, Nowoselica und Klokani wurden ge-
waltige Truppenansammlungen festgestellt. Un-
ausgesehen kamen Menschenmassen heran. Zahl-
lose Batterien aller schweren Kaliber wurden
auswaggoniert, die Anwesenheit französi-
scher Offiziere an den Kampfabschnitten
wurde mit Sicherheit erwiesen. Am Tag vor
Weihnachten war der Aufmarsch beendet, und
nachdem zwei Tage lang kleinere Einleitungs-
kämpfe den Auftakt bildeten, eröffnete am 26.
die schwere Artillerie das Feuer. Die behara-
bische Front wurde unter einen fürchterlichen
Geschosregen gesetzt, der sich von Tag zu
Tag an Heftigkeit steigerte. Der erwartete Er-
folg blieb aber aus. Im allgemeinen waren
die Verluste auf österreichisch-ungarischer
Seite dank der ausgezeichneten Schützengrabens-
technik erstaunlich gering. Wachten sich die Rus-
sen noch so gut einschleichen, an den vielfach ge-
wandenen Zigzaggraben scheiterte die
artilleristische Kunst. Am 27. Dezember brach
der erste Infanteriesturm gegen die behara-
bische Front heran. In dichten Massen, Reihe
hinter Reihe, kaum einen Schritt weit ausein-
ander, rannten die Sturmreihen an, oft 3000
bis 6000 Mann gegen einen einzigen Kompa-
nieabschnitt. Meist gingen sie ohne Gewehre,
nur mit Handgranaten bewaffnet, vor. Waren
sie vor die Drahthindernisse gekommen, legte
plötzlich die österreichisch-ungarische Artillerie,
die zu Beginn des Sturmes etwas stiller ge-
worden war, mit Hüllengewalt los. Geschloß um
Geschloß fuhr mit unfehlbarer Präzision in die

Amerikanische Krisis.

Man gebe sich keiner Täuschung darüber hin, daß die Dinge zwischen Amerika und uns auf des Messers Schneide stehen und nicht lange so bleiben können. Rasch muß entweder eine Abspannung im friedlichen Sinne oder eine katastrophale Entscheidung erfolgen. Der augenblickliche Zustand erscheint haltlos. Das Zugeständnis dessen lieft man auch aus der jüngsten halbamtlichen deutschen Veröffentlichung über das derzeitige Verhältnis zwischen Berlin und Washington. Blitzartig beleuchtet diese Veröffentlichung die Lage, die man so lange und beflissen allen profanen Blicken verschleiert hielt. Man hat sich gleichzeitig in der Wilhelmstraße entschlossen, die Entscheidung und Leitung in dieser folgenschweren Angelegenheit nicht mehr ausschließlich in den Händen des in Washington verhandelnden Grafen Bernstorff zu lassen, sondern von hier aus nach so langem Zusehen entscheidend einzugreifen.

Der deutsche Zeitungsleser fühlt sich heute von der Plötzlichkeit, womit diese Dinge sich kritisch zugespitzt haben, höchlich überrascht. Er würde sich weniger überrascht fühlen, wenn die Behandlung des amerikanischen Themas nicht seit langem außerordentlich schwierig, ja unmöglich gemacht worden wäre. Was heute mit so willkürlicher Plötzlichkeit auch ins harmloseste Bewußtsein fällt, würde bei anderer Behandlung auch als logische Folge mählicher Entwicklung verstanden und empfunden werden.

Eines erscheint offenbar auch unserer Regierung überraschend: Daß die amerikanische Regierung auf einmal auf den „Lusitania“-Fall zurückgreift und ihn zum Brennpunkt der amerikanisch-deutschen Auseinandersetzungen macht. Seit dreiviertel Jahren glaubte man den „Lusitania“-Fall für grundsätzlich erledigt, die Einzelheiten seiner praktischen Regelung für vertagt halten zu dürfen. Nun auf einmal hören wir, daß die Herren Wilson und Lansing die „Lusitania“-Akten wieder hervorgeholt haben, um sich — so scheint es — hinter ihnen in Ermangelung von etwas Stichhaltigerem gegen einen reinlichen Ausgleich mit Berlin zu verschanzten, während man mit London, mit dem man doch um jeden Preis brüderlich stehen möchte, noch so manches Hühnchen zu rupfen hätte. Man kann wirklich zu keinem anderen Schluß kommen als zu dem, daß es dem Präsidenten Wilson, seinem Staatssekretär Lansing und ihrer englandhörigen Umgebung ungeheuer peinlich wäre, Amerika und die Welt erkennen zu lassen, daß mit dem deutschen Barbarentum immer noch leichter zu leben und zu einem Ausgleich zu kommen sei, als mit den geschäftsbefreundeten englischen Völkerrechtsschützern.

Viele unter uns — und wir gehörten zu diesen — waren von jeher der Meinung, daß man im politischen Spiel mit Amerika durch allzu bereitwillige Nachgiebigkeit und durch allzu unerschöpfliche Langmütigkeit nichts gewinnen könne. Was Wilson und Lansing, zu deren Befriedigung Herr v. Bernstorff längst alles Menschenmögliche und eines Staates noch Würdige für uns getan hat, heute von uns fordern, ist ein Unmögliches und eines Staates Unwürdiges. Wir sollen in der „Lusitania“-Angelegenheit nicht nur — wozu wir uns freiwillig erboten hatten, und was man für angenommen halten durfte — allen amerikanischen Schaden decken; wir sollen auch ausdrücklich vor Amerika und der Welt eine deutsche Schuld bekennen, von der unser Gewissen nichts weiß. In einer Sache, in der die angesehensten amerikanischen Politiker, die geachteten Parteifreunde des Herrn Wilson selbst die beteiligten Amerikaner und die amerikanische Regierung schuldig gesprochen haben, sollen wir uns und unsere braven U-Boot-Leute schuldig sprechen. Das wäre aber nicht nur ein ungeheuerliches Unrecht für diesen einzelnen Fall; es wäre darüber hinaus eine grundsätzliche völlige Selbstentwertung; praktisch ein Todesurteil für unsere U-Boot-Leute, die sich etwa beikommen lassen sollten, unter den von den Herren Wilson und Lansing im Interesse der englisch-amerikanischen Kriegsträmerschaft gestellten Bedingungen ihre Pflicht noch tun zu wollen; grundsätzlich eine Rechtlosmachung unserer ganzen

Berichte der feindlichen Generalfäbe.

Wien, 4. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

3. Februar. Im Val Lagarina griff am 1. d. eine eigene Aufklärungsabteilung, durch Artilleriefeuer unterstützt, feindliche Gruppen nordwestlich von Mori an und zerstreute sie.

Im Abschnitt zwischen Astico und Borra näherten sich am Abend des 1. d. feindliche Abteilungen in weißen Mänteln, von Maschinengewehren unterstützt, unsere Stellungen längs der Front Cima Norre (?) Willegrube (östlich von Lavarone). Sie wurden durch Gegenangriff vertrieben.

Im Val Sugana führte die Angriffstätigkeit unserer Infanterie zu neuen günstigen Kämpfen mit dem Gegner zwischen Roncegno und Ronchi.

Am Isonzo zeitweise Geschütztätigkeit. Unsere Artillerie beschoss feindliche Truppen auf dem Durchmarsch durch den Knotenpunkt von Nusice nordöstlich von Görz. Auf dem Karstplateau drang eine unserer Abteilungen überraschend in einen feindlichen Graben im Abschnitt von San Martino, machte dort einige Gefangene und erbeutete Gewehre und Handbomben.

Rußland.

3. Februar. Vom Gefechtsabschnitt des Generals Plewe sind vom gestrigen Tage folgende Tatsachen zu melden: In der Gegend zwischen dem Babilsee und der Straße nach Mitau überschritten wir die Drahthindernisse der Deutschen und schossen auf Arbeiter in

einen Bajraktar (Stammeshäuptling) in gold-sunkelader Jacke, mit schönen Waffen gespißt, auf einem edlen Pferd arabischer Zucht reiten und stolz um sich bliden. Einmal begegnete ich einem alten Hodscha mit langem weißem Bart, dessen Pferd im Paß ging, so daß er aus einem am Sattel befestigten Tintensatz einen kleinen Notizzettel mit Reisen bedeckte

Zur Kriegslage

Von Lille bis Czernowiz. Gesteigerte Tätigkeit im Westen. Wer ergreift die Offensive? Zur Durchbruchstaktik. Von der italienischen Front. Der Einsatz Italiens in Albanien. Ueberraschungen im Seekrieg. Von den asiatischen Kriegshauptplätzen. Erfolge und Enderfolg.

Hestiger Kanonendonner hallt in den Straßen von Lille, von Riga und von Czernowiz wider. Ueber England, über Paris und Saloniki sind deutsche Luftschiffe zur Beschiebung erschienen, über Durazzo und Valona entfalten österreichische Marineflieger rege Tätigkeit, von Lombardzinde bis Aspach, von Schloß über Smorgon bis zum Pripjet und an Strj und Strjpa, ebenso an der Isonzofront und nicht zuletzt vor dem eingeschlossenen Kut-el-Amara sind Stellungskämpfe im Gang, die mit Minen- und Handgranaten geübt werden. Nirgends aber eine große, durch die Infanterie vortragene Angriffsbewegung, seit die russische Offensive am Dnjepr und Pruth erloschen ist. Das ist die Signatur der augenblicklichen Kriegslage.

Die gesteigerte Tätigkeit der deutschen Artillerie macht sich seit der Aufhellung der Witterung besonders an der flandrischen Front geltend und greift jetzt auch allmählich auf andere Abschnitte über. Die Ausrichtung der deutsch-englischen Front im Abschnitt La Bassée - Albert scheint vorübergehend ihr Ende erreicht zu haben, nachdem die Deutschen westlich Wimpy und im Westteil von St. Laurent Vorteile erreicht haben. Neuville und La Targette sind indessen im Besitze der Franzosen geblieben, so daß die völlige Herstellung der Verhältnisse, wie sie vor dem Mai 1915 bestanden, noch nicht erreicht ist. Weniger scheint vom englischen Bodengewinn im Teilabschnitt La Bassée-Lens übrig geblieben zu sein, wo die deutsche Linie wieder westlich der von den Engländern vom 25. September bis 25. Oktober erstrittenen Grabenstellungen verläuft. Im Abschnitt Albert - Lassigny ist der Besetzung des Dorfes Friese und der Vorschiebung der südlich anschließenden Linie keine Angriffstätigkeit der Deutschen mehr gefolgt. Die Franzosen haben eine Beschiebung des Abschnittes Roye - Lassigny gemeldet, wo die Kampflinie östlich Beuvraignes über Fresnières verläuft. Auch in der Wisnegegend und zwischen Maas und Mosel, sowie in den Vogesen ist außer Artillerietätigkeit nichts mehr geschehen, ohne daß daraus etwa Schlüsse auf eine verminderte Spannung der Kampflage gezogen werden dürfen.

Es wird sich immer noch darum handeln, wer im Westen eine große Offensive ergreift, eine Offensive, die auf den Durchbruch, nicht auf Verbesserung einzelner Frontabschnitte angelegt ist und zum mindesten in der Eroberung eines Stützpunktes erster Klasse, wie Lille auf deutscher oder Reims auf französischer Seite, gipfeln müßte. Ohne den vollen Einsatz der Infanterie, als der Königin der Schichten, sind solche Erfolge nicht zu erreichen. Oberst Kepington hat jüngst in der „Times“ geäußert, daß beim Durchbruch fester Stellungen die Aktion der Infanterie nicht mehr als entscheidende, sondern nur noch als ergänzende zu bewerten sei. Diese Auffassung hat bisher keine Stütze an den Ereignissen gefunden. Tatsächlich ist ja schon in der Champagne eine Offensive wenn auch nicht angeordnet, so doch aus den Verhältnissen entstanden, wie sie Kepington jetzt empfiehlt, nämlich ein vollkommenes Zerschmettern der nächst erreichbaren feindlichen Linie durch Artillerie-Trommelfeuer, worauf die Infanterie vorging, um sich des eingedeckten Geländes zu bemächtigen und die Artillerie zur Eintrommelung der nächsten Linie nachgezogen wurde. Es hat sich aber damals schon gezeigt, daß die Infanterie voll eingesetzt werden mußte, um die zerstörten Grabenstellungen zu besetzen und daß selbst die geringen Reste der deutschen Infanterie, die in diesen Gräben und Unterständen nach 70 stündigem Trommelfeuer noch Leben und Besinnung behalten hatten, hinreichten, die Sturmgruppen mit mörderischem Feuer zu empfangen. Der Einbruch in die zweite deutsche Verteidigungslinie konnte ebenfalls nur durch rücksichtsloses Einsetzen der tapfer anlaufenden französischen Infanterie bewerkstelligt werden, nachdem die Artillerie — alle Geschütze und Kaliber, die bei der Enebnung der ersten Linie tätig gewesen waren, konnten überhaupt nicht vorgebracht, eingebaut und

mit Munition versehen werden — ihr Trommelfeuer wieder aufgenommen hatte. Dann erlahmte die Offensive, weil sowohl die artilleristische, als auch die infanteristische Kraft verbraucht war und man jetzt erst an jene deutschen Stellungen gelangte, die, teils unterirdisch ausgebaut und flankierend angeordnet, einen frontalen Durchbruch unmöglich erscheinen ließen.

Einen Durchbruch durch ungeheure Artilleriewirkung zu erzielen, wird wahrscheinlich niemals möglich sein, wenn man nicht eine tapfere, taktisch geschulte Infanterie einsetzt und die Reserven nicht rechtzeitig (aber auch nicht zu früh) in die entstandenen Lücken wirft. Das Mißlingen der letzten großen russischen Offensive trotz einer Gliederung der Sturmtruppen bis zu 12 und 15 Mann Tiefe, wobei in der Front beinahe auf jeden laufenden Meter ein Gewehr- oder Granatenträger kam, beweist nichts gegen die Möglichkeit, eine moderne befestigte Kordonstellung mit Artillerie und Infanterie zu durchbrechen. Seit Gorlice muß man sich abgewöhnen, einen Durchbruch, wie er im Artois und in der Champagne, in den Karpathen und an Strjpa und Dnjepr versucht worden ist, für unmöglich zu halten. Es gehört freilich ein sicherer operativer Blick dazu, wie ihn die deutsche und österreichische Heeresleitung am Dunajec und die französische in der Champagne belundet haben und außerdem eine außerordentliche Schulung in der technischen Vorbereitung dazu, die ebenfalls hüben wie drüben musterergütig war. Endlich aber gehört dazu noch der Einsatz der vollen Kraft, einer Kraft, die aus regem militärischem Bewußtsein der Führung, Unterführung und jedes einzelnen Mannes und unbedingter militärischer Durchbildung des ganzen Heeresorganismus gewonnen wird. Auch dann noch bleibt ein solcher Durchbruch, nachdem die Verteidigungstechnik sich im Laufe der letzten Monate den neuen Kampfbedingungen angepaßt hat, ein Wagnis, das nur unter besonders günstigen Umständen zum Ziele führt und das Ueberraschungsmoment ausnützt.

Die italienische Heeresleitung hat kürzlich einen zusammenfassenden Bericht über die Tätigkeit des italienischen Heeres erscheinen lassen. Darin wird festgestellt, daß die Österreicher in die Unmöglichkeit veretzt seien, die italienischen Stellungen zu durchbrechen und den Krieg nach Italien zu tragen. Da die Österreicher den Versuch einer allgemeinen Offensive noch nicht unternommen haben, kann indes ein Erfahrungsurteil, das sich auf die besonderen Verhältnisse an der Südfont gründet, über die Möglichkeit eines österreichischen Durchbruchs am Isonzo oder Tagliamento oder vom Trentino herab noch nicht abgegeben werden. Im übrigen bestätigt der Rückblick die Auffassung, daß die Italiener, die mehr noch als ihre Verbündeten auf einen Angriffszug ausgehen müßten, um ihre Kriegsziele zu erreichen, nach opfervollen, mutigen Versuchen, die österreichisch-ungarische Verteidigungslinie zu durchstoßen, in die Defensive zurückgefallen sind und zu dieser ihre Kräfte möglichst zusammenhalten müssen, da sie nur dann allen Möglichkeiten gewachsen sind.

Zweifellos fesseln sie starke gegnerische Kräfte, deren Einsatz in Galizien vielleicht schon im Sommer 1915 den Krieg über den Kulminationspunkt hinausgerollt hätte. Damit ist es aber nicht getan, da der italienische Kriegszweck mit diesem mittelbaren Ergebnis überhaupt nichts zu tun hat, das gemeinsame Kriegsziel der Alliierten aber durch die Bindung an Zahl unterlegener österreichischer Kräfte an der Südfont nicht genügend gefördert wird. Den Italienern daraus einen militärischen Vorwurf zu machen, ist, wie bereits in unserer Betrachtung vom 18. Januar ausgeführt wurde, ungerrecht. Auch heute noch kämpfen sie gleich ihren Gegnern voll Hingebung in den blutgetauften Schützengräben vor Görz und Tolmein und in den ihnen überlassenen Vortälern des Trentino und sehen sich nun zugleich gezwungen, in Albanien mit größeren Kräften aufzutreten oder auch dort defensiv zu verfahren und den aus Alt-Montenegro zur Küste drängenden österreichisch-ungarischen Streitkräften wenigstens vor Valona entgegentreten zu können. Es ist nicht wahrscheinlich, daß General Bontazzi über mehr als zweieinhalb Divisionen verfügt, wenn nicht in den letzten Tagen noch Verstärkungen zu ihm gestoßen sind. Haben nicht kampffähige Verbände serbischer und albanischer Kontingente Anschluß an diese italienische Streitmacht gewonnen, so wird sie sich auf die Behauptung Valonas beschränken müssen. Selbst

solcher Zuzug aber würde die Kampfkraft Bontazzis nicht genügend stärken, um ihn zu weitergreifender operativer Tätigkeit zu befähigen. Wie unsicher die Adria für die Italiener ist, zeigt die Tatsache, daß österreichische Kriegsschiffe wieder den Küstenstreifen Ancona-Bari beschließen konnten. Die Tätigkeit der Zentralmächte zur See hat überhaupt wieder lebhaft zugenommen und spricht sich nicht nur in kühnen Angriffen von Unterseebooten in der Nähe der Operationsbasis zu Saloniki aus, sondern zeigt sie auch wieder auf dem Ozean und im englischen Küstengebiet in Bewegung. Eine seemännische Leistung, die um so mehr Bewunderung erregt, als damit große Menschlichkeit des Verfahrens verbunden ist, hat ein noch unbekanntes deutsches Kriegsfahrzeug vollbracht, indem es sechs feindliche Schiffe versenkte, deren Mannschaft auf die „Appam“ lud und diese als Prise mit einer Besatzung von 22 Mann über den Ozean nach Amerika sandte, wo die englische „Appam“ unter deutscher Flagge landete und nun als Kriegsprise betrachtet wird. Ueber das deutsche Kriegsschiff, das so unerwartet auf dem Ozean auftaucht, auf dem seit der Vernichtung der deutschen Auslandskreuzer nur noch Unterseeboote tätig waren, sind noch keine sicheren Meldungen laut geworden. Man hat die „Möve“ genannt, da diese aber ein Vermessungsschiffchen von 650 Tonnen mit einer Geschwindigkeit von knapp 9,5 Seemeilen ist, sind Zweifel erlaubt, ob es sich um dieses Fahrzeug handelt. Von anderer Seite wird das unbekanntes Kriegsschiff als ein Hilfskreuzer von drei- bis viertausend Tonnen, endlich aber auch als ein großes modernes Unterseeboot angesprochen, das von einem bewaffneten Dampfer als Treiber begleitet sei. Die deutsche Admiralität hat vorläufig ein Interesse daran, das Dunkel, das über dem Schiffe liegt, nicht zu lüften.

Von den asiatischen Kriegshauptplätzen melden die Russen nachdrücklich und hoffnungsvoll, daß die Lage in Armenien und Persien sich für sie sehr günstig gestaltet. Eine strategische Auswirkung ist indes, abgesehen von ihrem Einbruch ins türkische Zentrum vorwärts Erzerum und dem Zurückwerfen des rechten Flügels der türkischen Kaukasus-Armee über Malaschert in der Richtung auf Musch, noch nicht sichtbar geworden. Alles kommt auf die Festigkeit von Erzerum an, und da das Heranschaffen der Artillerie in dem tiefverschneiten, schluchtenreichen Gelände bei dem Mangel an Bahnen und Straßen sehr schwierig ist, die Russen zudem mit türkischen Verstärkungen und Flankenbedrohungen rechnen müssen, so ist ein rascher entscheidender Angriff auf Erzerum nicht wahrscheinlich. Am Wan- und Urmiassee sind die Russen aber zweifellos im Vorteil, während ihr Vorgehen im Raume Hamadan sich operativ noch nicht geltend machen kann, um auf die Vorgänge in Mesopotamien einen Einfluß zu üben. In Bagdad sollen türkische Verstärkungen eingetroffen sein, die je nach Erfordernis gegen Hamadan oder Kut-el-Amara in Bewegung gesetzt werden können. Von einer türkischen Offensive gegen Ägypten ist in den letzten Tagen nichts mehr Zuverlässiges bekannt geworden.

Die allgemeine Kriegslage steht nach wie vor im Zeichen wachsender Spannung, und es sei noch einmal darauf hingewiesen, daß wir großen Entscheidungen entgegengehen. Da es im Kriege nur einen Erfolg, den Enderfolg gibt, so treten wir diesem nun mit jedem Tage näher, ohne daß sich der Termin auch nur entfernt bestimmen ließe. H. S.

6. III. 1916

Papst Benedikt über den Krieg.

R. Rom, 4. März. „Osservatore Romano“ veröffentlicht folgenden Brief des Papstes an seinen Generalvikar Kardinal Pompili in Rom:

„Bei dem furchtbaren Konflikt, der Europa zerreißt, konnten wir als universaler Seelenhirt nicht gleichgültig verbleiben oder schweigend zusehen, ohne die uns durch die erhabene von Gott anvertraute Mission des Friedens und der Liebe auferlegten Pflichten zu verleugnen. Darum bemühten wir uns seit Beginn unseres Pontifikates mit durch das so furchtbare Schauspiel bedrücktem Herzen wiederholt, durch unsere Ermahnungen und Ratsschläge die kriegführenden Völker zur Niederlegung der Waffen zu veranlassen, indem sie ihre Streitigkeiten mittelst freundschaftlichem Einvernehmen in der von der Menschenwürde gebotenen Weise beilegen. Wir haben uns sozusagen mitten unter die kriegführenden Völker wie ein Vater unter seine kämpfenden Söhne geworfen und sie beschworen, namens jenes Gottes, der die unendliche Gerechtigkeit und Liebe ist, auf die Absicht wechselseitiger Vernichtung zu verzichten, einmal mit Klarheit mittelbar oder unmittelbar die Wünsche einer jeden Partei darzulegen und nach Maßgabe des Gerechten und Möglichen den Aspirationen der Völker Rechnung zu tragen, sowie erforderlichen Falles zugunsten der Billigkeit und des gemeinsamen Wohles der großen Völkergemeinschaft die gebührenden und notwendigen Opfer an Selbstliebe und Sonderinteresse zu bringen. Dies war und ist der einzige Weg, um den ungeheuerlichen Konflikt gemäß den Normen der Gerechtigkeit zu lösen und zu einem Frieden zu gelangen, der nicht einer einzigen Partei nützt, sondern allen Parteien, und somit gerecht und dauernd ist.“

Leider wurde unsere väterliche Stimme bisher nicht angehört und der Krieg mit allen seinen Schrecken dauert wütend an. Nichtsdestoweniger können und dürfen wir, Herr Kardinal, nicht schweigen. Dem Vater, dessen Söhne in wildem Kampfe stehen, ist es nicht erlaubt, mit Ermahnungen aufzuhören, bloß weil seine Bitten und Tränen erfolglos sind. Andererseits wissen Sie, daß unser wiederholter Friedensschrei, wenn er

auch die gewünschte Wirkung nicht erreichte, doch ein tiefs
 ch o land und wie Balsam in das Herz der kriegführenden
 Völker, ja der Väter der ganzen Welt loß und lebhaft, habe
 Mühsche errege den blutigen Konflikt raschstens gelöst zu
 sehen. Wir können uns daher nicht enthalten, noch mal s
 unsere Stimme gegen diesen Krieg zu er
 heben, der uns wie der Selbstmord des glückl
 ch o pas erschreit. Wir dürfen nicht unterlassen, wenn die
 Umstände es uns erlauben, jedes Mittel nahezu legen aber
 darauf hinzuwirken, daß zur Erreichung des erstehnten Ziels
 dienen kann.
 Zum letzten, Herr Kardinal, laßt die günstige Gelegen
 heit eine fremde Dame, die uns die Absicht be
 trüber haben, sich anlässlich der bevorstehenden heiligen
 Sakramente zu beten und Gebete zu senden, um die
 menschenliche Seite der furchtbaren Plage zu erleichtern. Ein
 solcher Vorstoß könnte uns, da wir unabhingig davon sind und

Deutschland und Amerika.

Die Widersinnigkeit der heute noch zu Recht bestehenden Gebundenheit der öffentlichen Meinung ist nie schärfer hervorgetreten als in diesem Augenblicke, da die wichtigsten politischen Entscheidungen dieses Krieges fallen, ohne daß das deutsche Volk mehr als Zuschauer sein kann, zum größten Teile sogar unvorbereiteter, ununterrichteter Zuschauer. Alle Einsicht, Handlungsmöglichkeit, Verantwortlichkeit liegt bei einem einzigen Manne. Die Presse kann an den lebensentscheidenden Fragen nur herumtasten, sie umschreiben, andeuten, ohne aussprechen zu können, was ist, was notwendig wäre. Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hat dem Staatssekretär Lansing die letzte Mitteilung Deutschlands über den „Lusitania“-Fall überreicht. Wir möchten nach der Fassung dieser Nachricht annehmen, daß diese letzte Mitteilung die Unmöglichkeit feststellt, daß Deutschland seinen Unterseebootkrieg als „illegal“ anerkennt, wie es von amerikanischer Seite gefordert worden ist. Wir stehen in einem Kampfe um Sein und Nichtsein, in einem Kampfe gegen furchtbare Uebermacht und gegenüber einem Gegner, der skrupellos jedes Mittel zu unserer Niederwerfung und Vernichtung anwendet. Wir müssen uns die Freiheit bewahren, gegen diesen Gegner jene Kriegsführung und jene Kampfsmittel zur Durchführung zu bringen, die er am meisten fürchtet, die ihn am schärfsten treffen und die ihn am ehesten dem Willen zum Frieden geneigt machen. Wir stehen auch, wie duzendmal nachgewiesen und auch von amerikanischer Seite anerkannt wurde, mit unserm Unterseebootkriege völkerrechtlich und sittlich auf festem Rechtsboden und haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, uns nicht die Hände binden zu lassen, sondern unsere technische Ueberlegenheit so auszunutzen, daß der Feind durch Schaden zum Frieden willfährig gemacht wird. „Die möglichst schnelle Herbeiführung des Sieges“ ist, wie das „Berl. Tagebl.“ dieser Tage richtig bemerkte, das Ziel, das allein gelten kann. Wenn man aber dieses Ziel erkannt hat, muß man auch die Mittel, die zu diesem Ziele führen, wollen, und darf nicht auf eine plötzliche Sinnesänderung unserer Gegner rechnen, auf die kommende Einsicht oder auf Kriegsergebnisse, die ihn schmerzen, aber nicht in seinem Lebensnerv treffen. England ist ein zäher Gegner, der in erster Linie wirtschaftlich niedergelagert werden muß. Seine Kriegsnöte sind groß und könnten durch einen rücksichtslosen Unterseebootkrieg zur Unerträglichkeit gesteigert werden. Dann wäre für England der Augenblick zum Einlenken, zum Frieden gekommen, und mit England für die ganze Welt; denn dieser Krieg wird nur noch durch England aufrechterhalten. Amerika hat uns seinerzeit gehindert, unsern Handelskrieg gegen England in wirksamer Weise fortzusetzen; wenn es uns jetzt die Unterseebootwaffe ganz entwinden möchte, so ist das ein Dienst für England, aber zugleich eine Hemmung, den Krieg in absehbarer Zeit zu beenden. Amerika wäre der Nährvater eines Dauerkrieges, wie durch seine Munitionslieferungen, so durch seine Stellungnahme in der Tauchbootfrage, die einem mit irgendwelcher Neutralität gar nicht mehr zu vereinbarenden Schutze für England gleichkommt.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob Amerika die „Lusitania“-Frage mit solcher plötzlichen Schärfe aufgeworfen hat, um zum Abbruche der Beziehungen mit Deutschland zu treiben, oder ob es, nachdem es die Grenze der Nachgiebigkeit Deutschlands erkannt hat, neue Erwägungen für notwendig hält. Sollte es zum Abbruch der Beziehungen kommen, so würde das kein Mensch in Deutschland leicht nehmen. Wir haben weder das Verlangen, ohne Not einen neuen Feind auf uns zu nehmen, noch das Bedürfnis, mit einem Lande, das mit uns so vielfach verbunden ist und mit dem wir in ungestörten guten Beziehungen leben möchten, in Feindschaft zu geraten. Wenn ein hiesiges Blatt behauptete, daß es Kreise in Deutschland gebe, die einen Bruch mit Amerika auf die leichte Schulter nehmen, so ist das ein Rückfall in die alte schlechte Gewohnheit, Anwürfe der Feinde den eigenen Landsleuten unterzuschieben. Eine Meinungsverschiedenheit bestand bei uns lediglich über die Behandlung Amerikas, ob die weitgehendste Nachgiebigkeit oder eine zeitige feste Stellungnahme Amerika eher zur Einsicht bringen könnte. Wir sind nach unserer Kenntnis des amerikanischen Volkscharakters der Meinung gewesen,

Demokratie und Krieg

(Von unfrem Korrespondenten)

Paris, 6. Febr.

Nach kürzerer oder längerer Pause kommt es in der französischen Kammer immer wieder zu Zwischenfällen, die zeigen, daß die parlamentarische Krise, unter der man hin und wieder leidet, noch nicht ganz überwunden ist. Das Parlament gibt sich über diesen Krisenzustand selbst sehr genau Rechenschaft; es wird nervös, und diese Nervosität bricht ab und zu einmal zu Tage. So am letzten Mittwoch infolge einer höchst bedeutungslosen Angelegenheit. Der Kommandant der 15. Armeezone, der Marschall angehört, hat auf Verlangen des Armeeinspektors d'Amade für sein Gebiet dieselben Wirtschaftsvorschriften erlassen, wie sie Paris seit geraumer Zeit besitzt. Den Militärs stehen die Cafés und Restaurants nur zu bestimmten Tagesstunden offen. Darüber Aufregung der Marzeller Wirte, Wirtschaftsschluß für 24 Stunden als Protest und Eingreifen der Vertreter der Marzeller Wirteinteressen in der Kammer. Dabei fielen heftige Angriffe gegen den General d'Amade, den der Kriegsminister General Gallieni deckte. General Gallieni verlor schließlich die Geduld, verließ die Rednertribüne und dann den Sitzungssaal, wurde indes von Justizminister Viviani zurückgeholt, worauf sich die Unterbrecher sehr eifrig bemühten, den Frieden mit dem Kriegsminister wiederherzustellen und die Kammer das Ihrige tat, indem sie eine Vertraktentagesordnung für die Regierung annahm. Damit war der Zwischenfall geschlossen; er hat lediglich als Symptom Interesse.

Die Sache wirbelte in der Presse und im Publikum großen Staub auf. Man sagte sich, daß infolge der Nervosität der Kammer leicht eine Ministerkrise hätte entstehen können, und die Antiparlamentarier waren gleich bei der Hand, aus dem Zwischenfall Kapital zu schlagen und zu verlangen, daß die Kammern in die Ferien zögen, je länger, je lieber. Anhänger des parlamentarischen Regimes finden es bedauerlich, daß sich die Kammer manchmal zu unüberlegten Kundgebungen hinreißen läßt und nicht genügend an die Wirkung denkt, die ihr Verhalten im Auslande und im Inlande haben kann. Man sagte, das Parlament habe es schließlich sich selbst zuzuschreiben, wenn sein Kredit im Lande sinke.

Wenn man nach den tiefen Gründen der Mißstimmung sucht, in die das Parlament periodisch verfällt, so kommt man mit Clemenceau zum Schlusse, daß es die französische Demokratie bis jetzt noch nicht verstanden hat, die Autoritäten genau zu fixieren. Es fehlt an dem richtigen Ausgleich des Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament einerseits und Regierung, Parlament und Oberkommando andererseits. Das hat sogar so gemäßigter Politiker wie Charles Benoist zu dem Ausruf gebracht: „Wir haben keine Regierung.“ Gegen das allgemein anerkannte Uebel werden von den politischen Doktoren verschiedene Mittel empfohlen. Der Nationalist Maurice Barrès spricht von der Notwendigkeit, sofort nach dem Kriege die Verfassung zu ändern, die ministerielle Verantwortlichkeit vor dem Staatsoberhaupt herzustellen, die parlamentarische Autorität einzuschränken und den Wahlmodus zu ändern. Das heißt die bonapartistische Mäse etwas stark lüften! Die französische Nation hat nicht im geringsten Lust, das Ave Caesar anzustimmen. Das sieht ein anderer Nationalist, der Deputierte Galli, auch ein, und er macht praktische Vorschläge, die sich dahin zusammenfassen lassen, daß die Kammern weniger Plenarsitzungen abhalten und mehr im Schoße der Kommissionen arbeiten und kontrollieren sollen.

Dieser Vorschlag hat in allen politischen Kreisen sehr viel Anklang gefunden. Die Deputierten sind ganz allgemein der Ansicht, daß die Parteichefs ihre Gruppen besser in der Hand halten sollten, und daß die Kommissionen, wenn ihre Befugnisse erweitert werden, für die Landesverteidigung noch mehr tun könnten als bisher. Auch die Presse habe eine andere Rolle zu spielen und in den Kammerverhandlungen nicht nur Personenhändel zu sehen, wie das die Antiparlamentarier tun. Man dürfe nicht vergessen, meinte der Sozialist Bedouce, daß die Kammer nicht nur Nerven, sondern auch Herz und Gehirn habe.

Daß die Parlamentarier selbst den Weg suchen, ist ein gutes Zeichen für den Parlamentarismus. Und wenn dieser Weg so lange nicht ge-

junden wird, so rührt das wohl daher, daß seit Kriegsausbruch verschiedene hocherfahrene und einflußreiche Parlamentarier wie der Sozialist Jaurès und der Vertreter der Rechten, Graf Albert de Mun, verschwunden sind. Andererseits hat es aber auch noch keine Regierung verstanden, das parlamentarische System in glücklicher Weise dem Kriegszustande anzupassen. Daß das nicht leicht ist, weiß jedermann. Wenn es unmöglich wäre, so wäre das für die Demokratien ein großes Unglück. Aber ist es wirklich unmöglich? Was wir in Frankreich seit Kriegsausbruch beobachtet haben, führt uns dazu, diese Frage zu verneinen. Das Parlament hat seine Anwesenheit durchgesetzt; es hat seine Nützlichkeit bewiesen, allerdings nicht durch die stürmischen Plenarsitzungen, sondern durch die stillere und wirksamere Arbeit der Kommissionen. Darum ist es auch wahrscheinlich, daß der richtige Weg im Ausbau der Kommissionsarbeit und in der Beschränkung der Arbeit des Plenums, die sich leicht zu politischen Debatten auswächst, liegt. Daß diese Umwälzung einer Arbeitsmethode nicht ohne Reibung vor sich geht, ist selbstverständlich. Die Erfahrung geht der französischen Republik in diesen Dingen ab, und das staatsmännische Genie, das die Erfahrung eben durch sein Genie ersetzt, fehlt.

Diese Erscheinungen können im Auslande leicht mißdeutet werden, besonders dort, wo ein ganz anderes Regierungssystem wirksam ist, wo die Militärbehörde unumschränkt herrscht. Diese unumschränkte Militärherrschaft ist in der parlamentarisch regierten Demokratie unmöglich, und die Franzosen wissen sehr genau, warum sie sie nicht wollen. Die französischen Volksvertreter suchen ihren Weg, nicht ohne Irrtümer, nicht ohne Ausbrüche der Leidenschaft, die vielleicht besser unterblieben. Aber ein Zeichen der Schwäche ist das nicht; es ist vielmehr ein Zeichen dafür, daß die Republik sehr tiefe Wurzeln geschlagen hat und daß man mit Frankreich auch die Republik bis zum Letzten verteidigen will. Der Krieg ist ein harter Prüfstein für alle staatlichen Einrichtungen, und es ist nicht zu leugnen, daß diejenigen, die der unumschränkten Herrschaft einer Person das Wort reden, im Kriege starke Argumente ins Feld führen können. Frankreich hat mit dem persönlichen Regiment seine traurigsten Erfahrungen gemacht; es ist ausgeschlossen, daß es darauf zurückkommt. Es will den Beweis leisten, daß sein heutiges System auch den schwierigsten Lagen gewachsen ist. Das Gelingen hängt von der Grundbedingung ab, daß das System richtig angewendet wird. Bis jetzt ist das nicht immer der Fall gewesen. Gerade die jüngsten Zwischenfälle zeigen aber, daß man weiterkämpft, um sich zur Klarheit durchzurängen. Und die politischen Führer der dritten Republik, die in der Regierung und die im Schoße der Parteien, haben gute Hoffnung, daß ihre redlichen Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden.

7. II. 1916

Frankfurt, 7. Februar.

Der Präsident Wilson hat in St. Louis vor einigen Tagen eine Rede gehalten, die sich mit dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den übrigen Mächten, vor allem zu den Kriegführenden, beschäftigte. Man wird der Rede, aus der ein Auszug durch das Wolffsche Telegraphenbureau in Deutschland verbreitet worden ist, um so höhere Bedeutung beilegen müssen, als sie zeitlich ungefähr zusammenfällt mit der Ueberreichung der deutschen Antwortnote in der Angelegenheit des „Lusitania“-Falles und den von der amerikanischen Regierung an die Kriegführenden ergangenen Vorschlägen zur Regelung des Unterseebootkrieges. Der Ton der Wilsonschen Rede scheint im ganzen friedlicher gellungen zu haben als einige der in der letzten Zeit von Amerika herübergelabelten anderen Auslassungen des Präsidenten. Während sich Herr Wilson bei mehreren Anlässen dahin geäußert hat, daß Amerika zwar den Frieden wolle, daß man aber nicht wissen könne, ob nicht in sehr kurzer Zeit eine Aenderung in seinen internationalen Beziehungen eintrete, betonte er in dieser Rede den Willen der Vereinigten Staaten, mit aller Welt in Frieden und Freundschaft zu bleiben, viel entschiedener. Er begründete den amerikanischen Friedenswillen in einleuchtender Weise damit, daß die große nordamerikanische Republik aus aller Welt zusammengewachsen ist und daß sie darum alle Welt verstehe. Amerika könne seine Freundschaft für die anderen Völker mehr durch Fernhaltung vom Kriege als durch Beteiligung daran betätigen. Das klingt einigermaßen an jene erste Botschaft an, die Präsident Wilson im August 1914 kurze Zeit nach dem Beginn des großen Krieges an die Bürger der Vereinigten Staaten richtete. Damals ermahnte er diese mit ähnlichen Gründen zu strenger Beobachtung der Neutralität und betonte wie jetzt, daß Amerika seine nationale Pflicht am besten erfüllen und den Kriegführenden am erfolgreichsten dienen könne, wenn es unparteiisch vermittele und Ratschläge zum Frieden gebe.

Herr Wilson meint auch jetzt noch, Amerikas Haltung sei wahrhaft neutral. Aber was zwischen jener Kundgebung und der jetzigen Rede liegt, hat uns Deutsche oftmals schmerzlich empfinden lassen, daß des Präsidenten Wilson Auffassung von wahrer Neutralität allzu formalistisch und buchstabennäßig war, daß seine Sympathien für England, die zu haben wir als sein gutes Recht anerkennen, ihn verhinderten, der Lage Deutschlands und dessen schwerem Ringen um sein nationales Dasein wirklich gerecht zu werden, daß er unseren Kampf und unsere Kampfmittel falsch beurteilte, daß er aus diesem falschen Urteil heraus zu falschen Schlüssen kam und aus diesen heraus mit den beiden Kriegsparteien in einer Sprache redete, die zweifellos gegenüber beiden nicht die gleiche war. Der amerikanische Präsident hält sich für den Priester, der die Flamme des Rechts auf seinem Altar gehütet habe, und er rühmt sich, keine neuen Auslegungen in die internationalen Beziehungen Amerikas eingeführt, sondern sich an den klaren Wortlaut der völkerrechtlichen Urkunden gehalten zu haben. Es soll nicht daran gezweifelt werden, daß er wirklich dieser Ueberzeugung ist, aber gerade, daß er sie hat, ist für uns eine unerfreuliche Wahrnehmung. Denn uns ist seine Neutralität oft als eine einseitige, als eine wohlwollende für England und wenig wohlwollende für uns und unsere Verbündeten erschienen. Wenn er sich aber selbst als den Hüter des Rechts preist, so mag es rein dem Wortlaute nach zutreffen, daß er beiden Kriegsparteien gegenüber auf die Beobachtung der anerkannten Sätze des internationalen Rechts hingewiesen hat. Daß es gegenüber beiden Parteien mit derselben Entschiedenheit geschehen wäre, wird er selbst kaum behaupten können. Aber im Beginn des Krieges war eine große Möglichkeit in seine Hand gegeben, das Banner des internationalen Rechts stark und unbezweifelbar inmitten des Krieges aufzurichten. Das war damals, als auf Schwedens Anregung sich die Neutralen an Amerika mit dem Vorschlage wandten, durch gemeinsames Vorgehen die Rechte der Neutralen im Seekriege zu wahren. Hätte die Regierung des Herrn Wilson

dieser Anregung entsprochen, so wäre das Recht besser zu seinem Recht gekommen als durch die „brennende Flamme“, die er auf seinem Altar gehütet hat. Die vom Völkerrecht garantierte Freiheit des Handels und der Schifffahrt der Neutralen wäre niemals so drangsaliiert und gehemmt worden, wie es durch England seit Beginn des Krieges geschieht und es wäre infolgedessen niemals nötig gewesen, den Tauchbootkrieg in den scharfen Formen zu führen, die uns durch Englands rücksichtslosen Auslieferungskrieg aufgezwungen worden sind. Eine Stelle der Präsidentenrede klingt indessen, als wolle sie ausdrücken, daß schon die bisherige Haltung Amerikas gegen die Zentralmächte eine besondere Rücksichtnahme auf ihre besondere geographische Lage in sich schließe. Wegen der Abschließung von der übrigen Welt, so sagte Herr Wilson, konnten sich die Vereinigten Staaten ihnen gegenüber nicht so aussprechen, wie sie wohl möchten. Ganz deutlich ist nicht, was der Redner damit gemeint hat. Wenn er aber hat sagen wollen, daß die Abschließung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns ihn abgehalten habe, eine noch schärfere Sprache zu führen, damit dürfen wir uns nicht wundern, daß es für Deutschland oft so schwer gewesen ist, mit der amerikanischen Regierung über die Fragen der Kriegführung zu einer Verständigung zu gelangen.

Die Gefahr für den Frieden Amerikas sucht der Präsident nicht daheim in den Vereinigten Staaten, sondern draußen, und zwar ist es besonders der Unterseebootkrieg, aus dem nach seinen Beschränkungen eines Tages die Flamme des Krieges entlodern könne. Jede Ladung von Getreide, Baumwolle oder Manufakturwaren, die in die Feuerzone gehe, könne Schwierigkeiten hervorrufen. Es ist hiernach nicht die Vergangenheit, auf die Herr Wilson blickt, sondern die Zukunft. In der künftigen Gestaltung des Unterseebootkrieges könnten sich Dinge ereignen, so meint er, in denen Konflikte liegen. Wenn der Inhalt der Rede damit richtig wiedergegeben ist, dann kann es wohl kaum die „Lusitania“-Sache sein, aus der heraus, wie es in den letzten Tagen vielfach dargestellt wurde, eine gefährliche Zuspitzung der deutsch-amerikanischen Beziehungen befürchtet wird. Etwas unbedingt Sicheres über den Stand dieser Sache ist von keiner Seite aus verbreitet worden. Von Washington und London aus wird mitgeteilt Amerika verlange, daß Deutschland die bereits früher zugestandene Leistung einer Entschädigung für die durch den Untergang der „Lusitania“ getöteten oder beschädigten amerikanischen Bürger in einer Weise begründe, durch die das Versenken der „Lusitania“ als völkerrechtswidriger Akt anerkannt würde. Ob damit die amerikanische Forderung richtig wiedergegeben ist, weiß man nicht. Es ist auch nicht bekannt, welches der Inhalt der deutschen Antwortnote gewesen ist. Wir hören aber, daß Deutschland dem amerikanischen Standpunkt sehr weit entgegengekommen ist, um diesen Streitfall gütlich beizulegen. Die deutsche Regierung hat in einer ihrer früheren Noten den deutschen Unterseebootkrieg, was er ja auch tatsächlich ist, als eine Maßregel der Vergeltung gegen Englands völkerrechtswidrigen Aushungerungs- und Handelskrieg erklärt und es schien damals, als ob auch Amerika das gelten lassen wolle, freilich mit einer Auslegung, die mehr den Standpunkt zur Geltung zu bringen suchte, daß Vergeltungsmaßregeln an sich Verletzungen des Völkerrechts seien. Man sollte meinen, daß sich eine Formel müßte finden lassen, die zwischen diesen beiden Auffassungen eine Brücke bildet, ohne daß sie dem einen oder anderen Teile eine Demütigung zumutet. Keinesfalls kann sich ein Mensch von gesunder Vernunft vorstellen, daß er wegen der Stillierung einer Formel, durch die eine schon ziemlich weit zurückliegende Sache aus der Welt geschafft werden soll, zu einem ersten Streit, oder wohl gar zu einem Kriege zwischen zwei großen Nationen kommen könnte, die tausend Gründe haben, jetzt und in Zukunft miteinander in Frieden zu leben.

Wenn wir Herrn Wilsons Worte richtig verstehen, steht er in dieser Sache nicht die eigentliche Gefahr. Dann aber hat man einigen Grund anzunehmen, daß er bemüht sein wird, es nicht um einer diplomatischen oder juristischen Formel willen zum Konflikt kommen zu lassen. Der deutsche Unterstaatssekretär

Zimmermann hat einem amerikanischen Journalisten gegenüber sich dahin ausgesprochen, daß Deutschland in seiner Antwort bis an die Grenze dessen gegangen sei, was es zugestehen könne. Sicherlich ist das auch der amerikanischen Regierung bekannt, und in der Tat scheint es, als ob auch bei dieser der Wille vorhanden sei, zu einer gütlichen Einigung zu gelangen. Herr Wilson hat in seiner St. Louiser Rede gesagt, er wolle denjenigen, deren Gemütsverfassung durch den Krieg aus dem Gleichgewicht geraten sei, alle Geduld und Nachsicht erweisen und alles zugestehen, soweit dadurch nicht Lebensfragen berührt werden. Wen er mit den aus dem seelischen Gleichgewicht Geratenen meint, hat der Präsident nicht gesagt. Aber der Wille zur Verjöhnlichkeit ist auf alle Fälle anzuerkennen. Deutschland begehrt von ihm weniger Nachsicht und Geduld, als vielmehr Billigkeit und gleichmäßige Behandlung mit unseren Feinden und da nun Herr Wilson so offensichtlich zum Entgegenkommen geneigt ist und Lebensfragen Amerikas durch eine Ausgleichsformel zu einer ziemlich weit zurückliegenden Streitfrage wirklich nicht berührt werden, so sollte kein ernstliches Hindernis für eine Einigung bestehen. Das wäre nur dann anzunehmen, wenn man in Washington die Absicht hätte, zugleich mit der „Lusitania“-Sache über den Unterseebootkrieg überhaupt zu entscheiden. Da aber Herr Lansing hierfür besondere Vorschläge gemacht hat oder zu machen gedenkt, so besteht kein Zwang zu einer solchen Vermutung.